

16. 08. 85

VP

—1—

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 27. Juli 1984 des Weltpostvereins

A. Zielsetzung

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied des Weltpostvereins. Grundlage sind die Verträge des Weltpostvereins, die auf weltweiter Basis die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Postwesens regeln. Die Verträge sind auf dem Weltpostkongreß Hamburg 1984 überarbeitet und neu beschlossen worden. Sie sollen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt werden.

B. Lösung

Den Verträgen wird durch Vertragsgesetz zugestimmt.

C. Alternativen

keine

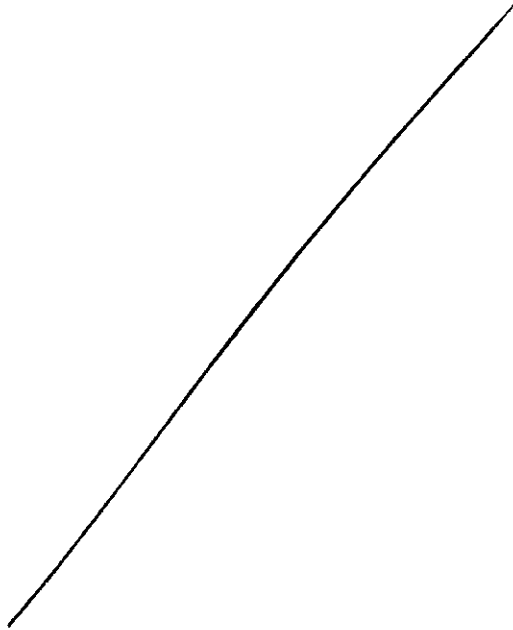
D. Kosten

Die Kosten werden aus dem Haushalt der Deutschen Bundespost getragen. Darüber hinaus werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Fristablauf: 27. 09. 85

-2-

354185



16. 08. 85

VP

— 3 —

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 27. Juli 1984 des Weltpostvereins

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

14 (342) – 970 02 – We 9/85

Bonn, den 16. August 1985

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 27. Juli 1984 des Weltpostvereins

mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut der Verträge in französischer Sprache mit deutscher Übersetzung sowie die Denkschrift hierzu sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg

Fristablauf: 27. 09. 85

- 4 -

354185

Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 27. Juli 1984 des Weltpostvereins

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den in Hamburg am 27. Juli 1984 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Verträgen des Weltpostvereins, nämlich

1. Drittes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins,
2. Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nebst Anhang,
3. Weltpostvertrag,
4. Postpaketabkommen,
5. Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen,
6. Postgiroabkommen,
7. Postnachnahmeabkommen,
8. Postauftragsabkommen,
9. Postsparkassenabkommen,
10. Postzeitungsabkommen

nebst Schlußprotokollen, wird zugestimmt. Die Verträge nebst Schlußprotokollen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Umrechnung des in den Verträgen des Weltpostvereins genannten Franken in Deutsche Mark wird über das in den Verträgen jeweils mitgenannte Sonder-

ziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.

(2) Für die in den Verträgen aufgeführten Gebühren, Wertangabebeträge und Ersatzbeträge wird der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark auf der Grundlage der Berechnungsmethode nach Absatz 1 zum 1. Januar jeden Jahres jeweils für ein Jahr im voraus als Durchschnittswert festgesetzt. Der Durchschnittswert wird aus den Tageskursen des Sonderziehungsrechts der zwölf Monate berechnet, die am 30. September vor der jeweiligen Festsetzung enden. Der jeweils festgesetzte Durchschnittswert ist im Bundesanzeiger bekanntzugeben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Verträge des Weltpostvereins für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Verträge des Weltpostvereins findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt die Umrechnung des in den Verträgen des Weltpostvereins genannten Franken. Bei dieser Werteinheit handelt es sich um den Goldfranken zu 100 Centimes im Gewicht von 10/31 Gramm und mit einem Feingehalt von 0,900 (vgl. Artikel 7 der Satzung des Weltpostvereins vom 10. Juli 1964, BGBl. 1965 II S. 1633). Die Vertragsstaaten der Verträge des Weltpostvereins haben eine Änderung des Artikels 7 der

Satzung bislang nicht beschlossen. Sie haben in Artikel 8 des Weltpostvertrages jedoch festgelegt, daß der Goldfranken in die Rechnungseinheit des Internationalen Währungsfonds, zur Zeit das Sonderziehungsrecht, umrechenbar ist. Dazu ist in den Verträgen neben der Angabe eines Betrages in Franken jeweils der Gegenwert, ausgedrückt in Sonderziehungsrechten, festgelegt. Dem entspricht die Umrechnungsformel in Artikel 2. Ihre gesetzliche Festlegung ist für die innerstaatliche Anwendung der Verträge des Weltpostvereins notwendig. Für Gebühren, Wertangabebeträge und Ersatzbeträge muß aus betrieblichen Gründen ein Jahresmittelwert als sogenannter stabilisierter Umrechnungskurs bestimmt werden. Aus rechtsstaatlichen Gründen soll dieser Kurs jeweils im Bundesanzeiger bekanntgegeben werden.

Zu Artikel 3

Die Verträge sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem die am 27. Juli 1984 unterzeichneten Verträge des Weltpostvereins, und zwar

das Dritte Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins (BGBl. 1965 II S. 1636) nach seinem Artikel VII, die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nach ihrem Artikel 130,

der Weltpostvertrag nach seinem Artikel 92,

das Postpaketabkommen nach seinem Artikel 58,

das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen nach seinem Artikel 52,

das Postgiroabkommen nach seinem Artikel 58,

das Postnachnahmeabkommen nach seinem Artikel 20,

das Postauftragsabkommen nach seinem Artikel 25,

das Postsparkassenabkommen nach seinem Artikel 25 und

das Postzeitungsabkommen nach seinem Artikel 20

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu den Kosten des Weltpostvereins (Artikel 21 der Satzung in Verbindung mit Artikel 124 der Allgemeinen Verfahrensordnung) wird aus dem Haushalt der Deutschen Bundespost gezahlt. Darüber hinaus werden Bund, Länder und Gemeinden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Der Gesetzentwurf hat keine Auswirkungen auf Einzelpreise oder das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau. Angesichts der Höhe des Beitrags an den Weltpostverein – z. Z. etwa 1,4 Millionen DM/Jahr – ergeben sich auch keine Auswirkungen auf das Niveau der Postgebühren.

Drittes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins

Troisième Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Art.		Art.	
I.	(art. 13 modifié) Organes de l'Union	I	(geänderter Artikel 13) Organe des Vereins
II.	(art. 16 supprimé) Conférences administratives	II	(gestrichener Artikel 16) Verwaltungskonferenzen
III.	(art. 19 supprimé) Commissions spéciales	III	(gestrichener Artikel 19) Sonderkommissionen
IV.	(art. 20 modifié) Bureau international	IV	(geänderter Artikel 20) Internationales Büro
V.	(art. 31 modifié) Modification du Règlement général, de la Convention et des Arrangements	V	(geänderter Artikel 31) Änderung der Allgemeinen Verfahrensordnung, des Weltpostvertrags und der Abkommen
VI.	Adhésion au Protocole additionnel et aux autres Actes de l'Union	VI	Beitritt zum Zusatzprotokoll und zu den anderen Verträgen des Vereins
VII.	Mise à exécution et durée du Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle	VII	Inkrafttreten und Geltungsdauer des Zusatzprotokolls zur Satzung des Weltpostvereins

Troisième Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle ¹⁾

Les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union postale universelle, réunis en Congrès à Hambourg, vu l'article 30, paragraphe 2, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont adopté, sous réserve de ratification, les modifications suivantes à ladite Constitution.

Article I

(Article 13 modifié)

Organes de l'Union

1. Les organes de l'Union sont le Congrès, le Conseil exécutif, le Conseil consultatif des études postales et le Bureau international.
2. Les organes permanents de l'Union sont le Conseil exécutif, le Conseil consultatif des études postales et le Bureau international.

Article II

Article 16

Conférences administratives

(Article 16 supprimé)

Article III

Article 19

Commissions spéciales

(Article 19 supprimé)

Article IV

(Article 20 modifié)

Bureau international

Un office central, fonctionnant au siège de l'Union sous la dénomination de Bureau international de l'Union postale universelle, dirigé par un Directeur général et placé sous le contrôle du Conseil exécutif, sert d'organe de liaison, d'information et de consultation aux Administrations postales.

Article V

(Article 31 modifié)

Modification du Règlement général, de la Convention et des Arrangements

1. Le Règlement général, la Convention et les Arrangements fixent les conditions auxquelles est subordonnée l'approbation des propositions qui les concernent.
2. Les Actes visés au paragraphe 1 sont mis à exécution simultanément et ils ont la même durée. Dès le jour fixé par le Congrès pour la mise à exécution de ces Actes, les Actes correspondants du Congrès précédent sont abrogés.

Drittes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins ¹⁾

Die Bevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, die zum Kongreß in Hamburg zusammengetreten sind, haben auf Grund des Artikels 30 § 2 der am 10. Juli 1964 in Wien abgeschlossenen Satzung des Weltpostvereins unter dem Vorbehalt der Ratifizierung die folgenden Änderungen dieser Satzung angenommen.

Artikel I

Artikel 13 erhält folgende Fassung:

Organe des Vereins

1. Die Organe des Vereins sind der Kongreß, der Vollzugsrat, der Konsultativrat für Poststudien und das Internationale Büro.
2. Die ständigen Organe des Vereins sind der Vollzugsrat, der Konsultativrat für Poststudien und das Internationale Büro.

Artikel II

Artikel 16

Verwaltungskonferenzen

(Artikel 16 wird gestrichen)

Artikel III

Artikel 19

Sonderkommissionen

(Artikel 19 wird gestrichen)

Artikel IV

Artikel 20 erhält folgende Fassung:

Internationales Büro

Eine zentrale Stelle, die am Sitz des Vereins unter der Bezeichnung Internationales Büro des Weltpostvereins tätig ist, von einem Generaldirektor geleitet wird und unter der Aufsicht des Vollzugsrats steht, dient den Postverwaltungen als Verbindungs-, Auskunfts- und Beratungsorgan.

Artikel V

Artikel 31 erhält folgende Fassung:

Änderung der Allgemeinen Verfahrensordnung, des Weltpostvertrags und der Abkommen

1. Die Allgemeine Verfahrensordnung, der Weltpostvertrag und die Abkommen legen die Bedingungen fest, denen die Genehmigung der sie betreffenden Vorschläge unterliegt.
2. Die in § 1 genannten Verträge treten gleichzeitig in Kraft und haben dieselbe Geltungsdauer. An den vom Kongreß für das Inkrafttreten dieser Verträge festgesetzten Tag treten die entsprechenden Verträge des vorangegangenen Kongresses außer Kraft.

¹⁾ La Constitution de l'Union postale universelle a été conclue par le Congrès de Vienne 1964 et figure dans le tome III des Documents de ce Congrès. Le premier Protocole additionnel a été adopté au Congrès de Tokyo 1969 et le deuxième au Congrès de Lausanne 1974.

¹⁾ Die Satzung des Weltpostvereins wurde vom Kongreß in Wien 1964 beschlossen und ist im Band III der Dokumente dieses Kongresses abgedruckt. Das erste Zusatzprotokoll wurde auf dem Kongreß von Tokio 1969 und das zweite auf dem Kongreß von Lausanne 1974 angenommen.

Article VI**Adhésion au Protocole additionnel et aux autres Actes de l'Union**

1. Les Pays-membres qui n'ont pas signé le présent Protocole peuvent y adhérer en tout temps.
2. Les Pays-membres qui sont parties aux Actes renouvelés par le Congrès mais qui ne les ont pas signés sont tenus d'y adhérer dans le plus bref délai possible.
3. Les instruments d'adhésion relatifs aux cas visés aux paragraphes 1 et 2 sont adressés par la voie diplomatique au Gouvernement de la Confédération suisse qui notifie ce dépôt aux Pays-membres.

Article VII**Mise à exécution et durée du Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle**

Le présent Protocole additionnel sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont dressé le présent Protocole additionnel qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Constitution et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Artikel VI**Beitritt zum Zusatzprotokoll und zu den anderen Verträgen des Vereins**

1. Die Mitgliedsländer, die dieses Protokoll nicht unterzeichnet haben, können ihm jederzeit beitreten.
2. Die Mitgliedsländer, die an den vom Kongreß erneuerten Verträgen teilnehmen, sie aber nicht unterzeichnet haben, sind gehalten, ihnen innerhalb kürzester Frist beizutreten.
3. Die Urkunden über den Beitritt in den in den §§ 1 und 2 vorgesehenen Fällen werden auf diplomatischem Weg an die Regierung des Landes gerichtet, in dem der Verein seinen Sitz hat; diese notifiziert die Hinterlegung den Mitgliedsländern.

Artikel VII**Inkrafttreten und Geltungsdauer des Zusatzprotokolls zur Satzung des Weltpostvereins**

Dieses Zusatzprotokoll tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt für unbestimmte Zeit.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedsländer dieses Zusatzprotokoll gefertigt, das die gleiche Kraft und die gleiche Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut der Satzung selbst enthalten wären; sie haben das Zusatzprotokoll in einer Ausfertigung unterzeichnet, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg, am 27. Juli 1984.

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Règlement général de l'Union postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Chapitre I

Fonctionnement des organes de l'Union

- Art.
101. Organisation et réunion des Congrès et Congrès extraordinaires
102. Composition, fonctionnement et réunions du Conseil exécutif
103. Documentation sur les activités du Conseil exécutif
104. Composition, fonctionnement et réunion du Conseil consultatif des études postales
105. Documentation sur les activités du Conseil consultatif des études postales
106. Règlement intérieur des Congrès
107. Langues utilisées pour la publication des documents, les délibérations et la correspondance de service

Chapitre II

Bureau International

108. Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international
109. Fonctions du Directeur général
110. Fonctions du Vice-Directeur général
111. Secrétariat des organes de l'Union
112. Liste des Pays-membres
113. Renseignements. Avis. Demandes d'interprétation et de modification des Actes. Enquêtes. Intervention dans la liquidation des comptes
114. Coopération technique
115. Formules fournies par le Bureau international
116. Actes des Unions restreintes et arrangements spéciaux
117. Revue de l'Union
118. Rapport annuel sur les activités de l'Union

Chapitre III

Procédure d'introduction et d'examen
des propositions

119. Procédure de présentation des propositions au Congrès
120. Procédure de présentation des propositions entre deux Congrès
121. Examen des propositions entre deux Congrès

Kapitel I

Arbeitsweise der Organe des Vereins

- Artikel
- 101 Organisation und Zusammentreten der Kongresse und außerordentlichen Kongresse
- 102 Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Vollzugsrats
- 103 Dokumentation über die Tätigkeit des Vollzugsrats
- 104 Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Konsultativrats für Poststudien
- 105 Dokumentation über die Tätigkeit des Konsultativrats für Poststudien
- 106 Geschäftsordnung der Kongresse
- 107 Sprachen für die Veröffentlichung der Dokumente, die Beratungen und den dienstlichen Schriftwechsel

Kapitel II

Internationales Büro

- 108 Wahl des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros
- 109 Aufgaben des Generaldirektors
- 110 Aufgaben des Vize-Generaldirektors
- 111 Sekretariat der Organe des Vereins
- 112 Liste der Mitgliedsländer
- 113 Auskünfte; Gutachten; Anträge auf Auslegung und Änderung der Verträge; Umfragen; Vermittlung bei der Erledigung der Rechnungen
- 114 Technische Zusammenarbeit
- 115 Lieferung von Formularen durch das Internationale Büro
- 116 Verträge der Engeren Vereine und besondere Vereinbarungen
- 117 Zeitschrift des Vereins
- 118 Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins

Kapitel III

Verfahren für die Einbringung und Prüfung
der Vorschläge

- 119 Verfahren für die Einbringung der Vorschläge für den Kongreß
- 120 Verfahren für die Einbringung der Vorschläge in der Zeit zwischen zwei Kongressen
- 121 Prüfung der Vorschläge in der Zeit zwischen zwei Kongressen

Art.	Artikel
122. Notification des décisions adoptées entre deux Congrès	122 Notifizierung der in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse
123. Exécution des décisions adoptées entre deux Congrès	123 Inkrafttreten der in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse
Chapitre IV Finances	Kapitel IV Finanzen
124. Fixation et règlement des dépenses de l'Union	124 Festsetzung und Begleichung der Ausgaben des Vereins
125. Classes de contribution	125 Beitragsklassen
126. Paiement des fournitures du Bureau international	126 Bezahlung der Lieferungen des Internationalen Büros
Chapitre V Arbitrages	Kapitel V Schiedsgerichtsbarkeit
127. Procédure d'arbitrage	127 Schiedsverfahren
Chapitre VI Dispositions finales	Kapitel VI Schlußbestimmungen
128. Conditions d'approbation des propositions concernant le Règlement général	128 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zur Allgemeinen Verfahrensordnung
129. Propositions concernant les Accords avec l'Organisation des Nations Unies	129 Vorschläge zu den Übereinkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen
130. Mise à exécution et durée du Règlement général	130 Inkrafttreten und Geltungsdauer der Allgemeinen Verfahrensordnung
Annexe: Règlement intérieur des Congrès	Anhang Geschäftsordnung der Kongresse

Règlement général de l'Union postale universelle

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 2, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté, dans le présent Règlement général, les dispositions suivantes assurant l'application de la Constitution et le fonctionnement de l'Union.

Chapitre I

Fonctionnement des organes de l'Union

Article 101

Organisation et réunion des Congrès et Congrès extraordinaires

1. Les représentants des Pays-membres se réunissent en Congrès au plus tard cinq ans après la date de mise à exécution des Actes du Congrès précédent.

2. Chaque Pays-membre se fait représenter au Congrès par un ou plusieurs plénipotentiaires munis, par leur Gouvernement, des pouvoirs nécessaires. Il peut, au besoin, se faire représenter par la délégation d'un autre Pays-membre. Toutefois, il est entendu qu'une délégation ne peut représenter qu'un seul Pays-membre autre que le sien.

3. Dans les délibérations, chaque Pays-membre dispose d'une voix.

4. En principe, chaque Congrès désigne le pays dans lequel le Congrès suivant aura lieu. Si cette désignation se révèle inapplicable, le Conseil exécutif est autorisé à désigner le pays où le Congrès tiendra ses assises, après entente avec ce dernier pays.

5. Après entente avec le Bureau international, le Gouvernement invitant fixe la date définitive et le lieu exact du Congrès. Un an, en principe, avant cette date, le Gouvernement invitant envoie une invitation au Gouvernement de chaque Pays-membre. Cette invitation peut être adressée soit directement, soit par l'intermédiaire d'un autre Gouvernement, soit par l'entremise du Directeur général du Bureau international. Le Gouvernement invitant est également chargé de la notification à tous les Gouvernements des Pays-membres des décisions prises par le Congrès.

6. Lorsqu'un Congrès doit être réuni sans qu'il y ait un Gouvernement invitant, le Bureau international, avec l'accord du Conseil exécutif et après entente avec le Gouvernement de la Confédération suisse, prend les dispositions nécessaires pour convoquer et organiser le Congrès dans le pays siège de l'Union. Dans ce cas, le Bureau international exerce les fonctions du Gouvernement invitant.

7. Le lieu de réunion d'un Congrès extraordinaire est fixé, après entente avec le Bureau international, par les Pays-membres ayant pris l'initiative de ce Congrès.

8. Les paragraphes 2 à 6 sont applicables par analogie aux Congrès extraordinaires.

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 2 der am 10. Juli 1964 in Wien abgeschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter dem Vorbehalt des Artikels 25 § 3 dieser Satzung in der vorliegenden Allgemeinen Verfahrensordnung die nachfolgenden Bestimmungen zur Anwendung der Satzung und zur Arbeitsweise des Vereins beschlossen:

Kapitel I

Arbeitsweise der Organe des Vereins

Artikel 101

Organisation und Zusammentreten der Kongresse und außerordentlichen Kongresse

1. Spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der Verträge des vorhergehenden Kongresses kommen die Vertreter der Mitgliedsländer zu einem Kongreß zusammen.

2. Jedes Mitgliedsland läßt sich auf dem Kongreß durch einen oder mehrere von ihrer Regierung mit den erforderlichen Vollmachten versehenen Bevollmächtigte vertreten. Ein Mitgliedsland kann sich nötigenfalls auch durch die Delegation eines anderen Mitgliedslandes vertreten lassen. Eine Delegation darf jedoch außer dem eigenen nur ein anderes Mitgliedsland vertreten.

3. Bei den Beratungen hat jedes Mitgliedsland eine Stimme.

4. Grundsätzlich bestimmt jeder Kongreß das Land, in dem der nächste Kongreß stattfinden wird. Erweist sich diese Bestimmung als unanwendbar, so ist der Vollzugsrat ermächtigt, im Einverständnis mit diesem Land das Land zu bestimmen, in dem der Kongreß zusammentreten soll.

5. Die einladende Regierung setzt im Einvernehmen mit dem Internationalen Büro den endgültigen Zeitpunkt und den genauen Ort des Kongresses fest. Grundsätzlich ein Jahr vor diesem Zeitpunkt versendet die einladende Regierung Einladungen an die Regierungen der Mitgliedsländer des Vereins. Diese Einladungen werden entweder unmittelbar oder durch Vermittlung einer anderen Regierung oder des Generaldirektors des Internationalen Büros versandt. Die einladende Regierung hat auch die Kongreßbeschlüsse allen Regierungen der Mitgliedsländer zu notifizieren.

6. Wenn ein Kongreß ohne die Beteiligung einer einladenden Regierung zusammentreten muß, so trifft das Internationale Büro mit Zustimmung des Vollzugsrats und im Einvernehmen mit der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft die erforderlichen Maßnahmen, um den Kongreß in das Land, in dem der Weltpostverein seinen Sitz hat, einzuberufen und ihn durchzuführen. In diesem Fall übt das Internationale Büro die Funktionen der einladenden Regierung aus.

7. Der Tagungsort eines außerordentlichen Kongresses wird im Einvernehmen mit dem Internationalen Büro von den Mitgliedsländern bestimmt, die diesen Kongreß angeregt haben.

8. Die §§ 2 bis 6 gelten entsprechend für außerordentliche Kongresse.

Article 102

Composition, fonctionnement et réunions
du Conseil exécutif

1. Le Conseil exécutif se compose d'un Président et de trente-neuf membres qui exercent leurs fonctions durant la période qui sépare deux Congrès successifs.

2. Le présidence est dévolue de droit au pays hôte du Congrès. Si ce pays se désiste, il devient membre de droit et, de ce fait, le groupe géographique auquel il appartient dispose d'un siège supplémentaire auquel les restrictions du paragraphe 3 ne sont pas applicables. Dans ce cas, le Conseil exécutif élit à la présidence un des membres appartenant au groupe géographique dont fait partie le pays hôte.

3. Les trente-neuf membres du Conseil exécutif sont élus par le Congrès sur la base d'une répartition géographique équitable. La moitié au moins des membres est renouvelée à l'occasion de chaque Congrès; aucun Pays-membre ne peut être choisi successivement par trois Congrès.

4. Le représentant de chacun des membres du Conseil exécutif est désigné par l'Administration postale de son pays. Ce représentant doit être un fonctionnaire qualifié de l'Administration postale.

5. Les fonctions de membre du Conseil exécutif sont gratuites. Les frais de fonctionnement de ce Conseil sont à la charge de l'Union.

6. Le Conseil exécutif a les attributions suivantes:

- a) coordonner et superviser toutes les activités de l'Union dans l'intervalle des Congrès;
- b) favoriser, coordonner et superviser toutes les formes d'assistance technique postale dans le cadre de la coopération technique internationale;
- c) examiner et approuver le budget et les comptes annuels de l'Union;
- d) autoriser, si les circonstances l'exigent, le dépassement du plafond des dépenses conformément à l'article 124, paragraphes 3, 4 et 5;
- e) arrêter le Règlement financier de l'UPU;
- f) arrêter les règles régissant le Fonds de réserve;
- g) assurer le contrôle de l'activité du Bureau international;
- h) autoriser, s'il est demandé, le choix d'une classe de contribution inférieure, conformément aux conditions prévues à l'article 125, paragraphe 6;
- i) arrêter le Statut du personnel et les conditions de service des fonctionnaires élus;
- j) nommer ou promouvoir les fonctionnaires au grade de Sous-Directeur général (D 2);
- k) arrêter le Règlement du Fonds social;
- l) approuver le rapport annuel établi par le Bureau international sur les activités de l'Union et présenter, s'il y a lieu, des commentaires à son sujet;
- m) décider des contacts à prendre avec les Administrations postales pour remplir ses fonctions;
- n) décider des contacts à prendre avec les organisations qui ne sont pas des observateurs de droit, examiner et approuver les rapports du Bureau international sur les relations de l'UPU avec les autres organismes internationaux, prendre les décisions qu'il juge opportunes sur la conduite de ces relations et la suite à leur donner; désigner, en temps utile, les organisations internationales intergouvernementales et non gouvernementales qui doivent être invitées à se faire

Artikel 102

Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen
des Vollzugsrats

1. Der Vollzugsrat setzt sich aus einem Präsidenten und 39 Mitgliedern zusammen, die ihre Tätigkeit in der Zeit zwischen zwei aufeinanderfolgenden Kongressen ausüben.

2. Die Präsidenschaft steht von Rechts wegen dem Gastland des Kongresses zu. Wenn dieses Land verzichtet, wird es ordentliches Mitglied des Vollzugsrats und die geografische Gruppe, zu der das Land gehört, verfügt somit über einen zusätzlichen Sitz, auf den die Einschränkungen des § 3 nicht anwendbar sind. In diesem Falle wählt der Vollzugsrat zum Präsidenten eines der Mitglieder, das der geografischen Gruppe angehört, zu der auch das Gastland zählt.

3. Die 39 Mitglieder des Vollzugsrats werden vom Kongreß auf der Grundlage einer gerechten, nach geografischen Gesichtspunkten vorgenommenen Aufteilung gewählt. Mindestens die Hälfte der Mitglieder wird bei jedem Kongreß neu gewählt; kein Mitgliedsland darf von drei Kongressen hintereinander gewählt werden.

4. Der Vertreter jedes Mitglieds des Vollzugsrats wird von der Postverwaltung seines Landes bestimmt. Dieser Vertreter muß ein qualifizierter Beamter der Postverwaltung sein.

5. Die Tätigkeit der Mitglieder des Vollzugsrats ist unentgeltlich. Die Kosten des Vollzugsrats trägt der Verein.

6. Der Vollzugsrat hat die folgenden Zuständigkeiten:

- a) im Zeitraum zwischen den Kongressen alle Tätigkeiten des Vereins zu koordinieren und zu überwachen;
- b) alle Formen der Technischen Hilfeleistung auf dem Gebiet des Postwesens im Rahmen der internationalen Technischen Zusammenarbeit zu fördern, zu koordinieren und zu überwachen;
- c) den Haushalt und die Jahresrechnungen des Vereins zu prüfen und zu billigen;
- d) falls es die Umstände erfordern, die Überschreitung des Höchstbetrags gemäß Artikel 124 §§ 3, 4 und 5 zu genehmigen;
- e) das Finanzstatut des WPV zu beschließen;
- f) die für den Reservefonds geltenden Bestimmungen zu beschließen;
- g) die Tätigkeit des Internationalen Büros zu überwachen;
- h) falls es beantragt wird, entsprechend den in Artikel 125 § 6 vorgesehenen Bedingungen die Wahl einer niedrigeren Beitragsklasse zu genehmigen;
- i) das Personalstatut und die Dienstbedingungen der gewählten Beamten zu beschließen;
- j) die Beamten in der Besoldungsgruppe des Unter-Generaldirektors (D 2) zu ernennen und zu befördern;
- k) die Regelungen des Sozialfonds zu beschließen;
- l) den Jahresbericht des Internationalen Büros über die Tätigkeit des Vereins zu genehmigen und gegebenenfalls Erläuterungen dazu vorzulegen;
- m) über die mit den Postverwaltungen zur Erfüllung seiner Aufgaben aufzunehmenden Kontakte zu entscheiden;
- n) über die mit den Organisationen, die nicht von Rechts wegen Beobachter sind, aufzunehmenden Kontakte zu entscheiden, die Berichte des Internationalen Büros über die Beziehungen des WPV zu den anderen internationalen Organisationen zu prüfen und zu genehmigen, die für geeignet erachteten Entscheidungen über die Behandlung und Fortsetzung dieser Beziehungen zu treffen; zu gegebener Zeit die staatlichen und nichtstaatlichen Organisatio-

représenter à un Congrès et charger le Directeur général du Bureau international d'envoyer les invitations nécessaires;

- o) étudier, à la demande du Congrès, du CCEP ou des Administrations postales, les problèmes d'ordre administratif, législatif et juridique intéressant l'Union ou le service postal international et communiquer le résultat de ces études à l'organe concerné ou aux Administrations postales selon le cas. Il appartient au Conseil exécutif de décider s'il est opportun ou non d'entreprendre les études demandées par les Administrations postales dans l'intervalle des Congrès;
 - p) formuler des propositions qui seront soumises à l'approbation soit du Congrès, soit des Administrations postales conformément à l'article 121;
 - q) examiner, à la demande de l'Administration postale d'un Pays-membre, toute proposition que cette Administration transmet au Bureau international selon l'article 120, en préparer les commentaires et charger le Bureau d'annexer ces derniers à ladite proposition avant de la soumettre à l'approbation des Administrations postales des Pays-membres;
 - r) recommander, si des circonstances exceptionnelles l'exigent, et éventuellement après consultation de l'ensemble des Administrations postales, l'adoption provisoire d'une nouvelle pratique ou de mesures transitoires qui devront ensuite être soumises à l'approbation du Congrès sous la forme définitive la plus adéquate;
 - s) examiner le rapport annuel établi par le Conseil consultatif des études postales et, le cas échéant, les propositions soumises par ce dernier;
 - t) soumettre des sujets d'étude à l'examen du Conseil consultatif des études postales, conformément à l'article 104, paragraphe 9, lettre f);
 - u) désigner le pays siège du prochain Congrès dans le cas prévu à l'article 101, paragraphe 4;
 - v) déterminer, en temps utile, le nombre de Commissions nécessaires pour mener à bien les travaux du Congrès et en fixer les attributions;
 - w) désigner en temps utile et sous réserve de l'approbation du Congrès les Pays-membres susceptibles:
 - d'assumer les vice-présidences du Congrès ainsi que les présidences et vice-présidences des Commissions, en tenant compte autant que possible de la répartition géographique équitable des Pays-membres,
 - de faire partie des Commission restreintes du Congrès;
 - x) décider s'il y a lieu ou non de remplacer les procès-verbaux des séances d'une Commission du Congrès par des rapports.
- o) auf Ersuchen des Kongresses, des CCEP oder der Postverwaltungen die Probleme des Vereins oder des internationalen Postdienstes auf dem Gebiet der Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung zu untersuchen und das Ergebnis dieser Untersuchungen je nachdem dem betreffenden Organ oder den Postverwaltungen mitzuteilen. Es obliegt dem Vollzugsrat zu entscheiden, ob es angebracht ist, die von den Postverwaltungen im Zeitraum zwischen den Kongressen verlangten Studien durchzuführen oder nicht;
 - p) Vorschläge auszuarbeiten, die gemäß Artikel 121 entweder dem Kongreß oder den Postverwaltungen zur Genehmigung vorgelegt werden;
 - q) auf Antrag der Postverwaltung eines Mitgliedslandes jeden Vorschlag zu prüfen, den diese Verwaltung dem Internationalen Büro nach Artikel 120 übermittelt, dazu Erläuterungen vorzubereiten und das Internationale Büro zu beauftragen, diese dem betreffenden Vorschlag beizufügen, bevor er den Postverwaltungen der Mitgliedsländer zur Genehmigung vorgelegt wird;
 - r) wenn außergewöhnliche Umstände dies verlangen und eventuell nach Befragung der Gesamtheit der Postverwaltungen, die vorläufige Aufnahme einer neuen Praxis oder von Übergangsmaßnahmen zu empfehlen, die anschließend dem Kongreß in ihrer am geeignetsten erscheinenden endgültigen Form zur Genehmigung vorgelegt werden müssen;
 - s) den Jahresbericht des Konsultativrats für Poststudien und gegebenenfalls die Vorschläge, die von diesem vorgelegt werden, zu prüfen;
 - t) nach Artikel 104 § 9 Buchstabe f dem Konsultativrat für Poststudien Studienthemen zur Untersuchung zu unterbreiten;
 - u) in dem in Artikel 101 § 4 vorgesehenen Fall das Land zu bestimmen, in dem der nächste Kongreß stattfinden soll;
 - v) zu gegebener Zeit die Zahl der Kommissionen zu bestimmen, die für eine erfolgreiche Durchführung der Arbeiten des Kongresses erforderlich sind, und ihre Zuständigkeit festzulegen;
 - w) zu gegebener Zeit und unter dem Vorbehalt der Billigung durch den Kongreß die Mitgliedsländer zu bestimmen, die in der Lage sind
 - die Vize-Präsidenschaften des Kongresses sowie die Präsidenschaften und die Vize-Präsidenschaften der Kommissionen zu übernehmen und dabei soweit wie möglich der gewünschten geografischen Verteilung Rechnung zu tragen;
 - Mitglied der Kommissionen mit beschränkter Mitgliederzahl zu sein;
 - x) darüber zu entscheiden, ob es angebracht ist oder nicht, die Protokolle der Sitzungen einer Kommission des Kongresses durch Berichte zu ersetzen.

7. Pour nommer les fonctionnaires au grade D 2, le Conseil exécutif examine les titres de compétence professionnelle des candidats recommandés par les Administrations postales des Pays-membres dont ils ont la nationalité, en veillant à ce que les postes des Sous-Directeurs généraux soient, dans toute la mesure possible, pourvus par des candidats provenant de régions différentes et d'autres régions que celles dont le Directeur général et le Vice-Directeur général sont originaires, compte tenu de la considération dominante de l'efficacité du Bureau international et tout en respectant le régime intérieur de promotions du Bureau.

7. Für die Ernennung der Beamten in der Besoldungsgruppe D 2 prüft der Vollzugsrat die beruflichen Befähigungsnachweise der Bewerber, die von den Postverwaltungen der Länder empfohlen werden, deren Staatsbürgerschaft sie besitzen; dabei hat er darüber zu wachen, daß die Stellen der Unter-Generaldirektoren soweit wie möglich unter Wahrung des Vorrangs einer wirksamen Arbeitsweise des Internationalen Büros und unter Berücksichtigung der inneren Aufstiegsordnung des Internationalen Büros mit Bewerbern besetzt werden, die aus anderen Regionen stammen als der Generaldirektor und der Vize-Generaldirektor.

8. A sa première réunion, qui est convoquée par le Président du Congrès, le Conseil exécutif élit, parmi ses membres, quatre Vice-Présidents et arrête son Règlement intérieur.

9. Sur convocation de son Président, le Conseil exécutif se réunit, en principe une fois par an, au siège de l'Union.

10. Le représentant de chacun des membres du Conseil exécutif participant aux sessions de cet organe, à l'exception des réunions qui ont eu lieu pendant le Congrès, a droit au remboursement soit du prix d'un billet-avion aller et retour en classe économique ou d'un billet de chemin de fer en 1^{re} classe, soit du coût du voyage par tout autre moyen à condition que ce montant ne dépasse pas le prix du billet-avion aller et retour en classe économique.

11. Le Président du Conseil consultatif des études postales représente celui-ci aux séances du Conseil exécutif à l'ordre du jour desquelles figurent des questions relatives à l'organe qu'il dirige.

12. Afin d'assurer une liaison efficace entre les travaux des deux organes, le Président, le Vice-Président et les Présidents des Commissions du Conseil consultatif des études postales peuvent, s'ils en expriment le désir, assister aux réunions du Conseil exécutif en qualité d'observateurs.

13. L'Administration postale du pays où le Conseil exécutif se réunit est invitée à participer aux réunions en qualité d'observateur, si ce pays n'est pas membre du Conseil exécutif.

14. Le Conseil exécutif peut inviter à ses réunions, sans droit de vote, tout organisme international ou toute personne qualifiée qu'il désire associer à ses travaux. Il peut également inviter dans les mêmes conditions une ou plusieurs Administrations postales des Pays-membres intéressées à des questions prévues à son ordre du jour.

Article 103

Documentation sur les activités du Conseil exécutif

1. Le Conseil exécutif adresse aux Administrations postales des Pays-membres de l'Union et aux Unions restreintes, pour information, après chaque session:

- a) un compte rendu analytique;
- b) les «Documents du Conseil exécutif» contenant les rapports, les délibérations, le compte rendu analytique ainsi que les résolutions et décisions.

2. Le Conseil exécutif fait au Congrès un rapport sur l'ensemble de son activité et le transmet aux Administrations postales au moins deux mois avant l'ouverture du Congrès.

Article 104

Composition, fonctionnement et réunions du Conseil consultatif des études postales

1. Le Conseil consultatif des études postales se compose de trente-cinq membres qui exercent leurs fonctions durant la période qui sépare deux Congrès successifs.

2. Les membres du Conseil consultatif sont élus par le Congrès, en principe sur la base d'une répartition géographique aussi large que possible.

3. Le représentant de chacun des membres du Conseil consultatif est désigné par l'Administration postale de son pays. Ce représentant doit être un fonctionnaire qualifié de l'Administration postale.

4. Les frais de fonctionnement du Conseil consultatif sont à la charge de l'Union. Ses membres ne reçoivent aucune rémunération.

8. Bei seiner ersten Tagung, die durch den Präsidenten des Kongresses einberufen wird, wählt der Vollzugsrat aus seinen Mitgliedern vier Vize-Präsidenten und gibt sich eine Geschäftsordnung.

9. Auf Einberufung durch seinen Präsidenten tritt der Vollzugsrat grundsätzlich einmal jährlich am Sitz des Weltpostvereins zusammen.

10. Der Vertreter jedes Mitglieds des Vollzugsrats, der an den Sitzungen dieses Organs teilnimmt, hat, außer bei Sitzungen, die während des Kongresses stattfinden, Anspruch auf Erstattung entweder der Kosten eines Hin- und Rückflugscheines in der Economy-Klasse oder einer Eisenbahnfahrkarte 1. Klasse oder der Fahrkosten für jedes andere Beförderungsmittel, sofern dieser Betrag die Kosten des Hin- und Rückflugscheines in der Economy-Klasse nicht übersteigt.

11. Der Präsident des Konsultativrats für Poststudien vertritt diesen bei den Sitzungen des Vollzugsrats, auf deren Tagesordnung Fragen stehen, die das Organ betreffen, das er leitet.

12. Um eine wirksame Verbindung zwischen den Arbeiten der beiden Organe sicherzustellen, können der Präsident, der Vize-Präsident und die Präsidenten der Kommissionen des Konsultativrats für Poststudien auf ihren Wunsch als Beobachter an den Sitzungen des Vollzugsrats teilnehmen.

13. Die Postverwaltung des Landes, in dem der Vollzugsrat zusammentritt, wird eingeladen, als Beobachter an den Tagungen teilzunehmen, wenn dieses Land nicht Mitglied des Vollzugsrats ist.

14. Der Vollzugsrat kann zu seinen Tagungen ohne Stimmrecht jede internationale Organisation oder jede geeignete Persönlichkeit einladen, die er an seinen Arbeiten zu beteiligen wünscht. Er kann unter den gleichen Bedingungen auch eine oder mehrere Postverwaltungen der Mitgliedsländer einladen, die an den auf seiner Tagesordnung stehenden Fragen interessiert sind.

Artikel 103

Dokumentation über die Tätigkeit des Vollzugsrats

1. Der Vollzugsrat übersendet den Postverwaltungen der Mitgliedsländer des Vereins und den Engeren Vereinen zu ihrer Unterrichtung nach jeder Sitzungsperiode

- a) einen zusammenfassenden Bericht,
- b) die „Dokumente des Vollzugsrats“, die die Berichte, die Beschlüsse, den zusammenfassenden Bericht sowie die Entschlüsse und Entscheidungen enthalten.

2. Der Vollzugsrat erstattet dem Kongreß einen Bericht über seine gesamte Tätigkeit und übersendet ihn den Postverwaltungen mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses.

Artikel 104

Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Konsultativrats für Poststudien

1. Der Konsultativrat für Poststudien setzt sich aus 35 Mitgliedern zusammen, die ihre Aufgaben in dem Zeitraum zwischen zwei aufeinanderfolgenden Kongressen ausüben.

2. Die Mitglieder des Konsultativrats werden vom Kongreß und grundsätzlich auf der Grundlage einer weitestmöglichen geografischen Aufteilung gewählt.

3. Der Vertreter jedes Mitglieds des Konsultativrats wird von der Postverwaltung seines Landes bestimmt. Dieser Vertreter muß ein qualifizierter Beamter der Postverwaltung sein.

4. Die Kosten des Konsultativrats trägt der Verein. Seine Mitglieder erhalten keine Vergütung. Die Reise- und Aufenthaltskosten werden von der Postverwaltung des Landes des Mitglieds getragen.

nération. Les frais de voyage et de séjour des représentants des Administrations participant au Conseil consultatif sont à la charge de celles-ci. Toutefois, le représentant de chacun des pays considérés comme défavorisés d'après les listes établies par l'Organisation des Nations Unies a droit, sauf pour les réunions qui ont lieu pendant le Congrès, au remboursement soit du prix d'un billet-avion aller et retour en classe économique ou d'un billet de chemin de fer en 1^{re} classe, soit du coût du voyage par toute autre moyen à condition que ce montant ne dépasse pas le prix du billet-avion aller et retour en classe économique.

5. A sa première réunion, qui est convoquée et ouverte par le Président du Congrès, le Conseil consultatif choisit, parmi ses membres, un Président, un Vice-Président et les Présidents des Commissions.

6. Le Conseil consultatif arrête son Règlement intérieur.

7. En principe, le Conseil consultatif se réunit tous les ans au siège de l'Union. La date et le lieu de la réunion sont fixés par son Président, après accord avec le Président du Conseil exécutif et le Directeur général du Bureau international.

8. Le Président, le Vice-Président et les Présidents des Commissions du Conseil consultatif forment le Comité directeur. Ce Comité prépare et dirige les travaux de chaque session du Conseil consultatif et assume toutes les tâches que ce dernier décide de lui confier.

9. Les attributions du Conseil consultatif sont les suivantes:

- a) organiser l'étude des problèmes techniques, d'exploitation, économiques et de coopération technique les plus importants qui présentent de l'intérêt pour les Administrations postales de tous les Pays-membres de l'Union et élaborer des informations et des avis à leur sujet;
- b) procéder à l'étude des problèmes d'enseignement et de formation professionnelle intéressant les pays nouveaux et en voie de développement;
- c) prendre les mesures nécessaires en vue d'étudier et de diffuser les expériences et les progrès faits par certains pays dans les domaines de la technique, de l'exploitation, de l'économie et de la formation professionnelle intéressant les services postaux;
- d) étudier la situation actuelle et les besoins des services postaux dans les pays nouveaux et en voie de développement et élaborer des recommandations convenables sur les voies et les moyens d'améliorer les services postaux dans ces pays;
- e) prendre, après entente avec le Conseil exécutif, les mesures appropriées dans le domaine de la coopération technique avec tous les Pays-membres de l'Union, en particulier avec les pays nouveaux et en voie de développement;
- f) examiner toutes autres questions qui lui sont soumises par un membre du Conseil consultatif, par le Conseil exécutif ou par toute Administration d'un Pays-membre.

10. Les membres du Conseil consultatif participent effectivement à ses activités. Les Pays-membres n'appartenant pas au Conseil consultatif peuvent, sur leur demande, collaborer aux études entreprises.

11. Le Conseil consultatif formule, s'il y a lieu, des propositions à l'intention du Congrès découlant directement de ses activités définies par le présent article. Ces propositions sont soumises par le Conseil consultatif lui-même, après entente avec le Conseil exécutif lorsqu'il s'agit de questions relevant de la compétence de celui-ci.

12. Le Conseil consultatif établit à sa session précédant le Congrès le projet de programme de travail du prochain Conseil

haltskosten für die Vertreter der am Konsultativrat beteiligten Verwaltungen werden von diesen getragen. Gleichwohl hat der Vertreter jedes der nach den von den Vereinten Nationen erstellten Listen als benachteiligt angesehenen Länder, außer für die Tagungen, die während des Kongresses stattfinden, Anspruch auf die Erstattung entweder der Kosten eines Hin- und Rückflugscheines in der Economy-Klasse oder einer Eisenbahnfahrkarte 1. Klasse oder der Fahrkosten für jedes andere Beförderungsmittel, sofern dieser Betrag die Kosten des Hin- und Rückflugscheines in der Economy-Klasse nicht übersteigt.

5. Auf seiner ersten Tagung, die vom Präsidenten des Kongresses einberufen und eröffnet wird, wählt der Konsultativrat einen Präsidenten, einen Vize-Präsidenten und die Präsidenten der Kommissionen.

6. Der Konsultativrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

7. Der Konsultativrat tritt grundsätzlich jedes Jahr am Sitz des Weltpostvereins zusammen. Zeit und Ort der Tagung werden von seinem Präsidenten im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Vollzugsrats und dem Generaldirektor des Internationalen Büros bestimmt.

8. Der Präsident, der Vize-Präsident und die Präsidenten der Kommissionen des Konsultativrats bilden das Direktionskomitee. Dieses Komitee bereitet die Arbeiten jeder Sitzungsperiode des Konsultativrats vor, leitet sie und übernimmt die Aufgaben, die ihm durch Beschluß des Vollzugsrats übertragen werden.

9. Der Konsultativrat hat folgende Aufgaben:

- a) Studien über die wichtigsten technischen, betrieblichen und wirtschaftlichen Probleme sowie solcher der technischen Zusammenarbeit zu organisieren, die für die Postverwaltungen aller Mitgliedsländer des Vereins von Interesse sind, und Informationen und Gutachten dazu auszuarbeiten;
- b) Studien über die Probleme der Unterrichtung und der beruflichen Ausbildung durchzuführen, die für die neuen und in der Entwicklung befindlichen Länder von Interesse sind;
- c) die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Erfahrungen und Fortschritte, die bestimmte Länder auf den Gebieten der Technik, des Betriebs, der Wirtschaft und der beruflichen Ausbildung im Bereich der Postdienste gemacht haben, zu untersuchen und weiterzugeben;
- d) die gegenwärtige Lage und die Erfordernisse der Postdienste in den neuen und in der Entwicklung befindlichen Ländern zu untersuchen und geeignete Empfehlungen über Wege und Mittel zur Verbesserung der Postdienste in diesen Ländern auszuarbeiten;
- e) im Einvernehmen mit dem Vollzugsrat geeignete Maßnahmen auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit mit allen Mitgliedsländern des Vereins, insbesondere mit den neuen und in der Entwicklung befindlichen Ländern, zu ergreifen;
- f) alle sonstigen Fragen zu untersuchen, die ihm von einem Mitglied des Konsultativrats, vom Vollzugsrat oder von jeder Verwaltung eines Mitgliedslandes vorgelegt werden.

10. Die Mitglieder des Konsultativrats beteiligen sich durch tätige Mitwirkung an seinen Arbeiten. Die Mitgliedsländer, die dem Konsultativrat nicht angehören, können auf ihren Antrag an den unternommenen Studien mitarbeiten.

11. Der Konsultativrat arbeitet gegebenenfalls Vorschläge für den Kongreß aus, die sich unmittelbar aus seiner in diesem Artikel festgelegten Tätigkeit ergeben. Diese Vorschläge werden vom Konsultativrat unmittelbar vorgelegt, im Einvernehmen mit dem Vollzugsrat dann, wenn es sich um Fragen handelt, die in dessen Zuständigkeit fallen.

12. Auf seiner Tagung, die dem Kongreß vorausgeht, stellt der Konsultativrat unter Berücksichtigung der Anmeldungen

à soumettre au Congrès, compte tenu des demandes des Pays-membres de l'Union ainsi que du Conseil exécutif.

13. Afin d'assurer une liaison efficace entre les travaux des deux organes, le Président et les Vice-Présidents du Conseil exécutif peuvent, s'ils en expriment le désir, assister aux réunions du Conseil consultatif en qualité d'observateurs.

14. Le Conseil consultatif peut inviter à ses réunions sans droit de vote:

- a) tout organisme international ou toute personne qualifiée qu'il désire associer à ses travaux;
- b) des Administrations postales de Pays-membres n'appartenant pas au Conseil consultatif.

Article 105

Documentation sur les activités du Conseil consultatif des études postales

1. Le Conseil consultatif des études postales adresse aux Administrations postales des Pays-membres et aux Unions restreintes, pour information, après chaque session:

- a) un compte rendu analytique;
- b) les «Documents du Conseil consultatif des études postales» contenant les rapports, les délibérations et le compte rendu analytique.

2. Le Conseil consultatif établit, à l'intention du Conseil exécutif, un rapport annuel sur ses activités.

3. Le Conseil consultatif établit, à l'intention du Congrès, un rapport sur l'ensemble de son activité et le transmet aux Administrations postales des Pays-membres au moins deux mois avant l'ouverture du Congrès.

Article 106

Règlement intérieur des Congrès

1. Pour l'organisation de ses travaux et la conduite de ses délibérations, le Congrès applique le Règlement intérieur des Congrès qui est annexé au présent Règlement général.

2. Chaque Congrès peut modifier ce Règlement dans les conditions fixées au Règlement intérieur lui-même.

Article 107

Langues utilisées pour la publication des documents, les délibérations et la correspondance de service

1. Pour les documents de l'Union, les langues française, anglaise, arabe et espagnole sont utilisées. Sont également utilisées les langues allemande, chinoise, portugaise et russe à condition que la production dans ces dernières langues se limite aux documents de base les plus importants. D'autres langues sont également utilisées à condition qu'il n'en résulte pas une augmentation des frais à supporter par l'Union selon le paragraphe 6.

2. Le ou les Pays-membres ayant demandé une langue autre que la langue officielle constituent un groupe linguistique. Les Pays-membres qui ne font pas une demande expresse sont censés avoir demandé la langue officielle.

3. Les documents sont publiés par le Bureau international dans la langue officielle et dans les langues des groupes linguistiques constitués, soit directement, soit par l'intermédiaire des bureaux régionaux de ces groupes, conformément aux modalités convenues avec le Bureau international. La publica-

der Mitgliedsländer des Vereins sowie des Vollzugsrats den dem Kongreß vorzulegenden Entwurf des Arbeitsprogramms des nächsten Konsultativrats auf.

13. Um eine wirksame Verbindung zwischen den Arbeiten der beiden Organe sicherzustellen, können der Präsident und die Vize-Präsidenten des Vollzugsrats auf ihren Wunsch als Beobachter an den Sitzungen des Konsultativrats für Poststudien teilnehmen.

14. Der Konsultativrat kann zu seinen Tagungen ohne Stimmrecht einladen

- a) jede internationale Organisation oder jede geeignete Persönlichkeit, die er an seinen Arbeiten zu beteiligen wünscht,
- b) Postverwaltungen von Mitgliedsländern, die dem Konsultativrat nicht angehören.

Artikel 105

Dokumentation über die Tätigkeiten des Konsultativrats für Poststudien

1. Der Konsultativrat für Poststudien übersendet den Postverwaltungen der Mitgliedsländer und den Engeren Vereinen zu ihrer Unterrichtung nach jeder Sitzungsperiode:

- a) einen zusammenfassenden Bericht,
- b) die „Dokumente des Konsultativrats für Poststudien“, die die Berichte, die Beschlüsse und den zusammenfassenden Bericht enthalten.

2. Der Konsultativrat fertigt für den Vollzugsrat einen Jahresbericht über seine Tätigkeit.

3. Der Konsultativrat fertigt für den Kongreß einen Bericht über seine gesamte Tätigkeit und übersendet ihn den Postverwaltungen der Mitgliedsländer mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses.

Artikel 106

Geschäftsordnung der Kongresse

1. Für die Organisation seiner Arbeiten und den Ablauf seiner Beratungen wendet der Kongreß die Geschäftsordnung der Kongresse an, die dieser Allgemeinen Verfahrensordnung als Anhang beigelegt ist.

2. Jeder Kongreß kann diese Geschäftsordnung unter den in der Geschäftsordnung selbst festgelegten Bedingungen ändern.

Artikel 107

Sprachen für die Veröffentlichung der Dokumente, die Beratungen und den dienstlichen Schriftwechsel

1. Für die Dokumente des Vereins werden die französische, englische, arabische und spanische Sprache verwendet. Die Sprachen Deutsch, Chinesisch, Portugiesisch und Russisch werden unter der Bedingung ebenfalls verwendet, daß sich die Herstellung der Dokumente in den letztgenannten Sprachen auf die wichtigsten grundlegenden Dokumente beschränkt. Andere Sprachen werden ebenfalls verwendet, sofern sich daraus keine Erhöhung der vom Verein gemäß § 6 zu tragenden Kosten ergibt.

2. Das Mitgliedsland oder die Mitgliedsländer, die eine andere als die amtliche Sprache verlangt haben, bilden eine Sprachgruppe. Die Mitgliedsländer, die kein ausdrückliches Verlangen gestellt haben, werden so betrachtet, als hätten sie die offizielle Sprache verlangt.

3. Die Dokumente werden vom Internationalen Büro in der amtlichen Sprache und in den Sprachen der eingerichteten Sprachgruppen entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der regionalen Büros dieser Sprachgruppen entsprechend den mit dem Internationalen Büro vereinbarten Verfahrensweisen

tion dans les différentes langues est faite selon le même modèle.

4. Les documents publiés directement par le Bureau international sont distribués en principe simultanément dans les différentes langues demandées.

5. Les correspondances entre les Administrations postales et le Bureau international et entre ce dernier et des tiers peuvent être échangées en toute langue pour laquelle le Bureau international dispose d'un service de traduction.

6. Les frais de traduction vers une langue autre que la langue officielle, y compris ceux résultant de l'application du paragraphe 5, sont supportés par le groupe linguistique ayant demandé cette langue. Sont supportés par l'Union les frais de traduction vers la langue officielle des documents et des correspondances reçus en langues anglaise, arabe et espagnole, ainsi que tous les autres frais afférents à la fourniture des documents. Le plafond des frais à supporter par l'Union pour la production des documents en allemand, chinois, portugais et russe est fixé par une résolution du Congrès.

7. Les frais à supporter par un groupe linguistique sont répartis entre les membres de ce groupe proportionnellement à leur contribution aux dépenses de l'Union. Ces frais peuvent être répartis entre les membres du groupe linguistique selon une autre clé de répartition, à condition que les intéressés s'entendent à ce sujet et notifient leur décision au Bureau international par l'intermédiaire du porte-parole du groupe.

8. Le Bureau international donne suite à tout changement de choix de langue demandé par un Pays-membre après un délai qui ne doit pas dépasser deux ans.

9. Pour les délibérations des réunions des organes de l'Union, les langues française, anglaise, espagnole et russe sont admises, moyennant un système d'interprétation – avec ou sans équipement électronique – dont le choix est laissé à l'appréciation des organisateurs de la réunion après consultation du Directeur général du Bureau international et des Pays-membres intéressés.

10. D'autres langues sont également autorisées pour les délibérations et les réunions indiquées au paragraphe 9.

11. Les délégations qui emploient d'autres langues assurent l'interprétation simultanée en l'une des langues mentionnées au paragraphe 9, soit par le système indiqué au même paragraphe, lorsque les modifications d'ordre technique nécessaires peuvent y être apportées, soit par des interprètes particuliers.

12. Les frais des services d'interprétation sont répartis entre les Pays-membres utilisant la même langue dans la proportion de leur contribution aux dépenses de l'Union. Toutefois, les frais d'installation et d'entretien de l'équipement technique sont supportés par l'Union.

13. Les Administrations postales peuvent s'entendre au sujet de la langue à employer pour la correspondance de service dans leurs relations réciproques. A défaut d'une telle entente, la langue à employer est le français.

Chapitre II

Bureau international

Article 108

Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international

1. Le Directeur général et le Vice-Directeur général du Bureau international sont élus par le Congrès pour la période séparant deux Congrès successifs, la durée minimale de leur

veröffentlicht. Die Veröffentlichung in den verschiedenen Sprachen erfolgt in einheitlicher Gestaltung.

4. Die vom Internationalen Büro unmittelbar veröffentlichten Dokumente werden grundsätzlich gleichzeitig in den verschiedenen verlangten Sprachen versandt.

5. Der Schriftwechsel zwischen den Verwaltungen und dem Internationalen Büro und zwischen letzterem und Dritten kann in jeder Sprache geführt werden, für die das Internationale Büro über einen Übersetzerdienst verfügt.

6. Die Kosten für die Übersetzung in eine andere als die amtliche Sprache einschließlich der Kosten, die sich aus der Anwendung des § 5 ergeben, werden von der Sprachgruppe getragen, die diese Sprache verlangt hat. Die Kosten für die Übersetzung der in Englisch, Arabisch und Spanisch abgefaßten Dokumente und Eingangsschreiben in die amtliche Sprache sowie alle sonstigen mit der Lieferung der Dokumente verbundenen Kosten trägt der Verein. Die Obergrenze der vom Verein zu tragenden Kosten für die Herstellung der Dokumente in Deutsch, Chinesisch, Portugiesisch und Russisch wird durch eine Entschliebung des Kongresses festgelegt.

7. Die Kosten, die von einer Sprachgruppe zu tragen sind, werden unter den Mitgliedern dieser Gruppe im Verhältnis ihrer Beiträge zu den Kosten des Vereins aufgeteilt. Diese Kosten können unter den Mitgliedern einer Sprachgruppe unter der Bedingung nach einem anderen Schlüssel aufgeteilt werden, daß sich die Beteiligten hierüber einigen und ihre Entscheidung dem Internationalen Büro durch den Sprecher der Gruppe mitgeteilt wird.

8. Innerhalb einer Frist, die zwei Jahre nicht überschreiten darf, gibt das Internationale Büro jedem Antrag eines Mitgliedslandes auf Wechsel der gewählten Sprache statt.

9. Für die Beratungen der Zusammenkünfte der Organe des Vereins sind die französische, englische, spanische und russische Sprache unter Verwendung einer Übersetzungsanlage mit oder ohne elektronischer Ausrüstung zugelassen, deren Auswahl dem Ermessen der Veranstalter der Zusammenkunft im Benehmen mit dem Generaldirektor des Internationalen Büros und den beteiligten Mitgliedsländern überlassen bleibt.

10. Andere Sprachen sind für die in § 9 genannten Beratungen und Zusammenkünfte ebenfalls zugelassen.

11. Die Delegationen, die sich anderer Sprachen bedienen, sorgen für die Simultanübersetzung in eine der in § 9 genannten Sprachen entweder durch die im selben Paragraphen erwähnte Anlage, wenn die erforderlichen technischen Änderungen daran vorgenommen werden können, oder durch besondere Dolmetscher.

12. Die Kosten für den Übersetzungsdienst werden unter den Mitgliedsländern, die dieselbe Sprache verwenden, im Verhältnis ihrer Beiträge zu den Kosten des Vereins aufgeteilt. Die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung der technischen Anlage werden jedoch vom Verein getragen.

13. Die Postverwaltungen können die Sprache vereinbaren, derer sie sich in ihrem dienstlichen Schriftwechsel bedienen wollen. Besteht eine solche Vereinbarung nicht, so ist die französische Sprache zu verwenden.

Kapitel II

Internationales Büro

Artikel 108

Wahl des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros

1. Der Generaldirektor und der Vize-Generaldirektor des Internationalen Büros werden vom Kongreß für den Zeitraum zwischen zwei aufeinanderfolgenden Kongressen gewählt; die

mandat étant de cinq ans. Leur mandat est renouvelable une seule fois. Sauf décision contraire du Congrès, la date de leur entrée en fonction est fixée au 1^{er} janvier de l'année qui suit le Congrès.

2. L'élection du Directeur général et celle du Vice-Directeur général ont lieu au scrutin secret, la première élection portant sur le poste de Directeur général. Les candidatures doivent être présentées par les Gouvernements des Pays-membres par l'intermédiaire du Gouvernement de la Confédération suisse. A cette fin, ce Gouvernement adresse au moins sept mois avant l'ouverture du Congrès une note aux Gouvernements des Pays-membres en les invitant à lui faire parvenir les candidatures éventuelles au cours d'un délai de trois mois. Les candidats doivent être des ressortissants des Pays-membres qui les présentent. Dans sa note, le Gouvernement de la Confédération suisse indique aussi si le Directeur général ou le Vice-Directeur général en fonctions ont déclaré leur intérêt au renouvellement éventuel de leur mandat initial. Environ deux mois avant l'ouverture du Congrès, ledit Gouvernement transmet les candidatures reçues au Bureau international, afin que celui-ci élabore la documentation nécessaire pour les élections.

3. En cas de vacance du poste de Directeur général, le Vice-Directeur général assume les fonctions de Directeur général jusqu'à la fin du mandat prévu pour celui-ci; il est éligible à ce poste et est admis d'office comme candidat, sous réserve que son mandat initial en tant que Vice-Directeur général n'ait pas déjà été renouvelé une fois par le Congrès précédent et qu'il déclare son intérêt à être considéré comme candidat au poste de Directeur général.

4. En cas de vacance simultanée des postes de Directeur général et de Vice-Directeur général, le Conseil exécutif élit, sur la base des candidatures reçues à la suite d'une mise au concours, un Vice-Directeur général pour la période allant jusqu'au prochain Congrès. Pour la présentation des candidatures, le paragraphe 2 s'applique par analogie.

5. En cas de vacance du poste de Vice-Directeur général, le Conseil exécutif charge, sur proposition du Directeur général, un des Sous-Directeurs généraux au Bureau international d'assumer, jusqu'au prochain Congrès, les fonctions de Vice-Directeur général.

Article 109

Fonctions du Directeur général

1. Le Directeur général organise, administre et dirige le Bureau international dont il est le représentant légal. Il est compétent pour classer les postes des grades G 1 à D 1 et pour nommer et promouvoir les fonctionnaires dans ces grades. Pour les nominations dans les grades P 1 à D 1, il examine les titres de compétence professionnelle des candidats recommandés par les Administrations postales des Pays-membres dont ils ont la nationalité, en tenant compte d'une équitable répartition géographique continentale et des langues ainsi que de toutes autres considérations y relatives, tout en respectant le régime intérieur de promotions du Bureau. Il tient également compte de ce qu'en principe les personnes qui occupent les postes des grades D 2, D 1 et P 5 doivent être des ressortissants de différents Pays-membres de l'Union. Il informe le Conseil exécutif une fois par an, dans le Rapport sur les activités de l'Union, des nominations et des promotions aux grades P 4 à D 1.

2. Le Directeur général a les attributions suivantes:

- a) préparer le projet de budget annuel de l'Union au niveau le plus bas possible compatible avec les besoins de l'Union et le soumettre en temps opportun à l'examen du Conseil exé-

Ministère. La durée de leur mandat est de cinq ans. Leur mandat est renouvelable une seule fois. Sauf décision contraire du Congrès, la date de leur entrée en fonction est fixée au 1^{er} janvier de l'année qui suit le Congrès.

2. Die Wahl des Generaldirektors und die des Vize-Generaldirektors finden in geheimer Wahl statt, wobei die erste Wahl die Stelle des Generaldirektors betrifft. Die Bewerbungen müssen von den Regierungen der Mitgliedsländer durch Vermittlung der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft eingereicht werden. Zu diesem Zweck richtet diese Regierung mindestens sieben Monate vor Eröffnung des Kongresses eine Note an die Regierungen der Mitgliedsländer und fordert sie auf, ihr eventuelle Bewerbungen innerhalb von drei Monaten zuzusenden. Die Bewerber müssen Staatsangehörige der Mitgliedsländer sein, die sie vorschlagen. In ihrer Note gibt die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft auch bekannt, ob der amtierende Generaldirektor oder der amtierende Vize-Generaldirektor ihr Interesse an einer eventuellen Erneuerung ihrer ursprünglichen Mandate bekundet haben. Etwa zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses übersendet die genannte Regierung die eingegangenen Bewerbungen dem Internationalen Büro, damit dieses die für die Wahlen erforderlichen Unterlagen ausarbeiten kann.

3. Wenn die Stelle des Generaldirektors vakant wird, übernimmt der Vize-Generaldirektor die Aufgaben des Generaldirektors bis zum Ende der für diesen vorgesehenen Amtszeit; er kann auf diesen Posten gewählt werden und wird von Amts wegen als Bewerber zugelassen, sofern sein ursprüngliches Mandat als Vize-Generaldirektor vom vorhergehenden Kongress nicht schon einmal erneuert wurde und er sein Interesse daran bekundet, als Bewerber für die Stelle des Generaldirektors betrachtet zu werden.

4. Wenn die Stellen des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors gleichzeitig vakant werden, wählt der Vollzugsrat auf der Grundlage der nach einer Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen für die Zeit bis zum nächsten Kongress einen Vize-Generaldirektor. Für die Einreichung der Bewerbungen wird § 2 entsprechend angewendet.

5. Wenn die Stelle des Vize-Generaldirektors vakant wird, beauftragt der Vollzugsrat auf Vorschlag des Generaldirektors einen der Unter-Generaldirektoren des Internationalen Büros, die Aufgaben des Vize-Generaldirektors bis zum nächsten Kongress wahrzunehmen.

Artikel 109

Aufgaben des Generaldirektors

1. Der Generaldirektor gliedert, verwaltet und leitet das Internationale Büro, dessen satzungsmäßiger Vertreter er ist. Er ist zuständig für die Bewertung der Dienstposten G 1 bis D 1 und für die Ernennung und Beförderung der Beamten in diesen Besoldungsgruppen. Hinsichtlich der Ernennungen in den Besoldungsgruppen P 1 bis D 1 prüft er die beruflichen Befähigungsnachweise der Bewerber, die von den Postverwaltungen der Mitgliedsländer vorzuschlagen sind, deren Staatsangehörigkeit sie besitzen; dabei hat er, unter Berücksichtigung der inneren Aufstiegsordnung des Internationalen Büros, einer gerechten geografischen Aufteilung nach Erdteilen und Sprachen sowie allen anderen in Betracht kommenden Erwägungen Rechnung zu tragen. Er hat auch zu berücksichtigen, daß die Inhaber der Stellen in den Besoldungsgruppen D 2, D 1 und P 5 Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer des Vereins sein sollen. Er unterrichtet den Vollzugsrat einmal jährlich im Bericht über die Tätigkeiten des Vereins, über die Ernennungen und Beförderungen in den Besoldungsgruppen P 4 bis D 1.

2. Der Generaldirektor hat folgende Aufgaben:

- a) den Entwurf des jährlichen Haushaltsplans des Vereins auf der niedrigst möglichen Höhe vorzubereiten, die mit den Erfordernissen des Vereins vereinbar ist, und ihn rechtzei-

- cutif; communiquer le budget aux Pays-membres de l'Union après l'approbation du Conseil exécutif;
- b) servir d'intermédiaire dans les relations entre:
- l'UPU et les Unions restreintes;
 - l'UPU et l'Organisation des Nations Unies;
 - l'UPU et les organisations internationales dont les activités présentent un intérêt pour l'Union;
- c) assumer la fonction de Secrétaire général des organes de l'Union et veiller à ce titre, compte tenu des dispositions spéciales du présent Règlement, notamment:
- à la préparation et à l'organisation des travaux des organes de l'Union;
 - à l'élaboration, à la production et à la distribution des documents, rapports et procès-verbaux;
 - au fonctionnement du secrétariat durant les réunions des organes de l'Union;
- d) assister aux séances des organes de l'Union et prendre part aux délibérations sans droit de vote, avec la possibilité de se faire représenter.
- tig dem Vollzugsrat zur Prüfung vorzulegen; den Haushaltsplan nach Billigung durch den Vollzugsrat den Mitgliedsländern bekanntzugeben;
- b) als Mittler zu dienen in den Beziehungen zwischen:
- dem Weltpostverein und den Engeren Vereinen;
 - dem Weltpostverein und der Organisation der Vereinten Nationen;
 - dem Weltpostverein und den internationalen Organisationen, deren Tätigkeit für den Verein von Interesse ist;
- c) die Aufgaben des Generalsekretärs der Organe des Vereins zu übernehmen und in dieser Eigenschaft unter Berücksichtigung der besonderen Vorschriften dieser Allgemeinen Verfahrensordnung insbesondere zu wachen über
- die Vorbereitung und die Organisation der Arbeiten der Organe des Vereins;
 - die Ausarbeitung, die Herstellung und die Verteilung der Dokumente, Berichte und Protokolle;
 - die Arbeitsweise des Sekretariats während der Tagungen der Organe des Vereins;
- d) den Sitzungen der Organe des Vereins beizuwohnen und an den Beratungen ohne Stimmrecht teilzunehmen mit der Möglichkeit, sich vertreten zu lassen.

Article 110

Fonctions du Vice-Directeur général

1. Le Vice-Directeur général assiste le Directeur général et est responsable devant lui.
2. En cas d'absence ou d'empêchement du Directeur général, le Vice-Directeur général exerce les pouvoirs de celui-ci. Il en est de même dans le cas de vacance du poste de Directeur général visé à l'article 108, paragraphe 3.

Article 111

Secrétariat des organes de l'Union

Le secrétariat des organes de l'Union est assuré par le Bureau international sous la responsabilité du Directeur général. Il adresse tous les documents publiés à l'occasion de chaque session aux Administrations postales des membres de l'organe, aux Administrations postales des pays qui, sans être membres de l'organe, collaborent aux études entreprises, aux Unions restreintes ainsi qu'aux autres Administrations postales des Pays-membres qui en font la demande.

Article 112

Liste des Pays-membres

Le Bureau international établit et tient à jour la liste des Pays-membres de l'Union en y indiquant leur classe de contribution, leur groupe géographique et leur situation par rapport aux Actes de l'Union.

Article 113

Renseignements. Avis. Demandes d'interprétation et de modification des Actes. Enquêtes. Intervention dans la liquidation des comptes

1. Le Bureau international se tient en tout temps à la disposition du Conseil exécutif, du Conseil consultatif des études postales et des Administrations postales pour leur fournir tous renseignements utiles sur les questions relatives au service.
2. Il est chargé, notamment, de réunir, de coordonner, de publier et de distribuer les renseignements de toute nature qui intéressent le service postal international; d'émettre, à la demande des parties en cause, un avis sur les questions liti-

Artikel 110

Aufgaben des Vize-Generaldirektors

1. Der Vize-Generaldirektor unterstützt den Generaldirektor und ist ihm gegenüber verantwortlich.
2. Im Fall der Abwesenheit oder der Verhinderung des Generaldirektors übt er dessen Befugnisse aus. Das gleiche gilt für den in Artikel 108 § 3 vorgesehenen Fall des Freiwerdens der Stelle des Generaldirektors.

Artikel 111

Sekretariat der Organe des Vereins

Das Sekretariat der Organe des Vereins wird vom Internationalen Büro unter der Verantwortlichkeit des Generaldirektors wahrgenommen. Es versendet alle Dokumente, die anlässlich jeder Tagung veröffentlicht werden, an die Postverwaltungen der Mitglieder des Organs, an die Postverwaltungen der Länder, die, ohne Mitglied des Organs zu sein, an den Studien mitarbeiten, an die Engeren Vereine sowie an die anderen Postverwaltungen der Mitgliedsländer, die darum ersuchen.

Artikel 112

Liste der Mitgliedsländer

Das Internationale Büro erstellt eine Liste der Mitgliedsländer des Vereins mit Angabe ihrer Beitragsklasse, ihrer geographischen Gruppe und über den Stand ihres Verhältnisses zu den Verträgen des Vereins und hält sie auf dem laufenden.

Artikel 113

Auskünfte; Gutachten; Anträge auf Auslegung und Änderung der Verträge; Umfragen; Vermittlung bei der Erledigung der Rechnungen

1. Das Internationale Büro hält sich jederzeit zur Verfügung des Vollzugsrats, des Konsultativrats für Poststudien und der Postverwaltungen, um ihnen alle sachdienlichen Auskünfte über dienstliche Fragen zu erteilen.
2. Es hat insbesondere die Aufgabe, Mitteilungen jeder Art über den internationalen Postdienst zu sammeln, zu koordinieren, zu veröffentlichen und zu verteilen, auf Antrag der Beteiligten Gutachten über strittige Fragen abzugeben, Anträgen

gieuses; de donner suite aux demandes d'interprétation et de modification des Actes de l'Union et, en général, de procéder aux études et aux travaux de rédaction ou de documentation que lesdits Actes lui attribuent ou dont il serait saisi dans l'intérêt de l'Union.

3. Il procède également aux enquêtes qui sont demandées par les Administrations postales en vue de connaître l'opinion des autres Administrations sur une question déterminée. Le résultat d'une enquête ne revêt pas le caractère d'un vote et ne lie pas formellement.

4. Il saisit, à toutes fins utiles, le Président du Conseil consultatif des études postales des questions qui sont de la compétence de cet organe.

5. Il intervient, titre d'office de compensation, dans la liquidation des comptes de toute nature relatifs au service postal international, entre les Administrations postales qui réclament cette intervention.

Article 114

Coopération technique

Le Bureau international est chargé, dans le cadre de la coopération technique internationale, de développer l'assistance technique postale sous toutes ses formes.

Article 115

Formules fournies par le Bureau international

Le Bureau international est chargé de faire confectionner les cartes d'identité postales, les coupons-réponse internationaux, les bons postaux de voyage et les couvertures de carnets de bons et d'en approvisionner, au prix de revient, les Administrations postales qui en font la demande.

Article 116

Actes des Unions restreintes et arrangements spéciaux

1. Deux exemplaires des Actes des Unions restreintes et des arrangements spéciaux conclus en application de l'article 8 de la Constitution doivent être transmis au Bureau international par les bureaux de ces Unions ou, à défaut, par une des parties contractantes.

2. Le Bureau international veille à ce que les Actes des Unions restreintes et les arrangements spéciaux ne prévoient pas des conditions moins favorables pour le public que celles qui sont prévues dans les Actes de l'Union, et informe les Administrations postales de l'existence des Unions et des arrangements susdits. Il signale au Conseil exécutif toute irrégularité constatée en vertu de la présente disposition.

Article 117

Revue de l'Union

Le Bureau international rédige, à l'aide des documents qui sont mis à sa disposition, une revue en langues allemande, anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe.

Article 118

Rapport annuel sur les activités de l'Union

Le Bureau international fait, sur les activités de l'Union, un rapport annuel qui est communiqué, après approbation par le Conseil exécutif, aux Administrations postales, aux Unions restreintes et à l'Organisation des Nations Unies.

auf Auslegung und Änderung der Verträge des Vereins stattzugeben und sich allgemein mit Studien und Redaktions- und Dokumentationsarbeiten zu befassen, die ihm die genannten Verträge zuweisen oder die ihm im Interesse des Weltpostvereins übertragen werden.

3. Es nimmt auch Umfragen vor, die von den Postverwaltungen beantragt werden, um die Einstellung der anderen Verwaltungen zu einer bestimmten Frage kennenzulernen. Das Ergebnis einer Umfrage stellt keine Abstimmung dar und ist unverbindlich.

4. Es leitet dem Präsidenten des Konsultativrats für Poststudien zur weiteren Veranlassung Fragen zu, die in die Zuständigkeit dieses Organs fallen.

5. Es vermittelt als Clearingstelle bei der Erledigung der Rechnungen jeder Art aus dem internationalen Postdienst im Verhältnis zwischen den Postverwaltungen, die diese Vermittlung wünschen.

Artikel 114

Technische Zusammenarbeit

Das Internationale Büro hat die Aufgabe, im Rahmen der internationalen Technischen Zusammenarbeit die Technische Hilfeleistung auf dem Gebiet des Postwesens in allen ihren Erscheinungsformen zu fördern.

Artikel 115

Lieferungen von Formularen durch das Internationale Büro

Das Internationale Büro hat die Aufgabe, Postausweiskarten, Internationale Antwortscheine, Postreiseschecks und die Deckblätter zu den Scheckheften herstellen zu lassen und sie den Postverwaltungen auf Antrag zum Selbstkostenpreis zu liefern.

Artikel 116

Verträge der Engeren Vereine und besondere Vereinbarungen

1. Zwei Ausfertigungen der nach Artikel 8 der Satzung abgeschlossenen Verträge der Engeren Vereine und besonderen Vereinbarungen müssen dem Internationalen Büro von den Büros dieser Vereine oder, falls ein solches nicht besteht, von einer der Vertragsparteien übersandt werden.

2. Das Internationale Büro hat darüber zu wachen, daß die Verträge der Engeren Vereine und die besonderen Vereinbarungen für die Postbenutzer nicht ungünstigere Bedingungen vorsehen als die Verträge des Weltpostvereins; es hat die Postverwaltungen über das Bestehen der Engeren Vereine und der genannten Vereinbarungen zu unterrichten. Das Internationale Büro hat dem Vollzugsrat jede Unregelmäßigkeit anzuzeigen, die es auf Grund der vorstehenden Bestimmung festgestellt hat.

Artikel 117

Zeitschrift des Vereins

Das Internationale Büro gibt unter Benutzung der ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen eine Zeitschrift in deutscher, englischer, arabischer, chinesischer, spanischer, französischer und russischer Sprache heraus.

Artikel 118

Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins

Das Internationale Büro erstattet über die Tätigkeit des Vereins einen Jahresbericht, der nach Genehmigung durch den Vollzugsrat den Postverwaltungen, den Engeren Vereinen und der Organisation der Vereinten Nationen übersandt wird.

Chapitre III**Procédure d'introduction
et d'examen des propositions****Article 119****Procédure de présentation des propositions
au Congrès**

1. Sous réserve des exceptions prévues aux paragraphes 2 et 5, la procédure suivante régle l'introduction des propositions de toute nature à soumettre au Congrès par les Administrations postales des Pays-membres:

- a) sont admises les propositions qui parviennent au Bureau international au moins six mois avant la date fixée pour le Congrès;
- b) aucune proposition d'ordre rédactionnel n'est admise pendant la période de six mois qui précède la date fixée pour le Congrès;
- c) les propositions de fond qui parviennent au Bureau international dans l'intervalle compris entre six et quatre mois avant la date fixée pour le Congrès ne sont admises que si elles sont appuyées par au moins deux Administrations;
- d) les propositions de fond qui parviennent au Bureau international dans l'intervalle compris entre quatre et deux mois qui précède la date fixée pour le Congrès ne sont admises que si elles sont appuyées par au moins huit Administrations. Les propositions qui parviennent ultérieurement ne sont plus admises;
- e) les déclarations d'appui doivent parvenir au Bureau international dans le même délai que les propositions qu'elles concernent.

2. Les propositions concernant la Constitution ou le Règlement général doivent parvenir au Bureau international six mois au moins avant l'ouverture du Congrès; celles qui parviennent postérieurement à cette date mais avant l'ouverture du Congrès ne peuvent être prises en considération que si le Congrès en décide ainsi à la majorité des deux tiers des pays représentés au Congrès et si les conditions prévues au paragraphe 1 sont respectées.

3. Chaque proposition ne doit avoir en principe qu'un objectif et ne contenir que les modifications justifiées par cet objectif.

4. Les propositions d'ordre rédactionnel sont munies, en tête, de la mention «Proposition d'ordre rédactionnel» par les Administrations qui les présentent et publiées par le Bureau international sous un numéro suivi de la lettre R. Les propositions non munies de cette mention mais qui, de l'avis du Bureau international, ne touchent que la rédaction sont publiées avec une annotation appropriée; le Bureau international établit une liste de ces propositions à l'intention du Congrès.

5. La procédure prescrite aux paragraphes 1 et 4 ne s'applique ni aux propositions concernant le Règlement intérieur des Congrès ni aux amendements à des propositions déjà faites.

Article 120**Procédure de présentation des propositions
entre deux Congrès**

1. Pour être prise en considération, chaque proposition concernant la Convention ou les Arrangements et introduite par une Administration postale entre deux Congrès doit être appuyée par au moins deux autres Administrations. Ces propositions restent sans suite lorsque le Bureau international ne reçoit pas, en même temps, les déclarations d'appui nécessaires.

2. Ces propositions sont adressées aux autres Administrations postales par l'intermédiaire du Bureau international.

Kapitel III**Verfahren für die Einbringung
und Prüfung der Vorschläge****Artikel 119****Verfahren für die Einbringung der Vorschläge
für den Kongreß**

1. Vorbehaltlich der in den §§ 2 und 5 vorgesehenen Ausnahmen gilt für die Einbringung der Vorschläge jeder Art, die dem Kongreß von den Postverwaltungen der Mitgliedsländer vorgelegt werden sollen, folgendes Verfahren:

- a) zugelassen sind Vorschläge, die dem Internationalen Büro mindestens 6 Monate vor dem für den Zusammentritt des Kongresses bestimmten Zeitpunkt zugehen;
- b) Vorschläge redaktioneller Art sind während der 6 Monate vor dem für den Zusammentritt des Kongresses bestimmten Zeitpunkt nicht zugelassen;
- c) Vorschläge materieller Art, die dem Internationalen Büro in der Zeit zwischen 6 und 4 Monaten vor dem für den Zusammentritt des Kongresses bestimmten Zeitpunkt zugehen, sind nur zugelassen, wenn sie von mindestens zwei Verwaltungen unterstützt werden;
- d) Vorschläge materieller Art, die dem Internationalen Büro in der Zeit zwischen 4 und 2 Monaten vor dem für den Zusammentritt des Kongresses bestimmten Zeitpunkt zugehen, sind nur zugelassen, wenn sie von mindestens acht Verwaltungen unterstützt werden. Vorschläge, die später eingehen, sind nicht mehr zugelassen;
- e) die Unterstützungserklärungen müssen dem Internationalen Büro innerhalb derselben Frist zugehen, wie die Vorschläge, die sie betreffen;

2. Die die Satzung oder die Allgemeine Verfahrensordnung betreffenden Vorschläge müssen beim Internationalen Büro mindestens 6 Monate vor Eröffnung des Kongresses eingehen; Vorschläge, die nach diesem Zeitpunkt, aber vor der Eröffnung des Kongresses eingehen, können nur dann berücksichtigt werden, wenn der Kongreß mit der Mehrheit von zwei Dritteln der beim Kongreß vertretenen Länder so beschließt und wenn die in § 1 vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind.

3. Jeder Vorschlag darf grundsätzlich nur ein Ziel haben und nur auf dieses Ziel gerichteten Änderungen enthalten.

4. Vorschläge redaktioneller Art werden von den einbringenden Verwaltungen im Kopf mit dem Vermerk „Proposition d'ordre rédactionnel“ versehen und vom Internationalen Büro unter einer Nummer mit dem Zusatz „R“ veröffentlicht. Die Vorschläge, die nicht mit diesem Vermerk versehen, jedoch nach Ansicht des Internationalen Büros lediglich redaktioneller Art sind, werden mit einer entsprechenden Erläuterung veröffentlicht; das Internationale Büro stellt für den Kongreß eine Liste dieser Vorschläge auf.

5. Das in den §§ 1 und 4 vorgeschriebene Verfahren gilt weder für Vorschläge zur Geschäftsordnung des Kongresses noch für Änderungsvorschläge zu bereits eingebrachten Vorschlägen.

Artikel 120**Verfahren für die Einbringung der Vorschläge
in der Zeit zwischen zwei Kongressen**

1. Jeder in der Zeit zwischen zwei Kongressen von einer Postverwaltung eingebrachte Vorschlag zum Weltpostvertrag oder zu den Abkommen muß, um berücksichtigt zu werden, von mindestens zwei anderen Verwaltungen unterstützt werden. Die Vorschläge bleiben unberücksichtigt, wenn das Internationale Büro nicht gleichzeitig die erforderlichen Unterstützungserklärungen erhält.

2. Diese Vorschläge werden den anderen Postverwaltungen durch Vermittlung des Internationalen Büros übersandt.

Article 121**Examen des propositions
entre deux Congrès**

1. Toute proposition est soumise à la procédure suivante: un délai de deux mois est laissé aux Administrations postales des Pays-membres pour examiner la proposition notifiée par circulaire du Bureau international et, le cas échéant, pour faire parvenir leurs observations audit Bureau. Les amendements ne sont pas admis. Les réponses sont réunies par les soins du Bureau international et communiquées aux Administrations postales avec invitation de se prononcer pour ou contre la proposition. Celles qui n'ont pas fait parvenir leur vote dans un délai de deux mois sont considérées comme s'abstenant. Les délais précités comptent à partir de la date des circulaires du Bureau international.

2. Si la proposition concerne un Arrangement, son Règlement ou leurs Protocoles finals, seules les Administrations postales des Pays-membres qui sont parties à cet Arrangement peuvent prendre part aux opérations indiquées au paragraphe 1.

Article 122**Notification des décisions adoptées
entre deux Congrès**

1. Les modifications apportées à la Convention, aux Arrangements et aux Protocoles finals de ces Actes sont consacrées par une déclaration diplomatique que le Gouvernement de la Confédération suisse est chargé d'établir et de transmettre, à la demande du Bureau international, aux Gouvernements des Pays-membres.

2. Les modifications apportées aux Règlements et à leurs Protocoles finals sont constatées et notifiées aux Administrations postales par le Bureau international. Il en est de même des interprétations visées à l'article 91, paragraphe 2, lettre c), chiffre 2°, de la Convention et aux dispositions correspondantes des Arrangements.

Article 123**Exécution des décisions adoptées
entre deux Congrès**

Toute décision adoptée n'est exécutoire que trois mois, au moins, après sa notification.

Chapitre IV**Finances****Article 124****Fixation et règlement des dépenses de l'Union**

1. Sous réserve des paragraphes 2 à 6, les dépenses annuelles afférentes aux activités des organes de l'Union ne doivent pas dépasser les sommes ci-après pour les années 1986 et suivantes:

22 601 400 francs suisses pour l'année 1986;
23 028 100 francs suisses pour l'année 1987;
23 376 900 francs suisses pour l'année 1988;
23 798 100 francs suisses pour l'année 1989;
24 189 800 francs suisses pour l'année 1990.

La limite de base pour l'année 1990 s'applique également aux années postérieures en cas de report du Congrès prévu pour 1989.

2. Les dépenses afférentes à la réunion du prochain Congrès (déplacements du secrétariat, frais de transport, frais

Artikel 121**Prüfung der Vorschläge
in der Zeit zwischen zwei Kongressen**

1. Jeder Vorschlag unterliegt folgendem Verfahren: Den Postverwaltungen der Mitgliedsländer wird eine Frist von zwei Monaten gewährt, um den durch Rundschreiben des Internationalen Büros bekanntgegebenen Vorschlag zu prüfen und gegebenenfalls dem Internationalen Büro ihre Bemerkungen zugehen zu lassen. Änderungsvorschläge sind unzulässig. Die Antworten werden vom Internationalen Büro zusammengestellt und den Postverwaltungen mit der Aufforderung mitgeteilt, sich für oder gegen den Vorschlag auszusprechen. Haben Postverwaltungen ihre Stimme nicht binnen zwei Monaten abgegeben, so gilt dies als Stimmenthaltung. Die vorgenannten Fristen beginnen mit dem Datum der Rundschreiben des Internationalen Büros.

2. Betrifft der Vorschlag ein Abkommen, dessen Vollzugsordnung oder deren Schlußprotokolle, so dürfen sich nur die Postverwaltungen der Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen, an dem Verfahren nach § 1 beteiligen.

Artikel 122**Notifizierung der in der Zeit
zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse**

1. Änderungen des Weltpostvertrags, der Abkommen und der Schlußprotokolle zu diesen Verträgen werden durch eine diplomatische Erklärung bestätigt, die die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft auszufertigen und auf Antrag des Internationalen Büros den Regierungen der Mitgliedsländer zu übermitteln hat.

2. Änderungen der Vollzugsordnungen und ihrer Schlußprotokolle werden durch das Internationale Büro festgestellt und den Postverwaltungen bekanntgegeben. Das gilt auch für die in Artikel 91 § 2 unter Buchstabe c Ziffer 2) des Weltpostvertrags und in den entsprechenden Bestimmungen der Abkommen vorgesehene Auslegung der Verträge.

Artikel 123**Inkrafttreten der in der Zeit
zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse**

Jeder in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefaßte Beschluß tritt frühestens 3 Monate nach seiner Notifizierung in Kraft.

Kapitel IV**Finanzen****Artikel 124****Festsetzung und Begleichung der Ausgaben des Vereins**

1. Vorbehaltlich der §§ 2 bis 6 dürfen die jährlichen Ausgaben für die Tätigkeit der Organe des Vereins für das Jahr 1986 und die folgenden Jahre die nachstehend genannten Beträge nicht überschreiten:

22 601 400 Schweizer Franken für das Jahr 1986
23 028 100 Schweizer Franken für das Jahr 1987
23 376 900 Schweizer Franken für das Jahr 1988
23 798 100 Schweizer Franken für das Jahr 1989
24 189 800 Schweizer Franken für das Jahr 1990.

Der für das Jahr 1990 als Grundlage dienende Höchstbetrag gilt ebenfalls für die folgenden Jahre, falls der für 1989 vorgesehene Kongreß verschoben wird.

2. Die Kosten für das Zusammentreten des nächsten Kongresses (Reisekosten des Sekretariats, Transportkosten,

d'installation technique de l'interprétation simultanée, frais de reproduction des documents durant le Congrès, etc.) ne doit pas dépasser la limite de 3 345 000 francs suisses.

3. Le Conseil exécutif est autorisé à dépasser les limites fixées aux paragraphes 1 et 2 pour tenir compte des augmentations des échelles de traitement, des contributions au titre des pensions ou indemnités, y compris les indemnités de poste, admises par les Nations Unies pour être appliquées à leur personnel en fonction à Genève.

4. Le Conseil exécutif est également autorisé à ajuster, chaque année, le montant des dépenses autres que celles relatives au personnel en fonction de l'indice suisse des prix à la consommation.

5. Par dérogation au paragraphe 1, le Conseil exécutif, ou en cas d'extrême urgence le Directeur général, peut autoriser un dépassement des limites fixées pour faire face aux réparations importantes et imprévues du bâtiment du Bureau international, sans toutefois que le montant du dépassement puisse excéder 65 000 francs suisses par année.

6. Si les crédits prévus par les paragraphes 1 et 2 se révèlent insuffisants pour assurer le bon fonctionnement de l'Union, ces limites ne peuvent être dépassées qu'avec l'approbation de la majorité des Pays-membres de l'Union. Toute consultation doit comporter un exposé complet des faits justifiant une telle demande.

7. Les pays qui adhèrent à l'Union ou qui sont admis en qualité de membres de l'Union ainsi que ceux qui sortent de l'Union doivent acquitter leur cotisation pour l'année entière au cours de laquelle leur admission ou leur sortie devient effective.

8. Les Pays-membres paient à l'avance leur part contributive aux dépenses annuelles de l'Union, sur la base du budget arrêté par le Conseil exécutif. Ces parts contributives doivent être payées au plus tard le premier jour de l'exercice financier auquel se rapporte le budget. Passé ce terme, les sommes dues sont productives d'intérêt au profit de l'Union, à raison de 3 pour cent par an durant les six premiers mois et de 6 pour cent par an à partir du septième mois.

9. Pour pallier les insuffisances de trésorerie de l'Union, il est constitué un Fonds de réserve dont le montant est fixé par le Conseil exécutif. Ce Fonds est alimenté en premier lieu par les excédents budgétaires. Il peut servir également à équilibrer le budget ou à réduire le montant des contributions des Pays-membres.

10. En ce qui concerne les insuffisances passagères de trésorerie, le Gouvernement de la Confédération suisse fait, à court terme, les avances nécessaires selon des conditions qui sont à fixer d'un commun accord. Ce Gouvernement surveille sans frais la tenue des comptes financiers ainsi que la comptabilité du Bureau international dans les limites des crédits fixés par le Congrès.

Kosten der technischen Anlage für die Simultanübersetzung, Kosten für die Herstellung der Dokumente während des Kongresses usw.) dürfen den Höchstbetrag von 3 345 000 Schweizer Franken nicht übersteigen.

3. Der Vollzugsrat kann die in den §§ 1 und 2 festgesetzten Höchstbeträge überschreiten, um Erhöhungen der Gehälter, Beiträge zur Pensionskasse oder Entschädigungen, einschließlich der Dienstpostenzulagen, Rechnung zu tragen, deren Anwendung auf ihr in Genf tätiges Personal von den Vereinten Nationen zugestanden wird.

4. Der Vollzugsrat kann ebenfalls jedes Jahr den Betrag, der sich nicht auf das Personal beziehenden Ausgaben entsprechend dem schweizerischen Index der Verbraucherpreise anpassen.

5. Abweichend von § 1 kann der Vollzugsrat oder im äußersten Notfall der Generaldirektor ein Überschreiten der festgesetzten Höchstgrenzen erlauben, um größere und unvorhergesehene Reparaturen am Gebäude des Internationalen Büros vornehmen zu lassen; dabei darf jedoch der Betrag der Überschreitung 65 000 Schweizer Franken im Jahr nicht übersteigen.

6. Falls sich die in den §§ 1 und 2 vorgesehenen Beträge als unzureichend für das gute Funktionieren des Vereins erweisen, können die Höchstbeträge nur mit Genehmigung der Mehrheit der Mitgliedsländer des Vereins überschritten werden. Jeder Konsultation muß eine vollständige Aufstellung der Tatsachen beigelegt sein, die ein solches Verlangen rechtfertigen.

7. Die Länder, die dem Verein beitreten oder als Mitglieder des Vereins zugelassen werden, sowie die Länder, die aus dem Verein austreten, müssen ihren Beitrag für das volle Kalenderjahr entrichten, in dem ihre Aufnahme oder ihr Austritt wirksam wird.

8. Die Mitgliedsländer zahlen ihren Beitragsanteil an den jährlichen Kosten des Vereins im voraus auf der Grundlage des vom Vollzugsrat festgestellten Haushaltsplans. Diese Beitragsanteile müssen spätestens am ersten Tag des Rechnungsjahres gezahlt werden, für das der Haushaltsplan gilt. Vom Tage nach Ablauf dieser Frist an sind die geschuldeten Beträge zugunsten des Vereins während der ersten sechs Monate mit 3 v. H. jährlich und vom siebten Monat an mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen.

9. Um finanziellen Unzuträglichkeiten des Vereins abhelfen zu können, wird ein Reservefonds gebildet, dessen Betrag durch den Vollzugsrat festgesetzt wird. Dieser Fonds wird in erster Linie durch Haushaltsüberschüsse gespeist. Er kann auch dazu benutzt werden, den Haushalt auszugleichen oder die Höhe der Beiträge der Mitgliedsländer zu verringern.

10. Bei vorübergehenden finanziellen Unzuträglichkeiten leistet die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft für einen kurzen Zeitraum die notwendigen Kassenvorschüsse nach den im beiderseitigen Einvernehmen festzusetzenden Bedingungen. Diese Regierung überwacht auch kostenlos, daß sich die Kassen- und Haushaltsführung des Internationalen Büros innerhalb der Grenzen der vom Kongreß festgesetzten Beträge hält.

Article 125

Classes de contribution

1. Les Pays-membres contribuent à la couverture des dépenses de l'Union selon la classe de contribution à laquelle ils appartiennent. Ces classes sont les suivantes:

classe de 50 unités;
classe de 40 unités;
classe de 35 unités;
classe de 25 unités;
classe de 20 unités;
classe de 15 unités;

Artikel 125

Beitragsklassen

1. Die Mitgliedsländer tragen zur Deckung der Ausgaben des Vereins entsprechend der Beitragsklasse bei, zu der sie gehören. Diese Klassen sind folgende:

Klasse zu 50 Einheiten
Klasse zu 40 Einheiten
Klasse zu 35 Einheiten
Klasse zu 25 Einheiten
Klasse zu 20 Einheiten
Klasse zu 15 Einheiten

classe de 10 unités;
 classe de 5 unités;
 classe de 3 unités;
 classe de 1 unité;
 classe de 0,5 unité, réservée aux pays les moins avancés énumérés par l'Organisation des Nations Unies et à d'autres pays désignés par le Conseil exécutif.

2. Outre les classes de contribution énumérées au paragraphe 1, tout Pays-membre peut choisir de payer un nombre d'unités de contribution supérieur à 50 unités.

3. Les Pays-membres sont rangés dans l'une des classes de contribution précitées au moment de leur admission ou de leur adhésion à l'Union, selon la procédure visée à l'article 21, paragraphe 4, de la Constitution.

4. Les Pays-membres peuvent changer ultérieurement de classe de contribution à la condition que ce changement soit notifié au Bureau international avant l'ouverture du Congrès. Cette notification, qui est portée à l'attention du Congrès, prend effet à la date de mise en vigueur des dispositions financières arrêtées par le Congrès.

5. Les Pays-membres ne peuvent pas exiger d'être déclassés de plus d'une classe à la fois. Les Pays-membres qui ne font pas connaître leur désir de changer de classe de contribution avant l'ouverture du Congrès sont maintenus dans la classe à laquelle ils appartenaient jusqu'alors.

6. Toutefois, dans des circonstances exceptionnelles telles que des catastrophes naturelles nécessitant des programmes d'aide internationale, le Conseil exécutif peut autoriser le déclassement d'une classe de contribution à la demande d'un Pays-membre si celui-ci apporte la preuve qu'il ne peut plus maintenir sa contribution selon la classe initialement choisie.

7. Par dérogation aux paragraphes 4 et 5, les surclassements ne sont soumis à aucune restriction.

Article 126

Paiement des fournitures du Bureau international

Les fournitures que le Bureau international livre à titre onéreux aux Administrations postales doivent être payées dans le plus bref délai possible, et au plus tard dans les six mois à partir du premier jour du mois qui suit celui de l'envoi du compte par ledit Bureau. Passé ce délai, les sommes dues sont productives d'intérêt au profit de l'Union, à raison de 5 pour cent par an, à compter du jour de l'expiration dudit délai.

Chapitre V

Arbitrages

Article 127

Procédure d'arbitrage

1. Es cas de différend à régler par jugement arbitral, chacune des Administrations postales en cause choisit une Administration postale d'un Pays-membre qui n'est pas directement intéressée dans le litige. Lorsque plusieurs Administrations font cause commune, elles ne comptent, pour l'application de cette disposition, que pour une seule.

2. Au cas où l'une des Administrations en cause ne donne pas suite à une proposition d'arbitrage dans le délai de six mois, le Bureau international, si la demande lui en est faite, provoque à son tour la désignation d'un arbitre par l'Administration défaillante ou en désigne un lui-même, d'office.

Klasse zu 10 Einheiten

Klasse zu 5 Einheiten

Klasse zu 3 Einheiten

Klasse zu 1 Einheit

Klasse zu 0,5 Einheiten, die den von der Organisation der Vereinten Nationen genannten am wenigsten entwickelten Ländern und den vom Vollzugsrat bezeichneten Ländern vorbehalten ist.

2. Außer den in § 1 genannten Beitragsklassen steht es jedem Mitgliedsland frei, eine 50 Einheiten übersteigende Zahl von Beitragsklassen zu zahlen.

3. Die Mitgliedsländer werden bei ihrer Zulassung oder ihrem Beitritt zum Verein entsprechend dem in Artikel 21 § 4 der Satzung vorgesehenen Verfahren in eine der vorerwähnten Beitragsklassen eingereiht.

4. Die Mitgliedsländer können später die Beitragsklasse unter der Bedingung wechseln, daß dieser Wechsel vor dem Beginn des nächsten Kongresses dem Internationalen Büro notifiziert wird. Diese Notifizierung, die dem Kongreß vorgelegt wird, wird mit dem Datum des Inkrafttretens der vom Kongreß beschlossenen Finanzbestimmungen wirksam.

5. Die Mitgliedsländer können nicht verlangen, auf einmal um mehr als eine Beitragsklasse herabgestuft zu werden. Die Mitgliedsländer, die vor der Eröffnung des Kongresses keinen Wunsch auf Änderung der Beitragsklasse mitgeteilt haben, verbleiben in der Klasse, der sie bis dahin angehörten.

6. Bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände wie Naturkatastrophen, die internationale Hilfsprogramme notwendig machen, kann der Vollzugsrat jedoch auf Antrag eines Mitgliedslandes die Herabstufung um eine Beitragsklasse genehmigen, wenn dieses den Beweis erbringt, daß es seinen Beitrag gemäß der ursprünglich gewählten Klasse nicht beibehalten kann.

7. Abweichend von den §§ 4 und 5 unterliegen Höherstufungen keiner Beschränkung.

Artikel 126

Bezahlung der Lieferungen des Internationalen Büros

Lieferungen, die das Internationale Büro an die Postverwaltungen gegen Entgelt ausführt, müssen in kürzester Frist bezahlt werden, spätestens innerhalb von 6 Monaten, vom ersten Tag des Monats an gerechnet, der auf den Monat der Absendung der Rechnung durch das Internationale Büro folgt. Vom Tage nach Ablauf dieser Frist sind die geschuldeten Beträge zugunsten des Vereins mit 5 v. H. jährlich zu verzinsen.

Kapitel V

Schiedsgerichtsbarkeit

Artikel 127

Schiedsverfahren

1. Bei Streitfällen, die durch schiedsgerichtliche Entscheidungen ausgetragen werden müssen, wählt jede der beteiligten Postverwaltungen eine Postverwaltung eines Mitgliedslandes, die an der Streitfrage nicht unmittelbar beteiligt ist. Vertreten mehrere Verwaltungen die gleiche Sache, so gelten sie hinsichtlich der Anwendung dieser Bestimmung als eine einzige Verwaltung.

2. Falls eine der beteiligten Verwaltungen dem Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung nicht binnen sechs Monaten entspricht, fordert das Internationale Büro auf Verlangen die säumige Verwaltung auf, einen Schiedsrichter zu bezeichnen, oder bestellt ihn von Amts wegen selbst.

3. Les parties en cause peuvent s'entendre pour désigner un arbitre unique qui peut être le Bureau international.

4. La décision des arbitres est prise à la majorité des voix.

5. En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, une autre Administration postale également désintéressée dans le litige. A défaut d'une entente sur le choix, cette Administration est désignée par le Bureau international parmi les Administrations non proposées par les arbitres.

6. S'il s'agit d'un différend concernant l'un des Arrangements, les arbitres ne peuvent être désignés en dehors des Administrations qui participent à cet Arrangement.

3. Die beteiligten Parteien können sich auf die Bezeichnung eines einzigen Schiedsrichters einigen, der auch das Internationale Büro sein kann.

4. Die Schiedsrichter entscheiden mit Stimmenmehrheit.

5. Bei Stimmengleichheit wählen die Schiedsrichter zur Entscheidung des Streits eine andere an dem Streitfall ebenfalls unbeteiligte Postverwaltung. Kommt über diese Wahl keine Einigung zustande, so bestimmt das Internationale Büro diese Verwaltung aus dem Kreise der von den Schiedsrichtern nicht vorgeschlagenen Verwaltungen.

6. Handelt es sich um einen Streitfall, der ein Abkommen betrifft, so dürfen als Schiedsrichter nur solche Verwaltungen bestellt werden, die an diesem Abkommen teilnehmen.

Chapitre VI

Dispositions finales

Article 128

Conditions d'approbation des propositions concernant le Règlement général

Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Règlement général doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres représentés au Congrès. Les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union doivent être présents au moment du vote.

Article 129

Propositions concernant les Accords avec l'Organisation des Nations Unies

Les conditions d'approbation visées à l'article 128 s'appliquent également aux propositions tendant à modifier les Accords conclus entre l'Union postale universelle et l'Organisation des Nations Unies dans la mesure où ces Accords ne prévoient pas les conditions de modification des dispositions qu'ils contiennent.

Article 130

Mise à exécution et durée du Règlement général

Le présent Règlement général sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont signé le présent Règlement général en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Kapitel VI

Schlußbestimmungen

Artikel 128

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zur Allgemeinen Verfahrensordnung

Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zur Allgemeinen Verfahrensordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Billigung durch die Mehrheit der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer. Mindestens zwei Drittel der Mitgliedsländer des Vereins müssen bei der Abstimmung anwesend sein.

Artikel 129

Vorschläge zu den Übereinkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen

Die Annahmebedingungen des Artikels 128 gelten in gleicher Weise für die Vorschläge zur Änderung der zwischen dem Weltpostverein und der Organisation der Vereinten Nationen abgeschlossenen Übereinkommen, soweit diese Übereinkommen nicht selbst die Änderungsbedingungen für die in ihnen enthaltenen Bestimmungen vorsehen.

Artikel 130

Inkrafttreten und Geltungsdauer der Allgemeinen Verfahrensordnung

Diese Allgemeine Verfahrensordnung tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund ~~dessen~~ haben die Bevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedsländer diese Allgemeine Verfahrensordnung in einer Ausfertigung unterzeichnet, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft niedergelegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984.

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Anhang Geschäftsordnung der Kongresse

Règlement général de l'Union postale universelle

Annexe Règlement intérieur des Congrès

(Übersetzung)

Sommaire

Inhaltsverzeichnis

Art.	Artikel
1. Dispositions générales	1 Allgemeine Bestimmungen
2. Délégations	2 Delegationen
3. Pouvoirs des délégués	3 Vollmachten der Delegierten
4. Ordre des places	4 Sitzordnung
5. Observateurs	5 Beobachter
6. Doyen du Congrès	6 Doyen des Kongresses
7. Présidences et vice-présidences du Congrès et des Commissions	7 Präsidenschaften und Vize-Präsidenschaften des Kongresses und der Kommissionen
8. Bureau du Congrès	8 Präsidium des Kongresses
9. Membres des Commissions	9 Mitglieder der Kommissionen
10. Groupes de travail	10 Arbeitsgruppen
11. Secrétariat du Congrès et des Commissions	11 Sekretariat des Kongresses und der Kommissionen
12. Langues de délibération	12 Beratungssprachen
13. Langues de rédaction des documents du Congrès	13 Sprachen für die Abfassung der Dokumente des Kongresses
14. Propositions	14 Vorschläge
15. Examen des propositions en Congrès et Commissions	15 Prüfung der Vorschläge durch den Kongreß und die Kommissionen
16. Délibérations	16 Beratungen
17. Motions d'ordre et motions de procédures	17 Anträge zur Geschäftsordnung und Anträge zum Verfahren
18. Quorum. Généralités concernant les votations	18 Quorum. Allgemeines betreffend die Abstimmungen
19. Procédure de vote	19 Abstimmungsverfahren
20. Conditions d'approbation des propositions	20 Bestimmungen für die Annahme der Vorschläge
21. Election des membres du Conseil exécutif et du Conseil consultatif des études postales	21 Wahl der Mitglieder des Vollzugsrats und des Konsultativrats für Poststudien
22. Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international	22 Wahl des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros
23. Procès-verbaux	23 Sitzungsprotokolle
24. Approbation par le Congrès des projets de décisions (Actes, résolutions, etc.)	24 Genehmigung der Entscheidungsentwürfe durch den Kongreß (Verträge, Entschlüsse usw.)
25. Attribution des études au Conseil exécutif et au Conseil consultatif des études postales	25 Zuweisung der Studien an den Vollzugsrat und an den Konsultativrat für Poststudien
26. Réserves aux Actes	26 Vorbehalte zu den Verträgen
27. Signature des Actes	27 Unterzeichnung der Verträge
28. Modifications au Règlement	28 Änderungen der Geschäftsordnung

Règlement intérieur des Congrès**Article premier****Dispositions générales**

Le présent Règlement intérieur, ci-après dénommé le «Règlement», est établi en application des Actes de l'Union et leur est subordonné. En cas de divergence entre l'une de ses dispositions et une disposition des Actes, cette dernière fait autorité.

Article 2**Délégations**

1. Le terme «délégation» s'entend de la personne ou de l'ensemble des personnes désignées par un Pays-membre pour participer au Congrès. La délégation se compose d'un Chef de délégation ainsi que, le cas échéant, d'un suppléant du Chef de délégation, d'un ou de plusieurs délégués et, éventuellement, d'un ou de plusieurs fonctionnaires attachés (y compris experts, secrétaires, etc.).

2. Les Chefs de délégation, leurs suppléants, ainsi que les délégués sont les représentants des Pays-membres au sens de l'article 14, paragraphe 2, de la Constitution s'ils sont munis de pouvoirs répondant aux conditions fixées à l'article 3 du présent Règlement.

3. Les fonctionnaires attachés sont admis aux séances et ont le droit de participer aux délibérations, mais ils n'ont pas, en principe, le droit de vote. Toutefois, ils peuvent être autorisés par leur Chef de délégation à voter au nom de leur pays dans les séances des Commissions. De telles autorisations doivent être remises par écrit avant le début de la séance au Président de la Commission intéressée.

Article 3**Pouvoirs des délégués**

1. Les pouvoirs des délégués doivent être signés par le Chef de l'Etat ou par le Chef du Gouvernement ou par le Ministre des affaires étrangères du pays intéressé. Ils doivent être libellés en bonne et due forme. Les pouvoirs des délégués habilités à signer les Actes (plénipotentiaires) doivent indiquer la portée de cette signature (signature sous réserve de ratification ou d'approbation, signature «ad referendum», signature définitive). En l'absence d'une telle précision, la signature est considérée comme soumise à ratification ou à approbation. Les pouvoirs autorisant à signer les Actes comprennent implicitement le droit de délibérer et de voter. Les délégués auxquels les autorités compétentes ont conféré les pleins pouvoirs sans en préciser la portée sont autorisés à délibérer, à voter et à signer les Actes, à moins que le contraire ne ressorte explicitement du libellé des pouvoirs.

2. Les pouvoirs doivent être déposés dès l'ouverture du Congrès auprès de l'autorité désignée à cette fin.

3. Les délégués non munis de pouvoirs ou qui n'auront pas déposé leurs pouvoirs peuvent, s'ils ont été annoncés par leur Gouvernement au Gouvernement du pays invitant, prendre part aux délibérations et voter dès l'instant où ils commencent à participer aux travaux du Congrès. Il en est de même pour ceux dont les pouvoirs sont reconnus comme étant entachés d'irrégularités. Ces délégués ne seront plus autorisés à voter à partir du moment où le Congrès aura approuvé le rapport de la Commission de vérification des pouvoirs constatant que

Geschäftsordnung der Kongresse**Artikel 1****Allgemeine Bestimmungen**

Diese Geschäftsordnung ist in Anwendung der Verträge des Vereins aufgestellt und diesen untergeordnet. Im Falle der Abweichung einer ihrer Bestimmungen von einer Bestimmung der Verträge gilt die Vertragsbestimmung.

Artikel 2**Delegationen**

1. Unter dem Begriff „Delegation“ ist die Person oder die Gruppe der Personen zu verstehen, die von einem Mitgliedsland für die Teilnahme am Kongreß benannt worden sind. Die Delegation besteht aus einem Delegationschef sowie gegebenenfalls einem Stellvertreter des Delegationschefs, einem oder mehreren Delegierten und unter Umständen einem oder mehreren Beigeordneten Beamten (einschließlich Experten, Sekretäre usw.).

2. Die Delegationschefs, ihre Vertreter und die Delegierten sind die Vertreter der Mitgliedsländer im Sinne des Artikels 14 § 2 der Satzung, wenn sie mit Vollmachten versehen sind, die den in Artikel 3 dieser Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen entsprechen.

3. Die Beigeordneten Beamten sind zu den Sitzungen zugelassen und haben das Recht, an den Beratungen teilzunehmen, aber sie haben im Grundsatz kein Stimmrecht. Sie können jedoch durch ihren Delegationschef ermächtigt werden, in den Sitzungen der Kommissionen im Namen ihres Landes zu stimmen. Solche Ermächtigungen müssen vor der Sitzung dem Präsidenten der betreffenden Kommission schriftlich mitgeteilt werden.

Artikel 3**Vollmachten der Delegierten**

1. Die Vollmachten der Delegierten müssen vom Staatschef oder vom Regierungschef oder dem Minister für auswärtige Angelegenheiten des betreffenden Landes unterzeichnet sein. Sie müssen in gehöriger Form ausgestellt sein. Die Vollmachten der Delegierten, die ermächtigt sind, die Verträge zu unterzeichnen (Bevollmächtigte Vertreter), müssen die Bedeutung dieser Unterzeichnung angeben (Unterzeichnung unter Vorbehalt der Ratifikation oder Genehmigung, Unterzeichnung „ad referendum“, abschließende Unterzeichnung). Mangels einer solchen Präzisierung gilt die Unterzeichnung als der Ratifikation oder Genehmigung unterworfen. Die Vollmachten, die zur Unterzeichnung der Verträge ermächtigen, schließen das Recht mit ein, an den Beratungen teilzunehmen und abzustimmen. Die Delegierten, denen die zuständigen Behörden die Vollmachten übertragen haben, ohne deren Umfang zu präzisieren, sind ermächtigt, an den Beratungen teilzunehmen, abzustimmen und die Verträge zu unterzeichnen, es sei denn, das Gegenteil geht ausdrücklich aus dem Wortlaut der Vollmachten hervor.

2. Die Vollmachten müssen bei Eröffnung des Kongresses bei der hierfür bezeichneten Behörde hinterlegt werden.

3. Die Delegierten, die nicht mit Vollmachten ausgestattet sind oder die ihre Vollmachten nicht hinterlegt haben, können vom Augenblick des Beginns ihrer Beteiligung an den Arbeiten des Kongresses an den Beratungen teilnehmen und abstimmen, falls sie von ihrer Regierung der Regierung des gastgebenden Landes angekündigt sind. Das gleiche gilt für Delegierte, deren Vollmachten als mit Mängeln behaftet befunden worden sind. Diese Delegierten sind von dem Augenblick an nicht mehr zur Stimmabgabe berechtigt, in dem der Kongreß

leurs pouvoirs font défaut ou sont irréguliers et aussi longtemps que la situation n'est pas régularisée.

4. Les pouvoirs d'un Pays-membre qui se fait représenter au Congrès par la délégation d'un autre Pays-membre (procuration) doivent revêtir la même forme que ceux qui sont mentionnés au paragraphe 1.

5. Les pouvoirs et les procurations adressés par télégramme ne sont pas admis. En revanche, sont acceptés les télégrammes répondant à une demande d'information relative à une question de pouvoirs.

6. Une délégation qui, après avoir déposé ses pouvoirs, est empêchée d'assister à une ou plusieurs séances, a la faculté de se faire représenter par la délégation d'un autre pays à la condition d'en donner avis par écrit au Président de la réunion intéressée. Toutefois, une délégation ne peut représenter qu'un seul pays autre que le sien.

7. Les délégués des Pays-membres qui ne sont pas parties à un Arrangement peuvent prendre part, sans droit de vote, aux délibérations du Congrès concernant cet Arrangement.

Article 4

Ordre des places

1. Aux séances du Congrès et des Commissions, les délégations sont rangées d'après l'ordre alphabétique français des Pays-membres représentés.

2. Le Président du Conseil exécutif tire au sort, en temps opportun, le nom du pays qui prendra place en tête devant la tribune présidentielle, lors des séances du Congrès et des Commissions.

Article 5

Observateurs

1. Des représentants de l'Organisation des Nations Unies peuvent participer aux délibérations du Congrès.

2. Les observateurs des organisations internationales intergouvernementales sont admis aux séances du Congrès ou de ses Commissions lorsque sont discutées des questions intéressant ces organisations. Dans les mêmes cas, les observateurs des organisations internationales non gouvernementales sont admis aux séances des Commissions.

3. Sont également admis comme observateurs les représentants qualifiés des Unions restreintes établies conformément à l'article 8, paragraphe 1, de la Constitution lorsqu'elles en expriment le désir.

4. Les observateurs dont il est question aux paragraphes 1 à 3 prennent part aux délibérations sans droit de vote.

Article 6

Doyen du Congrès

1. L'Administration postale du pays siège du Congrès suggère la désignation du Doyen du Congrès d'entente avec le Bureau international. Le Conseil exécutif procède, en temps opportun, à l'adoption de cette désignation.

2. A l'ouverture de la première séance plénière de chaque Congrès, le Doyen assume la présidence du Congrès jusqu'à ce que celui-ci ait élu son Président. Au surplus, il exerce les fonctions qui lui sont attribuées par le présent Règlement.

den Bericht der Vollmachten-Kommission gebilligt hat, der feststellt, daß ihre Vollmachten nicht vorliegen oder mit Mängeln behaftet sind; dies gilt so lange, wie die Angelegenheit nicht bereinigt ist.

4. Die Vollmachten eines Mitgliedslandes, das sich auf dem Kongreß von der Delegation eines anderen Mitgliedslandes vertreten läßt (Vertretungsvollmacht), müssen dieselbe Form wie die in § 1 genannten Vollmachten aufweisen.

5. Die Übermittlung von Vollmachten und Vertretungsvollmachten mittels Telegramm ist nicht zulässig. Dagegen sind Telegramme als Antwort auf ein Auskunftersuchen in bezug auf eine die Vollmachten betreffende Frage zugelassen.

6. Eine Delegation, die nach Hinterlegung ihrer Vollmachten verhindert ist, an einer oder mehreren Sitzungen teilzunehmen, kann sich durch die Delegation eines anderen Landes vertreten lassen, vorausgesetzt, daß sie dies dem Präsidenten der betreffenden Sitzung schriftlich mitteilt. Eine Delegation darf jedoch außer dem eigenen Land nur noch ein anderes Land vertreten.

7. Die Delegierten der Mitgliedsländer, die an einem Abkommen nicht beteiligt sind, können an den Beratungen des Kongresses über dieses Abkommen ohne Stimmrecht teilnehmen.

Artikel 4

Sitzordnung

1. In den Sitzungen des Kongresses und der Kommissionen werden die Delegationen in der französischen alphabetischen Ordnung der vertretenen Mitgliedsländer eingereiht.

2. Der Präsident des Vollzugsrats ermittelt zu gegebener Zeit durch Los den Namen des Landes, das während der Sitzungen des Kongresses und der Kommissionen als erstes vor der Präsidentenbühne Platz nimmt.

Artikel 5

Beobachter

1. Vertreter der Organisation der Vereinten Nationen können an den Beratungen des Kongresses teilnehmen.

2. Die Beobachter der internationalen Regierungsorganisationen sind zu den Sitzungen des Kongresses oder seiner Kommissionen zugelassen, wenn Fragen diskutiert werden, die diese Organisationen interessieren. In denselben Fällen sind die Beobachter der internationalen Nicht-Regierungsorganisationen zu den Sitzungen der Kommissionen zugelassen.

3. Auf ihren Wunsch sind als Beobachter auch die qualifizierten Vertreter der gemäß Artikel 8 § 1 der Satzung gebildeten Engeren Vereine zugelassen.

4. Die in den §§ 1 bis 3 genannten Beobachter nehmen an den Beratungen ohne Stimmrecht teil.

Artikel 6

Doyen des Kongresses

1. Die Postverwaltung des Landes, in dem der Kongreß stattfindet, regt im Einverständnis mit dem Internationalen Büro die Benennung des Doyens des Kongresses an. Der Vollzugsrat genehmigt zu gegebener Zeit diese Benennung.

2. Bei der Eröffnung der ersten Plenarsitzung jedes Kongresses nimmt der Doyen die Aufgabe des Präsidenten des Kongresses wahr, bis dieser seinen Präsidenten gewählt hat. Außerdem übt er die Funktionen aus, die ihm in dieser Geschäftsordnung übertragen sind.

Article 7

Présidences et vice-présidences
du Congrès et des Commissions

1. Dans sa première séance plénière, le Congrès élit, sur proposition du Doyen, le Président du Congrès, puis approuve, sur proposition du Conseil exécutif, la désignation des Pays-membres qui assumeront les vice-présidences du Congrès ainsi que les présidences et vice-présidences des Commissions. Ces fonctions sont attribuées en tenant compte autant que possible de la répartition géographique équitable des Pays-membres.

2. Les Présidents ouvrent et clôturent les séances qu'ils président, dirigent les discussions, donnent la parole aux orateurs, mettent aux voix les propositions et indiquent la majorité requise pour les votes, proclament les décisions et, sous réserve de l'approbation du Congrès, donnent éventuellement une interprétation de ces décisions.

3. Les Présidents veillent au respect du présent Règlement et au maintien de l'ordre au cours des séances.

4. Toute délégation peut en appeler, devant le Congrès ou la Commission, d'une décision prise par le Président de ceux-ci sur la base d'une disposition du Règlement ou d'une interprétation de celui-ci; la décision du Président reste toutefois valable si elle n'est pas annulée par la majorité des membres présents et votant.

5. Si le Pays-membre chargé de la présidence n'est plus en mesure d'assurer cette fonction, l'un des Vice-Présidents est désigné par le Congrès ou par la Commission pour le remplacer.

Article 8

Bureau du Congrès

1. Le Bureau est l'organe central chargé de diriger les travaux du Congrès. Il est composé du Président et des Vice-Présidents du Congrès ainsi que des Présidents des Commissions. Il se réunit périodiquement pour examiner le déroulement des travaux du Congrès et de ses Commissions et pour formuler des recommandations tendant à favoriser ce déroulement. Il aide le Président à élaborer l'ordre du jour de chaque séance plénière et à coordonner les travaux des Commissions. Il fait des recommandations relatives à la clôture du Congrès.

2. Le Secrétaire général du Congrès et le Secrétaire général adjoint mentionnés à l'article 11, paragraphe 1, assistent aux réunions du Bureau.

Article 9

Membres des Commissions

1. Les Pays-membres représentés au Congrès sont, de droit, membres des Commissions chargées de l'examen des propositions relatives à la Constitution, au Règlement général, à la Convention et au Règlement d'exécution de celle-ci.

2. Les Pays-membres représentés au Congrès qui sont parties à un ou plusieurs des Arrangements facultatifs sont de droit membres de la ou des Commissions chargées de la révision de ces Arrangements. Le droit de vote des membres de cette ou de ces Commissions est limité à l'Arrangement ou aux Arrangements auxquels ils sont parties.

Artikel 7

Präsidenschaften und Vize-Präsidenschaften
des Kongresses und der Kommissionen

1. Auf seiner ersten Plenarsitzung wählt der Kongreß auf Vorschlag des Doyens den Präsidenten des Kongresses und billigt dann auf Vorschlag des Vollzugsrats die Benennung der Mitgliedsländer, die die Vize-Präsidenschaften des Kongresses sowie die Präsidenschaften und Vize-Präsidenschaften der Kommissionen wahrnehmen. Bei der Zuteilung dieser Funktionen wird soweit wie möglich der gerechten geographischen Zugehörigkeit der Mitgliedsländer Rechnung getragen.

2. Die Präsidenten eröffnen und schließen die Sitzungen, in denen sie den Vorsitz führen, leiten die Diskussionen, erteilen den Rednern das Wort, stellen die Vorschläge zur Abstimmung und weisen auf die für die Annahme erforderliche Mehrheit hin, verkünden die Entscheidungen und geben unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Kongreß gegebenenfalls eine Auslegung dieser Entscheidungen.

3. Die Präsidenten wachen über die Befolgung dieser Geschäftsordnung und die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen.

4. Jede Delegation kann vor dem Kongreß oder der Kommission gegen eine Entscheidung Einspruch erheben, die der jeweilige Präsident auf Grund einer Bestimmung der Geschäftsordnung oder in Auslegung der Geschäftsordnung getroffen hat; die Entscheidung des Präsidenten bleibt jedoch gültig, wenn sie nicht durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder für nichtig erklärt wird.

5. Wenn das Mitgliedsland, dem die Präsidenschaft übertragen ist, nicht mehr in der Lage ist, diese Aufgabe wahrzunehmen, wird einer der Vize-Präsidenten vom Kongreß oder der Kommission bestimmt, als Nachfolger einzutreten.

Artikel 8

Präsidium des Kongresses

1. Das Präsidium ist das zentrale Organ, dem die Leitung der Arbeiten des Kongresses obliegt. Es setzt sich aus dem Präsidenten und den Vize-Präsidenten des Kongresses sowie den Präsidenten der Kommissionen zusammen. Es tritt in regelmäßigen Zeitabständen zusammen, um den Ablauf der Arbeiten des Kongresses und seiner Kommissionen zu prüfen und um Empfehlungen zur Förderung des Arbeitsablaufs auszusprechen. Es unterstützt den Präsidenten bei der Aufstellung der Tagesordnung jeder Plenarsitzung und bei der Koordinierung der Arbeiten der Kommissionen. Es gibt Empfehlungen in bezug auf den Schluß des Kongresses.

2. Der in Artikel 11 § 1 genannte Generalsekretär des Kongresses und der stellvertretende Generalsekretär nehmen an den Sitzungen des Präsidiums teil.

Artikel 9

Mitglieder der Kommissionen

1. Die auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer sind von Rechts wegen Mitglieder der Kommissionen, die mit der Prüfung der Vorschläge zur Satzung, zur Allgemeinen Verfahrensordnung, zum Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung beauftragt sind.

2. Die auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer, die einem oder mehreren der fakultativen Abkommen beigetreten sind, sind von Rechts wegen Mitglieder der Kommission oder der Kommissionen, die mit der Revision dieser Abkommen beauftragt sind. Das Stimmrecht der Mitglieder dieser Kommission oder dieser Kommissionen ist auf das Abkommen oder die Abkommen beschränkt, denen sie beigetreten sind.

3. Les délégations qui ne sont pas membres des Commissions traitant des Arrangements et de leur Règlement d'exécution ont la faculté d'assister aux séances de celles-ci et de prendre part aux délibérations sans droit de vote.

3. Die Delegationen, die nicht Mitglieder der Kommissionen sind, in denen Abkommen und ihre Vollzugsordnungen behandelt werden, können an den Sitzungen dieser Kommissionen teilnehmen und sich an den Beratungen ohne Stimmrecht beteiligen.

Article 10 **Groupes de travail**

Chaque Commission peut constituer des groupes de travail pour l'étude de questions spéciales.

Artikel 10 **Arbeitsgruppen**

Jede Kommission kann Arbeitsgruppen zur Untersuchung besonderer Fragen einsetzen.

Article 11 **Secrétariat du Congrès et des Commissions**

1. Le Directeur général et la Vice-Directeur général du Bureau international assument respectivement les fonctions de Secrétaire général et de Secrétaire général adjoint du Congrès.

2. Le Secrétaire général et le Secrétaire général adjoint assistent aux séances du Congrès et du Bureau du Congrès où ils prennent part aux délibérations sans droit de vote. Ils peuvent aussi, dans les mêmes conditions, assister aux séances des Commissions ou s'y faire représenter par un fonctionnaire supérieur du Bureau international.

3. Les travaux du Secrétariat du Congrès, du Bureau du Congrès et des Commissions sont assurés par le personnel du Bureau international en collaboration avec l'Administration du pays invitant.

4. Les fonctionnaires supérieurs du Bureau international assument les fonctions de Secrétaires du Congrès, du Bureau du Congrès et des Commissions. Ils assistent le Président pendant les séances et sont responsables de la rédaction des procès-verbaux ou des rapports.

5. Les Secrétaires du Congrès et des Commissions sont assistés par des Secrétaires adjoints.

6. Des rapporteurs possédant la langue française sont chargés de la rédaction des procès-verbaux du Congrès et des Commissions.

Sekretariat des Kongresses und der Kommissionen

1. Der Generaldirektor und der Vize-Generaldirektor des Internationalen Büros nehmen die Aufgaben des Generalsekretärs beziehungsweise des stellvertretenden Generalsekretärs des Kongresses wahr.

2. Der Generalsekretär und der stellvertretende Generalsekretär nehmen an den Sitzungen des Kongresses und des Präsidiums des Kongresses teil und beteiligen sich ohne Stimmrecht an den Beratungen. Unter den gleichen Bedingungen können sie auch an den Sitzungen der Kommissionen teilnehmen oder sich dort durch einen höheren Beamten des Internationalen Büros vertreten lassen.

3. Die Arbeiten des Sekretariats des Kongresses, des Präsidiums des Kongresses und der Kommissionen werden vom Personal des Internationalen Büros in Zusammenarbeit mit der Verwaltung des einladenden Landes ausgeführt.

4. Die höheren Beamten des Internationalen Büros nehmen die Aufgaben von Sekretären des Kongresses, des Präsidiums des Kongresses und der Kommissionen wahr. Sie unterstützen den Präsidenten während der Sitzungen und sind für die Redaktion der Sitzungsprotokolle oder der Berichte verantwortlich.

5. Die Sekretäre des Kongresses und der Kommissionen werden von beigeordneten Sekretären unterstützt.

6. Berichtersteller, die die französische Sprache beherrschen, sind mit der Abfassung der Sitzungsprotokolle des Kongresses und der Kommissionen beauftragt.

Article 12 **Langues de délibération**

1. Sous réserve du paragraphe 2, les langues française, anglaise, espagnole et russe sont admises pour les délibérations moyennant un système d'interprétation simultanée ou consécutive.

2. Les délibérations de la Commission de rédaction ont lieu en langue française.

3. D'autres langues sont également autorisées pour les délibérations indiquées au paragraphe 1. La langue du pays hôte jouit d'un droit de priorité à cet égard. Les délégations qui emploient d'autres langues assurent l'interprétation simultanée en l'une des langues mentionnées au paragraphe 1, soit par le système d'interprétation simultanée, lorsque des modifications d'ordre technique peuvent y être apportées, soit par des interprètes particuliers.

4. Les frais d'installation et d'entretien de l'équipement technique sont à la charge de l'Union.

5. Les frais des services d'interprétation sont répartis entre les Pays-membres utilisant la même langue dans la proportion de leur contribution aux dépenses de l'Union.

Artikel 12 **Beratungssprachen**

1. Vorbehaltlich des § 2 sind für die Beratungen die französische, englische, spanische und russische Sprache mittels eines Simultan- oder Konsekutiv-Dolmetschersystems zugelassen.

2. Die Beratungen der Redaktions-Kommission finden in französischer Sprache statt.

3. Andere Sprachen sind für die in § 1 genannten Beratungen ebenfalls zugelassen. Die Sprache des Gastlandes genießt in dieser Hinsicht ein Recht der Priorität. Die Delegationen, die andere Sprachen verwenden, sorgen für die Simultan-Übersetzung in eine der in § 1 genannten Sprachen, und zwar entweder über das Simultan-Dolmetschersystem, falls Änderungen technischer Art daran vorgenommen werden können, oder durch besondere Dolmetscher.

4. Die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung der technischen Anlage werden vom Weltpostverein getragen.

5. Die Kosten für die Dolmetscherdienste werden unter den Mitgliedsländern, die dieselbe Sprache verwenden, im Verhältnis ihres Beitrags zu den Kosten des Weltpostvereins aufgeteilt.

Article 13**Langues de rédaction des documents
du Congrès**

1. Les documents élaborés pendant le Congrès y compris les projets de décisions soumis à l'approbation du Congrès sont publiés en langue française par le Secrétariat du Congrès.

2. A cet effet, les documents provenant des délégations des Pays-membres doivent être présentés dans cette langue, soit directement, soit par l'intermédiaire des services de traduction adjoints au Secrétariat du Congrès.

3. Ces services, organisés à leurs frais par les groupes linguistiques constitués selon les dispositions correspondantes du Règlement général, peuvent aussi traduire des documents du Congrès dans leurs langues respectives.

Article 14**Propositions**

1. Toutes les questions portées devant le Congrès font l'objet de propositions.

2. Toutes les propositions publiées par le Bureau international avant l'ouverture du Congrès sont considérées comme soumises au Congrès.

3. Deux mois avant l'ouverture du Congrès, aucune proposition ne sera prise en considération, sauf celles qui tendent à l'amendement de propositions antérieures.

4. Est considérée comme amendement toute proposition de modification qui, sans altérer le fond de la proposition, comporte une suppression, une addition à une partie de la proposition originale ou la révision d'une partie de cette proposition. Aucune proposition de modification ne sera considérée comme un amendement si elle est incompatible avec le sens ou l'intention de la proposition originale. Dans les cas douteux, il incombe au Congrès ou à la Commission de trancher la question.

5. Les amendements présentés en Congrès au sujet de propositions déjà faites doivent être remis par écrit en langue française au Secrétariat avant midi l'avant-veille du jour de leur mise en délibération de façon à pouvoir être distribués le même jour aux délégués. Ce délai ne s'applique pas aux amendements résultant directement des discussions en Congrès ou en Commission. Dans ce dernier cas, si cela est demandé, l'auteur de l'amendement doit présenter son texte par écrit en langue française ou, en cas de difficulté, en toute autre langue de débat. Le Président intéressé en donnera ou en fera donner lecture.

6. La procédure prévue au paragraphe 5 s'applique également à la présentation des propositions ne visant pas à modifier le texte de Actes (projets de résolutions, de recommandations, de vœux, etc.).

7. Toute proposition ou amendement doit revêtir la forme définitive du texte à introduire dans les Actes de l'Union, sous réserve bien entendu de mise au point par la Commission de rédaction.

Article 15**Examen des propositions en Congrès
et Commissions**

1. Les propositions d'ordre rédactionnel (dont le numéro est suivi de la lettre R) sont attribuées à la Commission de rédaction soit directement si, de la part du Bureau international, il n'y

Artikel 13**Sprachen für die Abfassung der Dokumente
des Kongresses**

1. Die während des Kongresses ausgearbeiteten Dokumente einschließlich der zur Genehmigung durch den Kongreß unterbreiteten Entwürfe für Entscheidungen werden vom Sekretariat des Kongresses in französischer Sprache herausgegeben.

2. Hierfür müssen die von den Delegationen der Mitgliedsländer herrührenden Dokumente in dieser Sprache vorgelegt werden, und zwar entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der dem Sekretariat des Kongresses angeschlossenen Übersetzerdienste.

3. Diese Dienste, die von den gemäß den entsprechenden Bestimmungen der Allgemeinen Verfahrensordnung gebildeten Sprachengruppen auf ihre Kosten organisiert werden, können auch Dokumente des Kongresses in ihre jeweiligen Sprachen übersetzen.

Artikel 14**Vorschläge**

1. Alle Fragen, die dem Kongreß unterbreitet werden, sind Gegenstand von Vorschlägen.

2. Alle Vorschläge, die vom Internationalen Büro vor der Eröffnung des Kongresses veröffentlicht worden sind, gelten als dem Kongreß unterbreitet.

3. Zwei Monate vor der Eröffnung des Kongresses wird kein Vorschlag berücksichtigt, außer solchen, die eine Abänderung bereits vorliegender Vorschläge bezwecken.

4. Als Abänderung gilt jeder Abänderungsvorschlag, der, ohne die Grundidee des Vorschlags zu ändern, einen Wegfall, eine Ergänzung zu einem Teil des ursprünglichen Vorschlags oder die Revision eines Teils dieses Vorschlags zum Ziel hat. Kein Vorschlag wird als Abänderung angesehen, wenn er mit dem Sinn und Zweck des ursprünglichen Vorschlags unvereinbar ist. In Zweifelsfällen entscheidet der Kongreß oder die Kommission über die Frage.

5. Die dem Kongreß vorgelegten Abänderungen zu bereits eingebrachten Vorschlägen müssen schriftlich in französischer Sprache dem Sekretariat vor 12 Uhr des zweiten Tages vor dem Tag übergeben werden, an dem sie zur Beratung kommen, damit sie noch am gleichen Tag an die Delegierten verteilt werden können. Diese Frist gilt nicht für Abänderungen, die sich unmittelbar aus den Diskussionen des Kongresses oder der Kommissionen ergeben. Im letztgenannten Fall muß der Verfasser der Abänderung auf Verlangen seinen Text schriftlich in französischer Sprache oder, wenn dies Schwierigkeiten bereitet, in einer anderen Verhandlungssprache vorlegen. Der zuständige Präsident verliest ihn oder läßt ihn verlesen.

6. Das in § 5 vorgesehene Verfahren wird auf die Vorlage von Vorschlägen, die keine Änderung der Vertragstexte bezwecken (Entwürfe von Resolutionen, Empfehlungen, Begehren usw.) ebenfalls angewandt.

7. Jeder Vorschlag oder jede Abänderung muß die definitive Form des Textes aufweisen, der unter Vorbehalt der endgültigen Fassung durch die Redaktions-Kommission in die Verträge des Weltpostvereins aufgenommen werden soll.

Artikel 15**Prüfung der Vorschläge durch den Kongreß
und die Kommissionen**

1. Die Vorschläge redaktioneller Art (deren Nummer der Buchstabe R nachgesetzt ist) werden der Redaktions-Kommission entweder direkt zugewiesen, wenn von seiten des

a aucun doute quant à leur nature (une liste en est établie par le Bureau international à l'intention de la Commission de rédaction), soit si, de l'avis du Bureau international, il y a doute sur leur nature, après que les autres Commissions en ont confirmé la nature purement rédactionnelle (une liste en est aussi établie à l'intention des Commissions intéressées). Toutefois, si de telles propositions sont liées à d'autres propositions de fond à traiter par le Congrès ou par d'autres Commissions, la Commission de rédaction n'en aborde l'étude qu'après que le Congrès ou les autres Commissions se sont prononcés à l'égard des propositions de fond correspondantes. Les propositions dont le numéro n'est pas suivi de la lettre R, mais qui, de l'avis du Bureau international, sont des propositions d'ordre rédactionnel, sont déferées directement aux Commissions qui s'occupent des propositions de fond correspondantes. Ces Commissions décident, dès l'ouverture de leurs travaux, lesquelles de ces propositions seront attribuées directement à la Commission de rédaction. Une liste de ces propositions est établie par le Bureau international à l'intention des Commissions en cause.

2. Si une même question fait l'objet de plusieurs propositions, le Président décide de leur ordre de discussion en commençant, en principe, par la proposition qui s'éloigne le plus du texte de base et qui comporte le changement le plus profond par rapport au statu quo.

3. Si une proposition peut être subdivisée en plusieurs parties, chacune d'elles peut, avec l'accord de l'auteur de la proposition ou de l'assemblée, être examinée et mise aux voix séparément.

4. Toute proposition retirée en Congrès ou en Commission par son auteur peut être reprise par la délégation d'un autre Pays-membre. De même, si un amendement à une proposition est accepté par l'auteur de celle-ci, une autre délégation peut reprendre la proposition originale non amendée.

5. Tout amendement à une proposition, accepté par la délégation qui présente cette proposition, est aussitôt incorporé dans le texte de la proposition. Si l'auteur de la proposition originale n'accepte pas un amendement, le Président décide si l'on doit voter d'abord sur l'amendement ou sur la proposition, en partant du libellé qui s'écarte le plus du sens ou de l'intention du texte de base et qui entraîne le changement le plus profond par rapport au statu quo.

6. La procédure décrite au paragraphe 5 s'applique également lorsqu'il est présenté plusieurs amendements à une même proposition.

7. Le Président du Congrès et les Présidents des Commissions font remettre à la Commission de rédaction, après chaque séance, le texte écrit des propositions, amendements ou décisions adoptés.

Article 16 Délibérations

1. Les délégués ne peuvent prendre la parole qu'après avoir été autorisés par le Président de la réunion. Il leur est recommandé de parler sans hâte et distinctement. Le Président doit laisser aux délégués la possibilité d'exprimer librement et pleinement leur avis sur le sujet en discussion pour autant que cela soit compatible avec le déroulement normal des délibérations.

Internationalen Büros kein Zweifel hinsichtlich ihrer Art besteht (sie werden vom Internationalen Büro in einer Liste für die Redaktions-Kommission zusammengestellt), oder nachdem die anderen Kommissionen bestätigt haben, daß sie rein redaktioneller Art sind, wenn nach Ansicht des Internationalen Büros Zweifel hinsichtlich ihrer Art bestanden haben (sie werden ebenfalls vom Internationalen Büro in einer Liste für die beteiligten Kommissionen zusammengestellt). Sind solche Vorschläge jedoch mit anderen Vorschlägen in Grundsatzangelegenheiten verbunden, die vom Kongreß oder anderen Kommissionen zu behandeln sind, so befaßt sich die Redaktions-Kommission mit ihrem Studium erst, nachdem sich der Kongreß oder die anderen Kommissionen in bezug auf die entsprechenden Vorschläge in Grundsatzangelegenheiten ausgesprochen haben. Die Vorschläge, deren Nummer der Buchstabe R nicht nachgesetzt ist, die aber nach Ansicht des Internationalen Büros Vorschläge redaktioneller Art sind, werden unmittelbar den Kommissionen zugewiesen, die sich mit den entsprechenden Vorschlägen in Grundsatzangelegenheiten befassen. Diese Kommissionen entscheiden bei Beginn ihrer Arbeiten, welche dieser Vorschläge unmittelbar der Redaktions-Kommission zugewiesen werden. Eine Liste dieser Vorschläge wird vom Internationalen Büro für die in Frage kommenden Kommissionen aufgestellt.

2. Wenn dieselbe Frage Gegenstand mehrerer Vorschläge ist, entscheidet der Präsident über die Reihenfolge ihrer Erörterung und beginnt im Grundsatz mit dem Vorschlag, der sich am weitesten vom bestehenden Text entfernt, und der die tiefstgreifende Änderung in bezug auf den Status quo bringt.

3. Wenn ein Vorschlag unterteilt werden kann, kann jeder Teil mit Einverständnis des Verfassers des Vorschlags oder der Versammlung getrennt beraten und zur Abstimmung gestellt werden.

4. Jeder Vorschlag, der im Kongreß oder in der Kommission von seinem Verfasser zurückgezogen wird, kann von der Delegation eines anderen Mitgliedslandes wieder aufgenommen werden. Desgleichen kann eine andere Delegation, wenn eine Abänderung zu einem Vorschlag von dessen Verfasser angenommen worden ist, den ursprünglichen, nicht abgeänderten Vorschlag wieder aufgreifen.

5. Jede Abänderung zu einem Vorschlag, die von der den Vorschlag einbringenden Delegation angenommen wird, wird sofort in den Text des Vorschlags eingearbeitet. Wenn der Verfasser des ursprünglichen Vorschlags eine Abänderung nicht annimmt, entscheidet der Präsident, ob zuerst über die Abänderung oder zuerst über den Vorschlag abgestimmt werden soll. Hierbei ist mit dem Text zu beginnen, der sich am weitesten vom Sinn und Zweck des geltenden Textes entfernt und die tiefstgreifende Änderung im Vergleich zum Status quo herbeiführt.

6. Das in § 5 beschriebene Verfahren ist auch anzuwenden, wenn mehrere Abänderungen zu ein und demselben Vorschlag vorgelegt worden sind.

7. Der Präsident des Kongresses und die Präsidenten der Kommissionen sorgen dafür, daß der Redaktionskommission nach jeder Sitzung schriftlich der Text der angenommenen Vorschläge, Abänderungen und Entscheidungen zugeleitet wird.

Artikel 16 Beratungen

1. Die Delegierten können das Wort nur ergreifen, nachdem es ihnen vom Präsidenten der Tagung erteilt worden ist. Es wird ihnen empfohlen, ohne Hast und deutlich zu sprechen. Der Präsident soll den Delegierten die Möglichkeit lassen, frei und erschöpfend ihre Ansicht zum Gegenstand der Diskussion auszudrücken, soweit dies mit dem normalen Ablauf der Beratungen vereinbar ist.

2. Sauf décision contraire prise à la majorité des membres présents et votant, les discours ne peuvent excéder cinq minutes. Le Président est autorisé à interrompre tout orateur qui dépasse ledit temps de parole. Il peut aussi inviter le délégué à ne pas s'écarter du sujet.

3. Au cours d'un débat, le Président peut, avec l'accord de la majorité des membres présents et votant, déclarer close la liste des orateurs après en avoir donné lecture. Lorsque la liste est épuisée, il prononce la clôture du débat, sous réserve d'accorder à l'auteur de la proposition en discussion, même après la clôture de la liste, le droit de répondre à tout discours prononcé.

4. Le Président peut aussi, avec l'accord de la majorité des membres présents et votant, limiter le nombre des interventions d'une même délégation sur une proposition ou un groupe de propositions déterminé, la possibilité devant cependant être accordée à l'auteur de la proposition d'introduire celle-ci et d'intervenir ultérieurement s'il le demande, pour apporter des éléments nouveaux en réponse aux interventions des autres délégations, de telle façon qu'il puisse avoir la parole en dernier lieu s'il la demande.

5. Avec l'accord de la majorité des membres présents et votant, le Président peut limiter le nombre des interventions sur une proposition ou un groupe de propositions déterminé; cette limitation ne peut être inférieure à cinq pour et cinq contre la proposition en discussion.

Article 17

Motions d'ordre et motions de procédure

1. Au cours de la discussion de toute question et même, le cas échéant, après la clôture du débat, une délégation peut soulever une motion d'ordre à l'effet de demander:

- des éclaircissements sur le déroulement des débats;
- le respect du Règlement intérieur;
- la modification de l'ordre de discussion des propositions suggéré par le Président.

La motion d'ordre a la priorité sur toutes les questions, y compris les motions de procédure mentionnées au paragraphe 3.

2. Le Président donne immédiatement les précisions désirées ou prend la décision qu'il juge opportune au sujet de la motion d'ordre. En cas d'objection, la décision du Président est aussitôt mise aux voix.

3. En outre, au cours de la discussion d'une question, une délégation peut introduire une motion de procédure ayant pour objet de proposer:

- a) la suspension de la séance;
- b) la levée de la séance;
- c) l'ajournement du débat sur la question en discussion;
- d) la clôture du débat sur la question en discussion.

Les motions de procédure ont la priorité, dans l'ordre établi ci-dessus, sur toutes les autres propositions hormis les motions d'ordre visées au paragraphe 1.

4. Les motions tendant à la suspension ou à la levée de la séance ne sont pas discutées, mais immédiatement mises aux voix.

5. Lorsqu'une délégation propose l'ajournement ou la clôture du débat sur une question en discussion, la parole n'est

2. Sofern von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder keine gegenteilige Entscheidung getroffen wird, darf die Redezeit fünf Minuten nicht überschreiten. Der Präsident ist berechtigt, jeden Redner zu unterbrechen, der die genannte Redezeit überschreitet. Er kann auch den Delegierten auffordern, nicht von der Sache abzuweichen.

3. Im Laufe einer Debatte kann der Präsident mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder die Rednerliste für geschlossen erklären, nachdem er sie verlesen hat. Wenn die Liste erschöpft ist, erklärt er den Schluß der Debatte unter dem Vorbehalt, selbst nach Schluß der Liste dem Verfasser des Vorschlags das Recht zur Antwort auf jede Einlassung zuzugestehen.

4. Der Präsident kann auch mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder die Zahl der Interventionen ein und derselben Delegation zu einem Vorschlag oder einer bestimmten Gruppe von Vorschlägen begrenzen, wobei indessen dem Verfasser des Vorschlags die Möglichkeit gegeben werden muß, den Vorschlag einzuführen und später zu intervenieren, wenn er dies verlangt, um neue Elemente in Beantwortung der Interventionen der anderen Delegationen beizutragen, derart, daß er auf Verlangen an letzter Stelle das Wort haben kann.

5. Mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder kann der Präsident die Zahl der Interventionen zu einem Vorschlag oder einer bestimmten Gruppe von Vorschlägen begrenzen; diese Einschränkung darf nicht unter fünf für und fünf gegen den zur Diskussion stehenden Vorschlag gehen.

Artikel 17

Anträge zur Geschäftsordnung und Anträge zum Verfahren

1. Im Verlauf der Diskussion jeder Frage und gegebenenfalls nach Schluß einer Debatte kann eine Delegation einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen und damit verlangen:

- Aufklärung über den Ablauf der Debatte;
- Beachtung der Geschäftsordnung;
- Änderung der vom Präsidenten vorgeschlagenen Reihenfolge der Diskussion der Vorschläge.

Der Antrag zur Geschäftsordnung geht allen anderen Fragen einschließlich der Anträge zum Verfahren nach § 3 vor.

2. Der Präsident gibt unverzüglich die gewünschten Erläuterungen oder fällt die Entscheidung, die er hinsichtlich des Antrags zur Geschäftsordnung für angebracht hält. Bei Widerspruch wird sogleich über die Entscheidung des Präsidenten abgestimmt.

3. Darüber hinaus kann eine Delegation im Verlauf der Diskussion über eine Frage einen Antrag zum Verfahren einbringen, der zum Ziel hat:

- a) die Unterbrechung der Sitzung;
- b) die Aufhebung der Sitzung;
- c) die Vertagung der Debatte über die zur Diskussion stehende Frage;
- d) den Schluß der Debatte über die zur Diskussion stehende Frage.

Die Anträge zum Verfahren haben in der vorstehend aufgestellten Reihenfolge Vorrang vor allen anderen Vorschlägen, abgesehen von den Anträgen zur Geschäftsordnung nach § 1.

4. Die Anträge zur Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung werden nicht diskutiert, über sie wird vielmehr unverzüglich abgestimmt.

5. Wenn eine Delegation die Vertagung oder den Schluß der Debatte über eine diskutierte Frage beantragt, wird das Wort

accordée qu'à deux orateurs opposés à l'ajournement ou à la clôture du débat, après quoi la motion est mise aux voix.

6. La délégation qui présente une motion d'ordre ou de procédure ne peut pas, dans son intervention, traiter du fond de la question en discussion. L'auteur d'une motion de procédure peut la retirer avant qu'elle soit mise aux voix et toute motion de l'espèce, amendée ou non, qui serait retirée peut être reprise par une autre délégation.

Article 18

Quorum. Généralités concernant les votations

1. Le quorum est constitué par la moitié des Pays-membres représentés au Congrès ou à la Commission et ayant droit de vote. En ce qui concerne les Arrangements, le quorum n'exige que la présence ou la représentation à la réunion de la moitié des Pays-membres représentés qui sont parties à l'Arrangement dont il s'agit.

2. Les questions qui ne peuvent être réglées d'un commun accord sont tranchées par votation.

3. Les délégations présentes qui ne participent pas à un vote déterminé ou qui déclarent ne pas vouloir y participer ne sont pas considérées comme absentes en vue de la détermination du quorum exigé au paragraphe 1.

4. Lorsque le nombre d'abstentions et de bulletins blancs ou nuls dépasse la moitié du nombre des suffrages exprimés (pour, contre, abstentions), l'examen de la question est renvoyé à une séance ultérieure au cours de laquelle les abstentions ainsi que les bulletins blancs ou nuls n'entreront plus en ligne de compte.

Article 19

Procédure de vote

1. Les votes ont lieu par le système traditionnel ou par le dispositif électronique de votation. Ils sont en principe effectués par le dispositif électronique lorsque celui-ci est à la disposition de l'assemblée. Toutefois, pour un vote secret, le recours au système traditionnel peut avoir lieu si la demande présentée dans ce sens par une délégation est appuyée par la majorité des délégations présentes et votant.

2. Pour le système traditionnel, les procédures de vote sont les suivantes:

- a) à main levée: si le résultat d'un tel vote donne lieu à des doutes, le Président peut, à son gré ou à la demande d'une délégation, faire procéder immédiatement à un vote par appel nominal sur la même question;
- b) par appel nominal: sur demande d'une délégation ou au gré du Président. L'appel se fait en suivant l'ordre alphabétique français des pays représentés en commençant par le pays dont le nom est tiré au sort par le Président. Le résultat du vote, avec la liste des pays par nature de vote, est consigné au procès-verbal de la séance;
- c) au scrutin secret: par bulletin de vote sur demande de deux délégations. Le président de la réunion désigne en ce cas trois scrutateurs et prend les mesures nécessaires pour assurer le secret du vote.

nur zwei Rednern erteilt, die die Vertagung oder den Schluß der Debatte ablehnen; danach wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

6. Die Delegation, die einen Antrag zur Geschäftsordnung oder zum Verfahren einbringt, darf in ihrer Intervention in der zur Diskussion stehenden Frage nicht zur Sache sprechen. Der Antragsteller eines Antrags zum Verfahren kann seinen Antrag zurückziehen, bevor er zur Abstimmung gestellt wird und jeder Antrag dieser Art in seiner ursprünglichen oder abgeänderten Form, der zurückgezogen wird, kann von einer anderen Delegation aufgegriffen werden.

Artikel 18

Quorum. Allgemeines betreffend die Abstimmungen

1. Das Quorum wird von der Hälfte der auf dem Kongreß oder in der Kommission vertretenen stimmberechtigten Mitglieds-länder gebildet. Hinsichtlich der Abkommen erfordert das Quorum in der Versammlung nur die Anwesenheit oder Vertretung der Hälfte der vertretenen Mitgliedsländer, die dem betreffenden Abkommen beigetreten sind.

2. Die Fragen, die nicht in Übereinstimmung geregelt werden können, werden durch Abstimmung entschieden.

3. Die anwesenden Delegationen, die an einer bestimmten Abstimmung nicht teilnehmen, oder erklären, nicht teilnehmen zu wollen, gelten nicht als abwesend im Hinblick auf die Feststellung des in § 1 geforderten Quorums.

4. Wenn die Zahl der Enthaltungen und der leeren oder ungültigen Stimmzettel die Hälfte der Zahl der abgegebenen Stimmen (für, gegen, Enthaltungen) übersteigt, wird die Prüfung der Frage auf eine spätere Sitzung verschoben, in deren Verlauf die Enthaltungen sowie die leeren oder ungültigen Stimmzettel nicht mehr berücksichtigt werden.

Artikel 19

Abstimmungsverfahren

1. Die Abstimmungen finden nach dem herkömmlichen System oder mit einer elektronischen Abstimm-Anlage statt. Sie werden grundsätzlich mit der elektronischen Anlage durchgeführt, wenn diese der Versammlung zur Verfügung steht. Bei einer geheimen Abstimmung kann jedoch auf das herkömmliche System zurückgegriffen werden, wenn der von einer Delegation gestellte diesbezügliche Antrag von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Delegationen unterstützt wird.

2. Beim herkömmlichen System werden folgende Abstimmungsverfahren angewandt:

- a) durch Handaufheben: wenn das Ergebnis einer solchen Abstimmung zu Zweifeln Anlaß gibt, kann der Präsident nach seinem Ermessen oder auf Verlangen einer Delegation unverzüglich eine namentliche Abstimmung zu derselben Frage durchführen;
- b) namentliche Abstimmung: sie findet auf Verlangen einer Delegation oder nach Ermessen des Präsidenten statt. Der Namensaufruf erfolgt nach der französischen alphabetischen Ordnung der vertretenen Länder und beginnt mit dem Land, dessen Name vom Präsidenten ausgelost wird. Das Ergebnis der Abstimmung mit der Liste der Länder nach Art ihrer Stimmabgabe wird in das Sitzungsprotokoll aufgenommen;
- c) geheime Abstimmung: sie erfolgt mit Stimmzettel auf Verlangen von zwei Delegationen. Der Präsident der Versammlung bestimmt in diesem Fall drei Stimmzähler und trifft die erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses.

3. Par le dispositif électronique, les procédures de vote sont les suivantes:

- a) vote non enregistré: il remplace un vote à main levée;
- b) vote enregistré: il remplace un vote par appel nominal; toutefois, il n'est pas procédé à l'appel des noms des pays sauf si une délégation le demande et si cette proposition est appuyée par la majorité des délégations présentes et votant;
- c) vote secret: il remplace un scrutin secret par bulletins de vote.

4. Quel que soit le système utilisé, le vote au scrutin secret a priorité sur toute autre procédure de vote.

5. Quand un vote est commencé, aucune délégation ne peut l'interrompre sauf s'il s'agit d'une motion d'ordre relative à la manière suivant laquelle s'effectue le vote.

6. Après le vote, le Président peut autoriser les délégués à expliquer leur vote.

Article 20

Conditions d'approbation des propositions

1. Pour être adoptées, les propositions visant la modification des Actes doivent être approuvées:

- a) pour la Constitution: par les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union; les deux tiers de ceux-ci doivent être présents au moment du vote;
- b) pour le Règlement général: par la majorité des Pays-membres représentés au Congrès; les deux tiers des Pays-membres de l'Union doivent être présents au moment du vote;
- c) pour la Convention et son Règlement d'exécution: par la majorité des Pays-membres présents et votant;
- d) pour les Arrangements et leurs Règlements d'exécution: par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties aux Arrangements.

2. Les questions de procédure qui ne peuvent être résolues d'un commun accord sont décidées par la majorité des Pays-membres présents et votant. Il en est de même pour des décisions ne concernant pas la modification des Actes, à moins que le Congrès n'en décide autrement à la majorité des Pays-membres présents et votant.

3. Sous réserve de l'article 18, paragraphe 4, par Pays-membres présents et votant, il faut entendre les Pays-membres votant «pour» ou «contre», les abstentions n'étant pas prises en considération dans le décompte des voix nécessaires pour constituer la majorité, de même d'ailleurs que les bulletins blancs ou nuls en cas de vote au scrutin secret.

4. En cas d'égalité des suffrages, la proposition est considérée comme rejetée.

Article 21

Election des membres du Conseil exécutif et du Conseil consultatif des études postales

En vue de départager les pays ayant obtenu le même nombre de voix aux élections des membres du Conseil exécutif ou du Conseil consultatif des études postales, le Président procède au tirage au sort.

3. Bei Verwendung der elektronischen Anlage werden folgende Abstimmungsverfahren angewandt:

- a) nicht registrierte Abstimmung: sie tritt an Stelle der Abstimmung durch Handaufheben;
- b) registrierte Abstimmung: sie tritt an Stelle der namentlichen Abstimmung; es erfolgt jedoch kein Aufruf der Ländernamen, außer wenn eine Delegation dies verlangt und dieser Vorschlag von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Delegationen unterstützt wird;
- c) geheime Abstimmung: sie tritt an Stelle einer geheimen Abstimmung mit Stimmzetteln.

4. Unabhängig vom angewandten Verfahren hat die geheime Abstimmung immer Vorrang gegenüber jedem anderen Abstimmungsverfahren.

5. Wenn in eine Abstimmung eingetreten ist, kann diese von keiner Delegation unterbrochen werden, außer wenn es sich um einen Geschäftsordnungsantrag in bezug auf die Art und Weise handelt, nach der die Abstimmung durchgeführt wird.

6. Nach der Abstimmung kann der Präsident den Delegierten gestatten, ihre Stimmabgabe zu erklären.

Artikel 20

Bedingungen für die Annahme der Vorschläge

1. Um angenommen zu werden, müssen die Vorschläge zur Änderung der Verträge wie folgt genehmigt werden:

- a) für die Satzung: von mindestens zwei Dritteln der Mitgliedsländer des Weltpostvereins; zwei Drittel der Mitgliedsländer des Weltpostvereins müssen im Zeitpunkt der Abstimmung anwesend sein;
- b) für die Allgemeine Verfahrensordnung: von der Mehrheit der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer; zwei Drittel der Mitgliedsländer des Weltpostvereins müssen im Augenblick der Abstimmung anwesend sein;
- c) für den Weltpostvertrag und seine Vollzugsordnung: von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer;
- d) für die Abkommen und ihre Vollzugsordnungen: von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die den Abkommen beigetreten sind.

2. Die Verfahrensfragen, die nicht in Übereinstimmung geregelt werden können, werden durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer entschieden. Das gleiche gilt für Entscheidungen, die nicht die Änderung der Verträge betreffen, außer wenn der Kongreß mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer anders entscheidet.

3. Vorbehaltlich des Artikels 19 § 4 sind unter anwesende und abstimmende Mitgliedsländer die Mitgliedsländer zu verstehen, die „für“ oder „gegen“ stimmen, wobei die Stimmenthaltungen bei der Berechnung der für die Bildung der Mehrheit erforderlichen Stimmen nicht berücksichtigt werden; das gleiche gilt im übrigen im Falle der geheimen Abstimmung für die leeren oder ungültigen Stimmzettel.

4. Im Falle der Stimmgleichheit gilt der Vorschlag als abgelehnt.

Artikel 21

Wahl der Mitglieder des Vollzugsrats und des Konsultativrats für Poststudien

Haben bei den Wahlen zum Vollzugsrat oder zum Konsultativrat mehrere Länder die gleiche Stimmenzahl erhalten, so entscheidet das Los, das vom Präsidenten gezogen wird.

Article 22**Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international**

1. Les élections du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international ont lieu au scrutin secret successivement à une ou à plusieurs séances se tenant le même jour. Est élu le candidat qui obtient la majorité des suffrages exprimés par les Pays-membres présents et votant. Il est procédé à autant de scrutins qu'il est nécessaire pour qu'un candidat obtienne cette majorité.

2. Sont considérés comme Pays-membres présent et votant ceux qui votent pour l'un des candidats régulièrement annoncés, les abstentions n'étant pas prises en considération dans le décompte des voix nécessaires pour constituer la majorité, de même que les bulletins blancs ou nuls.

3. Lorsque le nombre d'abstentions et de bulletins blancs ou nuls dépasse la moitié du nombre des suffrages exprimés conformément au paragraphe 2, l'élection est renvoyée à une séance ultérieure au cours de laquelle les abstentions ainsi que les bulletins blancs ou nuls n'entreront plus en ligne de compte.

4. Le candidat qui, à un tour de scrutin, a obtenu le moins de voix est éliminé.

5. En cas d'égalité des voix, il est procédé à un premier, voire à un second scrutin supplémentaire, pour tenter de départager les candidats ex aequo, le vote portant uniquement sur ces candidats. Si le résultat est négatif, le sort décide. Le tirage au sort est opéré par le Président.

Article 23**Procès-verbaux**

1. Les procès-verbaux des séances du Congrès et des Commissions reproduisent la marche des séances, résument brièvement les interventions, mentionnent les propositions et le résultat des délibérations. Des procès-verbaux sont établis pour les séances plénières et des procès-verbaux sommaires pour les séances de Commissions.

2. Les procès-verbaux des séances d'une Commission peuvent être remplacés par des rapports à l'intention du Congrès si le Conseil exécutif en décide ainsi. En règle générale, les Groupes de travail établissent un rapport à l'intention de l'organe qui les a créés.

3. Toutefois, chaque délégué a le droit de demander l'insertion analytique ou in extenso au procès-verbal ou au rapport de toute déclaration faite par lui, à la condition d'en remettre le texte français au Secrétariat deux heures au plus tard après la fin de la séance.

4. A partir du moment où l'épreuve du procès-verbal ou du rapport a été distribuée, les délégués disposent d'un délai de vingt-quatre heures pour présenter leurs observations au Secrétariat qui, le cas échéant, sert d'intermédiaire entre l'intéressé et le Président de la séance en question.

5. En règle générale et sous réserve du paragraphe 4, au début des séances du Congrès, le Président soumet à l'approbation le procès-verbal d'une séance précédente. Il en est de même pour les Commissions dont les délibérations font l'objet d'un procès-verbal ou d'un rapport. Les procès-verbaux ou les rapports des dernières séances qui n'auraient pu être approuvés en Congrès ou en Commission sont approuvés par les Présidents respectifs de ces réunions. Le Bureau international tiendra compte également des observations éventuelles que les délégués des Pays-membres lui communiqueront dans un délai de quarante jours après l'envoi desdits procès-verbaux.

Artikel 22**Wahl des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros**

1. Die Wahlen des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros finden nacheinander in einer oder mehreren Sitzungen am selben Tag in geheimer Abstimmung statt. Gewählt ist der Bewerber, der die Mehrheit der von den anwesenden und abstimmenden Ländern abgegebenen Stimmen erhält. Es finden so viele Abstimmungen statt, wie nötig sind, damit ein Bewerber diese Mehrheit erreicht.

2. Als anwesende und abstimmende Mitgliedsländer gelten die, die für einen der ordnungsgemäß angemeldeten Bewerber stimmen, wobei Stimmenthaltungen ebenso wie leere oder ungültige Stimmzettel bei der Auszählung der für die Mehrheit notwendigen Stimmen nicht berücksichtigt werden.

3. Wenn die Zahl der Enthaltungen und der leeren oder ungültigen Stimmen die Hälfte der Zahl der abgegebenen Stimmen nach § 2 übersteigt, wird die Abstimmung auf eine spätere Sitzung verschoben, bei der die Enthaltungen sowie die leeren und ungültigen Stimmzettel nicht berücksichtigt werden.

4. Der Bewerber, der in einem Wahlgang die wenigsten Stimmen erhalten hat, ist ausgeschieden.

5. Bei Stimmgleichheit wird ein zusätzlicher, gegebenenfalls ein zweiter zusätzlicher Wahlgang durchgeführt, um die Entscheidung zwischen den Kandidaten ex aequo zu erreichen, wobei sich die Abstimmung nur auf diese Kandidaten erstreckt. Ist das Ergebnis negativ, entscheidet das Los. Das Los wird vom Präsidenten gezogen.

Artikel 23**Sitzungsprotokolle**

1. Die Sitzungsprotokolle des Kongresses und der Kommissionen geben den Ablauf der Sitzungen wieder, fassen die Interventionen kurz zusammen und vermerken die Vorschläge und das Ergebnis der Beratungen. Für die Sitzungen der Vollversammlung werden Sitzungsprotokolle, für die Sitzungen der Kommissionen summarische Sitzungsprotokolle erstellt.

2. Die Sitzungsprotokolle der Sitzungen einer Kommission können ganz oder teilweise durch Berichte an den Kongreß ersetzt werden, falls der Vollzugsrat so entscheidet. Die Arbeitsgruppen erstellen im allgemeinen einen Bericht an das Organ, das sie eingesetzt hat.

3. Jeder Delegierte hat jedoch für jede von ihm abgegebene Erklärung das Recht, zu verlangen, daß sie inhaltlich oder im vollen Wortlaut in das Sitzungsprotokoll oder in den Bericht aufgenommen wird, vorausgesetzt, daß er dem Sekretariat den französischen Text spätestens zwei Stunden nach Ende der Sitzung übergibt.

4. Von dem Augenblick an, in dem der Entwurf des Sitzungsprotokolls oder des Berichts verteilt worden ist, verfügen die Delegierten über eine Frist von vierundzwanzig Stunden, um ihre Bemerkungen dem Sekretariat vorzulegen, das gegebenenfalls zwischen dem beteiligten Delegierten und dem Präsidenten der betreffenden Sitzung vermittelt.

5. Nach allgemeiner Regel und unter Vorbehalt des § 4 unterbreitet der Präsident zu Beginn der Sitzungen des Kongresses das Sitzungsprotokoll einer vorausgegangenen Sitzung zur Genehmigung. Das gleiche gilt für die Kommissionen, deren Beratungen Gegenstand eines Sitzungsprotokolls oder eines Berichts sind. Die Sitzungsprotokolle oder die Berichte der letzten Sitzungen, die nicht mehr vom Kongreß oder den Kommissionen genehmigt worden sind, werden von den jeweiligen Präsidenten dieser Tagungen genehmigt. Das Internationale Büro trägt ebenfalls den etwaigen Bemerkungen Rechnung, die ihm von den Delegierten der Mitgliedsländer innerhalb einer Frist von vierzig Tagen nach dem Versand der genannten Sitzungsprotokolle mitgeteilt werden.

6. Le Bureau international est autorisé à rectifier dans les procès-verbaux ou les rapports des séances du Congrès et des Commissions les erreurs matérielles qui n'auraient pas été relevées lors de leur approbation conformément au paragraphe 5.

Article 24

Approbation par le Congrès des projets de décisions (Actes, résolutions, etc.)

1. En règle générale, chaque projet d'Acte présenté par la Commission de rédaction est examiné article par article. Il ne peut être considéré comme adopté qu'après un vote d'ensemble favorable. L'article 20, paragraphe 1, est applicable à ce vote.

2. Au cours de cet examen, chaque délégation peut reprendre une proposition qui a été adoptée ou rejetée en Commission. L'appel concernant de telles propositions est subordonné à la condition que la délégation en ait informé par écrit le Président du Congrès au moins un jour avant la séance où la disposition visée du projet d'Acte sera soumise à l'approbation du Congrès.

3. Toutefois, il est toujours possible, si le Président le juge opportun pour la suite des travaux du Congrès, de procéder à l'examen des appels avant l'examen des projets d'Actes présentés par la Commission de rédaction.

4. Lorsqu'une proposition a été adoptée ou rejetée par le Congrès, elle ne peut être examinée à nouveau par le même Congrès que si l'appel a été appuyé par au moins dix délégations et approuvé à la majorité des deux tiers des membres présents et votant. Cette faculté se limite aux propositions soumises directement aux séances plénières, étant entendu qu'une même question ne peut donner lieu à plus d'un appel.

5. Le Bureau international est autorisé à rectifier dans les Actes définitifs les erreurs matérielles qui n'auraient pas été relevées lors de l'examen des projets d'Actes, le numérotage des articles et des paragraphes ainsi que les références.

6. Les paragraphes 2 à 5 sont également applicables aux projets de décisions autres que les projets d'Actes (résolutions, vœux, etc.).

Article 25

Attribution des études au Conseil exécutif et au Conseil consultatif des études postales

Sur recommandation de son Bureau, le Congrès attribue, de la manière suivante, les études au Conseil exécutif et au Conseil consultatif des études postales, en tenant compte de la composition et des compétences respectives de ces deux organes:

- a) en principe, au Conseil exécutif, lorsqu'elles concernent la structure, l'organisation et l'administration générale de l'Union. Il en va de même des questions ayant des incidences financières importantes (taxes, frais de transit, taux de base du transport aérien, quotes-parts des colis postaux, etc.) et pouvant entraîner une modification des Actes;
- b) au Conseil consultatif des études postales, lorsque ces études portent sur des problèmes techniques, d'exploitation, économiques et de coopération technique.

6. Das Internationale Büro ist ermächtigt, in den Sitzungsprotokollen oder den Berichten des Kongresses oder der Kommissionen die materiellen Fehler zu berichtigen, die bei der Genehmigung gemäß § 5 nicht festgestellt worden sind.

Artikel 24

Genehmigung der Entscheidungsentwürfe durch den Kongreß (Verträge, Entschlüsse usw.)

1. Nach allgemeiner Regel wird jeder von der Redaktionskommission vorgelegte Vertragsentwurf Artikel für Artikel geprüft. Er kann erst nach einer zustimmenden Gesamtabstimmung als angenommen angesehen werden. Für diese Abstimmung gilt Artikel 20 § 1.

2. Im Laufe dieser Prüfung kann jede Delegation einen in der Kommission angenommenen oder abgelehnten Vorschlag wieder aufgreifen. Die Wiederaufnahme solcher Vorschläge ist der Bedingung unterworfen, daß die Delegation den Präsidenten des Kongresses mindestens einen Tag vor der Sitzung, in der die entsprechende Bestimmung des Vertragsentwurfs der Genehmigung des Kongresses unterbreitet wird, schriftlich unterrichtet.

3. Falls es der Präsident für den Fortgang der Arbeiten des Kongresses für zweckmäßig hält, ist es jedoch jederzeit möglich, die Prüfung der Wiederaufnahmeanträge vor der Prüfung der von der Redaktionskommission vorgelegten Vertragsentwürfe vorzunehmen.

4. Wenn ein Vorschlag vom Kongreß angenommen oder abgelehnt worden ist, kann er von dem gleichen Kongreß nur dann erneut geprüft werden, wenn der Wiederaufnahmeantrag von mindestens zehn Delegationen unterstützt wird. Der Antrag kann nur mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder angenommen werden. Diese Möglichkeit ist auf Vorschläge beschränkt, die unmittelbar den Vollsitzungen unterbreitet werden, wobei ein und dieselbe Frage Gegenstand nur eines Wiederaufnahmeantrages sein kann.

5. Das Internationale Büro ist ermächtigt, in den endgültigen Vertragstexten die materiellen Fehler, die bei der Prüfung der Vertragsentwürfe nicht festgestellt worden sind, die Nummerierung der Artikel und Paragraphen sowie die Verweisungen zu berichtigen.

6. Die §§ 2 bis 5 gelten auch für Entscheidungsentwürfe, die nicht Vertragsentwürfe betreffen (Entschlüsse, Begehren usw.).

Artikel 25

Zuweisung der Studien an den Vollzugsrat und an den Konsultativrat für Poststudien

Auf Empfehlung seines Präsidiums weist der Kongreß die Studien dem Vollzugsrat und dem Konsultativrat für Poststudien in folgender Weise zu, wobei die Zusammensetzung und die Zuständigkeit der beiden Organe zu berücksichtigen sind:

- a) grundsätzlich dem Vollzugsrat, wenn die Studien den Aufbau, die Organisation und die allgemeine Verwaltung des Vereins betreffen. Das gleiche gilt für Fragen, die bedeutende finanzielle Auswirkungen haben (Gebühren, Durchgangvergütungen, Grundvergütungssätze für die Beförderung auf dem Luftweg, Vergütungsanteile für Postpakete usw.) und die eine Änderung der Verträge nach sich ziehen können;
- b) dem Konsultativrat für Poststudien, wenn diese Studien technische, betriebliche und wirtschaftliche Fragen sowie Fragen der Technischen Zusammenarbeit betreffen.

Article 26**Réserves aux Actes**

Les réserves doivent être présentées par écrit en langue française (propositions relatives au Protocole final) de manière à pouvoir être examinées par le Congrès avant la signature des Actes.

Article 27**Signature des Actes**

Les Actes définitivement approuvés par le Congrès sont soumis à la signature des Plénipotentiaires.

Article 28**Modifications au Règlement**

1. Chaque Congrès peut modifier le Règlement intérieur. Pour être mises en délibération, les propositions de modification au présent Règlement, à moins qu'elles ne soient présentées par un organe de l'UPU habilité à introduire des propositions, doivent être appuyées en Congrès par au moins dix délégations.

2. Pour être adoptées, les propositions de modification au présent Règlement doivent être approuvées par les deux tiers au moins des Pays-membres représentés au Congrès.

Artikel 26**Vorbehalte zu den Verträgen**

Die Vorbehalte müssen schriftlich in französischer Sprache so vorgelegt werden (Vorschläge betreffend das Schlußprotokoll), daß sie vom Kongreß vor der Unterzeichnung der Verträge geprüft werden können.

Artikel 27**Unterzeichnung der Verträge**

Die vom Kongreß endgültig genehmigten Verträge unterliegen der Unterzeichnung durch die Bevollmächtigten.

Artikel 28**Änderungen der Geschäftsordnung**

1. Jeder Kongreß kann die Geschäftsordnung ändern. Um zur Beratung gestellt zu werden, müssen die Änderungsvorschläge zu dieser Geschäftsordnung, außer wenn sie von einem zur Einbringung von Vorschlägen befugten Organ des Weltpostvereins vorgelegt werden, auf dem Kongreß von mindestens zehn Delegationen unterstützt werden.

2. Um angenommen zu werden, müssen die Änderungsvorschläge zu dieser Geschäftsordnung von mindestens zwei Dritteln der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländern gebilligt werden.

Weltpostvertrag Convention postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Première partie**Règles communes applicables
au service postal international****Chapitre I****Dispositions générales**

Art.

1. Liberté de transit
2. Inobservation de la liberté de transit
3. Transit territorial sans participation des services du pays traversé
4. Suspension temporaire et reprise de services
5. Appartenance des envois postaux
6. Création d'un nouveau service
7. Taxes
8. Monnaie type. Equivalents
9. Timbres-poste
10. Formules
11. Cartes d'identité postales
12. Règlements des comptes
13. Engagements relatifs aux mesures pénales

Chapitre II**Franchises postales**

14. Franchise postale
15. Franchise postale concernant les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal
16. Franchise postale en faveur des envois concernant les prisonniers de guerre et les internés civils
17. Franchise postale en faveur des cécogrammes

Deuxième partie**Dispositions concernant la poste aux lettres****Chapitre I****Dispositions générales**

18. Envois de la poste aux lettres
19. Taxes d'affranchissement et limites de poids et de dimensions. Conditions générales

Erster Teil**Gemeinsame Regeln
für den internationalen Postdienst****Kapitel I****Allgemeine Bestimmungen**

Artikel

1. Freiheit des Durchgangs
2. Nichtbeachtung der Freiheit des Durchgangs
3. Landdurchgang ohne Beteiligung der Dienste des Durchgangslands
4. Vorübergehende Einstellung von Diensten und ihre Wiederaufnahme
5. Verfügungsrecht über Postsendungen
6. Einführung neuer Dienste
7. Gebühren
8. Vereinswährung. Gegenwerte
9. Postwertzeichen
10. Formblätter
11. Postausweiskarten
12. Abrechnung
13. Verpflichtung zu strafrechtlichen Maßnahmen

Kapitel II**Postgebührenfreiheit**

14. Postgebührenfreiheit
15. Postgebührenfreiheit für postdienstliche Briefsendungen
16. Postgebührenfreiheit für Kriegsgeranenen- und Zivilinterniertensendungen
17. Postgebührenfreiheit für Blindensendungen

Zweiter Teil**Bestimmungen über die Briefpost****Kapitel I****Allgemeine Bestimmungen**

18. Briefsendungen
19. Freimachungsgebühren und Grenzen für Gewichte und Maße. Allgemeine Bedingungen

Art.	Artikel
20. Envois normalisés	20 Standardsendungen
21. Matières biologiques périssables. Matières radioactives	21 Leicht verderbliche biologische Stoffe. Radioaktive Stoffe
22. Envois admis à tort	22 Zu Unrecht zugelassene Sendungen
23. Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres	23 Einlieferung von Briefsendungen im Ausland
24. Taxes spéciales	24 Besondere Gebühren
25. Taxe de dépôt en dernière limite d'heure. Taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets. Taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur. Taxe de retrait en dehors des heures normales d'ouverture des guichets. Taxe de poste restante. Taxe de remise des petits paquets	25 Gebühr für die Einlieferung nach Postschluß. Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden. Gebühr für das Abholen beim Absender. Gebühr für das Abholen außerhalb der allgemeinen Schalterstunden. Gebühr für postlagernde Sendungen. Gebühr für die Auslieferung von Päckchen
26. Taxe de magasinage	26 Lagergebühr
27. Affranchissement	27 Freimachung
28. Modalités d'affranchissement	28 Arten der Freimachung
29. Affranchissement des envois de la poste aux lettres à bord des navires	29 Freimachung von Briefsendungen an Bord von Schiffen
30. Taxe en cas d'absence ou d'insuffisance d'affranchissement	30 Gebühr für nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen
31. Coupons-réponse internationaux	31 Internationale Antwortscheine
32. Envois exprès	32 Eilbotensendungen
33. Retrait. Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur	33 Zurückziehung von Briefsendungen. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders
34. Réexpédition	34 Nachsendung
35. Envois non distribuables. Renvoi au pays d'origine ou à l'expéditeur	35 Unzustellbare Sendungen. Rücksendung an das Einlieferungsland oder an den Absender
36. Interdictions	36 Verbote
37. Contrôle douanier	37 Zollbehandlung
38. Taxe de présentation à la douane	38 Gestellungsgebühr
39. Droits de douane et autres droits	39 Zoll- und andere Abgaben
40. Envois francs de taxes et de droits	40 Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Sendungen
41. Annulation des droits de douane et autres droits	41 Niederschlagung von Zoll- und anderen Abgaben
42. Réclamations	42 Nachforschungsanträge

Chapitre II**Envois recommandés et lettres avec valeur déclarée**

43. Admission des envois recommandés
44. Taxes des envois recommandés
45. Admission des lettres avec valeur déclarée
46. Lettres avec valeur déclarée. Déclaration de valeur
47. Taxes des lettres avec valeur déclarée
48. Avis de réception
49. Remise en main propre

Chapitre III**Responsabilité**

50. Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés
51. Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée
52. Non-responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés
53. Non-responsabilité des Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée

Kapitel II**Einschreibsendungen und Wertbriefe**

43. Zulassung der Einschreibsendungen
44. Gebühren für Einschreibsendungen
45. Zulassung der Wertbriefe
46. Wertbriefe. Wertangabe
47. Gebühren für Wertbriefe
48. Rückschein
49. Eigenhändige Zustellung

Kapitel III**Haftung**

50. Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen
51. Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Wertbriefe
52. Nichthaftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen
53. Nichthaftung der Postverwaltungen. Wertbriefe

Art.	Artikel
54. Responsabilité de l'expéditeur	54 Haftung des Absenders
55. Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales. Envois recommandés	55 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen. Einschreibsendungen
56. Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée	56 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen. Wertbriefe
57. Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales et les entreprises de transport aérien. Lettres avec valeur déclarée	57 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen und den Luftfahrtunternehmen. Wertbriefe
58. Paiement de l'indemnité	58 Zahlung des Ersatzbetrags
59. Remboursement de l'indemnité à l'Administration ayant effectué le paiement	59 Erstattung des Ersatzbetrags an die Verwaltung, die die Zahlung geleistet hat
60. Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire	60 Etwaige Wiedereinziehung des Ersatzbetrags vom Absender oder vom Empfänger

Chapitre IV**Attribution des taxes.
Frais de transit et frais terminaux**

61. Attribution des taxes
62. Frais de transit
63. Barèmes des frais de transit
64. Frais terminaux
65. Exemption de frais de transit et de frais terminaux
66. Services extraordinaires
67. Décompte des frais de transit et des frais terminaux
68. Paiements des frais de transit
69. Frais de transit des dépêches déviées ou mal acheminées
70. Echange de dépêches closes avec des unités militaires mises à la disposition de l'Organisation des Nations Unies et avec des bâtiments ou des avions de guerre

Troisième partie**Transport aérien des envois
de la poste aux lettres****Titre I****Correspondances-avion****Chapitre I****Dispositions générales**

71. Correspondances-avion
72. Aérogrammes
73. Correspondances-avion surtaxées et non surtaxées
74. Surtaxes aériennes
75. Taxes combinées
76. Modalités d'affranchissement
77. Correspondances-avion surtaxées non ou insuffisamment affranchies
78. Acheminement des correspondances-avion et des dépêches-avion en transit
79. Priorité de traitement des correspondances-avion
80. Réexpédition des correspondances-avion
81. Renvoi à l'origine des correspondances-avion

Kapitel IV**Gebührenanrechte.
Durchgangs- und Endvergütungen**

61 Gebührenanrechte
62 Durchgangsvergütungen
63 Tabellen der Durchgangsvergütungen
64 Endvergütungen
65 Befreiung von Durchgangs- und Endvergütungen
66 Außergewöhnliche Verbindungen
67 Abrechnung über Durchgangs- und Endvergütungen
68 Zahlung der Durchgangsvergütungen
69 Durchgangsvergütungen für vom Leitweg abgekommene oder fehlgeleitete Kartenschlüsse
70 Austausch von Kartenschlüssen mit den der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellten Militäreinheiten und mit Kriegsschiffen und Militärflugzeugen

Dritter Teil**Beförderung der Briefsendungen
auf dem Luftweg****Titel I****Luftpostbriefsendungen****Kapitel I****Allgemeine Bestimmungen**

71 Luftpostbriefsendungen
72 Aerogramme (Luftpostleichtbriefe)
73 Zuschlagpflichtige und nicht zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen
74 Luftpostzuschläge
75 Gesamtgebühren
76 Arten der Freimachung
77 Nicht oder unzureichend freigemachte zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen
78 Leitung der Luftpostbriefsendungen und der Durchgangsluftpostkartenschlüsse
79 Vorrangbehandlung der Luftpostbriefsendungen
80 Nachsendung der Luftpostbriefsendungen
81 Rücksendung der Luftpostbriefsendungen

Art.	Chapitre II Frais de transport aérien	Artikel	Kapitel II Kosten für die Beförderung auf dem Luftweg
82.	Principes généraux	82	Allgemeine Grundsätze
83.	Taux de base et calcul des frais de transport aérien relatifs aux dépêches closes	83	Grundvergütungssatz und Berechnung der Luftbeförderungskosten für Kartenschlüsse
84.	Calcul et décompte des frais de transport aérien des correspondances-avion en transit à découvert	84	Berechnung und Abrechnung der Kosten für die Luftbeförderung von Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs
85.	Modification des taux des frais de transport aérien à l'intérieur du pays de destination et des correspondances-avion en transit à découvert	85	Änderung der Kostensätze für die Luftbeförderung im Innern des Bestimmungslandes und für Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs
86.	Païement des frais de transport aérien	86	Zahlung der Luftbeförderungskosten
87.	Frais de transport aérien des dépêches ou des sacs déviés ou mal acheminés	87	Kosten für die Luftbeförderung vom Leitweg abgekommener oder fehlgeleiteter Kartenschlüsse oder Beutel
88.	Frais de transport aérien du courrier perdu ou détruit	88	Kosten für die Luftbeförderung verlorengegangener oder vernichteter Post
Titre II Courier de surface transporté par la voie aérienne (S.A.L.)		Titel II Auf dem Luftweg beförderte Briefpost des Land- und Seewegs (SAL)	
89.	Echange par la voie aérienne des dépêches de surface	89	Austausch von Kartenschlüssen des Land- und Seewegs auf dem Luftweg
90.	Surtaxes aériennes réduites	90	Ermäßigte Luftpostzuschläge
Quatrième partie Dispositions finales		Vierter Teil Schlußbestimmungen	
91.	Conditions d'approbation des propositions concernant la Convention et son Règlement d'exécution	91	Bestimmungen für die Annahme von Vorschlägen zum Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung
92.	Mise à exécution et durée de la Convention	92	Inkrafttreten und Geltungsdauer des Weltpostvertrags
Protocole final de la Convention postale universelle		Schlußprotokoll zum Weltpostvertrag	
I.	Appartenance des envois postaux	I	Verfügungsrecht über Postsendungen
II.	Exception à la franchise postale en faveur des cécomgrammes	II	Ausnahme von der Postgebührenfreiheit für Blindensendungen
III.	Equivalents et taxes spéciales. Limites maximales	III	Gegenwerte und besondere Gebühren. Höchstgrenzen
IV.	Réduction des taxes d'affranchissement des envois de la poste aux lettres	IV	Ermäßigung der Freimachungsgebühren für Briefsendungen
V.	Once et livre avoirdupois	V	Unzen- und Pfundgewicht
VI.	Dérégation aux dimensions des envois sous enveloppe	VI	Abweichung von den Maßen für Sendungen unter Umschlag
VII.	Petits paquets	VII	Päckchen
VIII.	Depôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres	VIII	Einlieferung von Briefsendungen im Ausland
IX.	Coupons-réponse internationaux émis avant le 1 ^{er} janvier 1975	IX	Vor dem 1. Januar 1975 ausgegebene Internationale Antwortscheine
X.	Retrait. Modification ou correction d'adresse	X	Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift
XI.	Taxes spéciales	XI	Besondere Gebühren
XII.	Interdictions	XII	Verbote
XIII.	Objets passibles de droits de douane	XIII	Zollabgabepflichtige Gegenstände
XIV.	Etendue de la responsabilité des Administrations postales	XIV	Umfang der Haftung der Postverwaltungen
XV.	Non-responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés	XV	Nichthaftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen

Art.	Artikel
XVI. Paiement de l'indemnité	XVI Zahlung des Ersatzbetrags
XVII. Frais spéciaux de transit par le Transsibérien et le lac Nasser	XVII Besondere Durchgangsvergütungen der Transsibirischen Eisenbahn sowie für die Beförderung über den Nasser-See
XVIII. Conditions spéciales de transit pour le Panama (Rép.)	XVIII Besondere Durchgangsbedingungen für Panama (Republik)
XIX. Conditions spéciales de transit pour l'Afghanistan	XIX Besondere Durchgangsbedingungen für Afghanistan
XX. Frais d'entrepôt spéciaux à Panama	XX Besondere Lagerkosten in Panama
XXI. Surtaxe aérienne exceptionnelle	XXI Außergewöhnlicher Luftpostzuschlag
XXII. Services extraordinaires	XXII Außergewöhnliche Verbindungen
XXIII. Acheminement obligatoire indiqué par le pays d'origine	XXIII Vom Einlieferungsland angegebene verbindliche Leitung
XXIV. Acheminement des dépêches-avion closes	XXIV Leitung der Luftpostkartenschlüsse
XXV. Caractéristiques des timbres-poste	XXV Charakteristische Merkmale der Postwertzeichen
XXVI. Transmission des imprimés à l'adresse d'un même destinataire	XXVI Beförderung von Drucksachen an die Anschrift desselben Empfängers

Weltpostvertrag

Convention postale universelle

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 3, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté, dans la présente Convention, les règles communes applicables au service postal international et les dispositions concernant les services de la poste aux lettres.

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 3 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter dem Vorbehalt des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung im nachstehenden Weltpostvertrag die für den internationalen Postdienst anwendbaren allgemeinen Regeln und die Bestimmungen, die die Briefdienste betreffen, beschlossen.

Première partie

Règles communes applicables au service postal international

Chapitre I

Dispositions générales

Article premier

Liberté de transit

1. La liberté de transit, dont le principe est énoncé à l'article premier de la Constitution, entraîne l'obligation, pour chaque Administration postale, d'acheminer toujours par les voies les plus rapides qu'elle emploie pour ses propres envois les dépêches closes et les envois de la poste aux lettres à découvert qui lui sont livrés par une autre Administration. Cette obligation s'applique également aux correspondances-avion, que les Administrations postales intermédiaires prennent part ou non à leur réacheminement.

2. Les Pays-membres qui ne participent pas à l'échange des lettres contenant des matières biologiques périssables ou des matières radioactives ont la faculté de ne pas admettre ces envois au transit à découvert à travers leur territoire. Il en est de même pour les envois visés à l'article 36, paragraphe 9.

3. Les Pays-membres qui n'assurent pas le service des lettres avec valeur déclarée ou qui n'acceptent pas la responsabilité des valeurs pour les transports effectués par leurs services maritimes ou aériens sont cependant tenus d'acheminer par les voies les plus rapides les dépêches closes qui leur sont remises par les autres Administrations, mais leur responsabilité est limitée à celle qui est prévue pour les envois recommandés.

4. La liberté de transit des colis postaux à acheminer par les voies terrestres et maritimes est limitée au territoire des pays participant à ce service.

5. La liberté de transit des colis-avion est garantie dans le territoire entier de l'Union. Toutefois, les Pays-membres qui ne sont pas parties à l'Arrangement concernant les colis postaux ne peuvent être obligés de participer à l'acheminement, par la voie de surface, des colis-avion.

6. Les Pays-membres qui sont parties à l'Arrangement concernant les colis postaux, mais qui n'assurent pas le service des colis postaux avec valeur déclarée ou qui n'acceptent pas la responsabilité des valeurs pour les transports effectués

Erster Teil

Gemeinsame Regeln für den internationalen Postdienst

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Freiheit des Durchgangs

1. Die Freiheit des Durchgangs, deren Grundsatz im Artikel 1 der Satzung ausgesprochen ist, verpflichtet jede Postverwaltung, die ihr von einer anderen Verwaltung übergebenen Kartenschlüsse und Briefsendungen des offenen Durchgangs stets auf den schnellsten Wegen weiterzuleiten, die sie für ihre eigenen Sendungen benutzt. Diese Verpflichtung gilt auch für Luftpostbriefsendungen, gleichviel ob die vermittelnden Postverwaltungen an ihrer Weiterleitung beteiligt sind oder nicht.

2. Die Mitgliedsländer, die am Austausch von Briefen mit verderblichen biologischen Stoffen oder radioaktiven Stoffen nicht teilnehmen, können die Beförderung dieser Sendungen im offenen Durchgang durch ihr Gebiet ablehnen. Das gleiche gilt für die in Artikel 36 § 9 genannten Sendungen.

3. Die Mitgliedsländer, die den Wertbriefdienst nicht ausführen, oder die für die Beförderung durch ihre Schifffahrt- oder Luftfahrtunternehmen keine Haftung nach der Wertangabe übernehmen, haben jedoch die ihnen von anderen Verwaltungen übergebenen Kartenschlüsse auf den schnellsten Verbindungen weiterzuleiten; ihre Haftung ist jedoch auf die für Einschreibsendungen vorgesehene Haftung begrenzt.

4. Die Freiheit des Durchgangs für die auf dem Land- und Seeweg zu befördernden Postpakete bleibt auf das Gebiet der Länder beschränkt, die an diesem Dienst teilnehmen.

5. Die Freiheit des Durchgangs für Luftpostpakete ist im gesamten Gebiet des Weltpostvereins gewährleistet. Jedoch können die Mitgliedsländer, die dem Postpaketabkommen nicht beigetreten sind, nicht verpflichtet werden, sich an der Beförderung der Luftpostpakete auf dem Land- und Seeweg zu beteiligen.

6. Die Mitgliedsländer, die dem Postpaketabkommen beigetreten sind, aber den Wertpaketdienst nicht ausführen, oder die für die Beförderung durch ihre Schifffahrt- oder Luftfahrtunternehmen keine Haftung nach der Wertangabe übernehmen,

par leurs services maritimes ou aériens, sont cependant tenus d'acheminer par les voies les plus rapides les dépêches closes qui leur sont remises par les autres Administrations, mais leur responsabilité est limitée à celle qui est prévue pour les colis de même poids sans valeur déclarée.

Article 2

Inobservation de la liberté de transit

Lorsqu'un Pays-membre n'observe pas les dispositions de l'article premier de la Constitution et de l'article premier de la Convention concernant la liberté de transit, les Administrations postales des autres Pays-membres ont le droit de supprimer le service postal avec ce pays. Elles doivent donner préalablement avis de cette mesure par télégramme aux Administrations intéressées et communiquer le fait au Bureau international.

Article 3

Transit territorial sans participation des services du pays traversé

Le transport en transit de courrier à travers un pays, sans participation des services de ce pays, est subordonné à l'autorisation préalable du pays traversé. Cette forme de transit n'engage pas la responsabilité de ce dernier pays.

Article 4

Suspension temporaire et reprise des services

1. Lorsque, par suite de circonstances extraordinaires, une Administration postale se voit obligée de suspendre temporairement et d'une manière générale ou partielle l'exécution de services, elle est tenue d'en donner immédiatement avis, au besoin par télégramme ou par télex, à l'Administration ou aux Administrations intéressées, en indiquant, si possible, la durée probable de la suspension de services. Elle a la même obligation lors de la reprise des services suspendus.

2. Le Bureau international doit être avisé de la suspension ou de la reprise des services si une notification générale est jugée nécessaire. Le cas échéant, le Bureau international doit aviser les Administrations par télégramme ou par télex.

3. L'Administration d'origine a la faculté de rembourser à l'expéditeur les taxes d'affranchissement (article 19), les taxes spéciales (article 24) et les surtaxes aériennes (article 74) si, en raison de la suspension de services, la prestation liée au transport de son envoi n'a été fournie que partiellement ou pas du tout.

Article 5

Appartenance des envois postaux

Tout envoi postal appartient à l'expéditeur aussi longtemps qu'il n'a pas été délivré à l'ayant droit, sauf si ledit envoi a été saisi en application de la législation du pays de destination.

Article 6

Création d'un nouveau service

Les Administrations peuvent, d'un commun accord, créer un nouveau service non expressément prévu par la Convention. Les taxes relatives au nouveau service sont fixées par l'Administration intéressée, compte tenu des frais d'exploitation du service.

haben jedoch die ihnen von anderen Verwaltungen übergebenen Kartenschlüsse auf den schnellsten Verbindungen weiterzuleiten; ihre Haftung jedoch ist auf die für Pakete des gleichen Gewichts ohne Wertangabe vorgesehene Haftung begrenzt.

Artikel 2

Nichtbeachtung der Freiheit des Durchgangs

Wenn ein Mitgliedsland die Bestimmungen des Artikels 1 der Satzung und des Artikels 1 des Weltpostvertrags über die Freiheit des Durchgangs nicht beachtet, haben die Postverwaltungen der anderen Mitgliedsländer das Recht, den Postdienst mit diesem Land einzustellen. Sie müssen diese Maßnahme vorher den beteiligten Verwaltungen telegrafisch zur Kenntnis bringen und diese Tatsache dem Internationalen Büro mitteilen.

Artikel 3

Landdurchgang ohne Beteiligung der Dienste des Durchgangslands

Die Durchgangsbeförderung von Post durch ein Land ohne Beteiligung der Dienste dieses Landes unterliegt der vorherigen Genehmigung des Landes, durch das der Durchgang erfolgt. Diese Art des Durchgangs begründet keine Haftung des letztgenannten Landes.

Artikel 4

Vorübergehende Einstellung von Diensten und ihre Wiederaufnahme

1. Sieht sich eine Postverwaltung durch außergewöhnliche Umstände gezwungen, die Ausführung von Diensten zeitweilig ganz oder teilweise einzustellen, so ist sie verpflichtet, den beteiligten Verwaltungen hiervon unverzüglich, erforderlichenfalls telegrafisch oder über Telex Kenntnis geben und nach Möglichkeit die voraussichtliche Dauer der Unterbrechung der Dienste mitzuteilen. Die gleiche Verpflichtung obliegt ihr bei Wiederaufnahme der eingestellten Dienste.

2. Das Internationale Büro ist von der Einstellung oder der Wiederaufnahme der Dienste zu verständigen, wenn eine allgemeine Benachrichtigung für notwendig erachtet wird. Gegebenenfalls hat das Internationale Büro die Verwaltungen telegrafisch oder über Telex zu verständigen.

3. Die Einlieferungsverwaltung kann dem Absender die Freimachungsgebühren (Artikel 19), die besonderen Gebühren (Artikel 24) und die Luftpostzuschläge (Artikel 74) erstatten, wenn wegen der Unterbrechung von Diensten die mit der Beförderung seiner Sendung verbundene Leistung nicht oder nur teilweise erbracht worden ist.

Artikel 5

Verfügungsrecht über Postsendungen

Über jede Sendung verfügt der Absender so lange, wie sie dem Empfangsberechtigten nicht ausgehändigt worden ist, es sei denn, daß sie in Anwendung der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

Artikel 6

Einführung neuer Dienste

Die Verwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen neue, im Weltpostvertrag nicht ausdrücklich vorgesehene Dienste einführen. Die Gebühren für einen neuen Dienst werden von der betreffenden Verwaltung unter Berücksichtigung der Betriebskosten festgelegt.

Article 7**Taxes**

1. Les taxes relatives aux différents services postaux internationaux sont fixées dans la Convention et les Arrangements.
2. Il est interdit de percevoir des taxes postales de n'importe quelle nature autres que celles qui sont prévues dans la Convention et les Arrangements.

Article 8**Monnaie type. Equivalents**

1. L'unité monétaire utilisée dans la Convention et les Arrangements ainsi que dans leurs Règlements d'exécution est le franc-or prévu à l'article 7 de la Constitution convertible en unité de compte du Fonds monétaire international (FMI), qui est actuellement le Droit de tirage spécial (DTS).
2. Les Pays-membres de l'Union ont le droit de choisir, d'un commun accord, une autre unité monétaire ou une de leurs monnaies nationales pour l'établissement et le règlement des comptes.
3. Dans chaque Pays-membre, les taxes sont établies d'après une équivalence correspondant aussi exactement que possible, dans la monnaie de ce pays, au DTS.
4. Les Pays-membres de l'Union dont le cours des monnaies par rapport au DTS n'est pas calculé par le FMI ou qui ne font pas partie de cette institution spécialisée sont invités à déclarer unilatéralement un équivalent entre leurs monnaies et le DTS.
5. Chaque Administration postale a la faculté d'arrondir ses taxes en plus ou en moins, selon le cas et suivant les convenances de son système monétaire.
6. Les Administrations postales ne sont pas tenues de modifier leurs équivalents des taxes prévues dans la Convention et dans les Arrangements ou le prix de vente des coupons-réponse internationaux lorsque, par suite de fluctuations de l'équivalence employée pour établir les taxes conformément au présent article, les limites autorisées par la Convention ne sont pas dépassées de plus de 15 pour cent.

Article 9**Timbres-poste**

1. Seules les Administrations postales émettent les timbres-poste destinés à l'affranchissement.
2. Les sujets et les motifs des timbres-poste doivent être conformes à l'esprit du préambule de la Constitution de l'UPU et des décisions prises par les organes de l'Union.

Article 10**Formules**

1. Les textes, couleurs et dimensions des formules doivent être ceux que prescrivent les Règlements de la Convention et des Arrangements.
2. Les formules à l'usage des Administrations pour leurs relations réciproques doivent être rédigées en langue française, avec ou sans traduction interlinéaire, à moins que les Administrations intéressées n'en disposent autrement par une entente directe.
3. Les formules à l'usage des Administrations postales ainsi que leurs copies éventuelles doivent être remplies de manière telle que les inscriptions soient parfaitement lisibles. La formule originale est transmise à l'Administration concernée ou à la partie la plus intéressée.

Artikel 7**Gebühren**

1. Die Gebühren für die verschiedenen Auslandspostdienste sind im Vertrag und in den Abkommen festgesetzt.
2. Es ist verboten, andere als die im Vertrag und in den Abkommen vorgesehenen Postgebühren zu erheben.

Artikel 8**Vereinswährung. Gegenwerte**

1. Die im Vertrag und in den Abkommen wie in ihren Vollzugsordnungen verwendete, nach Artikel 7 der Satzung vorgesehene Währungseinheit des Goldfranken ist in die Rechnungseinheit des Internationalen Währungsfonds (IWF), zur Zeit das Sonderziehungsrecht (SZR), umrechenbar.
2. Die Mitgliedsländer des Vereins haben das Recht, im gegenseitigen Einvernehmen eine andere Währungseinheit oder eine ihrer nationalen Währungen für die Aufstellung und Begleichung der Rechnungen zu wählen.
3. Die Gebühren werden in jedem Mitgliedsland nach einem Gegenwert festgesetzt, der dem Wert des Sonderziehungsrechts in der Währung dieses Landes möglichst genau entspricht.
4. Die Mitgliedsländer des Vereins, für die ein Währungskurs im Vergleich zum Sonderziehungsrecht durch den Internationalen Währungsfonds nicht berechnet wird oder die an dieser Sondereinrichtung nicht teilnehmen, werden aufgefordert, einseitig einen Gegenwert zwischen ihrer Währung und dem Sonderziehungsrecht festzusetzen.
5. Jede Postverwaltung hat das Recht, ihre Gebühren je nach Lage des Falles und nach den Erfordernissen ihres Währungssystems auf- oder abzurunden.
6. Die Postverwaltungen sind nicht verpflichtet, die Gegenwerte der im Vertrag und in den Abkommen vorgesehenen Gebühren oder den Verkaufspreis der Internationalen Antwortscheine zu ändern, wenn als Folge von Währungsschwankungen des entsprechend diesem Artikel zur Festsetzung der Gebühren verwendeten Gegenwerts die durch den Vertrag zugelassenen Grenzen um nicht mehr als 15 v. H. überschritten werden.

Artikel 9**Postwertzeichen**

1. Nur die Postverwaltungen geben die zur Freimachung bestimmten Postwertzeichen heraus.
2. Die Themen und Motive der Postwertzeichen müssen dem Geist der Präambel der Satzung des Weltpostvereins und den von den Organen des Vereins getroffenen Entscheidungen entsprechen.

Artikel 10**Formblätter**

1. Wortlaut, Farbe und Größe der Formblätter müssen den in den Vollzugsordnungen des Vertrags und der Abkommen enthaltenen Bestimmungen entsprechen.
2. Soweit die beteiligten Verwaltungen untereinander nichts anderes vereinbart haben, müssen die Formblätter für den Verkehr zwischen den Verwaltungen in französischer Sprache, mit oder ohne Übersetzung unterhalb der Zeilen, abgefaßt sein.
3. Die Formblätter für den Verkehr zwischen den Postverwaltungen sowie gegebenenfalls ihre Durchschriften müssen so ausgefüllt sein, daß die Eintragungen sehr gut leserlich sind. Das Originalformblatt wird der betreffenden Verwaltung oder der am stärksten beteiligten Stelle übersandt.

4. Les formules à l'usage du public doivent comporter une traduction interlinéaire en langue française lorsqu'elles ne sont pas imprimées en cette langue.

Article 11

Cartes d'identité postales

1. Chaque Administration postale peut délivrer, aux personnes qui en font la demande, des cartes d'identité postales valables comme pièces justificatives pour les opérations postales effectuées dans les Pays-membres qui n'ont pas notifié leur refus de les admettre.

2. L'Administration qui délivre une carte est autorisée à percevoir de ce chef une taxe qui ne peut être supérieure à 5 francs (1,63 DTS).

3. Les Administrations sont dégagées de toute responsabilité lorsqu'il est établi que la livraison d'un envoi postal ou le paiement d'un article d'argent a eu lieu sur la présentation d'une carte régulière. Elles ne sont pas non plus responsables des conséquences que peuvent entraîner la perte, la soustraction ou l'emploi frauduleux d'une carte régulière.

4. La carte est valable pour une durée de dix ans à compter du jour de son émission. Toutefois, elle cesse d'être valable:

- a) lorsque la physionomie du titulaire s'est modifiée au point de ne plus correspondre à la photographie ou au signallement;
- b) lorsqu'elle est endommagée d'une façon telle que la vérification d'une donnée déterminée concernant le détenteur n'est plus possible;
- c) lorsqu'elle présente des traces de falsification.

Article 12

Règlements des comptes

Les règlements, entre les Administrations postales, des comptes internationaux provenant du trafic postal peuvent être considérés comme transactions courantes et effectués conformément aux obligations internationales courantes des Pays-membres intéressés, lorsqu'il existe des accords à ce sujet. En l'absence d'accords de ce genre, ces règlements de comptes sont effectués conformément aux dispositions du Règlement.

Article 13

Engagements relatifs aux mesures pénales

Les Gouvernements des Pays-membres s'engagent à prendre, ou à proposer aux pouvoirs législatifs de leur pays, les mesures nécessaires:

- a) pour punir la contrefaçon des timbres-poste, même retirés de la circulation, des coupons-réponse internationaux et des cartes d'identité postales;
- b) pour punir l'usage ou la mise en circulation:
 - 1° de timbres-poste contrefaits (même retirés de la circulation) ou ayant déjà servi, ainsi que d'empreintes contrefaites ou ayant déjà servi de machines à affranchir ou de presses d'imprimerie;
 - 2° de coupons-réponse internationaux contrefaits;
 - 3° de cartes d'identité postales contrefaites;
- c) pour punir l'emploi frauduleux de cartes d'identité postales régulières;
- d) pour interdire et réprimer toutes opérations frauduleuses de fabrication et de mise en circulation de vignettes et tim-

4. Die Formblätter für Postbenutzer müssen unterhalb der Zeilen eine Übersetzung in französischer Sprache enthalten, wenn sie nicht in dieser Sprache gedruckt sind.

Artikel 11

Postausweiskarten

1. Jede Verwaltung kann auf Antrag Postausweiskarten ausstellen, die in allen Mitgliedsländern, die ihre Ablehnung nicht ausdrücklich bekanntgegeben haben, als vollgültige Ausweise im Verkehr mit Postdienststellen angesehen werden.

2. Die Verwaltung, die eine Ausweiskarte ausstellt, kann hierfür eine Gebühr erheben, die fünf Franken (1,63 SZR) nicht übersteigen darf.

3. Die Verwaltungen sind von jeder Verantwortung befreit, wenn festgestellt wird, daß die Auslieferung einer Postsendung oder die Auszahlung eines Geldbetrages gegen Vorlage einer ordnungsmäßigen Ausweiskarte erfolgt ist. Sie sind auch nicht für die Folgen verantwortlich, die der Verlust, die Unterschlagung oder die betrügerische Verwendung einer ordnungsmäßigen Ausweiskarte nach sich ziehen kann.

4. Die Karte ist für einen Zeitraum von zehn Jahren, vom Tag der Ausstellung an gerechnet, gültig. Jedoch wird die Karte ungültig,

- a) wenn sich das Äußere des Inhabers derart geändert hat, daß es nicht mehr dem Lichtbild oder der Personenbeschreibung entspricht;
- b) wenn sie so beschädigt ist, daß die Prüfung einer bestimmten, den Inhaber betreffenden Angabe nicht mehr möglich ist;
- c) wenn sie Spuren einer Fälschung trägt.

Artikel 12

Abrechnung

Im Verhältnis zwischen den Postverwaltungen kann der Ausgleich der internationalen Rechnungen aus dem Postverkehr als laufendes Geschäft betrachtet und in Übereinstimmung mit den laufenden internationalen Verpflichtungen der beteiligten Mitgliedsländer vorgenommen werden, wenn einschlägige Abkommen bestehen. Fehlen derartige Abkommen, so werden die Rechnungen nach den Bestimmungen der Vollzugsordnung ausgeglichen.

Artikel 13

Verpflichtung zu strafrechtlichen Maßnahmen

Die Regierungen der Mitgliedsländer verpflichten sich, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen oder ihren gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen, um

- a) die Fälschung von Postwertzeichen, auch von solchen, die bereits aus dem Verkehr gezogen worden sind, von internationalen Antwortscheinen und Postausweiskarten zu bestrafen;
- b) die Verwendung oder Verbreitung
 - 1) gefälschter (auch aus dem Verkehr gezogener) oder bereits benutzter Postwertzeichen, Freistempelabdrucke oder gedruckter Freimachungsvermerke;
 - 2) gefälschter internationaler Antwortscheine;
 - 3) gefälschter Postausweiskarten
 zu bestrafen;
- c) die betrügerische Verwendung von ordnungsmäßigen Postausweiskarten zu bestrafen;
- d) alle betrügerischen Handlungen zur Herstellung und Verbreitung der im Postverkehr verwendeten Marken und

bres en usage dans le service postal, contrefaits ou imités de telle manière qu'ils pourraient être confondus avec les vignettes et timbres émis par l'Administration postale d'un des Pays-membres;

- e) pour empêcher et, le cas échéant, punir l'insertion de stupéfiants et de substances psychotropes, de même que de matières explosibles, inflammables ou d'autres matières dangereuses, dans des envois postaux en faveur desquels cette insertion ne serait pas expressément autorisée par la Convention et les Arrangements.

Chapitre II

Franchises postales

Article 14

Franchise postale

Les cas de franchise postale sont expressément prévus par la Convention et les Arrangements.

Article 15

Franchise postale concernant les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal

Sous réserve de l'article 73, paragraphe 4, sont exonérés de toutes taxes postales les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal s'ils sont:

- a) expédiés par les Administrations postales ou par leurs bureaux;
- b) échangés entre les organes de l'Union postale universelle et les organes des Unions restreintes, entre les organes de ces Unions, ou envoyés par lesdits organes aux Administrations postales ou à leurs bureaux.

Article 16

Franchise postale en faveur des envois concernant les prisonniers de guerre et les internés civils

1. Sous réserve de l'article 73, paragraphe 2, sont exonérés de toutes taxes postales les envois de la poste aux lettres, les colis postaux et les articles d'argent adressés aux prisonniers de guerre ou expédiés par eux soit directement, soit par l'entremise des Bureaux de renseignements prévus à l'article 122 de la Convention de Genève relative au traitement des prisonniers de guerre, du 12 août 1949, et de l'Agence centrale de renseignements sur les prisonniers de guerre prévue à l'article 123 de la même Convention. Les belligérants recueillis et internés dans un pays neutre sont assimilés aux prisonniers de guerre proprement dits en ce qui concerne l'application des dispositions qui précèdent.

2. Le paragraphe 1 s'applique également aux envois de la poste aux lettres, aux colis postaux et aux articles d'argent, en provenance d'autres pays, adressés aux personnes civiles internées visées par la Convention de Genève relative à la protection des personnes civiles en temps de guerre, du 12 août 1949, ou expédiés par elle soit directement, soit par l'entremise des Bureaux de renseignements prévus à l'article 136 et de l'Agence centrale de renseignements prévue à l'article 140 de la même Convention.

3. Les Bureaux nationaux de renseignements et les Agences centrales de renseignements dont il est question ci-dessus bénéficient également de la franchise postale pour les envois de la poste aux lettres, les colis postaux et les articles d'argent concernant les personnes visées aux paragraphes 1 et 2, qu'ils expédient ou qu'ils reçoivent, soit directement, soit à titre d'intermédiaire, dans les conditions prévues auxdits paragraphes.

Postwertzeichen zu verbieten und zu verhindern, die gefälscht oder derart nachgemacht sind, daß sie mit den von der Postverwaltung eines Mitgliedslandes ausgegebenen Marken und Postwertzeichen verwechselt werden können;

- e) das Einlegen von Betäubungsmitteln und berauschenden Mitteln sowie von explodierbaren, leicht entzündbaren oder anderen gefährlichen Stoffen in Postsendungen zu verhindern und gegebenenfalls zu bestrafen, sofern das Einlegen durch den Vertrag und die Abkommen nicht ausdrücklich zugelassen ist.

Kapitel II

Postgebührenfreiheit

Artikel 14

Postgebührenfreiheit

Die Fälle der Postgebührenfreiheit sind ausdrücklich im Vertrag und in den Abkommen vorgesehen.

Artikel 15

Postgebührenfreiheit für postdienstliche Briefsendungen

Vorbehaltlich des Artikels 73 § 4 sind von allen Postgebühren postdienstliche Briefsendungen befreit, die

- a) von den Postverwaltungen oder von ihren Ämtern abgesandt werden;
- b) zwischen den Organen des Weltpostvereins und den Organen der Engeren Vereine oder zwischen den Organen dieser Vereine ausgetauscht oder von den genannten Organen an die Postverwaltungen oder an ihre Ämter abgesandt werden.

Artikel 16

Postgebührenfreiheit für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertensendungen

1. Unter Vorbehalt von Artikel 73 § 2 sind Briefsendungen, Postpakete und Geldsendungen, die entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Auskunftsstellen nach Artikel 122 der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen vom 12. August 1949 und der Zentralkundsstelle nach Artikel 123 derselben Konvention an Kriegsgefangene gerichtet sind oder von diesen versandt werden, von allen Postgebühren befreit. Die in einem neutralen Land aufgenommenen und internierten Kriegsteilnehmer werden den eigentlichen Kriegsgefangenen bei Anwendung der vorstehenden Bestimmungen gleichgestellt.

2. § 1 gilt auch für Briefsendungen, Postpakete und Geldsendungen, die aus anderen Ländern an Zivilinternierte im Sinne der Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 gerichtet sind oder von diesen versandt werden, sei es unmittelbar oder durch Vermittlung der Auskunftsstellen nach Artikel 136 und der Zentralkundsstelle nach Artikel 140 derselben Konvention.

3. Die vorerwähnten nationalen Auskunftsstellen und Zentralkundsstellen genießen ebenfalls Gebührenfreiheit für in den §§ 1 und 2 genannte Personen betreffende Briefsendungen, Postpakete und Geldsendungen, die sie entweder unmittelbar oder als Vermittler unter den in den genannten Paragraphen vorgesehenen Bedingungen versenden oder empfangen.

4. Les colis sont admis en franchise postale jusqu'au poids de 5 kilogrammes. La limite de poids est portée à 10 kilogrammes pour les envois dont le contenu est indivisible et pour ceux qui sont adressés à un camp ou à ses hommes de confiance pour être distribués aux prisonniers.

Article 17

Franchise postale en faveur des cécogrammes

Sous réserve de l'article 73, paragraphe 2, les cécogrammes sont exonérés de la taxe d'affranchissement, des taxes spéciales énumérées à l'article 24, paragraphe 1, et de la taxe de remboursement.

4. Pakete sind bis zum Gewicht von 5 kg postgebührenfrei zugelassen. Die Gewichtsgrenze wird auf 10 kg erhöht für Sendungen, deren Inhalt unteilbar ist, und für solche, die an ein Lager oder dessen Vertrauensleute zur Verteilung an die Gefangenen gerichtet sind.

Artikel 17

Postgebührenfreiheit für Blindensendungen

Unter Vorbehalt des Artikels 73 § 2 unterliegen Blindensendungen weder der Freimachungsgebühr noch den in Artikel 24 § 1 aufgeführten besonderen Gebühren noch der Nachnahmegebühr.

Deuxième partie

Dispositions concernant la poste aux lettres

Chapitre I

Dispositions générales

Article 18

Envois de la poste aux lettres

Les envois de la poste aux lettres comprennent les lettres, les cartes postales, les imprimés, les cécogrammes et les petits paquets.

Article 19

Taxes d'affranchissement et limites de poids et de dimensions. Conditions générales

1. Les taxes d'affranchissement pour le transport des envois de la poste aux lettres dans toute l'étendue de l'Union ainsi que les limites de poids et de dimensions sont fixées conformément aux indications des colonnes 1, 2, 3, 6 et 7 du tableau ci-après. Les taxes de base (col. 3) peuvent être majorées de 100 pour cent (col. 4) ou réduites de 70 pour cent (col. 5) au maximum. Elles comprennent, sauf l'exception prévue à l'article 25, paragraphe 6, la remise des envois au domicile des destinataires pour autant que ce service de distribution soit organisé dans les pays de destination pour le envois dont il s'agit.

Zweiter Teil

Bestimmungen über die Briefpost

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 18

Briefsendungen

Die Bezeichnung Briefsendungen umfaßt Briefe, Postkarten, Drucksachen, Blindensendungen und Päckchen.

Artikel 19

Freimachungsgebühren und Grenzen für Gewichte und Maße. Allgemeine Bedingungen

1. Die Freimachungsgebühren für die Beförderung der Briefsendungen innerhalb des gesamten Bereiches des Vereins ebenso wie die Grenzen für Gewichte und Maße werden nach den Angaben in den Spalten 1, 2, 3, 6 und 7 der nachstehenden Übersicht festgesetzt. Die Grundgebühren (Spalte 3) können um höchstens 100 v. H. (Spalte 4) erhöht oder um höchstens 70 v. H. (Spalte 5) ermäßigt werden. Abgesehen von der in Artikel 25 § 6 vorgesehenen Ausnahme gelten sie auch für die Zustellung, sofern der Zustelldienst in den Bestimmungsländern für die betreffenden Sendungen ausgeführt wird.

Envois	Echelons des poids	Taxes de base		Limites supérieures des taxes (majoration de 100 %)	Limites inférieures des taxes (réduction de 70 %)	Limites de poids	Limites de dimensions	
1	2	3		4	5	6	7	
		c-or	DTS	c-or	DTS	c-or	DTS	
Lettres	jusqu'à 20 g	112,5	0,37	225	0,74	33,75	0,11	2 kg Maximums: longueur, largeur et épaisseur additionnées: 900 mm, sans que la plus grande dimension puisse dépasser 600 mm avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 1040 mm, sans que la plus grande dimensions puisse dépasser 900 mm avec une tolérance de 2 mm. Minimums: comporter une face dont les dimensions ne soient pas inférieures à 90 x 140 mm, avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 170 mm, sans que la plus grande dimension soit inférieure à 100 mm.
	au-dessus de 20 g jusqu'à 100 g	270	0,88	540	1,76	81	0,26	
	au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g	540	1,76	1080	3,53	162	0,53	
	au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g	1035	3,38	2070	6,76	310,5	1,01	
	au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g	1800	5,88	3600	11,76	540	1,76	
	au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g	2925	9,56	5850	19,11	877,5	2,87	
Cartes postales		78,75	0,26	157,5	0,51	23,5	0,08	Maximums: 105 x 148 mm, avec une tolérance de 2 mm. Minimums: 90 x 140 mm, avec une tolérance de 2 mm. Longueur au moins égale à la largeur multipliée par $\sqrt{2}$ (valeur approchée 1,4).
Impri-més	jusqu'à 20 g	56,25	0,18	112,5	0,37	16,75	0,05	2 kg (s'il s'agit de livres ou de brochures: 5 kg; cette limite de poids peut aller jusqu'à 10 kg après entente entre les Administrations intéressées) Maximums: longueur, largeur et épaisseur additionnées: 900 mm, sans que la plus grande dimension puisse dépasser 600 mm avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 1040 mm, sans que la plus grande dimension puisse dépasser 900 mm avec une tolérance de 2 mm. Minimums: comporter une face dont les dimensions ne soient pas inférieurs à 90 x 140 mm, avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 170 mm, sans que la plus grande dimension soit inférieure à 100 mm.
	au-dessus de 20 g jusqu'à 100 g	123,75	0,40	247,5	0,81	37	0,12	
	au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g	225	0,74	450	1,47	67,5	0,22	
	au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g	405	1,32	810	2,65	121,5	0,40	
	au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g	675	2,21	1350	4,41	202,5	0,66	
	au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g par échelon supplémentaire de 1000 g	945	3,09	1890	6,17	283,5	0,93	
		472,5	1,54	945	3,09	141,75	0,46	
Céco-grammes	voir article 17						7 kg	
Petits paquets	jusqu'à 100 g	123,75	0,40	247,5	0,81	37	0,12	1 kg (cette limite de poids peut aller jusqu'à 2 kg après entente entre les Administrations intéressées) Maximums: longueur, largeur et épaisseur additionnées: 900 mm, sans que la plus grande dimension puisse dépasser 600 mm avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 1040 mm, sans que la plus grande dimension puisse dépasser 900 mm avec une tolérance de 2 mm. Minimums: comporter une face dont les dimensions ne soient pas inférieurs à 90 x 140 mm, avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 170 mm, sans que la plus grande dimension soit inférieure à 100 mm.
	au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g	225	0,74	450	1,47	67,5	0,22	
	au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g	405	1,32	810	2,65	121,5	0,40	
	au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g	675	2,21	1350	4,41	202,5	0,66	
	au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g	945	3,09	1890	6,17	283,5	0,93	
	(échelon de poids facultatif)							

Sendungsarten	Gewichtsstufen	Grundgebühren	Obere Grenzen der Gebühren (Erhöhung um 100 v. H.)	Untere Grenzen der Gebühren (Ermäßigung um 70 v. H.)	Grenzen für Gewicht	für Maße
1	2	3	4	5	6	7
		Goldcentimen SZR	Goldcentimen SZR	Goldcentimen SZR		
Briefe	bis 20 g	112,5 0,37	225 0,74	33,75 0,11	2 kg	Höchstmaße: Länge, Breite und Höhe zusammen 900 mm, jedoch in keiner Ausdehnung länger als 600 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm. In Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 1 040 mm, Länge jedoch nicht mehr als 900 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm.
über 20 g bis 100 g	270 0,88	540 1,76	81 0,26			Mindestmaße: die Maße einer Fläche müssen mindestens 90 x 140 mm, mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm betragen. In Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 170 mm, in der größten Ausdehnung jedoch mindestens 100 mm.
über 100 g bis 250 g	540 1,76	1080 3,53	162 0,53			
über 250 g bis 500 g	1035 3,38	2070 6,76	310,5 1,01			
über 500 g bis 1000 g	1800 5,88	3600 11,76	540 1,76			
über 1000 g bis 2000 g	2925 9,56	5850 19,11	877,5 2,87			
Postkarten		78,75 0,26	15,75 0,51	23,5 0,08		Höchstmaße: 105 x 148 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm. Mindestmaße: 90 x 140 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm. Die Länge entspricht mindestens der mit $\sqrt{2}$ (etwa 1,4) multiplizierten Breite.
Drucksachen	bis 20 g	56,25 0,18	112,5 0,37	16,75 0,05	2 kg	
über 20 g bis 100 g	123,75 0,40	247,5 0,81	37 0,12		(wenn es sich um Bücher oder Broschüren handelt:	Höchstmaße: Länge, Breite und Höhe zusammen 900 mm, jedoch in keiner Ausdehnung länger als 600 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm. In Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 1040 mm, Länge jedoch nicht mehr als 900 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm.
über 100 g bis 250 g	225 0,74	450 1,47	67,5 0,22		5 kg;	Mindestmaße: Die Maße einer Fläche müssen mindestens 90 x 140 mm, mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm betragen. In Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 170 mm, in der größten Ausdehnung jedoch mindestens 100 mm.
über 250 g bis 500 g	405 1,32	810 2,65	121,5 0,40		diese Gewichtsgrenze kann im Einvernehmen zwischen den beteiligten Verwaltungen auf 10 kg heraufgesetzt werden)	
über 500 g bis 1000 g	675 2,21	1350 4,41	202,5 0,66			
über 1000 g bis 2000 g	945 3,09	1890 6,17	283,5 0,93			
für jede weiteren 1000 g	472,5 1,54	945 3,09	141,75 0,46			
Blindensendungen	s. Artikel 17				7 kg	
Päckchen	bis 100 g	123,75 0,40	247,5 0,81	37 0,12	1 kg	
über 100 g bis 250 g	225 0,74	450 1,47	67,5 0,22		(diese Gewichtsgrenze kann nach Absprache zwischen den beteiligten Verwaltungen auf 2 kg heraufgesetzt werden)	
über 250 g bis 500 g	405 1,32	810 2,65	121,5 0,40			
über 500 g bis 1000 g	675 2,20	1350 4,41	202,5 0,66			
über 1000 g bis 2000 g	945 3,09	1890 6,17	283,5 0,93			
(fakultative Gewichtsstufe)						

2. A titre exceptionnel, les Pays-membres peuvent modifier la structure d'échelons de poids indiqués au paragraphe 1, sous réserve des conditions suivantes:

- a) pour chaque catégorie, l'échelon de poids minimal doit être celui qui est indiqué au paragraphe 1;
- b) pour chaque catégorie, le dernier échelon de poids ne doit pas dépasser le poids maximal indiqué au paragraphe 1;
- c) pour chaque catégorie, les taxes afférentes aux échelons de poids adoptés par un Pays-membre doivent être entre elles dans le même rapport que celui qui existe entre les taxes de base dans la structure d'échelons de poids prévue au paragraphe 1.

3. A titre exceptionnel, les Pays-membres qui ont supprimé la carte postale comme catégorie distincte d'envois de la poste aux lettres dans leur service intérieur ont la faculté d'appliquer la taxe des lettres aux cartes postales du service international.

4. Par dérogation aux paragraphes 1 et 2, lettre a), les Administrations postales ont la faculté d'appliquer aux imprimés un premier échelon de poids de 50 grammes.

5. Sous réserve de l'article 8, paragraphe 5, les taxes choisies dans les limites fixées au paragraphe 1 doivent, autant que possible, être entre elles dans le même rapport que les taxes de base. A titre exceptionnel et dans les limites prescrites au paragraphe 1, chaque Administration postale est libre d'appliquer aux taxes des cartes postales, des imprimés ou des petits paquets un taux de majoration ou de réduction différent de celui qu'elle applique aux taxes des lettres.

6. Chaque Administration postale a la faculté de concéder pour les journaux et écrits périodiques publiés dans son pays une réduction qui ne peut dépasser 50 pour cent du tarif des imprimés, tout en se réservant le droit de limiter cette réduction aux journaux et écrits périodiques qui remplissent les conditions requises par la réglementation intérieure pour circuler au tarif des journaux. Sont exclus de la réduction, quelle que soit la régularité de leur publication, les imprimés commerciaux tels que catalogues, prospectus, prix courants, etc.; il en est de même des réclames imprimées sur des feuilles jointes aux journaux et écrits périodiques.

7. Les Administrations peuvent également concéder la même réduction pour les livres et brochures, pour les partitions de musique et pour les cartes géographiques qui ne contiennent aucune publicité ou réclame autre que celle qui figure sur la couverture ou les pages de garde de ces envois.

8. La taxe applicable aux imprimés à l'adresse du même destinataire et pour la même destination, insérés dans un ou plusieurs sacs spéciaux, est calculée par échelons de 1 kilogramme jusqu'à concurrence du poids total de chaque sac. Les Administrations ont la faculté de concéder pour les imprimés expédiés par sacs spéciaux une réduction de taxe pouvant aller jusqu'à 20 pour cent qui peut être indépendante des réductions visées aux paragraphes 6 et 7. Ces envois ne sont pas soumis aux limites de poids fixées au paragraphe 1. Toutefois, ils ne doivent pas dépasser le poids maximal de 30 kilogrammes par sac.

9. L'Administration d'origine a la faculté d'appliquer aux lettres et aux imprimés sous enveloppe non normalisés du premier échelon de poids ainsi qu'aux lettres sous forme de cartes qui ne remplissent pas les conditions indiquées à l'article 20, paragraphe 1, lettre b), une taxe qui ne peut être supérieure à la taxe afférente aux envois du deuxième échelon de poids. L'Administration d'origine peut également appliquer, aux lettres et aux imprimés sous enveloppe d'un poids supérieur à 20 grammes ne satisfaisant pas aux autres conditions énoncées à l'article 20, paragraphe 1, une taxe ne pouvant être supérieure à celle qui correspond à l'échelon de poids situé immédiatement au-dessus de l'échelon auquel l'envoi appartient effectivement.

2. Vorbehaltlich folgender Bedingungen können die Mitgliedsländer von dem in § 1 festgesetzten Gewichtsstufengefüge ausnahmsweise abweichen:

- a) für jede Sendungsart muß die niedrigste Gewichtsstufe mit der in § 1 festgesetzten übereinstimmen;
- b) für jede Sendungsart darf die letzte Gewichtsstufe das in § 1 festgesetzte Höchstgewicht nicht überschreiten;
- c) für jede Sendungsart müssen die Gebühren für die von einem Mitgliedsland angewandten Gewichtsstufen in demselben Verhältnis zueinander stehen, wie es zwischen den Grundgebühren nach dem in § 1 vorgesehenen Gewichtsstufengefüge besteht.

3. Die Mitgliedsländer, die in ihrem Inlandsdienst die Postkarte als besondere Sendungsart der Briefpost haben weggelassen, können für Postkarten des internationalen Dienstes ausnahmsweise die Briefgebühr erheben.

4. Abweichend von § 1 und § 2 Buchstabe a) können die Postverwaltungen für Drucksachen eine erste Gewichtsstufe von 50 g anwenden.

5. Vorbehaltlich des Artikels 8 § 5 müssen die innerhalb der in § 1 festgesetzten Grenzen gewählten Gebühren untereinander so weit wie möglich in demselben Verhältnis stehen wie die Grundgebühren. Jede Postverwaltung kann ausnahmsweise und innerhalb der in § 1 vorgeschriebenen Grenzen auf die Postkarten-, Drucksachen- oder Päckchengebühren einen größeren Erhöhungs- oder Ermäßigungssatz als für die Briefgebühren anwenden.

6. Jede Postverwaltung kann für die in ihrem Land erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften die Drucksachengebühr bis zu 50 v. H. ermäßigen; sie kann jedoch diese Ermäßigung auf Zeitungen und Zeitschriften beschränken, die die nach den Inlandsbestimmungen für die Versendung zur Zeitungsgebühr geforderten Voraussetzungen erfüllen. Ausgenommen von der Ermäßigung sind geschäftliche Drucksachen wie Kataloge, Prospekte, Preislisten usw., ohne Rücksicht auf die Regelmäßigkeit ihres Erscheinens; das gilt auch für gedruckte Werben auf Blättern, die Zeitungen und Zeitschriften beigelegt sind.

7. Die Verwaltungen können die gleiche Ermäßigung auch für Bücher und Broschüren, Musiknoten und Landkarten gewähren, die, abgesehen von dem Aufdruck auf dem Umschlag und den Schutzblättern dieser Sendungen, keinerlei Anzeigen oder Werbung enthalten.

8. Die Gebühr für Drucksachen, die in einem oder in mehreren besonderen Beuteln an denselben Empfänger in demselben Bestimmungsort gerichtet sind, wird nach dem Gesamtgewicht eines jeden Beutels kg-weise berechnet. Die Verwaltungen können für die in besonderen Beuteln versandten Drucksachen unabhängig von den in den §§ 6 und 7 erwähnten Ermäßigungen eine Gebührenermäßigung bis zu 20 v. H. gewähren. Diese Sendungen unterliegen nicht den in § 1 festgesetzten Gewichtsgrenzen. Sie dürfen jedoch das Höchstgewicht von 30 kg je Beutel nicht überschreiten.

9. Die Einlieferungsverwaltung kann für unter Umschlag versandte Briefe und Drucksachen der ersten Gewichtsstufe, die keine Standardsendungen sind, sowie für Briefe in Kartenform, bei denen die in Artikel 20 § 1 Buchstabe b) angegebenen Bedingungen nicht erfüllt sind, eine Gebühr erheben, die jedoch die für die zweite Gewichtsstufe festgesetzte Gebühr nicht überschreiten darf. Die Einlieferungsverwaltung kann ebenfalls für unter Umschlag versandte Briefe und Drucksachen von mehr als 20 g, die den übrigen in Artikel 20 § 1 aufgeführten Bedingungen nicht entsprechen, eine Gebühr erheben, die jedoch die Gebühr für die nächsthöhere Gewichtsstufe, in die die Sendung tatsächlich fällt, nicht überschreiten darf.

10. La réunion en un seul envoi d'objets passibles de taxes différentes est autorisée à condition que le poids total ne soit pas supérieur au poids maximal de la catégorie dont le tarif est le plus élevé. La taxe applicable au poids total de l'envoi est celle de la catégorie dont le tarif est le plus élevé.

11. Les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal dont il est question à l'article 15 ne sont pas soumis aux limites de poids et de dimensions fixées au paragraphe 1. Toutefois, ils ne doivent pas dépasser le poids maximal de 30 kilogrammes par sac.

12. Les Administrations peuvent appliquer aux envois de la poste aux lettres déposés dans leur pays la limite de poids maximale prescrite pour les envois de même nature dans leur service intérieur, pourvu que les envois ne dépassent pas la limite de poids mentionnée au paragraphe 1.

Article 20

Envois normalisés

1. Dans le cadre des dispositions de l'article 19, paragraphe 1, sont considérés comme normalisés les envois de forme rectangulaire dont la longueur n'est pas inférieure à la largeur multipliée par $\sqrt{2}$ (valeur approchée: 1,4) et qui répondent, selon leur présentation, aux conditions suivantes:

a) envois sous enveloppe:

1° envois sous enveloppe ordinaire:

dimensions minimales: 90 x 140 mm, avec une tolérance de 2 mm;

dimensions maximales: 120 x 235 mm, avec une tolérance de 2 mm;

poids maximal: 20 g;

épaisseur maximale: 5 mm;

en outre, la suscription doit être portée sur l'enveloppe du côté uni qui n'est pas muni de la patte de fermeture et dans la zone rectangulaire située à une distance minimale de:

40 mm du bord supérieur de l'enveloppe (tolérance 2 mm);

15 mm du bord latéral droit;

15 mm du bord inférieur;

et à une distance maximale de 140 mm du bord latéral droit;

2° envois sous enveloppe à panneau transparent:

dimensions, poids et épaisseur des envois sous enveloppe ordinaire; outre les conditions générales d'admission fixées à l'article 123 du Règlement, ces envois doivent satisfaire aux conditions suivantes:

le panneau transparent dans lequel apparaît l'adresse du destinataire doit se trouver à une distance minimale de:

40 mm du bord supérieur de l'enveloppe (tolérance 2 mm);

15 mm du bord latéral droit;

15 mm du bord latéral gauche;

15 mm du bord inférieur;

le panneau ne peut pas être délimité par une bande ou un cadre de couleur;

3° tous envois sous enveloppe:

l'adresse de l'expéditeur, lorsqu'elle figure au recto, doit être placée dans l'angle supérieur gauche; cet

10. Versandgegenstände, die verschiedenen Gebühren unterliegen, können zu einer Sendung zusammengefaßt werden, wenn das Gesamtgewicht nicht höher ist als das Höchstgewicht der Sendungsart mit dem höchsten Gebührensatz. Die Gebühr für das Gesamtgewicht der Sendung ist gleich der Gebühr der Sendungsart, deren Gebührensatz am höchsten ist.

11. Die in Artikel 15 erwähnten postdienstlichen Briefsendungen unterliegen nicht den in § 1 festgesetzten Grenzen für Gewichte und Maße. Sie dürfen jedoch das Höchstgewicht von 30 kg je Beutel nicht überschreiten.

12. Die Verwaltungen können für die in ihrem Land eingelieferten Briefsendungen das für Sendungen gleicher Art ihres Inlandsdienstes vorgeschriebene Höchstgewicht anwenden, sofern diese Sendungen das in § 1 erwähnte Höchstgewicht nicht überschreiten.

Artikel 20

Standardsendungen

1. Im Rahmen der Bestimmungen des Artikels 19 § 1 gelten als Standardsendungen Sendungen in rechteckiger Form, deren Länge mindestens der mit $\sqrt{2}$ (etwa 1,4) multiplizierten Breite entspricht und die nach ihrer äußeren Form folgende Bedingungen erfüllen:

a) Sendungen unter Umschlag:

1) Sendungen unter gewöhnlichem Umschlag:

Mindestmaße: 90 x 140 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm;

Höchstmaße: 120 x 235 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm;

Höchstgewicht: 20 g;

größte Höhe: 5 mm;

außerdem muß die Aufschrift auf der Seite des Umschlags angebracht sein, die keine Verschußklappe aufweist, und in dem rechteckigen Feld, das sich in einer Mindestentfernung befindet von:

40 mm vom oberen Rand des Umschlags (zulässige Abweichung 2 mm);

15 mm vom rechten seitlichen Rand;

15 mm vom unteren Rand;

und in einer Höchstentfernung von 140 mm vom rechten Seitenrand;

2) Sendungen unter Fensterbriefumschlag:

Maße, Gewicht und Höhe wie Sendungen unter normalem Umschlag; außer den allgemeinen, in Artikel 123 der Vollzugsordnung festgelegten Zulassungsbedingungen müssen diese Sendungen folgende Bedingungen erfüllen:

das Fenster, in dem die Anschrift des Empfängers erscheint, muß sich in einer Mindestentfernung befinden von:

40 mm vom oberen Rand des Umschlags (zulässige Abweichung 2 mm);

15 mm vom rechten seitlichen Rand;

15 mm vom linken seitlichen Rand;

15 mm vom unteren Rand;

das Fenster darf nicht durch einen farbigen Streifen oder eine farbige Umrandung abgegrenzt sein;

3) alle Sendungen unter Umschlag:

Die Anschrift des Absenders muß, wenn sie auf der Vorderseite steht, in der linken oberen Ecke angebracht

emplacement doit également être affecté aux mentions ou étiquettes de service qui peuvent, le cas échéant, trouver place sous l'adresse de l'expéditeur; les lettres doivent être fermées par un collage continu de la patte de fermeture de l'enveloppe;

b) envois sous forme de cartes:

dimensions et consistance des cartes postales;

c) envois visés sous lettres a) et b):

du côté de la suscription, qui doit être portée dans le sens de la longueur, une zone rectangulaire de 40 mm (– 2 mm) de hauteur à partir du bord supérieur et de 74 mm de longueur à partir du bord droit doit être réservée à l'affranchissement et aux empreintes d'oblitération. A l'intérieur de cette zone, les timbres-poste ou empreintes d'affranchissement doivent être apposés à l'angle supérieur droit.

Aucune mention ou graphisme parasite quel qu'il soit ne doit apparaître

- en dessous de l'adresse,
- à droite de l'adresse à partir de la zone d'affranchissement et d'oblitération et jusqu'au bord inférieur de l'envoi,
- à gauche de l'adresse dans une zone large d'au moins 15 mm allant de la première ligne de l'adresse au bord inférieur de l'envoi,
- dans une zone de 15 mm de hauteur à partir du bord inférieur de l'envoi et de 140 mm de longueur à partir du bord droit de l'envoi. Cette zone peut se confondre en partie avec celles définies ci-dessus.

2. Ne sont pas considérés comme des envois normalisés:

- les cartes pliées;
- les envois qui sont fermés au moyen d'agrafes, d'oeillets métalliques ou de crochets pliés
- les cartes perforées expédiées à découvert (sans enveloppe);
- les envois dont l'enveloppe est confectionnée en une matière qui possède des propriétés physiques fondamentalement différentes de celles du papier (exception faite pour la matière utilisée pour la confection des panneaux des enveloppes à fenêtre);
- les envois contenant des objets faisant saillie;
- les lettres pliées expédiées à découvert (sans enveloppe) qui ne sont pas fermées de tous les côtés et qui ne présentent pas une rigidité suffisante pour permettre un traitement mécanique.

Article 21

**Matières biologiques périssables.
Matières radioactives**

1. Les matières biologiques périssables et les matières radioactives conditionnées et emballées selon les dispositions respectives du Règlement sont soumises au tarif des lettres et à la recommandation. Leur admission est limitée aux relations entre les Pays-membres dont les Administrations postales se sont déclarées d'accord pour accepter ces envois soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens. De telles matières sont acheminées par la voie la plus rapide, normalement par la voie aérienne, sous réserve de l'acquittement des surtaxes aériennes correspondantes.

2. En outre, les matières biologiques périssables ne peuvent être échangées qu'entre laboratoires qualifiés officiellement reconnus, tandis que les matières radioactives ne peuvent être déposées que par des expéditeurs dûment autorisés.

werden; dieser Platz ist auch für Dienstvermerke oder dienstliche Klebezettel bestimmt; sie können gegebenenfalls unterhalb der Anschrift des Absenders angebracht werden; die Briefe müssen mit einer der gesamten Länge nach fest mit Klebstoff haftenden Umschlagklappe verschlossen sein.

b) Sendungen in Kartenform:

Maße und Festigkeit wie bei Postkarten;

c) Sendungen nach a) und b):

Auf der Seite mit der Aufschrift, die in Längsrichtung anzubringen ist, muß eine rechteckige Fläche von 40 mm (– 2 mm) Höhe, ausgehend vom oberen Rand und von 74 mm Länge, ausgehend vom rechten Rand, für die Freimachung und für die Entwertung der Postwertzeichen freibleiben. Innerhalb dieser Fläche sind Postwertzeichen und Freistempelabdrucke in der rechten oberen Ecke anzubringen.

Beeinträchtigende Angaben oder Abbildungen dürfen nicht erscheinen

- unterhalb der Anschrift,
- rechts von der Anschrift von der Freimachungs- und Stempelzone bis zum unteren Rand der Sendung,
- links von der Anschrift in einer Zone von mindestens 15 mm Breite ausgehend von der ersten Zeile der Anschrift bis zum unteren Rand der Sendung,
- am unteren Rand der Sendung in einer 15 mm hohen und ausgehend vom rechten Rand der Sendung 140 mm langen Zone. Diese Zone kann sich mit den vorerwähnten überschneiden.

2. Nicht als Standardsendungen gelten:

- gefaltete Karten;
- Sendungen, die mit Heftklammern, Metallösen oder Metallklammern verschlossen sind;
- offen (ohne Umschlag) versandte Lochkarten;
- Sendungen, deren Umschlag aus einem Material hergestellt ist, das physikalische Eigenschaften besitzt, die sich von denen des Papiers wesentlich unterscheiden (das gilt nicht für das Material, das zur Herstellung von Fenstern bei Fensterbriefumschlägen verwendet wird);
- Sendungen, die hervortretende Gegenstände enthalten;
- offen versandte Faltbriefe (ohne Umschlag), die nicht an allen Seiten fest verschlossen sind und keine ausreichende, für die mechanische Bearbeitung erforderliche Festigkeit aufweisen.

Artikel 21

**Leicht verderbliche biologische Stoffe.
Radioaktive Stoffe**

1. Leicht verderbliche biologische Stoffe sowie radioaktive Stoffe, deren Beschaffenheit und Verpackung den jeweiligen Bestimmungen der Vollzugsordnung entsprechen, unterliegen der Briefgebühr und sind eingeschrieben zu versenden. Sie sind nur im Verkehr zwischen den Mitgliedsländern zugelassen, deren Postverwaltungen sich einverstanden erklärt haben, solche Sendungen entweder in beiden Verkehrsrichtungen oder nur in einer Verkehrsrichtung anzunehmen. Solche Stoffe werden auf dem schnellsten Wege, bei Entrichtung der entsprechenden Luftpostzuschläge auf dem Luftweg, befördert.

2. Überdies dürfen leicht verderbliche biologische Stoffe nur zwischen amtlich anerkannten Laboratorien ausgetauscht werden, während radioaktive Stoffe nur von den dazu ordnungsgemäß autorisierten Absendern eingeliefert werden dürfen.

Article 22**Envois admis à tort**

1. Sauf les exceptions prévues par la Convention et son Règlement, les envois qui ne remplissent pas les conditions requises par les articles 19 et 21 et par le Règlement ne sont pas admis. De tels envois qui ont été admis à tort doivent être renvoyés à l'Administration d'origine. Toutefois, l'Administration de destination est autorisée à les remettre aux destinataires. Dans ce cas, elle leur applique, s'il y a lieu, les taxes prévues pour la catégorie d'envois de la poste aux lettres dans laquelle les font placer leur mode de fermeture, leur contenu, leur poids ou leurs dimensions. Si en outre les envois dépassent les limites de poids maximales fixées à l'article 19, paragraphe 1, l'Administration de destination peut les taxer d'après leur poids réel en appliquant une taxe complémentaire égale à la taxe d'un envoi du service international de même catégorie et de poids correspondant à l'excédent constaté.

2. Le paragraphe 1 s'applique par analogie aux envois visés à l'article 36, paragraphes 2 et 3.

3. Les envois qui contiennent les autres objets interdits à l'article 36 et qui ont été admis à tort à l'expédition sont traités selon les dispositions dudit article.

Article 23**Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres**

1. Aucun Pays-membre n'est tenu d'acheminer, ni de distribuer aux destinataires, les envois de la poste aux lettres que des expéditeurs quelconques domiciliés sur son territoire déposent ou font déposer dans un pays étranger, en vue de bénéficier des taxes plus basses qui y sont appliquées. Il en est de même pour les envois de l'espèce déposés en grande quantité, que de tels dépôts soit ou non effectués en vue de bénéficier de taxes plus basses.

2. Le paragraphe 1 s'applique sans distinction soit aux envois préparés dans le pays habité par l'expéditeur et transportés ensuite à travers la frontière, soit aux envois confectonnés dans un pays étranger.

3. L'Administration intéressée a le droit ou de renvoyer les envois à l'origine, ou de les frapper de ses taxes intérieures. Si l'expéditeur refuse de payer ces taxes, elle peut disposer des envois conformément à sa législation intérieure.

4. Aucun Pays-membre n'est tenu ni d'accepter, ni d'acheminer, ni de distribuer aux destinataires les envois de la poste aux lettres que des expéditeurs quelconques ont déposés ou fait déposer en grande quantité dans un pays autre que celui où ils sont domiciliés. Les Administrations intéressées ont le droit de renvoyer de tels envois à l'origine ou de les rendre aux expéditeurs sans restitution de taxe.

Article 24**Taxes spéciales**

1. Les taxes prévues dans la Convention et qui sont perçues en plus des taxes d'affranchissement mentionnées à l'article 19 sont dénommées «taxes spéciales». Leur montant est fixé conformément aux indications du tableau ci-dessous:

Artikel 22**Zu Unrecht zugelassene Sendungen**

1. Sendungen, die den Bedingungen der Artikel 19 und 21 und der betreffenden Artikel der Vollzugsordnung nicht entsprechen, sind vorbehaltlich der im Vertrag und seiner Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmen nicht zugelassen. Solche, zu Unrecht zugelassene Sendungen sind an die Einlieferungsverwaltung zurückzusenden. Die Bestimmungsverwaltung kann sie jedoch den Empfängern aushändigen. In diesem Fall belegt sie die Sendungen erforderlichenfalls mit den Gebühren für die Sendungsart der Briefpost, der die Sendungen nach Verschluss, Inhalt, Gewicht oder Größe zuzurechnen sind. Wenn die Sendungen außerdem die in Artikel 19 § 1 festgesetzten Höchstgewichtsgrenzen überschreiten, kann die Bestimmungsverwaltung sie nach dem tatsächlichen Gewicht mit Gebühren belegen, indem sie eine zusätzliche Gebühr in der Höhe für eine Sendung des internationalen Dienstes derselben Sendungsart und dem festgestellten überschießenden Gewicht entsprechend anwendet.

2. § 1 findet analog Anwendung auf die in Artikel 36 §§ 2 und 3 aufgeführten Sendungen.

3. Die Sendungen, die sonstige, in Artikel 36 verbotene Gegenstände enthalten und die zu Unrecht zum Versand zugelassen worden sind, werden nach den Bestimmungen des genannten Artikels behandelt.

Artikel 23**Einlieferung von Briefsendungen im Ausland**

1. Kein Land ist verpflichtet, Briefsendungen zu befördern oder den Empfängern auszuliefern, die in seinem Gebiet ansässige Absender in einem fremden Land einliefern oder einliefern lassen, um aus den dort angewendeten niedrigeren Gebühren Vorteil zu ziehen. Das gilt auch für Sendungen, die in großer Zahl eingeliefert werden, selbst dann, wenn nicht die Absicht besteht, die niedrigeren Gebühren auszunutzen.

2. § 1 gilt ohne Unterschied sowohl für Sendungen, die in dem Land, in dem der Absender wohnt, vorbereitet und anschließend über die Grenze gebracht werden, als auch für Sendungen, die in einem fremden Land versandfertig hergestellt worden sind.

3. Die betreffende Verwaltung kann die Sendungen an den Einlieferungsort zurücksenden oder sie mit ihren Inlandsgebühren belegen. Wenn sich der Absender weigert, diese Gebühren zu zahlen, kann sie über die Sendungen nach ihrer inneren Gesetzgebung verfügen.

4. Kein Land ist verpflichtet, Briefsendungen zu übernehmen, zu befördern oder den Empfängern auszuliefern, die irgendwelche Absender in einem anderen Land als demjenigen, in dem sie ansässig sind, in großer Zahl eingeliefert haben oder haben einliefern lassen. Die betreffenden Verwaltungen haben das Recht, solche Sendungen an den Einlieferungsort zurückzusenden oder sie den Absendern ohne Erstattung der Gebühr zurückzugeben.

Artikel 24**Besondere Gebühren**

1. Die im Vertrag vorgesehenen und zusätzlich zu den in Artikel 19 erwähnten Freimachungsgebühren erhobenen Gebühren werden „besondere Gebühren“ genannt. Ihre Höhe richtet sich nach den Angaben in nachstehender Übersicht:

Designation de la taxe	Montant	Observations
1	2	3
a) taxe de dépôt en dernière limite d'heure (article 25, paragraphe 1)	même taxe que dans le régime intérieur	
b) taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets (article 25, paragraphe 2)	même taxe que dans le régime intérieur	
c) taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur (article 25, paragraphe 3)	même taxe que dans le régime intérieur	
d) taxe de retrait en dehors des heures normales d'ouverture des guichets (article 25, paragraphe 4)	même taxe que dans le régime intérieur	
e) taxe de poste restante (article 25, paragraphe 5)	même taxe que dans le régime intérieur	
f) taxe de remise au destinataire d'un petit paquet dépassant 500 g (article 25, paragraphe 6)	60 centimes (0,20 DTS) au maximum	Cette taxe peut être augmentée de 30 centimes (0,10 DTS) au maximum en cas de remise à domicile.
g) taxe de magasinage (article 26)	taxe perçue au taux fixé par la législation intérieure pour tout envoi de la poste aux lettres dépassant 500 g, à l'exception des cécogrammes	
h) taxe en cas d'absence ou d'insuffisance d'affranchissement des envois ordinaires (article 30, paragraphes 1 et 2)	taxe obtenue en multipliant la taxe du premier échelon de poids de la lettre adoptée par le pays de distribution par une fraction dont le numérateur est le montant de l'affranchissement manquant et le dénominateur, la même taxe adoptée par le pays d'origine; à cette taxe est ajoutée la taxe de traitement de 1 franc (0,33 DTS) au maximum ou la taxe fixée par la législation intérieure	L'Administration de distribution peut, si elle le désire, percevoir seulement la taxe de traitement.
i) taxe d'express (article 32, paragraphes 2, 3 et 6)	taxe s'élevant au minimum au montant de l'affranchissement d'une lettre ordinaire de port simple et au maximum à 5 francs (1,63 DTS)	Pour chaque sac contenant les envois visés à l'article 19, paragraphe 8, les Administrations perçoivent, au lieu de la taxe unitaire, une taxe globale ne dépassant pas cinq fois la taxe unitaire. Lorsque la remise par express entraîne des sujétions spéciales, une taxe complémentaire peut être perçue selon les dispositions relatives aux envois de même nature du régime intérieur. Si le destinataire demande la remise par express, la taxe du régime intérieur peut être perçue.
j) taxe de demande de retrait ou de modification d'adresse (article 33, paragraphe 2)	4 francs (1,31 DTS) au maximum	
k) taxe de demande de réexpédition (article 34, paragraphe 3)	même taxe que dans le régime intérieur	
l) taxe de réexpédition ou de renvoi (article 34, paragraphe 4, et article 35, paragraphe 8)	même taxe que dans le régime intérieur	
m) taxe de présentation à la douane (article 38)	8 francs (2,61 DTS) au maximum	Pour chaque sac contenant les envois visés à l'article 19, paragraphe 8, les Administrations perçoivent, au lieu de la taxe unitaire, une taxe globale de 10 francs (3,27 DTS), au maximum.

Désignation de la taxe	Montant	Observations
1	2	3
n) taxe perçue pour la remise d'un envoi franc de taxes et de droits (article 40, paragraphes 3, 4, et 5)	1° taxe de 3 francs (0,98 DTS) au maximum perçue par l'Administration d'origine 2° taxe additionnelle de 4 francs (1,31 DTS) au maximum par demande formulée postérieurement au dépôt perçue par l'Administration d'origine 3° taxe de commission de 3 francs (0,98 DTS) au maximum perçue au profit de l'Administration de destination	
o) taxe de réclamation (article 42, paragraphe 4)	2 francs (0,65 DTS) au maximum	
p) taxe de recommandation (article 44, paragraphes 1, lettre b), et 2, et article 47, paragraphes 1, lettre b) et 2)	4 francs (1,31 DTS) au maximum	1° Pour chaque sac contenant les envois visés à l'article 19, paragraphe 8, les Administrations perçoivent, au lieu de la taxe unitaire, une taxe globale ne dépassant pas cinq fois la taxe unitaire. 2° En plus de la taxe unitaire ou de la taxe globale, les Administrations peuvent percevoir sur les expéditeurs ou les destinataires les taxes spéciales prévues par leur législation intérieure pour les mesures exceptionnelles de sécurité prises à l'égard des envois recommandés et des lettres avec valeur déclarée.
q) taxe d'assurance (article 47, paragraphe 1, lettre c))	au maximum 1 franc (0,33 DTS) par 200 francs (65,34 DTS) ou fraction de 200 francs (65,34 DTS) déclarés, ou 1/2 pour cent de l'échelon de valeur déclarée, quel que soit le pays de destination, même dans les pays qui se chargent des risques pouvant résulter d'un cas de force majeure	
r) taxe pour risques de force majeure (article 44, paragraphe 3)	40 centimes (0,13 DTS) au maximum pour chaque envoi recommandé	
s) taxe d'avis de réception (article 48, paragraphe 1)	3 francs (0,98 DTS) au maximum	
t) taxe de remise en main propre (article 49, paragraphe 1)	50 centimes (0,16 DTS) au maximum	

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3
a) Gebühr für nach Postschluß eingeleistete Sendungen (Artikel 25 § 1)	wie im Inlandsdienst	
b) Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden (Artikel 25 § 2)	wie im Inlandsdienst	
c) Gebühr für das Abholen beim Absender (Artikel 25 § 3)	wie im Inlandsdienst	
d) Gebühr für das Abholen außerhalb der allgemeinen Schalterstunden (Artikel 25 § 4)	wie im Inlandsdienst	

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3
e) Gebühr für postlagernde Sendungen (Artikel 25 § 5)	wie im Inlandsdienst	
f) Gebühr für die Auslieferung eines Päckchens über 500 g (Artikel 25 § 6)	höchstens 60 Centimen (0,20 SZR)	Diese Gebühr kann bei Zustellung in der Wohnung um höchstens 30 Centimen (0,10 SZR) erhöht werden.
g) Lagergebühr (Artikel 26)	Gebühr für alle Briefsendungen über 500 g entsprechend den inneren Rechtsvorschriften außer für Blindensendungen	
h) Gebühr bei fehlender oder unzureichender Freimachung der gewöhnlichen Sendungen (Artikel 30 §§ 1 und 2)	Gebühr aus der Multiplikation der Gebühr für einen Brief der ersten Gewichtsstufe des Landes, in dem die Sendung ausgeliefert wird, mit einem Bruch, dessen Zähler aus dem fehlenden Freibetrag besteht und dessen Nenner aus der Gebühr für einen Brief der ersten Gewichtsstufe des Einlieferungslandes gebildet wird; zu dieser Gebühr wird die Behandlungsgebühr von höchstens 1 Franken (0,33 SZR) oder die von den inneren Rechtsvorschriften festgesetzte Gebühr hinzugerechnet.	Die Auslieferungsverwaltung kann auch nur die Behandlungsgebühr erheben.
i) Eilzustellgebühr (Artikel 32 §§ 2, 3 und 6)	mindestens die Freimachungsgebühr für einen gewöhnlichen Brief der ersten Gewichtsstufe und höchstens 5 Franken (1,63 SZR)	Für jeden Beutel mit Sendungen nach Artikel 19 § 8 erheben die Verwaltungen anstelle der normalen Gebühr eine Gesamtgebühr, die das Fünffache der normalen Gebühr nicht übersteigen darf. Wenn die Eilzustellung besondere Erschwernisse verursacht, kann entsprechend den Bestimmungen des Inlandsdienstes für Sendungen gleicher Art eine zusätzliche Gebühr erhoben werden. Verlangt der Empfänger die Eilzustellung, kann die Gebühr des Inlandsdienstes erhoben werden.
j) Gebühr für einen Antrag auf Zurückziehung oder Änderung der Anschrift (Artikel 33 § 2)	höchstens 4 Franken (1,31 SZR)	
k) Gebühr für einen Antrag auf Nachsendung (Artikel 34 § 3)	wie im Inlandsdienst	
l) Gebühr für die Nach- oder Rücksendung (Artikel 34 § 4 und Artikel 35 § 8)	wie im Inlandsdienst	
m) Gestellungsgebühr (Artikel 38)	höchstens 8 Franken (2,61 SZR)	Für jeden Beutel mit Sendungen nach Artikel 19 § 8 erheben die Verwaltungen anstelle der normalen Gebühr eine Gesamtgebühr von höchstens 10 Franken (3,27 SZR)
n) Gebühr für eine gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Sendung (Artikel 40 §§ 3, 4 und 5)	1. Gebühr von höchstens 3 Franken (0,98 SZR), die von der Einlieferungsverwaltung erhoben wird 2. Zusätzliche Gebühr von höchstens 4 Franken (1,31 SZR), wenn das Verlangen erst nach der Einlieferung gestellt wird; diese Gebühr wird von der Einlieferungsverwaltung erhoben 3. Gebührenzettelgebühr von höchstens 3 Franken (0,98 SZR), die zugunsten der Bestimmungsverwaltung erhoben wird	

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3
o) Nachforschungsgebühr (Artikel 42 § 4)	höchstens 2 Franken (0,65 SZR)	
p) Einschreibgebühr (Artikel 44 §§ 1 Buchstabe b und 2 und Artikel 47 §§ 1 Buchstabe b und 2)	höchstens 4 Franken (1,31 SZR)	1. Für jeden Beutel mit Sendungen nach Artikel 19 § 8 erheben die Verwaltungen anstelle der normalen Gebühr eine Gesamtgebühr, die das Fünffache der normalen Gebühr nicht übersteigen darf. 2. Zusätzlich zu der normalen oder der Gesamtgebühr können die Verwaltungen von den Absendern oder den Empfängern die von ihren inneren Rechtsvorschriften für außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen für Einschreibsendungen und Wertbriefe vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.
q) Wertgebühr (Artikel 47 § 1 Buchstabe c)	höchstens 1 Franken (0,33 SZR) für je 200 Franken (65,34 SZR) oder einem Teil von 200 Franken (65,34 SZR) Wertangabe oder ½ v. H. der Stufe der Wertangabe, gleichgültig welches Bestimmungsland, selbst in Ländern, die im Falle höherer Gewalt haften	
r) Gebühr für Haftung im Fall höherer Gewalt (Artikel 44 § 3)	höchstens 40 Centimen (0,13 SZR) für jede Einschreibsendung	
s) Rückscheingebühr (Artikel 48 § 1)	höchstens 3 Franken (0,98 SZR)	
t) Gebühr für die eigenhändige Zustellung einer Einschreibsendung (Artikel 49 § 1)	höchstens 50 Centimen (0,16 SZR)	

2. Les Pays-membres qui appliquent dans leur service intérieur des taxes supérieures à celles qui sont indiquées au paragraphe 1 sont autorisés à appliquer ces mêmes taxes dans le service international.

2. Die Mitgliedsländer, die in ihrem Inlandsdienst höhere als die in § 1 festgesetzten Gebühren verlangen, können diese Gebühren im Auslandsdienst anwenden.

Article 25

Taxe de dépôt en dernière limite d'heure. Taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets. Taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur. Taxe de retrait en dehors des heures normales d'ouverture des guichets. Taxe de poste restante. Taxe de remise des petits paquets

1. Les Administrations sont autorisées à percevoir sur l'expéditeur une taxe additionnelle, selon leur législation, pour les envois remis à leurs services d'expédition en dernière limite d'heure.

2. Les Administrations sont autorisées à percevoir sur l'expéditeur une taxe additionnelle, selon leur législation, pour les envois déposés au guichet en dehors des heures normales d'ouverture.

3. Les Administrations sont autorisées à percevoir sur l'expéditeur une taxe additionnelle, selon leur législation, pour les envois enlevés à domicile par les soins de leurs services.

4. Les Administrations sont autorisées à percevoir sur le destinataire une taxe additionnelle, selon leur législation, pour les envois retirés au guichet en dehors des heures normales d'ouverture.

Artikel 25

Gebühr für die Einlieferung nach Postschluß. Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden. Gebühr für das Abholen beim Absender. Gebühr für das Abholen außerhalb der allgemeinen Schalterstunden. Gebühr für postlagernde Sendungen. Gebühr für die Auslieferung von Päckchen

1. Die Verwaltungen dürfen vom Absender für Sendungen, die nach Postschluß eingeliefert werden, nach ihren Rechtsvorschriften eine zusätzliche Gebühr erheben.

2. Die Verwaltungen dürfen vom Absender für Sendungen, die außerhalb der allgemeinen Schalterstunden eingeliefert werden, nach ihren Rechtsvorschriften eine zusätzliche Gebühr erheben.

3. Die Verwaltungen dürfen vom Absender für das Abholen der Sendungen aus seinen Geschäftsräumen nach ihren Rechtsvorschriften eine zusätzliche Gebühr erheben.

4. Die Verwaltungen dürfen vom Empfänger für Sendungen, die außerhalb der allgemeinen Schalterstunden abgeholt werden, nach ihren Rechtsvorschriften eine zusätzliche Gebühr erheben.

5. Les envois adressés poste restante peuvent être frappés par les Administrations des pays de destination de la taxe spéciale qui est éventuellement prévue par leur législation pour les envois de même nature du régime intérieur.

6. Les Administrations des pays de destination sont autorisées à percevoir, pour chaque petit paquet dépassant le poids de 500 grammes remis au destinataire, la taxe spéciale prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre f).

Article 26

Taxe de magasinage

L'Administration de destination est autorisée à percevoir, selon sa législation, une taxe de magasinage pour tout envoi de la poste aux lettres dépassant le poids de 500 grammes dont le destinataire n'a pas pris livraison dans le délai pendant lequel l'envoi est tenu sans frais à sa disposition. Cette taxe ne s'applique pas aux cécogrammes.

Article 27

Affranchissement

1. En règle générale, les envois désignés à l'article 18, à l'exception de ceux qui sont indiqués aux articles 15 à 17, doivent être complètement affranchis par l'expéditeur.

2. L'Administration du pays d'origine a la faculté de rendre les envois de la poste aux lettres non ou insuffisamment affranchis aux expéditeurs pour que ceux-ci en complètent eux-mêmes l'affranchissement.

3. L'Administration d'origine peut aussi se charger d'affranchir les envois de la poste aux lettres non affranchis ou de compléter l'affranchissement des envois insuffisamment affranchis et d'encaisser le montant manquant auprès de l'expéditeur.

4. Si l'Administration du pays d'origine n'applique aucune des facultés prévues aux paragraphes 2 et 3 ou si l'affranchissement ne peut pas être complété par l'expéditeur, les lettres et les cartes postales non ou insuffisamment affranchies sont toujours acheminées vers le pays de destination. Les autres envois non ou insuffisamment affranchis peuvent aussi être acheminés.

5. Sont considérés comme dûment affranchis les envois régulièrement affranchis pour leur premier parcours et dont le complément de taxe a été acquitté avant leur réexpédition.

Article 28

Modalités d'affranchissement

1. L'affranchissement est opéré au moyen de l'une quelconque des modalités suivantes:

- a) timbres-poste imprimés ou collés sur les envois et valables dans le pays d'origine;
- b) marques d'affranchissement postales débitées par des distributeurs automatiques installés par les Administrations postales;
- c) empreintes de machines à affranchir, officiellement adoptées et fonctionnant sous le contrôle immédiat de l'Administration postale;
- d) empreintes à la presse d'imprimerie ou autres procédés d'impression ou de timbrage lorsqu'un tel système est autorisé par la réglementation de l'Administration d'origine;
- e) mention «Abonnement-poste» et affranchissement selon l'une des modalités prévues sous lettres a) à d) pour les journaux ou paquets de journaux et écrits périodiques expédiés en vertu de l'Arrangement concernant les abonnements aux journaux et écrits périodiques.

5. Postlagernde Sendungen können von den Verwaltungen der Bestimmungsländer mit der besonderen Gebühr belegt werden, die ihre Rechtsvorschriften gegebenenfalls für gleichartige Sendungen des Inlandsdienstes vorsehen.

6. Die Verwaltungen der Bestimmungsländer dürfen für jedes dem Empfänger ausgelieferte Päckchen über 500 g die in Artikel 24 § 1 Buchstabe f vorgesehene Gebühr erheben.

Artikel 26

Lagergebühr

Für jede Briefsendung über 500 g, die vom Empfänger innerhalb der Frist, in der die Sendung für ihn ohne Kosten bereitliegt, nicht abgeholt wird, darf die Bestimmungsverwaltung nach ihren Rechtsvorschriften eine Lagergebühr erheben. Für Blindensendungen wird diese Gebühr nicht erhoben.

Artikel 27

Freimachung

1. Alle in Artikel 18 bezeichneten Sendungen, mit Ausnahme der in den Artikeln 15 bis 17 aufgeführten, müssen grundsätzlich vom Absender vollständig freigemacht werden.

2. Die Verwaltung des Einlieferungslandes kann nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen den Absendern zur Ergänzung der Freimachung zurückgeben.

3. Die Einlieferungsverwaltung kann nicht freigemachte Briefsendungen freigemachen oder die Freimachung unzureichend freigemachter Briefsendungen ergänzen und den fehlenden Betrag vom Absender einziehen.

4. Wenn die Verwaltung des Einlieferungslandes von den in den §§ 2 und 3 vorgesehenen Möglichkeiten keinen Gebrauch macht oder wenn die Freimachung vom Absender nicht ergänzt werden kann, werden nicht oder unzureichend freigemachte Briefe und Postkarten stets nach dem Bestimmungsland befördert. Auch andere nicht oder unzureichend freigemachte Sendungen können befördert werden.

5. Sendungen, die für die ursprüngliche Beförderungsstrecke ordnungsgemäß freigemacht waren und deren Freimachung vor ihrer Nachsendung ergänzt wurde, gelten als ordnungsgemäß freigemacht.

Artikel 28

Arten der Freimachung

1. Die Freimachung erfolgt auf eine der folgenden Arten:

- a) im Einlieferungsland gültige Postwertzeichen, die auf der Sendung aufgedruckt oder aufgeklebt sein können;
- b) Postfreimarken, die durch von den Postverwaltungen aufgestellte Automaten abgegeben werden;
- c) Stempelabdrucke der amtlich zugelassenen und unter unmittelbarer Aufsicht der Postverwaltung arbeitenden Freistempelmaschinen;
- d) mit der Druckpresse oder in einem anderen Druck- oder Stempelverfahren hergestellte Aufdrucke, wenn die Vorschriften der Einlieferungsverwaltung eine solche Art der Freimachung zulassen;
- e) Vermerk „Abonnement-poste“ und Freimachung gemäß einer der nach den Buchstaben a) bis d) vorgesehenen Arten für Zeitungen oder Zeitungs- und Zeitschriftenpakete, die aufgrund des Postzeitungsabkommens versandt werden.

2. L'affranchissement des imprimés à l'adresse du même destinataire et pour la même destination insérés dans un sac spécial est opéré par l'un des moyens visés au paragraphe 1 et représenté pour le montant total sur l'étiquette-adresse du sac.

Article 29

Affranchissement des envois de la poste aux lettres à bord des navires

1. Les envois déposés à bord d'un navire pendant le stationnement aux deux points extrêmes du parcours ou dans l'une des escales intermédiaires doivent être affranchis au moyen de timbres-poste et d'après le tarif du pays dans les eaux duquel se trouve le navire.

2. Si le dépôt à bord a lieu en pleine mer, les envois peuvent être affranchis, sauf entente spéciale entre les Administrations intéressées, au moyen de timbres-poste et d'après le tarif du pays auquel appartient ou dont dépend ledit navire. Les envois affranchis dans ces conditions doivent être remis au bureau de poste de l'escale aussitôt que possible après l'arrivée du navire.

Article 30

Taxe en cas d'absence ou d'insuffisance d'affranchissement

1. En cas d'absence ou d'insuffisance d'affranchissement, l'Administration d'origine qui se charge d'affranchir les envois de la poste aux lettres non affranchis ou de compléter l'affranchissement des envois insuffisamment affranchis et d'encaisser le montant manquant auprès de l'expéditeur est autorisée à percevoir sur l'expéditeur aussi la taxe de traitement prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre h).

2. Dans le cas où le paragraphe 1 n'est pas appliqué, les envois non ou insuffisamment affranchis sont passibles, à la charge du destinataire, ou de l'expéditeur lorsqu'il s'agit d'envois renvoyés, de la taxe spéciale prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre h).

3. Les envois recommandés et les lettres avec valeur déclarée sont considérés à l'arrivée comme dûment affranchis.

Article 31

Coupons-réponse internationaux

1. Les Administrations postales ont la faculté de débiter des coupons-réponse internationaux émis par le Bureau international et d'en limiter la vente conformément à leur législation intérieure.

2. La valeur du coupon-réponse est égale à la limite supérieure indiquée à l'article 19, paragraphe 1, pour la taxe d'une lettre de 20 grammes. Le prix de vente fixé par les Administrations intéressées ne peut être inférieur à cette valeur.

3. Les coupons-réponse sont échangeables dans tout Pays-membre contre un ou plusieurs timbres-poste représentant l'affranchissement minimal d'une lettre ordinaire expédiée à l'étranger par voie de surface. Si les règlements de l'Administration du pays d'échange le permettent, les coupons-réponse sont également échangeables contre des entiers postaux. Sur présentation d'un nombre suffisant de coupons-réponse, les Administrations doivent fournir les timbres-poste nécessaires à l'affranchissement minimal d'une lettre ordinaire correspondant à l'un des échelons de poids n'excédant pas 20 grammes à expédier par voie aérienne comme envoi surtaxé ou non surtaxé.

2. Drucksachen, die in einen besonderen Beutel eingelegt und für denselben Empfänger in demselben Bestimmungsort bestimmt sind, werden nach einem in § 1 vorgesehenen Verfahren freigemacht; die Freimachung ist auf der Aufschrift-fahne des Beutels anzubringen.

Artikel 29

Freimachung der Briefsendungen an Bord von Schiffen

1. Briefsendungen, die an Bord eines Schiffes während des Aufenthalts am Anfangs- oder Endpunkt der Fahrt oder in einem der Anlaufhäfen eingeliefert werden, müssen mit Postwertzeichen und nach den Gebührensätzen des Landes freigemacht werden, in dessen Gewässern sich das Schiff befindet.

2. Wenn nichts anderes zwischen den beteiligten Verwaltungen vereinbart ist, können Briefsendungen, die an Bord eines Schiffes auf hoher See eingeliefert werden, mit Postwertzeichen und nach den Gebührensätzen des Landes freigemacht werden, dem dieses Schiff angehört oder dem es untersteht. Die so freigemachten Sendungen müssen so bald wie möglich nach der Ankunft des Schiffes im Hafen dem dortigen Postamt übergeben werden.

Artikel 30

Gebühr für nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen

1. Bei fehlender oder unzureichender Freimachung kann die Einlieferungsverwaltung, die nicht freigemachte Briefsendungen freimacht oder die Freimachung unzureichend freigemachter Sendungen ergänzt und den fehlenden Betrag vom Absender einzieht, vom Absender auch die in Artikel 24 § 1 Buchstabe h vorgesehene Bearbeitungsgebühr erheben.

2. Wird § 1 nicht angewendet, so hat der Empfänger oder im Falle der Rücksendung der Absender für nicht oder unzureichend freigemachte Sendungen die in Artikel 24 § 1 Buchstabe h vorgesehene besondere Gebühr zu entrichten.

3. Einschreibsendungen und Wertbriefe werden bei der Ankunft als ausreichend freigemacht angesehen.

Artikel 31

Internationale Antwortscheine

1. Die Postverwaltungen haben die Möglichkeit, die vom Internationalen Büro herausgegebenen Internationalen Antwortscheine abzugeben und deren Verkauf nach ihrer inneren Gesetzgebung zu beschränken.

2. Der Wert des Antwortscheins entspricht der oberen Grenze der in Artikel 19 § 1 für einen Brief bis 20 g angegebenen Gebühr. Der von den betreffenden Verwaltungen festgesetzte Verkaufspreis darf diesen Wert nicht unterschreiten.

3. Die Antwortscheine werden in jedem Mitgliedsland gegen ein oder mehrere Postwertzeichen im Gesamtwert der Mindestgebühr für einen gewöhnlichen, auf dem Land- und Seeweg beförderten Auslandsbrief umgetauscht. Wenn es die Bestimmungen des Landes, das den Umtausch vornimmt, gestatten, können Antwortscheine auch gegen Postganzsachen umgetauscht werden. Gegen Vorlage einer genügenden Anzahl von Antwortscheinen müssen die Verwaltungen so viele Postwertzeichen abgeben, wie zur Mindestfreimachung eines gewöhnlichen Briefs in einer Gewichtsstufe von nicht mehr als 20 g, der als zuschlagpflichtige Sendung auf dem Luftweg befördert wird, notwendig sind.

4. L'Administration d'un Pays-membre peut, en outre, se réserver la faculté d'exiger le dépôt simultané des coupons-réponse et des envois à affranchir en échange de ces coupons-réponse.

Article 32

Envois exprès

1. Dans les pays dont les Administrations se chargent de ce service, les envois de la poste aux lettres sont, à la demande des expéditeurs, distribués par porteur spécial aussitôt que possible après leur arrivée au bureau de distribution; toutefois, en ce qui concerne les lettres avec valeur déclarée, l'Administration de destination a la faculté, lorsque sa réglementation le prévoit, de faire remettre par exprès un avis d'arrivée de l'envoi et non l'envoi lui-même.

2. Ces envois, qualifiés «exprès», sont soumis, en sus de la taxe d'affranchissement, à la taxe spéciale prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre i). Cette taxe doit être acquittée complètement à l'avance.

3. Lorsque la remise par exprès entraîne pour l'Administration de destination des sujétions spéciales en ce qui concerne soit la situation du domicile du destinataire, soit le jour ou l'heure d'arrivée au bureau de destination, la remise de l'envoi et la perception éventuelle d'une taxe complémentaire sont réglées par les dispositions relatives aux envois de même nature du régime intérieur.

4. Les envois exprès non complètement affranchis pour le montant total des taxes payables à l'avance sont distribués par les moyens ordinaires, à moins qu'ils n'aient été traités comme exprès par le bureau d'origine. Dans ce dernier cas, les envois sont taxés d'après l'article 30.

5. Il est loisible aux Administrations de s'en tenir à un seul essai de remise par exprès. Si cet essai est infructueux, l'envoi peut être traité comme un envoi ordinaire.

6. Si la réglementation de l'Administration de destination le permet, les destinataires peuvent demander au bureau de distribution que les envois qui leur sont destinés soient distribués par exprès dès leur arrivée. Dans ce cas, l'Administration de destination est autorisée à percevoir, au moment de la distribution, la taxe applicable dans son service intérieur.

Article 33

Retrait.

Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un envoi de la poste aux lettres peut le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse tant que cet envoi:

- a) n'a pas été livré au destinataire;
- b) n'a pas été confisqué ou détruit par l'autorité compétente pour infraction à l'article 36;
- c) n'a pas été saisi en vertu de la législation du pays de destination.

2. La demande à formuler à cet effet est transmise, par voie postale ou télégraphique, aux frais de l'expéditeur qui doit payer, pour chaque demande, la taxe spéciale prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre j). Si la demande doit être transmise par voie télégraphique, l'expéditeur doit payer en outre la taxe télégraphique correspondante. Si l'envoi se trouve encore dans le pays d'origine, la demande de retrait, de modification ou de correction d'adresse est traitée selon la législation de ce pays.

3. Chaque Administration est tenue d'accepter les demandes de retrait ou de modification d'adresse concernant tout envoi de la poste aux lettres déposé dans les services des autres Administrations, si sa législation le permet.

4. Jedes Land kann verlangen, daß der Antwortschein und die Sendung, zu deren Freimachung der Antwortschein umgetauscht werden soll, gleichzeitig vorgelegt werden.

Artikel 32

Eilbotensendungen

1. In den Ländern, deren Verwaltungen diesen Dienst ausführen, werden Briefsendungen auf Verlangen des Absenders sobald wie möglich nach ihrer Ankunft beim Zustellamt durch besonderen Boten zugestellt; bei Wertbriefen kann die Bestimmungsverwaltung jedoch statt der Sendung selbst eine Benachrichtigung über den Eingang der Sendung durch Eilboten zustellen lassen, wenn es ihre Inlandsvorschriften vorsehen.

2. Diese Eilbotensendungen unterliegen neben der Freimachungsgebühr auch der in Artikel 24 § 1 Buchstabe i vorgesehene besonderen Gebühr. Diese Gebühr ist vollständig vor auszuentrichten.

3. Verursacht die Eilzustellung der Verwaltung des Bestimmungslandes wegen der Lage der Wohnung des Empfängers oder wegen des Tags oder der Zeit des Eingangs beim Bestimmungsamt besondere Aufwendungen, so richtet sich die Zustellung der Sendung und die etwaige Erhebung einer zusätzlichen Gebühr nach den Vorschriften des Inlandsdienstes für Sendungen gleicher Art.

4. Eilbotensendungen, die nicht vollständig in Höhe der vor auszuentrichtenden Gebühren freigemacht sind, werden als gewöhnliche Sendungen zugestellt, es sei denn, das Einlieferungsamt hat sie als Eilbotensendungen behandelt. In diesem Fall werden sie nach Artikel 30 mit Gebühren belegt.

5. Die Verwaltungen brauchen die Eilzustellung nur einmal zu versuchen. Ist dieser Versuch erfolglos, so kann die Sendung als gewöhnliche Sendung behandelt werden.

6. Wenn es nach den Vorschriften des Bestimmungslandes zulässig ist, können die Empfänger beim Zustellamt beantragen, daß ihnen die für sie bestimmten Sendungen sogleich nach ihrer Ankunft als Eilbotensendungen zugestellt werden. Die Bestimmungsverwaltung darf dann bei der Zustellung die in ihrem Inlandsdienst geltende Gebühr erheben.

Artikel 33

Zurückziehung von Briefsendungen. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders

1. Der Absender kann eine Briefsendung zurückziehen oder ihre Aufschrift ändern lassen, solange sie

- a) dem Empfänger noch nicht ausgeliefert,
- b) durch die zuständige Behörde nicht wegen Verstoßes gegen Artikel 36 eingezogen oder vernichtet oder
- c) nach den Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes nicht beschlagnahmt worden ist.

2. Der Antrag wird brieflich oder telegrafisch auf Kosten des Absenders übermittelt, der für jeden Antrag die in Artikel 24 § 1 Buchstabe j vorgesehene besondere Gebühr zu entrichten hat. Soll der Antrag telegrafisch übermittelt werden, hat der Absender außerdem die entsprechende Telegrammgebühr zu entrichten. Befindet sich die Sendung noch im Einlieferungsland, wird der Antrag auf Zurückziehung, Änderung oder Berichtigung der Aufschrift nach den Rechtsvorschriften dieses Landes behandelt.

3. Wenn es die Rechtsvorschriften gestatten, muß jede Verwaltung Anträge auf Zurückziehung von Briefsendungen oder auf Änderung der Aufschrift entgegennehmen, die sich auf Briefsendungen beziehen, die im Bereich anderer Verwaltungen eingeliefert wurden.

4. Si, dans les relations entre deux pays admettant cette procédure, l'expéditeur désire être informé par voie télégraphique des dispositions prises par le bureau de destination à la suite de sa demande de retrait ou de modification d'adresse, il doit payer, à cet effet, la taxe télégraphique y relative. En cas d'utilisation de télégrammes, la taxe télégraphique est celle d'un télégramme avec réponse payée, calculée sur la base de 15 mots. Lorsqu'il est fait usage du télex, la taxe télégraphique perçue sur l'expéditeur s'élève, en principe, au même montant que celui perçu pour transmettre la demande par télex.

5. Pour chaque demande de retrait ou de modification d'adresse concernant plusieurs envois remis simultanément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse du même destinataire, il n'est perçu qu'une seule des taxes prévues au paragraphe 2.

6. Une simple correction d'adresse (sans modification du nom ou de la qualité du destinataire) peut être demandée directement par l'expéditeur au bureau de destination, c'est-à-dire sans l'accomplissement des formalités et sans le paiement de la taxe spéciale prévue au paragraphe 2.

7. Le renvoi à l'origine d'un envoi à la suite d'une demande de retrait a lieu par voie aérienne lorsque l'expéditeur s'engage à payer la surtaxe aérienne correspondante. Lorsqu'un envoi est réexpédié par voie aérienne à la suite d'une demande de modification d'adresse, la surtaxe aérienne correspondant au nouveau parcours est perçue sur le destinataire et reste acquise à l'Administration distributrice.

Article 34 Réexpédition

1. En cas de changement d'adresse du destinataire, les envois de la poste aux lettres lui sont réexpédiés immédiatement aux conditions prescrites dans le service intérieur, à moins que l'expéditeur n'en ait interdit la réexpédition par une annotation portée sur la suscription en une langue connue dans le pays de destination. Toutefois, la réexpédition d'un pays sur un autre n'a lieu que si les envois satisfont aux conditions requises pour le nouveau transport. En cas de réexpédition par la voie aérienne, il est fait application des articles 80, paragraphes 2 à 5, de la Convention et 200 du Règlement.

2. Chaque Administration a la faculté de fixer un délai de réexpédition conforme à celui qui est en vigueur dans son service intérieur.

3. Les Administrations qui perçoivent une taxe pour les demandes de réexpédition dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe dans le service international.

4. La réexpédition d'envois de la poste aux lettres de pays à pays ne donne lieu à la perception d'aucun supplément de taxe, sauf les exceptions prévues au Règlement. Toutefois, les Administrations qui perçoivent une taxe de réexpédition dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe pour les envois de la poste aux lettres du régime international réexpédiés dans leur propre service.

5. Les envois de la poste aux lettres qui sont réexpédiés sont remis aux destinataires contre paiement des taxes dont ils ont été grevés au départ, à l'arrivée ou en cours de route par suite de réexpédition au-delà du premier parcours, sans préjudice du remboursement des droits de douane ou autres frais spéciaux dont le pays de destination n'accorde pas l'annulation.

6. En cas de réexpédition sur un autre pays, la taxe de poste restante, la taxe de présentation à la douane, la taxe de magasinage, la taxe de commission, la taxe complémentaire d'express et la taxe de remise aux destinataires des petits paquets sont annulées.

4. Wenn der Absender, im Verkehr zwischen zwei Ländern, die dieses Verfahren zulassen, verlangt, telegrafisch darüber unterrichtet zu werden, was das Bestimmungsamt auf seinen Antrag auf Zurückziehung oder auf Änderung der Aufschrift veranlaßt hat, so muß er hierfür die entsprechende Telegrammgebühr entrichten. Bei telegrafischer Übermittlung entspricht die Telegrammgebühr der eines Telegramms mit bezahlter Antwort, berechnet auf der Grundlage von 15 Wörtern. Bei Benutzung des Telexweges beträgt die vom Absender erhobene Telegrammgebühr grundsätzlich ebensoviel wie für die Übermittlung des Verlangens durch Telex erhoben wird.

5. Für jeden Antrag auf Zurückziehung oder auf Änderung der Aufschrift, der mehrere vom selben Absender gleichzeitig beim selben Postamt an die Anschrift desselben Empfängers eingelieferte Sendungen betrifft, werden die Gebühren nach § 2 nur einmal erhoben.

6. Eine bloße Berichtigung der Aufschrift (ohne Änderung des Namens oder der Angaben über den Stand des Empfängers) kann der Absender unmittelbar beim Bestimmungsamt beantragen, d. h. formlos und ohne Zahlung der Gebühren nach § 2.

7. Die Rücksendung einer Sendung an den Einlieferungsort aufgrund eines Antrags auf Zurückziehung erfolgt auf dem Luftweg, wenn der Absender sich verpflichtet, den entsprechenden Luftpostzuschlag zu entrichten. Wenn aufgrund eines Antrags auf Änderung der Aufschrift eine Sendung auf dem Luftweg nachgesandt wird, wird der Luftpostzuschlag für die neue Beförderungsstrecke vom Empfänger erhoben und verbleibt der zustellenden Verwaltung.

Artikel 34 Nachsendung

1. Bei Änderung der Anschrift des Empfängers werden ihm Briefsendungen unverzüglich zu den im Inlandsdienst geltenden Bedingungen nachgesandt, sofern es der Absender nicht durch einen Vermerk auf der Aufschriftseite in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache ausgeschlossen hat. Die Nachsendung von Land zu Land erfolgt jedoch nur, wenn die Sendungen den Bedingungen für die neue Beförderung entsprechen. Erfolgt die Nachsendung auf dem Luftweg, finden die Artikel 80 §§ 2 bis 5 des Weltpostvertrags und 200 der Vollzugsordnung Anwendung.

2. Es ist jeder Verwaltung freigestellt, eine Frist für die Nachsendung festzulegen, die der für den Inlandsdienst geltenden Frist entspricht.

3. Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst für den Antrag auf Nachsendung eine Gebühr erheben, können dieselbe Gebühr auch im internationalen Postdienst erheben.

4. Für die Nachsendung von Briefsendungen von Land zu Land wird vorbehaltlich der in der Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmen keine zusätzliche Gebühr erhoben. Die Verwaltungen jedoch, die in ihrem Inlandsdienst eine Gebühr für die Nachsendung erheben, dürfen dieselbe Gebühr auch für die in ihrem Dienst nachgesandten Briefsendungen des Auslandsdienstes erheben.

5. Briefsendungen, die nachgesandt worden sind, werden den Empfängern gegen Zahlung der Gebühren ausgeliefert, mit denen sie beim Abgang, beim Eingang oder unterwegs infolge Nachsendung über die ursprüngliche Beförderungsstrecke hinaus belegt worden sind; Zollabgaben und andere vom Bestimmungsland nicht niedergeschlagene besondere Vergütungen sind ebenfalls zu erheben.

6. Die Gebühr für postlagernde Sendungen, die Gestellungsgebühr, die Lagergebühr, die Gebührenzettelgebühr, die Ergänzungsgebühr für Eilbotensendungen und die Auslieferungsgebühr für Päckchen werden bei Nachsendung nach einem anderen Land gestrichen.

Article 35**Envois non distribuables.****Renvoi au pays d'origine ou à l'expéditeur**

1. Sont considérés comme envois non distribuables ceux qui n'ont pu être remis au destinataire pour une cause quelconque.

2. Les envois non distribuables doivent être renvoyés immédiatement au pays d'origine.

3. Le délai de garde des envois tenus en instance à la disposition des destinataires ou adressés poste restante est fixé par la réglementation de l'Administration de destination. Toutefois, ce délai ne peut, en règle générale, dépasser un mois, sauf dans des cas particuliers où l'Administration de destination juge nécessaire de le prolonger jusqu'à deux mois au maximum. Le renvoi au pays d'origine doit avoir lieu dans un délai plus court si l'expéditeur l'a demandé par une annotation portée sur la suscription en une langue connue dans le pays de destination.

4. Les envois du régime intérieur non distribuables ne sont réexpédiés à l'étranger, en vue de leur restitution aux expéditeurs, que s'ils satisfont aux conditions requises pour le nouveau transport.

5. Les cartes postales qui ne portent pas l'adresse de l'expéditeur ne sont pas renvoyées. Toutefois, les cartes postales recommandées doivent toujours être renvoyées.

6. Le renvoi à l'origine des imprimés non distribuables n'est pas obligatoire, sauf si l'expéditeur en a demandé le retour par une annotation portée sur l'envoi en une langue connue dans le pays de destination. Les imprimés recommandés et les livres doivent toujours être renvoyés.

7. En cas de renvoi au pays d'origine par voie aérienne, il est fait application des articles 81 de la Convention et 200 du Règlement.

8. Les envois de la poste aux lettres non distribuables renvoyés au pays d'origine sont remis aux expéditeurs aux conditions fixées à l'article 34, paragraphe 5. Ces envois ne donnent lieu à la perception d'aucun supplément de taxe, sauf les exceptions prévues au Règlement. Toutefois, les Administrations qui perçoivent une taxe de renvoi dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe pour les envois de la poste aux lettres du régime international qui leur sont renvoyés.

Article 36**Interdictions**

1. Ne sont pas admis les envois de la poste aux lettres qui, par leur emballage, peuvent présenter du danger pour les agents, salir ou détériorer les autres envois ou l'équipement postal. Les agrafes métalliques servant à clore les envois ne doivent pas être tranchantes; elles ne doivent pas non plus entraver l'exécution du service postal.

2. Les envois autres que les lettres recommandées sous enveloppe close et les lettres avec valeur déclarée ne peuvent contenir des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux.

3. Sauf les exceptions prévues au Règlement, les imprimés, les cécogrammes et les petits paquets:

a) ne peuvent porter aucune annotation ni contenir aucun document ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle;

Artikel 35**Unzustellbare Sendungen.****Rücksendung an das Einlieferungsland oder an den Absender**

1. Als unzustellbar werden Sendungen angesehen, die aus irgendeinem Grund dem Empfänger nicht ausgehändigt werden konnten.

2. Unzustellbare Sendungen sind unverzüglich an das Einlieferungsland zurückzusenden.

3. Die Aufbewahrungsfrist für zur Verfügung des Empfängers bereitgehaltene oder für postlagernde Sendungen richtet sich nach den Vorschriften der Bestimmungsverwaltung. Diese Frist darf jedoch grundsätzlich einen Monat nicht übersteigen, sie kann aber in besonderen Fällen, in denen es die Bestimmungsverwaltung für notwendig hält, auf höchstens zwei Monate verlängert werden. Die Rücksendung nach dem Einlieferungsland muß innerhalb einer kürzeren Frist erfolgen, wenn es der Absender durch einen Vermerk auf der Aufschriftseite in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache verlangt hat.

4. Unzustellbare Inlandssendungen werden nur dann zur Rückgabe an die Absender nach dem Ausland nachgesandt, wenn sie den Bedingungen für die neue Beförderung entsprechen.

5. Postkarten ohne Absenderangabe werden nicht zurückgesandt. Eingeschriebene Postkarten sind jedoch stets zurückzusenden.

6. Die Rücksendung unzustellbarer Drucksachen an den Einlieferungsland ist nicht obligatorisch, ausgenommen in solchen Fällen, in denen der Absender durch einen Vermerk auf der Sendung in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache die Rücksendung verlangt hat. Eingeschriebene Drucksachen und Bücher sind jedoch stets zurückzusenden.

7. Erfolgt die Rücksendung in das Einlieferungsland auf dem Luftweg, finden die Artikel 81 des Weltpostvertrags und 200 der Vollzugsordnung Anwendung.

8. In das Einlieferungsland zurückgesandte unzustellbare Briefsendungen werden den Absendern unter den in Artikel 34 § 5 festgesetzten Bedingungen ausgehändigt. Für diese Sendungen werden vorbehaltlich der in der Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmen keine zusätzliche Gebühren erhoben. Die Verwaltungen jedoch, die in ihrem Inlandsdienst eine Gebühr für die Rücksendung erheben, dürfen dieselbe Gebühr auch für Briefsendungen des Auslandsdienstes erheben, die an sie zurückgesandt werden.

Artikel 36**Verbote**

1. Briefsendungen, die wegen ihrer Verpackung eine Gefahr für die Postbediensteten darstellen, die andere Sendungen oder postalische Einrichtungen beschmutzen oder beschädigen können, sind nicht zugelassen. Zum Verschließen der Sendungen dienende Metallklammern dürfen nicht scharf sein; sie dürfen auch die postbetriebliche Behandlung nicht behindern.

2. Geldstücke, Banknoten, Papiergeld oder auf den Inhaber lautende Wertpapiere, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeitetem oder nicht verarbeitetem Zustand, Edelsteine, Juwelen und andere kostbare Gegenstände dürfen nur in verschlossenen Einschreibbriefen und in Wertbriefen enthalten sein.

3. Abgesehen von den in der Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmen gilt für Drucksachen, Blindensendungen und Päckchen folgendes:

a) sie dürfen weder Vermerke tragen noch Schriftstücke enthalten, die den Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung haben;

b) ne peuvent contenir aucun timbre-poste, aucune formule d'affranchissement, oblitérés ou non, ni aucun papier représentatif d'une valeur.

4. L'insertion dans les envois de la poste aux lettres des objets visés ci-dessous est interdite:

a) les objets qui, par leur nature, peuvent présenter les dangers ou provoquer les détériorations visés au paragraphe 1;

b) les stupéfiants et les substances psychotropes;

c) les animaux vivants, à l'exception:

1° des abeilles, des sangsues et des vers à soie;

2° des parasites et des destructeurs d'insectes nocifs destinés au contrôle de ces insectes et échangés entre les institutions officiellement reconnues;

toutefois, les exceptions mentionnées sous chiffres 1° et 2° ne s'appliquent pas aux lettres avec valeur déclarée;

d) les matières explosibles, inflammables ou autres matières dangereuses; toutefois, ne tombent pas sous le coup de cette interdiction les matières biologiques périssables et les matières radioactives visées à l'article 21;

e) les objets obscènes ou immoraux;

f) les objets dont l'importation ou la circulation est interdite dans le pays de destination.

5. Chaque Administration doit veiller dans toute la mesure possible à ce que les renseignements concernant les interdictions en vigueur dans son pays, visées au paragraphe 4, lettre f), et communiquées au Bureau international conformément au Règlement d'exécution, soient énoncés de façon claire, précise et détaillée et qu'ils soient tenus à jour.

6. Les envois qui contiennent les objets mentionnés au paragraphe 4 et qui ont été admis à tort à l'expédition sont traités selon la législation du pays de l'Administration qui en constate la présence. Les lettres ne peuvent pas contenir de documents ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle échangés entre personnes autres que l'expéditeur et le destinataire ou les personnes habitant avec eux. Si elle en constate la présence, l'Administration du pays d'origine ou de destination les traite selon sa législation.

7. Toutefois, les envois qui contiennent les objets visés au paragraphe 4, lettres b), d) et e), ne sont en aucun cas ni acheminés à destination, ni livrés aux destinataires, ni renvoyés à l'origine. L'Administration de destination peut livrer au destinataire la partie du contenu qui ne tombe pas sous le coup d'une interdiction.

8. Dans les cas où un envoi admis à tort à l'expédition n'est ni renvoyé à l'origine, ni remis au destinataire, l'Administration d'origine doit être informée sans délai du traitement appliqué à l'envoi. Cette information doit indiquer de manière précise l'interdiction sous le coup de laquelle tombe l'envoi ainsi que les objets qui ont donné lieu à saisie.

9. Est d'ailleurs réservé le droit de tout Pays-membre de ne pas effectuer, sur son territoire, le transport en transit à découvert des envois de la poste aux lettres, autres que les lettres et les cartes postales, à l'égard desquels il n'a pas été satisfait aux dispositions légales qui régissent les conditions de leur publication ou de leur circulation dans ce pays. Ces envois doivent être renvoyés à l'Administration d'origine.

b) sie dürfen weder entwertete noch nicht entwertete Postwertzeichen oder Formblätter mit eingedruckten Postwertzeichen noch Papiere mit Werteigenschaft enthalten.

4. Das Einlegen der nachstehend bezeichneten Gegenstände in Briefsendungen ist verboten:

a) Gegenstände, die wegen ihrer Beschaffenheit die in § 1 genannten Gefahren darstellen oder entsprechende Beschädigungen verursachen können;

b) Betäubungsmittel und berauschende Mittel;

c) lebende Tiere mit Ausnahme von

1) Bienen, Blutegeln und Seidenraupen;

2) Schmarotzern und Vertilgern schädlicher Insekten, die dazu bestimmt sind, diese Insekten in Grenzen zu halten, und die zwischen amtlich anerkannten Instituten ausgetauscht werden;

die unter Ziffer 1) und 2) genannten Ausnahmen finden jedoch bei Wertbriefen keine Anwendung;

d) explodierbare, leicht entzündbare oder andere gefährliche Stoffe; jedoch fallen die in Artikel 21 genannten leicht verderblichen biologischen und radioaktiven Stoffe nicht unter dieses Verbot;

e) unzüchtige oder unsittliche Gegenstände;

f) Gegenstände, deren Einfuhr oder deren Verbreitung im Bestimmungsland verboten ist.

5. Jede Verwaltung muß in jeder nur möglichen Weise darüber wachen, daß die dem Internationalen Büro entsprechend der Vollzugsordnung mitgeteilten Auskünfte über in ihrem Land geltende Verbote, auf die in § 4 Buchstabe f abgehoben wird, klar, genau und ausführlich abgefaßt und auf dem neuesten Stand gehalten werden.

6. Sendungen, die die in § 4 genannten Gegenstände enthalten und zu Unrecht zur Beförderung angenommen worden sind, werden nach den Rechtsvorschriften des Landes behandelt, dessen Verwaltung ihr Vorhandensein feststellt. Die Briefe dürfen keine Schriftstücke enthalten, die den Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung haben und die zwischen anderen Personen als dem Absender und dem Empfänger oder den bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden. Wenn sie solche feststellt, behandelt sie die Verwaltung des Einlieferungs- oder des Bestimmungslandes nach ihren inneren Rechtsvorschriften.

7. Sendungen, die die in § 4 Buchstaben b, d und e genannten Gegenstände enthalten, werden jedoch keinesfalls zum Bestimmungsort geleitet, den Empfängern ausgeliefert oder an den Einlieferungsort zurückgesandt. Die Verwaltung des Bestimmungslandes kann den Teil des Inhalts, der nicht unter das Verbot fällt, dem Empfänger aushändigen.

8. Falls eine Sendung, die zu Unrecht zur Beförderung angenommen worden ist, weder an den Einlieferungsort zurückgesandt noch dem Empfänger ausgeliefert wird, muß die Einlieferungsverwaltung über die weitere Behandlung der Sendung unverzüglich unterrichtet werden. Diese Benachrichtigung muß das Verbot, unter das die Sendung fällt sowie die Gegenstände, die Anlaß zur Beschlagnahme gegeben haben, genau angeben.

9. Außerdem behält jedes Mitgliedsland das Recht, die Beförderung von Briefsendungen im offenen Durchgang mit Ausnahme von Briefen und Postkarten auf seinem Gebiet auszuschließen, wenn sie nicht den gesetzlichen Bestimmungen über ihre Veröffentlichung oder Verbreitung in diesem Land genügen. Diese Sendungen müssen an die Einlieferungsverwaltung zurückgesandt werden.

Article 37**Contrôle douanier**

L'Administration postale du pays d'origine et celle du pays de destination sont autorisées à soumettre au contrôle douanier, selon la législation de ces pays, les envois de la poste aux lettres.

Article 38**Taxe de présentation à la douane**

Les envois soumis au contrôle douanier dans le pays d'origine ou de destination, selon le cas, peuvent être frappés au titre postal, soit pour la remise à la douane et le dédouanement, soit pour la remise à la douane seulement, de la taxe spéciale prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre m).

Article 39**Droits de douane et autres droits**

Les Administrations postales sont autorisées à percevoir sur les expéditeurs ou sur les destinataires des envois, selon le cas, les droits de douane et tous autres droits éventuels.

Article 40**Envois francs de taxes et de droits**

1. Dans les relations entre les Pays-membres dont les Administrations postales se sont déclarées d'accord à cet égard, les expéditeurs peuvent prendre à leur charge, moyennant déclaration préalable au bureau d'origine, la totalité des taxes et des droits dont les envois sont grevés à la livraison. Tant qu'un envoi n'a pas été remis au destinataire, l'expéditeur peut, postérieurement au dépôt, demander que l'envoi soit remis franc de taxes et de droits.

2. Dans les cas prévus au paragraphe 1, les expéditeurs doivent s'engager à payer les sommes qui pourraient être réclamées par le bureau de destination et, le cas échéant, verser des arrhes suffisantes.

3. L'Administration d'origine perçoit sur l'expéditeur la taxe prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre n), chiffre 1°, qu'elle garde comme rémunération pour les services fournis dans le pays d'origine.

4. En cas de demande formulée postérieurement au dépôt, l'Administration d'origine perçoit en outre la taxe additionnelle prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre n), chiffre 2°. Si la demande doit être transmise par voie télégraphique, l'expéditeur doit payer en outre la taxe télégraphique.

5. L'Administration de destination est autorisée à percevoir, par envoi, la taxe de commission prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre n), chiffre 3°. Cette taxe est indépendante de celle qui est prévue à l'article 38. Elle est perçue sur l'expéditeur au profit de l'Administration de destination.

6. Toute Administration a le droit de limiter le service des envois francs de taxes et de droits aux envois recommandés et aux lettres avec valeur déclarée.

Article 41**Annulation des droits de douane et autres droits**

Les Administrations postales s'engagent à intervenir auprès des services intéressés de leur pays pour que les droits de douane et autres droits soient annulés sur les envois renvoyés à l'origine, détruits pour cause d'avarie complète du contenu ou réexpédiés sur un pays tiers.

Artikel 37**Zollbehandlung**

Die Postverwaltungen des Einlieferungs- und des Bestimmungslandes können nach den Rechtsvorschriften dieser Länder Briefsendungen der Zollbehandlung unterwerfen.

Artikel 38**Gestellungsgebühr**

Die im Einlieferungs- und Bestimmungsland der Zollbehandlung unterliegenden Sendungen können seitens der Post je nachdem entweder für die Zollgestellung und die Verzollung oder nur für die Zollgestellung mit der in Artikel 24 § 1 Buchstabe m vorgesehenen besonderen Gebühr belegt werden.

Artikel 39**Zoll- und andere Abgaben**

Die Postverwaltungen können von den Absendern oder von den Empfängern der Sendungen Zoll- und alle anderen gegebenenfalls anfallenden Abgaben erheben.

Artikel 40**Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Sendungen**

1. Im Verkehr zwischen den Mitgliedsländern, deren Postverwaltungen sich damit einverstanden erklärt haben, können die Absender durch vorherige Erklärung beim Einlieferungsamt sämtliche Gebühren und Abgaben übernehmen, mit denen die Sendungen bei der Auslieferung belastet sind. Solange eine Sendung dem Empfänger noch nicht ausgeliefert worden ist, kann der Absender auch nach der Einlieferung die gebühren- und abgabenfreie Auslieferung der Sendung beantragen.

2. In den Fällen nach § 1 haben die Absender sich zur Zahlung der von dem Bestimmungsamt geforderten Beträge zu verpflichten und auf Verlangen ausreichende Vorauszahlungen zu leisten.

3. Die Einlieferungsverwaltung erhebt vom Absender die Gebühr nach Artikel 24 § 1 Buchstabe n Ziffer 1, die sie als Vergütung der im Einlieferungsland geleisteten Dienste behält.

4. Bei einem Antrag nach der Einlieferung erhebt die Einlieferungsverwaltung außerdem die zusätzliche Gebühr nach Artikel 24 § 1 Buchstabe n Ziffer 2. Soll der Antrag telegrafisch übermittelt werden, so hat der Absender außerdem die Telegrammgebühr zu entrichten.

5. Die Bestimmungsverwaltung darf je Sendung die Gebührenzettelgebühr nach Artikel 24 § 1 Buchstabe n Ziffer 3 erheben. Diese Gebühr ist von der in Artikel 38 vorgesehenen Gebühr unabhängig. Sie wird vom Absender zugunsten der Bestimmungsverwaltung erhoben.

6. Jede Verwaltung kann die gebühren- und abgabenfreie Auslieferung auf Einschreibsendungen und Wertbriefe beschränken.

Artikel 41**Niederschlagung von Zoll- und anderen Abgaben**

Die Postverwaltungen verpflichten sich, bei den zuständigen Behörden ihres Landes auf die Niederschlagung von Zoll- und anderen Abgaben für die Sendungen hinzuwirken, die an den Einlieferungsort zurückgesandt, wegen völligen Verderbs des Inhalts vernichtet oder die nach einem dritten Land nachgesandt worden sind.

Article 42**Réclamations**

1. Les réclamations des usagers sont admises dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour du dépôt d'un envoi.

2. Chaque Administration est tenue de traiter les réclamations dans le plus bref délai possible.

3. Chaque Administration est tenue d'accepter les réclamations concernant tout envoi déposé dans les services des autres Administrations.

4. Sauf si l'expéditeur a déjà acquitté la taxe pour un avis de réception, chaque réclamation peut donner lieu à la perception de la taxe spéciale prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre o). Si l'emploi de la voie télégraphique est demandé, la taxe télégraphique de transmission de la réclamation et, le cas échéant, dans les relations entre deux pays admettant cette procédure, celle de la réponse sont perçues en sus de la taxe de réclamation. En cas d'utilisation de télégrammes pour la réponse, la taxe télégraphique est celle d'un télégramme avec réponse payée, calculée sur la base de 15 mots. Lorsqu'il est fait usage du télex, la taxe télégraphique perçue sur l'expéditeur s'élève, en principe, au même montant que celui perçu pour transmettre la réclamation par télex.

5. Si la réclamation concerne plusieurs envois déposés simultanément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse du même destinataire, il n'est perçu qu'une seule taxe. Cependant, s'il s'agit d'envois recommandés ou de lettres avec valeur déclarée qui ont dû, à la demande de l'expéditeur, être acheminés par différentes voies, il est perçu une taxe pour chacune des voies utilisées.

6. Si la réclamation a été motivée par une faute de service, la taxe spéciale visée au paragraphe 4 est restituée par l'Administration qui l'a perçue; toutefois, cette taxe ne peut en aucun cas être exigée de l'Administration à laquelle incombe le paiement de l'indemnité.

Chapitre II**Envois recommandés et lettres avec valeur déclarée****Article 43****Admission des envois recommandés**

1. Les envois de la poste aux lettres désignés à l'article 18 peuvent être expédiés sous recommandation.

2. Un récépissé doit être délivré gratuitement, au moment du dépôt, à l'expéditeur d'un envoi recommandé.

3. Si la législation intérieure des pays d'origine et de destination le permet, les lettres recommandées sous enveloppe close peuvent contenir des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux.

Article 44**Taxes des envois recommandés**

1. La taxe des envois recommandés doit être acquittée à l'avance. Elle se compose:

- a) de la taxe d'affranchissement de l'envoi, selon sa catégorie;
- b) de la taxe fixe de recommandation prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre p).

Artikel 42**Nachforschungsanträge**

1. Nachforschungsanträge der Postbenutzer sind innerhalb eines Jahres, vom Tag nach der Einlieferung einer Sendung an gerechnet, zulässig.

2. Jede Verwaltung ist verpflichtet, die Nachforschungsanträge so schnell wie möglich zu bearbeiten.

3. Jede Verwaltung ist verpflichtet, Nachforschungsanträge entgegenzunehmen, die im Bereich anderer Verwaltungen eingelieferte Sendungen jeder Art betreffen.

4. Für jeden Nachforschungsantrag kann die in Artikel 24 § 1 Buchstabe o vorgesehene besondere Gebühr erhoben werden, sofern der Absender nicht die Gebühr für einen Rückschein bereits entrichtet hat. Wird telegrafische Übermittlung verlangt, so werden außer der Nachforschungsgebühr die Telegrammgebühr für die Übermittlung des Nachforschungsantrags und, im Verkehr zwischen zwei Ländern, die dieses Verfahren zulassen, gegebenenfalls der Antwort erhoben. Für den Fall einer telegrafischen Antwort beträgt die Telegrammgebühr die Gebühr für ein Telegramm mit bezahlter Antwort, berechnet auf der Grundlage von 15 Wörtern. Bei Benutzung des Telexweges beträgt die vom Absender erhobene Telegrammgebühr grundsätzlich ebensoviel wie für die Übermittlung des Verlangens durch Telex erhoben wird.

5. Wenn der Nachforschungsantrag mehrere Sendungen betrifft, die vom selben Absender gleichzeitig beim selben Postamt an die Anschrift desselben Empfängers eingeliefert worden sind, wird die Gebühr nur einmal erhoben. Handelt es sich jedoch um Einschreibsendungen oder Wertbriefe, die auf Verlangen des Absenders auf verschiedenen Leitwegen versandt werden sollten, so wird für jeden der benutzten Leitwege eine Gebühr erhoben.

6. Ist ein Dienstversehen der Grund für den Nachforschungsantrag, so wird die besondere Gebühr nach § 4 von der Verwaltung erstattet, die die Gebühr erhoben hat; diese Gebühr kann jedoch in keinem Fall von der Verwaltung gefordert werden, der die Zahlung des Ersatzbetrages obliegt.

Kapitel II**Einschreibsendungen und Wertbriefe****Artikel 43****Zulassung der Einschreibsendungen**

1. Die in Artikel 18 bezeichneten Briefsendungen können eingeschrieben versandt werden.

2. Dem Absender einer Einschreibsendung ist bei der Einlieferung unentgeltlich ein Einlieferungsschein auszuhändigen.

3. Wenn die innere Gesetzgebung der Einlieferungs- und Bestimmungsländer dies zuläßt, dürfen Geldstücke, Banknoten, Papiergeld oder auf den Inhaber laufende Wertpapiere, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeitetem oder nicht verarbeitetem Zustand, Edelsteine, Juwelen und andere kostbare Gegenstände in verschlossenen Einschreibbriefen enthalten sein.

Artikel 44**Gebühren für Einschreibsendungen**

1. Die Gebühr für Einschreibsendungen muß vorausentrichtet werden. Sie setzt sich zusammen aus:

- a) der Freimachungsgebühr für die Sendung je nach Sendungsart;
- b) der in Artikel 24 § 1 Buchstabe p vorgesehenen festen Einschreibgebühr.

2. Dans les cas où des mesures de sécurité exceptionnelles sont nécessaires, les Administrations peuvent percevoir les taxes spéciales prévues à l'article 24, paragraphe 1, lettre p), colonne 3, chiffre 2°.

3. Les Administrations postales disposées à se charger des risques pouvant résulter du cas de force majeure sont autorisées à percevoir la taxe spéciale prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre r).

Article 45

Admission des lettres avec valeur déclarée

1. Les lettres contenant des valeurs-papier, des documents ou des objets de valeur et dénommées «lettres avec valeur déclarée» peuvent être échangées avec assurance du contenu pour la valeur déclarée par l'expéditeur. Cet échange est limité aux relations entre les Pays-membres dont les Administrations postales se sont déclarées d'accord pour accepter ces envois soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens.

2. Un récépissé doit être délivré gratuitement, au moment du dépôt, à l'expéditeur d'une lettre avec valeur déclarée.

3. Les Administrations prennent les mesures nécessaires pour assurer, autant que possible, le service des lettres avec valeur déclarée dans tous les bureaux de leur pays.

Article 46

Lettres avec valeur déclarée. Déclaration de valeur

1. Le montant de la déclaration de valeur est en principe illimité.

2. Chaque Administration a, toutefois, la faculté de limiter la déclaration de valeur, en ce qui la concerne, à un montant qui ne peut être inférieur à 7 000 francs (2 286,83 DTS) ou au montant adopté dans son service intérieur s'il est inférieur à 7 000 francs (2 286,83 DTS).

3. Dans les relations entre pays qui ont adopté des maximums différents, la limite la plus basse doit être observée de part et d'autre.

4. La déclaration de valeur ne peut dépasser la valeur réelle du contenu de l'envoi, mais il est permis de ne déclarer qu'une partie de cette valeur; le montant de la déclaration des papiers représentant une valeur à raison de leurs frais d'établissement ne peut dépasser les frais de remplacement éventuels de ces documents en cas de perte.

5. Toute déclaration frauduleuse d'une valeur supérieure à la valeur réelle du contenu d'un envoi est passible des poursuites judiciaires prévues par la législation du pays d'origine.

Article 47

Taxes des lettres avec valeur déclarée

1. La taxe des lettres avec valeur déclarée doit être acquittée à l'avance. Elle se compose:

- a) de la taxe d'affranchissement ordinaire;
- b) de la taxe fixe de recommandation prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre p);
- c) de la taxe d'assurance prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre q).

2. Dans les cas où des mesures de sécurité exceptionnelles sont nécessaires, les Administrations peuvent percevoir les taxes spéciales prévues à l'article 24, paragraphe 1, lettre p), colonne 3, chiffre 2°.

2. In den Fällen, in denen außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, können die Verwaltungen die in Artikel 24 § 1 Buchstabe p Spalte 3 Ziffer 2 vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

3. Postverwaltungen, die bereit sind, auch in Fällen höherer Gewalt zu haften, können die in Artikel 24 § 1 Buchstabe r vorgesehene Gebühr erheben.

Artikel 45

Zulassung der Wertbriefe

1. Briefe mit Wertpapieren, Dokumenten oder wertvollen Gegenständen und die als „Wertbriefe“ bezeichnet sind, können unter Versicherung des Inhalts zu dem vom Absender angegebenen Wert ausgetauscht werden. Dieser Austausch ist auf den Verkehr zwischen den Mitgliedsländern beschränkt, deren Verwaltungen sich bereit erklärt haben, diese Sendungen im gegenseitigen Verkehr oder nur in einer Richtung zu übernehmen.

2. Dem Absender eines Wertbriefs ist bei der Einlieferung unentgeltlich ein Einlieferungsschein auszuhändigen.

3. Die Verwaltungen treffen die erforderlichen Vorkehrungen, damit der Wertbriefdienst bei möglichst allen Postämtern ihres Landes ausgeführt wird.

Artikel 46

Wertbriefe. Wertangabe

1. Der Betrag der Wertangabe ist grundsätzlich unbegrenzt.

2. Jede Verwaltung kann jedoch in ihrem Bereich die Wertangabe auf einen Betrag, der nicht geringer als 7 000 Franken (2 286,83 SZR) sein darf oder auf den in ihrem Inlandsdienst geltenden Betrag begrenzen, sofern dieser niedriger als 7 000 Franken (2 286,83 SZR) ist.

3. Im Verkehr zwischen Ländern, die unterschiedliche Höchstbeträge festgesetzt haben, muß beiderseits die geringste Wertgrenze eingehalten werden.

4. Die Wertangabe darf den wirklichen Wert des Inhalts der Sendung nicht übersteigen; es ist jedoch gestattet, nur einen Teil dieses Wertes anzugeben; der Betrag der Wertangabe bei Papieren, deren Wert in den Kosten für ihre Ausfertigung besteht, darf die im Verlustfall für die Neuausfertigung aufzuwendenden Kosten nicht übersteigen.

5. Jede betrügerische Angabe eines höheren als des wirklichen Wertes des Inhalts einer Sendung unterliegt gerichtlicher Verfolgung nach den Rechtsvorschriften des Einlieferungslandes.

Artikel 47

Gebühren für Wertbriefe

1. Die Gebühr für Wertbriefe muß vorausentrichtet werden. Sie setzt sich zusammen aus:

- a) der gewöhnlichen Freimachungsgebühr;
- b) der in Artikel 24 § 1 Buchstabe p vorgesehenen festen Einschreibgebühr;
- c) der in Artikel 24 § 1 Buchstabe q vorgesehenen Wertgebühr.

2. In den Fällen, in denen außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, können die Verwaltungen die in Artikel 24 § 1 Buchstabe p Spalte 3 Ziffer 2) vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

Article 48**Avis de réception**

1. L'expéditeur d'un envoi recommandé ou d'une lettre avec valeur déclarée peut demander un avis de réception au moment du dépôt en payant la taxe prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre s). L'avis de réception est renvoyé à l'expéditeur par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface).

2. Lorsque l'expéditeur réclame un avis de réception qui ne lui est pas parvenu dans des délais normaux, il n'est perçu ni une deuxième taxe, ni la taxe prévue à l'article 42 pour les réclamations.

Article 49**Remise en main propre**

1. Dans les relations entre les Administrations qui ont donné leur consentement, les envois recommandés et les lettres avec valeur déclarée sont, à la demande de l'expéditeur, remis en main propre. Les Administrations peuvent convenir de n'admettre cette faculté que pour les envois recommandés et les lettres avec valeur déclarée accompagnés d'un avis de réception. Dans les deux cas, l'expéditeur paie la taxe spéciale prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre t).

2. Les Administrations ne sont tenues de faire un second essai de remise de ces envois que si celui-ci est supposé aboutir et si la réglementation intérieure le permet.

Chapitre III**Responsabilité****Article 50****Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés**

1. Les Administrations postales ne répondent que de la perte des envois recommandés. Leur responsabilité est engagée tant pour les envois transportés à découvert que pour ceux qui sont acheminés en dépêches closes.

2. La spoliation totale ou l'avarie totale du contenu des envois recommandés est assimilée à la perte, sous réserve que l'emballage ait été reconnu suffisant pour garantir efficacement le contenu contre les risques accidentels de spoliation ou d'avarie.

3. Les Administrations peuvent s'engager à couvrir aussi les risques pouvant découler d'un cas de force majeure. Elles sont alors responsables, envers les expéditeurs des envois déposés dans leur pays, des pertes dues à un cas de force majeure qui surviennent durant le parcours tout entier des envois, y compris éventuellement le parcours de réexpédition ou de renvoi à l'origine.

4. En cas de perte d'un envoi recommandé, l'expéditeur a droit à une indemnité dont le montant est fixé à 60 francs (19,60 DTS) par envoi; ce montant peut être porté à 300 francs (98,01 DTS) pour chacun des sacs spéciaux contenant les imprimés visés à l'article 19, paragraphe 8, et expédiés sous recommandation.

5. L'expéditeur a la faculté de se désister de ce droit en faveur du destinataire. L'expéditeur ou le destinataire peut autoriser une tierce personne à recevoir l'indemnité, si la législation intérieure le permet.

6. Par dérogation au paragraphe 4, le destinataire a droit à l'indemnité après avoir pris livraison d'un envoi totalement spolié ou avarié. Il peut se désister de ses droits en faveur de l'expéditeur.

Artikel 48**Rückschein**

1. Der Absender einer Einschreibsendung oder eines Wertbriefs kann bei der Einlieferung gegen Entrichtung der in Artikel 24 § 1 Buchstabe s vorgesehenen besonderen Gebühr einen Rückschein verlangen. Der Rückschein wird auf dem schnellsten Wege (Luft- oder Land- und Seeweg) an den Absender zurückgesandt.

2. Wenn der Absender nach einem Rückschein, der innerhalb der normalen Frist nicht an ihn zurückgelangt ist, nachforscht, so wird weder eine zweite Gebühr noch die in Artikel 42 für Nachforschungen vorgesehene Gebühr erhoben.

Artikel 49**Eigenhändige Zustellung**

1. Im Verkehr zwischen den Verwaltungen, die sich damit einverstanden erklärt haben, werden Einschreibsendungen und Wertbriefe auf Verlangen des Absenders eigenhändig zugestellt. Die Verwaltungen können übereinkommen, dies nur für Einschreibsendungen und Wertbriefe mit Rückschein zuzulassen. In beiden Fällen zahlt der Absender die in Artikel 24 § 1 Buchstabe t vorgesehene besondere Gebühr.

2. Die Verwaltungen sind nur dann verpflichtet, einen zweiten Zustellversuch zu unternehmen, wenn dieser Erfolg verspricht und wenn die Inlandsbestimmungen das zulassen.

Kapitel III**Haftung****Artikel 50****Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen**

1. Die Postverwaltungen haften nur für den Verlust von Einschreibsendungen. Ihre Haftung erstreckt sich sowohl auf die Sendungen des offenen Durchgangs als auch auf solche, die in Kartenschlüssen befördert werden.

2. Der vollständige Verlust des Inhalts von Einschreibsendungen oder dessen vollständige Beschädigung wird dem Verlust der Sendung gleichgestellt, sofern die Verpackung als ausreichend anerkannt wurde, um den Inhalt gegen die Gefahren eines zufälligen Verlustes oder einer zufälligen Beschädigung zu schützen.

3. Die Verwaltungen können sich bereit erklären, auch im Falle höherer Gewalt zu haften. Sie sind dann gegenüber den Absendern der in ihrem Land eingelieferten Sendungen im Falle höherer Gewalt für Verlust verantwortlich, der während des gesamten Beförderungswegs der Sendungen eintritt, gegebenenfalls auch einschließlich des Beförderungswegs für die Nach- oder Rücksendung.

4. Bei Verlust einer Einschreibsendung hat der Absender Anspruch auf einen Ersatzbetrag von 60 Franken (19,60 SZR) je Sendung; dieser Ersatzbetrag kann für jeden der in Artikel 19 § 8 genannten und unter Einschreiben versandten besonderen Beutel mit Drucksachen auf 300 Franken (98,01 SZR) erhöht werden.

5. Der Absender kann diesen Ersatzanspruch an den Empfänger abtreten. Wenn es die innerstaatlichen Rechtsvorschriften gestatten, kann der Absender oder der Empfänger einen Dritten bevollmächtigen, den Ersatzbetrag in Empfang zu nehmen.

6. Abweichend von § 4 hat der Empfänger Anspruch auf den Ersatzbetrag, wenn er eine völlig beraubte oder völlig beschädigte Sendung in Empfang genommen hat. Er kann seine Rechte an den Absender abtreten.

7. L'Administration d'origine a la faculté de verser aux expéditeurs dans son pays les indemnités prévues par sa législation intérieure pour les envois recommandés, à condition qu'elles ne soient pas inférieures à celles qui sont fixées au paragraphe 4. Les montants fixés au paragraphe 4 restent cependant applicables:

- 1° en cas de recours contre l'Administration responsable;
- 2° si l'expéditeur se désiste de ses droits en faveur du destinataire.

Article 51

Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée

1. Les Administrations postales répondent de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des lettres avec valeur déclarée, sauf dans les cas prévus à l'article 53. Leur responsabilité est engagée tant pour les lettres transportées à découvert que pour celles qui sont acheminées en dépêches closes.

2. Les Administrations peuvent s'engager à couvrir aussi les risques pouvant découler d'un cas de force majeure. Elles sont alors responsables, envers les expéditeurs des lettres déposées dans leur pays, des pertes, spoliations ou avarie dues à un cas de force majeure qui surviennent durant le parcours tout entier des envois, y compris éventuellement le parcours de réexpédition ou de renvoi à l'origine.

3. L'expéditeur a droit à une indemnité correspondant, en principe, au montant réel de la perte, de la spoliation ou de l'avarie; les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération. Cependant, cette indemnité ne peut en aucun cas dépasser le montant, en francs-or ou DTS, de la valeur déclarée. En cas de réexpédition ou de renvoi à l'origine par voie de surface d'une lettre-avion avec valeur déclarée, la responsabilité est limitée, pour le second parcours, à celle qui est appliquée aux envois acheminés par cette voie.

4. Par dérogation au paragraphe 3, le destinataire a droit à l'indemnité après avoir pris livraison d'une lettre avec valeur déclarée spoliée ou avariée.

5. L'indemnité est calculée d'après le prix courant, converti en francs-or ou DTS, des objets de valeur de même nature, au lieu et à l'époque où ils ont été acceptés au transport; à défaut de prix courant, l'indemnité est calculée d'après la valeur ordinaire des objets évalués sur les mêmes bases.

6. Lorsqu'une indemnité est due pour la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale d'une lettre avec valeur déclarée, l'expéditeur ou, par application du paragraphe 4, le destinataire, a droit, en outre, à la restitution des taxes et droits acquittés, à l'exception de la taxe d'assurance qui reste acquise, dans tous les cas, à l'Administration d'origine.

7. L'expéditeur a la faculté de se désister de ses droits prévus au paragraphe 3 en faveur du destinataire. Inversement, le destinataire a la faculté de se désister de ses droits prévus au paragraphe 4 en faveur de l'expéditeur. L'expéditeur ou le destinataire peut autoriser une tierce personne à recevoir l'indemnité si la législation intérieure le permet.

Article 52

Non-responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés

1. Les Administrations postales cessent d'être responsables des envois recommandés dont elles ont effectué la remise, soit dans les conditions prescrites par leur réglementation pour les envois de même nature, soit dans les conditions prévues à l'article 11, paragraphe 3. La responsabilité est tou-

7. Die Einlieferungsverwaltung kann den Absendern in ihrem Land die Ersatzbeträge nach ihrer inneren Gesetzgebung für Einschreibsendungen auszahlen; diese dürfen aber nicht niedriger sein als die Ersatzbeträge nach § 4. Die Beträge nach § 4 gelten indessen:

- 1) im Falle eines Rückgriffs auf die verantwortliche Verwaltung;
- 2) wenn der Absender seine Rechte an den Empfänger abtritt.

Artikel 51

Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Wertbriefe

1. Die Postverwaltungen haften für Verlust, Beraubung und Beschädigung von Wertbriefen außer in den in Artikel 53 vorgesehenen Fällen. Ihre Haftung erstreckt sich sowohl auf die Wertbriefe, die im offenen Durchgang als auch auf solche, die in Kartenschlüssen befördert werden.

2. Die Verwaltungen können sich bereit erklären, auch im Falle höherer Gewalt zu haften. Sie sind dann gegenüber den Absendern der in ihrem Land eingelieferten Briefe im Falle höherer Gewalt für Verlust, Beraubung oder Beschädigung verantwortlich, die während des gesamten Beförderungswegs der Sendungen eintreten, gegebenenfalls auch einschließlich des Beförderungswegs für die Nach- oder Rücksendung.

3. Grundsätzlich hat der Absender Anspruch auf einen der wirklichen Höhe des Verlustes, der Beraubung oder der Beschädigung entsprechenden Ersatzbetrag; mittelbarer Schaden oder entgangener Gewinn bleiben außer Betracht. Jedoch darf dieser Ersatzbetrag keinesfalls den Betrag der Wertangabe in Goldfranken überschreiten. Im Fall der Nach- oder Rücksendung eines Luftpostwertbriefes auf dem Land- und Seeweg ist die Haftung für die zweite Beförderungsstrecke auf den Höchstbetrag beschränkt, der für die auf diesem Leitweg beförderten Sendungen gilt.

4. Abweichend von § 3 hat nach der Auslieferung eines beraubten oder beschädigten Wertbriefes der Empfänger Anspruch auf den Ersatzbetrag.

5. Der Ersatzbetrag wird nach dem in Goldfranken oder in SZR umgerechneten handelsüblichen Preis für Wertgegenstände derselben Art am Ort und zur Zeit der Annahme zur Beförderung berechnet; in Ermangelung eines handelsüblichen Preises ist der Ersatzbetrag nach dem auf derselben Grundlage geschätzten gewöhnlichen Wert der Gegenstände zu berechnen.

6. Wenn ein Ersatzbetrag für den Verlust, die völlige Beraubung oder die völlige Beschädigung eines Wertbriefes zu zahlen ist, hat der Absender oder in Anwendung des § 4 der Empfänger außerdem Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren und Abgaben mit Ausnahme der Wertgebühr, die in allen Fällen der Einlieferungsverwaltung verbleibt.

7. Der Absender kann die in § 3 vorgesehenen Ansprüche an den Empfänger abtreten. Umgekehrt kann der Empfänger seine in § 4 vorgesehenen Ansprüche an den Absender abtreten. Der Empfänger oder der Absender kann einen Dritten zur Entgegennahme der Entschädigung bevollmächtigen, sofern die innere Gesetzgebung dies zuläßt.

Artikel 52

Nichthaftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen

1. Die Postverwaltungen sind von jeder Haftung für Einschreibsendungen frei, die nach ihren Inlandsbestimmungen für gleichartige Sendungen oder unter den in Artikel 11 § 3 vorgesehenen Bedingungen ausgeliefert worden sind. Die Haftung bleibt jedoch bestehen, wenn eine völlige Beraubung

tefois maintenue lorsqu'une spoliation totale ou une avarie totale est constatée soit avant la livraison, soit lors de la livraison de l'envoi recommandé ou lorsque, la réglementation intérieure le permettant, le destinataire, le cas échéant l'expéditeur, s'il y a renvoi à l'origine, formule des réserves en prenant livraison d'un envoi totalement spolié ou totalement avarié.

2. Les Administrations postales ne sont pas responsables:

1° de la perte d'envois recommandés:

- a) en cas de force majeure. L'Administration dans le service de laquelle la perte a eu lieu doit décider, suivant la législation de son pays, si cette perte est due à des circonstances constituant un cas de force majeure; celles-ci sont portées à la connaissance de l'Administration du pays d'origine, si cette dernière le demande. Toutefois, la responsabilité subsiste à l'égard de l'Administration du pays expéditeur qui a accepté de couvrir les risques de force majeure (article 50, paragraphe 3);
- b) lorsque la preuve de leur responsabilité n'ayant pas été administrée autrement elles ne peuvent rendre compte des envois par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure;
- c) lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai prévu à l'article 42, paragraphe 1;

2° des envois recommandés qui, selon notification de l'Administration du pays de destination, ont été retenus ou saisis en vertu de la législation de ce pays;

3° des envois recommandés confisqués ou détruits par l'autorité compétente, lorsqu'il s'agit d'envois dont le contenu tombe sous le coup des interdictions prévues à l'article 36, paragraphes 2 et 3, lettre b), et 4;

4° des envois recommandés ayant subi une avarie provenant de la nature du contenu de l'envoi.

3. Les Administrations postales n'assument aucune responsabilité du chef des déclarations en douane, sous quelque forme que celles-ci soient faites, et des décisions prises par les services de la douane conformément à l'article 36, paragraphe 4, lettre f), lors de la vérification des envois de la poste aux lettres soumis au contrôle douanier.

Article 53

Non-responsabilité des Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée

1. Les Administrations postales cessent d'être responsables des lettres avec valeur déclarée dont elles ont effectué la remise soit dans les conditions prescrites par leur réglementation intérieure pour les envois de même nature, soit dans les conditions prévues à l'article 11, paragraphe 3; la responsabilité est toutefois maintenue:

- a) lorsqu'une spoliation ou une avarie est constatée soit avant la livraison, soit lors de la livraison de l'envoi ou lorsque, la réglementation intérieure le permettant, le destinataire, le cas échéant l'expéditeur s'il y a renvoi à l'origine, formule des réserves en prenant livraison d'un envoi spolié ou avarié;
- b) lorsque le destinataire ou, en cas de renvoi à l'origine, l'expéditeur, nonobstant décharge donnée régulièrement, déclare sans délai à l'Administration qui lui a livré l'envoi avoir constaté un dommage et administre la preuve que la spoliation ou l'avarie ne s'est pas produite après la livraison.

oder eine völlige Beschädigung entweder vor oder bei der Auslieferung festgestellt wird oder wenn der Empfänger, bei Rücksendung gegebenenfalls der Absender, bei der Entgegennahme einer völlig beraubten oder völlig beschädigten Sendung Vorbehalte macht.

2. Die Postverwaltungen haften nicht:

1) für den Verlust von Einschreibsendungen:

- a) im Fall höherer Gewalt. Die Verwaltung, in deren Dienstbereich der Verlust eingetreten ist, muß nach den Rechtsvorschriften ihres Landes entscheiden, ob dieser Verlust auf Umstände zurückzuführen ist, die einen Fall höherer Gewalt darstellen; diese Umstände sind der Verwaltung des Einlieferungslandes zur Kenntnis zu bringen, sofern diese es verlangt. Die Haftpflicht bleibt jedoch für die Verwaltung des Absendelandes bestehen, die für Schäden aus höherer Gewalt haftet (Artikel 50 § 3);
- b) wenn sie über den Verbleib der Sendungen deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere infolge höherer Gewalt vernichtet worden sind und der Beweis ihrer Haftpflicht nicht anderweitig erbracht worden ist;
- c) wenn der Absender innerhalb der in Artikel 42 § 1 vorgesehenen Frist keinen Nachforschungsantrag gestellt hat;

2) für Einschreibsendungen, die, nach Notifizierung der Bestimmungsverwaltung, auf Grund der Rechtsvorschriften dieses Landes zurückgehalten oder beschlagnahmt worden sind;

3) für Einschreibsendungen, die von der zuständigen Behörde beschlagnahmt oder vernichtet worden sind, weil es sich um Sendungen handelt, deren Inhalt unter die Verbote nach Artikel 36 §§ 2 und 3 Buchstabe b und 4 fällt;

4) für Einschreibsendungen, deren Beschädigung auf die Beschaffenheit des Inhalts der Sendung zurückzuführen ist.

3. Die Postverwaltungen übernehmen keinerlei Verantwortung für die Zollinhaltsklärungen, unabhängig von der Form, in der sie abgegeben werden, sowie für die Entscheidungen der Zolldienststellen nach Artikel 36 § 4 Buchstabe f bei der Prüfung von Briefsendungen, die der Zollprüfung unterliegen.

Artikel 53

Nichthaftung der Postverwaltungen. Wertbriefe

1. Die Postverwaltungen sind von jeder Haftung für Wertbriefe frei, die nach ihren Inlandsbestimmungen für gleichartige Sendungen oder unter den in Artikel 11 § 3 vorgesehenen Bedingungen ausgeliefert worden sind; die Haftpflicht bleibt jedoch bestehen:

- a) wenn eine Beraubung oder eine Beschädigung entweder vor oder bei der Auslieferung festgestellt wird oder wenn der Empfänger, bei Rücksendung gegebenenfalls der Absender, bei der Entgegennahme einer beraubten oder beschädigten Sendung Vorbehalte macht, sofern dies nach den Inlandsvorschriften zulässig ist;
- b) wenn der Empfänger oder, im Fall der Rücksendung, der Absender die Sendung zwar unbeanstandet angenommen hat, danach aber der Verwaltung, die ihm die Sendung ausgeliefert hat, unverzüglich erklärt, einen Schaden festgestellt zu haben, und beweist, daß die Sendung nicht nach der Auslieferung beraubt oder beschädigt worden ist.

2. Les Administrations postales ne sont pas responsables:

1° de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des lettres avec valeur déclarée:

- a) en cas de force majeure; l'Administration dans le service de laquelle la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu doit décider, suivant la législation de son pays, si cette perte, cette spoliation ou cette avarie est due à des circonstances constituant un cas de force majeure; celles-ci sont portées à la connaissance de l'Administration du pays d'origine si cette dernière le demande. Toutefois, la responsabilité subsiste à l'égard de l'Administration du pays expéditeur qui a accepté de couvrir les risques de force majeure (article 51, paragraphe 2);
- b) lorsque, la preuve de leur responsabilité n'ayant pas été administrée autrement, elles ne peuvent rendre compte des envois par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure;
- c) lorsque le dommage a été causé par la faute ou la négligence de l'expéditeur ou provient de la nature du contenu de l'envoi;
- d) lorsqu'il s'agit d'envois dont le contenu tombe sous le coup des interdictions prévues à l'article 36, paragraphe 4, et pour autant que ces envois aient été confisqués ou détruits par l'autorité compétente en raison de leur contenu;
- e) lorsqu'il s'agit d'envois qui ont fait l'objet d'une déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du contenu;
- f) lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour de dépôt de l'envoi;

2° des lettres avec valeur déclarée saisies en vertu de la législation du pays de destination;

3° en matière de transport maritime ou aérien, lorsqu'elles ont fait connaître qu'elles n'étaient pas en mesure d'accepter la responsabilité des valeurs à bord des navires ou des avions qu'elles utilisent; elles assument néanmoins, pour le transit des lettres avec valeur déclarée en dépêches closes, la responsabilité qui est prévue pour les envois recommandés.

3. Les Administrations postales n'assument aucune responsabilité du chef des déclarations en douane, sous quelque forme que celles-ci soient faites, et des décisions prises par les services de la douane lors de la vérification des envois soumis au contrôle douanier.

Article 54**Responsabilité de l'expéditeur**

1. L'expéditeur d'un envoi de la poste aux lettres est responsable, dans les mêmes limites que les Administrations elles-mêmes, de tous les dommages causés aux autres envois postaux par suite de l'expédition d'objets non admis au transport ou de la non-observation des conditions d'admission, pourvu qu'il n'y ait eu ni faute, ni négligence des Administrations ou des transporteurs.

2. L'acceptation par le bureau de dépôt d'un tel envoi ne dégage pas l'expéditeur de sa responsabilité.

3. L'Administration qui constate un dommage dû à la faute de l'expéditeur en informe l'Administration d'origine à laquelle il appartient d'intenter, le cas échéant, l'action contre l'expéditeur.

2. Die Postverwaltungen haften nicht:

1) für den Verlust, die Beraubung oder Beschädigung von Wertbriefen:

- a) im Fall höherer Gewalt. Die Verwaltung, in deren Dienstbereich der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung eingetreten ist, muß nach den Rechtsvorschriften ihres Landes entscheiden, ob dieser Verlust, diese Beraubung oder Beschädigung auf Umstände zurückzuführen ist, die einen Fall höherer Gewalt darstellen; diese Umstände sind der Verwaltung des Einlieferungslandes zur Kenntnis zu bringen, sofern diese es verlangt. Die Haftpflicht bleibt jedoch für die Verwaltung des Absendelandes bestehen, die für Schäden aus höherer Gewalt haftet (Artikel 51 § 2);
- b) wenn sie über den Verbleib der Sendungen deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere infolge höherer Gewalt vernichtet worden sind und der Beweis ihrer Haftpflicht nicht anderweitig erbracht worden ist;
- c) wenn der Schaden durch schuldhaftes Verhalten des Absenders oder durch die natürliche Beschaffenheit des Inhalts der Sendung entstanden ist;
- d) wenn es sich um Sendungen handelt, deren Inhalt unter die in Artikel 36 § 4 vorgesehenen Verbote fällt, und sofern diese Sendungen wegen ihres Inhalts von der zuständigen Behörde beschlagnahmt oder vernichtet worden sind;
- e) wenn es sich um Sendungen handelt, auf denen in betrügerischer Weise ein höherer als der wirkliche Wert des Inhalts angegeben worden ist;
- f) wenn der Absender innerhalb eines Jahres, vom Tag nach Einlieferung der Sendung an gerechnet, keinen Nachforschungsantrag gestellt hat;

2) für Wertbriefe, die auf Grund der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden sind;

3) wenn sie bei Beförderung auf dem See- oder Luftweg bekanntgegeben haben, daß sie keine Haftung für Wertbriefe an Bord der von ihnen benutzten Schiffe oder Flugzeuge übernehmen können; diese Verwaltungen haften jedoch für die in Durchgangskartenschlüssen aufgenommenen Wertbriefe wie für Einschreibsendungen.

3. Die Postverwaltungen übernehmen für die Zollinhaltserklärungen, unabhängig von der Form, in der sie abgegeben werden, sowie für die Entscheidungen der Zolldienststellen beim Prüfen der der Zollabfertigung unterliegenden Sendungen keinerlei Verantwortung.

Artikel 54**Haftung des Absenders**

1. Der Absender einer Briefsendung ist für alle Schäden, die infolge der Versendung zur Beförderung nicht zugelassener Gegenstände oder infolge Nichtbeachtung der Zulassungsbedingungen an anderen Postsendungen entstehen, im gleichen Umfang wie die Postverwaltungen selbst haftpflichtig, sofern kein schuldhaftes Verhalten der Verwaltungen oder der Beförderungsunternehmen vorliegt.

2. Die Annahme einer solchen Sendung durch das Einlieferungsamt befreit den Absender nicht von seiner Haftpflicht.

3. Die Verwaltung, die einen vom Absender zu vertretenden Schaden feststellt, benachrichtigt hiervon die Einlieferungsverwaltung, der es obliegt, gegen den Absender vorzugehen.

Article 55**Détermination de la responsabilité
entre les Administrations postales. Envois recommandés**

1. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité pour la perte d'un envoi recommandé incombe à l'Administration postale qui, ayant reçu l'envoi sans faire d'observation et étant mise en possession de tous les moyens réglementaires d'investigation, ne peut établir ni la remise au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à une autre Administration.

2. Une Administration intermédiaire ou de destination est, jusqu'à preuve du contraire et sous réserve du paragraphe 4, dégagée de toute responsabilité:

- a) lorsqu'elle a observé l'article 4 ainsi que les dispositions relatives à la vérification des dépêches et à la constatation des irrégularités;
- b) lorsqu'elle peut établir qu'elle n'a été saisie de la réclamation qu'après la destruction des documents de service relatifs à l'envoi recherché, le délai de conservation prévu à l'article 107 du Règlement étant expiré; cette réserve ne porte pas atteinte aux droits du réclamant;
- c) lorsque, en cas d'inscription individuelle des envois recommandés, la remise régulière de l'envoi recherché ne peut être établie parce que l'Administration d'origine n'a pas observé l'article 157, paragraphe 1, du Règlement concernant l'inscription détaillée des envois recommandés dans la feuille d'avis C 12 ou dans les listes spéciales C 13.

3. Lorsque la perte s'est produite dans le service d'une entreprise de transport aérien, l'Administration du pays qui perçoit les frais de transport selon l'article 86, paragraphe 1, est tenue de rembourser à l'Administration d'origine l'indemnité payée à l'expéditeur. Il lui appartient de recouvrer ce montant auprès de l'entreprise de transport aérien responsable. Si, en vertu de l'article 86, paragraphe 2, l'Administration d'origine règle les frais de transport directement à la compagnie aérienne, elle doit demander elle-même le remboursement de l'indemnité à cette compagnie.

4. Toutefois, si la perte a eu lieu en cours de transport sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le dommage par parts égales.

5. Lorsqu'un envoi recommandé a été perdu dans des circonstances de force majeure, l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte a eu lieu n'en est responsable envers l'Administration expéditrice que si les deux pays se chargent des risques résultant du cas de force majeure.

6. Les droits de douane et autres dont l'annulation n'a pu être obtenue tombent à la charge des Administrations responsables de la perte.

7. L'Administration qui a effectué le paiement de l'indemnité est subrogée, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, dans les droits de la personne qui l'a reçue pour tout recours éventuel soit contre le destinataire, soit contre l'expéditeur ou contre des tiers.

Article 56**Détermination de la responsabilité
entre les Administrations postales.
Lettres avec valeur déclarée**

1. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration postale qui, ayant reçu l'envoi sans faire d'observation et étant mise en possession de tous les moyens

Artikel 55**Feststellung der Haftung
zwischen den Postverwaltungen. Einschreibsendungen**

1. Bis zum Beweis des Gegenteils haftet für den Verlust einer Einschreibsendung die Verwaltung, die, nachdem sie die Sendung unbeanstandet übernommen hat und in den Besitz aller vorschriftsmäßigen Nachforschungsunterlagen gelangt ist, weder die Auslieferung an den Empfänger noch gegebenenfalls die ordnungsmäßige Weiterleitung an eine andere Verwaltung nachweisen kann.

2. Eine Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung ist bis zum Beweis des Gegenteils und vorbehaltlich des § 4 von jeder Haftung befreit:

- a) wenn sie Artikel 4 sowie die Bestimmungen über die Prüfung der Kartenschlüsse und die Feststellung von Unregelmäßigkeiten beachtet hat;
- b) wenn sie nachweisen kann, daß ihr der Nachforschungsantrag erst zugegangen ist, nachdem die die gesuchte Sendung betreffenden Dienstpapiere wegen Ablaufs der in Artikel 107 der Vollzugsordnung vorgesehenen Aufbewahrungsfrist vernichtet worden sind; dieser Vorbehalt berührt die Rechte des Ersatzfordernden nicht;
- c) wenn bei einzeln einzutragenden Einschreibsendungen die ordnungsgemäße Übergabe der gesuchten Sendung deshalb nicht nachgewiesen werden kann, weil die Einlieferungsverwaltung die Bestimmungen des Artikels 157 § 1 über die Einzeleintragung der Einschreibsendungen in die Briefliste C 12 oder in die Sonderlisten C 13 nicht beachtet hat.

3. Wenn der Verlust im Dienstbereich eines Luftfahrtunternehmens eingetreten ist, ist die Verwaltung des Landes, das nach Artikel 86 § 1 die Luftbeförderungskosten erhält, verpflichtet, der Einlieferungsverwaltung die an den Absender gezahlte Entschädigung zu erstatten. Es ist ihre Sache, diesen Betrag bei dem haftenden Luftfahrtunternehmen wieder einzuziehen. Wenn die Einlieferungsverwaltung aufgrund des Artikels 86 § 2 unmittelbar mit dem Luftfahrtunternehmen über die Beförderungskosten abrechnet, so muß diese selbst den Ersatz für die gezahlte Entschädigung von diesem Unternehmen verlangen.

4. Wenn jedoch der Verlust während der Beförderung eingetreten ist, ohne daß festgestellt werden kann, auf welchem Gebiet oder in welchem Dienstbereich sich der Vorfall ereignet hat, tragen die beteiligten Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen.

5. Wenn eine Einschreibsendung durch höhere Gewalt in Verlust geraten ist, haftet die Verwaltung, auf deren Gebiet oder in deren Dienstbereich der Verlust eingetreten ist, gegenüber der Einlieferungsverwaltung nur dann, wenn beide Länder für den Fall höherer Gewalt eine Haftung übernommen haben.

6. Zollabgaben und Gebühren, deren Niederschlagung nicht erreicht werden konnte, gehen zu Lasten der Verwaltungen, die für den Verlust haften.

7. Die Verwaltung, die den Ersatzbetrag gezahlt hat, tritt bis zur Höhe dieses Betrags in die Rechte des Entschädigten hinsichtlich aller etwaigen Ansprüche gegen Empfänger, Absender oder Dritte ein.

Artikel 56**Feststellung der Haftung
zwischen den Postverwaltungen.
Wertbriefe**

1. Bis zum Beweis des Gegenteils haftet die Postverwaltung, die, nachdem sie die Sendung unbeanstandet übernommen hat und in den Besitz aller vorschriftsmäßigen Nachfor-

règlementaires d'investigation, ne peut établir ni la remise au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à une autre Administration.

2. Une Administration intermédiaire ou de destination est, jusqu'à preuve du contraire et sous réserve des paragraphes 4, 7 et 8, déchargée de toute responsabilité:

- a) lorsqu'elle a observé les dispositions de l'article 165 du Règlement, relatives à la vérification individuelle des lettres avec valeur déclarée;
- b) lorsqu'elle peut établir qu'elle n'a été saisie de la réclamation qu'après la destruction des documents de service relatifs à l'envoi recherché, le délai de conservation prévu à l'article 107 du Règlement étant expiré; cette réserve ne porte pas atteinte aux droits du réclamant.

3. Jusqu'à preuve du contraire, l'Administration qui a transmis une lettre avec valeur déclarée à une autre Administration est déchargée de toute responsabilité, si le bureau d'échange auquel l'envoi a été livré n'a pas fait parvenir, par le premier courrier utilisable après la vérification, à l'Administration expéditrice un procès-verbal constatant l'absence ou l'altération, soit du paquet entier des valeurs déclarées, soit de l'envoi lui-même.

4. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite en cours de transport sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le dommage par parts égales; toutefois, si la spoliation ou l'avarie a été constatée dans le pays de destination ou, en cas de renvoi à l'expéditeur, dans le pays d'origine, il incombe à l'Administration de ce pays de le prouver:

- a) que ni le paquet, l'enveloppe ou le sac et sa fermeture, ni l'emballage et la fermeture de l'envoi ne portaient des traces apparentes de spoliation ou d'avarie;
- b) que le poids constaté lors du dépôt n'a pas varié.

Lorsque pareille preuve a été faite par l'Administration de destination ou, le cas échéant, par l'Administration d'origine, aucune des autres Administrations en cause ne peut décliner sa part de responsabilité en invoquant le fait qu'elle a livré l'envoi sans que l'Administration suivante ait formulé d'objections.

5. La responsabilité d'une Administration à l'égard des autres Administrations n'est en aucun cas engagée au-delà du maximum de déclaration de valeur qu'elle a adopté.

6. Lorsqu'une lettre avec valeur déclarée a été perdue, spoliée ou avariée dans des circonstances de force majeure, l'Administration dans le ressort territorial ou dans les services de laquelle la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu n'en est responsable envers l'Administration d'origine que si les deux Administrations se chargent des risques résultant du cas de force majeure.

7. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite sur le territoire ou dans le service d'une Administration intermédiaire qui n'assure pas le service des lettres avec valeur déclarée ou qui a adopté un maximum inférieur au montant de la perte, l'Administration d'origine supporte le dommage non couvert par l'Administration intermédiaire en vertu de l'article premier, paragraphe 3, et du paragraphe 5 du présent article.

8. La règle prévue au paragraphe 7 est également appliquée en cas de transport maritime ou aérien si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite dans le service d'une Administration qui n'accepte pas la responsabilité (article 53, paragraphe 2, chiffre 3°).

schungsunterlagen gelangt ist, weder die Auslieferung an den Empfänger noch gegebenenfalls die ordnungsmäßige Weiterleitung an eine andere Verwaltung nachweisen kann.

2. Eine Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung ist bis zum Beweis des Gegenteils und vorbehaltlich der §§ 5, 8 und 9 von jeder Haftung befreit:

- a) wenn sie bei der Einzelprüfung der Wertbriefe die Bestimmungen des Artikels 165 der Vollzugsordnung beachtet hat;
- b) wenn sie nachweisen kann, daß ihr der Nachforschungsantrag erst zugegangen ist, nachdem die die gesuchte Sendung betreffenden Dienstpapiere wegen Ablaufs der in Artikel 107 der Vollzugsordnung vorgesehenen Aufbewahrungsfrist vernichtet worden sind; dieser Vorbehalt berührt die Rechte des Ersatzfordernden nicht.

3. Bis zum Beweis des Gegenteils ist die Verwaltung, die einer anderen einen Wertbrief zugeführt hat, von jeder Haftung frei, wenn das Auswechslungsamt, dem die Sendung übergeben worden ist, der absendenden Verwaltung nicht mit der nächsten sich bietenden Beförderungsgelegenheit eine Verhandlungsschrift hat zugehen lassen, in der das Fehlen oder die Beschädigung des ganzen Bundes mit Wertbriefen oder der Sendung selbst festgestellt wird.

4. Wenn der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung während der Beförderung eingetreten ist, ohne daß festgestellt werden kann, auf welchem Gebiet oder in welchem Dienstbereich sich der Vorfall ereignet hat, tragen die beteiligten Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen; ist jedoch die Beraubung oder Beschädigung im Bestimmungsland oder im Fall der Rücksendung an den Absender im Einlieferungsland festgestellt worden, so hat die Verwaltung des betreffenden Landes nachzuweisen,

- a) daß weder das Paket, der Umschlag oder der Beutel und sein Verschuß noch die Verpackung und der Verschuß der Sendung selbst sichtbare Spuren der Beraubung oder Beschädigung zeigten;
- b) daß das Gewicht der Sendung mit dem bei der Einlieferung ermittelten übereingestimmt hat.

Wenn die Bestimmungs- oder gegebenenfalls die Einlieferungsverwaltung diesen Beweis erbracht hat, kann keine der beteiligten anderen Verwaltungen ihre Haftung unter Berufung darauf ablehnen, daß sie die Sendung der nächsten Verwaltung unbeanstandet übergeben habe.

5. Die Haftung einer Verwaltung gegenüber den anderen Verwaltungen geht keinesfalls über den von ihr festgesetzten Höchstbetrag der Wertangabe hinaus.

6. Wenn ein Wertbrief durch höhere Gewalt in Verlust geraten ist, beraubt oder beschädigt worden ist, haftet die Verwaltung, auf deren Gebiet oder in deren Dienstbereich der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung eingetreten ist, gegenüber der Einlieferungsverwaltung nur dann, wenn beide Verwaltungen für den Fall höherer Gewalt die Haftung übernommen haben.

7. Wenn der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung im Gebiet oder Dienstbereich der Verwaltung eines Durchgangslandes eingetreten ist, das den Wertbriefdienst nicht wahrnimmt oder das einen Höchstbetrag festgesetzt hat, der geringer als der Schadensbetrag ist, so trägt die Einlieferungsverwaltung den von der Zwischenverwaltung auf Grund des Artikels 1 § 3 und des § 5 dieses Artikels nicht gedeckten Schaden.

8. Die in § 7 vorgesehene Bestimmung wird auch im Falle der See- oder Luftbeförderung angewandt, wenn der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung sich im Dienstbereich einer Verwaltung ereignet hat, die keine Haftung übernimmt (Artikel 53 § 2 Ziffer 3).

9. Les droits de douane et autres dont l'annulation n'a pu être obtenue tombent à la charge des Administrations responsables de la perte, de la spoliation ou de l'avarie.

10. L'Administration qui a effectué le paiement de l'indemnité est subrogée, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, dans les droits de la personne qui l'a reçue pour tout recours éventuel soit contre le destinataire, soit contre l'expéditeur ou contre des tiers.

Article 57

Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales et les entreprises de transport aérien. Lettres avec valeur déclarée

Lorsque la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite dans le service d'une entreprise de transport aérien, l'Administration du pays qui perçoit les frais de transport selon l'article 86, paragraphe 1, est tenue, sous réserve de l'article premier, paragraphe 3, et de l'article 56, paragraphe 5, de rembourser à l'Administration d'origine l'indemnité payée à l'expéditeur. Il lui appartient de recouvrer ce montant auprès de l'entreprise de transport aérien responsable. Si, en vertu de l'article 86, paragraphe 2, l'Administration d'origine règle les frais de transport directement à la compagnie aérienne, elle doit demander elle-même le remboursement de l'indemnité à cette compagnie.

Article 58

Paiement de l'indemnité

1. Sous réserve du droit de recours contre l'Administration responsable, l'obligation de payer l'indemnité incombe soit à l'Administration d'origine, soit à l'Administration de destination dans les cas visés à l'article 50, paragraphe 5, et à l'article 51, paragraphe 7.

2. Ce paiement doit avoir lieu le plus tôt possible, et, au plus tard, dans le délai de six mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.

3. Lorsque l'Administration à qui incombe le paiement n'accepte pas de se charger des risques résultant du cas de force majeure et lorsque, à l'expiration du délai prévu au paragraphe 2, la question de savoir si la perte est due à un cas de l'espèce n'est pas encore tranchée, elle peut, exceptionnellement, différer le règlement de l'indemnité pour une nouvelle période de six mois.

4. L'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, est autorisée à désintéresser l'ayant droit pour le compte de l'Administration qui, ayant participé au transport et ayant été régulièrement saisie, a laissé s'écouler cinq mois:

- sans donner de solution définitive à l'affaire ou
- sans avoir porté à la connaissance de l'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, que la perte paraissait due à un cas de force majeure ou que l'envoi avait été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu ou saisi en vertu de la législation du pays de destination.

Article 59

Remboursement de l'indemnité à l'Administration ayant effectué le paiement

1. L'Administration responsable ou pour le compte de laquelle le paiement est effectué en conformité de l'article 58 est tenue de rembourser à l'Administration ayant effectué le paiement, et qui est dénommée Administration payeuse, le montant de l'indemnité payée à l'ayant droit dans les limites de

9. Zollabgaben und Gebühren, deren Niederschlagung nicht erreicht werden konnte, gehen zu Lasten der Verwaltungen, die für den Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung haften.

10. Die Verwaltung, die den Ersatzbetrag gezahlt hat, tritt bis zur Höhe dieses Betrags in die Rechte des Entschädigten hinsichtlich aller etwaigen Ansprüche gegen Empfänger, Absender oder Dritte ein.

Artikel 57

Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen und den Luftfahrtunternehmen. Wertbriefe

Wenn der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung im Dienstbereich eines Luftfahrtunternehmens eingetreten ist, ist die Verwaltung des Landes, das nach Artikel 86 § 1 die Luftbeförderungskosten erhält, vorbehaltlich des Artikels 1 § 3 und des Artikels 56 § 5 verpflichtet, der Einlieferungsverwaltung die an den Absender gezahlte Entschädigung zu erstatten. Es ist ihre Sache, diesen Betrag bei dem haftenden Luftfahrtunternehmen wieder einzuziehen. Wenn die Einlieferungsverwaltung auf Grund des Artikels 86 § 2 unmittelbar mit dem Luftfahrtunternehmen über die Beförderungskosten abrechnet, so muß diese selbst den Ersatz für die gezahlte Entschädigung von diesem Unternehmen verlangen.

Artikel 58

Zahlung des Ersatzbetrags

1. Zur Zahlung des Ersatzbetrags ist entweder die Einlieferungsverwaltung oder in den in Artikel 50 § 5 und Artikel 51 § 7 genannten Fällen die Bestimmungsverwaltung verpflichtet; sie kann gegebenenfalls bei der haftpflichtigen Verwaltung Rückgriff nehmen.

2. Diese Zahlung soll möglichst bald und spätestens binnen sechs Monaten, vom Tag nach Stellung des Nachforschungsantrags an gerechnet, erfolgen.

3. Wenn die zur Zahlung verpflichtete Verwaltung nicht für höhere Gewalt haftet und wenn bis zum Ablauf der in § 2 vorgesehenen Frist die Frage noch nicht entschieden ist, ob der Verlust auf höherer Gewalt beruht, kann sie die Ersatzleistung ausnahmsweise um weitere sechs Monate hinausschieben.

4. Die Einlieferungs- oder gegebenenfalls die Bestimmungsverwaltung ist berechtigt, den Ersatzberechtigten für Rechnung der an der Beförderung beteiligten Verwaltung zu entschädigen, die fünf Monate hat verstreichen lassen,

- ohne die ordnungsmäßig bei ihr anhängig gemachte Angelegenheit endgültig zu erledigen, oder
- ohne die Einlieferungs- bzw. Bestimmungsverwaltung davon zu verständigen, daß der Verlust auf einem Fall höherer Gewalt zu beruhen scheint, oder daß die Sendung von der zuständigen Behörde wegen ihres Inhalts zurückgehalten, beschlagnahmt oder vernichtet oder wegen der Gesetzgebung des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

Artikel 59

Erstattung des Ersatzbetrags an die Verwaltung, die die Zahlung geleistet hat

1. Die haftpflichtige oder diejenige Verwaltung, für deren Rechnung die Zahlung nach Artikel 58 geleistet wird, ist verpflichtet, den an den Ersatzberechtigten gezahlten Ersatzbetrag innerhalb der Grenzen des Artikels 50 § 4 der Verwaltung zu erstatten, die die Zahlung geleistet hat und die als „Zah-

l'article 50, paragraphe 4; ce versement doit avoir lieu dans un délai de quatre mois à compter de la date de la notification du paiement.

2. Si l'indemnité doit être supportée par plusieurs Administrations en conformité des articles 55 et 56, l'intégralité de l'indemnité due doit être versée à l'Administration payeuse, dans le délai mentionné au paragraphe 1, par la première Administration qui, ayant dûment reçu l'envoi réclamé, ne peut en établir la transmission régulière au service correspondant. Il appartient à cette Administration de récupérer sur les autres Administrations responsables la quote-part éventuelle de chacune d'elles dans le dédommagement de l'ayant droit.

3. Les Administrations d'origine et de destination peuvent s'entendre pour laisser en totalité la charge du dommage à celle qui doit effectuer le paiement à l'ayant droit.

4. Le remboursement à l'Administration créditrice est effectué d'après les règles de paiement prévues à l'article 12.

5. Lorsque la responsabilité a été reconnue, de même que dans le cas prévu à l'article 58, paragraphe 4, le montant de l'indemnité peut également être repris d'office sur l'Administration responsable par la voie d'un décompte quelconque soit directement, soit par l'intermédiaire d'une Administration qui établit régulièrement des décomptes avec l'Administration responsable.

6. Immédiatement après avoir payé l'indemnité, l'Administration payeuse doit communiquer à l'Administration responsable la date et le montant du paiement effectué. Si, un an après la date d'expédition de l'autorisation de paiement de l'indemnité, l'Administration payeuse n'a pas communiqué la date et le montant du paiement ou n'a pas débité le compte de l'Administration responsable, l'autorisation est considérée comme sans effet et l'Administration qui l'a reçue n'a plus le droit de réclamer le remboursement de l'indemnité éventuellement payée.

7. L'Administration dont la responsabilité est dûment établie et qui a tout d'abord décliné le paiement de l'indemnité doit prendre à sa charge tous les frais accessoires résultant du retard non justifié apporté au paiement.

8. Les Administrations peuvent s'entendre pour liquider périodiquement les indemnités qu'elles ont payées aux ayants droit et dont elles ont reconnu le bien-fondé.

Article 60

Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

1. Si, après paiement de l'indemnité, un envoi recommandé ou une lettre avec valeur déclarée ou un partie de cet envoi ou lettre antérieurement considéré comme perdu est retrouvé, l'expéditeur, ou par application de l'article 50, paragraphes 5 et 6, et de l'article 51, paragraphe 7, le destinataire, est avisé que l'envoi est tenu à sa disposition pendant une période de trois mois, contre remboursement du montant de l'indemnité payée. Il lui est demandé, en même temps, à qui l'envoi doit être remis. En cas de refus ou de non-réponse dans le délai imparti, la même démarche est effectuée auprès du destinataire ou de l'expéditeur selon le cas.

2. Si l'expéditeur ou le destinataire prend livraison de l'envoi contre remboursement du montant de l'indemnité, ce montant est restitué à l'Administration ou, s'il y a lieu, aux Administrations qui ont supporté le dommage, dans un délai d'un an à compter de la date du remboursement.

lende Verwaltung" bezeichnet wird; diese Erstattung soll innerhalb einer Frist von vier Monaten erfolgen, vom Zeitpunkt der Zahlungsmittelteilung an gerechnet.

2. Ist der Ersatzbetrag nach den Artikeln 55 und 56 von mehreren Verwaltungen zu tragen, so muß der volle geschuldete Ersatzbetrag innerhalb der in § 1 genannten Frist von der ersten Verwaltung, die die gesuchte Sendung ordnungsmäßig erhalten hat und die vorschriftsmäßige Weiterleitung an die nächste Verwaltung nicht nachweisen kann, an die zahlende Verwaltung erstattet werden. Es ist Sache der ersten Verwaltung, von jeder der anderen haftpflichtigen Verwaltungen den auf diese entfallenden etwaigen Anteil an der Entschädigung des Ersatzberechtigten einzuziehen.

3. Die Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltungen können vereinbaren, daß diejenige Verwaltung mit dem gesamten Schaden belastet bleibt, die die Zahlung an den Ersatzberechtigten zu leisten hat.

4. Die Erstattung an die Gläubigerverwaltung erfolgt nach den in Artikel 12 vorgesehenen Zahlungsrichtlinien.

5. Ist die Haftpflicht anerkannt worden oder liegt der in Artikel 58 § 4 vorgesehene Fall vor, so kann der Ersatzbetrag auch von der haftpflichtigen Verwaltung von Amts wegen durch eine beliebige Abrechnung entweder unmittelbar oder durch Vermittlung einer Verwaltung, die mit der haftenden Verwaltung regelmäßig abrechnet, eingezogen werden.

6. Unmittelbar nach Zahlung des Ersatzbetrages hat die zahlende Verwaltung der haftpflichtigen Verwaltung Datum und Betrag der geleisteten Zahlung mitzuteilen. Hat die zahlende Verwaltung ein Jahr nach Absendung der Ermächtigung zur Zahlung des Ersatzbetrages nicht Datum und Betrag der geleisteten Zahlung mitgeteilt oder das Konto der haftpflichtigen Verwaltung belastet, so wird die Ermächtigung als gegenstandslos betrachtet und die ermächtigte Verwaltung hat keinen Anspruch mehr auf den etwaig gezahlten Ersatzbetrag.

7. Hat eine Verwaltung, deren Haftpflicht ordnungsmäßig festgestellt worden ist, zunächst die Zahlung des Ersatzbetrages abgelehnt, so muß sie alle Nebenkosten übernehmen, die aus der nicht gerechtfertigten Verzögerung der Zahlung entstehen.

8. Die Verwaltungen können vereinbaren, über die an die Ersatzberechtigten gezahlten Ersatzbeträge, die sie als begründet anerkannt haben, in bestimmten Zeitabständen abzurechnen.

Artikel 60

Etwaige Wiedereinzahlung des Ersatzbetrags vom Absender oder vom Empfänger

1. Werden eine ursprünglich als in Verlust geraten angesehene Einschreibsendung oder ein Wertbrief oder ein Teil dieser Sendung oder dieses Briefes nach Zahlung des Ersatzbetrages wieder aufgefunden, so werden der Absender oder bei Anwendung der Artikel 50 §§ 5 und 6 und 51 § 7 der Empfänger verständigt, daß die Sendung innerhalb einer Zeitspanne von drei Monaten gegen Erstattung des gezahlten Ersatzbetrages zur Verfügung steht. Es wird gleichzeitig angefragt, wem die Sendung zugestellt werden soll. Im Falle der Verweigerung oder wenn innerhalb der bewilligten Frist keine Antwort eingeht, wird der gleiche Schritt beim Empfänger oder beim Absender, je nach Lage des Falls, unternommen.

2. Wenn der Absender oder der Empfänger die Sendung gegen Erstattung des Ersatzbetrags in Empfang nimmt, wird dieser Betrag der Verwaltung oder gegebenenfalls den Verwaltungen, die den Schaden getragen haben, innerhalb der Frist eines Jahres, vom Tag der Rückzahlung an gerechnet, erstattet.

3. Si l'expéditeur et le destinataire renoncent à prendre livraison de l'envoi, celui-ci devient la propriété de l'Administration ou, s'il y a lieu, des Administrations qui ont supporté le dommage.

4. Lorsque la preuve de la livraison est apportée après le délai de cinq mois prévu à l'article 58, paragraphe 4, l'indemnité versée reste à la charge de l'Administration intermédiaire ou de destination si la somme payée ne peut, pour une raison quelconque, être récupérée sur l'expéditeur.

5. En cas de découverte ultérieure d'une lettre avec valeur déclarée dont le contenu est reconnu comme étant de valeur inférieure au montant de l'indemnité payée, l'expéditeur doit rembourser le montant de cette indemnité contre remise de l'envoi, sans préjudice des conséquences découlant de la déclaration frauduleuse de valeur visée à l'article 46, paragraphe 5.

Chapitre IV

Attribution des taxes. Frais de transit et frais terminaux

Article 61

Attribution des taxes

Sauf les cas prévus par la Convention et les Arrangements, chaque Administration postale garde les taxes qu'elle a perçues.

Article 62

Frais de transit

1. Sous réserve de l'article 65, les dépêches closes échangées entre deux Administrations ou entre deux bureaux du même pays au moyen des services d'une ou de plusieurs autres Administrations (services tiers) sont soumises au paiement des frais de transit à titre de rétribution pour les prestations de services concernant le transit territorial et le transit maritime.

2. Lorsqu'un pays admet que son territoire soit traversé par un service de transport étranger sans participation de ses services selon l'article 3, les dépêches ainsi acheminées ne sont pas soumises au paiement des frais de transit territorial.

3. Sont considérés comme services tiers, à moins d'entente spéciale, les transports maritimes effectués directement entre deux pays au moyen de navires de l'un d'eux.

4. Le transit maritime commence au moment où les dépêches sont déposées sur le quai maritime desservant le navire dans le port de départ et prend fin lorsqu'elles sont remises sur le quai maritime du port de destination.

3. Wenn Absender und Empfänger auf die Auslieferung der Sendung verzichten, geht diese in das Eigentum der Verwaltung oder gegebenenfalls der Verwaltungen über, die den Schaden getragen haben.

4. Wenn der Beweis der Auslieferung erst nach Ablauf der in Artikel 58 § 4 vorgesehenen Frist von fünf Monaten erbracht wird, so bleibt die Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung mit dem gezahlten Ersatzbetrag belastet, sofern die gezahlte Summe aus irgendeinem Grunde vom Absender nicht wieder eingezogen werden kann.

5. Wird ein Wertbrief nachträglich wieder aufgefunden und festgestellt, daß der Inhalt einen geringeren Wert besitzt als der gezahlte Ersatzbetrag, so muß der Absender diesen Ersatzbetrag, unbeschadet der in Artikel 46 § 5 vorgesehenen Folgen der betrügerischen Wertangabe, zurückzahlen; die Sendung wird ihm ausgeliefert.

Kapitel IV

Gebührenanrechte. Durchgangs- und Endvergütungen

Artikel 61

Gebührenanrechte

Jede Postverwaltung behält die von ihr erhobenen Gebühren, soweit nicht im Vertrag und in den Abkommen etwas anderes vorgesehen ist.

Artikel 62

Durchgangsvergütungen

1. Vorbehaltlich des Artikels 65 unterliegen Briefkartenschlüsse, die zwischen zwei Verwaltungen oder zwischen zwei Postämtern desselben Landes durch Vermittlung einer oder mehrerer anderer Verwaltungen (Dienste Dritter) ausgetauscht werden, der Zahlung von Durchgangsvergütungen als Entgelt für die Dienstleistungen des Landdurchgangs und des Seedurchgangs.

2. Wenn ein Land zuläßt, daß sein Gebiet gemäß Artikel 3 ohne Beteiligung seiner Dienste von einem ausländischen Beförderungsunternehmen durchquert wird, unterliegen die so beförderten Kartenschlüsse nicht der Zahlung der Landdurchgangsvergütungen.

3. Sofern nichts anderes vereinbart wurde, gelten Seebeförderungen, die unmittelbar zwischen zwei Ländern durch Schiffe eines dieser Länder ausgeführt werden, als Dienste Dritter.

4. Der Seedurchgang beginnt, wenn die Kartenschlüsse auf dem Kai des Abgangshafens abgelegt sind, von dem aus das Schiff beladen wird, und er endet, wenn die Kartenschlüsse auf dem Kai des Bestimmungshafens gelöscht sind.

Article 63

Barèmes des frais de transit

1. Les frais de transit prévus à l'article 62, paragraphe 1, sont calculés d'après les barèmes indiqués dans le tableau ci-après:

Parcours	Frais par kg brut	
1	2	
	fr-or	DTS
1° Parcours territoriaux exprimés en kilomètres		
Jusqu'à 300 km	0,50	0,163
Au-delà de 300 jusqu'à 600	0,68	0,222
600 1 000	0,85	0,278
1 000 1 500	1,03	0,336
1 500 2 000	1,20	0,392
2 000 2 500	1,37	0,448
2 500 3 000	1,52	0,497
3 000 3 800	1,70	0,555
3 800 4 600	1,91	0,624
4 600 5 500	2,12	0,693
5 500 6 500	2,34	0,764
6 500 7 500	2,57	0,840
7 500 par 1 000 km en sus	0,19	0,062
2° Parcours maritimes		
a) exprimés en milles marins		
Jusqu'à 300 milles marins	0,47	0,154
Au-delà de 300 jusqu'à 600	0,59	0,193
600 1 000	0,67	0,219
1 000 1 500	0,74	0,242
1 500 2 000	0,81	0,265
2 000 2 500	0,86	0,281
2 500 3 000	0,91	0,297
3 000 3 500	0,95	0,310
3 500 4 000	0,99	0,323
4 000 5 000	1,04	0,340
5 000 6 000	1,10	0,359
6 000 7 000	1,16	0,379
7 000 8 000	1,20	0,392
8 000 par 1 000 milles marins en sus	0,04	0,013
b) exprimés en kilomètres après conversion sur la base de 1 mille marin = 1,852 km		
Jusqu'à 556 km	0,47	0,154
Au-delà de 556 jusqu'à 1 111	0,59	0,193
1 111 1 852	0,67	0,219
1 852 2 778	0,74	0,242
2 778 3 704	0,81	0,265
3 704 4 630	0,86	0,281
4 630 5 556	0,91	0,297
5 556 6 482	0,95	0,310
6 482 7 408	0,99	0,323
7 408 9 260	1,04	0,340
9 260 11 112	1,10	0,359
11 112 12 964	1,16	0,379
12 964 14 816	1,20	0,392
14 816 par 1 852 km en sus	0,04	0,013

2. Les distances servant à déterminer les frais de transit d'après le tableau du paragraphe 1 sont empruntées:

- à la Liste des distances kilométriques afférentes aux parcours territoriaux des dépêches en transit, prévue à l'article 111, paragraphe 2, lettre c), du Règlement, en ce qui concerne les parcours territoriaux;

Artikel 63

Tabellen der Durchgangsvergütungen

1. Die in Artikel 62 § 1 vorgesehenen Durchgangsvergütungen werden nach den in der nachstehenden Übersicht enthaltenen Tabellen berechnet:

Beförderungsweg	Vergütung für 1 kg brutto	
1	2	
	F	SZR
1. Landwegstrecken in Kilometern		
bis 300 km	0,50	0,163
über 300 bis 600 km	0,68	0,222
über 600 bis 1 000 km	0,85	0,278
über 1 000 bis 1 500 km	1,03	0,336
über 1 500 bis 2 000 km	1,20	0,392
über 2 000 bis 2 500 km	1,37	0,448
über 2 500 bis 3 000 km	1,52	0,497
über 3 000 bis 3 800 km	1,70	0,555
über 3 800 bis 4 600 km	1,91	0,624
über 4 600 bis 5 500 km	2,12	0,693
über 5 500 bis 6 500 km	2,34	0,764
über 6 500 bis 7 500 km	2,57	0,840
über 7 500 je weitere 1 000 km	0,19	0,062
2. Seewegstrecken		
a) in Seemeilen		
bis 300 Seemeilen	0,47	0,154
über 300 bis 600 Seemeilen	0,59	0,193
über 600 bis 1 000 Seemeilen	0,67	0,219
über 1 000 bis 1 500 Seemeilen	0,74	0,242
über 1 500 bis 2 000 Seemeilen	0,81	0,265
über 2 000 bis 2 500 Seemeilen	0,86	0,281
über 2 500 bis 3 000 Seemeilen	0,91	0,297
über 3 000 bis 3 500 Seemeilen	0,95	0,310
über 3 500 bis 4 000 Seemeilen	0,99	0,323
über 4 000 bis 5 000 Seemeilen	1,04	0,340
über 5 000 bis 6 000 Seemeilen	1,10	0,359
über 6 000 bis 7 000 Seemeilen	1,16	0,379
über 7 000 bis 8 000 Seemeilen	1,20	0,392
über 8 000 Seemeilen für jede weiteren 1 000 Seemeilen	0,04	0,013
b) in Kilometern nach Umrechnung nach dem Verhältnis 1 Seemeile = 1,852 km		
bis 556 km	0,47	0,154
über 556 bis 1 111 km	0,59	0,193
über 1 111 bis 1 852 km	0,67	0,219
über 1 852 bis 2 778 km	0,74	0,242
über 2 778 bis 3 704 km	0,81	0,265
über 3 704 bis 4 630 km	0,86	0,281
über 4 630 bis 5 556 km	0,91	0,297
über 5 556 bis 6 482 km	0,95	0,310
über 6 482 bis 7 408 km	0,99	0,323
über 7 408 bis 9 260 km	1,04	0,340
über 9 260 bis 11 112 km	1,10	0,359
über 11 112 bis 12 964 km	1,16	0,379
über 12 964 bis 14 816 km	1,20	0,392
über 14 816 km für jede weiteren 1 852 km	0,04	0,013

2. Als Unterlagen für die Entfernungen zur Feststellung der Durchgangsvergütungen nach der Übersicht in § 1 dienen:

- soweit es sich um Landwegstrecken handelt, das Verzeichnis der Entfernungen in Kilometern für die Landwegstrecken der Durchgangskartenschlüsse nach Artikel 111 § 2 Buchstabe c der Vollzugsordnung;

– à la Liste des lignes de paquebots, prévue à l'article 111, paragraphe 2, lettre d), du Règlement, en ce qui concerne les parcours maritimes.

– soweit es sich um Seewegstrecken handelt, das Verzeichnis der Schifffahrtslinien nach Artikel 111 § 2 Buchstabe d der Vollzugsordnung.

Article 64

Frais terminaux

1. Sous réserve de l'article 65, chaque Administration qui reçoit dans ses échanges par les voies aérienne et de surface avec une autre Administration une quantité plus grande d'envois de la poste aux lettres qu'elle n'en expédie a le droit de percevoir de l'Administration expéditrice, à titre de compensation, une rémunération pour les frais que lui occasionne le courrier international reçu en plus.

2. La rémunération prévue au paragraphe 1, par kilogramme de courrier reçu en plus, est de:

- a) 8 francs-or (2,614 DTS) pour les LC et AO (à l'exclusion des imprimés expédiés par sacs spéciaux visés à l'article 19, paragraphe 8);
- b) 2 francs-or (0,653 DTS) pour les imprimés expédiés par sacs spéciaux visés à l'article 19, paragraphe 8 (sacs M).

3. Toute Administration peut renoncer totalement ou partiellement à la rémunération prévue au paragraphe 1.

Article 65

Exemption de frais de transit et de frais terminaux

Sont exempts des frais de transit territorial ou maritime et des frais terminaux du courrier de surface, les envois postaux non distribués retournés à l'origine, ainsi que les envois de sacs postaux vides. Ces derniers sont également exempts des frais terminaux du courrier-avion.

Article 66

Services extraordinaires

Les frais de transit spécifiés à l'article 63 ne s'appliquent pas au transport au moyen de services extraordinaires spécialement créés ou entretenus par une Administration postale sur la demande d'une ou de plusieurs autres Administrations. Les conditions de cette catégorie de transport sont réglées de gré à gré entre les Administrations intéressées.

Article 67

Décompte des frais de transit et des frais terminaux

1. Le décompte des frais de transit et des frais terminaux du courrier de surface (y compris le courrier de surface transporté par la voie aérienne) est établi pour chaque Administration d'après les poids annuels de chacune des deux catégories LC/AO et sacs M. Ces poids sont calculés d'après, d'une part, le nombre réel annuel des sacs LC/AO et des sacs M et, d'autre part, le poids moyen des sacs de ces deux catégories déterminé selon leur poids réel au cours d'une période de statistique. Le Règlement d'exécution fixe les modalités de cette statistique.

2. Le décompte des frais terminaux du courrier-avion est établi pour chaque Administration d'après le poids réel annuel de chacune des deux catégories LC/AO et sacs M.

3. Les Administrations intéressées peuvent convenir de décompter le courrier de surface ou le courrier de surface transporté par la voie aérienne sur la base du poids réel ou d'une manière différente. Elles peuvent également convenir d'une périodicité autre que celle prévue au Règlement d'exécution pour la période statistique. En ce qui concerne les frais

Artikel 64

Endvergütungen

1. Vorbehaltlich des Artikels 65 kann jede Verwaltung, die im Verkehr mit einer anderen Verwaltung auf dem Luft- und auf dem Land- und Seeweg eine größere Menge Briefsendungen empfängt, als sie an diese absendet, zum Ausgleich der Kosten, die ihr die mehr erhaltene Auslandsbriefpost verursacht, von der Absendeverwaltung eine Vergütung verlangen.

2. Die Vergütung nach § 1 je 1 Kilogramm der mehr erhaltenen Briefpost beträgt:

- a) 8 Goldfranken (2,614 SZR) für LC- und AO-Sendungen (ausgenommen die in besonderen Beuteln versandten Drucksachen nach Artikel 19 § 8).
- b) 2 Goldfranken (0,653 SZR) für die in besonderen Beuteln nach Artikel 19 § 8 versandten Drucksachen (M-Beutel).

3. Jede Verwaltung kann ganz oder teilweise auf die in § 1 vorgesehene Vergütung verzichten.

Artikel 65

Befreiung von Durchgangs- und Endvergütungen

Die an den Einlieferungsort zurückgesandten nicht ausgelieferten Postsendungen sowie Versande mit leeren Postbeuteln sind von Land- und Seedurchgangsvergütungen und Endvergütungen für Briefsendungen des Land- und Seewegs befreit. Letztere sind auch von den Endvergütungen für Luftpostbriefsendungen befreit.

Artikel 66

Außergewöhnliche Verbindungen

Die Durchgangsvergütungen nach Artikel 63 gelten nicht für die Beförderungen mit außergewöhnlichen Verbindungen, die von einer Verwaltung auf Verlangen einer oder mehrerer anderer Verwaltungen eigens eingerichtet oder unterhalten werden. Die Bedingungen hierfür werden zwischen den beteiligten Verwaltungen in freier Vereinbarung festgelegt.

Artikel 67

Abrechnung über Durchgangs- und Endvergütungen

1. Die Abrechnung über die Durchgangs- und Endvergütungen für Briefpost des Land- und Seewegs (einschließlich der auf dem Luftweg beförderten Briefpost des Land- und Seewegs) erfolgt für jede Verwaltung aufgrund der jährlichen Gewichte jeder der beiden Kategorien LC/AO und M-Beutel. Diese Gewichte werden einerseits auf der Grundlage der tatsächlichen Zahl der LC/AO-Beutel und der M-Beutel und andererseits nach dem Durchschnittsgewicht der Beutel der beiden Kategorien berechnet, das während einer statistischen Ermittlungszeit nach ihrem tatsächlichen Gewicht bestimmt wird. Einzelheiten dieser statistischen Ermittlung werden durch die Vollzugsordnung festgelegt.

2. Die Abrechnung über die Endvergütungen für Luftpostbriefsendungen wird für jede Verwaltung aufgrund des tatsächlichen jährlichen Gewichts jeder der beiden Kategorien LC/AO und M-Beutel aufgestellt.

3. Die beteiligten Verwaltungen können vereinbaren, über die Briefsendungen des Land- und Seewegs oder über die auf dem Luftweg beförderten Briefsendungen des Land- und Seewegs auf der Grundlage des tatsächlichen Gewichts oder auf eine andere Art abzurechnen. Sie können ebenfalls eine andere als die in der Vollzugsordnung für die statistischen

terminaux du courrier-avion, les Administrations peuvent s'entendre pour appliquer dans leurs relations réciproques une méthode statistique simplifiée pour déterminer ces frais.

4. L'Administration débitrice est exonérée de tout paiement lorsque le solde annuel ne dépasse pas:

- 25 francs-or (8,17 DTS) pour les frais de transit;
- 500 francs-or (163,35 DTS) pour les frais terminaux en prenant en compte séparément le courrier de surface et le courrier-avion.

5. Toute Administration est autorisée à soumettre à l'appréciation d'une Commission d'arbitres les résultats annuels qui d'après elle diffèreraient trop de la réalité. Cet arbitrage est constitué ainsi qu'il est prévu à l'article 127 du Règlement général.

6. Les arbitres ont le droit de fixer en bonne justice le montant des frais de transit ou des frais terminaux à payer.

Article 68

Paielements des frais de transit

1. Les frais de transit sont à la charge de l'Administration d'origine des dépêches et payables sous réserve du paragraphe 3 aux Administrations des pays traversés, ou dont les services participent au transport territorial ou maritime des dépêches.

2. Lorsque l'Administration du pays traversé ne participe pas au transport territorial ou maritime des dépêches, les frais de transit correspondants sont payables à l'Administration de destination si celle-ci supporte les coûts afférents à ce transit.

3. Les frais de transport maritime des dépêches en transit peuvent être réglés directement entre les Administrations postales d'origine des dépêches et les compagnies de navigation maritime ou leurs agents, moyennant l'accord préalable de l'Administration postale du port d'embarquement concerné.

Article 69

Frais de transit des dépêches déviées ou mal acheminées

Les dépêches déviées ou mal acheminées sont considérées, en ce qui concerne le paiement des frais de transit, comme si elles avaient suivi leur voie normale; les Administrations participant au transport desdites dépêches n'ont dès lors aucun droit de percevoir, de ce chef, des bonifications des Administrations expéditrices, mais ces dernières restent redevables des frais de transit y relatifs aux Administrations postales dont elles empruntent régulièrement l'intermédiaire.

Article 70

Echange de dépêches closes avec des unités militaires mises à la disposition de l'Organisation des Nations Unies et avec des bâtiments ou des avions de guerre

1. Des dépêches closes peuvent être échangées entre les bureaux de poste de l'un des Pays-membres et les commandants des unités militaires mises à la disposition de l'Organisation des Nations Unies et entre le commandant d'une de ces unités militaires et le commandant d'une autre unité militaire mise à la disposition de l'Organisation des Nations Unies par l'intermédiaire des services territoriaux, maritimes ou aériens d'autres pays.

Ermittlungen vorgesehene Häufigkeit vereinbaren. Bezüglich der Endvergütungen für Luftpostbriefsendungen können die Verwaltungen in ihren gegenseitigen Beziehungen ein vereinfachtes Ermittlungsverfahren zur Festsetzung dieser Kosten vereinbaren.

4. Die Schuldnerverwaltung ist von jeder Zahlung befreit, wenn die jährliche Abrechnung

- 25 Goldfranken (8,17 SZR) an Durchgangsvergütungen
- 500 Goldfranken (163,35 SZR) an Endvergütungen

nicht überschreitet, wobei Briefsendungen des Land- und Seewegs und Luftpostbriefsendungen getrennt behandelt werden.

5. Jede Verwaltung kann die jährlichen Ergebnisse, die nach ihrer Meinung zu sehr von der Wirklichkeit abweichen, einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorlegen. Dieses Schiedsgericht wird nach Artikel 127 der Allgemeinen Verfahrensordnung gebildet.

6. Die Schiedsrichter können den zu zahlenden Betrag der Durchgangs- und Endvergütungen nach billigem Ermessen festsetzen.

Artikel 68

Zahlung der Durchgangsvergütungen

1. Die Durchgangsvergütungen gehen zu Lasten der Absenderverwaltung der Kartenschlüsse und sind vorbehaltlich des § 3 an die Verwaltungen der Durchgangsländer oder der Länder zu zahlen, deren Dienste bei der Land- oder Seebeförderung der Kartenschlüsse beteiligt sind.

2. Wenn die Verwaltung des Durchgangslands nicht an der Land- oder Seebeförderung der Kartenschlüsse beteiligt ist, sind die entsprechenden Durchgangsvergütungen an die Bestimmungsverwaltung zu zahlen, wenn sie die auf den Durchgang entfallenden Kosten trägt.

3. Die Seebeförderungskosten für Durchgangskartenschlüsse können unmittelbar zwischen den Absenderpostverwaltungen der Kartenschlüsse und den Reedereien oder ihren Vertretern nach vorheriger Zustimmung der Postverwaltung des betreffenden Verladehafens abgerechnet werden.

Artikel 69

Durchgangsvergütungen für vom Leitweg abgekommene oder fehlgeleitete Kartenschlüsse

Vom Leitweg abgekommene oder fehlgeleitete Kartenschlüsse werden hinsichtlich der Zahlung der Durchgangsvergütungen so berücksichtigt, als ob sie den normalen Weg genommen hätten; die an der Beförderung dieser Kartenschlüsse beteiligten Verwaltungen dürfen infolgedessen dafür keine Vergütungen von den Absenderverwaltungen erheben; diese letzteren schulden jedoch die entsprechenden Durchgangsvergütungen den Postverwaltungen, deren Vermittlung sie regelmäßig in Anspruch nehmen.

Artikel 70

Austausch von Kartenschlüssen mit den der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellten Militäreinheiten und mit Kriegsschiffen und Militärflugzeugen

1. Zwischen Postämtern eines Mitgliedslandes und den Befehlshabern von Militäreinheiten, die der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt sind, und zwischen dem Befehlshaber einer dieser Militäreinheiten und dem Befehlshaber einer anderen der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellten Militäreinheit können Kartenschlüsse durch die Land-, See- oder Luftverbindungen anderer Länder ausgetauscht werden.

2. Un échange de dépêches closes peut aussi être effectué entre les bureaux de poste de l'un des Pays-membres et les commandants de divisions navales ou aériennes ou de bâtiments ou avions de guerre de ce même pays en station à l'étranger, ou entre le commandant d'une de ces divisions navales ou aériennes ou d'un de ces bâtiments ou avions de guerre et le commandant d'une autre division ou d'un autre bâtiment ou avion de guerre du même pays, par l'intermédiaire des services territoriaux, maritimes ou aériens d'autres pays.

3. Les envois de la poste aux lettres compris dans les dépêches visées aux paragraphes 1 et 2 doivent être exclusivement à l'adresse ou en provenance des membres des unités militaires ou des états-majors et des équipages des bâtiments ou avions de destination ou expéditeurs des dépêches. Les tarifs et les conditions d'envoi qui leur sont applicables sont déterminés, d'après sa réglementation, par l'Administration postale du pays qui a mis à disposition l'unité militaire ou auquel appartiennent les bâtiments ou les avions.

4. Sauf entente spéciale, l'Administration du pays qui a mis à disposition l'unité militaire ou dont relèvent les bâtiments ou avions de guerre est redevable, envers les Administrations concernées, des frais de transit des dépêches calculés conformément à l'article 63, des frais terminaux calculés conformément à l'article 64 et des frais de transport aérien calculés conformément à l'article 83.

2. Zwischen Postämtern eines Mitgliedslandes und den Befehlshabern von See- beziehungsweise Luftgeschwadern oder Kriegsschiffen oder Militärflugzeugen desselben Landes, die sich im Ausland befinden, oder zwischen dem Befehlshaber einer dieser See- beziehungsweise Luftgeschwader oder einem dieser Kriegsschiffe beziehungsweise Militärflugzeuge und dem Befehlshaber eines anderen Geschwaders oder eines anderen Kriegsschiffes beziehungsweise Militärflugzeugs desselben Landes können gleichfalls Kartenschlüsse durch die Land-, See- oder Luftverbindungen eines anderen Landes ausgetauscht werden.

3. Die in den Kartenschlüssen nach den §§ 1 und 2 enthaltenen Briefsendungen dürfen nur an die Angehörigen der Militäreinheiten oder an die Stäbe und Besatzungen der die Kartenschlüsse empfangenden oder absendenden Schiffe beziehungsweise Flugzeuge gerichtet sein oder von ihnen herrühren. Die Gebühren und Versendungsbedingungen hierfür werden von der Postverwaltung des Landes, das die Militäreinheit zur Verfügung gestellt hat oder dem die Schiffe oder Flugzeuge gehören, nach ihren Vorschriften festgesetzt.

4. Wenn nichts anderes vereinbart ist, schuldet die Postverwaltung des Landes, das die Militäreinheit zur Verfügung gestellt hat oder dem die Kriegsschiffe oder Militärflugzeuge unterstehen, den betroffenen Verwaltungen für die Kartenschlüsse Durchgangvergütungen, die nach Artikel 63, Endvergütungen, die nach Artikel 64, sowie Luftbeförderungskosten, die nach Artikel 83 berechnet werden.

Troisième partie

Transport aérien des envois de la poste aux lettres

Titre I

Correspondances-avion

Chapitre I

Dispositions générales

Article 71

Correspondances-avion

Les envois de la poste aux lettres transportés par la voie aérienne avec priorité sont dénommés «correspondances-avion».

Article 72

Aéogrammes

1. Chaque Administration a la faculté d'admettre les aéogrammes, qui sont des lettres-avion.

2. L'aéogramme est constitué par une feuille de papier, convenablement pliée et collée sur tous ses côtés, dont les dimensions, sous cette forme, doivent être les suivantes:

- a) dimensions minimales: identiques à celles prescrites pour les lettres;
- b) dimensions maximales: 110 x 220 mm;

et telles que la longueur soit égale ou supérieure à la largeur multipliée par $\sqrt{2}$ (valeur approchée: 1,4).

3. Le recto de l'aéogramme est réservé à l'adresse, à l'affranchissement et aux mentions ou étiquettes de service. Il porte obligatoirement la mention imprimée «Aéogramme» et, facultativement, une mention équivalente dans la langue du pays d'origine. L'aéogramme ne doit contenir aucun objet. Il

Dritter Teil

Beförderung der Briefsendungen auf dem Luftweg

Titel I

Luftpostbriefsendungen

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 71

Luftpostbriefsendungen

Die mit Vorrang auf dem Luftweg beförderten Briefsendungen werden als Luftpostbriefsendungen bezeichnet.

Artikel 72

Aerogramme (Luftpostleichtbriefe)

1. Jede Verwaltung kann Aerogramme als Luftpostbriefe zulassen.

2. Das Aerogramm besteht aus einem Blatt Briefpapier, das so gefaltet und an allen Seiten geklebt wird, daß es in dieser Form folgende Maße hat:

- a) Mindestmaße: wie die für Briefe vorgeschrieben;
- b) Höchstmaße: 110 mm x 220 mm;

wobei die Länge mindestens der mit $\sqrt{2}$ (ungefährer Wert 1,4) multiplizierten Breite entsprechen muß.

3. Die Vorderseite des Aerogramms ist für die Anschrift, die Freimachung und die Dienstvermerke oder die dienstlichen Klebezettel bestimmt. Sie muß den gedruckten Vermerk „Aerogramme“ tragen. Eine entsprechende Bezeichnung in der Sprache des Einlieferungslandes ist freigestellt. Das Aero-

peut être expédié sous recommandation si la réglementation du pays d'origine le permet.

4. Chaque Administration fixe, dans les limites définies au paragraphe 2, les conditions d'émission, de fabrication et de vente des aérogrammes.

5. Les correspondances-avion déposées comme aérogrammes mais ne remplissant pas les conditions fixées ci-dessus sont traitées conformément à l'article 77. Néanmoins, les Administrations ont la faculté de les transmettre dans tous les cas par la voie de surface.

Article 73

Correspondances-avion surtaxées et non surtaxées

1. Les correspondances-avion se subdivisent, sous le rapport des taxes, en correspondances-avion surtaxées et en correspondances-avion non surtaxées.

2. En principe, les correspondances-avion acquittent, en sus des taxes autorisées par la Convention et les divers Arrangements, des surtaxes de transport aérien; les envois postaux visés aux articles 16 et 17 sont passibles des mêmes surtaxes. Toutes ces correspondances sont dénommées correspondances-avion surtaxées.

3. Les Administrations ont la faculté de ne percevoir aucune surtaxe de transport aérien sous réserve d'en informer les Administrations des pays de destination; les envois admis dans ces conditions sont dénommés correspondances-avion non surtaxées.

4. Les envois relatifs au service postal visés à l'article 15, à l'exception de ceux qui émanent des organes de l'Union postale universelle et des Unions restreintes, n'acquittent pas les surtaxes aériennes.

5. Les aérogrammes, tels qu'ils sont décrits à l'article 72, acquittent une taxe au moins égale à celle qui est applicable, dans le pays d'origine, à une lettre non surtaxée du premier échelon de poids du service international.

Article 74

Surtaxes aériennes

1. Les Administrations établissent les surtaxes aériennes à percevoir pour l'acheminement. Elles ont la faculté d'adopter, pour la fixation des surtaxes, des échelons de poids inférieurs à ceux qui sont prévus à l'article 19.

2. Les surtaxes doivent être en relation avec les frais du transport aérien. En règle générale, l'ensemble du produit des surtaxes ne doit pas dépasser les frais à payer pour ce transport.

3. Les surtaxes doivent être uniformes pour tout le territoire d'un même pays de destination, quel que soit l'acheminement utilisé.

4. Les Administrations ont la faculté de fixer des surtaxes aériennes moyennes, correspondant chacune à un groupe de pays de destination.

5. Les surtaxes doivent être acquittées au départ.

6. Chaque Administration est autorisée à tenir compte, pour le calcul de la surtaxe applicable à une correspondance-avion, du poids des formules à l'usage du public éventuellement jointes. Le poids de l'avis de réception est toujours pris en considération.

Article 75

Taxes combinées

1. Par dérogation à l'article 74, les Administrations peuvent fixer des taxes combinées pour l'affranchissement des correspondances-avion, en tenant compte:

gramm darf keine Einlage enthalten. Es kann eingeschrieben versandt werden, wenn das nach den Bestimmungen des Einlieferungslandes zulässig ist.

4. Jede Verwaltung setzt innerhalb der in § 2 festgelegten Grenzen die Bedingungen für Ausgabe, Herstellung und Verkauf der Aerogramme fest.

5. Luftpostbriefsendungen, die als Aerogramme eingeliefert sind, jedoch die oben festgesetzten Bedingungen nicht erfüllen, werden nach Artikel 77 behandelt. Die Verwaltungen können sie jedoch in jedem Fall auf dem Land- und Seeweg befördern.

Artikel 73

Zuschlagpflichtige und nicht zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen

1. Luftpostbriefsendungen werden hinsichtlich der Gebühren in zuschlagpflichtige und nicht zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen unterteilt.

2. Für Luftpostbriefsendungen sind grundsätzlich neben den im Weltpostvertrag und in den verschiedenen Abkommen vorgesehenen Gebühren Luftpostzuschläge zu entrichten; für Postsendungen nach den Artikeln 16 und 17 sind die gleichen Zuschläge zu erheben. Alle diese Sendungen werden als zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen bezeichnet.

3. Die Verwaltungen können davon absehen, einen Luftpostzuschlag zu erheben, müssen jedoch die Verwaltungen der Bestimmungsländer davon verständigen; die unter diesen Bedingungen zugelassenen Sendungen werden als nicht zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen bezeichnet.

4. Für postdienstliche Briefsendungen nach Artikel 15, mit Ausnahme der von den Organen des Weltpostvereins und der Engeren Vereine ausgehenden Briefsendungen, sind keine Luftpostzuschläge zu entrichten.

5. Für Aerogramme nach Artikel 72 ist eine Gebühr zu erheben, die mindestens derjenigen entsprechen muß, die im Einlieferungsland für einen nicht zuschlagpflichtigen Auslandsbrief der ersten Gewichtsstufe erhoben wird.

Artikel 74

Luftpostzuschläge

1. Die Verwaltungen setzen die Luftpostzuschläge für die Beförderung fest. Sie können für die Festsetzung der Zuschläge Gewichtsstufen zulassen, die niedriger sind als die in Artikel 19 vorgesehenen.

2. Die Zuschläge müssen in Beziehung zu den Luftbeförderungskosten stehen. Im allgemeinen darf der Gesamtbetrag der Zuschläge die für die Beförderung zu zahlenden Kosten nicht übersteigen.

3. Die Zuschläge müssen für das ganze Gebiet eines Bestimmungslandes einheitlich sein, unabhängig davon, welcher Leitweg benutzt wird.

4. Die Verwaltungen können mittlere Luftpostzuschläge festsetzen, die jeweils für eine Gruppe von Bestimmungsländern gelten.

5. Die Zuschläge müssen beim Abgang entrichtet sein.

6. Jede Verwaltung kann bei Berechnung des Zuschlags für eine Luftpostbriefsendung das Gewicht der gegebenenfalls beigefügten Formblätter für Postbenutzer berücksichtigen. Das Gewicht des Rückscheins ist stets zu berücksichtigen.

Artikel 75

Gesamtgebühren

1. Abweichend von Artikel 74 können die Verwaltungen zur Freimachung der Luftpostbriefsendungen Gesamtgebühren festsetzen unter Berücksichtigung:

- a) du coût de leurs prestations postales;
- b) des frais à payer pour le transport aérien.

Les Administrations ont la faculté de retenir comme coût visé sous lettre a) les taxes de base qu'elles ont fixées conformément à l'article 19. Lorsque les échelons de poids adoptés pour fixer les taxes combinées sont inférieurs à ceux qui sont prévus à l'article 19, les taxes de base peuvent être réduites dans la même proportion.

2. A l'exception des articles 77 et 80, les dispositions concernant les surtaxes aériennes s'appliquent par analogie aux taxes combinées.

Article 76

Modalités d'affranchissement

Outre les modalités prévues à l'article 28, l'affranchissement des correspondances-avion surtaxées peut être représenté par une mention indiquant que la totalité de l'affranchissement a été payée, par exemple, «Taxe perçue». Cette mention doit figurer dans la partie supérieure droite de la suscription et doit être appuyée de l'empreinte du timbre à date du bureau d'origine.

Article 77

Correspondances-avion surtaxées non ou insuffisamment affranchies

1. Les correspondances-avion surtaxées non ou insuffisamment affranchies dont la régularisation par les expéditeurs n'est pas possible sont traitées comme il suit:

- a) en cas d'absence totale d'affranchissement, les correspondances-avion surtaxées sont traitées conformément aux articles 27 et 30; les envois dont l'affranchissement n'est pas obligatoire au départ sont acheminés par les moyens de transport normalement utilisés pour les correspondances non surtaxées;
- b) en cas d'insuffisance d'affranchissement, les correspondances-avion surtaxées sont transmises par la voie aérienne si les taxes acquittées représentent au moins le montant de la surtaxe aérienne; toutefois, l'Administration d'origine a la faculté de transmettre ces envois par la voie aérienne lorsque les taxes acquittées représentent au moins 75 pour cent de la surtaxe ou 50 pour cent de la taxe combinée. Au-dessous de ces limites, les envois sont traités conformément à l'article 27. Dans les autres cas, l'article 30 est applicable.

2. Si les éléments nécessaires au calcul du montant de la taxe à percevoir n'ont pas été indiqués par l'Administration d'origine, les correspondances-avion sont considérées comme dûment affranchies et sont traitées en conséquence.

Article 78

Acheminement des correspondances-avion et des dépêches-avion en transit

1. Les Administrations sont tenues d'acheminer par les communications aériennes qu'elles utilisent pour le transport de leurs propres correspondances-avion les envois de l'espèce qui leur parviennent des autres Administrations.

2. Les Administrations des pays qui ne disposent pas d'un service aérien acheminent les correspondances-avion par les voies les plus rapides utilisées par la poste; il en est de même si, pour une raison quelconque, l'acheminement par voie de surface offre des avantages sur l'utilisation des lignes aériennes.

3. Les dépêches-avion closes doivent être acheminées par le vol demandé par l'Administration du pays d'origine, sous réserve que ce vol soit utilisé par l'Administration du pays de

- a) der Kosten ihrer postseitigen Leistungen;
- b) der für die Luftbeförderung zu zahlenden Kosten.

Als Kosten der unter Buchstabe a) genannten Art können die Verwaltungen die nach Artikel 19 festgesetzten Grundgebühren einbehalten. Wenn die für die Festsetzung der Gesamtgebühr angewendeten Gewichtsstufen niedriger sind als die nach Artikel 19 vorgesehenen, können die Grundgebühren im gleichen Verhältnis ermäßigt werden.

2. Mit Ausnahme der Artikel 77 und 80 werden die Vorschriften über die Luftpostzuschläge entsprechend auf die Gesamtgebühren angewendet.

Artikel 76

Arten der Freimachung

Neben den nach Artikel 28 vorgesehenen Möglichkeiten kann die Freimachung der zuschlagpflichtigen Luftpostbriefsendungen durch einen Vermerk über die vollständige Entrichtung der Gebühr dargestellt werden, zum Beispiel „Taxe perçue“. Dieser Vermerk ist in der rechten oberen Ecke der Aufschriftseite der Sendung anzubringen und ihm ist ein Abdruck des Tagesstempels des Einlieferungsamts hinzuzufügen.

Artikel 77

Nicht oder unzureichend freigemachte zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen

1. Nicht oder unzureichend freigemachte zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen, deren vollständige Freimachung durch den Absender nicht möglich ist, werden wie folgt behandelt:

- a) nicht freigemachte zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen werden nach den Artikeln 27 und 30 behandelt; die Sendungen, die nicht dem Freimachungszwang beim Abgang unterliegen, werden mit den normalerweise für nicht zuschlagpflichtige Briefsendungen benutzten Beförderungsmitteln weitergeleitet;
- b) unzureichend freigemachte zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen werden auf dem Luftweg befördert, wenn die entrichteten Gebühren mindestens den Luftpostzuschlag decken; die Einlieferungsverwaltung kann diese Sendungen auch dann auf dem Luftweg befördern, wenn die entrichteten Gebühren mindestens 75 v. H. des Zuschlags oder aber 50 v. H. der Gesamtgebühr betragen. Unterhalb dieser Grenzen werden die Sendungen nach Artikel 27 behandelt. In den anderen Fällen ist Artikel 30 anzuwenden.

2. Sind die für die Berechnung des zu erhebenden Gebührentbetrags notwendigen Angaben von der Einlieferungsverwaltung nicht vermerkt worden, dann werden die Luftpostbriefsendungen als ordnungsgemäß freigemacht angesehen und entsprechend behandelt.

Artikel 78

Leitung der Luftpostbriefsendungen und der Durchgangsluftpostkartenschlüsse

1. Die Verwaltungen müssen die ihnen von anderen Verwaltungen zugehenden Luftpostbriefsendungen auf denselben Luftverkehrswegen weiterleiten, die sie für die Beförderung ihrer eigenen Sendungen gleicher Art benutzen.

2. Verwaltungen von Ländern, denen kein Luftfahrtunternehmen zur Verfügung steht, befördern die Luftpostbriefsendungen auf dem schnellsten gewöhnlichen Postweg; das gilt auch, wenn aus irgendeinem Grund die Leitung der Sendungen auf dem Land- und Seeweg gegenüber der Benutzung des Luftwegs Vorteile bietet.

3. Luftpostkartenschlüsse sind mit dem von der Einlieferungsverwaltung verlangten Flug zu befördern, sofern dieser Flug von der Verwaltung des Durchgangslandes für die Beför-

transit pour la transmission de ses propres dépêches. Si tel n'est pas le cas ou si le temps pour le transbordement n'est pas suffisant, l'Administration du pays d'origine doit en être avertie.

4. Lorsque l'Administration du pays d'origine le désire, ses dépêches sont transbordées directement, à l'aéroport de transit, entre deux compagnies aériennes différentes, sous réserve que les compagnies aériennes intéressées acceptent d'assurer le transbordement et que l'Administration du pays de transit en soit préalablement informée.

Article 79

Priorité de traitement des correspondances-avion

Les Administrations prennent toutes les mesures utiles pour:

- a) assurer dans les meilleures conditions la réception et le réacheminement des dépêches-avion dans les aéroports de leur pays;
- b) veiller au respect des accords conclus avec les transporteurs concernant la priorité due aux dépêches-avion;
- c) accélérer les opérations relatives au contrôle douanier des correspondances-avion à destination de leur pays;
- d) réduire au strict minimum les délais nécessaires pour acheminer aux pays de destination les correspondances-avion déposées dans leur pays et pour faire distribuer aux destinataires les correspondances-avion arrivant de l'étranger.

Article 80

Réexpédition des correspondances-avion

1. Les lettres-avion et les cartes postales-avion adressées à un destinataire ayant changé d'adresse sont réexpédiées sur leur nouvelle destination par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface). Les autres correspondances-avion sont réexpédiées par les moyens de transport normalement utilisés pour la correspondance non surtaxée sauf dans les cas visés aux paragraphes 2, 3 et 4. A cet effet, l'article 34, paragraphes 1 à 3, est applicable par analogie.

2. Les correspondances autres que les lettres-avion et cartes postales-avion peuvent être réacheminées par la voie aérienne sur demande expresse du destinataire et si celui-ci s'engage à payer les surtaxes ou les taxes combinées correspondant au nouveau parcours aérien, ou bien si ces surtaxes ou taxes combinées sont payées au bureau réexpéditeur par une tierce personne; dans le premier cas, la surtaxe ou la taxe combinée est perçue, en principe, au moment de la remise et reste acquise à l'Administration distributrice.

3. Les Administrations faisant application des taxes combinées peuvent fixer, pour la réexpédition par voie aérienne dans les conditions prévues au paragraphe 2, des taxes spéciales qui ne doivent pas dépasser les taxes combinées.

4. Les correspondances transmises sur leur premier parcours par la voie de surface peuvent, dans les conditions prévues au paragraphe 2, être réexpédiées à l'étranger par la voie aérienne. La réexpédition de tels envois par la voie aérienne à l'intérieur du pays de destination est soumise à la réglementation intérieure de ce pays.

5. Les enveloppes spéciales C 6 et les sacs, utilisés pour la réexpédition collective des lettres-avion et cartes postales-avion, y inclus celles traitées au paragraphe 4, sont acheminés sur la nouvelle destination par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface). Ceux contenant d'autres correspondances sont acheminés par les moyens de transport normalement utilisés pour les correspondances non surtaxées, à moins que les surtaxes, les taxes combinées ou les taxes spéciales prévues

derung ihrer eigenen Kartenschlüsse benutzt wird. Ist das nicht der Fall oder reicht die Zeit für die Umladung nicht aus, so ist die Einlieferungsverwaltung davon zu verständigen.

4. Auf Wunsch der Einlieferungsverwaltung sind ihre Kartenschlüsse auf dem Durchgangsflyghafen zwischen zwei verschiedenen Luftfahrtunternehmen unmittelbar umzuladen, sofern die beteiligten Luftfahrtunternehmen die Umladung sicherstellen wollen und die Verwaltung des Durchgangslandes im voraus benachrichtigt wird.

Artikel 79

Vorrangbehandlung der Luftpostbriefsendungen

Die Verwaltungen treffen alle sachdienlichen Vorkehrungen, um

- a) die Übernahme und Weiterleitung der Luftpostkartenschlüsse auf den Flughäfen ihrer Länder unter den günstigsten Bedingungen zu gewährleisten;
- b) darüber zu wachen, daß die mit den Beförderungsunternehmen getroffenen Vereinbarungen über die Vorrangbehandlung der Luftpostkartenschlüsse eingehalten werden;
- c) die Zollbehandlung der für ihr Land bestimmten Luftpostbriefsendungen zu beschleunigen;
- d) die erforderliche Zeit für die Weiterleitung der in ihrem Land eingelieferten Luftpostbriefsendungen an die Bestimmungsländer und die Zustellung der Luftpostbriefsendungen aus dem Ausland auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Artikel 80

Nachsendung der Luftpostbriefsendungen

1. Luftpostbriefe und -postkarten an einen Empfänger, dessen Anschrift sich geändert hat, werden auf dem schnellsten Weg (Luft- oder Land- und Seeweg) an den neuen Bestimmungsort nachgesandt. Die anderen Luftpostbriefsendungen werden außer in den in den §§ 2, 3 und 4 genannten Fällen mit den normalerweise für nicht zuschlagpflichtige Briefsendungen benutzten Beförderungsmitteln nachgesandt. Dabei wird Artikel 34 §§ 1 bis 3 entsprechend angewendet.

2. Andere Briefsendungen als Luftpostbriefe und -postkarten können ebenfalls auf dem Luftweg nachgesandt werden, wenn der Empfänger dies ausdrücklich verlangt und er sich verpflichtet, die Zuschläge oder die Gesamtgebühren für die neue Luftbeförderungsstrecke zu zahlen oder wenn die Zuschläge oder die Gesamtgebühren beim nachsendenden Amt von einer dritten Person entrichtet werden. Im ersten Fall wird der Zuschlag oder die Gesamtgebühr grundsätzlich bei der Aushändigung erhoben und verbleibt der aushändigenden Verwaltung.

3. Die Verwaltungen, die Gesamtgebühren anwenden, können für die Nachsendung auf dem Luftweg zu den in § 2 vorgesehenen Bedingungen besondere Gebühren festsetzen, die die Gesamtgebühren nicht übersteigen dürfen.

4. Briefsendungen, die auf der ersten Beförderungsstrecke auf dem Land- und Seeweg befördert worden sind, können unter den in § 2 vorgesehenen Bedingungen auf dem Luftweg ins Ausland nachgesandt werden. Die Nachsendung solcher Sendungen auf dem Luftweg innerhalb des Bestimmungslandes unterliegt den Inlandsvorschriften dieses Landes.

5. Die besonderen Umschläge C 6 und die Beutel, die für die Sammelnachsendung von Luftpostbriefen und -postkarten, einschließlich der in § 4 genannten Sendungen, verwendet werden, werden auf dem schnellsten Weg (Luft- oder Land- und Seeweg) nach dem neuen Bestimmungsort geleitet. Solche, die andere Briefsendungen enthalten, werden mit den normalerweise für nicht zuschlagpflichtige Briefsendungen benutzten Beförderungsmitteln nach dem neuen Bestim-

au paragraphe 3 ne soient acquittées d'avance au bureau réexpéditeur ou que le destinataire ne prenne à sa charge les taxes correspondant au nouveau parcours aérien selon le paragraphe 2.

Article 81

Renvoi à l'origine des correspondances-avion

1. Les lettres-avion et les cartes postales-avion non distribuables et à renvoyer à l'origine le sont par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface).

2. Les correspondances-avion non distribuables, autres que les lettres-avion et les cartes postales-avion, sont renvoyées à l'origine par les moyens de transport normalement utilisés pour les correspondances non surtaxées; toutefois, en cas d'interruption de ces moyens de transport, le renvoi à l'origine a lieu par la voie aérienne.

3. Pour le renvoi des correspondances à l'origine par la voie aérienne à la demande de l'expéditeur, l'article 80, paragraphes 2 à 4, est applicable par analogie.

Chapitre II

Frais de transport aérien

Article 82

Principes généraux

1. Les frais de transport pour tout le parcours aérien sont:

- a) lorsqu'il s'agit de dépêches closes, à la charge de l'Administration du pays d'origine;
- b) lorsqu'il s'agit de correspondances-avion en transit à découvert, y compris celles qui sont mal acheminées, à la charge de l'Administration qui remet ces correspondances à une autre Administration.

2. Ces mêmes règles sont applicables aux dépêches-avion et aux correspondances-avion en transit à découvert exemptes de frais de transit.

3. Les frais de transport doivent, pour un même parcours, être uniformes pour toutes les Administrations qui font usage de ce parcours.

4. Sauf accord prévoyant la gratuité, les frais de transport aérien à l'intérieur du pays de destination doivent être uniformes pour toutes les dépêches-avion provenant de l'étranger, que ce courrier soit réacheminé ou non par voie aérienne.

5. Sauf entente spéciale entre les Administrations intéressées, l'article 63 s'applique aux correspondances-avion pour leurs parcours territoriaux ou maritimes éventuels; toutefois, ne donnent lieu à aucun paiement de frais de transit:

- a) le transbordement des dépêches-avion entre deux aéroports desservant une même ville;
- b) le transport de ces dépêches entre un aéroport desservant une ville et un entrepôt situé dans cette même ville et le retour de ces mêmes dépêches en vue de leur réacheminement.

Article 83

Taux de base et calcul des frais de transport aérien relatifs aux dépêches closes

1. Le taux de base à appliquer au règlement des comptes entre Administrations au titre des transports aériens est fixé à 1,74 millièmes de franc-or (0,568 millièmes de DTS) au maximum par kilogramme de poids brut et par kilomètre; ce taux est appliqué proportionnellement aux fractions de kilogramme.

mungsort geleitet, es sei denn, die Zuschläge, die Gesamtgebühren oder die nach § 3 vorgesehenen besonderen Gebühren sind beim nachsendenden Postamt im voraus entrichtet worden oder der Empfänger übernimmt nach § 2 die Zahlung der Gebühren für die neue Luftbeförderungsstrecke.

Artikel 81

Rücksendung der Luftpostbriefsendungen

1. Unzustellbare Luftpostbriefe und -postkarten werden bei der Rücksendung an den Einlieferungsort auf dem schnellsten Wege (Luft- oder Land- und Seeweg) befördert.

2. Andere unzustellbare Luftpostbriefsendungen als Luftpostbriefe und -postkarten werden mit den normalerweise für nicht zuschlagspflichtige Briefsendungen verwendeten Beförderungsmitteln zurückgesandt. Fallen diese Beförderungsmittel aus, so erfolgt die Rücksendung auf dem Luftweg.

3. Für die Rücksendung der Briefsendungen an den Einlieferungsort auf dem Luftweg auf Antrag des Empfängers gilt Artikel 80 §§ 2-4 entsprechend.

Kapitel II

Kosten für die Beförderung auf dem Luftweg

Artikel 82

Allgemeine Grundsätze

1. Die Kosten der Luftbeförderung für die gesamte Strecke tragen:

- a) bei Kartenschlüssen die Verwaltung des Ursprungslandes;
- b) bei Luftpostbriefsendungen im offenen Durchgang einschließlich der fehlgeleiteten die Verwaltung, die diese Briefsendungen an eine andere Verwaltung übergibt.

2. Die gleiche Regelung gilt auch für von Durchgangskosten befreite Luftpostkartenschlüsse und Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs.

3. Die Beförderungskosten müssen für die Benutzung einer Strecke für alle Verwaltungen, die sich dieser Strecke bedienen, gleich hoch sein.

4. Wenn nichts über die Unentgeltlichkeit vereinbart ist, müssen die Luftbeförderungskosten im Innern des Bestimmungslandes für alle aus dem Ausland eingehenden Luftpostkartenschlüsse gleich hoch sein, gleichgültig, ob die Post auf dem Luftweg weitergeleitet wird oder nicht.

5. Wenn zwischen den beteiligten Verwaltungen keine besondere Vereinbarung getroffen wurde, ist auf die etwaige Beförderung von Luftpostbriefsendungen auf dem Land- oder Seeweg Artikel 63 anzuwenden; Durchgangskosten sind jedoch nicht zu zahlen für

- a) den Umschlag von Luftpostkartenschlüssen zwischen zwei Flughäfen derselben Stadt;
- b) die Beförderung dieser Kartenschlüsse von einem Flughafen einer Stadt zu einer in dieser Stadt gelegenen Umschlagstelle und zurück zur Weiterleitung.

Artikel 83

Grundvergütungssatz und Berechnung der Luftbeförderungskosten für Kartenschlüsse

1. Der für die Abrechnung zwischen den Verwaltungen anzuwendende Grundvergütungssatz ist für eine Luftbeförderungsleistung von 1 Kilogramm Bruttogewicht je Kilometer auf höchstens 1,74 Tausendstel Franken festgesetzt; dieser Satz gilt proportional auch für Bruchteile eines Kilogramms.

2. Les frais de transport aérien relatifs aux dépêches-avion sont calculés d'après le taux de base effectif (inférieur et au plus égal au taux de base fixé au paragraphe 1) et les distances kilométriques mentionnées dans la «Liste des distances aéropostales», d'une part, et, d'autre part, d'après le poids brut de ces dépêches; il n'est pas tenu compte, le cas échéant, du poids des sacs collecteurs.

3. Les frais dus au titre du transport aérien à l'intérieur du pays de destination sont, s'il y a lieu, fixés sous forme d'un prix unitaire. Ce prix unitaire inclut tous les frais de transport aérien à l'intérieur du pays, quel que soit l'aéroport d'arrivée des dépêches. Il est calculé sur la base du taux effectivement payé pour le transport aérien du courrier à l'intérieur du pays de destination, sans pouvoir dépasser le taux maximal prévu au paragraphe 1 et d'après la distance moyenne pondérée des parcours effectués par le courrier international sur le réseau intérieur. La distance moyenne pondérée est déterminée en fonction du poids brut de toutes les dépêches-avion arrivant au pays de destination, y compris le courrier qui n'est pas réacheminé par voie aérienne à l'intérieur de ce pays.

4. Les frais dus au titre du transport aérien, entre deux aéroports d'un même pays, des dépêches-avion en transit peuvent également être fixés sous forme d'un prix unitaire. Ce prix est calculé sur la base du taux effectivement payé pour le transport aérien du courrier à l'intérieur du pays de transit, sans pouvoir dépasser le taux maximal prévu au paragraphe 1 et d'après la distance moyenne pondérée des parcours effectués par le courrier international sur le réseau aérien intérieur du pays de transit. La distance moyenne pondérée est déterminée en fonction du poids brut de toutes les dépêches-avion transitant par le pays intermédiaire.

5. Le montant des frais visés aux paragraphes 3 et 4 ne peut dépasser dans l'ensemble ceux qui doivent être effectivement payés pour le transport.

6. Les prix pour le transport aérien international et intérieur, obtenus en multipliant le taux de base effectif par la distance et servant à calculer les frais visés aux paragraphes 2, 3 et 4, sont arrondis au décime supérieur lorsque le nombre formé par le chiffre des centièmes et celui des millièmes est égal ou supérieur à 50; ils sont arrondis au décime inférieur dans le cas contraire.

Article 84

Calcul et décompte des frais de transport aérien des correspondances-avion en transit à découvert

1. Les frais de transport aérien relatifs aux correspondances-avion en transit à découvert sont calculés, en principe, comme il est indiqué à l'article 83, paragraphe 2, mais d'après le poids net de ces correspondances. Ils sont fixés sur la base d'un certain nombre de tarifs moyens ne pouvant dépasser 10 et dont chacun, relatif à un groupe de pays de destination, est déterminé en fonction du tonnage du courrier débarqué aux diverses destinations de ce groupe. Le montant de ces frais, qui ne peut dépasser ceux qui doivent être payés pour le transport, est majoré de 5 pour cent.

2. Le décompte des frais de transport aérien des correspondances-avion en transit à découvert a lieu, en principe, d'après les données de relevés statistiques établis une fois par an pendant une période de quatorze jours. Cette période est portée à vingt-huit jours pour les dépêches qui sont formées moins de cinq fois par semaine ou qui empruntent moins de cinq fois par semaine les services d'un même pays intermédiaire.

2. Die Kosten für die Luftbeförderung von Luftpostkartenschlüssen werden einerseits nach dem tatsächlichen Grundvergütungssatz (niedriger als der Grundvergütungssatz nach § 1 und höchstens gleich hoch) und den in der „Liste des distances aéropostales“ aufgeführten Entfernungen in Kilometern und andererseits nach dem Bruttogewicht der Kartenschlüsse berechnet; das Gewicht etwa verwendeter Sammel-säcke bleibt unberücksichtigt.

3. Die Kosten für die Luftbeförderung innerhalb des Bestimmungslandes werden gegebenenfalls nach einem einheitlichen Kostensatz festgesetzt. Dieser einheitliche Kostensatz schließt alle Kosten der Luftbeförderung im Landesinnern ein, unabhängig vom Ankunftsflughafen des Kartenschlusses. Er wird auf der Grundlage des für die Luftpostbeförderung innerhalb des Bestimmungslandes tatsächlich gezahlten Satzes, der den in § 1 vorgesehenen Höchstsatz nicht überschreiten darf, und nach der gewogenen Durchschnittslänge der Inlandsstrecken berechnet, auf denen die Auslandspost befördert wird. Die gewogene Durchschnittslänge wird nach dem Bruttogewicht aller im Bestimmungsland eingehenden Luftpostkartenschlüsse ermittelt, einschließlich der Briefpost, die nicht auf dem Luftweg innerhalb des Bestimmungslandes weitergeleitet wird.

4. Die Kosten für die Luftbeförderung von Durchgangsluftpostkartenschlüssen zwischen zwei Flugäfen desselben Landes können ebenfalls nach einem einheitlichen Kostensatz festgesetzt werden. Dieser Satz wird auf der Grundlage des für die Luftpostbeförderung innerhalb des Durchgangslandes tatsächlich gezahlten Satzes, der den in § 1 vorgesehenen Höchstsatz nicht überschreiten darf, und nach der gewogenen Durchschnittslänge der Strecken berechnet, auf denen die Auslandspost auf dem inneren Netz des Durchgangslandes befördert wird. Die gewogene Durchschnittslänge wird nach dem Bruttogewicht aller Luftpostkartenschlüsse berechnet, die durch das Durchgangsland befördert werden.

5. Der Gesamtbetrag der in den §§ 3 und 4 vorgesehenen Kosten darf nicht höher sein als die tatsächlich für die Beförderung zu zahlenden Vergütungen.

6. Die Kosten für die Luftbeförderung innerhalb und außerhalb eines Landes, die sich durch die Vielfältigkeit des tatsächlichen Grundvergütungssatzes mit der Entfernung ergeben und dazu dienen, die Kosten nach den §§ 2, 3 und 4 festzusetzen, werden auf volle 10 Centimen aufgerundet, wenn der Hundertstel- und Tausendstelbetrag 50 beträgt oder überschreitet; andernfalls wird er auf volle 10 Centimen abgerundet.

Artikel 84

Berechnung und Abrechnung der Kosten für die Luftbeförderung von Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs

1. Kosten für die Luftbeförderung der im offenen Durchgang übersandten Luftpostbriefsendungen werden grundsätzlich nach Artikel 83 § 2, jedoch nach dem Nettogewicht der Sendungen berechnet. Sie werden auf Grund einer bestimmten Anzahl von Durchschnittssätzen festgesetzt, die 10 nicht überschreiten dürfen und, jeweils auf eine Gruppe von Bestimmungsländern bezogen, nach dem Gewicht der in den verschiedenen Bestimmungsorten dieser Gruppe ausgeladenen Postmengen ermittelt werden. Der Betrag dieser Kosten, der die für die Beförderung zu zahlenden Kosten nicht überschreiten darf, wird um 5 v. H. erhöht.

2. Über Kosten für die Luftbeförderung von Luftpostbriefsendungen im offenen Durchgang wird grundsätzlich nach den Ergebnissen statistischer Ermittlungen abgerechnet, die einmal jährlich während eines Zeitabschnittes von 14 Tagen durchzuführen sind. Dieser Zeitabschnitt wird auf 28 Tage verlängert, wenn Kartenschlüsse weniger als fünfmal wöchentlich gefertigt oder die Dienste desselben Durchgangslandes weniger als fünfmal wöchentlich in Anspruch genommen werden.

3. Le décompte s'effectue sur la base du poids réel lorsqu'il s'agit de correspondances mal acheminées, déposées à bord des navires ou transmises à des fréquences irrégulières ou en quantités trop variables. Toutefois, ce décompte n'est établi que si l'Administration intermédiaire demande à être rémunérée pour le transport de ces correspondances.

Article 85

Modifications des taux des frais de transport aérien à l'intérieur du pays de destination et des correspondances-avion en transit à découvert

Les modifications apportées aux taux des frais de transport aérien visés aux articles 83, paragraphe 3, et 84, doivent:

- a) entrer en vigueur exclusivement le 1^{er} janvier;
- b) être notifiées, au moins trois mois à l'avance, au Bureau international qui les communique à toutes les Administrations au moins deux mois avant la date fixée à la lettre a).

Article 86

Paiement des frais de transport aérien

1. Les frais de transport aérien relatifs aux dépêches-avion sont, sauf les exceptions prévues aux paragraphes 2 et 4, payables à l'Administration du pays dont relève le service aérien emprunté.

2. Par dérogation au paragraphe 1:

- a) les frais de transport peuvent être payés à l'Administration du pays où se trouve l'aéroport dans lequel les dépêches-avion ont été prises en charge par l'entreprise de transport aérien, sous réserve d'un accord entre cette Administration et celle du pays dont relève le service aérien intéressé;
- b) l'Administration qui remet des dépêches-avion à une entreprise de transport aérien peut régler directement à cette entreprise les frais de transport pour une partie ou la totalité du parcours moyennant l'accord de l'Administration des pays dont relèvent les services aériens empruntés.

3. Les frais relatifs au transport aérien des correspondances-avion en transit à découvert sont payés à l'Administration qui assure le réacheminement de ces correspondances.

4. A moins que d'autres dispositions n'aient été prises les frais de transport des correspondances-avion transbordées directement entre deux compagnies aériennes différentes conformément à l'article 78, paragraphe 4, sont réglés par l'Administration d'origine soit directement au premier transporteur qui est alors chargé de rémunérer le transporteur suivant, soit directement à chaque transporteur intervenant dans le transbordement.

Article 87

Frais de transport aérien des dépêches ou des sacs déviés ou mal acheminés

1. L'Administration d'origine d'une dépêche déviée en cours de route doit payer les frais de transport de cette dépêche relatifs aux parcours réellement suivis.

2. Elle règle les frais de transport jusqu'à l'aéroport de déchargement initialement prévu sur le bordereau de livraison lorsque:

- la voie d'acheminement réelle n'est pas connue;

3. Die Abrechnung erfolgt auf Grund des tatsächlichen Gewichtes, wenn es sich um fehlgeleitete, an Bord von Schiffen eingelieferte oder in unregelmäßigen Abständen oder in zu unterschiedlichen Mengen zugeleitete Briefsendungen handelt. Die Abrechnung wird jedoch nur vorgenommen, wenn die Zwischenverwaltung für die Beförderung dieser Briefsendungen eine Vergütung verlangt.

Artikel 85

Änderung der Kostensätze für die Luftbeförderung im Innern des Bestimmungslandes und für Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs

Die Änderungen der Kostensätze für die Luftbeförderung nach den Artikeln 83 § 3 und 84 müssen

- a) ausschließlich am 1. Januar in Kraft treten;
- b) dem Internationalen Büro mindestens drei Monate im voraus angezeigt werden; dieses teilt sie dann mindestens zwei Monate vor dem unter Buchstabe a festgelegten Zeitpunkt allen Verwaltungen mit.

Artikel 86

Zahlung der Luftbeförderungskosten

1. Die Luftbeförderungskosten für Luftpostkartenschlüsse sind, vorbehaltlich der Ausnahmen nach den §§ 2 und 4 an die Verwaltung des Landes zu zahlen, in deren Bereich das in Anspruch genommene Luftfahrtunternehmen seinen Sitz hat.

2. Abweichend von § 1

- a) können die Beförderungskosten an die Verwaltung des Landes gezahlt werden, in dem sich der Flughafen befindet, auf dem das Luftfahrtunternehmen die Luftpostkartenschlüsse übernommen hat, sofern zwischen dieser Verwaltung und der des Landes, in dem das in Betracht kommende Luftfahrtunternehmen seinen Sitz hat, eine Vereinbarung getroffen worden ist;
- b) kann die Verwaltung, die Luftpostkartenschlüsse an ein Luftfahrtunternehmen übergibt, unmittelbar mit diesem Unternehmen über die Beförderungskosten für die gesamte Strecke oder einen Teil derselben abrechnen, wenn die Verwaltungen der Länder, in denen die in Anspruch genommenen Luftfahrtunternehmen ihren Sitz haben, einverstanden sind.

3. Die Kosten für die Luftbeförderung der Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs sind an die Verwaltung zu zahlen, die diese Briefsendungen weiterleitet.

4. Sofern keine anderen Vereinbarungen getroffen wurden, werden die Beförderungskosten für die Luftpostbriefsendungen, die nach Artikel 78 § 4 zwischen zwei verschiedenen Luftfahrtunternehmen unmittelbar umgeladen wurden, von der Einlieferungsverwaltung entweder unmittelbar an das erste Beförderungsunternehmen gezahlt, das dann das nächste Beförderungsunternehmen zu entgelten hat oder unmittelbar an jedes bei der Umladung beteiligte Beförderungsunternehmen.

Artikel 87

Kosten für die Luftbeförderung vom Leitweg abgekommener oder fehlgeleiteter Kartenschlüsse oder Beutels

1. Die Absenderverwaltung eines während der Beförderung vom Leitweg abgekommenen Kartenschlusses oder Beutels hat die Kosten für die Beförderung dieses Kartenschlusses für die tatsächlich zurückgelegte Strecke zu zahlen.

2. Sie zahlt die Beförderungskosten bis zu dem ursprünglich auf dem Übergabenachweis AV 7 vorgesehenen Ausladehafen wenn

- der tatsächliche Beförderungsweg nicht bekannt ist;

- les frais pour les parcours réellement suivis n'ont pas encore été réclamés;
- la déviation est imputable à la compagnie aérienne ayant assuré le transport.

3. Les frais supplémentaires résultant des parcours la dépêche déviée sont remboursés dans les conditions suivantes:

- a) par l'Administration dont les services ont commis l'erreur d'acheminement;
- b) par l'Administration qui a perçu les frais de transport versés à la compagnie aérienne ayant effectué le débarquement en un lieu autre que celui qui est indiqué sur le bordereau de livraison AV 7.

4. Les paragraphes 1 à 3 sont applicables par analogie, lorsqu'une partie seulement d'une dépêche est débarquée à un aéroport autre que celui qui est indiqué sur le bordereau AV 7.

5. L'Administration d'origine d'une dépêche ou d'un sac mal acheminé par suite d'une erreur d'étiquetage doit payer les frais de transport relatifs à tout le parcours aérien, conformément à l'article 82, paragraphe 1, lettre a).

Article 88

Frais de transport aérien du courrier perdu ou détruit

En cas de perte ou de destruction du courrier par suite d'un accident survenu à l'aéronef ou de toute autre cause engageant la responsabilité de l'entreprise de transport aérien, l'Administration d'origine est exonérée de tout paiement, pour quelque partie que ce soit du trajet de la ligne empruntée, au titre du transport aérien du courrier perdu ou détruit.

Titre II

Courrier de surface transporté par la voie aérienne (S.A.L.)

Article 89

Echange par la voie aérienne des dépêches de surface

1. Les Administrations ont la faculté d'expédier par avion, avec priorité réduite, les dépêches de courrier de surface sous réserve de l'accord des Administrations qui reçoivent ces dépêches dans les aéroports de leur pays.

2. Lorsque les dépêches-surface en provenance d'une Administration sont réacheminées par avion par les soins d'une autre Administration, les conditions de ce réacheminement font l'objet d'un accord particulier entre les Administrations intéressées.

3. Les dépêches-surface transportées par avion peuvent être transbordées directement entre deux compagnies aériennes différentes dans les conditions prévues à l'article 78, paragraphe 4.

Article 90

Surtaxes aériennes réduites

Les Administrations ont la faculté de percevoir, pour le courrier S.A.L., des surtaxes aériennes inférieures à celles qu'elles perçoivent, en vertu de l'article 73, pour les correspondances-avion.

- die Kosten für die tatsächlich zurückgelegte Strecke noch nicht eingefordert wurden;
- die Abweichung vom Leitweg von dem Luftfahrtunternehmen verursacht wurde, das die Beförderung durchführte.

3. Die zusätzlichen Kosten für die tatsächlich zurückgelegten Strecken des vom Leitweg abgekommenen Kartenschlusses werden wie folgt erstattet:

- a) von der Verwaltung, in deren Dienstbereich die Fehlleitung verursacht wurde;
- b) von der Verwaltung, die die Beförderungskosten erhoben hat, die an das Luftfahrtunternehmen gezahlt worden sind, das die Ausladung an einem anderen Ort als dem auf dem Übergabenachweis AV 7 angegebenen Ort vorgenommen hat.

4. Die §§ 1 bis 3 werden entsprechend angewandt, wenn nur ein Teil eines Kartenschlusses auf einem anderen als auf dem im Übergabenachweis AV 7 angegebenen Flughafen ausgeladen wird.

5. Die Absendeverwaltung eines infolge einer falschen Beutelfahne fehlgeleiteten Kartenschlusses oder Beutels hat gemäß Artikel 82 § 1 Buchstabe a die Beförderungskosten für die ganze Luftbeförderungsstrecke zu zahlen.

Artikel 88

Luftbeförderungskosten für verlorengegangene oder vernichtete Post

Bei Verlust oder Vernichtung von Post infolge eines Flugzeugunfalls oder jeder anderen Ursache, die die Haftung des Luftfahrtunternehmens begründet, ist die Einlieferungsverwaltung hinsichtlich der Luftbeförderung der in Verlust geratenen oder vernichteten Post für jeden Teil der benutzten Luftverkehrslinie von jeder Zahlung befreit.

Titel II

Auf dem Luftweg beförderte Briefpost des Land- und Seewegs (SAL)

Artikel 89

Austausch von Kartenschlüssen des Land- und Seewegs auf dem Luftweg

1. Die Verwaltungen können Kartenschlüsse mit Briefpost des Land- und Seewegs vorbehaltlich der Zustimmung der Verwaltungen, die diese Kartenschlüsse auf den Flughäfen ihrer Länder übernehmen, mit eingeschränktem Vorrang mit Luftpost versenden.

2. Werden Kartenschlüsse des Land- und Seewegs einer Verwaltung von einer anderen Verwaltung mit Luftpost weitergeleitet, so sind die Bedingungen für diese Weiterleitung in einer besonderen Vereinbarung zwischen den betroffenen Verwaltungen festzulegen.

3. Die mit Luftpost beförderten Kartenschlüsse des Land- und Seewegs können unter den in Artikel 78 § 4 genannten Bedingungen zwischen zwei verschiedenen Luftfahrtunternehmen unmittelbar umgeladen werden.

Artikel 90

Ermäßigte Luftpostzuschläge

Die Verwaltungen können für SAL-Briefpost geringere Luftpostzuschläge erheben als sie für Luftpostbriefsendungen auf Grund des Artikels 73 vorgesehen sind.

Quatrième partie Dispositions finales

Article 91

Conditions d'approbation des propositions concernant la Convention et son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives à la présente Convention et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant. La moitié au moins des Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès relatives à la présente Convention et à son Règlement doivent réunir:

- a) l'unanimité des suffrages s'il s'agit de modifications aux articles 1 à 17 (première partie), 18 à 23, 24, paragraphe 1, lettres h), p), q), r) et s), 27, 30, 36, paragraphes 2, 3, 5 et 6, 43 à 48, 50 à 70 (deuxième partie), 91 et 92 (quatrième partie) de la Convention, à tous les articles de son Protocole final et aux articles 102 à 104, 105, paragraphe 1, 126, 150, 151, paragraphes 1 et 3, 173, 188 à 190 et 228 de son Règlement;
- b) les deux tiers des suffrages s'il s'agit de modifications de fond à des dispositions autres que celles qui sont mentionnées sous lettre a);
- c) la majorité des suffrages s'il s'agit:
 - 1° de modifications d'ordre rédactionnel aux dispositions de la Convention et de son Règlement autres que celles qui sont mentionnées sous lettre a);
 - 2° de l'interprétation des dispositions de la Convention, de son Protocole final et de son Règlement, hors le cas de différend à soumettre à l'arbitrage prévu à l'article 32 de la Constitution.

Article 92

Mise à exécution et durée de la Convention

La présente Convention sera mise à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont signé la présente Convention en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Vierter Teil Schlußbestimmungen

Artikel 91

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zum Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung

1. Die den Kongressen unterbreiteten Vorschläge zum Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Billigung durch die Mehrheit der vertretenen und abstimmenden Mitgliedsländer. Mindestens die Hälfte der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zum Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtzeitig wirksam zu werden, erhalten:

- a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um Änderungen der Artikel 1 bis 17 (Erster Teil), 18 bis 23, 24 § 1 Buchstaben h, p, q, r und s, 27, 30, 36 §§ 2, 3, 5 und 6, 43 bis 48, 50 bis 70 (Zweiter Teil), 91 und 92 (Vierter Teil) des Weltpostvertrages, aller Artikel seines Schlußprotokolls und der Artikel 102 bis 104, 105 § 1, 126, 150, 151 §§ 1 und 3, 173, 188 bis 190 und 228 seiner Vollzugsordnung handelt;
- b) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um grundlegende Änderungen zu anderen Bestimmungen als den unter Buchstabe a erwähnten handelt;
- c) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich handelt:
 - 1) um Änderungen redaktioneller Art zu anderen als den unter Buchstabe a erwähnten Bestimmungen des Weltpostvertrags und seiner Vollzugsordnung;
 - 2) um die Auslegung der Bestimmungen des Weltpostvertrags, seines Schlußprotokolls und seiner Vollzugsordnung außer bei Meinungsverschiedenheiten, die dem in Artikel 32 der Satzung vorgesehenen Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen sind.

Artikel 92

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Weltpostvertrags

Dieser Weltpostvertrag tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedsländer diesen Weltpostvertrag in einer Ausfertigung unterzeichnet, die in dem Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft niedergelegt. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984.

Protocole final de la Convention postale universelle

Au moment de procéder à la signature de la Convention postale universelle conclue à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article I

Appartenance des envois postaux

1. L'article 5 ne s'applique pas à l'Australie, à Bahrein, à la Barbade, au Belize, au Botswana, au Canada, à la Dominique, à l'Égypte, aux Fidji, à la Gambie, au Ghana, au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, aux Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, à Grenade, à la Guyane, à l'Irlande, à la Jamaïque, au Kenya, à Kuwait, au Lesotho, à la Malaisie, au Malawi, à Malte, à Maurice, à Nauru, au Nigéria, à la Nouvelle-Zélande, à l'Ouganda, à la Papouasie - Nouvelle-Guinée, à Saint-Lucie, à Saint-Vincent-et-Grenadines, à Salomon (îles), aux Seychelles, à la Sierra Leone, à Singapour, au Swaziland, à la Tanzanie (Rép. unie), à la Trinité-et-Tobago, à Tuvalu, à Vanuatu, au Yémen (Rép. arabe), à la Zambie et au Zimbabwe.

2. Cet article ne s'applique pas non plus au Danemark dont la législation ne permet pas le retrait ou la modification d'adresse des envois de la poste aux lettres à la demande de l'expéditeur à partir du moment où le destinataire a été informé de l'arrivée d'un envoi à son adresse.

Article II

Exception à la franchise postale en faveur des célogrammes

1. Par dérogation à l'article 17, les Administrations postales des Philippines, du Portugal, de Saint-Vincent-et-Grenadines et de la Turquie, qui n'accordent pas la franchise postale aux célogrammes dans leur service intérieur, ont la faculté de percevoir les taxes d'affranchissement et les taxes spéciales visées à l'article 17 et qui ne peuvent toutefois être supérieures à celles de leur service intérieur.

2. Par dérogation à l'article 17, les Administrations de l'Allemagne, Rép. féd. d., de l'Amérique (Etats-Unis), du Canada, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et du Japon ont la faculté de percevoir les taxes spéciales énumérées à l'article 24, paragraphe 1, et la taxe de remboursement qui sont appliquées aux célogrammes dans leur service intérieur.

3. Par dérogation aux articles 17 et 19 de la Convention et à l'article 129, paragraphe 2, du Règlement d'exécution, les Administrations postales de Biélorussie, de l'Inde, de l'Indonésie, du Liban, du Népal, de l'Ukraine, de l'Union des républiques socialistes soviétiques, du Yémen (Rép. arabe) et du Zimbabwe n'admettent les enregistrements sonores comme des célogrammes que s'ils sont expédiés par, ou adressés à, un institut pour aveugles officiellement reconnu.

Article III

Equivalents et taxes spéciales. Limites maximales

1. A titre exceptionnel, les Pays-membres sont autorisés à dépasser les limites supérieures indiquées à l'article 19, paragraphe 1, si cela est nécessaire pour mettre leurs taxes en rapport avec les coûts d'exploitation de leurs services. Les Pays-membres désireux d'appliquer cette disposition doivent en informer le Bureau international dès que possible.

Schlußprotokoll zum Weltpostvertrag

Im Augenblick der Unterzeichnung des am heutigen Tage beschlossenen Weltpostvertrags haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

Artikel I

Verfügungsrecht über Postsendungen

1. Artikel 5 wird nicht angewendet in Australien, in Bahrein, in Barbados, in Belize, in Botsuana, in Kanada, in Dominica, in Ägypten, in Fidschi, in Gambia, in Ghana, im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, in den vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebieten, in Grenada, in Guyana, in Irland, in Jamaika, in Kenia, in Kuwait, in Lesotho, in Malaysia, in Malawi, in Malta, in Mauritius, in Nauru, in Nigeria, in Neuseeland, in Uganda, in Papua-Neuguinea, in St. Lucia, in St. Vincent und die Grenadinen, in den Salomonen (Inseln), in den Seschellen, in Sierra Leone, in Singapur, in Swasiland, in Tansania (Verein. Rep.), in Trinidad und Tobago, in Tuvalu, in Vanuatu, im Jemen (Arab. Rep.), in Sambia und in Simbabwe.

2. Dieser Artikel wird auch nicht in Dänemark angewendet, dessen Gesetzgebung das Zurückziehen von Sendungen oder die Änderung der Aufschrift von Briefsendungen auf Antrag des Absenders von dem Zeitpunkt an nicht erlaubt, in dem der Empfänger vom Vorliegen einer für ihn bestimmten Sendung unterrichtet worden ist.

Artikel II

Ausnahme von der Postgebührenfreiheit für Blindensendungen

1. Abweichend von Artikel 17 können die Postverwaltungen der Philippinen, Portugals, von St. Vincent und die Grenadinen und der Türkei, die in ihrem Inlandsdienst für Blindensendungen keine Postgebührenfreiheit gewähren, die in Artikel 17 vorgesehenen Freimachungs- und besonderen Gebühren erheben, die jedoch nicht höher als die ihres Inlandsdienstes sein dürfen.

2. Abweichend von Artikel 17 können die Verwaltungen der Bundesrepublik Deutschland, von Amerika (Vereinigte Staaten), Kanada, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und Japan die in Artikel 24 § 1 aufgeführten besonderen Gebühren und die Nachnahmegebühr erheben, die in ihrem Inlandsdienst für Blindensendungen angewendet werden.

3. Abweichend von den Artikeln 17 und 19 des Vertrags und von Artikel 129 § 2 der Vollzugsordnung lassen die Postverwaltungen von Weißrußland, Indien, Indonesien, Libanon, Nepal, der Ukraine, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Jemen (Arabische Republik) und Simbabwe Tonaufzeichnungen als Blindensendungen nur dann zu, wenn sie von einer amtlich anerkannten Blindenanstalt versandt werden oder an eine solche gerichtet sind.

Artikel III

Gegenwerte und besondere Gebühren. Höchstgrenzen

1. Ausnahmsweise können die Mitgliedsländer die Höchstgrenzen nach Artikel 19 § 1 überschreiten, wenn es sich als notwendig erweist, die Gebühren mit den Betriebskosten ihrer Dienste in eine Beziehung zu bringen. Mitgliedsländer, die diese Bestimmung anwenden wollen, haben das Internationale Büro so früh wie möglich zu verständigen.

2. A titre exceptionnel, les Pays-membres sont autorisés à dépasser les limites supérieures des taxes spéciales indiquées à l'article 24, paragraphe 1, qu'elles soient appliquées ou non dans le régime intérieur si cela est nécessaire pour mettre ces taxes en rapport avec les coûts d'exploitation de leurs services. Les Pays-membres désireux d'appliquer cette disposition doivent en informer le Bureau international dès que possible.

Article IV

Réduction des taxes d'affranchissement des envois de la poste aux lettres

Les Administrations postales ont la faculté de concéder des taxes réduites basées sur leur législation intérieure pour les envois de la poste aux lettres déposés dans leur pays conformément aux dispositions de leur législation intérieure.

Article V

Once et livre avoirdupois

Par dérogation à l'article 19, paragraphe 1, tableau, les Pays-membres qui, à cause de leur régime intérieur, ne peuvent adopter le type de poids métrique décimal ont la faculté de substituer aux échelons de poids prévus à l'article 19, paragraphe 1, les équivalents suivants:

jusqu'à	20 g	1 oz;
jusqu'à	50 g	2 oz;
jusqu'à	100 g	4 oz;
jusqu'à	250 g	8 oz;
jusqu'à	500 g	1 lb;
jusqu'à	1 000 g	2 lb;
par	1 000 g en sus	2 lb.

Article VI

Dérogation aux dimensions des envois sous enveloppe

1. Les Administrations de l'Amérique (Etats-Unis), du Canada, du Kenya, de l'Ouganda et de la Tanzanie (Rép. unie) ne sont pas tenues de décourager l'emploi d'enveloppes dont le format dépasse les dimensions recommandées, lorsque ces enveloppes sont largement utilisées dans leur pays.

2. L'Administration de l'Inde n'est pas tenue de décourager l'emploi d'enveloppes dont le format est supérieur ou inférieur aux dimensions recommandées, lorsque ces enveloppes sont largement utilisées dans son pays.

3. Par dérogation à l'article 20, paragraphe 1, lettre a), chiffre 1°, les Administrations du Danemark, de la Finlande, de l'Islande, de la Norvège et de la Suède ont la faculté de considérer comme envois normalisés les envois dont les dimensions maximales ne dépassent pas 162 x 235 mm, avec une tolérance de 2 mm.

Article VII

Petits paquets

L'obligation de participer à l'échange des petits paquets dépassant le poids de 500 grammes ne s'applique pas aux Administrations de l'Australie, du Bhoutan, de la Birmanie, de la Bolivie, du Canada, de la Colombie, de Cuba et de la Papouasie - Nouvelle-Guinée qui sont dans l'impossibilité d'assurer cet échange.

Article VIII

Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres

L'Administration postale du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord se réserve le droit de percevoir une taxe, en rapport avec le coût des travaux occasionnés, sur toute Administration postale qui, en vertu de l'article 23, para-

2. Ausnahmsweise können die Mitgliedsländer die Höchstgrenzen der besonderen Gebühren nach Artikel 24 § 1 überschreiten, gleichgültig, ob sie im Inlandsdienst angewendet werden oder nicht, wenn es sich als notwendig erweist, die Gebühren mit den Betriebskosten ihrer Dienste in eine Beziehung zu bringen. Mitgliedsländer, die diese Bestimmung anwenden wollen, haben das Internationale Büro so früh wie möglich zu verständigen.

Artikel IV

Ermäßigung der Freimachungsgebühren für Briefsendungen

Die Postverwaltungen können auf der Grundlage ihrer inneren Gesetzgebung ermäßigte Gebühren für die in ihrem Land gemäß den Bestimmungen ihrer inneren Gesetzgebung eingelieferten Briefsendungen einräumen.

Artikel V

Unzen- und Pfundgewicht

Abweichend von Artikel 19 § 1, Übersicht, dürfen die Länder, die wegen ihrer Rechtsvorschriften das Dezimalgewichtssystem nicht annehmen können, an Stelle der in Artikel 19 § 1 vorgesehenen Gewichtsstufen folgende Gewichte anwenden:

bis	20 g	1 Unze
bis	50 g	2 Unzen
bis	100 g	4 Unzen
bis	250 g	8 Unzen
bis	500 g	1 Pfund
bis	1 000 g	2 Pfund

für jede weiteren 1 000 g 2 Pfund

Artikel VI

Abweichung von den Maßen für Sendungen unter Umschlag

1. Die Verwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten), Kanada, Kenia, Uganda und Tansania (Vereinigte Republik) sind nicht verpflichtet, von der Verwendung von Umschlägen, deren Format die empfohlenen Maße überschreitet, abzuraten, da diese Umschläge in ihren Ländern weitgehend benutzt werden.

2. Die Verwaltung Indiens ist nicht verpflichtet, von der Verwendung von Umschlägen, deren Format die empfohlenen Maße über- oder unterschreitet, abzuraten, da diese Umschläge in ihrem Land weitgehend benutzt werden.

3. Abweichend von Artikel 20 § 1 Buchstabe a Ziffer 1) können die Verwaltungen Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens Sendungen, deren Höchstmaße 162 x 235 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm nicht überschreiten, als Standardsendungen betrachten.

Artikel VII

Päckchen

Die Verpflichtung, am Austausch von Päckchen über 500 g teilzunehmen, gilt nicht für die Verwaltungen Australiens, Bhutans, Birmas, Boliviens, Kanadas, Kolumbiens, Kubas und Papua-Neuguineas, die nicht in der Lage sind, diesen Austausch auszuführen.

Artikel VIII

Einlieferung von Briefsendungen im Ausland

Die Postverwaltung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland behält sich das Recht vor, von jeder Postverwaltung, die ihr in Anwendung des Artikels 23 § 4 Sendungen zurückschickt, die ursprünglich nicht als Postsendun-

graphe 4, lui renvoie des objets qui n'ont pas, à l'origine, été expédiés comme envois postaux par l'Administration postale du Royaume-Uni.

Article IX

Coupons-réponse internationaux émis avant le 1^{er} janvier 1975

A partir du 1^{er} janvier 1979, les coupons-réponse internationaux émis avant le 1^{er} janvier 1975 ne donnent pas lieu à un règlement entre Administrations, sauf entente spéciale.

Article X

Retrait. Modification ou correction d'adresse

1. L'article 33 ne s'applique pas aux Bahamas, à Bahrain, à la Barbade, au Belize, à la Birmanie, au Botswana, au Canada, à la Dominique, aux Fidji, à la Gambie, au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, aux Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, à Grenade, à la Guyane, à l'Irlande, à la Jamaïque, au Kenya, à Kuwait, au Lesotho, à la Malaisie, au Malawi, à Nauru, au Nigéria, à la Nouvelle-Zélande, à l'Ouganda, à la Papouasie - Nouvelle-Guinée, à la Rép. pop. dém. de Corée, à Sainte-Lucie, à Saint-Vincent-et-Grenadines, à Salomon (îles), aux Seychelles, à la Sierra Leone, à Singapour, au Swaziland, à la Tanzanie (Rép. unie), à la Tchécoslovaquie, à la Trinité-et-Tobago, à Tuvalu, à Vanuatu et à la Zambie, dont la législation ne permet pas le retrait ou la modification d'adresse d'envois de la poste aux lettres à la demande de l'expéditeur.

2. L'article 33 s'applique à l'Australie dans la mesure où il est compatible avec la législation intérieure de ce pays.

Article XI

Taxes spéciales

En lieu et place de la taxe de recommandation prévue à l'article 47, paragraphe 1, lettre b), les Pays-membres ont la faculté d'appliquer, pour les lettres avec valeur déclarée, la taxe correspondante de leur service intérieur ou, exceptionnellement, une taxe de 10 francs (3,27 DTS) au maximum.

Article XII

Interdictions

1. Les Administrations postales de l'Afghanistan, de Cuba, du Mexique et du Pakistan ne sont pas tenues d'observer les dispositions prévues dans la dernière phrase de l'article 36, paragraphe 8, selon laquelle « Cette information doit indiquer d'une manière précise l'interdiction sous le coup de laquelle tombe l'envoi ainsi que les objets qui ont donné lieu à la saisie ».

2. Les délégations de l'Afghanistan, de la Biélorussie, de la Bulgarie (Rép. pop.), de Cuba, de la Pologne (Rép. pop.), de la Rép. pop. dém. de Corée, du Soudan, de l'Ukraine, de l'Union des républiques socialistes soviétiques et du Yémen (Rép. dém. pop.) réservent, aux Administrations postales de leurs pays, le droit de ne fournir les renseignements sur les raisons de la saisie d'un envoi postal que dans les limites des informations provenant des autorités douanières et selon la législation intérieure.

Article XIII

Objets passibles de droits de douane

1. Par référence à l'article 36, les Administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres avec valeur déclarée contenant des objets passibles de droits de douane: Bangladesh, El Salvador.

gen durch die Postverwaltung des Vereinigten Königreiches versandt worden sind, eine Gebühr zu erheben, die den Kosten für die entstandenen Arbeiten entspricht.

Artikel IX

Vor dem 1. Januar 1975 ausgegebene Internationale Antwortscheine

Vom 1. Januar 1979 an können vor dem 1. Januar 1975 ausgegebene Internationale Antwortscheine nur aufgrund besonderer Vereinbarung zwischen den Verwaltungen abgerechnet werden.

Artikel X

Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

1. Artikel 33 gilt nicht für die Bahamas, Bahrain, Barbados, Belize, Birma, Botsuana, Kanada, Dominica, Fidschi, Gambia, das Vereinigte Königreich von Großbritannien, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Grenada, Guyana, Irland, Jamaika, Kenia, Kuwait, Lesotho, Malaysia, Malawi, Nauru, Nigeria, Neuseeland, Uganda, Papua-Neuguinea, die Demokratische Volksrepublik Korea, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen (Inseln), die Seschellen, Sierra Leone, Singapur, Swasiland, Tansania (Vereinigte Republik), die Tschechoslowakei, Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu, und Sambia, deren Rechtsvorschriften es nicht gestatten, auf Verlangen des Absenders Briefsendungen zurückzuziehen oder deren Aufschrift zu ändern.

2. Artikel 33 gilt für Australien nur insoweit, als er mit der inneren Gesetzgebung dieses Landes vereinbar ist.

Artikel XI

Besondere Gebühren

Die Mitgliedsländer können an Stelle der Einschreibgebühr nach Artikel 47 § 1 Buchstabe b für Wertbriefe die entsprechende Gebühr ihres Inlandsdienstes oder ausnahmsweise eine Gebühr von höchstens 10 Franken (3,27 SZR) anwenden.

Artikel XII

Verbote

1. Die Postverwaltungen von Afghanistan, Kuba, Mexiko und Pakistan brauchen die im letzten Satz des Artikels 36 § 8 enthaltene Bestimmung nicht anzuwenden, derzufolge „diese Benachrichtigung das Verbot, dem die Sendung unterfällt sowie die Gegenstände, die Anlaß zu der Beschlagnahme gegeben haben, genau angeben muß“.

2. Die Delegationen von Afghanistan, Weißrußland, Bulgarien (Volksrepublik), Kuba, Polen (Volksrepublik), der Demokratischen Volksrepublik Korea, Sudan, der Ukraine, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Jemen (Demokratische Volksrepublik) behalten ihren Postverwaltungen das Recht vor, Auskünfte über die Gründe der Beschlagnahme einer Postsendung nur in dem Umfang der von den Zollbehörden ausgehenden Mitteilungen und entsprechend ihrer inneren Gesetzgebung zu erteilen.

Artikel XIII

Zollabgabepflichtige Gegenstände

1. Unter Bezugnahme auf Artikel 36 lassen die Postverwaltungen der nachstehenden Länder Wertbriefe, die zollabgabepflichtige Gegenstände enthalten, nicht zu: Bangladesch, El Salvador.

2. Par référence à l'article 36, les Administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres ordinaires et recommandées contenant des objets passibles de droits de douane: Afghanistan, Albanie, Arabie saoudite, Biélorussie, Brésil, Bulgarie (Rép. pop.), Centrafrique, Chili, Colombie, El Salvador, Ethiopie, Italie, Kampuchea dém., Népal, Panama (Rép.), Pérou, Rép. dém. allemande, Rép. pop. dém. de Corée, Roumanie, Saint-Marin, Ukraine, Union des républiques socialistes soviétiques, Venezuela.

3. Par référence à l'article 36, les Administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres ordinaires contenant des objets passibles de droits de douane: Bénin, Côte d'Ivoire (Rép.), Haute-Volta, Mali, Mauritanie, Niger, Oman, Sénégal, Yémen (Rép. arabe).

4. Nonobstant les paragraphes 1 à 3, les envois de sérums, de vaccins ainsi que les envois de médicaments d'urgence nécessité qu'il est difficile de se procurer sont admis dans tous les cas.

5. Par référence à l'article 36, l'Administration postale du Népal n'accepte pas les lettres recommandées ou avec valeur déclarée contenant des coupures ou des pièces de monnaie, sauf accord spécial conclu à cet effet.

Article XIV

Etendue de la responsabilité des Administrations postales

1. Les Administrations postales du Bangladesh, de la Belgique, du Bénin, de la Côte d'Ivoire (Rép.), de la Haute-Volta, de l'Inde, du Liban, de Madagascar, du Mali, de la Mauritanie, du Mexique, du Népal, du Niger, du Sénégal, du Togo et de la Turquie sont autorisées à ne pas appliquer l'article 50, paragraphe 2.

2. L'Administration postale du Brésil est autorisée à ne pas appliquer l'article 50, en ce qui concerne la responsabilité en cas d'avarie.

Article XV

Non-responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés

Les Administrations postales de l'Indonésie et du Mexique ne sont pas tenues d'observer l'article 52, paragraphe 1, de la Convention, pour ce qui concerne le maintien de leur responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie totale.

Article XVI

Paiement de l'indemnité

1. Les Administrations postales du Bangladesh, du Gabon, du Mexique, du Népal et du Nigeria ne sont pas tenues d'observer l'article 58, paragraphe 4, de la Convention, pour ce qui est de donner une solution définitive dans un délai de cinq mois ou de porter à la connaissance de l'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, qu'un envoi postal a été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu, ou a été saisi en vertu de sa législation intérieure.

2. Les Administrations postales du Gabon, du Liban et de Madagascar ne sont pas tenues d'observer l'article 58, paragraphe 4, de la Convention, pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de cinq mois. Elles n'acceptent pas, en outre, que l'ayant droit soit désintéressé, pour leur compte, par une autre Administration à l'expiration du délai précité.

2. Unter Bezugnahme auf Artikel 36 lassen die Postverwaltungen der nachstehenden Länder gewöhnliche und eingeschriebene Briefe, die zollabgabepflichtige Gegenstände enthalten, nicht zu: Afghanistan, Albanien, Saudi-Arabien, Weißrußland, Brasilien, Bulgarien (Volksrepublik), die Zentralafrikanische Republik, Chile, Kolumbien, El Salvador, Äthiopien, Italien, das Demokratische Kamputschea, Nepal, Panama (Republik), Peru, die Deutsche Demokratische Republik, die Demokratische Volksrepublik Korea, Rumänien, San Marino, die Ukraine, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Venezuela.

3. Unter Bezugnahme auf Artikel 36 lassen die Postverwaltungen der nachstehenden Länder gewöhnliche Briefe, die zollabgabepflichtige Gegenstände enthalten, nicht zu: Benin, Elfenbeinküste, Obervolta, Mali, Mauretanien, Niger, Oman, Senegal, Jemen (Arabische Republik).

4. Unbeschadet der §§ 1 bis 3 sind Sendungen mit Serum und Impfstoffen sowie Sendungen mit dringend benötigten Arzneimitteln, die schwierig zu beschaffen sind, in allen Fällen zugelassen.

5. Unter Bezugnahme auf Artikel 36 läßt die Postverwaltung von Nepal eingeschriebene Briefe und Wertbriefe, die Geldscheine und Münzen enthalten, nur aufgrund einer hierzu besonders getroffenen Vereinbarung zu.

Artikel XIV

Umfang der Haftung der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen von Bangladesch, Belgien, Benin, der Elfenbeinküste, Obervolta, Indien, Libanon, Madagascar, Mali, Mauretanien, Mexiko, Nepal, Niger, Senegal, Togo und der Türkei brauchen Artikel 50 § 2 nicht anzuwenden.

2. Die Postverwaltung von Brasilien braucht Artikel 50 für Haftung bei Beschädigung nicht anzuwenden.

Artikel XV

Nichthaftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen

Die Postverwaltungen von Indonesien und Mexiko brauchen den Artikel 52 § 1 des Vertrages nicht anzuwenden bezüglich der Aufrechterhaltung der Haftung im Fall der Beraubung oder der vollständigen Beschädigung.

Artikel XVI

Zahlung des Ersatzbetrags

1. Die Postverwaltungen von Bangladesch, Gabun, Mexiko, Nepal und Nigeria brauchen Artikel 58 § 4 des Vertrags nicht anzuwenden bezüglich einer endgültigen Erledigung innerhalb von fünf Monaten oder Verständigung der Einlieferungs- oder Bestimmungsverwaltung je nach Fall, daß eine Postsendung wegen ihres Inhalts zurückgehalten, beschlagnahmt oder von der zuständigen Behörde vernichtet oder wegen der Gesetzgebung des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

2. Die Postverwaltungen von Gabun, Libanon und Madagaskar brauchen Artikel 58 § 4 des Vertrages nicht anzuwenden bezüglich einer endgültigen Erledigung einer Nachforschung innerhalb von fünf Monaten. Sie erkennen es auch nicht an, daß der Ersatzberechtigte bei Ablauf der vorgenannten Frist durch eine andere Verwaltung für ihre Rechnung entschädigt wird.

Article XVII**Frais spéciaux
de transit par le Transsibérien
et le lac Nasser**

1. L'Administration postale de l'Union des républiques socialistes soviétiques est autorisée à percevoir un supplément de 2 francs-or (0,65 DTS) en plus des frais de transit mentionnés à l'article 63, paragraphe 1, 1^o Parcours territoriaux, pour chaque kilogramme d'envois de la poste aux lettres transporté en transit par le Transsibérien.

2. Les Administrations postales de l'Égypte et du Soudan sont autorisées à percevoir un supplément de 50 centimes (0,16 DTS) sur les frais de transit mentionnés à l'article 63, paragraphe 1, pour chaque sac de la poste aux lettres en transit par le lac Nasser entre le Shallal (Égypte) et Wadi Halfa (Soudan).

Article XVIII**Conditions spéciales de transit pour le Panama (Rép.)**

L'Administration postale du Panama (Rép.) est autorisée à percevoir un supplément de 2 francs (0,65 DTS) sur les frais de transit mentionnés à l'article 63, paragraphe 1, pour chaque sac de la poste aux lettres en transit par l'isthme de Panama entre les ports de Balboa dans l'océan Pacifique et de Cristobal dans l'océan Atlantique.

Article XIX**Conditions spéciales de transit pour l'Afghanistan**

Par dérogation à l'article 63, paragraphe 1, l'Administration postale de l'Afghanistan est autorisée provisoirement, en raison des difficultés particulières qu'elle rencontre en matière de moyens de transport et de communication, à effectuer le transit des dépêches closes et des correspondances à découvert à travers son pays, à des conditions spécialement convenues entre elle et les Administrations postales intéressées.

Article XX**Frais d'entrepôt spéciaux à Panama**

A titre exceptionnel, l'Administration postale du Panama (Rép.) est autorisée à percevoir une taxe de 1 franc (0,33 DTS) par sac pour toutes les dépêches entreposées ou transbordées dans le port de Balboa ou de Cristobal, pourvu que cette Administration ne reçoive aucune rémunération au titre du transit territorial ou maritime pour ces dépêches.

Article XXI**Surtaxe aérienne exceptionnelle**

En raison de la situation géographique spéciale de l'Union des républiques socialistes soviétiques, l'Administration postale de ce pays se réserve le droit d'appliquer une surtaxe uniforme sur tout son territoire, pour tous les pays du monde. Cette surtaxe ne dépassera pas les frais réels occasionnés par le transport, par voie aérienne, des envois de la poste aux lettres.

Article XXII**Services extraordinaires**

Sont seuls considérés comme services extraordinaires donnant lieu à la perception de frais de transit spéciaux les services automobiles Syrie-Iraq.

Article XXIII**Acheminement obligatoire indiqué par le pays d'origine**

Les Administrations postales de la Biélorussie, de la Roumanie, de l'Ukraine et de l'Union des républiques socialistes

Artikel XVII**Besondere Durchgangsvergütungen
der Transsibirischen Bahn
sowie für die Beförderung über den Nasser-See**

1. Die Postverwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken kann zusätzlich zu den Durchgangsvergütungen nach Artikel 63 § 7 Ziffer 1), Landwegstrecken, für jedes Kilogramm Briefpost, das im Durchgang mit der transsibirischen Eisenbahn befördert wird, einen Zuschlag von 2 Goldfranken (0,65 SZR) erheben.

2. Die Postverwaltungen von Ägypten und Sudan können zusätzlich zu den Durchgangskosten nach Artikel 63 § 1 für jeden Briefbeutel, der im Durchgang zwischen Shallal (Ägypten) und Wadi Halfa (Sudan) über den Nasser-See befördert wird, einen Zuschlag von 50 Centimen (0,16 SZR) erheben.

Artikel XVIII**Besondere Durchgangsbedingungen für Panama (Republik)**

Die Postverwaltung Panamas (Republik) kann neben den Durchgangsvergütungen nach Artikel 63 § 1 für jeden Briefbeutel, der im Durchgang durch die Landenge von Panama zwischen den Häfen Balboa am Pazifischen Ozean und Cristobal am Atlantischen Ozean befördert wird, einen Zuschlag von 2 Franken (0,65 SZR) erheben.

Artikel XIX**Besondere Durchgangsbedingungen für Afghanistan**

Abweichend von Artikel 63 § 1 kann die Postverwaltung von Afghanistan mit Rücksicht auf die besonderen Schwierigkeiten, die ihr hinsichtlich der Beförderungsmittel und Verkehrsverbindungen entstehen, vorübergehend Durchgangskartenschlüsse und Briefsendungen des offenen Durchgangs durch ihr Land unter besonderen, mit den beteiligten Postverwaltungen vereinbarten Bedingungen befördern.

Artikel XX**Besondere Lagerkosten in Panama**

Die Postverwaltung von Panama (Republik) kann ausnahmsweise für alle in den Häfen Balboa oder Cristobal zwischengelagerten oder von einem Schiff aufs andere umgeladenen Kartenschlüssen eine Gebühr von einem Franken (0,33 SZR) je Beutel erheben, sofern sie für diese Kartenschlüsse keine Land- oder Seedurchgangsvergütungen erhält.

Artikel XXI**Außergewöhnlicher Luftpostzuschlag**

Wegen der besonderen geographischen Lage der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken behält sich die Postverwaltung dieses Landes das Recht vor, im Verkehr mit allen Ländern der Erde einen einheitlichen Zuschlag für ihr gesamtes Gebiet anzuwenden. Dieser Zuschlag wird die tatsächlichen Kosten für die Beförderung der Briefpostmengen auf dem Luftweg nicht überschreiten.

Artikel XXII**Außergewöhnliche Verbindungen**

Als außergewöhnliche Verbindungen, für die besondere Durchgangsvergütungen erhoben werden können, gelten allein die Kraftpostverbindungen Syrien-Irak.

Artikel XXIII**Vom Einlieferungsland angegebene verbindliche Leitung**

Die Postverwaltungen von Weißrußland, Rumänien, der Ukraine und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

soviétiques ne reconnaîtront que les frais du transport effectué en conformité de la disposition concernant la ligne indiquée sur les étiquettes des sacs (AV 8) de la dépêche-avion et sur les bordereaux de livraison AV 7.

Article XXIV

Acheminement des dépêches-avion closes

Eu égard à l'article XXIII, les Administrations postales de la France, de la Grèce, de l'Italie, du Sénégal et de la Thaïlande n'assureront l'acheminement des dépêches-avion closes que dans les conditions prévues à l'article 78, paragraphe 3.

Article XXV

Caractéristiques des timbres-poste

Les Administrations postales d'Australie, des Bahamas, de Bahrain, du Bangladesh, de Barbade, du Chili, d'Égypte, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, des Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, de l'Inde, du Japon, du Kenya, de la Malaisie, du Malawi, de la Nouvelle-Zélande, du Pakistan, de la Papouasie – Nouvelle-Guinée, des Pays-Bas, de la Rép. pop. dém. de Corée, de Salomon (îles), de Singapour, du Soudan, du Sri Lanka, de Trinité-et-Tobago, de Vanuatu, de Zambie et du Zimbabwe ne sont pas tenues d'observer les dispositions de l'article 192, paragraphe 4, du Règlement d'exécution de la Convention, pour ce qui est de l'obligation d'indiquer le millésime de l'année d'émission sur les timbres-poste commémoratifs ou philanthropiques.

Article XXVI

Transmission des imprimés à l'adresse d'un même destinataire

Par dérogation à l'article 161 du Règlement d'exécution de la Convention, les Administrations postales de l'Amérique (États-Unis) et du Canada sont autorisées à ne pas accepter les sacs spéciaux recommandés d'imprimés à l'adresse d'un même destinataire et à ne pas assurer le service réservé aux envois recommandés aux sacs de l'espèce en provenance d'autre pays.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Convention, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

werden nur die Kosten für die Beförderung anerkennen, die in Übereinstimmung mit der Streckenangabe auf den Beutelfahnen (AV 8) des Luftpostkartenschlusses und der auf den Übergabenachweisen AV 7 vorgeschriebenen Linie durchgeführt worden ist.

Artikel XXIV

Leitung der Luftpostkartenschlüsse

Unter Hinweis auf Artikel XXIII leiten die Postverwaltungen Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Senegals und Thailands Luftpostkartenschlüsse nur unter den in Artikel 78 § 3 vorgesehenen Bedingungen weiter.

Artikel XXV

Charakteristische Merkmale der Postwertzeichen

Die Postverwaltungen von Australien, den Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Chile, Ägypten, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, der vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, von Indien, Japan, Kenia, Malaysia, Malawi, Neuseeland, Pakistan, Papua-Neuguinea, den Niederlanden, der Demokratischen Volksrepublik Korea, den Salomonen (Inseln), Singapur, Sudan, Sri Lanka, Trinidad und Tobago, Vanuatu, Sambia und Simbabwe brauchen die Bestimmungen des Artikels 192 § 4 der Vollzugsordnung bezüglich der Verpflichtung zur Angabe der Jahreszahl des Ausgabejahres auf Gedenk- und Wohltätigkeitsmarken nicht zu beachten.

Artikel XXVI

Beförderung von Drucksachen an die Anschrift desselben Empfängers

Abweichend von Artikel 161 der Vollzugsordnung brauchen die Postverwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten) und Kanada eingeschriebene besondere Beutel mit Drucksachen an die Anschrift desselben Empfängers nicht zuzulassen und die den Einschreibsendungen vorbehaltene Behandlung derartiger Beutel, die aus anderen Ländern stammen, nicht sicherzustellen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Protokoll gefertigt, das die gleiche Kraft und die gleiche Gültigkeitsdauer hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut des Weltpostvertrags selbst enthalten wären; sie haben das Protokoll in einer Ausfertigung unterzeichnet, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft niedergelegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei durch die Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984.

Postpaketabkommen

Arrangement concernant les colis postaux

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Dispositions préliminaires**Einleitende Bestimmungen**

Art.

Artikel

1. Objet de l'Arrangement
2. Colis postaux
3. Exploitation du service par les entreprises de transport
4. Catégories de colis
5. Coupures de poids

- 1 Gegenstand des Abkommens
- 2 Postpakete
- 3 Durchführung des Dienstes durch Beförderungsunternehmen
- 4 Paketarten
- 5 Gewichtsstufen

Titre I**Taxes et droits****Titel I****Gebühren und Abgaben**

6. Composition des taxes et des droits

- 6 Zusammensetzung der Gebühren und Abgaben

Chapitre I**Taxes principales et surtaxes aériennes****Kapitel I****Grundgebühren und Luftpostzuschläge**

7. Taxes principales
8. Surtaxes aériennes

- 7 Grundgebühren
- 8 Luftpostzuschläge

Chapitre II**Taxes supplémentaires et droits****Kapitel II****Zusätzliche Gebühren und Abgaben****Section I****Taxes visant certaines catégories de colis****Abschnitt I****Gebühren für bestimmte Paketarten**

9. Colis exprès
10. Colis francs de taxes et de droits
11. Colis avec valeur déclarée
12. Colis fragiles. Colis encombrants

- 9 Pakete mit Eilzustellung
- 10 Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete
- 11 Wertpakete
- 12 Pakete mit zerbrechlichem Inhalt. Sperrige Pakete

Section II**Taxes et droits visant toutes les catégories de colis****Abschnitt II****Gebühren und Abgaben, die für alle Paketarten gelten**

13. Taxes supplémentaires
14. Tarif
15. Droits

- 13 Zusätzliche Gebühren
- 14 Verzeichnis der zusätzlichen Gebühren
- 15 Abgaben

Chapitre III**Franchises postales****Kapitel III****Postgebührenfreiheit**

16. Colis de service
17. Colis de prisonniers de guerre et d'internés civils

- 16 Postdienstpakete
- 17 Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete

Titre II		Titel II	
Exécution du service		Ausführung des Dienstes	
Chapitre I		Kapitel I	
Conditions d'admission		Zulassungsbedingungen	
Section I		Abschnitt I	
Conditions générales d'admission		Allgemeine Zulassungsbedingungen	
Art.		Artikel	
18.	Conditions d'acceptation	18	Annahmebedingungen
19.	Interdictions	19	Verbote
20.	Limites de dimensions	20	Begrenzungen der Maße
21.	Traitement des colis acceptés à tort	21	Behandlung zu Unrecht angenommener Pakete
22.	Instructions de l'expéditeur au moment du dépôt	22	Voraussetzungen des Absenders bei Einlieferung
Section II		Abschnitt II	
Conditions particulières d'admission		Besondere Zulassungsbedingungen	
23.	Colis avec valeur déclarée	23	Wertpakete
24.	Colis francs de taxes et de droits	24	Gebührenfrei auszuliefernde Pakete
Chapitre II		Kapitel II	
Conditions de livraison et de réexpédition		Auslieferungs-, Nach- und Rücksendungsbedingungen	
Section I		Abschnitt I	
Livraison		Auslieferung	
25.	Règles générales de livraison. Délais de garde	25	Allgemeine Auslieferungsbestimmungen. Lagerfristen
26.	Livraison des colis exprès	26	Auslieferung von Paketen mit Eilzustellung
27.	Avis de réception	27	Rübschein
28.	Non-livraison au destinataire	28	Unzustellbarkeit
29.	Renvoi à l'expéditeur des colis non livrés	29	Rücksendung unzustellbarer Pakete an den Absender
30.	Abandon par l'expéditeur d'un colis non livré	30	Preisgabe eines unzustellbaren Paketes durch den Absender
Section II		Abschnitt II	
Réexpédition		Nach- und Rücksendung	
31.	Réexpédition par suite de changement de résidence du destinataire ou par suite de modification d'adresse	31	Nachsendung bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers oder bei Änderung der Aufschrift
32.	Colis parvenus en fausse direction et à réexpédier	32	Weiterleitung fehlgeleiteter Pakete
33.	Renvoi à l'expéditeur des colis acceptés à tort	33	Rücksendung zu Unrecht angenommener Pakete an den Absender
34.	Renvoi à l'expéditeur par suite de suspension de service	34	Rücksendung an den Absender infolge Einstellung des Dienstes
Chapitre III		Kapitel III	
Dispositions particulières		Besondere Bestimmungen	
35.	Inobservation par une Administration des instructions données	35	Nichtbeachtung der vom Absender getroffenen Verfügungen durch eine Verwaltung
36.	Colis contenant des objets dont la détérioration ou la corruption prochaines sont à craindre	36	Pakete mit Gegenständen, die zu verderben oder zu verfaulen drohen
37.	Retrait. Modification ou correction d'adresse	37	Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift
38.	Réclamations	38	Nachforschungsanträge

Titre III
Responsabilité

- Art.
39. Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales
40. Non-responsabilité des Administrations postales
41. Responsabilité de l'expéditeur
42. Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales
43. Paiement de l'indemnité
44. Remboursement de l'indemnité à l'Administration ayant effectué le paiement
45. Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

Titel III
Haftung

- Artikel
- 39 Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen
- 40 Nichthaftung der Postverwaltungen
- 41 Haftung des Absenders
- 42 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen
- 43 Zahlung des Ersatzbetrags
- 44 Erstattung des Ersatzbetrags an die Verwaltung, die die Zahlung geleistet hat
- 45 Etwaige Wiedereinzahlung des Ersatzbetrags vom Absender oder Empfänger

Titre IV
Quotes-parts revenant aux Administrations.
Attribution des quotes-parts

Chapitre I
Quotes-parts

46. Quote-part territoriale de départ et d'arrivée
47. Quote-part territoriale de transit
48. Quote-part maritime
49. Réduction ou majoration de la quote-part maritime
50. Application de nouvelles quotes-parts à la suite de modifications imprévisibles d'acheminement
51. Taux de base et calcul des frais de transport aérien
52. Frais de transport aérien des colis-avion perdus ou détruits

Titel IV
Den Verwaltungen zustehende Vergütungsanteile.
Zuteilung der Vergütungsanteile

Kapitel I
Vergütungsanteile

- 46 Anfangs- und Endvergütungsanteil
- 47 Durchgangsvergütungsanteil
- 48 Seevergütungsanteil
- 49 Ermäßigung oder Erhöhung des Seevergütungsanteils
- 50 Anwendung neuer Vergütungsanteile nach unvorhersehbaren Änderungen in der Leitung
- 51 Grundvergütungssatz und Berechnung der Luftbeförderungskosten
- 52 Luftbeförderungskosten für in Verlust geratene oder vernichtete Luftpostpakete

Chapitre II
Attribution des quotes-parts

53. Principe général
54. Colis de service. Colis de prisonniers de guerre et d'internés civils

Kapitel II
Zuteilung der Vergütungsanteile

- 53 Allgemeiner Grundsatz
- 54 Postdienstpakete; Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete

Titre V
Dispositions diverses

55. Application de la Convention
56. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution
57. Colis à destination ou en provenance de pays ne participant pas à l'Arrangement

Titel V
Verschiedene Bestimmungen

- 55 Anwendung des Weltpostvertrags
- 56 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung
- 57 Pakete nach oder aus Ländern, die diesem Abkommen nicht beigetreten sind

Titre VI
Dispositions finales

58. Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Titel VI
Schlußbestimmungen

- 58 Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

**Protocole final
de l'Arrangement concernant
les colis postaux**

- Art.
- I. Quotes-parts territoriales d'arrivée exceptionnelles
 - II. Quotes-parts territoriales de transit exceptionnelles
 - III. Distance moyenne pondérée de transport des colis en transit
 - IV. Quotes-parts maritimes
 - V. Etablissement des quotes-parts moyennes
 - VI. Quotes-parts supplémentaires
 - VII. Tarifs spéciaux
 - VIII. Taxes supplémentaires
 - IX. Traitement des colis admis à tort
 - X. Retrait. Modification ou correction d'adresse
 - XI. Interdictions
 - XII. Exceptions au principe de la responsabilité
 - XIII. Dédommagement
 - XIV. Paiement de l'indemnité
 - XV. Non-responsabilité de l'Administration postale
 - XVI. Avis de réception

**Schlußprotokoll
zum Postpaketabkommen**

- Artikel
- I Außergewöhnliche Endvergütungsanteile
 - II Außergewöhnliche Durchgangsvergütungsanteile
 - III Mittlere gewogene Entfernung für die Paketdurchgangsbeförderung
 - IV Seevergütungsanteile
 - V Festsetzung von Durchschnittsvergütungsanteilen
 - VI Zusätzliche Vergütungsanteile
 - VII Besondere Vergütungsanteile
 - VIII Zusätzliche Gebühren
 - IX Behandlung zu Unrecht angenommener Pakete
 - X Zurückziehung.
Änderung oder Berichtigung der Aufschrift
 - XI Verbote
 - XII Ausnahmen vom Grundsatz der Haftung
 - XIII Ersatzleistung
 - XIV Zahlung des Ersatzbetrags
 - XV Nichthaftung der Postverwaltung
 - XVI Rückschein

Arrangement concernant les colis postaux

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Dispositions préliminaires

Article premier

Objet de l'Arrangement

Le présent Arrangement régit l'échange des colis postaux entre les pays contractants.

Article 2

Colis postaux

1. Des envois dénommés «colis postaux» dont le poids unitaire ne peut dépasser 20 kilogrammes peuvent être échangés soit directement, soit par l'intermédiaire d'un ou de plusieurs pays.
2. L'échange des colis postaux excédant 10 kilogrammes est facultatif. Les pays qui fixent un poids inférieur à 20 kilogrammes admettent toutefois les colis qui transitent en sacs ou autres récipients clos jusqu'au poids de 20 kilogrammes.
3. Par dérogation aux paragraphes 1 et 2, les colis postaux relatifs au service postal et visés à l'article 16 peuvent atteindre le poids maximal de 30 kilogrammes.
4. Dans le présent Arrangement, dans son Protocole final et dans son Règlement d'exécution, l'abréviation «colis» s'applique à tous les colis postaux.

Article 3

Exploitation du service par les entreprises de transport

1. Tout pays dont l'Administration postale ne se charge pas du transport des colis et qui adhère à l'Arrangement a la faculté d'en faire exécuter les clauses par les entreprises de transport. Il peut, en même temps, limiter ce service aux colis en provenance ou à destination de localités desservies par ces entreprises.
2. L'Administration postale de ce pays doit s'entendre avec les entreprises de transport pour assurer la complète exécution, par ces dernières, de toutes les clauses de l'Arrangement, spécialement pour organiser le service d'échange. Elle leur sert d'intermédiaire pour toutes leurs relations avec les Administrations des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 4

Catégories de colis

1. Le «colis ordinaire» est celui qui n'est soumis à aucune des formalités spéciales prescrites pour les catégories qui sont définies aux paragraphes 2 et 3.
2. Est dénommé:
 - a) «colis avec valeur déclarée», tout colis qui comporte une déclaration de valeur;

Postpaketabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Einleitende Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt den Austausch von Postpaketen zwischen den vertragschließenden Ländern.

Artikel 2

Postpakete

1. Als „Postpakete“ können Sendungen, deren Einzelgewicht 20 kg nicht übersteigen darf, entweder unmittelbar oder durch Vermittlung eines oder mehrerer Länder ausgetauscht werden.
2. Zum Austausch von Paketen über 10 kg besteht keine Verpflichtung. Länder, die ein Gewicht unter 20 kg festlegen, lassen jedoch Pakete bis 20 kg in Säcken oder anderen geschlossenen Behältern im Durchgang zu.
3. Abweichend von den §§ 1 und 2 darf das Höchstgewicht der in Artikel 16 genannten Postpakete in postdienstlichen Angelegenheiten 30 kg betragen.
4. In diesem Abkommen, seinem Schlußprotokoll und in seiner Vollzugsordnung bezieht sich die Abkürzung „Paket“ auf alle Postpakete.

Artikel 3

Durchführung des Dienstes durch Beförderungsunternehmen

1. Jedes Land, dessen Postverwaltung sich nicht mit der Paketbeförderung befaßt, das aber dem Abkommen beigetreten ist, kann diese durch Beförderungsunternehmen durchführen lassen. Es darf zugleich diesen Dienst auf Pakete aus und nach Orten beschränken, die von diesen Unternehmen bedient werden.
2. Die Postverwaltung eines solchen Landes hat durch Vereinbarung mit den Beförderungsunternehmen die vollständige Ausführung aller Bestimmungen des Abkommens, besonders die Einrichtung des Auswechslungsdienstes, sicherzustellen. Sie dient den Unternehmen in allen Beziehungen zu den Verwaltungen der übrigen vertragschließenden Länder und zum Internationalen Büro als Vermittlerin.

Artikel 4

Paketarten

1. Als „gewöhnliches Paket“ wird ein Paket bezeichnet, das keinen Sonderbestimmungen unterliegt, wie sie für die Paketarten nach den §§ 2 und 3 gelten.
2. Es wird bezeichnet:
 - a) als „Wertpaket“ jedes Paket, das eine Wertangabe trägt;

- b) «colis franc de taxes et de droits», tout colis pour lequel l'expéditeur demande à prendre en charge la totalité des taxes postales et des droits dont le colis peut être grevé à la livraison; cette demande peut être faite lors du dépôt; elle peut également être faite postérieurement au dépôt jusqu'au moment de la livraison au destinataire, sauf dans les pays qui ne peuvent accepter cette procédure;
- c) «colis remboursement», tout colis grevé de remboursement et visé par l'Arrangement concernant les envois contre remboursement;
- d) «colis fragile», tout colis contenant des objets pouvant se briser facilement et dont la manipulation doit être effectuée avec un soin particulier;
- e) «colis encombrant»:
- 1° tout colis dont les dimensions dépassent les limites fixées à l'article 20, paragraphe 1, ou celles que les Administrations peuvent fixer entre elles;
 - 2° tout colis qui, par sa forme ou sa structure, ne se prête pas facilement au chargement avec d'autres colis ou qui exige des précautions spéciales;
 - 3° à titre facultatif, tout colis conforme aux conditions prévues à l'article 20, paragraphe 4;
- f) «colis de service», tout colis relatif au service postal et échangé dans les conditions prévues à l'article 16;
- g) «colis de prisonniers de guerre et d'internés civils», tout colis destiné aux prisonniers et aux organismes visés à l'article 16 de la Convention ou expédié par eux
3. Est appelé, selon le mode d'acheminement ou de livraison:
- a) «colis-avion», tout colis admis au transport aérien avec priorité entre deux pays;
- b) «colis exprès», tout colis qui, dès l'arrivée au bureau de destination, doit être livré à domicile par porteur spécial ou qui, dans les pays dont les Administrations n'assurent pas la livraison à domicile, donne lieu à la remise, par porteur spécial, d'un avis d'arrivée; toutefois, si le domicile du destinataire est situé en dehors du rayon de distribution locale du bureau d'arrivée, la livraison par porteur spécial n'est pas obligatoire.
4. L'échange des colis «francs de taxes et de droits» et «remboursement» exige l'accord préalable des Administrations d'origine et de destination. S'agissant des colis «avec valeur déclarée», «fragiles», «encombrants», «avion» et «exprès», l'échange peut être établi sur la base des renseignements figurant dans le Recueil des colis postaux publié par le Bureau international.
- b) als „gebührenfrei auszulieferndes Paket“ jedes Paket, für das der Absender sämtliche Postgebühren und anderen Abgaben übernehmen will, mit denen das Paket bei der Auslieferung belastet werden kann; dieser Antrag kann bei der Einlieferung gestellt werden; er kann auch nach der Einlieferung gestellt werden, solange die Sendung dem Empfänger noch nicht ausgeliefert ist, außer in den Ländern, die dieses Verfahren nicht zulassen können;
- c) als „Nachnahmepaket“ jedes mit Nachnahme belastete Paket im Sinne des Postnachnahmeabkommens;
- d) als „Paket mit zerbrechlichem Inhalt“ jedes Paket, das leicht zerbrechliche Gegenstände enthält und mit besonderer Sorgfalt behandelt werden muß;
- e) als „sperriges Paket“:
- 1) jedes Paket, dessen Maße die Grenzen überschreiten, die in Artikel 20 § 1 festgelegt sind, oder die die Verwaltungen untereinander vereinbaren können;
 - 2) jedes Paket, das sich wegen seiner Form bzw. seiner äußeren Beschaffenheit nicht leicht mit anderen Paketen zusammen verladen läßt oder das besondere Vorichtsmaßnahmen erforderlich macht;
 - 3) nach dem Ermessen der Verwaltungen jedes Paket, das den in Artikel 20 § 4 vorgesehenen Bedingungen entspricht;
- f) als „Postdienstpaket“ jedes Paket in postdienstlichen Angelegenheiten, das unter den in Artikel 16 vorgesehenen Bedingungen ausgetauscht wird;
- g) als „Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpaket“ jedes Paket, das für die in Artikel 16 des Weltpostvertrags erwähnten Gefangenen und Stellen bestimmt ist oder von ihnen versandt wird.
3. Je nach Art der Beförderung oder der Auslieferung wird bezeichnet:
- a) als „Luftpostpaket“ jedes Paket, das mit Vorrang zur Beförderung auf dem Luftweg zwischen zwei Ländern zugelassen ist;
- b) als „Paket mit Eilzustellung“ jedes Paket, das nach Eingang beim Bestimmungsamt durch besonderen Boten zugestellt werden soll oder für das in Ländern, deren Verwaltungen nicht in die Wohnung zustellen, den Empfängern eine Eingangsbenachrichtigung durch besonderen Boten zuzustellen ist; liegt jedoch die Wohnung des Empfängers außerhalb des Ortszustellbereichs des Bestimmungsamts, so besteht keine Verpflichtung zur Zustellung durch besonderen Boten.
4. Der Austausch von gebührenfrei auszuliefernden Paketen und Nachnahmepaketen bedarf einer vorherigen Vereinbarung zwischen der Einlieferungs- und der Bestimmungsverwaltung. Der Austausch von Wertpaketen, Paketen mit zerbrechlichem Inhalt, sperrigen Paketen, Luftpostpaketen und Paketen mit Eilzustellung kann auf der Grundlage der Angaben in dem vom Internationalen Büro veröffentlichten „Recueil des colis postaux“ erfolgen.

Article 5

Coupures de poids

1. Les colis définis à l'article 4 comportent les coupures de poids suivantes:

	jusqu'à	1 kilogramme
au-dessus de	1	jusqu'à 3 kilogrammes
au-dessus de	3	jusqu'à 5 kilogrammes
au-dessus de	5	jusqu'à 10 kilogrammes
au-dessus de	10	jusqu'à 15 kilogrammes
au-dessus de	15	jusqu'à 20 kilogrammes.

Artikel 5

Gewichtsstufen

1. Für Pakete nach Artikel 4 gelten folgende Gewichtsstufen:

	bis	1 Kilogramm
über	1	bis 3 Kilogramm
über	3	bis 5 Kilogramm
über	5	bis 10 Kilogramm
über	10	bis 15 Kilogramm
über	15	bis 20 Kilogramm

2. Les pays qui, à cause de leur régime intérieur, ne peuvent adopter le type de poids métrique décimal, ont la faculté de substituer aux coupures de poids prévues au paragraphe 1 les équivalents suivants (en livres avoirdupois):

	jusqu'à 1 kg	jusqu'à 2 lb
au-dessus de 1	jusqu'à 3 kg	2 – 7 lb
au-dessus de 3	jusqu'à 5 kg	7 – 11 lb
au-dessus de 5	jusqu'à 10 kg	11 – 22 lb
au-dessus de 10	jusqu'à 15 kg	22 – 33 lb
au-dessus de 15	jusqu'à 20 kg	33 – 44 lb

2. Länder, die wegen ihrer Rechtsvorschriften das Dezimalgewichtssystem nicht anwenden können, sind berechtigt, an die Stelle der Gewichtsstufen nach § 1 folgende Gegenwerte (in Pfund = lb) zu setzen:

	bis 1 kg	bis 2 lb
über 1	bis 3 kg	2 bis 7 lb
über 3	bis 5 kg	7 bis 11 lb
über 5	bis 10 kg	11 bis 22 lb
über 10	bis 15 kg	22 bis 33 lb
über 15	bis 20 kg	33 bis 44 lb

Titre I

Taxes et droits

Article 6

Composition des taxes et des droits

1. Les taxes et les droits que les Administrations sont autorisées à percevoir sur les expéditeurs et les destinataires de colis postaux sont constitués par les taxes principales définies à l'article 7 et, le cas échéant, par:

- a) les surtaxes aériennes visées à l'article 8;
- b) les taxes supplémentaires visées aux articles 9 à 14;
- c) les taxes et droits visés aux articles 29, paragraphe 3, et 31, paragraphe 6;
- d) les droits visés à l'article 15.

2. Sauf les cas prévus par le présent Arrangement, les taxes sont conservées par l'Administration qui les a perçues.

Chapitre I

Taxes principales et surtaxes aériennes

Article 7

Taxes principales

1. Les Administrations établissent les taxes principales à percevoir sur les expéditeurs.

2. Les taxes principales doivent être en relation avec les quotes-parts et, en règle générale, leur produit ne doit pas dépasser dans l'ensemble les quotes-parts que les Administrations sont autorisées à réclamer et qui sont prévues aux articles 46 à 50.

Article 8

Surtaxes aériennes

1. Les Administrations établissent les surtaxes aériennes à percevoir pour l'acheminement des colis par la voie aérienne. Elles ont la faculté d'adopter, pour la fixation des surtaxes, des échelons de poids inférieurs à la première coupure de poids.

2. Les surtaxes doivent être en relation avec les frais de transport aérien et, en règle générale, leur produit ne doit pas dépasser, dans l'ensemble, les frais de ce transport.

3. Les surtaxes doivent être uniformes pour tout le territoire d'un même pays de destination, quel que soit l'acheminement utilisé.

Titel I

Gebühren und Abgaben

Artikel 6

Zusammensetzung der Gebühren und Abgaben

1. Die Gebühren und Abgaben, die die Verwaltungen von den Absendern und Empfängern von Postpaketen erheben dürfen, bestehen aus den Grundgebühren nach Artikel 7 und gegebenenfalls aus:

- a) den Luftpostzuschlägen nach Artikel 8;
- b) den zusätzlichen Gebühren nach den Artikeln 9 bis 14;
- c) den Gebühren und Abgaben nach den Artikeln 29 § 3 und 31 § 6;
- d) den Abgaben nach Artikel 15.

2. Mit Ausnahme der in diesem Abkommen vorgesehenen Fälle verbleiben die Gebühren der Verwaltung, die sie erhoben hat.

Kapitel I

Grundgebühren und Luftpostzuschläge

Artikel 7

Grundgebühren

1. Die Verwaltungen setzen die von den Absendern zu erhebenden Grundgebühren fest.

2. Die Grundgebühren müssen in Beziehung zu den Vergütungsanteilen stehen; im allgemeinen darf ihr Gesamtertrag die in den Artikeln 46 bis 50 vorgesehenen Vergütungsanteile, die die Verwaltungen erheben dürfen, nicht übersteigen.

Artikel 8

Luftpostzuschläge

1. Die Verwaltungen legen die Luftpostzuschläge für die Beförderung von Paketen auf dem Luftweg fest. Sie können bei der Festsetzung der Zuschläge Gewichtsstufen zulassen, die unter der ersten Gewichtsstufe liegen.

2. Die Zuschläge müssen in Beziehung zu den Luftbeförderungskosten stehen; im allgemeinen darf ihr Gesamtertrag die Kosten für diese Beförderung nicht übersteigen.

3. Die Zuschläge müssen für das ganze Gebiet eines Bestimmungslandes einheitlich sein, unabhängig davon, welcher Leitweg benutzt wird.

Chapitre II

Taxes supplémentaires et droits

Section I

Taxes visant certaines catégories de colis

Article 9

Colis exprès

1. Les colis exprès sont passibles d'une taxe supplémentaire appelée «taxe d'exprès» dont le montant est fixé à 5 francs (1,63 DTS) au maximum ou au montant de la taxe applicable dans le service intérieur si elle est plus élevée. Cette taxe doit être acquittée complètement et à l'avance au moment du dépôt, même si le colis ne peut être distribué par exprès, mais seulement l'avis d'arrivée.

2. Lorsque la remise par exprès entraîne pour l'Administration de destination des sujétions spéciales en ce qui concerne soit la situation du domicile du destinataire, soit le jour ou l'heure d'arrivée au bureau de destination, la remise du colis et la perception éventuelle d'une taxe complémentaire sont réglées par les dispositions relatives aux colis de même nature du régime intérieur. Cette taxe complémentaire reste exigible même si le colis est renvoyé à l'expéditeur ou réexpédié; toutefois, dans ces cas, le montant de la reprise ne peut dépasser 5 francs (1,63 DTS).

3. Si la réglementation de l'Administration de destination le permet, les destinataires peuvent demander au bureau de distribution, sous réserve de ce qui est prévu au paragraphe 1, que les colis qui leur sont destinés soient livrés par exprès dès leur arrivée. Dans ce cas, l'Administration de destination est autorisée à percevoir, au moment de la distribution, une taxe de 5 francs (1,63 DTS) au maximum ou la taxe du service intérieur si elle est plus élevée.

Article 10

Colis francs de taxes et de droits

1. Les colis francs de taxes et de droits sont passibles d'une taxe dite «taxe pour franchise à la livraison» dont le montant est fixé à 3 francs (0,98 DTS) par colis au maximum. Cette taxe est perçue par l'Administration d'origine qui la garde comme rémunération pour les services fournis dans le pays d'origine.

2. Lorsque la franchise à la livraison est demandée postérieurement au dépôt du colis, une taxe additionnelle pour demande de franchise à la livraison est perçue sur l'expéditeur au moment de la présentation de la demande. Cette taxe dont le montant est fixé à 4 francs (1,31 DTS) au maximum est perçue par l'Administration d'origine. Si la demande doit être transmise par voie télégraphique, l'expéditeur doit payer en outre la taxe télégraphique.

3. L'Administration de destination est autorisée à percevoir une taxe de commission de 3 francs (0,98 DTS) par colis au maximum. Cette taxe est indépendante de la taxe de présentation à la douane visée à l'article 14, lettre c). Elle est perçue sur l'expéditeur au profit de l'Administration de destination.

Article 11

Colis avec valeur déclarée

1. Les colis avec valeur déclarée donnent lieu à la perception sur l'expéditeur et à l'avance des taxes ci-après:

- a) taxes autorisées dans le présent titre;
- b) à titre facultatif, taxe d'expédition ne dépassant pas la taxe de recommandation fixée à l'article 24, paragraphe 1, lettre p), de la Convention ou taxe correspondante du service

Kapitel II

Zusätzliche Gebühren und Abgaben

Abschnitt I

Gebühren für bestimmte Paketarten

Artikel 9

Pakete mit Eilzustellung

1. Für Pakete mit Eilzustellung ist eine zusätzliche Gebühr zu entrichten, die „Eilzustellgebühr“ genannt wird; sie beträgt höchstens 5 Franken (1,63 SZR) bzw. entspricht der Inlandsgebühr, sofern diese höher ist. Sie ist bei der Einlieferung vollständig vorauszuentsrichten, selbst wenn statt des Pakets nur die Eingangsbenachrichtigung durch Eilboten zugestellt werden kann.

2. Verursacht die Eilzustellung der Verwaltung des Bestimmungslands wegen der Lage der Wohnung des Empfängers oder wegen des Tages oder der Stunde des Eingangs beim Bestimmungsamt besondere Aufwendungen, so richtet sich die Zustellung des Pakets und die etwaige Erhebung einer Ergänzungsgebühr nach den Vorschriften des Inlandsdienstes für Pakete gleicher Art. Diese Ergänzungsgebühr wird auch dann gefordert, wenn das Paket zurück- oder nachgesandt wird; in diesen Fällen darf ihr Betrag jedoch nicht höher sein als 5 Franken (1,63 SZR).

3. Wenn es die Rechtsvorschriften der Bestimmungsverwaltung erlauben, können die Empfänger vorbehaltlich des § 1 beim Zustellamt beantragen, daß ihnen die Pakete sofort nach der Ankunft durch Eilboten zugestellt werden. In diesem Fall darf die Bestimmungsverwaltung bei der Zustellung eine Gebühr von höchstens 5 Franken (1,63 SZR) bzw. die Inlandsgebühr erheben, sofern diese höher ist.

Artikel 10

Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete

1. Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete unterliegen einer sogenannten „Gebühr für das Einliefern einer Sendung mit Gebührenzettel“; sie darf höchstens 3 Franken (0,98 SZR) je Paket betragen. Diese Gebühr wird von der Einlieferungsverwaltung erhoben und verbleibt ihr als Vergütung für die im Einlieferungsland erbrachten Leistungen.

2. Wird der Antrag auf gebühren- und abgabenfreie Auslieferung nach der Einlieferung des Pakets gestellt, so wird vom Absender eine zusätzliche Gebühr für den nachträglich verlangten Gebührenzettel erhoben, die bei Stellung des Antrags zu entrichten ist. Diese Gebühr darf höchstens 4 Franken (1,31 SZR) betragen und wird von der Einlieferungsverwaltung erhoben. Wenn der Antrag telegrafisch übermittelt werden soll, muß der Absender außerdem die Telegrammgebühr zahlen.

3. Die Bestimmungsverwaltung kann eine Gebührenzettelgebühr von höchstens 3 Franken (0,98 SZR) je Paket berechnen. Diese Gebühr ist unabhängig von der Gestellungsgebühr nach Artikel 14 Buchstabe c). Sie wird vom Absender zugunsten der Bestimmungsverwaltung erhoben.

Artikel 11

Wertpakete

1. Für Wertpakete werden vom Absender im voraus nachstehende Gebühren erhoben:

- a) Gebühren, die nach diesem Titel erhoben werden dürfen;
- b) nach eigenem Ermessen eine Behandlungsgebühr, die nicht höher sein darf als die Einschreibgebühr nach Artikel 24 § 1 Buchstabe p) des Weltpostvertrags oder die ent-

intérieur si celle-ci est plus élevée ou, exceptionnellement, taxe de 10 francs (3,27 DTS) au maximum;

- c) taxe ordinaire d'assurance: au maximum 1 franc (0,33 DTS) par 200 francs (65,34 DTS) ou fraction de 200 francs (65,34 DTS) déclarés, ou $\frac{1}{2}$ pour cent de l'échelon de valeur déclarée ou la taxe du service intérieur si elle est plus élevée.

2. En outre, est autorisée la perception, par les Administrations qui acceptent de couvrir les risques pouvant découler du cas de force majeure, d'une «taxe pour risques de force majeure» à fixer de manière que la somme totale formée par cette taxe et la taxe ordinaire d'assurance ne dépasse pas le maximum prévu au paragraphe 1, lettre c).

3. Les Administrations peuvent en outre percevoir sur les expéditeurs ou les destinataires les taxes spéciales prévues par leur législation intérieure pour les mesures exceptionnelles de sécurité prises à l'égard des colis avec valeur déclarée.

Article 12

Colis fragiles. Colis encombrants

Les colis fragiles et les colis encombrants sont passibles d'une taxe supplémentaire égale, au maximum, à 50 pour cent de la taxe principale ou à la taxe du service intérieur si elle est plus élevée. Si le colis est fragile et encombrant, la taxe supplémentaire susvisée n'est perçue qu'une seule fois. Toutefois, les surtaxes aériennes relatives à ces colis ne subissent aucune majoration.

Section II

Taxes et droits visant toutes les catégories de colis

Article 13

Taxes supplémentaires

Les Administrations sont autorisées à percevoir les taxes supplémentaires suivantes:

- a) taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets;
- b) taxe de présentation à la douane, perçue par l'Administration d'origine; en règle générale, la perception s'opère au moment du dépôt du colis;
- c) taxe de présentation à la douane, perçue par l'Administration de destination soit pour la remise à la douane et le dédouanement, soit pour la remise à la douane seulement; sauf entente spéciale, la perception s'opère au moment de la livraison du colis au destinataire; toutefois, lorsqu'il s'agit de colis francs de taxes et de droits, la taxe de présentation à la douane est perçue par l'Administration d'origine au profit de l'Administration de destination;
- d) taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur; cette taxe peut être perçue par l'Administration d'origine pour les colis enlevés à domicile par les soins de ses services;
- e) taxe de livraison; cette taxe peut être perçue par l'Administration de destination autant de fois que le colis est présenté à domicile; néanmoins, pour les colis exprès, elle ne peut être perçue que pour les présentations à domicile postérieures à la première;
- f) taxe de réponse à un avis de non-livraison, perçue dans les conditions fixées à l'article 28, paragraphe 2;
- g) taxe d'avis d'arrivée, perçue par l'Administration de destination, quand sa législation lui en fait obligation et quand cette Administration n'assure pas la livraison à domicile, pour tout avis (premier avis ou avis ultérieurs) éventuelle-

sprechende Gebühr des Inlandsdienstes, wenn diese höher ist, oder ausnahmsweise eine Gebühr von höchstens 10 Franken (3,27 SZR).

- c) eine gewöhnliche Wertgebühr; höchstens 1 Franken (0,33 SZR) für je 200 Franken (65,34 SZR) der Wertangabe oder $\frac{1}{2}$ v. H. der Wertangabe oder die Inlandsgebühr, sofern diese höher ist.

2. Außerdem können Verwaltungen, die für Schäden aus höherer Gewalt haften, eine Gebühr für Gefahren aus höherer Gewalt erheben, die so zu bemessen ist, daß die Summe aus dieser Gebühr und der gewöhnlichen Wertgebühr den Höchstbetrag nach § 1 Buchstabe c nicht übersteigt.

3. Die Verwaltungen können außerdem von den Absendern oder von den Empfängern die nach ihren Rechtsvorschriften für außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen für Wertpakete vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

Artikel 12

Pakete mit zerbrechlichem Inhalt. Sperrige Pakete

Pakete mit zerbrechlichem Inhalt und sperrige Pakete unterliegen einer zusätzlichen Gebühr von höchstens 50 v. H. der Grundgebühr oder der Inlandsgebühr, sofern diese höher ist. Ist das Paket zerbrechlich und sperrig, so wird die zusätzliche Gebühr nur einmal erhoben. Die Luftpostzuschläge für diese Pakete werden jedoch nicht erhöht.

Abschnitt II

Gebühren und Abgaben, die für alle Paketarten gelten

Artikel 13

Zusätzliche Gebühren

Die Verwaltungen dürfen folgende zusätzliche Gebühren erheben:

- a) Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden;
- b) Gestellungsgebühr, die von der Einlieferungsverwaltung erhoben wird; in der Regel wird diese Gebühr bei der Einlieferung des Pakets erhoben;
- c) Gestellungsgebühr, die von der Bestimmungsverwaltung entweder für die Zollgestellung und die Verzollung oder nur für die Zollgestellung erhoben wird; wenn nichts Besonderes vereinbart ist, wird diese Gebühr bei der Auslieferung des Pakets an den Empfänger erhoben; handelt es sich jedoch um gebührenfrei auszuliefernde Pakete, so wird die Gestellungsgebühr von der Einlieferungsverwaltung zugunsten der Bestimmungsverwaltung eingezogen;
- d) Gebühr für das Abholen beim Absender; diese Gebühr kann die Einlieferungsverwaltung für das Abholen der Pakete beim Absender erheben;
- e) Zustellgebühr; diese kann die Bestimmungsverwaltung für jeden Zustellversuch erheben, bei Paketen mit Eilzustellung jedoch nur für die nach dem ersten Zustellversuch erfolgten Versuche;
- f) Gebühr für die Antwort auf eine Unzustellbarkeitsanzeige, die unter den in Artikel 28 § 2 festgelegten Bedingungen erhoben wird;
- g) Gebühr für die Benachrichtigung vom Eingang eines Pakets, die die Bestimmungsverwaltung erhebt, wenn sie nach ihren Rechtsvorschriften dazu verpflichtet ist und den Paketzustelldienst nicht wahrnimmt; diese Gebühr kann für

ment remis au domicile du destinataire, sauf pour le premier avis des colis exprès;

- h) taxe de remballage, due à l'Administration du premier des pays sur le territoire duquel un colis a dû être remballé afin d'en protéger le contenu; elle est récupérée sur le destinataire ou, le cas échéant, sur l'expéditeur;
- i) taxe de poste restante, perçue par l'Administration de destination au moment de la livraison, sur tout colis adressé poste restante;
- j) taxe de magasinage sur tout colis qui n'a pas été retiré dans les délais prescrits, que ce colis soit adressé poste restante ou à domicile; cette taxe est perçue, par l'Administration qui effectue la livraison, au profit des Administrations dans les services desquelles le colis a été gardé au-delà des délais admis;
- k) taxe d'avis de réception, lorsque l'expéditeur demande un avis de réception conformément à l'article 27;
- l) taxe d'avis d'embarquement, perçue, dans les relations entre les pays dont les Administrations acceptent d'assurer ce service, lorsque l'expéditeur demande qu'un avis d'embarquement lui soit adressé;
- m) taxe de réclamation visée à l'article 38, paragraphe 3;
- n) taxe de demande de retrait ou de modification d'adresse;
- o) taxe pour risques de force majeure, perçue par les Administrations acceptant de couvrir les risques susceptibles de découler d'un cas de force majeure.

Article 14

Tarif

1. Le tarif des taxes supplémentaires définies à l'article 13 est fixé conformément aux indications du tableau ci-après:

Désignation de la taxe	Montant	Observations
1	2	3
a) taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets	même taxe que dans le régime intérieur	
b) taxe de présentation à la douane, perçue par l'Administration d'origine	2 francs (0,65 DTS) par colis au maximum	
c) taxe de présentation à la douane, perçue par l'Administration de destination	10 francs (3,27 DTS) par colis au maximum	
d) taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur	même taxe que dans le régime intérieur	
e) taxe de livraison	même taxe que dans le régime intérieur	En cas de renvoi à l'expéditeur (article 29, paragraphe 3, lettre b) ou de réexpédition (article 31, paragraphe 6, lettre c)), le montant de la reprise ne peut dépasser 3 francs (0,98 DTS).
f) taxe de réponse à un avis de non-livraison	2 francs (0,65 DTS) au maximum	Si, à la suite de l'avis de non-livraison, de nouvelles instructions doivent être transmises par voie télégraphique, l'expéditeur ou le tiers doit payer, en outre, la taxe télégraphique.

jede Benachrichtigung (für die erste sowie für jede weitere) erhoben werden, die in die Wohnung des Empfängers zugestellt wird, ausgenommen die erste Benachrichtigung vom Eingang eines Pakets mit Eilzustellung;

- h) Verpackungsgebühr, die der Verwaltung des ersten Landes zusteht, in dessen Gebiet ein Paket zum Schutz seines Inhalts neu verpackt werden mußte; sie wird vom Empfänger oder gegebenenfalls vom Absender eingezogen;
- i) Gebühr für postlagernde Pakete, die die Bestimmungsverwaltung bei der Auslieferung für jedes postlagernde Paket erhebt;
- j) Lagergebühr, die für jedes Paket erhoben wird, das nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgeholt worden ist, gleichgültig, ob es sich um ein postlagerndes oder zuzustellendes Paket handelt; diese Gebühr zieht die ausliefernde Verwaltung zugunsten der Verwaltungen ein, in deren Dienstbereich das Paket über die zulässigen Fristen hinaus aufbewahrt wurde;
- k) Rückscheingebühr, wenn der Absender nach Artikel 27 einen Rückschein verlangt;
- l) Gebühr für Verschiffungsbescheinigung; sie wird im Verkehr zwischen Ländern, deren Verwaltungen diesen Dienst ausführen, erhoben, wenn der Absender die Übersendung einer Verschiffungsbescheinigung verlangt;
- m) Nachforschungsgebühr nach Artikel 38 § 3;
- n) Gebühr für Antrag auf Zurückziehung oder auf Änderung der Aufschrift;
- o) Gebühr für Gefahren aus höherer Gewalt, die die Verwaltungen erheben, die eine Haftung für Gefahren aus höherer Gewalt übernommen haben.

Artikel 14

Verzeichnis der zusätzlichen Gebühren

1. Die Höhe der zusätzlichen Gebühren nach Artikel 13 wird nach den in der nachstehenden Übersicht enthaltenen Angaben festgelegt:

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3
a) Gebühr für die Eintieferrung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden	Inlandsgebühr	
b) Gestellungsgebühr, die von der Einlieferungsverwaltung erhoben wird	höchstens 2 Franken (0,65 SZR) je Paket	
c) Gestellungsgebühr, die von der Bestimmungsverwaltung erhoben wird	höchstens 10 Franken (3,27 SZR) je Paket	
d) Gebühr für das Abholen beim Absender	Inlandsgebühr	
e) Zustellgebühr	Inlandsgebühr	Bei Rücksendung an den Absender (Art. 29 § 3 Buchstabe b) oder Nachsendung (Art. 31 § 6 Buchstabe c) darf der Betrag 3 Franken (0,98 SZR) nicht überschreiten.
f) Gebühr für die Antwort auf eine Unzustellbarkeitsanzeige	höchstens 2 Franken (0,65 SZR)	Wenn als Folge der Unzustellbarkeitsanzeige neue Verfügungen telegrafisch übermittelt werden sollen, so hat der Absender oder der Dritte außerdem die Telegrammgebühr zu zahlen.

Désignation de la taxe	Montant	Observations
1	2	3

g) taxe d'avis d'arrivée	au maximum, taxe égale à celle d'une lettre ordinaire du premier échelon de poids du régime intérieur	
h) taxe de remballage	1 franc (0,33 DTS) par colis au maximum	Cette taxe ne peut être appliquée qu'une fois seulement au cours du transport de bout en bout.
i) taxe de poste restante	même taxe que dans le régime intérieur	En cas de renvoi à l'expéditeur [article 29, paragraphe 3, lettre b)] ou de réexpédition [article 31, paragraphe 6, lettre c)], le montant de la reprise ne peut dépasser 1,50 franc (0,49 DTS).
j) taxe de magasinage	même taxe que dans le régime intérieur	En cas de renvoi à l'expéditeur ou de réexpédition [articles 29, paragraphe 3, lettre b), et 31, paragraphe 6, lettre c)], le montant de la reprise ne peut dépasser 20 francs (6,53 DTS).
k) taxe d'avis de réception	3 francs (0,98 DTS) au maximum	
l) taxe d'avis d'embarquement	1,10 franc (0,36 DTS) par colis au maximum	
m) taxe de réclamation	2 francs (0,65 DTS) au maximum	A cette taxe s'ajoute la taxe télégraphique si l'expéditeur a exprimé le désir que sa demande soit transmise par voie télégraphique.
n) taxe de demande de retrait ou de modification d'adresse	4 francs (1,31 DTS) au maximum	A cette taxe s'ajoute la taxe télégraphique correspondante, si la demande doit être transmise par voie télégraphique.
o) taxe pour risques de force majeure	a) montant prévu à l'article 11, paragraphe 2, en ce qui concerne les colis avec valeur déclarée b) 60 centimes (0,20 DTS) par colis au maximum, en ce qui concerne les colis sans valeur déclarée	

2. Les Administrations qui perçoivent dans leur régime intérieur des taxes supplémentaires supérieures à celles qui sont fixées au paragraphe 1 sont autorisées, lorsqu'elles conservent intégralement ces dernières, à appliquer, dans le service international, les taux du régime intérieur.

Article 15

Droits

1. Les Administrations de destination sont autorisées à percevoir, sur les destinataires, tous droits, notamment les droits de douane, dont les envois sont grevés dans le pays de destination.

2. Les Administrations s'engagent à intervenir auprès des autorités compétentes de leur pays pour que les droits (parmi lesquels les droits de douane) soient annulés quand ils concernent un colis:

a) renvoyé à l'expéditeur;

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3

g) Gebühr für die Benachrichtigung vom Eingang eines Pakets	höchstens die Gebühr für einen gewöhnlichen Inlandsbrief der ersten Gewichtsstufe	
h) Verpackungsgebühr	höchstens 1 Franken (0,33 SZR) je Paket	Diese Gebühr darf auf der ganzen Beförderungsstrecke nur einmal erhoben werden.
i) Gebühr für postlagernde Pakete	Inlandsgebühr	Bei Rücksendung an den Absender (Art. 29 § 3 Buchstabe b) oder Nachsendung (Art. 31 § 6 Buchstabe c) darf der Betrag 1,50 Franken (0,49 SZR) nicht überschreiten.
j) Lagergebühr	Inlandsgebühr	Bei Rücksendung an den Absender oder Nachsendung (Art. 29 § 3 Buchstabe b und Art. 31 § 6 Buchstabe c) darf der Betrag 20 Franken (6,53 SZR) nicht überschreiten.
k) Rückscheingebühr	höchstens 3 Franken (0,98 SZR)	
l) Gebühr für Verschiffungsbescheinigung	höchstens 1,10 Franken (0,36 SZR) je Paket	
m) Nachforschungsgebühr	höchstens 2 Franken (0,65 SZR)	Zu dieser Gebühr kommt die Telegrammgebühr hinzu, wenn der Absender die telegrafische Übermittlung seines Antrags verlangt hat.
n) Gebühr für einen Antrag auf Zurückziehung oder auf Änderung der Aufschrift	höchstens 4 Franken (1,31 SZR)	Zu dieser Gebühr kommt die entsprechende Telegrammgebühr hinzu, wenn der Antrag telegrafisch übermittelt werden soll.
o) Gebühr für Gefahren aus höherer Gewalt	a) bei Wertpaketen: der in Artikel 11 § 2 vorgesehene Betrag b) bei Paketen ohne Wertangabe: höchstens 60 Centimen (0,20 SZR) je Paket	

2. Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst höhere zusätzliche Gebühren als die in § 1 festgelegten erheben, können, wenn ihnen letztere vollständig verbleiben, im Auslandsdienst die Gebührensätze des Inlandsdienstes anwenden.

Artikel 15

Abgaben

1. Die Bestimmungsverwaltungen können alle Abgaben, insbesondere die Zollabgaben, mit denen die Sendungen im Bestimmungsland belastet werden, von den Empfängern einziehen.

2. Die Verwaltungen verpflichten sich, bei den zuständigen Behörden ihres Landes darauf hinzuwirken, daß die Abgaben (darunter die Zollabgaben) niedergeschlagen werden, wenn sie ein Paket betreffen, das

a) an den Absender zurückgesandt,

- b) réexpédié sur un tiers pays;
- c) abandonné par l'expéditeur;
- d) perdu dans leur service ou détruit pour cause d'avarie totale du contenu;
- e) spolié ou avarié dans leur service. Dans ces cas, l'annulation des droits n'est demandée que pour la valeur du contenu manquant ou pour la dépréciation subie par le contenu.

- b) nach einem dritten Land nachgesandt,
- c) vom Absender preisgegeben,
- d) in ihrem Bereich in Verlust geraten oder wegen Totalschadens des Inhalts vernichtet,
- e) in ihrem Bereich beraubt oder beschädigt worden ist. In diesen Fällen wird die Niederschlagung der Abgaben nur für den Wert des fehlenden Inhalts oder für die Wertminderung des Inhalts beantragt.

Chapitre III

Franchises postales

Article 16

Colis de service

1. Sont exonérés de toutes taxes postales les colis relatifs au service postal et échangés entre:

- a) les Administrations postales;
- b) les Administrations postales et le Bureau international;
- c) les bureaux de poste des Pays-membres;
- d) les bureaux de poste et les Administrations postales.

2. Les colis-avion, à l'exception de ceux qui émanent du Bureau international, n'acquittent pas les surtaxes aériennes.

Article 17

Colis de prisonniers de guerre et d'internés civils

Les colis de prisonniers de guerre et d'internés civils sont exonérés de toutes taxes en vertu de l'article 16 de la Convention. Toutefois, les colis-avion sont soumis aux surtaxes aériennes stipulées à l'article 8 du présent Arrangement.

Titre II

Exécution du service

Chapitre I

Conditions d'admission

Section I

Conditions générales d'admission

Article 18

Conditions d'acceptation

Sous réserve que le contenu ne tombe pas sous le coup des interdictions énumérées à l'article 19 ou sous celui des interdictions ou des restrictions applicables dans le territoire d'une ou de plusieurs Administrations appelées à participer au transport, tout colis, pour être admis à l'expédition, doit:

- a) appartenir à une catégorie de colis admise en application de l'article 4;
- b) avoir un emballage adapté à la nature du contenu et aux conditions du transport;
- c) porter les noms et adresses du destinataire et de l'expéditeur;
- d) répondre aux conditions de poids et de dimensions fixées par les articles 2 et 20;

Kapitel III

Postgebührenfreiheit

Artikel 16

Postdienstpakete

1. Von allen Postgebühren befreit sind Pakete in postdienstlichen Angelegenheiten, die ausgetauscht werden zwischen den:

- a) Postverwaltungen,
- b) Postverwaltungen und dem Internationalen Büro,
- c) Postämtern der Mitgliedsländer,
- d) Postämtern und den Postverwaltungen.

2. Für Luftpostpakete, mit Ausnahme der vom Internationalen Büro ausgehenden, sind keine Luftpostzuschläge zu entrichten.

Artikel 17

Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete

Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete sind auf Grund des Artikels 16 des Weltpostvertrags von allen Gebühren befreit. Für Luftpostpakete sind jedoch die Luftpostzuschläge nach Artikel 8 dieses Abkommens zu erheben.

Titel II

Ausführung des Dienstes

Kapitel I

Zulassungsbedingungen

Abschnitt I

Allgemeine Zulassungsbedingungen

Artikel 18

Annahmebedingungen

Unter dem Vorbehalt, daß der Inhalt nicht unter die Verbote nach Artikel 19 oder unter die im Gebiet einer oder mehrerer an der Beförderung beteiligter Verwaltungen geltenden Verbote oder Beschränkungen fällt, muß jedes Paket, um zur Beförderung zugelassen zu werden,

- a) einer nach Artikel 4 zugelassenen Paketart angehören;
- b) eine der Beschaffenheit des Inhalts und den Beförderungsbedingungen angepaßte Verpackung haben;
- c) die Namen und Anschriften des Empfängers und des Absenders tragen;
- d) den in den Artikeln 2 und 20 festgelegten Bedingungen hinsichtlich des Gewichts und der Maße entsprechen;

- e) être affranchi de toutes taxes exigibles par le bureau d'origine au moyen de timbres-poste ou de tout autre procédé autorisé par la réglementation de l'Administration d'origine.

- e) so freigemacht sein, daß alle vom Einlieferungsamt mit Postwertzeichen oder nach jedem anderen nach den Rechtsvorschriften der Einlieferungsverwaltung zugelassenen Verfahren zu erhebenden Gebühren entrichtet worden sind.

Article 19

Interdictions

L'insertion des objets ci-dessous est interdite:

- a) dans toutes les catégories de colis:

- 1° les objets qui, par leur nature ou leur emballage, peuvent présenter du danger pour les agents, salir ou détériorer les autres colis ou l'équipement postal;

- 2° les stupéfiants et les substances psychotropes; toutefois, cette interdiction ne s'applique pas aux expéditions effectuées dans un but médical ou scientifique pour les pays qui les admettent à cette condition;

- 3° les documents ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle ainsi que les correspondances de toute nature échangées entre des personnes autres que l'expéditeur et le destinataire ou les personnes habitant avec eux, à l'exception:

- d'un des documents ci-après, non fermé, réduit à ses énonciations constitutives et se rapportant exclusivement aux marchandises transportées: facture, bordereau ou avis d'expédition, bon de livraison;

- des disques phonographiques, des bandes et des fils soumis ou non à un enregistrement sonore ou visuel, des cartes mécanographiques, des bandes magnétiques ou d'autres moyens semblables et des cartes QSL lorsque l'Administration d'origine estime qu'ils ne présentent pas le caractère de correspondance actuelle et personnelle et lorsqu'ils sont échangés entre l'expéditeur et le destinataire du colis ou des personnes habitant avec eux;

- des correspondances et des documents de toute nature ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle, autres que les précédents, échangés entre l'expéditeur et le destinataire du colis ou des personnes habitant avec eux, si la réglementation intérieure des Administrations intéressées le permet;

- 4° les animaux vivants, à moins que leur transport par la poste ne soit autorisé par la réglementation postale des pays intéressés;

- 5° les matières explosibles, inflammables ou autres matières dangereuses;

- 6° les matières radioactives. Toutefois, les Administrations peuvent s'entendre pour accepter les colis contenant ces matières soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens. En ce cas, les matières radioactives sont conditionnées et emballées selon les dispositions du Règlement et sont acheminées par la voie la plus rapide, normalement par la voie aérienne, sous réserve de l'acquiescement des surtaxes aériennes correspondantes. Elles ne peuvent être déposées que par des expéditeurs dûment autorisés;

- 7° les objets obscènes ou immoraux;

- 8° les objets dont l'importation ou la circulation est interdite dans le pays de destination;

Artikel 19

Verbote

Die Aufnahme der nachstehend aufgeführten Gegenstände ist verboten:

- a) in Pakete aller Art:

- 1) Gegenstände, die wegen ihrer Beschaffenheit oder ihrer Verpackung eine Gefahr für die Postbediensteten darstellen oder die andere Pakete oder die postalische Einrichtungen verschmutzen oder beschädigen können;

- 2) Betäubungsmittel und berauschende Mittel; dieses Verbot erstreckt sich jedoch nicht auf die Versendung zu medizinischen oder wissenschaftlichen Zwecken nach Ländern, die sie unter dieser Bedingung zulassen;

- 3) Schriftstücke, die den Charakter einer eigentlichen und persönlichen Mitteilung haben, sowie Briefsendungen jeder Art, die zwischen anderen Personen als dem Absender und dem Empfänger oder den bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden; ausgenommen hiervon sind:

- eines der nachstehend aufgeführten Schriftstücke, soweit es unverschlossen ist, sich inhaltlich auf die wesentlichen Angaben beschränkt und sich ausschließlich auf die beförderten Waren bezieht: Rechnung, Begleitschein oder Versandbenachrichtigung, Lieferschein;

- Schallplatten, Tonbänder und -drähte mit oder ohne Ton- oder Bildaufzeichnungen, Lochkarten, Magnetbänder oder andere ähnliche Mittel und QSL-Karten, wenn sie nach Ansicht der Einlieferungsverwaltung nicht den Charakter einer eigentlichen und persönlichen Mitteilung haben und wenn sie zwischen dem Absender und dem Empfänger des Pakets oder den bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden;

- andere als die vorgenannten Briefsendungen und Schriftstücke jeder Art mit dem Charakter einer eigentlichen und persönlichen Mitteilung, die zwischen dem Absender und dem Empfänger des Pakets oder den bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden, wenn die Inlandsvorschriften der beteiligten Verwaltungen dies gestatten;

- 4) lebende Tiere, sofern nicht die Postbestimmungen der beteiligten Länder ihre Beförderung durch die Post zulassen;

- 5) explodierbare, leicht entzündliche oder andere gefährliche Stoffe;

- 6) radioaktive Stoffe. Die Verwaltungen können sich jedoch darauf einigen, Pakete mit diesen Stoffen im gegenseitigen Verkehr oder nur in einer Richtung zuzulassen. In diesem Fall müssen die radioaktiven Stoffe nach den Vorschriften der Vollzugsordnung beschaffen und verpackt sein; sie werden auf dem schnellsten Weg befördert, normalerweise auf dem Luftweg, wenn die entsprechenden Luftpostzuschläge entrichtet worden sind. Sie können nur von dazu ermächtigten Absendern eingeliefert werden;

- 7) unzüchtige oder unsittliche Gegenstände;

- 8) Gegenstände, deren Einfuhr oder deren Verbreitung im Bestimmungsland verboten ist;

b) dans les colis sans valeur déclarée, échangés entre deux pays qui admettent la déclaration de valeur: les pièces de monnaie, les billets de banque, les billets de monnaie ou les valeurs quelconques au porteur, le platine, l'or ou l'argent, manufacturés ou non, les pierreries, les bijoux et autres objets précieux. Cette disposition n'est pas applicable lorsque l'échange des colis entre deux Administrations admettant les colis avec valeur déclarée ne peut s'effectuer qu'en transit à découvert par l'intermédiaire d'une Administration qui ne les admet pas. Chaque Administration a la faculté d'interdire l'insertion de l'or en lingots dans les envois avec ou sans valeur déclarée en provenance ou à destination de son territoire ou transmis en transit à découvert à travers son territoire, ou de limiter la valeur réelle de ces envois.

Article 20

Limites de dimensions

1. Sauf à être considérés comme colis encombrants par application de l'article 4, paragraphe 2, lettre e), les colis transportés par voie de surface ou par voie aérienne ne doivent pas dépasser 1,50 mètre pour l'une quelconque des dimensions ni 3 mètres pour la somme de la longueur et du plus grand pourtour pris dans un sens autre que celui de la longueur.

2. Les Administrations qui ne sont pas en mesure d'admettre, pour tous les colis ou pour les colis-avion seulement, les dimensions prévues au paragraphe 1 peuvent adopter en lieu et place les dimensions suivantes: 1,05 mètre pour l'une quelconque des dimensions, 2 mètres pour la somme de la longueur et du plus grand pourtour pris dans un sens autre que celui de la longueur.

3. Quel que soit leur mode de transport, les colis ne doivent pas comporter de dimensions inférieures aux dimensions minimales prévues pour les lettres à l'article 19, paragraphe 1, de la Convention.

4. Les Administrations qui admettent les dimensions fixées au paragraphe 1 ont la faculté de percevoir, pour les colis dont les dimensions dépassent les limites indiquées au paragraphe 2 mais dont le poids est inférieur à 10 kg, une taxe supplémentaire égale à celle qui est prévue à l'article 12.

Article 21

Traitement des colis acceptés à tort

1. Lorsque les colis qui contiennent les objets cités à l'article 19, lettre a), ont été acceptés à tort à l'expédition, ils doivent être traités selon la législation du pays de l'Administration qui en constate la présence; toutefois, les colis contenant les objets visés au même article, lettre a), chiffres 2°, 5° à 7°, ne sont en aucun cas ni acheminés à destination, ni livrés aux destinataires, ni renvoyés à l'expéditeur.

2. S'il s'agit de l'insertion d'une seule correspondance non autorisée au sens de l'article 19, lettre a), chiffre 3°, cette correspondance est traitée de la manière prescrite à l'article 30 de la Convention et, pour ce motif, le colis ne peut être renvoyé à l'expéditeur.

3. Lorsqu'un colis sans valeur déclarée échangé entre deux pays qui admettent la déclaration de valeur et contenant les objets cités à l'article 19, lettre b), parvient à l'Administration de destination, celle-ci est autorisée à le livrer au destinataire, aux conditions fixées par sa réglementation. Si celle-ci n'admet pas la livraison, le colis doit être renvoyé à l'expéditeur en faisant application de l'article 33.

4. Le paragraphe 3 est applicable aux colis dont le poids ou les dimensions dépassent sensiblement les limites admises;

b) in Pakete ohne Wertangabe, die zwischen zwei Ländern ausgetauscht werden, die eine Wertangabe zulassen: Münzen, Banknoten, Papiergeld oder auf den Inhaber lautende Wertpapiere, Platin, Gold oder Silber, in verarbeitetem oder nicht verarbeitetem Zustand, Edelsteine, Juwelen und andere kostbare Gegenstände. Diese Bestimmung ist nicht anwendbar, wenn der Paketaustausch zwischen zwei Verwaltungen, die Wertpakete zulassen, nur im offenen Durchgang über eine Verwaltung durchgeführt werden kann, die solche Pakete nicht zuläßt. Jede Verwaltung kann den Versand von Barrengold in Wertsendungen oder Sendungen ohne Wertangabe aus oder nach ihrem Land oder im offenen Durchgang durch ihr Land verbieten oder den tatsächlichen Wert solcher Sendungen beschränken.

Artikel 20

Begrenzung der Maße

1. Sofern sie nicht nach Artikel 4 § 2 Buchstabe e als sperrige Pakete anzusehen sind, dürfen die auf dem Land- und See- oder Luftweg beförderten Pakete folgende Maße nicht überschreiten: 1,50 Meter in irgendeiner Richtung, 3 Meter zusammengerechnet nach Länge und größtem, nicht in der Längsrichtung gemessenen Umfang.

2. Verwaltungen, die nicht in der Lage sind, für alle Pakete oder nur für Luftpostpakete die in § 1 vorgesehenen Maße zuzulassen, können an deren Stelle folgende Maße anwenden: 1,05 Meter in irgendeiner Richtung, 2 Meter zusammengerechnet nach Länge und größtem, nicht in der Längsrichtung gemessenen Umfang.

3. Pakete dürfen, gleichgültig, auf welche Weise sie befördert werden, die Mindestmaße für Briefe nach Artikel 19 § 1 des Weltpostvertrags nicht unterschreiten.

4. Verwaltungen, die die in § 1 festgesetzten Maße zulassen, können für Pakete, deren Maße die in § 2 angegebenen Grenzen überschreiten, die jedoch weniger als 10 kg wiegen, eine zusätzliche Gebühr in Höhe der in Artikel 12 vorgesehenen Gebühr erheben.

Artikel 21

Behandlung zu Unrecht angenommener Pakete

1. Sind Pakete, die Gegenstände nach Artikel 19 Buchstabe a enthalten, zu Unrecht angenommen worden, so sind sie nach den Rechtsvorschriften des Landes zu behandeln, dessen Verwaltung das Vorhandensein solcher Gegenstände feststellt; jedoch werden Pakete, die Gegenstände nach dem selben Artikel Buchstabe a Ziffern 2, 5 bis 7 enthalten, in keinem Fall an den Bestimmungsort geleitet; sie werden auch weder den Empfängern ausgeliefert noch an den Absender zurückgesandt.

2. Ist nur eine einzelne Briefsendung beigelegt, die im Sinne des Artikels 19 Buchstabe a Ziffer 3 unzulässig ist, so wird diese Sendung nach Artikel 30 des Weltpostvertrags behandelt; das Paket darf deswegen nicht an den Absender zurückgesandt werden.

3. Ist ein Paket ohne Wertangabe, das zwischen zwei Ländern ausgetauscht wird, die eine Wertangabe zulassen, und das Gegenstände nach Artikel 19 Buchstabe b enthält, bei der Bestimmungsverwaltung eingegangen, so kann diese das Paket dem Empfänger nach ihren Inlandsbestimmungen ausliefern. Lassen diese Bestimmungen die Auslieferung nicht zu, so ist das Paket unter Anwendung des Artikels 33 an den Absender zurückzusenden.

4. § 3 ist auf Pakete anzuwenden, deren Gewicht oder Maße die festgesetzten Grenzen erheblich überschreiten; jedoch

toutefois, ces colis peuvent être livrés, le cas échéant, au destinataire si celui-ci a préalablement acquitté les taxes éventuelles.

5. Lorsqu'un colis admis à tort ou une partie de son contenu ne sont ni livrés au destinataire, ni renvoyés à l'expéditeur, l'Administration d'origine doit être informée sans délai du traitement appliqué à ce colis. Cette information doit indiquer d'une manière précise l'interdiction sous le coup de laquelle tombe le colis ou les objets qui ont donné lieu à la saisie.

Article 22

Instructions de l'expéditeur au moment du dépôt

1. Au moment du dépôt d'un colis, l'expéditeur est tenu d'indiquer le traitement à appliquer en cas de non-livraison.

2. Il ne peut donner que l'une des instructions suivantes:

- a) envoi d'un avis de non-livraison à lui-même;
- b) envoi d'un avis de non-livraison à un tiers domicilié dans le pays de destination;
- c) renvoi immédiat à l'expéditeur, par voie de surface ou par voie aérienne;
- d) renvoi à l'expéditeur, par voie de surface ou par voie aérienne, à l'expiration d'un certain délai qui ne peut dépasser le délai de garde réglementaire dans le pays de destination;
- e) livraison à un autre destinataire, au besoin après réexpédition, par voie de surface ou par voie aérienne (et sous réserve des particularités prévues à l'article 28, paragraphe 1, lettre c), chiffre 2°);
- f) réexpédition, par voie de surface ou par voie aérienne, du colis aux fins de remise au destinataire primitif;
- g) abandon du colis par l'expéditeur.

3. Les colis peuvent être renvoyés sans avis si l'expéditeur n'a pas donné d'instructions ou si celles-ci sont contradictoires.

4. Les Administrations ont la faculté de ne pas admettre les instructions visées au paragraphe 2, lettres a) et b), lorsque leur législation ou leur réglementation ne le permet pas.

Section II

Conditions particulières d'admission

Article 23

Colis avec valeur déclarée

1. Les règles suivantes régissent la déclaration de valeur des colis avec valeur déclarée:

- a) en ce qui concerne les Administrations postales:
 - 1° faculté pour chaque Administration de limiter la déclaration de valeur, en ce qui la concerne, à un montant qui ne peut être inférieur à 7 000 francs (2 286,83 DTS) ou au montant adopté dans son service intérieur s'il est inférieur à 7 000 francs (2 286,83 DTS);
 - 2° obligation, dans les relations entre pays dont les Administrations ont adopté des limites différentes, d'observer, de part et d'autre, la limite la plus basse;
- b) en ce qui concerne les expéditeurs:
 - 1° interdiction de déclarer une valeur dépassant la valeur réelle du contenu du colis;

können solche Pakete gegebenenfalls dem Empfänger ausgeliefert werden, wenn er die etwaigen Gebühren vorher entrichtet hat.

5. Wird ein zu Unrecht angenommenes Paket oder ein Teil seines Inhalts weder dem Empfänger ausgeliefert noch an den Absender zurückgesandt, so ist die Einlieferungsverwaltung unverzüglich über die weitere Behandlung des Pakets zu unterrichten. Hierbei ist genau anzugeben, unter welches Verbot das Paket bzw. die Gegenstände fallen, aufgrund derer es beschlagnahmt worden ist.

Artikel 22

Voraussetzungen des Absenders bei Einlieferung

1. Bei Einlieferung eines Pakets hat der Absender anzugeben, wie dieses Paket im Fall der Unzustellbarkeit behandelt werden soll.

2. Er kann nur eine der folgenden Voraussetzungen treffen:

- a) Übersendung einer Unzustellbarkeitsanzeige an ihn selbst;
- b) Übersendung einer Unzustellbarkeitsanzeige an einen im Bestimmungsland wohnenden Dritten;
- c) sofortige Rücksendung an den Absender auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg;
- d) Rücksendung auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg an den Absender nach Ablauf einer bestimmten Frist, die die nach den Vorschriften des Bestimmungslands zulässige Aufbewahrungsfrist nicht überschreiten darf;
- e) Auslieferung an einen anderen Empfänger, erforderlichenfalls nach Nachsendung auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg (vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen des Artikels 28 § 1 Buchstabe c Ziffer 2);
- f) Nachsendung auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg zur Auslieferung an den ursprünglichen Empfänger;
- g) Preisgabe des Pakets durch den Absender.

3. Hat der Absender keine Voraussetzungen getroffen oder sind diese widersprüchlich, so können die Pakete ohne vorherige Ankündigung zurückgesandt werden.

4. Die Verwaltungen sind nicht verpflichtet, die in § 2 Buchstaben a und b aufgeführten Voraussetzungen zuzulassen, wenn ihre Rechts- oder Dienstvorschriften dies nicht erlauben.

Abschnitt II

Besondere Zulassungsbedingungen

Artikel 23

Wertpakete

1. Für die Wertangabe bei Paketen gelten folgende Bestimmungen:

- a) für die Postverwaltungen:
 - 1) jede Verwaltung kann die Wertangabe für ihren Bereich auf einen Betrag beschränken, der nicht niedriger als 7 000 Franken (2 286,83 SZR) sein darf, oder auf den in ihrem Inlandsdienst geltenden Betrag, wenn er niedriger als 7 000 Franken (2 286,83 SZR) ist;
 - 2) im Verkehr zwischen Ländern, deren Verwaltungen unterschiedliche Höchstbeträge festgesetzt haben, darf jeweils der geringste Höchstbetrag nicht überschritten werden;
- b) für die Absender:
 - 1) es ist verboten, einen Wert anzugeben, der den tatsächlichen Wert des Paketinhalts übersteigt;

2° faculté de ne déclarer qu'une partie de la valeur réelle du contenu du colis.

2. Toute déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du colis est passible des poursuites judiciaires prévues par la législation du pays d'origine.

3. Un récépissé doit être délivré gratuitement, au moment du dépôt, à tout expéditeur d'un colis avec valeur déclarée.

Article 24

Colis francs de taxes et de droits

1. Un colis franc de taxes et de droits ne peut être accepté que si l'expéditeur s'engage à payer toute somme que le bureau de destination serait en droit de réclamer au destinataire ainsi que la taxe de commission prévue à l'article 10.

2. Le bureau d'origine peut exiger le versement d'arrhes suffisantes.

Chapitre II

Conditions de livraison et de réexpédition

Section I

Livraison

Article 25

Règles générales de livraison. Délais de garde

1. D'une façon générale, les colis sont livrés aux destinataires dans le plus bref délai et conformément aux dispositions en vigueur dans le pays de destination. Lorsque les colis ne sont pas livrés à domicile, les destinataires doivent, sauf impossibilité, être avisés sans retard de leur arrivée.

2. Tout colis dont l'arrivée a été notifiée au destinataire est gardé à sa disposition quinze jours ou, au plus, un mois à compter du lendemain de l'expédition de l'avis; ce délai peut être exceptionnellement porté à deux mois si la réglementation de l'Administration de destination le permet. Le délai de garde prévu dans ce paragraphe est renouvelé si l'expéditeur a demandé, selon l'article 28, paragraphe 1, lettres a), c), chiffre 2°, et d), que le destinataire soit avisé une nouvelle fois.

3. Lorsque l'arrivée du colis n'a pu être notifiée au destinataire, le délai de garde est celui que prescrit la réglementation du pays de destination; ce délai, applicable aussi aux colis adressés poste restante, commence à courir le lendemain du jour à partir duquel le colis est tenu à la disposition du destinataire et ne peut, en règle générale, dépasser deux mois; le renvoi du colis à l'expéditeur doit avoir lieu dans un délai plus court si celui-ci l'a demandé dans une langue connue dans le pays de destination.

4. Les délais de garde prévus aux paragraphes 2 et 3 sont applicables, en cas de réexpédition, aux colis à distribuer par le nouveau bureau de destination.

Article 26

Livraison des colis exprès

1. La livraison, par porteur spécial, d'un colis exprès ou de l'avis d'arrivée n'est essayée qu'une fois.

2. Si l'essai est infructueux, le colis cesse d'être considéré comme exprès.

2) es ist zulässig, nur einen Teil des tatsächlichen Werts des Paketinhalts anzugeben.

2. Jede betrügerische Wertangabe, die den tatsächlichen Wert des Pakets übersteigt, unterliegt der gerichtlichen Verfolgung nach den Rechtsvorschriften des Einlieferungslandes.

3. Dem Absender eines Wertpakets ist bei der Einlieferung unentgeltlich eine Einlieferungsbescheinigung zu erteilen.

Artikel 24

Gebührenfrei auszuliefernde Pakete

1. Ein gebührenfrei auszulieferndes Paket darf nur angenommen werden, wenn der Absender sich verpflichtet, jeden Betrag, den das Bestimmungsamt vom Empfänger zu fordern berechtigt wäre, sowie die Gebührenzettelgebühr nach Artikel 10 zu bezahlen.

2. Das Einlieferungsamt kann eine ausreichende Vorauszahlung verlangen.

Kapitel II

Auslieferungs-, Nach- und Rücksendungsbedingungen

Abschnitt I

Auslieferung

Artikel 25

Allgemeine Auslieferungsbestimmungen. Lagerfristen

1. Die Pakete werden im allgemeinen den Empfängern in kürzester Frist und nach den im Bestimmungsland geltenden Bestimmungen ausgeliefert. Werden die Pakete nicht in die Wohnung zugestellt, so müssen die Empfänger, sofern dies nicht unmöglich ist, unverzüglich vom Eingang benachrichtigt werden.

2. Jedes Paket, von dessen Eingang der Empfänger benachrichtigt worden ist, wird vierzehn Tage oder höchstens einen Monat von dem auf den Tag der Absendung der Benachrichtigung folgenden Tag an gerechnet für ihn bereitgehalten; diese Frist kann ausnahmsweise auf zwei Monate verlängert werden, wenn es die Vorschriften der Bestimmungsverwaltung erlauben. Die Lagerfrist nach diesem Absatz beginnt von neuem, wenn der Absender nach Artikel 28 § 1, Buchstaben a, c Ziffer 2 und d verlangt hat, daß der Empfänger noch einmal benachrichtigt wird.

3. Konnte der Eingang des Pakets dem Empfänger nicht mitgeteilt werden, so gilt die in den Inlandsbestimmungen des Bestimmungslandes vorgeschriebene Lagerfrist; diese auch für postlagernde Pakete anzuwendende Frist beginnt nach dem Tag, von dem ab das Paket für den Empfänger bereitgehalten wird und kann im allgemeinen zwei Monate nicht überschreiten; das Paket muß nach kürzerer Frist an den Absender zurückgesandt werden, wenn dieser es in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache verlangt hat.

4. Die Lagerfristen nach den §§ 2 und 3 gelten auch für nachgesandte Pakete, die das neue Bestimmungsamt zuzustellen hat.

Artikel 26

Auslieferung von Paketen mit Eilzustellung

1. Die Auslieferung eines Pakets mit Eilzustellung oder der Benachrichtigung vom Eingang des Pakets durch besonderen Boten wird nur einmal versucht.

2. Ist der Versuch erfolglos, gilt das Paket nicht mehr als Paket mit Eilzustellung.

Article 27**Avis de réception**

L'expéditeur d'un colis peut demander un avis de réception dans les conditions fixées à l'article 48 de la Convention. Toutefois, les Administrations peuvent limiter ce service aux colis avec valeur déclarée si cette limitation est prévue dans leur régime intérieur.

Article 28**Non-livraison au destinataire**

1. Après réception de l'avis de non-livraison visé à l'article 22, paragraphe 2, lettres a) et b), il incombe à l'expéditeur ou au tiers y mentionné de donner ses instructions qui peuvent uniquement être celles qu'autorise ledit article, paragraphe 2, lettres c) à g), et, en outre, l'une des suivantes:

- a) aviser une nouvelle fois le destinataire;
- b) rectifier ou compléter l'adresse;
- c) s'il s'agit d'un colis contre remboursement:
 - 1° le remettre à une personne autre que le destinataire contre remboursement de la somme indiquée;
 - 2° le remettre au destinataire primitif ou à un autre destinataire, sans remboursement ou contre remboursement d'une somme inférieure à la somme primitive;
- d) remettre le colis franc de taxes et de droits soit au destinataire primitif, soit à un autre destinataire.

2. L'envoi des instructions visées au paragraphe 1 peut donner lieu à la perception, soit sur l'expéditeur, soit sur le tiers, de la taxe visée à l'article 13, lettre f); quand l'avis concerne plusieurs colis déposés simultanément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse du même destinataire, cette taxe n'est perçue qu'une fois. En cas de transmission par la voie télégraphique, la taxe télégraphique correspondante s'y ajoute.

3. Tant qu'elle n'a pas reçu d'instructions de l'expéditeur ou du tiers, l'Administration de destination est autorisée à livrer le colis au destinataire primitivement désigné, soit, le cas échéant, à un autre destinataire ultérieurement désigné, soit à réexpédier le colis à une nouvelle adresse. Après réception des nouvelles instructions, celles-ci seules sont valables et exécutoires.

Article 29**Renvoi à l'expéditeur des colis non livrés**

1. Tout colis qui n'a pu être livré est renvoyé au pays du domicile de l'expéditeur:

- a) immédiatement si:
 - 1° l'expéditeur l'a demandé par application de l'article 22, paragraphe 2, lettre c);
 - 2° l'expéditeur (ou le tiers visé à l'article 22, paragraphe 2, lettre b)) a formulé une demande non autorisée;
 - 3° l'expéditeur ou le tiers refuse d'acquitter la taxe autorisée par l'article 28, paragraphe 2;
 - 4° les instructions de l'expéditeur ou du tiers n'ont pas atteint le résultat voulu, que ces instructions aient été données au moment du dépôt ou après réception de l'avis de non-livraison;
- b) immédiatement après l'expiration:
 - 1° du délai éventuellement fixé par l'expéditeur par application de l'article 22, paragraphe 2, lettre d);

Artikel 27**Rückschein**

Der Absender eines Pakets kann unter den in Artikel 48 des Weltpostvertrags festgelegten Bedingungen einen Rückschein verlangen. Die Verwaltungen können jedoch diesen Dienst auf Wertpakete beschränken, wenn eine solche Beschränkung in ihrem Inlandsdienst vorgesehen ist.

Artikel 28**Unzustellbarkeit**

1. Nach dem Empfang der Unzustellbarkeitsanzeige nach Artikel 22 § 2 Buchstaben a und b hat der Absender oder der dort erwähnte Dritte seine Verfügungen zu treffen, wobei jedoch nur die in § 2 Buchstaben c bis g des genannten Artikels vorgesehenen Möglichkeiten zugelassen sind; außerdem ist noch eine der folgenden Verfügungen zulässig:

- a) nochmalige Benachrichtigung des Empfängers;
- b) Berichtigung oder Ergänzung der Aufschrift;
- c) wenn es sich um ein Nachnahmepaket handelt:
 - 1) Auslieferung an eine andere Person als den Empfänger unter Einziehung des angegebenen Betrags;
 - 2) Auslieferung an den ursprünglichen oder einen anderen Empfänger ohne Einziehung des Nachnahmebetrags oder gegen Einziehung eines geringeren als des ursprünglich angegebenen Betrags;
- d) gebührenfreie Auslieferung des Pakets an den ursprünglichen oder einen anderen Empfänger.

2. Für die Übersendung der Verfügungen nach § 1 kann die Gebühr nach Artikel 13 Buchstabe f von dem Absender oder dem Dritten erhoben werden; betrifft die Unzustellbarkeitsanzeige mehrere vom selben Absender gleichzeitig beim selben Postamt an die Anschrift desselben Empfängers eingelieferte Pakete, so wird diese Gebühr nur einmal erhoben. Bei telegraphischer Übermittlung kommt die entsprechende Telegrammgebühr hinzu.

3. Solange sie vom Absender oder von dem Dritten keine Verfügungen erhalten hat, kann die Bestimmungsverwaltung das Paket dem ursprünglich bezeichneten Empfänger oder gegebenenfalls einem anderen nachträglich bezeichneten Empfänger ausliefern oder das Paket an eine neue Anschrift nachsenden. Nach Eingang der neuen Verfügungen sind nur noch diese gültig und auszuführen.

Artikel 29**Rücksendung unzustellbarer Pakete an den Absender**

1. Jedes unzustellbare Paket wird in das Land zurückgesandt, in dem der Absender wohnt, und zwar:

- a) unverzüglich, wenn
 - 1) es der Absender nach Artikel 22 § 2 Buchstabe c verlangt hat;
 - 2) der Absender (oder der in Artikel 22 § 2 Buchstabe b genannte Dritte) eine unzulässige Verfügung getroffen hat;
 - 3) der Absender oder der Dritte sich weigert, die Gebühr nach Artikel 28 § 2 zu bezahlen;
 - 4) die Verfügungen des Absenders oder des Dritten nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben, gleichgültig, ob diese Verfügungen bei Einlieferung des Pakets oder nach Empfang der Unzustellbarkeitsanzeige getroffen worden sind;
- b) unverzüglich nach Ablauf
 - 1) der gegebenenfalls vom Absender nach Artikel 22 § 2 Buchstabe d gesetzten Frist;

- 2° des délais de garde prévus à l'article 25, si l'expéditeur ne s'est pas conformé à l'article 22. Toutefois, dans ce cas, des instructions peuvent lui être demandées;
- 3° d'un délai de deux mois à compter de l'expédition de l'avis de non-livraison, si le bureau qui a établi cet avis n'a pas reçu d'instructions suffisantes de l'expéditeur ou du tiers, ou si ces instructions ne sont pas parvenues à ce bureau.
2. Dans la mesure du possible, un colis est renvoyé par la même voie que celle qu'il a suivie à l'aller. Il ne peut être renvoyé par avion que si l'expéditeur a garanti le paiement des surtaxes aériennes.
3. Tout colis renvoyé à l'expéditeur par application du présent article est soumis:
- a) aux quotes-parts que comporte la nouvelle transmission;
 - b) aux taxes et droits non annulés dont l'Administration de destination se trouve à découvert au moment du renvoi à l'expéditeur, sous réserve des articles 9, paragraphe 2, dernière phrase, et 14, paragraphe 1, tableau, colonne 3, lettres e), i) et j)).
4. Ces quotes-parts, taxes et droits sont perçus sur l'expéditeur.
5. Les colis renvoyés à l'expéditeur et qui ne peuvent lui être livrés sont traités par l'Administration concernée selon sa propre législation.
- 2) der Lagerfristen nach Artikel 25, wenn der Absender Artikel 22 nicht beachtet hat. In diesem Fall können jedoch Verfügungen von ihm eingeholt werden;
- 3) einer Frist von zwei Monaten vom Tag der Absendung der Unzustellbarkeitsanzeige an gerechnet, wenn das Amt, von dem diese Anzeige ausgegangen ist, keine ausreichenden Verfügungen des Absenders oder des Dritten erhalten hat, oder wenn diese Verfügungen bei dem betreffenden Amt nicht eingegangen sind.
2. Ein Paket ist möglichst auf dem gleichen Weg zurückzusenden, auf dem es in ankommender Richtung befördert worden ist. Mit Luftpost kann es nur dann zurückgesandt werden, wenn der Absender die Zahlung der Luftpostzuschläge garantiert hat.
3. Jedes auf Grund dieses Artikels an den Absender zurückgesandte Paket unterliegt
- a) den Vergütungsanteilen für die erneute Beförderung;
 - b) den nicht niedergeschlagenen Gebühren und Abgaben, die bei der Bestimmungsverwaltung zum Zeitpunkt der Rücksendung des Pakets an den Absender ungedeckt sind, vorbehaltlich des Artikels 9 § 2 letzter Satz und des Artikels 14 § 1 Übersicht Spalte 3 Buchstaben e, i und j.
4. Diese Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben werden vom Absender eingezogen.
5. Die betreffende Verwaltung behandelt die an den Absender zurückgesandten Pakete, die diesem nicht ausgeliefert werden können, nach ihren eigenen Rechtsvorschriften.

Article 30

Abandon par l'expéditeur d'un colis non livré

Si l'expéditeur a fait abandon d'un colis qui n'a pu être livré au destinataire, ce colis est traité par l'Administration de destination selon sa propre législation.

Section II

Réexpédition

Article 31

Réexpédition par suite de changement de résidence du destinataire ou par suite de modification d'adresse

1. La réexpédition par suite de changement de résidence du destinataire ou par suite de modification d'adresse effectuée en application de l'article 37 peut avoir lieu soit à l'intérieur du pays de destination, soit hors de ce pays.
2. La réexpédition à l'intérieur du pays de destination peut être faite soit à la demande de l'expéditeur, soit à la demande du destinataire ou d'office si la réglementation de ce pays le permet.
3. La réexpédition hors du pays de destination ne peut être faite qu'à la demande de l'expéditeur ou du destinataire; dans ce cas, le colis doit répondre aux conditions requises pour la nouvelle transmission.
4. La réexpédition dans les conditions ci-dessus énoncées peut aussi avoir lieu par la voie aérienne si elle est demandée par l'expéditeur ou par le destinataire, à condition que le paiement des surtaxes aériennes afférentes à la nouvelle transmission soit garanti.
5. L'expéditeur peut interdire toute réexpédition.
6. Pour la première réexpédition ou pour toute réexpédition éventuelle ultérieure de chaque colis peuvent être perçus:
 - a) les taxes autorisées pour cette réexpédition par la réglementation de l'Administration intéressée, dans le cas de réexpédition à l'intérieur du pays de destination;

Artikel 30

Preisgabe eines unzustellbaren Pakets durch den Absender

Hat der Absender ein Paket preisgegeben, das dem Empfänger nicht ausgeliefert werden konnte, so behandelt die Bestimmungsverwaltung es nach ihren eigenen Rechtsvorschriften.

Abschnitt II

Nach- und Rücksendung

Artikel 31

Nachsendung bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers oder bei Änderung der Aufschrift

1. Bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers oder bei Änderung der Aufschrift nach Artikel 37 kann ein Paket sowohl innerhalb des Bestimmungslandes als auch über dieses Land hinaus nachgesandt werden.
2. Innerhalb des Bestimmungslandes kann ein Paket auf Verlangen des Absenders, des Empfängers oder auch, wenn die Inlandsbestimmungen dieses Landes es zulassen, von Amts wegen nachgesandt werden.
3. Über das Bestimmungsland hinaus darf ein Paket nur auf Verlangen des Absenders oder des Empfängers nachgesandt werden; in diesem Fall muß das Paket den Bedingungen für die neue Beförderung entsprechen.
4. Unter den vorgenannten Bedingungen können Pakete auf Verlangen des Absenders oder des Empfängers auch auf dem Luftweg nachgesandt werden, wenn die Zahlung der Luftpostzuschläge für die Luftbeförderung auf der neuen Beförderungsstrecke gewährleistet ist.
5. Der Absender kann jegliche Nachsendung untersagen.
6. Für die erste oder jede etwaige weitere Nachsendung jedes Pakets können erhoben werden:
 - a) bei Nachsendung innerhalb des Bestimmungslandes die nach den Bestimmungen der betreffenden Verwaltung für diese Nachsendung festgesetzten Gebühren;

- b) les quotes-parts et surtaxes aériennes que comporte la nouvelle transmission, dans le cas de réexpédition hors du pays de destination;
- c) les taxes et droits dont les Administrations de destination antérieures n'acceptent pas l'annulation, sous réserve des articles 9, paragraphe 2, dernière phrase, et 14, paragraphe 1, tableau, colonne 3, lettres e), i) et j).

7. Les quotes-parts, taxes et droits mentionnés au paragraphe 6 sont perçus sur le destinataire.

Article 32

Colis parvenus en fausse direction et à réexpédier

1. Tout colis parvenu en fausse direction par suite d'une erreur imputable à l'expéditeur ou à l'Administration expéditrice est réexpédié sur sa véritable destination par la voie la plus directe utilisée par l'Administration à laquelle le colis est parvenu.

2. Tout colis-avion parvenu en fausse direction doit obligatoirement être réexpédié par la voie aérienne.

3. Tout colis réexpédié par application du présent article est assujéti aux quotes-parts que comporte la transmission sur sa véritable destination et aux taxes et droits mentionnés à l'article 31, paragraphe 6, lettre c).

4. Ces quotes-parts, taxes et droits sont repris sur l'Administration dont dépend le bureau d'échange qui a transmis le colis en fausse direction. Cette Administration les perçoit, le cas échéant, sur l'expéditeur.

Article 33

Renvoi à l'expéditeur des colis acceptés à tort

1. Tout colis accepté à tort et renvoyé à l'expéditeur est soumis aux quotes-parts, taxes et droits prévus à l'article 29, paragraphe 3.

2. Ces quotes-parts, taxes et droits sont à la charge:

- a) de l'expéditeur, si le colis a été admis à tort par suite d'une erreur de ce dernier ou s'il tombe sous le coup d'une des interdictions de l'article 19;
- b) de l'Administration responsable de l'erreur, si le colis a été admis à tort par suite d'une erreur imputable au service postal. Dans ce cas, l'expéditeur a droit à la restitution des taxes acquittées.

3. Si les quotes-parts qui ont été attribuées à l'Administration qui renvoie le colis sont insuffisantes pour couvrir les quotes-parts, taxes et droits visés au paragraphe 1, les frais restant dus sont repris sur l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur.

4. S'il y a excédent, l'Administration qui renvoie le colis restitue à l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur le solde des quotes-parts pour remboursement à celui-ci.

Article 34

Renvoi à l'expéditeur par suite de suspension de service

Le renvoi d'un colis à l'expéditeur par suite d'une suspension de service est gratuit; les quotes-parts perçues pour le trajet de l'aller et non attribuées sont créditées à l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur pour remboursement à celui-ci.

- b) bei Nachsendung über das Bestimmungsland hinaus die Vergütungsanteile und Luftpostzuschläge für die neue Beförderung;

- c) die von den vorhergehenden Bestimmungsverwaltungen nicht niedergeschlagenen Gebühren und Abgaben, vorbehaltlich des Artikels 9 § 2 letzter Satz und des Artikels 14 § 1 Übersicht Spalte 3 Buchstaben e, i und j.

7. Die Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben nach § 6 werden vom Empfänger erhoben.

Artikel 32

Weiterleitung fehlgeleiteter Pakete

1. Jedes durch ein Versehen des Absenders oder der Absendeverwaltung fehlgeleitete Paket ist von der Verwaltung, der es zugegangen ist, auf dem kürzesten von ihr selbst benutzten Leitweg nach dem richtigen Bestimmungsort weiterzuleiten.

2. Jedes fehlgeleitete Luftpostpaket muß auf dem Luftweg weitergeleitet werden.

3. Jedes nach diesem Artikel weitergeleitete Paket unterliegt den Vergütungsanteilen für die Weiterbeförderung nach seinem richtigen Bestimmungsort sowie den Gebühren und Abgaben nach Artikel 31 § 6 Buchstabe c.

4. Diese Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben werden der Verwaltung angerechnet, deren Auswechslungsamt das Paket fehlgeleitet hat. Diese Verwaltung erhebt sie gegebenenfalls vom Absender.

Artikel 33

Rücksendung zu Unrecht angenommener Pakete an den Absender

1. Jedes zu Unrecht angenommene und an den Absender zurückgesandte Paket unterliegt den Vergütungsanteilen, Gebühren und Abgaben nach Artikel 29 § 3.

2. Diese Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben gehen zu Lasten:

- a) des Absenders, wenn das Paket infolge seines Versehens zu Unrecht angenommen worden ist oder wenn es unter die Verbote nach Artikel 19 fällt;
- b) der Verwaltung, in deren Bereich das Paket infolge eines Dienstversehens zu Unrecht angenommen worden ist und die für dieses Versehen haftet. In diesem Fall hat der Absender Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren.

3. Reichen die der Rücksendeverwaltung zugeteilten Vergütungsanteile nicht aus, um die Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben nach § 1 zu decken, so werden die restlichen Kosten von der Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, eingezogen.

4. Ergibt sich ein Überschuß, so erstattet die Rücksendeverwaltung der Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, den Unterschiedsbetrag der Vergütungsanteile zur Rückzahlung an den Absender.

Artikel 34

Rücksendung an den Absender infolge Einstellung des Dienstes

Die Rücksendung eines Pakets an den Absender infolge Einstellung des Dienstes ist unentgeltlich; die für den Hinweg erhobenen, aber noch nicht zugeteilten Vergütungsanteile werden der Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, zur Erstattung an den Absender gutgeschrieben.

Chapitre III Dispositions particulières

Article 35

Inobservation par une Administration des instructions données

1. Lorsque l'Administration de destination ou une Administration intermédiaire n'a pas observé les instructions données soit au moment du dépôt, soit postérieurement, elle est tenue de prendre à sa charge les parts de transport (aller et retour) et les autres taxes ou droits éventuels dont l'annulation n'a pas eu lieu; toutefois, les frais payés à l'aller restent à la charge de l'expéditeur si celui-ci, lors du dépôt ou postérieurement, a déclaré que, en cas de non-livraison, il faisait abandon du colis.

2. L'Administration du pays du domicile de l'expéditeur est autorisée à mettre en compte d'office les frais mentionnés au paragraphe 1 à l'Administration qui n'a pas observé les instructions données et qui, régulièrement saisie du cas, a laissé s'écouler cinq mois à compter du jour auquel elle a été informée sans donner de solution définitive à l'affaire ou sans avoir porté à la connaissance de l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur que l'inobservation paraissait due à un cas de force majeure ou que le colis avait été retenu, saisi ou confisqué en vertu de la réglementation intérieure du pays de destination.

Article 36

Colis contenant des objets dont la détérioration ou la corruption prochaines sont à craindre

Les objets contenus dans un colis et dont la détérioration ou la corruption prochaines sont à craindre peuvent seuls être vendus immédiatement, même en route, à l'aller ou au retour, sans avis préalable et sans formalité judiciaire, au profit de qui de droit; si, pour une cause quelconque, la vente est impossible, les objets détériorés ou corrompus sont détruits.

Article 37

Retrait. Modification ou correction d'adresse

1. L'expéditeur d'un colis peut, dans les conditions fixées à l'article 33 de la Convention, en demander le retour ou en faire modifier l'adresse, sous réserve de garantir le paiement des sommes exigibles pour toutes nouvelles transmissions, en vertu des articles 29, paragraphe 3, et 31, paragraphe 6.

2. Toutefois, les Administrations ont la faculté de ne pas admettre les demandes visées au paragraphe 1 lorsqu'elles ne les acceptent pas dans leur régime intérieur.

Article 38

Réclamations

1. Chaque Administration est tenue d'accepter les réclamations concernant tout colis déposé dans les services des autres Administrations.

2. Les réclamations des usagers ne sont admises que dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour de dépôt du colis.

3. Sauf si l'expéditeur a entièrement acquitté la taxe d'avis de réception prévue à l'article 13, lettre k), chaque réclamation donne lieu à la perception d'une «taxe de réclamation» au taux fixé à l'article 14, lettre m).

4. Les colis ordinaires et les colis avec valeur déclarée doivent faire l'objet de réclamations distinctes. Si la réclamation concerne plusieurs colis de la même catégorie déposés simultanément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse

Kapitel III

Besondere Bestimmungen

Artikel 35

Nichtbeachtung der vom Absender getroffenen Verfügungen durch eine Verwaltung

1. Hat die Bestimmungs- oder eine Zwischenverwaltung die vom Absender bei der Einlieferung oder nachträglich getroffenen Verfügungen nicht beachtet, so hat sie die Beförderungskosten (Hin- und Rückweg) und die etwaigen anderen nicht niedergeschlagenen Gebühren und Abgaben zu tragen; die für den Hinweg gezahlten Kosten gehen jedoch zu Lasten des Absenders, wenn dieser bei Einlieferung oder nachträglich die Preisgabe des Pakets im Fall der Unzustellbarkeit verfügt hat.

2. Die Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, ist berechtigt, diejenige Verwaltung mit den in § 1 genannten Kosten zu belasten, die die getroffenen Verfügungen nicht beachtet hat und fünf Monate hat verstreichen lassen, ohne die ordnungsgemäß bei ihr anhängig gemachte Angelegenheit endgültig zu erledigen oder ohne die Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, davon zu verständigen, daß die Nichtbeachtung auf höherer Gewalt zu beruhen schien, oder daß das Paket auf Grund der Inlandsvorschriften des Bestimmungslandes zurückgehalten, gepfändet oder beschlagnahmt worden ist.

Artikel 36

Pakete mit Gegenständen, die zu verderben oder zu verfaulen drohen

In einem Paket enthaltene Gegenstände, die zu verderben oder zu verfaulen drohen, können ohne vorherige Benachrichtigung und ohne rechtliche Formalitäten, auch während der Beförderung auf dem Hin- und Rückweg, zugunsten des Berechtigten sofort verkauft werden; ist ein Verkauf aus irgendeinem Grund nicht möglich, so werden die verdorbenen oder verfaulenden Gegenstände vernichtet.

Artikel 37

Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

1. Der Absender kann unter den in Artikel 33 des Weltpostvertrags festgelegten Bedingungen ein Paket zurückziehen oder seine Aufschrift ändern lassen, wenn die Zahlung der für jede neue Beförderung nach den Artikeln 29 § 3 und 31 § 6 fälligen Beträge gewährleistet ist.

2. Die Verwaltungen können jedoch die Anträge nach § 1 ablehnen, wenn sie diese in ihrem Inlandsdienst nicht zulassen.

Artikel 38

Nachforschungsanträge

1. Jede Verwaltung ist verpflichtet, Nachforschungsanträge entgegenzunehmen, die sich auf bei anderen Verwaltungen eingelieferte Pakete beziehen.

2. Nachforschungsanträge von Postbenutzern sind nur innerhalb eines Jahres, vom Tag nach der Einlieferung des Pakets an gerechnet, zulässig.

3. Für jeden Nachforschungsantrag wird eine Nachforschungsgebühr in Höhe der Gebühr nach Artikel 14 Buchstabe m erhoben, sofern der Absender nicht bereits die Rückscheingebühr nach Artikel 13 Buchstabe k voll entrichtet hat.

4. Für gewöhnliche Pakete und Wertpakete sind getrennte Nachforschungsanträge zu stellen. Betrifft der Nachforschungsantrag mehrere Pakete gleicher Art, die vom selben Absender gleichzeitig beim selben Postamt an die Anschrift

du même destinataire et expédiés par la même voie, la taxe n'est perçue qu'une fois.

5. La taxe pour réclamation est restituée si la réclamation est motivée par une faute de service.

Titre III Responsabilité

Article 39

Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales

1. Les Administrations postales répondent de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des colis, sauf dans les cas prévus à l'article 40. Leur responsabilité est engagée tant pour les colis transportés à découvert que pour ceux qui sont acheminés en dépêches closes.

2. Les Administrations peuvent s'engager à couvrir aussi les risques pouvant découler d'un cas de force majeure. Elles sont alors responsables, envers les expéditeurs des colis déposés dans leur pays, des pertes, spoliations ou avaries dues à un cas de force majeure qui surviennent durant le parcours tout entier des colis, y compris éventuellement le parcours de réexpédition ou de renvoi à l'expéditeur.

3. L'expéditeur a droit à une indemnité correspondant, en principe, au montant réel de la perte, de la spoliation ou de l'avarie; les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération. Cependant, cette indemnité ne peut en aucun cas dépasser:

a) pour les colis avec valeur déclarée, le montant en francs-or ou DTS de la valeur déclarée; en cas de réexpédition ou de renvoi à l'origine par voie de surface d'un colis-avion avec valeur déclarée, la responsabilité est limitée, pour le second parcours, à celle qui est appliquée aux colis acheminés par cette voie. Toutefois, les Administrations d'origine peuvent prendre à leur charge le dommage non couvert lors du second parcours;

b) pour les autres colis, les montants ci-après:

90 francs (29,40 DTS) par colis jusqu'à 5 kilogrammes;

135 francs (44,10 DTS) par colis au-dessus de 5 jusqu'à 10 kilogrammes;

180 francs (58,80 DTS) par colis au-dessus de 10 jusqu'à 15 kilogrammes;

225 francs (73,51 DTS) par colis au-dessus de 15 jusqu'à 20 kilogrammes.

4. Par dérogation au paragraphe 3, lettre b), les Administrations peuvent convenir d'appliquer dans leurs relations réciproques le montant maximal de 225 francs (73,51 DTS) par colis sans égard à son poids.

5. L'indemnité est calculée d'après le prix courant, converti en francs-or ou DTS, des marchandises de même nature, au lieu et à l'époque où le colis a été accepté au transport; à défaut de prix courant, l'indemnité est calculée d'après la valeur ordinaire de la marchandise évaluée sur les mêmes bases.

6. Lorsqu'une indemnité est due pour la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale d'un colis, l'expéditeur ou, par application du paragraphe 8, le destinataire, a droit, en outre, à la restitution des taxes acquittées, à l'exception de la taxe d'assurance; il en est de même des envois refusés par les destinataires à cause de leur mauvais état, si celui-ci est imputable au service postal et engage sa responsabilité.

desselben Empfängers eingeliefert und auf demselben Leitweg befördert worden sind, wird die Gebühr nur einmal erhoben.

5. Die Nachforschungsgebühr wird erstattet, wenn der Nachforschungsantrag durch ein Dienstversehen verursacht worden ist:

Titel III Haftung

Artikel 39

Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen haften für Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Paketen außer in den in Artikel 40 vorgesehenen Fällen. Ihre Haftung erstreckt sich sowohl auf die Pakete des offenen Durchgangs als auch auf solche, die in Kartenschlüssen befördert werden.

2. Die Verwaltungen können sich verpflichten, auch im Falle höherer Gewalt zu haften. Sie haften dann den Absendern gegenüber für in ihrem Land eingelieferte Pakete im Falle höherer Gewalt für Verlust, Beraubungen oder Beschädigungen, die während des gesamten Beförderungswegs der Pakete eintreten, gegebenenfalls auch einschließlich des Beförderungswegs für die Nach- oder Rücksendung an den Absender.

3. Grundsätzlich hat der Absender Anspruch auf einen der tatsächlichen Höhe des Verlusts, der Beraubung oder der Beschädigung entsprechenden Ersatzbetrag; mittelbarer Schaden oder entgangener Gewinn bleiben außer Betracht. Jedoch darf dieser Ersatzbetrag keinesfalls übersteigen:

a) bei Wertpaketen den Betrag der Wertangabe in Goldfranken oder SZR; im Fall der Nach- oder Rücksendung eines Luftpostwertpakets auf dem Land- und Seeweg ist die Haftung für die zweite Beförderungsstrecke auf den Höchstbetrag beschränkt, der für die auf diesem Leitweg beförderten Pakete gilt. Jedoch können die Einlieferungsverwaltungen den auf der zweiten Beförderungsstrecke nicht gedeckten Schaden übernehmen;

b) bei den übrigen Paketen die nachstehend aufgeführten Beträge:

90 Franken (29,40 SZR) für ein Paket bis 5 Kilogramm

135 Franken (44,10 SZR) für ein Paket über 5 bis 10 Kilogramm

180 Franken (58,80 SZR) für ein Paket über 10 bis 15 Kilogramm

225 Franken (73,51 SZR) für ein Paket über 15 bis 20 Kilogramm.

4. Abweichend von § 3 Buchstabe b) können die Verwaltungen vereinbaren, in ihren gegenseitigen Beziehungen den Höchstbetrag je Paket ohne Rücksicht auf das Gewicht auf 225 Franken (73,51 SZR) festzusetzen.

5. Der Ersatzbetrag wird nach dem in Goldfranken oder SZR umgerechneten handelsüblichen Preis für Waren gleicher Art am Ort und zur Zeit der Annahme des Pakets zur Beförderung berechnet; in Ermangelung eines handelsüblichen Preises ist der Ersatzbetrag nach dem auf derselben Grundlage geschätzten gewöhnlichen Wert der Ware zu berechnen.

6. Ist ein Ersatzbetrag für den Verlust, die vollständige Beraubung oder die vollständige Beschädigung eines Pakets zu zahlen, so hat der Absender oder, in Anwendung des § 8, der Empfänger außerdem Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren mit Ausnahme der Wertgebühr; das gilt auch für Sendungen, deren Annahme der Empfänger wegen ihres schlechten Zustands verweigert hat, sofern dieser durch die Post verursacht ist und sie dafür zu haften hat.

7. Lorsque la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale résulte d'un cas de force majeure ne donnant pas lieu à indemnisation, l'expéditeur a droit à la restitution de toutes les taxes payées.

8. Par dérogation au paragraphe 3, le destinataire a droit à l'indemnité après avoir pris livraison d'un colis spolié ou avarié dans les cas prévus à l'article 40, paragraphe 1, lettres a) et b).

9. L'expéditeur a la faculté de se désister de ses droits prévus au paragraphe 3 en faveur du destinataire. Inversement, le destinataire a la faculté de se désister de ses droits prévus au paragraphe 8 en faveur de l'expéditeur. L'expéditeur ou le destinataire peut autoriser une tierce personne à recevoir l'indemnité si la législation intérieure le permet.

10. L'Administration d'origine a la faculté de verser aux expéditeurs dans son pays, pour les colis sans valeur déclarée, les indemnités prévues par sa législation intérieure pour les envois du même genre, à condition que ces indemnités ne soient pas inférieures à celles qui sont fixées au paragraphe 3, lettre b). Les montants fixés au paragraphe 3, lettre b), restent cependant applicables:

- 1° en cas de recours contre l'Administration responsable;
- 2° si l'expéditeur se désiste de ses droits en faveur du destinataire.

Article 40

Non-responsabilité des Administrations postales

1. Les Administrations postales cessent d'être responsables des colis dont elles ont effectué la livraison soit dans les conditions prescrites par leur réglementation intérieure pour les envois de même nature, soit dans les conditions prévues à l'article 11, paragraphe 3, de la Convention; la responsabilité est toutefois maintenue:

- a) lorsqu'une spoliation ou une avarie est constatée soit avant la livraison, soit lors de la livraison d'un colis ou lorsque, la réglementation intérieure le permettant, le destinataire, le cas échéant l'expéditeur s'il y a renvoi à celui-ci, formule des réserves en prenant livraison d'un colis spolié ou avarié;
- b) lorsque le destinataire, ou l'expéditeur en cas de renvoi à celui-ci, nonobstant décharge donnée régulièrement, déclare sans délai à l'Administration qui lui a livré le colis avoir constaté un dommage et administre la preuve que la spoliation ou l'avarie ne s'est pas produite après la livraison.

2. Les Administrations postales ne sont pas responsables:

1° de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des colis:

- a) en cas de force majeure. L'Administration dans le service de laquelle la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu doit décider, suivant la législation de son pays, si cette perte, cette spoliation ou cette avarie est due à des circonstances constituant un cas de force majeure; celles-ci sont portées à la connaissance de l'Administration du pays d'origine si cette dernière le demande. Toutefois, la responsabilité subsiste à l'égard de l'Administration du pays expéditeur qui a accepté de couvrir les risques de force majeure (article 39, paragraphe 2);
- b) lorsque, la preuve de leur responsabilité n'ayant pas été administrée autrement, elles ne peuvent rendre compte des colis par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure;
- c) lorsque le dommage a été causé par la faute ou la négligence de l'expéditeur ou provient de la nature du contenu du colis;

7. Ist der Verlust, die vollständige Beraubung oder vollständige Beschädigung auf höhere Gewalt zurückzuführen und daher kein Ersatzbetrag zu zahlen, so hat der Absender gleichwohl Anspruch auf Erstattung aller gezahlten Gebühren.

8. Abweichend von § 3 hat der Empfänger nach Auslieferung eines beraubten oder beschädigten Pakets in den in Artikel 40 § 1 Buchstaben a und b vorgesehenen Fällen Anspruch auf Entschädigung.

9. Der Absender kann seine Ansprüche nach § 3 an den Empfänger abtreten. Umgekehrt kann der Empfänger seine Ansprüche nach § 8 an den Absender abtreten. Der Absender oder der Empfänger kann einen Dritten zur Entgegennahme der Entschädigung bevollmächtigen, wenn die Rechtsvorschriften ihres Landes dies erlauben.

10. Die Einlieferungsverwaltung kann den Absendern in ihrem Land für Pakete ohne Wertangabe die Entschädigungen zahlen, die die Rechtsvorschriften ihres Landes für Sendungen der gleichen Art vorsehen, vorausgesetzt, daß diese Entschädigungen nicht niedriger sind als die Entschädigungen nach § 3 Buchstabe b. Die Beträge nach § 3 Buchstabe b sind jedoch anzuwenden

- 1) bei Rückgriff auf die verantwortliche Verwaltung;
- 2) wenn der Absender seine Rechte an den Empfänger abtritt.

Artikel 40

Nichthaftung der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen sind von jeder Haftung für Pakete frei, die sie nach ihren Inlandsbestimmungen für gleichartige Sendungen oder unter den in Artikel 11 § 3 des Weltpostvertrags vorgesehenen Bedingungen ausgeliefert haben; die Haftpflicht bleibt jedoch bestehen:

- a) wenn eine Beraubung oder eine Beschädigung entweder vor oder bei Auslieferung eines Pakets festgestellt wird, oder wenn der Empfänger, bei Rücksendung gegebenenfalls der Absender, bei der Auslieferung eines beraubten oder beschädigten Pakets Vorbehalte macht, sofern dies nach den Inlandsbestimmungen zulässig ist;
- b) wenn der Empfänger oder im Fall der Rücksendung der Absender die Sendung zwar unbeanstandet angenommen hat, danach aber der Verwaltung, die ihm das Paket ausgeliefert hat, unverzüglich erklärt, einen Schaden festgestellt zu haben, und beweist, daß die Sendung nicht nach der Auslieferung beraubt oder beschädigt worden ist.

2. Die Postverwaltungen haften nicht:

1) für den Verlust, die Beraubung oder Beschädigung von Paketen:

- a) im Fall höherer Gewalt. Die Verwaltung, in deren Dienstbereich der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung eingetreten ist, muß nach den Rechtsvorschriften ihres Landes entscheiden, ob dieser Verlust, diese Beraubung oder Beschädigung auf Umstände zurückzuführen ist, die einen Fall höherer Gewalt darstellen; diese Umstände sind der Verwaltung des Einlieferungslandes zur Kenntnis zu bringen, sofern diese es verlangt. Die Haftpflicht bleibt jedoch für die Verwaltung des Absendelandes bestehen, die für Schäden aus höherer Gewalt haftet (Artikel 39 § 2);
- b) wenn sie über den Verbleib der Pakete deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere infolge höherer Gewalt vernichtet worden sind und der Beweis ihrer Haftpflicht nicht anderweitig erbracht worden ist;
- c) wenn der Schaden durch schuldhaftes oder nachlässiges Verhalten des Absenders oder durch die Beschaffenheit des Inhalts des Pakets entstanden ist;

- d) lorsqu'il s'agit de colis qui ont fait l'objet d'une déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du contenu;
 - e) lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai prévu à l'article 38, paragraphe 2;
 - f) lorsqu'il s'agit de colis de prisonniers de guerre et d'internés civils;
- 2° des colis saisis en vertu de la législation du pays de destination;
- 3° des colis confisqués ou détruits par l'autorité compétente, lorsqu'il s'agit de colis dont le contenu tombe sous le coup des interdictions prévues à l'article 19, lettre a), chiffres 2°, 4° à 8°, et lettre b);
- 4° en matière de transport maritime ou aérien, lorsqu'elles ont fait connaître qu'elles n'étaient pas en mesure d'accepter la responsabilité des colis avec valeur déclarée à bord des navires ou des avions qu'elles utilisent; elles assument néanmoins, pour le transit de colis avec valeur déclarée en dépêches closes, la responsabilité qui est prévue pour les colis de même poids sans valeur déclarée.

3. Les Administrations postales n'assument aucune responsabilité du chef des déclarations en douane, sous quelque forme que celles-ci soient faites, et des décisions prises par les services de la douane lors de la vérification des colis soumis au contrôle douanier.

Article 41

Responsabilité de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un colis est responsable dans les mêmes limites que les Administrations elles-mêmes de tous les dommages causés aux autres envois postaux par suite de l'expédition d'objets non admis au transport ou de la non-observation des conditions d'admission, pourvu qu'il n'y ait eu ni faute, ni négligence des Administrations ou des transporteurs.

2. L'acceptation par le bureau de dépôt d'un tel colis ne dégage pas l'expéditeur de sa responsabilité.

3. L'Administration qui constate un dommage dû à la faute de l'expéditeur en informe l'Administration d'origine à laquelle il appartient d'intenter, le cas échéant, l'action contre l'expéditeur.

Article 42

Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales

1. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration postale qui, ayant reçu le colis sans faire d'observation et étant mise en possession de tous les moyens réglementaires d'investigation, ne peut établir ni la livraison au destinataire, ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à une autre Administration.

2. Une Administration intermédiaire ou de destination est, jusqu'à preuve du contraire et sous réserve du paragraphe 4, déchargée de toute responsabilité:

- a) lorsqu'elle a observé les dispositions relatives à la vérification des dépêches et des colis et à la constatation des irrégularités;
- b) lorsqu'elle peut établir qu'elle n'a été saisie de la réclamation qu'après la destruction des documents de service relatifs au colis recherché, le délai de conservation réglementaire étant expiré; cette réserve ne porte pas atteinte aux droits du réclamant.

d) wenn es sich um Pakete handelt, auf denen in betrügerischer Weise ein höherer als der tatsächliche Wert des Inhalts angegeben worden ist;

e) wenn der Absender innerhalb der in Artikel 38 § 2 vorgesehenen Frist keinen Nachforschungsantrag gestellt hat;

f) wenn es sich um Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete handelt;

2) für Pakete, die auf Grund der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden sind;

3) für Pakete, deren Inhalt unter die Verbote nach Artikel 19 Buchstabe a Ziffern 2, 4 bis 8 sowie Buchstabe b fällt und die von der zuständigen Behörde beschlagnahmt oder vernichtet worden sind;

4) im Fall der Beförderung von Wertpaketen auf dem See- oder Luftweg, sofern sie bekanntgegeben haben, daß sie für Wertpakete, die mit den von ihnen benutzten Schiffen oder Flugzeugen befördert werden, keine Haftung übernehmen können; diese Verwaltungen haften jedoch für die Durchgangsbeförderung von Wertpaketen in Kartenschlüssen wie für Pakete gleichen Gewichts ohne Wertangabe.

3. Die Postverwaltungen haften nicht für Zollinhaltserklärungen, unabhängig von der Form, in der sie abgegeben werden, und auch nicht für die Entscheidungen der Zolldienststellen beim Prüfen der der Zollprüfung unterliegenden Pakete.

Artikel 41

Haftung des Absenders

1. Der Absender eines Pakets haftet für alle Schäden, die infolge der Versendung nicht zur Beförderung zugelassener Gegenstände oder infolge Nichtbeachtung der Zulassungsbedingungen an anderen Postsendungen entstehen, im gleichen Umfang wie die Postverwaltungen selbst, sofern kein schuldhaftes Verhalten der Verwaltungen oder der Beförderungsunternehmen vorliegt.

2. Die Annahme eines solchen Pakets durch das Einlieferungsamt befreit den Absender nicht von seiner Haftpflicht.

3. Die Verwaltung, die einen auf schuldhaftes Verhalten des Absenders zurückzuführenden Schaden feststellt, setzt hier- von die Einlieferungsverwaltung in Kenntnis, der es obliegt, gegebenenfalls gegen den Absender vorzugehen.

Artikel 42

Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen

1. Bis zum Beweis des Gegenteils haftet die Postverwaltung, die, nachdem sie das Paket unbeanstandet übernommen hat und in den Besitz aller vorschriftsmäßigen Nachforschungsunterlagen gelangt ist, weder die Auslieferung an den Empfänger noch gegebenenfalls die ordnungsgemäße Weiterleitung an eine andere Verwaltung nachweisen kann.

2. Eine Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung ist bis zum Beweis des Gegenteils und vorbehaltlich des § 4 von jeder Haftung befreit:

- a) wenn sie die Bestimmungen über die Prüfung der Kartenschlüsse und Pakete sowie über die Feststellung von Unregelmäßigkeiten beachtet hat;
- b) wenn sie nachweisen kann, daß ihr der Nachforschungsantrag erst zugegangen ist, nachdem die das gesuchte Paket betreffenden Dienstpapiere wegen Ablaufs der festgesetzten Aufbewahrungsfrist vernichtet worden waren; dieser Vorbehalt berührt die Rechte des Ersatzfordemden nicht.

3. Lorsque la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite dans le service d'une entreprise de transport aérien, l'Administration du pays qui perçoit les frais de transport selon l'article 86, paragraphe 1, de la Convention est tenue, sous réserve de l'article premier, paragraphe 6, de la Convention et du paragraphe 7 du présent article, de rembourser à l'Administration d'origine l'indemnité ainsi que les taxes et droits payés à l'expéditeur. Il lui appartient de recouvrer ces montants auprès de l'entreprise de transport aérien responsable. Si, en vertu de l'article 86, paragraphe 2, de la Convention, l'Administration d'origine règle les frais de transport directement à la compagnie aérienne, elle doit demander elle-même le remboursement de ces montants à cette compagnie.

4. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite en cours de transport, sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le dommage par parts égales; toutefois, lorsqu'il s'agit d'un colis ordinaire et que le montant de l'indemnité ne dépasse pas 60 francs (19,60 DTS), cette somme est supportée, à parts égales, par les Administrations d'origine et de destination, à l'exclusion des Administrations intermédiaires. Si la spoliation ou l'avarie a été constatée dans le pays de destination ou, en cas de renvoi à l'expéditeur, dans le pays de son domicile, il incombe à l'Administration de ce pays de prouver:

- a) que ni l'emballage, ni la fermeture du colis ne portaient des traces apparentes de spoliation ou d'avarie;
- b) que, dans le cas de colis avec valeur déclarée, le poids constaté lors du dépôt n'a pas varié;
- c) que, pour les colis transmis en récipients clos, ceux-ci étaient intacts de même que leur fermeture.

Lorsque pareille preuve a été faite par l'Administration de destination ou, le cas échéant, par l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur, aucune des autres Administrations en cause ne peut décliner sa part de responsabilité en invoquant le fait qu'elle a livré le colis sans que l'Administration suivante ait formulé d'objections.

5. Dans le cas d'envois transmis en nombre, en application de l'article 53, paragraphes 2 et 3, aucune des Administrations en cause ne peut, dans le dessein de décliner sa part de responsabilité, arguer du fait que le nombre des colis trouvés dans la dépêche diffère de celui qui est annoncé sur la feuille de route.

6. Toujours dans le cas de transmission globale, les Administrations intéressées peuvent s'entendre pour que la responsabilité soit partagée en cas de perte, de spoliation ou d'avarie de certaines catégories de colis déterminées d'un commun accord.

7. En ce qui concerne les colis avec valeur déclarée, la responsabilité d'une Administration à l'égard des autres Administrations n'est en aucun cas engagée au-delà du maximum de déclaration de valeur qu'elle a adopté.

8. Lorsqu'un colis a été perdu, spolié ou avarié dans des circonstances de force majeure, l'Administration dans le ressort territorial ou dans les services de laquelle la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu n'en est responsable envers l'Administration d'origine que si les deux Administrations se chargent des risques résultant du cas de force majeure.

9. Si la perte, la spoliation ou l'avarie d'un colis avec valeur déclarée s'est produite sur le territoire ou dans le service d'une Administration intermédiaire qui n'admet pas les colis avec valeur déclarée ou qui a adopté un maximum de déclaration de valeur inférieur au montant de la perte, l'Administration d'origine supporte le dommage non couvert par l'Administration intermédiaire en vertu du paragraphe 7 du présent article et de l'article premier, paragraphe 6, de la Convention.

10. La règle prévue au paragraphe 9 est également appliquée en cas de transport maritime ou aérien si la perte, la spo-

3. Ist der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung im Bereich eines Luftfahrtunternehmens eingetreten, so muß die Verwaltung des Landes, das nach Artikel 86 § 1 des Weltpostvertrags die Beförderungskosten erhebt, vorbehaltlich des Artikels 1 § 6 des Weltpostvertrags und des § 7 dieses Artikels der Einlieferungsverwaltung den Ersatzbetrag sowie die Gebühren und Abgaben erstatten, den bzw. die diese an den Absender gezahlt hat. Es obliegt ihr, diese Beträge bei dem haftpflichtigen Luftfahrtunternehmen wieder einzuziehen. Zahlt auf Grund des Artikels 86 § 2 des Weltpostvertrags die Einlieferungsverwaltung die Beförderungskosten unmittelbar an die Luftverkehrsgesellschaft, so muß sie selbst die Erstattung dieser Beträge bei dieser Gesellschaft beantragen.

4. Ist der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung während der Beförderung eingetreten, ohne daß festgestellt werden kann, auf welchem Gebiet oder in welchem Dienstbereich sich der Vorfall ereignet hat, tragen die beteiligten Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen; handelt es sich jedoch um ein gewöhnliches Paket und übersteigt der Ersatzbetrag 60 Goldfranken (19,60 SZR) nicht, so wird dieser Betrag zu gleichen Teilen von der Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltung unter Ausschluß der Durchgangsverwaltungen getragen. Wurde die Beraubung oder Beschädigung im Bestimmungsland oder im Fall der Rücksendung an den Absender in dem Land festgestellt, in dem dieser wohnt, so hat die Verwaltung des betreffenden Landes nachzuweisen,

- a) daß weder Verpackung noch Verschuß des Pakets sichtbare Spuren einer Beraubung oder Beschädigung zeigten;
- b) daß bei Wertpaketen das Gewicht der Sendungen mit dem bei der Einlieferung ermittelten übereinstimmt hat;
- c) daß bei Beförderung der Pakete in geschlossenen Behältern diese sowie ihr Verschuß unversehrt waren.

Hat die Bestimmungs- oder gegebenenfalls die Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, diesen Beweis erbracht, so kann keine der beteiligten anderen Verwaltungen ihre anteilige Haftung unter Berufung darauf ablehnen, daß sie das Paket der nächsten Verwaltung unbeanstandet übergeben habe.

5. Bei summarischer Übergabe der Sendungen nach Artikel 53 §§ 2 und 3 kann keine der beteiligten Verwaltungen sich, um ihre anteilige Haftung abzulehnen, auf die Tatsache berufen, daß die Anzahl der in dem Kartenschluß vorgefundenen Pakete nicht mit der in der Frachtliste angegebenen Zahl übereinstimmt.

6. Jedoch können die beteiligten Verwaltungen bei summarischer Übergabe vereinbaren, die Haftpflicht bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung bestimmter, in gemeinsamem Einvernehmen festgelegter Paketarten zu teilen.

7. Bei Wertpaketen geht die Haftung einer Verwaltung gegenüber den anderen Verwaltungen keinesfalls über den von ihr festgesetzten Höchstbetrag der Wertangabe hinaus.

8. Ist ein Paket durch höhere Gewalt in Verlust geraten, beraubt oder beschädigt worden, so haftet die Verwaltung, auf deren Gebiet oder in deren Dienstbereich der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung eingetreten ist, gegenüber der Einlieferungsverwaltung nur dann, wenn beide Verwaltungen für den Fall höherer Gewalt eine Haftung übernommen haben.

9. Ist der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung eines Wertpakets auf dem Gebiet oder im Dienstbereich einer Zwischenverwaltung erfolgt, die Wertpakete nicht zuläßt oder die einen Höchstbetrag der Wertangabe festgesetzt hat, der geringer ist als die Höhe des Verlustes, so trägt die Einlieferungsverwaltung den von der Zwischenverwaltung auf Grund des § 7 dieses Artikels und des Artikels 1 § 6 des Weltpostvertrags nicht gedeckten Schaden.

10. Die im § 9 vorgesehene Regelung wird auch im Fall der Beförderung auf dem See- oder Luftweg angewendet, wenn

liation ou l'avarie s'est produite dans le service d'une Administration relevant d'un pays contractant qui n'accepte pas la responsabilité prévue pour les colis avec valeur déclarée (article 40, paragraphe 2, chiffre 4^o).

11. Les droits de douane et autres dont l'annulation n'a pu être obtenue tombent à la charge des Administrations responsables de la perte, de la spoliation ou de l'avarie.

12. L'Administration qui a effectué le paiement de l'indemnité est subrogée, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, dans les droits de la personne qui l'a reçue, pour tout recours éventuel soit contre le destinataire, soit contre l'expéditeur ou contre des tiers.

Article 43

Paiement de l'indemnité

1. Sous réserve du droit de recours contre l'Administration responsable, l'obligation de payer l'indemnité et de restituer les taxes et droits incombe soit à l'Administration d'origine, soit à l'Administration de destination dans le cas visé à l'article 39, paragraphe 8.

2. Ce paiement doit avoir lieu le plus tôt possible et, au plus tard, dans le délai de six mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.

3. Lorsque l'Administration à qui incombe le paiement n'accepte pas de se charger des risques résultant du cas de force majeure et lorsque, à l'expiration du délai prévu au paragraphe 2, la question de savoir si la perte, la spoliation ou l'avarie est due à un cas de l'espèce n'est pas encore tranchée, elle peut, exceptionnellement, différer le règlement de l'indemnité pour une nouvelle période de six mois.

4. L'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, est autorisée à désintéresser l'ayant droit pour le compte de l'Administration qui, ayant participé au transport et ayant été régulièrement saisie, a laissé s'écouler cinq mois:

- sans donner de solution définitive à l'affaire ou
- sans avoir porté à la connaissance de l'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, que la perte, la spoliation ou l'avarie paraissait due à un cas de force majeure ou que le colis avait été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu ou saisi en vertu de la législation du pays de destination.

Article 44

Remboursement de l'indemnité à l'Administration ayant effectué le paiement

1. L'Administration responsable ou pour le compte de laquelle le paiement est effectué en conformité de l'article 42 est tenue de rembourser à l'Administration ayant effectué le paiement en vertu de l'article 43, et qui est dénommée «Administration payeuse», le montant de l'indemnité payée à l'ayant droit dans les limites de l'article 39, paragraphes 3 et 6; ce versement doit avoir lieu dans un délai de quatre mois à compter de l'envoi de la notification du paiement.

2. Si l'indemnité doit être supportée par plusieurs Administrations en conformité de l'article 42, la totalité de l'indemnité due doit être versée à l'Administration payeuse, dans le délai mentionné au paragraphe 1, par la première Administration qui, ayant dûment reçu le colis réclamé, ne peut en établir la transmission régulière au service correspondant. Il appartient à cette Administration de récupérer sur les autres Administrations responsables la part éventuelle de chacune d'elles dans le dédommagement de l'ayant droit.

der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung im Bereich der Verwaltung eines Vertragslandes eingetreten ist, das die für Wertpakete vorgesehene Haftung nicht übernimmt (Artikel 40 § 2 Ziffer 4).

11. Zoll- und andere Abgaben, deren Niederschlagung nicht erreicht werden konnte, gehen zu Lasten der Verwaltungen, die für den Verlust, die Beraubung oder Beschädigung haften.

12. Die Verwaltung, die den Ersatzbetrag gezahlt hat, tritt bis zur Höhe dieses Betrags in die Rechte des Entschädigten hinsichtlich aller etwaigen Ansprüche gegen Empfänger, Absender oder Dritte ein.

Artikel 43

Zahlung des Ersatzbetrags

1. Zur Zahlung des Ersatzbetrags und zur Erstattung der Gebühren und Abgaben ist entweder die Einlieferungsverwaltung oder in dem in Artikel 39 § 8 genannten Fall die Bestimmungsverwaltung verpflichtet; sie kann gegebenenfalls bei der haftpflichtigen Verwaltung Rückgriff nehmen.

2. Diese Zahlung soll möglichst bald und spätestens binnen sechs Monaten, vom Tag nach dem Nachforschungsantrag an gerechnet, erfolgen.

3. Haftet die zur Zahlung verpflichtete Verwaltung nicht für Risiken aus höherer Gewalt und ist bei Ablauf der in § 2 vorgesehenen Frist die Frage noch nicht entschieden, ob der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung auf höherer Gewalt beruht, kann sie die Ersatzleistung ausnahmsweise um weitere sechs Monate hinausschieben.

4. Die Einlieferungs- oder gegebenenfalls die Bestimmungsverwaltung ist berechtigt, den Ersatzberechtigten für Rechnung der an der Beförderung beteiligten Verwaltung zu entschädigen, die fünf Monate hat verstreichen lassen,

- ohne die ordnungsgemäß bei ihr anhängig gemachte Angelegenheit endgültig zu erledigen, oder
- ohne die Einlieferungs- bzw. Bestimmungsverwaltung davon zu verständigen, daß der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung auf einem Fall höherer Gewalt zu beruhen scheint, oder daß das Paket von der zuständigen Behörde wegen seines Inhalts zurückgehalten, beschlagnahmt oder vernichtet bzw. auf Grund der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

Artikel 44

Erstattung des Ersatzbetrags an die Verwaltung, die die Zahlung geleistet hat

1. Die haftpflichtige oder diejenige Postverwaltung, für deren Rechnung die Zahlung nach Artikel 42 geleistet wurde, ist verpflichtet, den an den Ersatzberechtigten gezahlten Ersatzbetrag innerhalb der Grenzen des Artikels 39 §§ 3 und 6 der Verwaltung zu erstatten, die die Zahlung auf Grund des Artikels 43 geleistet hat und die als „Zahlende Verwaltung“ bezeichnet wird; diese Erstattung soll innerhalb einer Frist von vier Monaten erfolgen, vom Zeitpunkt der Zahlungsmitteilung an gerechnet.

2. Ist der Ersatzbetrag nach Artikel 42 von mehreren Verwaltungen zu tragen, so muß der volle geschuldete Ersatzbetrag innerhalb der in § 1 genannten Frist von der ersten Verwaltung, die das gesuchte Paket ordnungsgemäß erhalten hat und die ordnungsgemäße Weiterleitung an die nächste Verwaltung nicht nachweisen kann, an die zahlende Verwaltung erstattet werden. Es ist Sache der ersten Verwaltung, von jeder der anderen haftpflichtigen Verwaltungen den auf diese entfallenden etwaigen Anteil an der Entschädigung des Ersatzberechtigten einzuziehen.

3. Le remboursement à l'Administration créditrice est effectué d'après les règles de paiement prévues à l'article 12 de la Convention.

4. Les Administrations d'origine et de destination peuvent s'entendre pour laisser en totalité la charge du dommage causé à des colis ordinaires à celle qui doit effectuer le paiement à l'ayant droit.

5. Lorsque la responsabilité a été reconnue, de même que dans le cas prévu à l'article 43, paragraphe 4, le montant de l'indemnité peut également être repris d'office sur l'Administration responsable par voie de décompte soit directement, soit par l'intermédiaire de la première Administration de transit qui se crédite à son tour sur l'Administration suivante, l'opération étant répétée jusqu'à ce que la somme payée ait été portée au débit de l'Administration responsable; le cas échéant, il y a lieu d'observer les dispositions réglementaires relatives à l'établissement des comptes.

6. Immédiatement après avoir payé l'indemnité, l'Administration payeuse doit communiquer à l'Administration responsable la date et le montant du paiement effectué. Elle ne peut réclamer le remboursement de cette indemnité que dans le délai d'un an à compter soit du jour de l'envoi de la notification du paiement, soit, s'il y a lieu, du jour de l'expiration du délai prévu à l'article 43, paragraphe 4.

7. L'Administration dont la responsabilité est dûment établie et qui a tout d'abord décliné le paiement de l'indemnité doit prendre à sa charge tous les frais accessoires résultant du retard non justifié apporté au paiement.

Article 45

Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

1. Si, après le paiement de l'indemnité, un colis ou une partie de colis, antérieurement considéré comme perdu, est retrouvé, l'expéditeur ou le destinataire, selon le cas, est informé qu'il peut en prendre livraison pendant une période de trois mois, contre remboursement du montant de l'indemnité reçue. Si, dans ce délai, l'expéditeur ou, le cas échéant, le destinataire ne réclame pas le colis, la même démarche est effectuée auprès de l'autre intéressé.

2. Si l'expéditeur ou le destinataire prend livraison du colis ou de la partie retrouvée de ce colis moyennant remboursement du montant de l'indemnité, ce montant est restitué à l'Administration ou, s'il y a lieu, aux Administrations qui ont supporté le dommage, dans un délai d'un an à compter de la date du remboursement.

3. Si l'expéditeur et le destinataire renoncent à prendre livraison du colis, celui-ci devient la propriété de l'Administration ou, s'il y a lieu, des Administrations qui ont supporté le dommage.

4. Lorsque la preuve de la livraison est apportée après le délai de cinq mois prévu à l'article 43, paragraphe 4, l'indemnité versée reste à la charge de l'Administration intermédiaire ou de destination si la somme payée ne peut, pour une raison quelconque, être récupérée sur l'expéditeur.

5. En cas de découverte ultérieure d'un colis avec valeur déclarée dont le contenu est reconnu comme étant de valeur inférieure au montant de l'indemnité payée, l'expéditeur ou, en cas d'application de l'article 39, paragraphe 8, le destinataire doit rembourser le montant de cette indemnité contre remise du colis avec valeur déclarée, sans préjudice des conséquences découlant de la déclaration frauduleuse de valeur visée à l'article 23, paragraphe 2.

3. Die Erstattung an die Gläubigerverwaltung erfolgt nach den in Artikel 12 des Weltpostvertrags vorgesehenen Zahlungsrichtlinien.

4. Die Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltungen können vereinbaren, daß diejenige Verwaltung den vollen Ersatzbetrag für gewöhnliche Pakete übernimmt, die die Zahlung an den Ersatzberechtigten zu leisten hat.

5. Ist die Haftpflicht anerkannt worden oder liegt der in Artikel 43 § 4 vorgesehene Fall vor, so kann der Ersatzbetrag auch von der haftpflichtigen Verwaltung von Amts wegen im Abrechnungsweg entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der ersten Durchgangsverwaltung eingezogen werden; diese Durchgangsverwaltung stellt den Betrag ihrerseits der folgenden Verwaltung in Rechnung; dieses Verfahren wird so oft wiederholt, bis der gezahlte Betrag der haftpflichtigen Verwaltung in Rechnung gestellt worden ist; gegebenenfalls sind hierbei die Bestimmungen der Vollzugsordnung über die Ausstellung von Rechnungen zu beachten.

6. Unmittelbar nach der Zahlung des Ersatzbetrags muß die zahlende Verwaltung der haftpflichtigen Verwaltung Datum und Betrag der geleisteten Zahlung mitteilen. Sie kann die Erstattung dieses Ersatzbetrags nur innerhalb eines Jahres, vom Zeitpunkt der Absendung der Zahlungsmittlung an oder gegebenenfalls vom Tag des Ablaufs der in Artikel 43 § 4 vorgesehenen Frist an gerechnet, verlangen.

7. Hat eine Verwaltung, deren Haftpflicht ordnungsgemäß festgestellt worden ist, zunächst die Zahlung des Ersatzbetrags abgelehnt, so muß sie alle Nebenkosten übernehmen, die aus der nicht gerechtfertigten Verzögerung der Zahlung entstehen.

Artikel 45

Etwaige Wiedereinzahlung des Ersatzbetrags vom Absender oder Empfänger

1. Wird ein ursprünglich als in Verlust geraten angesehenes Paket oder ein Teil eines solchen Pakets nach Zahlung des Ersatzbetrags wieder aufgefunden, so wird der Absender oder gegebenenfalls der Empfänger verständigt, daß er die Sendung innerhalb von drei Monaten gegen Erstattung des gezahlten Ersatzbetrags in Empfang nehmen kann. Wenn der Absender oder gegebenenfalls der Empfänger das Paket innerhalb dieser Frist nicht abfordert, wird der gleiche Schritt beim anderen Beteiligten unternommen.

2. Nimmt der Absender oder der Empfänger das Paket oder den wieder aufgefundenen Teil dieses Pakets gegen Rückerstattung des Ersatzbetrags in Empfang, so wird dieser Betrag innerhalb eines Jahres, gerechnet vom Tag der Rückerstattung an, der Verwaltung oder gegebenenfalls den Verwaltungen erstattet, die den Schaden getragen haben.

3. Verzichten Absender und Empfänger auf die Auslieferung des Pakets, so geht dieses in das Eigentum der Verwaltung oder gegebenenfalls der Verwaltungen über, die den Schaden getragen haben.

4. Wird der Beweis der Auslieferung erst nach Ablauf der in Artikel 43 § 4 vorgesehenen Frist von fünf Monaten erbracht, so bleibt die Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung mit dem gezahlten Ersatzbetrag belastet, sofern die gezahlte Summe aus irgendeinem Grunde vom Absender nicht wieder eingezogen werden kann.

5. Wird ein Wertpaket nachträglich wieder aufgefunden und festgestellt, daß sein Inhalt einen geringeren Wert besitzt als der gezahlte Ersatzbetrag, so muß der Absender oder, in Anwendung des Artikels 39 § 8, der Empfänger diesen Ersatzbetrag – unbeschadet der in Artikel 23 § 2 vorgesehenen Folgen der betrügerischen Wertangabe – zurückerzahlen; das Wertpaket wird ihm ausgehändigt.

Titre IV**Quotes-parts revenant aux
Administrations.
Attribution des quotes-parts****Chapitre I
Quotes-parts****Article 46****Quote-part territoriale de départ et d'arrivée**

1. Les colis échangés entre deux Administrations sont soumis aux quotes-parts territoriales de départ et d'arrivée fixées comme suit, pour chaque pays et pour chaque colis:

Coupures de poids	Quote-part territoriale de départ et d'arrivée
	Taux indicatif
1	2
	fr DTS
Jusqu'à 1 kg	8 2,61
Au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg	10 3,27
Au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg	12 3,92
Au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg	15 4,90
Au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg	18 5,88
Au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg	20 6,53

Toutefois, les Administrations ont la faculté:

- de majorer à leur gré leurs quotes-parts territoriales de départ pour que celles-ci soient en relation avec les frais de leur service. Elles peuvent également les réduire à leur gré sous réserve qu'elles ne soient pas inférieures à leurs quotes-parts territoriales d'arrivée;
- de réduire à leur gré leurs quotes-parts territoriales d'arrivée ou de les majorer jusqu'à concurrence de leurs prix de revient, à condition qu'elles ne dépassent pas leurs quotes-parts territoriales de départ.

2. Les quotes-parts visées au paragraphe 1 sont à la charge de l'Administration du pays d'origine, à moins que le présent Arrangement ne prévoie des dérogations à ce principe.

3. Les quotes-parts territoriales de départ et d'arrivée doivent être uniformes pour l'ensemble du territoire de chaque pays.

4. Les modifications des quotes-parts territoriales d'arrivées selon le paragraphe 1 ne peuvent entrer en vigueur que le 1^{er} janvier. Pour être applicables, ces modifications doivent être notifiées quatre mois au moins avant cette date au Bureau international qui les communique aux Administrations intéressées au moins trois mois avant la date de leur entrée en vigueur. Lorsque ces délais n'ont pas été observés, ces modifications n'entrent en vigueur que le 1^{er} janvier de l'année suivante.

Article 47**Quote-part territoriale de transit**

1. Les colis échangés entre deux Administrations ou entre deux bureaux du même pays au moyen des services terrestres d'une ou de plusieurs autres Administrations sont soumis, au profit des pays dont les services participent à l'acheminement territorial, aux quotes-parts territoriales de transit ci-après:

Titel IV**Den Verwaltungen
zustehende Vergütungsanteile.
Zuteilung der Vergütungsanteile****Kapitel I
Vergütungsanteile****Artikel 46****Anfangs- und Endvergütungsanteil**

1. Die zwischen zwei Verwaltungen ausgetauschten Pakete unterliegen den nachstehend für jedes Land und jedes Paket festgesetzten Anfangs- und Endvergütungsanteilen:

Gewichtsstufen	Anfangs- und Endvergütungsanteil
	Richtsatz
1	2
	F SZR
bis 1 kg	8 2,61
über 1 bis 3 kg	10 3,27
über 3 bis 5 kg	12 3,92
über 5 bis 10 kg	15 4,90
über 10 bis 15 kg	18 5,88
über 15 bis 20 kg	20 6,53

Die Verwaltungen können jedoch:

- ihre Anfangsvergütungsanteile nach eigenem Ermessen erhöhen, um sie mit den Kosten ihres Dienstes in Beziehung zu setzen. Sie können sie auch nach eigenem Ermessen unter dem Vorbehalt ermäßigen, daß sie nicht niedriger sind als ihre Endvergütungsanteile;
- ihre Endvergütungsanteile nach eigenem Ermessen herabsetzen oder sie bis zur Höhe ihrer Selbstkosten erhöhen, sofern sie nicht höher sind als ihre Anfangsvergütungsanteile.

2. Die in § 1 vorgesehenen Vergütungsanteile gehen zu Lasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern in diesem Abkommen keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorgesehen sind.

3. Die Anfangs- und Endvergütungsanteile müssen für das gesamte Gebiet jedes Landes gleich sein.

4. Änderungen der Endvergütungsanteile nach § 1 können nur am 1. Januar in Kraft treten. Damit sie angewendet werden können, müssen diese Änderungen mindestens vier Monate vor diesem Zeitpunkt dem Internationalen Büro mitgeteilt werden, das sie den beteiligten Verwaltungen mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens mitteilt. Wurden diese Fristen nicht eingehalten, so treten diese Änderungen erst am 1. Januar des darauffolgenden Jahres in Kraft.

Artikel 47**Durchgangsvergütungsanteil**

1. Die zwischen zwei Verwaltungen oder zwischen zwei Postämtern desselben Landes durch die Vermittlung der Landwegdienste einer oder mehrerer anderer Verwaltungen ausgetauschten Pakete unterliegen zugunsten der Länder, deren Dienste an der Beförderung auf dem Landweg beteiligt sind, den nachstehenden Durchgangsvergütungsanteilen:

Echelons de distance	Quote-part territoriale de transit											
	jusqu'à 1 kg		au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg		au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg		au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg		au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg		au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg	
1	2		3		4		5		6		7	
	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS
Jusqu'à 600 km	0,60	0,20	1,50	0,49	2,70	0,88	4,80	1,57	7,80	2,55	10,80	3,53
Au-delà de 600 jusqu'à 1000 km . .	0,80	0,26	2,10	0,69	3,80	1,24	6,80	2,22	11,00	3,59	15,20	4,97
Au-delà de 1000 jusqu'à 2000 km . .	1,10	0,36	2,80	0,91	5,00	1,63	8,90	2,91	14,50	4,74	20,10	6,57
Au-delà de 2000 par 1000 km en sus	0,30	0,10	0,70	0,23	1,50	0,49	2,20	0,72	3,60	1,18	5,00	1,63

Entfernungsstufen	Durchgangsvergütungsanteil											
	bis 1 kg		über 1 bis 3 kg		über 3 bis 5 kg		über 5 bis 10 kg		über 10 bis 15 kg		über 15 bis 20 kg	
1	2		3		4		5		6		7	
	F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR
bis 600 km	0,60	0,20	1,50	0,49	2,70	0,88	4,80	1,57	7,80	2,55	10,80	3,53
über 600 bis 1000 km	0,80	0,26	2,10	0,69	3,80	1,24	6,80	2,22	11,00	3,59	15,20	4,97
über 1000 bis 2000 km	1,10	0,36	2,80	0,91	5,00	1,63	8,90	2,91	14,50	4,74	20,10	6,57
über 2000 für jede weiteren 1000 km	0,30	0,10	0,70	0,23	1,50	0,49	2,20	0,72	3,60	1,18	5,00	1,63

2. Chacun des pays visés au paragraphe 1 est autorisé à réclamer pour chaque colis les quotes-parts territoriales de transit afférentes à l'échelon de distance correspondant à la distance moyenne pondérée de transport des colis dont il assure le transit. Cette distance est calculée par le Bureau international.

3. Le réacheminement, le cas échéant après entreposage, par les services d'un pays intermédiaire des dépêches et des colis à découvert arrivant et repartant par un même port (transit sans parcours territorial) est assujéti aux paragraphes 1 et 2.

4. S'agissant de colis-avion, la quote-part territoriale des Administrations intermédiaires n'est applicable que dans le cas où le colis emprunte un transport territorial intermédiaire.

5. Cependant, en ce qui concerne les colis-avion en transit à découvert, les Administrations intermédiaires sont autorisées à réclamer une quote-part forfaitaire de 1 fr-or (0,33 DTS) par envoi.

6. Lorsqu'un pays admet que son territoire soit traversé par un service de transport étranger sans participation de ses services selon l'article 3 de la Convention, les colis ainsi acheminés ne donnent pas lieu à l'attribution de la quote-part territoriale de transit à l'Administration postale en cause.

7. Les quotes-parts visées au paragraphe 1 sont à la charge de l'Administration du pays d'origine, à moins que le présent Arrangement ne prévoie des dérogations à ce principe.

Article 48

Quote-part maritime

1. Chacun des pays dont les services participent au transport maritime de colis est autorisé à réclamer les quotes-parts maritimes visées dans le tableau qui figure au paragraphe 2. Ces quotes-parts sont à la charge de l'Administration du pays d'origine, à moins que le présent Arrangement ne prévoie des dérogations à ce principe.

2. Pour chaque service maritime emprunté, la quote-part maritime est calculée conformément aux indications du tableau ci-après:

2. Jedes in § 1 angegebene Land darf für jedes Paket die Durchgangsvergütungsanteile nach der Entfernungsstufe fordern, die der mittleren gewogenen Beförderungsstrecke entspricht, auf der es Pakete im Durchgang befördert. Diese Entfernung wird vom Internationalen Büro berechnet.

3. Leiten Dienste eines Zwischenlandes Kartenschlüsse und Pakete des offenen Durchgangs, die im selben Hafen ankommen und wieder abgehen (Durchgang ohne Landwegstrecke), weiter (gegebenenfalls auch nach Zwischenlagerung), so gelten die §§ 1 und 2.

4. Bei Luftpostpaketen kommt der Vergütungsanteil für die Zwischenverwaltungen nur dann in Betracht, wenn die Pakete in ihrem Bereich tatsächlich auf dem Landweg befördert worden sind.

5. Bei Luftpostpaketen des offenen Durchgangs dürfen die Zwischenverwaltungen jedoch einen pauschalen Vergütungsanteil von 1 Franken (0,33 SZR) pro Sendung fordern.

6. Erlaubt ein Land nach Artikel 3 des Weltpostvertrags, daß sein Gebiet ohne Beteiligung seiner Dienste von einem ausländischen Beförderungsunternehmen durchfahren wird, erhält die betreffende Verwaltung für die so beförderten Pakete keine Durchgangsvergütungsanteile.

7. Die in § 1 vorgesehenen Vergütungsanteile gehen zu Lasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern in diesem Abkommen keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorgesehen sind.

Artikel 48

Seevergütungsanteil

1. Jedes Land, dessen Dienste an der Seebeförderung von Paketen beteiligt sind, darf die in der Übersicht in § 2 angegebenen Seevergütungsanteile beanspruchen. Diese Vergütungsanteile gehen zu Lasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern in diesem Abkommen keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorgesehen sind.

2. Für jede Seebeförderung wird der Seevergütungsanteil nach den Angaben in nachstehender Übersicht berechnet:

Echelons de distance		Coupures de poids											
a) exprimés en milles marins	b) exprimés en kilomètres après conversion sur la base de 1 mille marin = 1,852 km	jusqu'à 1 kg	au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg	au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg	au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg	au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg	au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg						
1	2	3	4	5	6	7	8						
		fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS
Jusqu'à 500 milles marins	Jusqu'à 926 km	0,40	0,13	0,90	0,29	1,70	0,56	3,00	0,98	4,80	1,57	6,60	2,16
Au-delà de 500 jusqu'à 1000	Au-delà de 926 jusqu'à 1852	0,50	0,16	1,20	0,39	2,10	0,69	3,80	1,24	6,10	1,99	8,50	2,78
Au-delà de 1000 jusqu'à 2000	Au-delà de 1852 jusqu'à 3704	0,60	0,20	1,40	0,46	2,50	0,82	4,50	1,47	7,30	2,38	10,10	3,30
Au-delà de 2000 jusqu'à 3000	Au-delà de 3704 jusqu'à 5556	0,60	0,20	1,60	0,52	2,90	0,95	5,10	1,67	8,30	2,71	11,50	3,76
Au-delà de 3000 jusqu'à 4000	Au-delà de 5556 jusqu'à 7408	0,70	0,23	1,80	0,59	3,20	1,05	5,60	1,83	9,10	2,97	12,60	4,12
Au-delà de 4000 jusqu'à 5000	Au-delà de 7408 jusqu'à 9260	0,80	0,26	1,90	0,62	3,40	1,11	6,00	1,96	9,80	3,20	13,50	4,41
Au-delà de 5000 jusqu'à 6000	Au-delà de 9260 jusqu'à 11 112	0,80	0,26	2,00	0,65	3,60	1,18	6,40	2,09	10,40	3,40	14,30	4,67
Au-delà de 6000 jusqu'à 7000	Au-delà de 11 112 jusqu'à 12 964	0,80	0,26	2,10	0,69	3,80	1,24	6,70	2,19	10,90	3,56	15,00	4,90
Au-delà de 7000 jusqu'à 8000	Au-delà de 12 964 jusqu'à 14 816	0,90	0,29	2,20	0,72	3,90	1,27	7,00	2,29	11,30	3,69	15,70	5,13
Au-delà de 8000 par 1000 en sus	Au-delà de 14 816 par 1852 en sus	0,00	0,00	0,10	0,03	0,10	0,03	0,30	0,10	0,40	0,13	0,50	0,16

Entfernungsstufen		Gewichtsstufen											
a) in Seemeilen	b) in Kilometern (1 Seemeile = 1,852 km)	bis 1 kg	über 1 bis 3 kg	über 3 bis 5 kg	über 5 bis 10 kg	über 10 bis 15 kg	über 15 bis 20 kg						
1	2	3	4	5	6	7	8						
		F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR
bis 500	bis 926	0,40	0,13	0,90	0,29	1,70	0,56	3,00	0,98	4,80	1,57	6,60	2,16
über 500 bis 1 000	über 926 bis 1 852	0,50	0,16	1,20	0,39	2,10	0,69	3,80	1,24	6,10	1,99	8,50	2,78
über 1 000 bis 2 000	über 1 852 bis 3 704	0,60	0,20	1,40	0,46	2,50	0,82	4,50	1,47	7,30	2,38	10,10	3,30
über 2 000 bis 3 000	über 3 704 bis 5 556	0,60	0,20	1,60	0,52	2,90	0,95	5,10	1,67	8,30	2,71	11,50	3,76
über 3 000 bis 4 000	über 5 556 bis 7 408	0,70	0,23	1,80	0,59	3,20	1,05	5,60	1,83	9,10	2,97	12,60	4,12
über 4 000 bis 5 000	über 7 408 bis 9 260	0,80	0,26	1,90	0,62	3,40	1,11	6,00	1,96	9,80	3,20	13,50	4,41
über 5 000 bis 6 000	über 9 260 bis 11 112	0,80	0,26	2,00	0,65	3,60	1,18	6,40	2,09	10,40	3,40	14,30	4,67
über 6 000 bis 7 000	über 11 112 bis 12 964	0,80	0,26	2,10	0,69	3,80	1,24	6,70	2,19	10,90	3,56	15,00	4,90
über 7 000 bis 8 000	über 12 964 bis 14 816	0,90	0,29	2,20	0,72	3,90	1,27	7,00	2,29	11,30	3,69	15,70	5,13
über 8 000 für jede weiteren 1 000	über 14 816 für jede weiteren 1 852	0,00	0,00	0,10	0,03	0,10	0,03	0,30	0,10	0,40	0,13	0,50	0,16

3. Le cas échéant, les échelons de distance servant à déterminer le montant de la quote-part maritime à appliquer entre deux pays sont calculés sur la base d'une distance moyenne pondérée, déterminée en fonction du tonnage des dépêches transportées entre les ports respectifs des deux pays.

4. Le transport maritime entre deux ports d'un même pays ne peut donner lieu à perception de la quote-part prévue au paragraphe 2 lorsque l'Administration de ce pays reçoit déjà, pour les mêmes colis, la rémunération afférente au transport territorial.

5. S'agissant de colis-avion, la quote-part maritime des Administrations ou services intermédiaires n'est applicable que dans le cas où le colis emprunte un transport maritime intermédiaire; tout service maritime assuré par le pays d'origine ou de destination est considéré à cet effet comme service intermédiaire.

3. Gegebenenfalls werden die Entfernungsstufen, die zur Ermittlung des zwischen zwei Ländern anzuwendenden Seevergütungsanteils dienen, auf der Grundlage einer mittleren gewogenen Beförderungsstrecke berechnet; diese wird in Abhängigkeit vom Tonnengewicht der Paketkartenschlüsse ermittelt, die zwischen den in Betracht kommenden Häfen der beiden Länder befördert werden.

4. Für die Seebeförderung zwischen zwei Häfen desselben Landes darf der Vergütungsanteil nach § 2 nicht erhoben werden, wenn die Verwaltung dieses Landes für dieselben Pakete bereits die Vergütung für die Landbeförderung erhält.

5. Bei einem Luftpostpaket kommt der Seevergütungsanteil für die Zwischenverwaltungen oder die vermittelnden Dienste nur dann in Betracht, wenn das Paket in deren Bereichen tatsächlich auf dem Seeweg befördert worden ist; dabei ist jede Seebeförderung, die das Einlieferungs- oder Bestimmungsland ausführt, als vermittelnder Dienst anzusehen.

Article 49**Réduction ou majoration de la quote-part maritime**

1. Les Administrations ont la faculté de majorer de 50 pour cent au maximum la quote-part maritime fixée à l'article 48, paragraphe 2. Par contre, elles peuvent la réduire à leur gré.

2. Cette faculté est subordonnée aux conditions fixées à l'article 46, paragraphe 4.

3. En cas de majoration, celle-ci doit aussi s'appliquer aux colis originaires du pays dont dépendent les services qui effectuent le transport maritime; toutefois, cette obligation ne s'applique ni aux relations entre un pays et les territoires dont il assure les relations internationales ni aux relations entre ces territoires.

Article 50**Application de nouvelles quotes-parts à la suite de modifications imprévisibles d'acheminement**

Lorsque, pour des raisons de force majeure ou à cause d'un autre événement imprévisible, une Administration est contrainte d'utiliser, pour le transport de ses propres colis, une nouvelle voie d'acheminement qui occasionne des frais supplémentaires de transport territorial ou maritime, elle est tenue d'en informer immédiatement, par la voie télégraphique, toutes les Administrations dont les dépêches de colis ou les colis à découvert sont acheminés en transit par son pays. A partir du cinquième jour suivant le jour de l'expédition de cette information, l'Administration intermédiaire est autorisée à mettre en compte à l'Administration d'origine les quotes-parts territoriales et maritimes qui correspondent au nouveau parcours.

Article 51**Taux de base et calcul des frais de transport aérien**

1. Le taux de base à appliquer au règlement des comptes entre Administrations au titre des transports aériens est fixé à 1,74 millièmes de franc (0,568 millièmes de DTS), au maximum, par kilogramme de poids brut et par kilomètre; ce taux est appliqué proportionnellement aux fractions de kilogramme.

2. Les frais de transport aérien relatifs aux dépêches de colis-avion sont calculés d'après le taux de base effectif visé au paragraphe 1 et les distances kilométriques mentionnées dans la «Liste des distances aéropostales» prévue à l'article 227, paragraphe 1, lettre b), du Règlement d'exécution de la Convention, d'une part, et, d'autre part, d'après le poids brut des dépêches.

3. Les frais dus à l'Administration intermédiaire au titre du transport aérien des colis-avion à découvert sont fixés en principe comme il est indiqué au paragraphe 1, mais par demi-kilogramme pour chaque pays de destination. Toutefois, lorsque le territoire du pays de destination de ces colis est desservi par une ou plusieurs lignes comportant plusieurs escales sur ce territoire, les frais de transport sont calculés sur la base d'un taux moyen pondéré, déterminé en fonction du poids des colis débarqués à chaque escale. Les frais à payer sont calculés colis par colis, le poids de chacun étant arrondi au demi-kilogramme immédiatement supérieur.

4. Chaque Administration de destination qui assure le transport aérien des colis-avion à l'intérieur de son pays a droit au remboursement des frais correspondant à ce transport. Ces frais doivent être uniformes pour toutes les dépêches provenant de l'étranger, que les colis-avion soient réacheminés ou non par voie aérienne.

5. Les frais visés au paragraphe 4 sont fixés sous forme d'un prix unitaire, calculé, pour tous les colis-avion à destination du

Artikel 49**Ermäßigung oder Erhöhung des Seevergütungsanteils**

1. Die Verwaltungen können den Seevergütungsanteil nach Artikel 48 § 2 um höchstens 50 v. H. erhöhen, ihn dagegen nach eigenem Ermessen ermäßigen.

2. Diese Befugnis unterliegt den in Artikel 46 § 4 festgesetzten Bedingungen.

3. Jede Erhöhung muß auch für die Pakete gelten, die in dem Land eingeliefert worden sind, das die Seebeförderung ausführt; diese Verpflichtung erstreckt sich jedoch weder auf den Verkehr zwischen einem Land und den Gebieten, deren internationale Beziehungen es wahrnimmt, noch auf den Verkehr zwischen diesen Gebieten.

Artikel 50**Anwendung neuer Vergütungsanteile nach unvorhersehbaren Änderungen in der Leitung**

Ist eine Verwaltung aus Gründen höherer Gewalt oder wegen eines anderen unvorhersehbaren Ereignisses gezwungen, für die Beförderung ihrer eigenen Pakete einen neuen Leitweg zu benutzen, der zusätzliche Land- oder Seebeförderungskosten verursacht, so ist sie verpflichtet, davon alle Verwaltungen, deren Paketkartenschlüsse oder Pakete des offenen Durchgangs sie im Durchgang durch ihr Land befördert, unverzüglich telegrafisch zu unterrichten. Vom fünften Tag nach Absendung dieser Mitteilung an darf die Zwischenverwaltung der Einlieferungsverwaltung die der neuen Beförderungsstrecke entsprechenden Land- und Seevergütungsanteile in Rechnung stellen.

Artikel 51**Grundvergütungssatz und Berechnung der Luftbeförderungskosten**

1. Der für die Abrechnung zwischen den Verwaltungen anzuwendende Grundvergütungssatz darf für eine Luftbeförderungsleistung von 1 Kilogramm Bruttogewicht je Kilometer höchstens 1,74 Tausendstel Franken (0,568 Tausendstel SZR) betragen; dieser Vergütungssatz gilt proportional auch für Bruchteile eines Kilogramms.

2. Die Luftbeförderungskosten für Luftpostpaketkartenschlüsse werden einerseits nach dem gemäß § 1 festgelegten Grundvergütungssatz und nach den in der „Liste der distanzen aéropostales“ gemäß Artikel 227 § 1 Buchstabe b der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag aufgeführten Entfernungen in Kilometern und andererseits nach dem Bruttogewicht der Kartenschlüsse berechnet.

3. Die der Zwischenverwaltung für die Luftbeförderung der Luftpostpakete des offenen Durchgangs zustehenden Kosten werden grundsätzlich wie in § 1 angegeben festgesetzt, jedoch nach halbem Kilogramm für jedes Bestimmungsland. Wenn jedoch im Gebiet des Bestimmungslandes dieser Pakete eine oder mehrere Luftverkehrslinien mehrere Flughäfen dieses Gebiets anfliegen, werden die Beförderungskosten auf der Grundlage eines mittleren gewogenen Kostensatzes berechnet, der nach dem Gewicht der in jedem Flughafen ausgeladenen Pakete ermittelt wird. Die zu zahlenden Kosten werden für jedes Paket einzeln berechnet, wobei das Gewicht jeweils auf das nächsthöhere halbe Kilogramm aufgerundet wird.

4. Jede Bestimmungsverwaltung, die Luftpostpakete im Innern ihres Landes mit Luftpost befördert, hat Anspruch auf Erstattung der entsprechenden Beförderungskosten. Diese Kosten müssen für alle Kartenschlüsse aus dem Ausland einheitlich sein, gleichgültig, ob die Luftpostpakete auf dem Luftweg weitergeleitet werden oder nicht.

5. Die in § 4 erwähnten Kosten werden nach einem einheitlichen Kostensatz festgesetzt, der für alle Luftpostpakete nach

pays, sur la base du taux effectivement payé pour le transport aérien des colis-avion dans le pays de destination sans pouvoir dépasser le taux maximal prévu au paragraphe 1 et d'après la distance moyenne pondérée des parcours effectués par les colis-avion du service international sur le réseau aérien intérieur. La distance moyenne pondérée est déterminée en fonction du poids brut de toutes les dépêches de colis-avion arrivant au pays de destination, y compris les colis-avion qui ne sont pas réacheminés par voie aérienne à l'intérieur de ce pays.

6. Le droit au remboursement des frais visés au paragraphe 4 est subordonné aux conditions fixées à l'article 46, paragraphe 4.

7. Le transbordement en cours de route, dans un même aéroport, des colis-avion qui empruntent successivement plusieurs services aériens distincts se fait sans rémunération.

8. Aucune quote-part territoriale de transit n'est due pour:

- a) le transbordement des dépêches-avion entre deux aéroports desservant une même ville;
- b) le transport de ces dépêches entre un aéroport desservant une ville et un entrepôt situé dans cette même ville et le retour de ces mêmes dépêches en vue de leur réacheminement.

Article 52

Frais de transport aérien des colis-avion perdus ou détruits

En cas de perte ou de destruction des colis-avion par suite d'un accident survenu à l'aéronef ou de toute autre cause engageant la responsabilité de l'entreprise de transport aérien, l'Administration d'origine est exonérée de tout paiement, pour quelque partie que ce soit du trajet de la ligne empruntée, au titre du transport aérien des colis-avion perdus ou détruits.

Chapitre II

Attribution des quotes-parts

Article 53

Principe général

1. L'attribution des quotes-parts aux Administrations intéressées est effectuée, en principe, par colis.

2. Toutefois, dans le cas de transmission par dépêches directes, l'Administration d'origine peut s'entendre avec l'Administration de destination en vue de l'attribution des quotes-parts globalement par coupure de poids.

3. Toujours dans le cas de transmission par dépêches directes, l'Administration d'origine peut convenir avec l'Administration de destination et, éventuellement, avec les Administrations intermédiaires de les créditer de sommes calculées par colis ou par kilogramme de poids brut des dépêches sur la base des quotes-parts territoriales et maritimes.

Article 54

Colis de service. Colis de prisonniers de guerre et d'internés civils

Les colis de service et les colis de prisonniers de guerre et d'internés civils ne donnent lieu à l'attribution d'aucune quote-part, exception faite des frais de transport aérien applicables aux colis-avion.

dem betreffenden Land auf der Grundlage des für die Luftbeförderung der Luftpostpakete innerhalb des Bestimmungslandes tatsächlich gezahlten Satzes, der den in § 1 vorgesehenen Höchstsatz nicht überschreiten darf, und nach der gewogenen Durchschnittslänge der Strecken berechnet wird, auf denen die Luftpostpakete des Auslandsdienstes auf dem inneren Luftpostnetz befördert werden. Die gewogene Durchschnittslänge wird nach dem Bruttogewicht aller im Bestimmungsland eingehenden Luftpostpaketkartenschlüsse ermittelt, einschließlich der Luftpostpakete, die innerhalb des Bestimmungslandes nicht auf dem Luftweg weitergeleitet werden.

6. Der Anspruch auf Erstattung der in § 4 aufgeführten Kosten unterliegt den in Artikel 46 § 4 festgesetzten Bedingungen.

7. Luftpostpakete, die nacheinander von mehreren Flugdiensten befördert werden, sind unterwegs auf ein und demselben Flughafen ohne Anrechnung einer Vergütung umzuladen.

8. Es wird kein Durchgangsvergütungsanteil erhoben für:

- a) den Umschlag von Luftpostkartenschlüssen zwischen zwei Flughäfen derselben Stadt;
- b) die Beförderung dieser Kartenschlüsse von einem Flughafen einer Stadt zu einer in dieser Stadt gelegenen Umschlagstelle und zurück zur Weiterleitung.

Artikel 52

Luftbeförderungskosten für in Verlust geratene oder vernichtete Luftpostpakete

Bei Verlust oder Vernichtung von Luftpostpaketen infolge eines Unfalls des Luftfahrzeugs oder jeder anderen Ursache, die die Haftung des Luftfahrtunternehmens auslöst, ist die Einlieferungsverwaltung hinsichtlich der Luftbeförderung der in Verlust geratenen oder vernichteten Luftpostpakete für jeden Teil der benutzten Luftverkehrslinie von jeder Zahlung befreit.

Kapitel II

Zuteilung der Vergütungsanteile

Artikel 53

Allgemeiner Grundsatz

1. Die Vergütungsanteile werden den betreffenden Verwaltungen grundsätzlich je Paket zugeteilt.

2. Bei Übersendung unmittelbarer Kartenschlüsse kann die Einlieferungsverwaltung jedoch mit der Bestimmungsverwaltung vereinbaren, die Vergütungsanteile summarisch nach Gewichtsstufen zuzuteilen.

3. Bei Übersendung unmittelbarer Kartenschlüsse kann die Einlieferungsverwaltung mit der Bestimmungsverwaltung und gegebenenfalls mit den Zwischenverwaltungen auch vereinbaren, daß ihnen Beträge gutgeschrieben werden, die auf der Grundlage der Land- und Seevergütungsanteile je Paket oder je Kilogramm Bruttogewicht der Kartenschlüsse berechnet sind.

Artikel 54

Postdienstpakete; Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete

Für Postdienstpakete sowie für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete werden keinerlei Vergütungsanteile zugeteilt; hiervon ausgenommen sind jedoch die Luftbeförderungskosten für Luftpostpakete.

Titre V

Dispositions diverses

Article 55

Application de la Convention

La Convention est applicable, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

Article 56

Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent réunir:

- a) l'unanimité des suffrages, si elles ont pour objet soit l'addition de nouvelles dispositions, soit la modification de fond des articles du présent Arrangement, de son Protocole final et de l'article 155 de son Règlement;
- b) les deux tiers des suffrages, si elles ont pour objet la modification de fond du Règlement, à l'exception de l'article 155;
- c) la majorité des suffrages, si elles ont pour objet:
 - 1° l'interprétation des dispositions du présent Arrangement, de son Protocole final et de son Règlement, hors le cas de différend à soumettre à l'arbitrage prévu à l'article 32 de la Constitution;

2° des modifications d'ordre rédactionnel à apporter aux Actes énumérés au chiffre 1°.

Article 57

Colis à destination ou en provenance de pays ne participant pas à l'Arrangement

1. Les Administrations des pays participant au présent Arrangement, qui entretiennent un échange de colis avec les Administrations de pays non participants, admettent, sauf opposition de ces dernières, les Administrations de tous les pays participants à profiter de ces relations.

2. Pour le transit par les services terrestres, maritimes et aériens des pays participant à l'Arrangement, les colis à destination ou en provenance d'un pays non participant sont assimilés, quant au montant des quotes-parts territoriales et maritimes et des frais de transport aérien, aux colis échangés entre les pays participants. Il en est de même, en ce qui concerne la responsabilité, chaque fois qu'il est établi que le dommage est survenu dans le service d'un des pays participants et lorsque l'indemnité doit être versée dans un pays participant soit à l'expéditeur, soit, en cas d'application de l'article 39, paragraphe 8, au destinataire.

Titel V

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 55

Anwendung des Weltpostvertrags

Der Weltpostvertrag gilt in allen Fällen, die in diesem Abkommen nicht ausdrücklich geregelt sind, entsprechend.

Artikel 56

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung

1. Die den Kongressen unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer gebilligt werden, die diesem Abkommen beigetreten sind. Mindestens die Hälfte der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden, erhalten:

- a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen oder um materielle Änderungen der Artikel dieses Abkommens, seines Schlußprotokolls und des Artikels 155 seiner Vollzugsordnung handelt;
- b) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um materielle Änderungen der Vollzugsordnung mit Ausnahme des Artikels 155 handelt;
- c) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich handelt
 - 1) um die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens, seines Schlußprotokolls und seiner Vollzugsordnung, außer bei Meinungsverschiedenheiten, die vor einem Schiedsgericht nach Artikel 32 der Satzung ausgetragen sind;
 - 2) um Änderungen redaktioneller Art der unter Ziffer 1 aufgeführten Verträge.

Artikel 57

Pakete nach oder aus Ländern, die diesem Abkommen nicht beigetreten sind

1. Die Verwaltungen der diesem Abkommen beigetretenen Länder, die mit Verwaltungen nicht beigetretener Länder einen Paketaustausch unterhalten, lassen vorbehaltlich des Einspruchs der letztgenannten Verwaltungen die Verwaltungen aller dem Abkommen beigetretenen Länder diese Verbindungen benutzen.

2. Pakete nach oder aus einem dem Abkommen nicht beigetretenen Land werden beim Durchgang auf dem Land- und See- oder Luftweg durch Dienste der dem Abkommen beigetretenen Länder hinsichtlich der Höhe der Land- und Seevergütungsanteile sowie der Luftbeförderungskosten den Paketen gleichgestellt, die zwischen dem Abkommen beigetretenen Ländern ausgetauscht werden. Das gleiche gilt für die Haftung, wenn festgestellt wird, daß der Schaden innerhalb des Dienstbereichs eines der dem Abkommen beigetretenen Länder entstanden ist und der Ersatzbetrag in einem dem Abkommen beigetretenen Land entweder an den Absender oder in Anwendung des Artikels 39 § 8 an den Empfänger zu zahlen ist.

Titre VI
Dispositions finales

Article 58

Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Titel VI
Schlußbestimmungen

Artikel 58

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder dieses Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984

Protocole final de l'Arrangement concernant les colis postaux

Au moment de procéder à la signature de l'Arrangement concernant les colis postaux conclus à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article I

Quotes-parts territoriales d'arrivée exceptionnelles

Par dérogation à l'article 46, les Administrations figurant dans la liste ci-après se réservent le droit de fixer leurs quotes-parts territoriales d'arrivée à un niveau supérieur à celui de leurs quotes-parts territoriales de départ:

Albanie	Mauritanie
Algérie	Mexique
Argentine	Népal
Bahamas	Niger
Bahrain	Oman
Bangladesh	Pakistan
Barbade	Papouasie - Nouvelle-Guinée
Bénin	Pologne (Rép. pop.)
Biélorussie	Qatar
Botswana	Rép. dém. allemande
Bulgarie (Rép. pop.)	Rép. pop. dém. de Corée
Centrafrique	Salomon (îles)
Chine (Rép. pop.)	Sénégal
Chypre	Singapour
Comores	Soudan
Congo (Rép. pop.)	Sri Lanka
Cuba	Swaziland
Egypte	Syrienne (Rép. arabe)
Emirats arabes unis	Tchad
Ethiopie	Tchécoslovaquie
Ghana	Thaïlande
Grèce	Togo
Haïti	Trinité-et-Tobago
Haute-Volta	Turquie
Indonésie	Ukraine
Iraq	Union des républiques socialistes soviétiques
Israël	Vanuatu
Jordanie	Vénézuéla
Kuwait	Viet Nam
Lesotho	Yémen (Rép. arabe)
Liban	Yémen (Rép. dém. pop.)
Madagascar	Zambie
Malaisie	Zimbabwe
Malawi	
Mali	

Article II

Quotes-parts territoriales de transit exceptionnelles

A titre provisoire, les Administrations figurant au tableau ci-après sont autorisées à percevoir les quotes-parts territoriales de transit exceptionnelles indiquées dans ce tableau et qui s'ajoutent aux quotes-parts de transit visées à l'article 47, paragraphe 1:

Schlußprotokoll zum Postpaketabkommen

Im Augenblick der Unterzeichnung des am heutigen Tag abgeschlossenen Postpaketabkommens haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

Artikel I

Außergewöhnliche Endvergütungsanteile

Abweichend von Artikel 46 behalten die in der folgenden Übersicht aufgeführten Verwaltungen sich das Recht vor, Endvergütungsanteile festzulegen, die höher sind als ihre Anfangsvergütungsanteile:

Albanien	Mauretanien
Algerien	Mexiko
Argentinien	Nepal
Bahamas	Niger
Bahrain	Oman
Bangladesch	Pakistan
Barbados	Papua-Neuguinea
Benin	Polen (Volksrepublik)
Weißrußland	Katar
Botsuana	Deutsche Demokratische Republik
Bulgarien (Volksrepublik)	Demokratische Volksrepublik Korea
Zentralafrikanische Republik	Salomonen
China (Volksrepublik)	Senegal
Zypern	Singapur
Komoren	Sudan
Kongo (Volksrepublik)	Sri Lanka
Kuba	Swasiland
Ägypten	Syrien (Arabische Republik)
Vereinigte Arabische Emirate	Tschad
Äthiopien	Tschechoslowakei
Ghana	Thailand
Griechenland	Togo
Haiti	Trinidad und Tobago
Burkina Faso	Türkei
Indonesien	Ukraine
Irak	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Israel	Vanuatu
Jordanien	Venezuela
Kuwait	Vietnam
Lesotho	Jemen (Arabische Republik)
Libanon	Jemen (Demokratische Volksrepublik)
Madagaskar	Sambia
Malaysia	Simbabwe
Malawi	
Mali	

Artikel II

Außergewöhnliche Durchgangsvergütungsanteile

Die in der folgenden Übersicht aufgeführten Verwaltungen sind berechtigt, vorläufig die in dieser Übersicht angegebenen außergewöhnlichen Durchgangsvergütungsanteile zu erheben, die den Durchgangsvergütungsanteilen nach Artikel 47 § 1 zugeschlagen werden:

No d'ordre	Administrations autorisées	Montant de la quote-part territoriale de transit exceptionnelle pour les colis des coupures de poids ci-après:											
		jusqu'à 1 kg		au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg		au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg		au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg		au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg		au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg	
1	2	3		4		5		6		7		8	
		fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS
1	Afghanistan	2,10	0,69	2,80	0,91	3,50	1,14	4,20	1,37	6,00	1,96	8,00	2,61
2	Amérique (Etats-Unis)	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27
3	Argentine ¹⁾	2,00	0,65	4,00	1,31	5,00	1,63	8,00	2,61	12,00	3,92	15,00	4,90
4	Australie ¹⁾	0,90	0,29	1,20	0,39	1,60	0,52	2,40	0,78	3,30	1,08	4,20	1,37
5	Bahamas	2,00	0,65	2,25	0,74	2,50	0,82	3,00	0,98				
6	Bahrein	2,55	0,83	2,70	0,88	3,00	0,98	4,00	1,31				
7	Bangladesh	3,00	0,98	4,00	1,31	4,50	1,47	5,00	1,63				
8	Barbade ¹⁾	2,50	0,82	2,75	0,90	2,70	0,88	2,40	0,78				
9	Belgique	0,50	0,16	1,00	0,33	1,50	0,49	2,50	0,82	3,50	1,14	4,50	1,47
10	Belize	9,20	3,01	1,00	3,59	11,85	3,87	15,15	4,95	18,80	6,14	21,80	7,12
11	Bénin	0,60	0,20	1,00	0,33	1,50	0,49	3,00	0,98	4,50	1,47	6,00	1,96
12	Birmanie	0,70	0,23	0,60	0,20	0,60	0,20	0,90	0,29				
13	Bolivie	1,00	0,33	1,20	0,39	1,40	0,46	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31
14	Botswana ¹⁾	4,00	1,31	5,00	1,63	6,00	1,96	7,50	2,45	9,00	2,94	10,00	3,27
15	Brésil	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27	20,00	6,53	24,00	7,84
16	Bulgarie (Rép. pop.)	1,00	0,33	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
17	Centrafrique	0,60	0,20	1,50	0,49	2,00	0,65	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
18	Chili ²⁾	4,00	1,31	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	12,00	3,92	16,00	5,23
19	Chine (Rép. pop.)	4,00	1,31	7,20	2,35	9,20	3,01	10,50	3,43	12,00	3,92	15,00	4,90
20	Chypre	4,00	1,31	5,00	1,63	6,50	2,12	7,50	2,45	10,00	3,27	13,00	4,25
21	Congo (Rép. pop.)	2,50	0,82	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	10,00	3,27	12,00	3,92
22	Côte d'Ivoire (Rép.)	0,60	0,20	1,00	0,33	1,50	0,49	3,00	0,98	5,00	1,63	7,00	2,29
23	Dominique	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51
24	Egypte	0,50	0,16	0,50	0,16	0,50	0,16	1,00	0,33	1,00	0,33	1,00	0,33
25	El Salvador	2,00	0,65	2,00	0,65	2,00	0,65	2,00	0,65	2,00	0,65	2,00	0,65
26	Emirats arabes unis	3,40	1,11	3,80	1,24	4,00	1,31	3,40	1,11	2,20	0,72	2,00	0,65
27	Equateur	3,00	0,98	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27
28	France	1,00	0,33	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
29	Gambie	1,70	0,56	1,80	0,59	1,75	0,57	1,60	0,52				
30	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et Territoires d'outre-mer dépendant dudit Royaume ¹⁾	13,50	4,41	16,00	5,23	17,00	5,55	21,50	7,02	26,50	8,66	30,50	9,96
31	Grenade ¹⁾	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51
32	Guyane ¹⁾	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	1,40	0,46				
33	Inde	2,70	0,88	2,70	0,88	2,70	0,88	3,60	1,18	3,60	1,18	3,60	1,18
34	Iran	1,00	0,33	1,20	0,39	1,40	0,46	1,60	0,52	2,00	0,65	2,60	0,85
35	Iraq	1,00	0,33	1,20	0,39	1,50	0,49	2,00	0,65	4,00	1,31	5,00	1,63
36	Jamaïque	2,00	0,65	2,50	0,82	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
37	Kenya ¹⁾	3,00	0,98	3,50	1,14	4,00	1,31	5,00	1,63				
38	Madagascar	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27
39	Malaisie	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	2,00	0,65				
40	Malawi ¹⁾	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	1,40	0,46				
41	Malte ¹⁾	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	1,40	0,46				
42	Maurice	1,70	0,56	1,80	0,59	1,75	0,57	1,60	0,52				
43	Népal	2,00	0,65	2,50	0,82	3,00	0,98	3,50	1,14	4,50	1,47	5,50	1,80
44	Nigéria	3,00	0,98	3,50	1,14	4,00	1,31	5,00	1,63				
45	Oman	3,50	1,14	3,70	1,21	4,00	1,31	4,50	1,47				
46	Ouganda ¹⁾	3,00	0,98	3,50	1,14	4,00	1,31	5,00	1,63				
47	Pakistan	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	5,00	1,63				
48	Panama (Rép.)	1,00	0,33	1,50	0,49	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	5,00	1,63
49	Papouasie — Nouvelle-Guinée ¹⁾	0,45	0,15	0,75	0,25	0,95	0,31	1,65	0,54	2,00	0,65	2,40	0,78
50	Pérou	1,00	0,33	1,20	0,39	1,40	0,46	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31
51	Qatar	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	1,40	0,46				
52	Rép. pop. dém. de Corée	3,00	0,98	4,00	1,31	5,00	1,63	5,50	1,80	6,00	1,96	6,50	2,12
53	Roumanie	1,00	0,33	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
54	Sainte-Lucie	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51
55	Saint-Vincent-et-Grenadines	9,20	3,01	11,00	3,59	11,85	3,87	15,15	4,95	18,80	6,14	21,80	7,12
56	Salomon (îles)	9,20	3,01	11,00	3,59	11,85	3,87	15,15	4,95	18,80	6,14	21,80	7,12
57	Seychelles ¹⁾	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51
58	Sierra Leone	1,40	0,46	2,00	0,65	2,50	0,82	2,80	0,91				
59	Singapour	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	2,00	0,65				
60	Soudan	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27				
61	Sri Lanka	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27	12,00	3,92
62	Syrienne (Rép. arabe)	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	5,00	1,63	6,00	1,96	7,00	2,29
63	Tanzanie (Rép. unie) ¹⁾	3,00	0,98	3,50	1,14	4,00	1,31	5,00	1,63				
64	Thaïlande	3,50	1,14	4,00	1,31	5,50	1,80	6,50	2,12	8,00	2,61	10,50	3,43
65	Trinité-et-Tobago	2,00	0,65	2,50	0,82	3,00	0,98	4,00	1,31				
66	Turquie	5,00	1,63	5,00	1,63	5,00	1,63	5,00	1,63	5,00	1,63	5,00	1,63
67	Tuvalu	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51

No d'ordre	Administrations autorisées	Montant de la quote-part territoriale de transit exceptionnelle pour les colis des coupures de poids ci-après:											
		jusqu'à 1 kg		au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg		au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg		au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg		au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg		au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg	
1	2	3		4		5		6		7		8	
		fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS	fr	DTS
68	Union des républiques socialistes soviétiques												
	Via la partie européenne de l'URSS	1,80	0,59	4,30	1,40	7,80	2,55	13,80	4,51	22,60 ²⁾	7,38	31,00 ²⁾	10,13
	Via la partie asiatique de l'URSS	5,10	1,67	12,20	3,99	22,40	7,32	39,50	12,90	65,10 ²⁾	21,27	89,30 ²⁾	29,17
	Via les parties européenne et asiatique de l'URSS	6,60	2,16	15,50	5,06	28,60	9,34	50,60	16,53	83,40 ²⁾	27,25	114,20 ²⁾	37,31
69	Vénézuéla	1,50	0,49	3,00	0,98	4,50	1,47	6,50	2,12	9,00	2,94	12,00	3,92
70	Yémen (Rép. dém. pop.)	4,00	1,31	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	12,00	3,92	16,00	5,23
71	Yougoslavie	0,90	0,29	1,20	0,39	2,00	0,65	2,20	0,72	3,60	1,18	3,10	1,03
72	Zaire	0,80	0,26	1,80	0,59	3,00	0,98	6,00	1,96	10,00	3,27	12,00	3,92
73	Zambie	4,20	1,37	5,60	1,83	8,40	2,74	11,20	3,66				

Observations:

¹⁾ Les montants qui figurent dans le tableau sont à considérer comme des maximums.

²⁾ Seulement pour les colis transportés par le chemin de fer transandin.

³⁾ Pour les objets entiers seulement.

Lfd. Nr.	Berechtigte Verwaltung	Höhe des außergewöhnlichen Durchgangsvergütungsanteils für Pakete der folgenden Gewichtsstufen:											
		bis 1 kg		über 1 bis 3 kg		über 3 bis 5 kg		über 5 bis 10 kg		über 10 bis 15 kg		über 15 bis 20 kg	
1	2	3		4		5		6		7		8	
		F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR
1	Afghanistan	2,10	0,69	2,80	0,91	3,50	1,14	4,20	1,37	6,00	1,96	8,00	2,61
2	Amerika (Vereinigte Staaten)	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27
3	Argentinien ¹⁾	2,00	0,65	4,00	1,31	5,00	1,63	8,00	2,61	12,00	3,92	15,00	4,90
4	Australien ¹⁾	0,90	0,29	1,20	0,39	1,60	0,52	2,40	0,78	3,30	1,08	4,20	1,37
5	Bahamas	2,00	0,65	2,25	0,74	2,50	0,82	3,00	0,98				
6	Bahrain	2,55	0,83	2,70	0,88	3,00	0,98	4,00	1,31				
7	Bangladesch	3,00	0,98	4,00	1,31	4,50	1,47	5,00	1,63				
8	Barbados ¹⁾	2,50	0,82	2,75	0,90	2,70	0,88	2,40	0,78				
9	Belgien	0,50	0,16	1,00	0,33	1,50	0,49	2,50	0,82	3,50	1,14	4,50	1,47
10	Belize	9,20	3,01	1,00	3,59	11,85	3,87	15,15	4,95	18,80	6,14	21,80	7,12
11	Benin	0,60	0,20	1,00	0,33	1,50	0,49	3,00	0,98	4,50	1,47	6,00	1,96
12	Birma	0,70	0,23	0,60	0,20	0,60	0,20	0,90	0,29				
13	Bolivien	1,00	0,33	1,20	0,39	1,40	0,46	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31
14	Botsuana ¹⁾	4,00	1,31	5,00	1,63	6,00	1,96	7,50	2,45	9,00	2,94	10,00	3,27
15	Brasilien	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27	20,00	6,53	24,00	7,84
16	Bulgarien (Volksrepublik)	1,00	0,33	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
17	Zentralafrikanische Republik	0,60	0,20	1,50	0,49	2,00	0,65	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
18	Chile ²⁾	4,00	1,31	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	12,00	3,92	16,00	5,23
19	China (Volksrepublik)	4,00	1,31	7,20	2,35	9,20	3,01	10,50	3,43	12,00	3,92	15,00	4,90
20	Zypern	4,00	1,31	5,00	1,63	6,50	2,12	7,50	2,45	10,00	3,27	13,00	4,25
21	Kongo (Volksrepublik)	2,50	0,82	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	10,00	3,27	12,00	3,92
22	Elfenbeinküste (Republik)	0,60	0,20	1,00	0,33	1,50	0,49	3,00	0,98	5,00	1,63	7,00	2,29
23	Dominica	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51
24	Ägypten	0,50	0,16	0,50	0,16	0,50	0,16	1,00	0,33	1,00	0,33	1,00	0,33
25	El Salvador	2,00	0,65	2,00	0,65	2,00	0,65	2,00	0,65	2,00	0,65	2,00	0,65
26	Vereinigte Arabische Emirate	3,40	1,11	3,80	1,24	4,00	1,31	3,40	1,11	2,20	0,72	2,00	0,65
27	Ecuador	3,00	0,98	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27
28	Frankreich	1,00	0,33	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
29	Gambia	1,70	0,56	1,80	0,59	1,75	0,57	1,60	0,52				
30	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland und vom Vereinigten Königreich abhängige Überseegebiete ¹⁾	13,50	4,41	16,00	5,23	17,00	5,55	21,50	7,02	26,50	8,66	30,50	9,96
31	Grenada ¹⁾	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51
32	Guyana ¹⁾	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	1,40	0,46				
33	Indien	2,70	0,88	2,70	0,88	2,70	0,88	3,60	1,18	3,60	1,18	3,60	1,18

Lfd. Nr.	Berechtigte Verwaltung	Höhe des außergewöhnlichen Durchgangsvergütungsanteils für Pakete der folgenden Gewichtsstufen											
		bis 1 kg	über 1 bis 3 kg	über 3 bis 5 kg	über 5 bis 10 kg	über 10 bis 15 kg	über 15 bis 20 kg						
1	2	3		4		5		6		7		8	
		F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR	F	SZR
34	Iran	1,00	0,33	1,20	0,39	1,40	0,46	1,60	0,52	2,00	0,65	2,60	0,85
35	Irak	1,00	0,33	1,20	0,39	1,50	0,49	2,00	0,65	4,00	1,31	5,00	1,63
36	Jamaika	2,00	0,65	2,50	0,82	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
37	Kenia ¹⁾	3,00	0,98	3,50	1,14	4,00	1,31	5,00	1,63				
38	Madagaskar	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27
39	Malaysia	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	2,00	0,65				
40	Malawi ¹⁾	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	1,40	0,46				
41	Malta ¹⁾	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	1,40	0,46				
42	Mauritius	1,70	0,56	1,80	0,59	1,75	0,57	1,60	0,52				
43	Nepal	2,00	0,65	2,50	0,82	3,00	0,98	3,50	1,14	4,50	1,47	5,50	1,80
44	Nigeria	3,00	0,98	3,50	1,14	4,00	1,31	5,00	1,63				
45	Oman	3,50	1,14	3,70	1,21	4,00	1,31	4,50	1,47				
46	Uganda ¹⁾	3,00	0,98	3,50	1,14	4,00	1,31	5,00	1,63				
47	Pakistan	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	5,00	1,63				
48	Panama (Republik)	1,00	0,33	1,50	0,49	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	5,00	1,63
49	Papua-Neuguinea ¹⁾	0,45	0,15	0,75	0,25	0,95	0,31	1,65	0,54	2,00	0,65	2,40	0,78
50	Peru	1,00	0,33	1,20	0,39	1,40	0,46	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31
51	Katar	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	1,40	0,46				
52	Demokratische Volksrepublik Korea	3,00	0,98	4,00	1,31	5,00	1,63	5,50	1,80	6,00	1,96	6,50	2,12
53	Rumänien	1,00	0,33	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61
54	St. Lucia	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51
55	St. Vincent und die Grenadinen	9,20	3,01	11,00	3,59	11,85	3,87	15,15	4,95	18,80	6,14	21,80	7,12
56	Salomonen	9,20	3,01	11,00	3,59	11,85	3,87	15,15	4,95	18,80	6,14	21,80	7,12
57	Seschellen ¹⁾	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51
58	Sierra Leone	1,40	0,46	2,00	0,65	2,50	0,82	2,80	0,91				
59	Singapur	1,00	0,33	1,10	0,36	1,20	0,39	2,00	0,65				
60	Sudan	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27				
61	Sri Lanka	3,00	0,98	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	10,00	3,27	12,00	3,92
62	Syrien (Arabische Republik)	2,00	0,65	3,00	0,98	4,00	1,31	5,00	1,63	6,00	1,96	7,00	2,29
63	Tansania Vereinigte Republik ¹⁾	3,00	0,98	3,50	1,14	4,00	1,31	5,00	1,63				
64	Thailand	3,50	1,14	4,00	1,31	5,50	1,80	6,50	2,12	8,00	2,61	10,50	3,43
65	Trinidad und Tobago	2,00	0,65	2,50	0,82	3,00	0,98	4,00	1,31				
66	Türkei	5,00	1,63	5,00	1,63	5,00	1,63	5,00	1,63	5,00	1,63	5,00	1,63
67	Tuvalu	5,50	1,80	6,00	1,96	6,35	2,07	7,85	2,56	11,45	3,74	13,80	4,51
68	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken												
	Über den europäischen Teil der UdSSR	1,80	0,59	4,30	1,40	7,80	2,55	13,80	4,51	22,60 ²⁾	7,38	31,00 ²⁾	10,13
	Über den asiatischen Teil der UdSSR	5,10	1,67	12,20	3,99	22,40	7,32	39,50	12,90	65,10 ²⁾	21,27	89,30 ²⁾	29,17
	Über den europäischen und asiatischen Teil der UdSSR	6,60	2,16	15,50	5,06	28,60	9,34	50,60	16,53	83,40 ²⁾	27,25	114,20 ²⁾	37,31
69	Venezuela	1,50	0,49	3,00	0,98	4,50	1,47	6,50	2,12	9,00	2,94	12,00	3,92
70	Jemen (Demokratische Volksrepublik)	4,00	1,31	4,00	1,31	6,00	1,96	8,00	2,61	12,00	3,92	16,00	5,23
71	Jugoslawien	0,90	0,29	1,20	0,39	2,00	0,65	2,20	0,72	3,60	1,18	3,10	1,03
72	Zaire	0,80	0,26	1,80	0,59	3,00	0,98	6,00	1,96	10,00	3,27	12,00	3,92
73	Sambia	4,20	1,37	5,60	1,83	8,40	2,74	11,20	3,66				

Bemerkungen:

¹⁾ Die in der Übersicht aufgeführten Beträge sind als Höchstbeträge anzusehen.²⁾ Nur für Pakete, die mit der Transandenbahn befördert werden.³⁾ Nur für vollständige Sendungen.

Article III**Distance moyenne pondérée
de transport des colis en transit**

L'article 47, paragraphe 2, dernière phrase, ne s'applique aux pays suivants qu'à leur demande: Biélorussie, Bulgarie (Rép. pop.), Cuba, Mongolie (Rép. pop.), Pologne (Rép. pop.), Roumanie, Tchécoslovaquie, Ukraine et Union des républiques socialistes soviétiques.

Article IV**Quotes-parts maritimes**

L'Allemagne, Rép. fed. d', l'Amérique (Etats-Unis), l'Argentine, l'Australie, les Bahamas, Bahrain, le Bangladesh, la Barbade, la Belgique, le Belize, le Canada, le Chili, Chypre, les Comores, le Congo (Rép. pop.), Djibouti, la Dominique, les Emirats arabes unis, l'Espagne, la Finlande, la France, le Gabon, la Gambie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, les Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, la Grèce, Grenade, la Guyane, l'Inde, l'Italie, la Jamaïque, le Japon, le Kenya, la Malaisie, Madagascar, Malte, Maurice, le Nigéria, la Norvège, Oman, l'Ouganda, le Pakistan, la Papouasie - Nouvelle-Guinée, les Pays-Bas, Qatar, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Salomon (îles), les Seychelles, la Sierra Leone, Singapour, la Suède, la Tanzanie (Rép. unie), la Thaïlande, la Trinité-et-Tobago, Tuvalu, Vanuatu, le Yémen (Rép. dém. pop.) et la Zambie sont autorisés à majorer de 50 pour cent au maximum les quotes-parts maritimes prévues aux articles 48 et 49.

Article V**Etablissement des quotes-parts moyennes**

Par dérogation à l'article 53, paragraphe 3, de l'Arrangement et à l'article 149, paragraphe 2, du Règlement, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à établir des quotes-parts territoriales et maritimes moyennes par kilogramme en se fondant sur la répartition en poids des colis reçus de toutes les Administrations.

Article VI**Quotes-parts supplémentaires**

1. Tout colis acheminé par voie de surface ou par voie aérienne à destination de la Corse, des Départements français d'outre-mer, des Territoires français d'outre-mer et de la Collectivité de Mayotte est assujéti à une quote-part territoriale d'arrivée égale, au maximum, à la quote-part française correspondante. Lorsqu'un tel colis est acheminé en transit par la France continentale, il donne lieu, en outre, à la perception des quotes-parts et frais supplémentaires suivants:

a) colis «voie de surface»

- 1° la quote-part territoriale de transit française;
- 2° la quote-part maritime française correspondant à l'échelon de distance séparant la France continentale de chacun des Départements, Territoires et Collectivité en cause;

b) colis-avion

- 1° la quote-part territoriale de transit française pour les colis en transit à découvert;
- 2° les frais de transport aérien correspondant à la distance aéroportuaire séparant la France continentale de chacun des Départements, Territoires et Collectivité en cause.

Artikel III**Mittlere gewogene Entfernung
für die Paketdurchgangsbeförderung**

Artikel 47 § 2 letzter Satz gilt für die nachstehend genannten Länder nur auf deren Verlangen: Weißrußland, Bulgarien (Volksrepublik), Kuba, Mongolei (Volksrepublik), Polen (Volksrepublik), Rumänien, Tschechoslowakei, Ukraine und Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Artikel IV**Seevergütungsanteile**

Die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Australien, die Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Belgien, Belize, Kanada, Chile, Zypern, die Komoren, Kongo (Volksrepublik), Dschibuti, Dominica, die Vereinigten Arabischen Emirate, Spanien, Finnland, Frankreich, Gabun, Gambia, Großbritannien, die Überseegebiete (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland), Griechenland, Grenada, Guyana, Indien, Italien, Jamaika, Japan, Kenia, Malaysia, Madagaskar, Malta, Mauritius, Nigeria, Norwegen, Oman, Uganda, Pakistan, Papua-Neuguinea, die Niederlande, Katar, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, die Seschellen, Sierra Leone, Singapur, Schweden, Tansania (Vereinigte Republik), Thailand, Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu, die Demokratische Volksrepublik Jemen und Sambia können die Seevergütungsanteile nach den Artikeln 48 und 49 um höchstens 50% erhöhen.

Artikel V**Festsetzung von Durchschnitts-Vergütungsanteilen**

Abweichend von Artikel 53 § 3 des Abkommens und von Artikel 149 § 2 der Vollzugsordnung können die Vereinigten Staaten von Amerika durchschnittliche Land- und Seevergütungsanteile je Kilogramm auf der Grundlage der Gewichtsverteilung der von allen Verwaltungen erhaltenen Pakete festsetzen.

Artikel VI**Zusätzliche Vergütungsanteile**

1. Jedes auf dem Land- und See- oder Luftweg beförderte Paket nach Korsika, nach den Französischen Übersee-Departements, nach den Französischen Übersee-Territorien und der Gebietskörperschaft Mayotte unterliegt einem Endvergütungsanteil, der nicht höher als der entsprechende französische Vergütungsanteil sein darf. Wird ein solches Paket im Durchgang durch das französische Festland befördert, so werden außerdem folgende zusätzliche Vergütungsanteile und Gebühren erhoben:

a) Paket des Land- und Seewegs

- 1) der französische Durchgangsvergütungsanteil;
- 2) der der Entfernungsstufe zwischen dem französischen Festland und den betreffenden Departements, Territorien und der Gebietskörperschaft entsprechende französische Seevergütungsanteil;

b) Luftpostpaket

- 1) der französische Durchgangsvergütungsanteil für das im offenen Durchgang beförderte Paket;
- 2) die der Luftpostentfernung zwischen dem französischen Festland und den betreffenden Departements, Territorien und der Gebietskörperschaft entsprechenden Luftbeförderungskosten.

2. Tout colis acheminé par voie de surface ou par la voie aérienne à destination de la Roumanie est assujéti à une quote-part territoriale d'arrivée égale à celle appliquée par le pays d'origine et à compter de la même date.

3. Tout colis acheminé en transit entre le Danemark et les îles Féroé donne lieu à la perception des quotes-parts supplémentaires suivantes:

a) colis par voie de surface

1° la quote-part territoriale de transit danoise;

2° la quote-part maritime danoise correspondant à l'échelon de distance séparant le Danemark et les îles Féroé;

b) colis-avion

– les frais de transport aérien correspondant à la distance aéro postale séparant le Danemark et les îles Féroé.

Article VII

Tarifs spéciaux

1. Les Administrations de Belgique, de France et de Norvège ont la faculté de percevoir, pour les colis-avion, des quotes-parts territoriales plus élevées que pour les colis de surface.

2. L'Administration du Liban est autorisée à percevoir pour les colis jusqu'à 1 kilogramme la taxe applicable aux colis au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg.

Article VIII

Taxes supplémentaires

A titre exceptionnel, les Administrations sont autorisées à dépasser les limites supérieures des taxes supplémentaires indiquées aux articles 9 à 12 et 14, si cela est nécessaire pour mettre ces taxes en rapport avec les coûts d'exploitation de leurs services. Toutefois, en cas de renvoi à l'expéditeur (article 29, paragraphe 3, lettre b)), ou de réexpédition (article 31, paragraphe 6, lettre c)), le montant des taxes reprises ne peut dépasser les taux fixés dans l'Arrangement. Les Administrations désireuses d'appliquer cette disposition doivent en informer le Bureau international dès que possible.

Article IX

Traitement des colis admis à tort

La Biélorussie, la Bulgarie (Rép. pop.), Cuba, la Rép. pop. dém. de Corée, l'Ukraine et l'Union des républiques socialistes soviétiques se réservent le droit de ne fournir les renseignements sur les raisons de la saisie d'un colis postal ou d'une partie de son contenu que dans les limites des informations provenant des autorités douanières et selon leur législation intérieure.

Article X

Retrait. Modification ou conection d'adresse

Par dérogation à l'article 37, El Salvador, l'Equateur, le Panama (Rép.) et le Vénézuéla sont autorisés à ne pas renvoyer les colis postaux après que le destinataire en a demandé le dédouanement, étant donné que leur législation douanière s'y oppose.

Article XI

Interdictions

L'Administration postale du Canada est autorisée à ne pas accepter de colis avec valeur déclarée contenant les objets précieux visés à l'article 19, lettre b), étant donné que sa réglementation intérieure s'y oppose.

2. Jedes auf dem Land- und See- oder Luftweg beförderte Paket nach Rumänien unterliegt einem Endvergütungsanteil in der Höhe des Endvergütungsanteils, den das Einlieferungsland vom selben Zeitpunkt an anwendet.

3. Für jedes Paket, das im Durchgang zwischen Dänemark und den Färöer befördert wird, werden folgende zusätzliche Vergütungsanteile erhoben:

a) Paket des Land- und Seewegs

1) der dänische Durchgangsvergütungsanteil;

2) der der Entfernungsstufe zwischen Dänemark und den Färöer entsprechende dänische Seevergütungsanteil;

b) Luftpostpaket

– die der Luftpostentfernung zwischen Dänemark und den Färöer entsprechenden Luftbeförderungskosten.

Artikel VII

Besondere Vergütungsanteile

1. Die Verwaltungen Belgiens, Frankreichs und Norwegens dürfen für Luftpostpakete höhere Landvergütungsanteile erheben als für Pakete des Land- und Seewegs.

2. Die Verwaltung von Libanon kann für Pakete bis 1 Kilogramm die Gebühr erheben, die für Pakete über 1 bis 3 kg gilt.

Artikel VIII

Zusätzliche Gebühren

Die Verwaltungen können ausnahmsweise die in den Artikeln 9 bis 12 und 14 angegebenen oberen Grenzen der zusätzlichen Gebühren überschreiten, wenn es notwendig ist, diese Gebühren zu den Betriebskosten ihrer Dienste in Beziehung zu setzen. Im Falle der Rücksendung an den Absender (Artikel 29 § 3 Buchstabe b) oder der Nachsendung (Artikel 31 § 6 Buchstabe c) dürfen die Gebühren insgesamt jedoch die im Abkommen festgelegten Gebührensätze nicht überschreiten. Die Verwaltungen, die diese Bestimmung anwenden möchten, müssen dies dem Internationalen Büro so bald wie möglich mitteilen.

Artikel IX

Behandlung zu Unrecht angenommener Pakete

Weißrußland, Bulgarien (Volksrepublik), Kuba, die Demokratische Volksrepublik Korea, die Ukraine und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken behalten sich das Recht vor, Auskünfte über die Gründe für die Beschlagnahme eines Postpakets oder eines Teils seines Inhalts nur im Rahmen der von den Zollbehörden gegebenen Informationen und nach ihren inneren Rechtsvorschriften zu erteilen.

Artikel X

Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

Abweichend von Artikel 37 brauchen El Salvador, Ecuador, Panama (Republik) und Venezuela Postpakete nicht zurückzusenden, wenn der Empfänger schon deren Verzollung beantragt hat, weil ihre zollgesetzlichen Bestimmungen dem entgegenstehen.

Artikel XI

Verbote

Die Postverwaltung Kanadas braucht Wertpakete nicht entgegenzunehmen, die Wertgegenstände nach Artikel 19 Buchstabe b) enthalten, weil die Rechtsvorschriften ihres Landes dem entgegenstehen.

Article XII**Exceptions au principe de la responsabilité**

Par dérogation à l'article 39, l'Iraq, le Soudan, le Yémen (Rép. dém. pop.) et le Zaïre sont autorisés à ne payer aucune indemnité pour l'avarie des colis originaires de tous les pays à destination de l'Iraq, du Soudan, du Yémen (Rép. dém. pop.) ou du Zaïre, et contenant des liquides et des corps facilement liquéfiables, des objets en verre et des articles de même nature fragile.

Article XIII**Dédommagement**

1. Par dérogation à l'article 39, l'Amérique (Etats-Unis), les Bahamas, la Barbade, le Belize, la Bolivie, le Botswana, le Canada, la Dominique, les Fidji, la Gambie, ceux des Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord dont la réglementation intérieure s'y oppose, Grenade, la Guyane, le Lesotho, le Malawi, Malte, Maurice, Nauru, le Nigéria, l'Ouganda, la Papouasie - Nouvelle-Guinée, la Roumanie, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Salomon (îles), les Seychelles, la Sierra Leone, le Swaziland, la Trinité-et-Tobago et la Zambie ont la faculté de ne pas payer une indemnité de dédommagement pour les colis sans valeur déclarée perdus, spoliés ou avariés dans leur service.

2. Par dérogation à l'article 39, paragraphe 8, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à maintenir le droit de l'expéditeur à un dédommagement pour les colis avec valeur déclarée après livraison au destinataire, sauf si l'expéditeur renonce à son droit en faveur du destinataire.

3. L'Administration postale du Brésil est autorisée à ne pas appliquer l'article 39 en ce qui concerne la responsabilité en cas d'avarie, y compris les cas visés à l'article 40.

4. Lorsqu'elle agit à titre d'Administration intermédiaire, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à ne pas payer d'indemnité de dédommagement aux autres Administrations en cas de perte, de spoliation ou d'avarie des colis avec valeur déclarée transmis à découvert ou expédiés dans des dépêches closes.

Article XIV**Paiement de l'indemnité**

L'Administration postale du Liban n'est pas tenue d'observer l'article 43, paragraphe 4, de l'Arrangement, pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de cinq mois. Elle n'accepte pas, en outre, que l'ayant droit soit désintéressé, pour son compte, par une autre Administration à l'expiration du délai précité.

Article XV**Non-responsabilité de l'Administration postale**

L'Administration postale du Népal est autorisée à ne pas appliquer l'article 40, paragraphe 1, lettre b).

Article XVI**Avis de réception**

L'Administration postale du Canada est autorisée à ne pas appliquer l'article 27, étant donné qu'elle n'offre pas le service d'avis de réception pour les colis dans son régime intérieur.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de

Artikel XII**Ausnahmen vom Grundsatz der Haftung**

Abweichend von Artikel 39 brauchen Irak, Sudan, die Demokratische Volksrepublik Jemen und Zaïre keinen Ersatz für die Beschädigung von Paketen aus allen Ländern nach Irak, Sudan, die Demokratische Volksrepublik Jemen oder Zaïre zu leisten, wenn diese Pakete Flüssigkeiten, leicht schmelzbare Stoffe, Gegenstände aus Glas und zerbrechliche Gegenstände der gleichen Art enthalten.

Artikel XIII**Ersatzleistung**

1. Abweichend von Artikel 39 brauchen die Vereinigten Staaten von Amerika, die Bahamas, Barbados, Belize, Bolivien, Botsuana, Kanada, Dominica, Fidschi, Gambia, diejenigen der Überseegebiete (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland), deren Rechtsvorschriften dem entgegenstehen, Grenada, Guyana, Lesotho, Malawi, Malta, Mauritius, Nauru, Nigeria, Uganda, Papua-Neuguinea, Rumänien, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, die Seschellen, Sierra Leone, Swasiland, Trinidad und Tobago und Sambia für in ihrem Dienst in Verlust geratene, beraubte oder beschädigte Pakete ohne Wertangabe keinen Ersatz zu leisten.

2. Abweichend von Artikel 39 § 8 dürfen die Vereinigten Staaten von Amerika den Anspruch des Absenders auf eine Ersatzleistung für ein Wertpaket nach Auslieferung an den Empfänger aufrechterhalten, es sei denn, der Absender verzichtet zugunsten des Empfängers auf seinen Anspruch.

3. Die Postverwaltung von Brasilien braucht den Artikel 39 in bezug auf die Haftung bei Beschädigung, einschließlich der in Artikel 40 genannten Fälle, nicht anzuwenden.

4. Als Zwischenverwaltung brauchen die Vereinigten Staaten von Amerika den anderen Verwaltungen keinen Ersatzbetrag bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Wertpaketen zu zahlen, die im offenen Durchgang oder in Kartenschlüssen befördert werden.

Artikel XIV**Zahlung des Ersatzbetrags**

Die Postverwaltung von Libanon braucht Artikel 43 § 4 des Abkommens nicht einzuhalten, wenn es darum geht, einen Nachforschungsantrag innerhalb von fünf Monaten endgültig zu erledigen. Darüber hinaus ist sie nicht damit einverstanden, daß eine andere Verwaltung den Berechtigten nach Ablauf der obengenannten Frist für ihre Rechnung entschädigt.

Artikel XV**Nichthaftung der Postverwaltung**

Die Postverwaltung von Nepal braucht Artikel 40 § 1 Buchstabe b nicht anzuwenden.

Artikel XVI**Rückschein**

Die Postverwaltung von Kanada braucht den Artikel 27 nicht anzuwenden, weil sie in ihrem Inlandsdienst keinen Rückscheindienst für Pakete anbietet.

Zu Urkund dessen haben die nachstehenden Bevollmächtigten dieses Protokoll aufgesetzt, das dieselbe Wirkung und dieselbe Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im

l'Arrangement auquel il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Wortlaut des Abkommens, auf das es sich bezieht, selbst enthalten wären. Sie haben es in einer Urschrift unterzeichnet, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt wird. Die Regierung des Landes, in dem der Kongreß stattgefunden hat, übermittelt jeder Vertragspartei eine Abschrift.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984

Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen

Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Titre I

Dispositions préliminaires

Art.

1. Objet de l'Arrangement

Titre II

Mandats

Chapitre I

Dispositions générales

2. Modes d'échange

Chapitre II

Emission des mandats

3. Monnaie. Conversion
4. Montant maximal à l'émission
5. Versement des fonds. Récépissé
6. Taxes
7. Franchise de taxes
8. Dispositions particulières à l'émission des mandats télégraphiques

Chapitre III

Particularités relatives à certaines facultés accordées au public

9. Avis de paiement. Remise par exprès. Paiement en main propre. Communication destinée au bénéficiaire
10. Retrait. Modification d'adresse
11. Réexpédition
12. Endossement

Chapitre IV

Paiement des mandats

13. Durée de validité. Visa pour date
14. Montant maximal au paiement
15. Règles générales de paiement des mandats
16. Remise par exprès
17. Taxes éventuellement perçues sur le bénéficiaire
18. Dispositions particulières au paiement des mandats télégraphiques

Titel I

Einleitende Bestimmungen

Artikel

- 1 Gegenstand des Abkommens

Titel II

Anweisungen

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

- 2 Arten des Austauschs

Kapitel II

Ausstellung der Anweisungen

- 3 Währung. Umrechnung
- 4 Höchstbetrag der Einzahlung
- 5 Einzahlung der Beträge. Einlieferungsschein
- 6 Gebühren
- 7 Gebührenfreiheit
- 8 Sonderbestimmungen für die Annahme telegrafischer Anweisungen

Kapitel III

Einzelheiten über bestimmte, den Postbenutzern eingeräumte Befugnisse

- 9 Auszahlungsschein. Eilzustellung. Eigenhändige Auszahlung. Mitteilung an den Empfänger
- 10 Zurückziehung. Änderung der Anschrift
- 11 Nachsendung
- 12 Indossament

Kapitel IV

Auszahlung der Anweisungen

- 13 Gültigkeitsdauer. Gültigkeitsvermerk
- 14 Höchstbetrag der Auszahlung
- 15 Allgemeine Regeln für die Auszahlung der Anweisungen
- 16 Eilzustellung
- 17 Vom Empfänger gegebenenfalls zu erhebende Gebühren
- 18 Sonderbestimmungen für die Auszahlung telegrafischer Anweisungen

Chapitre V Mandats impayés. Autorisations de paiement		Kapitel V Nichtausgezahlte Anweisungen. Auszahlungsermächtigung	
Art.		Artikel	
19.	Mandats impayés	19	Nichtausgezahlte Anweisungen
20.	Autorisation de paiement	20	Auszahlungsermächtigung
21.	Mandats prescrits	21	Verjährte Anweisungen
Chapitre VI Responsabilité		Kapitel VI Haftung	
22.	Principe et étendue de la responsabilité	22	Grundsatz und Umfang der Haftung
23.	Exceptions au principe de la responsabilité	23	Ausnahmen von der Haftung
24.	Détermination de la responsabilité	24	Regelung der Haftung
25.	Païement des sommes dues. Recours	25	Zahlung der geschuldeten Beträge. Rückgriff
26.	Délai de paiement	26	Zahlungsfrist
27.	Remboursement à l'Administration intervenante	27	Erstattung an die vermittelnde Verwaltung
Capitre VII Comptabilité		Kapitel VII Abrechnung	
28.	Rémunération de l'Administration de paiement	28	Vergütung an die auszahlende Verwaltung
29.	Etablissement des comptes	29	Ausstellung der Rechnungen
30.	Règlement des comptes	30	Begleichung der Rechnungen
Chapitre VIII Dispositions diverses		Kapitel VIII Verschiedene Bestimmungen	
31.	Bureaux participant à l'échange	31	Am Anweisungsdienst teilnehmende Postämter
32.	Participation d'organismes non postaux	32	Beteiligung postfremder Stellen
33.	Interdiction de droits fiscaux ou autres	33	Verbot der Erhebung von Gebühren und Abgaben
Titre III Mandats de versement		Titel III Zahlkarten	
34.	Nature des mandats de versement	34	Art der Zahlkarten
35.	Dispositions générales	35	Allgemeine Bestimmungen
36.	Montant maximal à l'émission	36	Höchstbetrag der Einzahlung
37.	Taxes	37	Gebühren
38.	Avis d'inscription	38	Gutschriftanzeige
39.	Interdictions	39	Verbote
Titre IV Bons postaux de voyage		Titel IV Postreiseschecks	
Chapitre I Généralités et émission		Kapitel I Allgemeines; Ausgabe und Ausstellung der Schecks	
40.	Définition. Carnets	40	Begriffsbestimmung. Scheckhefte
41.	Monnaie. Montant maximal. Conversion	41	Währung. Höchstbetrag. Umrechnung
42.	Taxe	42	Gebühr
43.	Prix de vente	43	Verkaufspreis
Chapitre II Païement des bons		Kapitel II Auszahlung der Schecks	
44.	Validité des titres. Remise des fonds	44	Gültigkeit der Schecks. Auszahlung der Beträge
45.	Opposition au paiement	45	Einspruch gegen die Auszahlung

Chapitre III		Kapitel III	
Réclamations. Responsabilité. Comptabilité		Ersatzansprüche. Haftung. Abrechnung	
Art.		Artikel	
46.	Réclamations et responsabilité	46	Ersatzansprüche und Haftung
47.	Rémunération de l'Administration de paiement. Etablissement des comptes	47	Vergütung an die auszahlende Verwaltung. Ausstellung der Rechnungen
Titre V		Titel V	
Dispositions finales		Schlußbestimmungen	
48.	Application du présent Arrangement aux bons postaux de voyage	48	Anwendung des vorliegenden Abkommens auf Postreiseschecks
49.	Application de la Convention	49	Anwendung des Weltpostvertrags
50.	Exception à l'application de la Constitution	50	Ausnahme von der Anwendung der Satzung
51.	Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution	51	Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung
52.	Mise à exécution et durée de l'Arrangement	52	Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Titre I Dispositions préliminaires

Article premier Objet de l'Arrangement

Le présent Arrangement régit l'échange des mandats de poste, dénommés ci-après «mandats» et le service des bons postaux de voyage que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

Titre II Mandats

Chapitre I Dispositions générales

Article 2 Modes d'échange

1. Les mandats peuvent être échangés soit par la voie postale, soit, si les télégrammes-mandats sont admis dans les relations entre les pays intéressés, par la voie télégraphique.

2. L'échange par la voie postale peut, au choix des Administrations, s'opérer au moyen de cartes ou de listes. Dans le premier cas, les titres sont dénommés «mandats-cartes» et, dans le second, «mandats-listes».

3. Toutefois, les Administrations peuvent également convenir d'un système d'échange mixte, si l'organisation interne de leurs services respectifs l'exige. Dans ce cas, l'échange s'opère au moyen de cartes directement entre des bureaux de poste de l'une des Administrations et le bureau d'échange de l'Administration correspondante.

4. Les mandats prévus aux paragraphes 2 et 3 peuvent être présentés au pays destinataire sur bandes magnétiques ou sur tout autre support convenu entre les Administrations. Les Administrations de destination peuvent utiliser des formules de leur régime intérieur en représentation des mandats émis. Les conditions d'échange sont alors fixées dans des conventions particulières adoptées par les Administrations concernées.

5. L'échange par la voie télégraphique peut avoir lieu par mandat-carte télégraphique ou par mandat-liste télégraphique, les deux catégories étant dénommées «mandats télégraphiques».

Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter Vorbehalt des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Titel I Einleitende Bestimmungen

Artikel 1 Gegenstand des Abkommens

Das vorliegende Abkommen regelt den Austausch der Postanweisungen, nachstehend „Anweisungen“ genannt, und den Postreisescheckdienst, Dienste, die die vertragsschließenden Länder in ihren wechselseitigen Beziehungen einzuführen verabreden.

Titel II Anweisungen

Kapitel I Allgemeine Bestimmungen

Artikel 2 Arten des Austauschs

1. Anweisungen können entweder auf dem Postweg oder, wenn telegrafische Anweisungen im Verkehr zwischen den beteiligten Ländern zugelassen sind, auf dem Telegrafienweg ausgetauscht werden.

2. Der Austausch auf dem Postweg kann nach Wahl der Verwaltungen mittels Karten oder Listen stattfinden. Im ersten Fall heißen die Anweisungen „Karten-Anweisungen“, im zweiten Fall „Listen-Anweisungen“.

3. Die Verwaltungen können jedoch auch ein Mischsystem vereinbaren, falls die interne Organisation ihrer jeweiligen Dienste dies erfordert. In diesem Fall findet der Austausch unmittelbar zwischen Postämtern der einen Verwaltung und dem Auswechslungsamt der anderen Verwaltung mittels Karten statt.

4. Die in den §§ 2 und 3 vorgesehenen Anweisungen können dem Bestimmungsland auf Magnetband oder auf jedem anderen zwischen den Verwaltungen vereinbarten Datenträger übermittelt werden. Die Bestimmungsverwaltungen können statt der eingelieferten Anweisungen Formblätter ihres inneren Dienstes verwenden. Die Austauschbedingungen werden dann von den beteiligten Verwaltungen in Sonderabkommen festgelegt.

5. Der Austausch auf dem Telegrafienweg kann durch telegrafische Karten-Anweisungen oder durch telegrafische Listen-Anweisungen stattfinden; beide Arten werden „telegrafische Anweisungen“ genannt.

Chapitre II
Emission des mandats

Article 3

Monnaie. Conversion

1. Sauf entente spéciale, le montant du mandat est exprimé en monnaie du pays de paiement.
2. L'Administration d'émission fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de paiement.

Article 4

Montant maximal à l'émission

1. Le montant d'un mandat ne peut excéder l'équivalent de 7 000 francs (2 286,83 DTS). Chaque Administration a cependant la faculté de fixer un maximum plus faible.
2. Par exception, aucun maximum n'est fixé pour les mandats visés à l'article 7.

Article 5

Versement des fonds. Récépissé

1. Chaque Administration détermine la forme dans laquelle l'expéditeur d'un mandat verse les fonds à transférer.
2. Un récépissé portant le numéro du mandat est délivré gratuitement à l'expéditeur au moment du versement des fonds.

Article 6

Taxes

1. L'Administration d'émission détermine librement la taxe à percevoir au moment de l'émission. Le montant de cette taxe ne peut excéder 45 francs (14,70 DTS).
2. A cette taxe principale, elle ajoute, éventuellement, les taxes afférentes à des services spéciaux (demande d'avis de paiement, de paiement par exprès, etc.).
3. Les mandats échangés, par l'intermédiaire d'un pays partie au présent Arrangement, entre un pays contractant et un pays non contractant, peuvent être soumis, par l'Administration intermédiaire, à une taxe supplémentaire et proportionnelle de ¼ pour cent, mais au minimum de 2,50 francs (0,82 DTS) et au maximum de 5 francs (1,63 DTS), prélevée sur le montant du titre; cette taxe peut toutefois être perçue sur l'expéditeur et attribuée à l'Administration du pays intermédiaire si les Administrations intéressées se sont mises d'accord à cet effet.

Article 7

Franchise de taxes

Sont exonérés de toutes taxes les mandats relatifs au service postal échangés dans les conditions prévues à l'article 15 de la Convention.

Article 8

Dispositions particulières à l'émission des mandats télégraphiques

1. Les mandats télégraphiques sont soumis aux dispositions du Règlement télégraphique annexé à la Convention internationale des télécommunications.

Kapitel II
Ausstellung der Anweisungen

Artikel 3

Währung. Umrechnung

1. Wenn nichts anderes vereinbart ist, wird der Betrag der Anweisung in der Währung des Bestimmungslandes ausgestellt.
2. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt, nach welchem Kurs die Beträge aus ihrer Währung in die des Bestimmungslandes umgerechnet werden.

Artikel 4

Höchstbetrag der Einzahlung

1. Der Betrag einer Anweisung darf den Gegenwert von 7 000 Franken (2 286,83 SZR) nicht übersteigen. Jede Verwaltung kann jedoch einen geringeren Höchstbetrag festsetzen.
2. Anweisungen nach Artikel 7 bilden eine Ausnahme, für sie ist kein Höchstbetrag festgesetzt.

Artikel 5

Einzahlung der Beträge. Einlieferungsschein

1. Jede Verwaltung bestimmt, wie der Absender einer Anweisung die Beträge einzuzahlen hat.
2. Bei Einzahlung der Beträge ist dem Absender unentgeltlich ein Einlieferungsschein, der die Nummer der Anweisung trägt, auszuhandigen.

Artikel 6

Gebühren

1. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt frei die bei der Einzahlung zu erhebende Gebühr. Der Betrag dieser Gebühr darf 45 Franken (14,70 SZR) nicht übersteigen.
2. Zusätzlich zu dieser Grundgebühr erhebt sie gegebenenfalls Gebühren für besondere Dienstleistungen (Verlangen eines Auszahlungsscheins, der Eilzustellung usw.).
3. Anweisungen, die durch Vermittlung eines diesem Abkommen beigetretenen Landes zwischen einem solchen und einem dem Abkommen nicht beigetretenen Land ausgetauscht werden, können von der Vermittlungsverwaltung mit einer gestaffelten Ergänzungsgebühr von ¼ v. H. des eingezahlten Betrags, mindestens jedoch 2,50 Franken (0,82 SZR) und höchstens 5 Franken (1,63 SZR), belegt werden, die vom Anweisungsbetrag abgezogen wird; diese Gebühr kann jedoch auch vom Absender erhoben und der Verwaltung des Vermittlungslandes gutgeschrieben werden, wenn sich die beteiligten Verwaltungen hierauf geeinigt haben.

Artikel 7

Gebührenfreiheit

Postdienstliche Anweisungen, die unter den in Artikel 15 des Weltpostvertrags festgesetzten Bedingungen ausgetauscht werden, sind von allen Gebühren befreit.

Artikel 8

Sonderbestimmungen für die Annahme telegrafischer Anweisungen

1. Telegrafische Anweisungen unterliegen den Bestimmungen der den Internationalen Fernmeldevertrag ergänzenden Vollzugsordnung für den Telegrafendienst.

2. En sus de la taxe postale, l'expéditeur d'un mandat télégraphique paie la taxe du télégramme, y compris éventuellement celle d'une communication particulière destinée au bénéficiaire.

2. Neben der Postgebühr hat der Absender einer telegrafischen Anweisung die Telegrammgebühr, gegebenenfalls zuzüglich der Gebühr für eine besondere Mitteilung an den Empfänger, zu zahlen.

Chapitre III

Particularités relatives à certaines facultés accordées au public

Article 9

Avis de paiement. Remise par exprès. Paiement en main propre. Communication destinée au bénéficiaire

1. L'expéditeur d'un mandat peut demander à être avisé du paiement. L'article 48, paragraphe 1, de la Convention est applicable aux avis de paiement.

2. Lorsque le premier avis de paiement ne lui est pas parvenu dans les délais normaux, l'expéditeur peut en déposer un second moyennant paiement de la taxe prévue. Si le paiement du mandat a eu lieu avant le dépôt d'une seconde demande d'avis de paiement, la taxe perçue est remboursée à l'expéditeur.

3. Sous réserve de l'article 16, l'expéditeur d'un mandat peut demander que la remise des fonds soit effectuée à domicile par exprès dès l'arrivée du mandat; dans ce cas, l'article 32 de la Convention est applicable.

4. Dans les relations avec les pays qui admettent le paiement en main propre, l'expéditeur d'un mandat peut demander, par une mention portée sur la formule, que le paiement ait lieu exclusivement entre les mains et sur acquit personnel du bénéficiaire. Le paiement peut avoir lieu au profit d'un mandataire spécialement désigné selon les règles juridiques en vigueur dans le pays de destination lorsque le bénéficiaire est dans l'incapacité de se déplacer ou de donner son acquit. L'expéditeur demandant le paiement d'un mandat en main propre acquitte une taxe spéciale égale à celle qui est prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre t), de la Convention.

5. Le verso du coupon ou une partie déterminée du recto peuvent être utilisés pour une communication particulière destinée au bénéficiaire du mandat. Sur les mandats-listes, seules des références sont admises.

Article 10

Retrait. Modification d'adresse

L'expéditeur d'un mandat peut, aux conditions fixées à l'article 33 de la Convention, le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse aussi longtemps que le titre ou les fonds n'ont pas été remis au bénéficiaire.

Article 11

Réexpédition

1. En cas de changement de résidence du bénéficiaire et dans les limites où fonctionne un service de mandats entre le pays réexpéditeur et le pays de nouvelle destination, tout mandat peut être réexpédié par voie postale ou télégraphique soit à la demande de l'expéditeur, soit à celle du bénéficiaire. Dans ce cas, l'article 34, paragraphes 1 à 3, de la Convention est applicable par analogie.

2. Dans tous les cas, la réexpédition est faite au moyen d'un nouveau mandat dont les taxes, y compris, le cas échéant, les

Kapitel III

Einzelheiten über bestimmte, den Postbenutzern eingeräumte Befugnisse

Artikel 9

Auszahlungsschein. Eilzustellung. Eigenhändige Auszahlung. Mitteilung an den Empfänger

1. Der Absender einer Anweisung kann verlangen, von der Auszahlung benachrichtigt zu werden. Für Auszahlungsscheine gilt Artikel 48 § 1 des Weltpostvertrags.

2. Ist dem Absender der erste Auszahlungsschein nicht innerhalb der normalen Frist zugegangen, kann er gegen Zahlung der vorgesehenen Gebühr einen zweiten einliefern. Die erhobene Gebühr wird dem Absender erstattet, wenn die Anweisung ausgezahlt wurde, bevor ein zweiter Auszahlungsschein verlangt worden ist.

3. Vorbehaltlich des Artikels 16 kann der Absender einer Anweisung verlangen, daß der Betrag sogleich nach Eingang der Anweisung dem Empfänger durch Eilboten in die Wohnung zugestellt wird; in diesem Fall findet Artikel 32 des Weltpostvertrags Anwendung.

4. Im Verkehr mit den Ländern, die die eigenhändige Auszahlung zulassen, kann der Absender einer Anweisung durch einen auf dem Anweisungsformblatt angebrachten Vermerk verlangen, daß die Zahlung ausschließlich zu Händen und gegen die persönliche Empfangsbescheinigung des Empfängers geleistet werden soll. Die Zahlung kann an einen Bevollmächtigten geleistet werden, der nach dem im Bestimmungsland geltenden Recht besonders zu benennen ist, falls der Empfänger nicht in der Lage ist, die Wohnung zu verlassen oder den Empfang des Betrags zu bestätigen. Der Absender, der die eigenhändige Auszahlung einer Anweisung verlangt, hat eine Sondergebühr in Höhe der in Artikel 24 § 1 Buchstabe t des Weltpostvertrags bestimmten Gebühr zu zahlen.

5. Die Rückseite des Empfängerabschnitts oder ein bestimmter Teil der Vorderseite dürfen für eine besondere Mitteilung an den Empfänger der Anweisung benutzt werden. Auf Listen-Anweisungen sind nur Hinweise erlaubt.

Artikel 10

Zurückziehung. Änderung der Anschrift

Der Absender einer Anweisung kann sie unter den in Artikel 33 des Weltpostvertrags festgesetzten Bedingungen zurückziehen oder die Anschrift ändern lassen, solange die Anweisung oder der Betrag dem Empfänger noch nicht ausgehändigt worden ist.

Artikel 11

Nachsendung

1. Bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers und in dem Rahmen, in dem zwischen dem nachsendenden und dem neuen Bestimmungsland ein Anweisungsdienst besteht, kann jede Anweisung auf Verlangen des Absenders oder des Empfängers auf dem Post- oder Telegrafienweg nachgesandt werden. In diesem Fall gilt Artikel 34 §§ 1 bis 3 des Weltpostvertrags entsprechend.

2. In jedem Fall wird bei einer Nachsendung eine neue Anweisung ausgefertigt, deren Gebühr, gegebenenfalls ein-

taxes télégraphiques, sont prélevées sur le montant du mandat réexpédié.

3. Lorsque l'expéditeur d'un mandat a demandé à être avisé du paiement ou a demandé le paiement en main propre, le mandat ne peut être réexpédié qu'au cas où la nouvelle Administration de destination admet ces possibilités.

4. En cas de réexpédition, l'article 34, paragraphe 6, de la Convention est applicable en ce qui concerne la taxe de poste restante et la taxe complémentaire d'express.

Article 12

Endossement

Tout pays a le droit de déclarer transmissible par voie d'endossement, sur son territoire, la propriété des mandats provenant d'un autre pays.

Chapitre IV

Paie ment des mandats

Article 13

Durée de validité. Visa pour date

1. La validité des mandats s'étend:

- a) en règle générale, jusqu'à l'expiration du premier mois qui suit celui de l'émission;
- b) après accord entre Administrations intéressées, jusqu'à l'expiration du troisième mois qui suit celui de l'émission.

2. Après ces délais, les mandats-cartes parvenus directement aux bureaux de poste payeurs ne sont payés que s'ils sont revêtus d'un «visa pour date» donné, par le service désigné par l'Administration d'émission, à la requête du bureau de poste de paiement. Les mandats-listes et les mandats-cartes parvenus aux bureaux d'échange selon l'article 2, paragraphe 3, ne peuvent bénéficier du visa pour date.

3. Le visa pour date confère au mandat-carte, à partir du jour où il est donné, une nouvelle validité dont la durée est celle qu'aurait un mandat émis le même jour.

4. Si le non-paiement avant expiration du délai de validité ne résulte pas d'une faute de service, il peut être perçu une taxe dite «de visa pour date» égale à celle qui est prévue à l'article 24, paragraphe 1, lettre o), de la Convention.

Article 14

Montant maximal au paiement

1. Sauf entente spéciale, le montant maximal des mandats payables dans un pays est le même que celui qui a été adopté par l'Administration de ce pays pour l'émission.

2. Lorsqu'un même expéditeur a fait émettre, le même jour, au profit du même bénéficiaire, plusieurs mandats dont le montant total excède le maximum adopté par l'Administration de paiement, celle-ci est autorisée à échelonner le paiement des titres de façon que la somme payée au bénéficiaire, dans une même journée, n'excède pas ce maximum.

schließlich der Telegrammgebühr, vom Betrag der nachgesandten Anweisung abgezogen wird.

3. Hat der Absender einer Anweisung verlangt, von der Auszahlung benachrichtigt zu werden, oder hat er die eigenhändige Auszahlung verlangt, kann die Anweisung nur dann nachgesandt werden, wenn die neue Bestimmungsverwaltung diese Möglichkeit vorsieht.

4. Im Fall einer Nachsendung gilt Artikel 34 § 6 des Weltpostvertrags über die Gebühr für postlagernde Sendungen und die Ergänzungsgebühr für Eilbotensendungen.

Artikel 12

Indossament

Jedes Land kann für sein Gebiet das Eigentum an den Anweisungen aus einem anderen Land als durch Indossament übertragbar erklären.

Kapitel IV

Auszahlung der Anweisungen

Artikel 13

Gültigkeitsdauer. Gültigkeitsvermerk

1. Anweisungen bleiben gültig

- a) im allgemeinen bis zum Ablauf des ersten Monats, der auf den Monat der Einlieferung folgt;
- b) auf Grund von Vereinbarungen zwischen den beteiligten Verwaltungen bis zum Ablauf des dritten auf den Einlieferungsmonat folgenden Monats.

2. Nach Ablauf dieser Fristen dürfen Karten-Anweisungen, die unmittelbar bei den auszahlenden Postämtern eingegangen sind, nur ausgezahlt werden, wenn sie mit einem Gültigkeitsvermerk versehen sind, der von der durch die Einlieferungsverwaltung dazu bestimmten Dienststelle auf Verlangen des Bestimmungspostamts erteilt wird. Für Listen-Anweisungen und Karten-Anweisungen, die gemäß Artikel 2 § 3 bei den Auswechslungsämtern eingegangen sind, kann kein Gültigkeitsvermerk erteilt werden.

3. Durch den Gültigkeitsvermerk erhält die Karten-Anweisung, vom Tag der Erteilung an gerechnet, eine neue Gültigkeit, die der einer gleichzeitig ausgestellten Anweisung entspricht.

4. Wenn eine Anweisung nicht vor Ablauf der Gültigkeitsfrist ausgezahlt worden ist und die unterbliebene Auszahlung nicht auf ein Dienstversehen zurückzuführen ist, kann eine sogenannte Gültigkeitsvermerkgebühr erhoben werden, die der Gebühr nach Artikel 24 § 1 Buchstabe c des Weltpostvertrags entspricht.

Artikel 14

Höchstbetrag der Auszahlung

1. Wenn nichts anderes vereinbart ist, entspricht der Höchstbetrag der in einem Land auszuzahlenden Anweisungen dem von der Verwaltung dieses Landes festgesetzten Höchstbetrag für eingelieferte Anweisungen.

2. Wenn derselbe Absender am selben Tag mehrere, an denselben Empfänger gerichtete Anweisungen eingeliefert hat, deren Gesamtbetrag den von der Bestimmungsverwaltung festgesetzten Höchstbetrag je Anweisung übersteigt, kann die Bestimmungsverwaltung die Anweisungen in Teilbeträgen auszahlen, so daß der dem Empfänger an einem Tag ausgezahlte Betrag diesen Höchstbetrag nicht überschreitet.

Article 15**Règles générales de paiement des mandats**

1. Le paiement des mandats est effectué selon la réglementation du pays de paiement.

2. Le montant des mandats est payé au bénéficiaire en monnaie légale du pays de paiement; il peut être payé en toute autre monnaie suivant accord particulier entre les Administrations correspondantes.

3. Le paiement peut être valablement effectué par versement à un compte courant postal, selon les règles en vigueur dans l'Administration de paiement.

4. Après en avoir avisé les Administrations intéressées, l'Administration de paiement a la faculté, si la législation l'exige, soit de négliger les fractions d'unité monétaire, soit d'arrondir la somme à l'unité monétaire la plus voisine ou au dixième d'unité le plus voisin.

Article 16**Remise par exprès**

Si l'expéditeur a demandé le paiement par exprès, l'Administration de paiement a la faculté de faire remettre par ce moyen soit les fonds, soit le titre lui-même, soit un avis d'arrivée du mandat, pour autant que sa réglementation le prévoit.

Article 17**Taxes éventuellement perçues sur le bénéficiaire**

Peuvent être perçues sur le bénéficiaire:

- a) une taxe de remise, lorsque le paiement est effectué à domicile;
- b) la taxe d'autorisation de paiement visée à l'article 20, paragraphe 5;
- c) éventuellement, la taxe de visa pour date prévue à l'article 13, paragraphe 4;
- d) la taxe visée à l'article 24, paragraphe 1, lettre e), de la Convention, lorsque le mandat est adressé poste restante.

Article 18**Dispositions particulières au paiement des mandats télégraphiques**

1. La remise des mandats télégraphiques a toujours lieu dans les formes prévues à l'article 16.

2. Lorsque les fonds sont remis à domicile par exprès, l'Administration de paiement peut percevoir de ce chef une taxe spéciale.

3. La remise d'un avis d'arrivée ou du titre lui-même s'effectue sans frais pour le bénéficiaire; toutefois, si le domicile de ce dernier se trouve en dehors du rayon de distribution locale du bureau de paiement, la taxe de remise par exprès peut être perçue sur le bénéficiaire.

Chapitre V**Mandats impayés.
Autorisations de paiement****Article 19****Mandats impayés**

1. Tout mandat refusé ou tout mandat dont le bénéficiaire est inconnu, parti sans laisser d'adresse ou parti pour un pays sur

Artikel 15**Allgemeine Regeln für die Auszahlung der Anweisungen**

1. Die Anweisungen werden nach den Bestimmungen des Bestimmungslands ausgezahlt.

2. Der Anweisungsbetrag wird dem Empfänger in der gesetzlichen Währung des Bestimmungslands ausgezahlt; auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen den beteiligten Verwaltungen kann der Betrag in jeder anderen Währung gezahlt werden.

3. Die Auszahlung kann nach den Bestimmungen des Bestimmungslands auch durch Gutschrift auf ein Postgirokonto rechtsgültig bewirkt werden.

4. Nach vorheriger Verständigung der beteiligten Verwaltungen kann die Bestimmungsverwaltung, sofern sie dazu gesetzlich verpflichtet ist, bei auszuzahlenden Beträgen Bruchteile einer Währungseinheit unberücksichtigt lassen oder sie auf die nächste volle Währungseinheit oder auf das nächste volle Zehntel einer Währungseinheit auf- oder abrunden.

Artikel 16**Eilzustellung**

Hat der Absender die Auszahlung der Anweisung durch Eilboten verlangt, so kann die Bestimmungsverwaltung nach ihren Bestimmungen auf diesem Wege entweder den Betrag oder die Anweisung ohne den Betrag oder lediglich eine Benachrichtigung über den Eingang der Anweisung zustellen lassen.

Artikel 17**Vom Empfänger gegebenenfalls zu erhebende Gebühren**

Vom Empfänger erhoben werden

- a) eine Zustellgebühr, wenn die Anweisung in der Wohnung ausgezahlt wird;
- b) eine Gebühr für die Auszahlungsermächtigung nach Artikel 20 § 5;
- c) gegebenenfalls die Gültigkeitsvermerkgebühr nach Artikel 13 § 4;
- d) die Gebühr nach Artikel 24 § 1 Buchstabe e des Weltpostvertrags, wenn es sich um eine postlagernde Anweisung handelt.

Artikel 18**Sonderbestimmungen****für die Auszahlung telegrafischer Anweisungen**

1. Telegrafische Anweisungen werden stets in der in Artikel 16 vorgesehenen Weise zugestellt.

2. Wird der Betrag der Anweisung durch Eilboten in die Wohnung zugestellt, so kann die Bestimmungsverwaltung dafür eine Sondergebühr erheben.

3. Die Zustellung einer Benachrichtigung über den Eingang der Anweisung oder die der Anweisung ohne den Betrag ist für den Empfänger gebührenfrei; wenn seine Wohnung jedoch außerhalb des Ortszustellbereichs des Bestimmungsamts liegt, kann die Eilzustellgebühr vom Empfänger erhoben werden.

Kapitel V**Nichtausgezahlte Anweisungen.
Auszahlungsermächtigungen****Artikel 19****Nichtausgezahlte Anweisungen**

1. Jede Anweisung, deren Annahme verweigert worden ist oder deren Empfänger unbekannt, ohne Angabe der Anschrift

lequel la réexpédition ne peut être effectuée est renvoyé immédiatement à l'Administration d'émission.

2. Tout mandat dont le paiement n'a pas été réclamé durant le délai de validité est renvoyé immédiatement après l'expiration de ce délai ou, si le mandat a été remis au bénéficiaire, dès sa présentation au bureau de paiement.

3. Tout mandat impayé pour une cause quelconque est remboursé à l'expéditeur.

4. L'article 34, paragraphe 6, de la Convention est applicable à la taxe de poste restante et à la taxe complémentaire d'express.

Article 20

Autorisation de paiement

1. Tout mandat-carte égaré, perdu ou détruit avant paiement peut, à la demande de l'expéditeur ou du bénéficiaire, être remplacé par une autorisation de paiement délivrée par l'Administration d'émission.

2. Lorsque l'expéditeur et le bénéficiaire demandent simultanément, l'un le remboursement, l'autre le paiement du mandat, l'autorisation est établie:

- a) au profit de l'expéditeur lorsque la demande est formulée avant la remise du mandat ou de l'avis d'arrivée au bénéficiaire;
- b) au profit du bénéficiaire lorsque la demande est formulée après la remise du mandat ou de l'avis d'arrivée.

3. Une autorisation de paiement est également délivrée lorsqu'une erreur de conversion imputable au bureau d'émission nécessite un versement complémentaire au profit du bénéficiaire.

4. La durée de validité d'une autorisation de paiement est la même que celle d'un mandat émis le même jour.

5. Si aucune faute de service n'a été commise, il peut être perçu, sur l'expéditeur ou sur le bénéficiaire, une taxe dite «d'autorisation de paiement» égale à celle que prévoit l'article 24, paragraphe 1, lettre o), de la Convention, sauf si cette taxe a déjà été perçue pour la réclamation ou l'avis de paiement.

Article 21

Mandats prescrits

Les sommes converties en mandats dont le montant n'a pas été réclamé avant prescription sont définitivement acquises à l'Administration du pays d'émission. Le délai de prescription est fixé par la législation dudit pays.

Chapitre VI

Responsabilité

Article 22

Principe et étendue de la responsabilité

1. Les Administrations postales sont responsables des sommes versées jusqu'au moment où les mandats ont été régulièrement payés.

2. La responsabilité s'étend aux erreurs de conversion et aux erreurs de transmission télégraphique.

oder nach einem Land abgereist ist, nach dem die Anweisung nicht nachgesandt werden kann, wird unverzüglich an die Einlieferungsverwaltung zurückgesandt.

2. Jede Anweisung, deren Auszahlung innerhalb der Gültigkeitsfrist nicht verlangt worden ist, wird unverzüglich nach Ablauf dieser Frist oder, falls die Anweisung dem Empfänger ausgehändigt worden ist, bei Vorlage der Anweisung beim Bestimmungsamt zurückgesandt.

3. Der Betrag jeder Anweisung, die aus irgendeinem Grund nicht ausbezahlt werden konnte, wird dem Absender zurückgezahlt.

4. Artikel 34 § 6 des Weltpostvertrags gilt für die Gebühr für postlagernde Anweisungen und für die Ergänzungsgebühr für Eilbotensendungen.

Artikel 20

Auszahlungsermächtigung

1. Jede vor Auszahlung abhanden gekommene, in Verlust geratene oder vernichtete Karten-Anweisung kann auf Antrag des Absenders oder Empfängers durch eine von der Einlieferungsverwaltung ausgestellte Auszahlungsermächtigung ersetzt werden.

2. Wenn der Absender die Rückzahlung und der Empfänger die Auszahlung der Anweisung gleichzeitig verlangen, wird die Zahlungsermächtigung ausgestellt:

- a) zugunsten des Absenders, wenn der Antrag vor Auslieferung der Anweisung oder der Benachrichtigung über deren Ankunft an den Empfänger gestellt wurde;
- b) zugunsten des Empfängers, wenn der Antrag nach Auslieferung der Anweisung oder der Benachrichtigung über deren Ankunft gestellt wurde.

3. Eine Auszahlungsermächtigung wird gleichfalls ausgefertigt, wenn ein dem Einlieferungsamt zur Last fallender Umrechnungsfehler eine Nachzahlung an den Empfänger erforderlich macht.

4. Die Gültigkeitsdauer einer Auszahlungsermächtigung entspricht der einer gleichzeitig ausgestellten Anweisung.

5. Liegt kein Dienstversehen vor, so kann vom Absender oder Empfänger für die Auszahlungsermächtigung die gleiche Gebühr wie die nach Artikel 24 § 1 Buchstabe o des Weltpostvertrags erhoben werden, es sei denn, diese Gebühr ist bereits für die Nachforschung oder den Auszahlungsschein erhoben worden.

Artikel 21

Verjährte Anweisungen

Die auf Anweisungen eingezahlten Beträge, die vor ihrer Verjährung nicht reklamiert worden sind, fallen endgültig der Verwaltung des Einlieferungslands zu. Die Verjährungsfrist wird durch die Rechtsvorschriften des Einlieferungslands bestimmt.

Kapitel VI

Haftung

Artikel 22

Grundsatz und Umfang der Haftung

1. Die Postverwaltungen haften für die auf Anweisungen eingezahlten Beträge bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Beträge ordnungsgemäß ausgezahlt worden sind.

2. Die Haftung erstreckt sich auf Umrechnungsfehler und auf telegrafische Übermittlungsfehler.

3. Les Administrations n'assument aucune responsabilité en raison des retards qui peuvent se produire dans la transmission et le paiement des mandats.

Article 23

Exceptions au principe de la responsabilité

Les Administrations postales sont dégagées de toute responsabilité:

- a) lorsque, par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure, elles ne peuvent rendre compte du paiement d'un mandat à moins que la preuve de leur responsabilité n'ait été autrement administrée;
- b) à l'expiration du délai de prescription visé à l'article 21;
- c) s'il s'agit d'une contestation de la régularité du paiement, à l'expiration du délai prévu à l'article 42, paragraphe 1, de la Convention.

Article 24

Détermination de la responsabilité

1. Sous réserve des paragraphes 2 à 5 ci-après, la responsabilité incombe à l'Administration d'émission.

2. La responsabilité incombe à l'Administration de paiement si elle n'est pas en mesure d'établir que le paiement a eu lieu dans les conditions prescrites par sa réglementation.

3. La responsabilité incombe à l'Administration postale du pays où l'erreur s'est produite:

- a) s'il s'agit d'une erreur de service, y compris l'erreur de conversion;
- b) s'il s'agit d'une erreur de transmission télégraphique commise à l'intérieur du pays d'émission ou du pays de paiement.

4. La responsabilité incombe à l'Administration d'émission et à l'Administration de paiement par parts égales:

- a) si l'erreur est imputable aux deux Administrations ou s'il n'est pas possible d'établir dans quel pays l'erreur s'est produite;
- b) si une erreur de transmission télégraphique s'est produite dans un pays intermédiaire;
- c) s'il n'est pas possible d'établir le pays où cette erreur de transmission s'est produite.

5. Sous réserve du paragraphe 2, la responsabilité incombe:

- a) en cas de paiement d'un faux mandat, à l'Administration du pays sur le territoire duquel le mandat a été introduit dans le service;
- b) en cas de paiement d'un mandat dont le montant a été frauduleusement majoré, à l'Administration du pays dans lequel le mandat a été falsifié; toutefois, le dommage est supporté par parts égales par les Administrations d'émission et de paiement lorsqu'il n'est pas possible de déterminer le pays où la falsification est intervenue ou lorsqu'il ne peut être obtenu réparation d'une falsification commise dans un pays intermédiaire qui ne participe pas au service des mandats sur la base du présent Arrangement.

Article 25

Paiement des sommes dues. Recours

1. L'obligation de désintéresser le réclamant incombe à l'Administration de paiement si les fonds sont à remettre au

3. Die Verwaltungen übernehmen keinerlei Haftung für Verzögerungen, die bei Übersendung oder bei Auszahlung der Anweisungen vorkommen können.

Artikel 23

Ausnahme von der Haftung

Die Postverwaltungen sind von jeder Haftung frei:

- a) wenn sie über die Auszahlung einer Anweisung deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere infolge höherer Gewalt vernichtet worden sind, es sei denn, daß ihre Haftpflicht nachgewiesen werden kann;
- b) nach Ablauf der Verjährungsfrist nach Artikel 21;
- c) nach Ablauf der Frist nach Artikel 42 § 1 des Weltpostvertrags, wenn die Ordnungsmäßigkeit der Auszahlung bestritten wird.

Artikel 24

Regelung der Haftung

1. Vorbehaltlich der nachstehenden §§ 2 bis 5 haftet die Einlieferungsverwaltung.

2. Die Bestimmungsverwaltung haftet, wenn sie nicht nachweisen kann, daß die Auszahlung nach ihren Bestimmungen erfolgt ist.

3. Sofern es sich um

- a) ein Dienstversehen, einschließlich Umrechnungsfehler oder
- b) einen telegrafischen Übermittlungsfehler, der im Einlieferungs- oder Bestimmungsland unterlaufen ist, handelt,

haftet die Postverwaltung des Landes, in dem das Versehen vorgekommen ist.

4. Die Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltung haften zu gleichen Teilen, wenn

- a) beide Verwaltungen ein Versehen begangen haben oder es nicht möglich ist, festzustellen, in welchem Land das Versehen vorgekommen ist;
- b) ein telegrafischer Übermittlungsfehler in einem Durchgangsland unterlaufen ist;
- c) das Land nicht festzustellen ist, in dem dieser Übermittlungsfehler unterlaufen ist.

5. Vorbehaltlich des § 2 haftet bei Auszahlung

- a) einer gefälschten Anweisung die Verwaltung des Landes, in dem die Anweisung in den Verkehr gebracht worden ist;
- b) einer durch betrügerische Erhöhung des Betrags verfälschten Anweisung die Verwaltung des Landes, in dem die Anweisung verfälscht worden ist; der Schaden wird jedoch zu gleichen Teilen von der Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltung getragen, wenn das Land nicht festgestellt werden kann, in dem die Fälschung vorgenommen worden ist, oder wenn kein Ersatz für den durch die Fälschung entstandenen Schaden erlangt werden kann, weil sie in einem Durchgangsland, das am Postanweisungsaustausch auf Grund dieses Abkommens nicht teilnimmt, begangen worden ist.

Artikel 25

Zahlung der geschuldeten Beträge. Rückgriff

1. Die Verpflichtung zur Entschädigung des Berechtigten obliegt der Bestimmungsverwaltung, wenn der Betrag dem

bénéficiaire; elle incombe à l'Administration d'émission si leur restitution doit être faite à l'expéditeur.

2. Quelle que soit la cause du remboursement, la somme à rembourser ne peut dépasser celle qui a été versée.

3. L'Administration qui a désintéressé le réclamant a le droit d'exercer le recours contre l'Administration responsable du paiement irrégulier.

4. L'Administration qui a supporté en dernier lieu le dommage a un droit de recours, jusqu'à concurrence de la somme payée, contre l'expéditeur, contre le bénéficiaire ou contre des tiers.

Article 26

Délai de paiement

1. Le versement des sommes dues aux réclamants doit avoir lieu le plus tôt possible, dans un délai limite de six mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.

2. L'Administration qui, selon l'article 25, paragraphe 1, doit désintéresser le réclamant peut exceptionnellement différer le versement au-delà de ce délai si, malgré la diligence apportée à l'instruction de l'affaire, ledit délai n'a pas été suffisant pour permettre de déterminer la responsabilité.

3. L'Administration auprès de laquelle la réclamation a été introduite est autorisée à désintéresser le réclamant pour le compte de l'Administration responsable lorsque celle-ci, régulièrement saisie, a laissé s'écouler cinq mois sans donner de solution définitive à la réclamation.

Article 27

Remboursement à l'Administration intervenante

1. L'Administration pour le compte de laquelle le réclamant a été désintéressé est tenue de rembourser à l'Administration intervenante le montant de ses débours dans un délai de quatre mois à compter de l'envoi de la notification du paiement.

2. Ce remboursement s'effectue sans frais pour l'Administration créancière:

- a) par l'un des procédés de paiement prévus à l'article 103, paragraphe 6, du Règlement d'exécution de la Convention;
- b) sous réserve d'accord, par inscription au crédit de l'Administration de ce pays dans le compte des mandats.

3. Passé le délai de quatre mois, la somme due à l'Administration créancière est productive d'intérêt, à raison de 6 pour cent par an, à compter du jour d'expiration dudit délai.

Chapitre VII Comptabilité

Article 28

Rémunération de l'Administration de paiement

1. L'Administration d'émission attribue à l'Administration de paiement pour chaque mandat payé une rémunération dont le taux est fixé, en fonction du montant moyen des mandats-cartes compris dans un même compte mensuel, à:

- 2,00 francs (0,65 DTS) jusqu'à 200 francs (65,34 DTS);
- 2,50 francs (0,82 DTS) au-delà de 200 francs (65,34 DTS) et jusqu'à 400 francs (130,68 DTS);
- 3,00 francs (0,98 DTS) au-delà de 400 francs (130,68 DTS) et jusqu'à 600 francs (196,01 DTS);

Empfänger der Anweisung auszuzahlen ist; sie obliegt der Einlieferungsverwaltung, wenn er an den Absender der Anweisung zu zahlen ist.

2. Unabhängig vom Grund der Erstattung darf die erstattete Summe nicht den eingezahlten Betrag überschreiten.

3. Die Verwaltung, die den Berechtigten entschädigt hat, kann bei der Verwaltung Rückgriff nehmen, die für die unrichtige Auszahlung haftet.

4. Die Verwaltung, die den Schaden getragen hat, kann bis zur Höhe des gezahlten Betrags Rückgriff bei dem Absender der Anweisung, dem Empfänger der Anweisung oder bei Dritten nehmen.

Artikel 26

Zahlungsfrist

1. Der den Berechtigten zu zahlende Betrag muß möglichst bald, spätestens nach sechs Monaten, vom Tag nach der Nachfrage an gerechnet, gezahlt werden.

2. Die Verwaltung, die nach Artikel 25 § 1 den Berechtigten zu entschädigen hat, kann die Zahlung ausnahmsweise über diese Frist hinausschieben, wenn die Frist trotz aller Sorgfalt bei der Untersuchung des Falls nicht ausreichte, die Haftung festzustellen.

3. Die Verwaltung, bei der der Nachforschungsantrag einging, kann den Berechtigten auf Rechnung der verantwortlichen Verwaltung entschädigen, wenn diese fünf Monate hat verstreichen lassen, nachdem sie ordnungsgemäß mit der Angelegenheit befaßt wurde, ohne die Nachforschung endgültig zu erledigen.

Artikel 27

Erstattung an die vermittelnde Verwaltung

1. Die Verwaltung, für deren Rechnung der Berechtigte entschädigt worden ist, hat der vermittelnden Verwaltung den ausgelegten Betrag innerhalb von vier Monaten, vom Tage der Absendung der Mitteilung über die geleistete Zahlung an gerechnet, zu erstatten.

2. Die Erstattung erfolgt ohne Kosten für die Gläubigerverwaltung

- a) auf einem der Zahlungswege, die in Artikel 103 § 6 der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag vorgesehen sind;
- b) bei Einverständnis der Gläubigerverwaltung durch Handschrift in der Rechnung über ausgezahlte Anweisungen.

3. Vom Tag des Ablaufs der Viermonatsfrist an gerechnet ist der der Gläubigerverwaltung geschuldete Betrag mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen.

Kapitel VII Abrechnung

Artikel 28

Vergütung an die auszahlende Verwaltung

1. Die Einlieferungsverwaltung zahlt der auszuzahlenden Verwaltung für jede ausgezahlte Anweisung eine Vergütung, deren Höhe entsprechend dem in einer Monatsrechnung ausgewiesenen Durchschnittsbetrag der Karten-Anweisungen festgesetzt ist auf:

- 2,00 Franken (0,65 SZR) bis 200 Franken (65,34 SZR)
- 2,50 Franken (0,82 SZR) über 200 Franken (65,34 SZR) bis 400 Franken (130,68 SZR)
- 3,00 Franken (0,98 SZR) über 400 Franken (130,68 SZR) bis 600 Franken (196,01 SZR)

- 3,70 francs (1,21 DTS) au-delà de 600 francs (196,01 DTS) et jusqu'à 800 francs (261,35 DTS);
- 4,50 francs (1,47 DTS) au-delà de 800 francs (261,35 DTS) et jusqu'à 1 000 francs (326,69 DTS);
- 5,30 francs (1,73 DTS) au-delà de 1 000 francs (326,69 DTS).

2. La rémunération due à l'Administration de paiement au titre de chaque compte mensuel est établie de la façon suivante:

- a) le taux de rémunération en DTS, à appliquer pour chaque mandat payé, est déterminé après conversion en DTS du montant moyen des mandats sur la base de la valeur moyenne du DTS dans la monnaie du pays de paiement telle qu'elle est définie à l'article 104 du Règlement de la Convention;
- b) le montant total en DTS, obtenu pour la rémunération relative à chaque compte, est converti dans la monnaie du pays de paiement sur la base de la valeur réelle du DTS en vigueur le dernier jour du mois auquel le compte se rapporte.

3. Toutefois, les Administrations concernées peuvent, à la demande de l'Administration de paiement, convenir d'une rémunération supérieure à celle qui est fixée au paragraphe 1 lorsque la taxe perçue à l'émission est supérieure à 25 francs (8,17 DTS).

4. Les mandats de versement et les mandats émis en franchise ne donnent lieu à aucune rémunération.

5. Pour les mandats-listes, en sus de la rémunération prévue au paragraphe 1, une rémunération supplémentaire de 50 centimes (0,16 DTS) est attribuée à l'Administration de paiement. Le paragraphe 3 s'applique par analogie aux mandats-listes.

6. L'Administration d'émission attribuée à l'Administration de paiement une rémunération additionnelle de 0,40 franc (0,13 DTS) pour chaque mandat payé en main propre.

7. En cas de réexpédition, l'Administration du pays de la nouvelle destination reçoit la rémunération qui lui aurait été due si elle avait été l'Administration du pays de première destination.

Article 29

Etablissement des comptes

1. Chaque Administration de paiement établit, pour chaque Administration d'émission, un compte mensuel des sommes payées pour les mandats-cartes ou un compte mensuel du montant des listes reçues pendant le mois pour les mandats-listes; les comptes mensuels sont incorporés, périodiquement, dans un compte général qui donne lieu à la détermination d'un solde.

2. En cas d'application du système d'échange mixte prévu à l'article 2, paragraphe 3, chaque Administration de paiement établit un compte mensuel des sommes payées, si les mandats parviennent de l'Administration d'émission directement à ses bureaux de paiement, ou un compte mensuel du montant des mandats reçus pendant le mois, si les mandats parviennent des bureaux de poste de l'Administration d'émission à son bureau d'échange.

3. Lorsque les mandats ont été payés dans des monnaies différentes, la créance la plus faible est convertie en la mon-

- 3,70 Franken (1,21 SZR) über 600 Franken (196,01 SZR) bis 800 Franken (261,35 SZR)

- 4,50 Franken (1,47 SZR) über 800 Franken (261,35 SZR) bis 1 000 Franken (326,69 SZR)

- 5,30 Franken (1,73 SZR) über 1 000 Franken (326,69 SZR).

2. Die an die Bestimmungsverwaltung für jede Monatsrechnung zu zahlende Vergütung wird wie folgt ermittelt:

a) der auf jede ausgezahlte Anweisung anzuwendende Vergütungssatz in Sonderziehungsrechten wird nach Umrechnung des Durchschnittsbetrags der Anweisungen in Sonderziehungsrechte auf der Grundlage des mittleren Werts des Sonderziehungsrechts in die Währung des Bestimmungslandes nach Artikel 104 der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag festgesetzt.

b) der als Vergütung für jede Monatsrechnung festgestellte Gesamtbetrag in Sonderziehungsrechten wird auf der Grundlage des tatsächlichen Wertes des Sonderziehungsrechts, der am letzten Tag des Monats gilt, auf den sich die Rechnung bezieht, in die Währung des Bestimmungslandes umgerechnet.

3. Gleichwohl können sich die betroffenen Verwaltungen auf Antrag der Bestimmungsverwaltung auf eine höhere als die in § 2 festgesetzte Vergütung einigen, wenn die bei der Einzahlung erhobene Gebühr höher ist als 25 Franken (8,17 SZR).

4. Für Zahlkarten und gebührenfrei angenommene Anweisungen wird keine Vergütung gezahlt.

5. Für Listen-Anweisungen wird über die in § 1 vorgesehene Vergütung hinaus eine zusätzliche Vergütung von 50 Centimen (0,16 SZR) an die Bestimmungsverwaltung gezahlt. Für Listen-Anweisungen gilt § 3 entsprechend.

6. Die Einlieferungsverwaltung zahlt der Bestimmungsverwaltung für jede eigenhändig ausgezahlte Anweisung eine zusätzliche Vergütung von 0,40 Franken (0,13 SZR).

7. Bei Nachsendung erhält die Verwaltung des neuen Bestimmungslandes die Vergütung, die ihr zugestanden hätte, wenn sie die Verwaltung des ursprünglichen Bestimmungslandes gewesen wäre.

Artikel 29

Ausstellen von Rechnungen

1. Jede Bestimmungsverwaltung stellt für jede Einlieferungsverwaltung eine Monatsrechnung über die auf Karten-Anweisungen ausgezahlten Beträge oder eine Monatsrechnung über die Summen der Listen aus, die sie während des Monats für Listen-Anweisungen empfangen hat; die Monatsrechnungen werden in bestimmten regelmäßigen Zeitabschnitten zur Feststellung des Saldos in einer Hauptrechnung zusammengefaßt.

2. Bei Anwendung des in Artikel 2 § 3 vorgesehenen Mischsystems stellt jede Bestimmungsverwaltung eine Monatsrechnung über die ausgezahlten Beträge aus, falls die Anweisungen von der Einlieferungsverwaltung unmittelbar den Auszahlungsstellen der Bestimmungsverwaltung zugehen; oder sie stellt eine Monatsrechnung über den Betrag der während des Monats erhaltenen Anweisungen aus, falls die Anweisungen von den Postämtern der Einlieferungsverwaltung dem Auswechslungsamt der Bestimmungsverwaltung zugehen.

3. Sind die Anweisungen in verschiedenen Währungen ausgezahlt worden, so wird die geringere Forderung in die Wäh-

naie de la créance la plus forte, en prenant pour base de la conversion le cours moyen officiel du change dans le pays de l'Administration débitrice pendant la période à laquelle le compte se rapporte; ce cours moyen doit être calculé uniformément à quatre décimales.

4. Le règlement des comptes peut aussi avoir lieu sur la base des comptes mensuels, sans compensation.

Article 30

Règlement des comptes

1. Sauf entente spéciale, le paiement du solde du compte général ou du montant des comptes mensuels a lieu dans la monnaie que l'Administration créancière applique au paiement des mandats.

2. Toute Administration peut entretenir auprès de l'Administration du pays correspondant un avoir sur lequel sont prélevées les sommes dues.

3. Toute Administration qui se trouve à découvert vis-à-vis d'une autre Administration d'une somme dépassant les limites fixées par le Règlement est en droit de réclamer le versement d'un acompte.

4. En cas de non-paiement dans les délais fixés par le Règlement, les sommes dues sont productives d'un intérêt de 6 pour cent par an, à dater du jour d'expiration desdits délais jusqu'au jour du paiement.

5. Il ne peut être porté atteinte par aucune mesure unilatérale, telle que moratoire, interdiction de transfert, etc., aux dispositions du présent Arrangement et de son Règlement d'exécution relatives à l'établissement et au règlement des comptes.

Chapitre VIII

Dispositions diverses

Article 31

Bureaux participant à l'échange

Les Administrations postales prennent toutes mesures nécessaires pour assurer, autant que possible, le paiement des mandats dans toutes les localités de leur pays.

Article 32

Participation d'organismes non postaux

1. Les pays dans lesquels le service des mandats est assuré par des organismes non postaux peuvent participer à l'échange régi par les dispositions du présent Arrangement.

2. Il appartient à ces organismes de s'entendre avec l'Administration postale de leur pays pour assurer la complète exécution de toutes les clauses de l'Arrangement; l'Administration postale leur sert d'intermédiaire dans leurs relations avec les Administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 33

Interdiction de droits fiscaux ou autres

Les mandats ainsi que les acquits donnés sur les mandats ne peuvent être soumis à aucune taxe ou à aucun droit autres que ceux qui sont autorisés par le présent Arrangement.

runge der größeren umgerechnet; bei der Umrechnung wird der für den Abrechnungszeitabschnitt im dem Land der Schuldnerverwaltung amtlich festgestellte Devisenkurs zugrunde gelegt; dieser mittlere Kurs muß einheitlich auf vier Dezimalstellen berechnet werden.

4. Die Rechnungen können auch ohne Bildung des Saldos auf Grund der Monatsrechnungen beglichen werden.

Artikel 30

Begleichung der Rechnungen

1. Sofern nichts anderes vereinbart ist, ist der Saldo der Hauptrechnung oder der Betrag der Monatsrechnung in der Währung zu zahlen, in der die Gläubigerverwaltung die Anweisungen auszahlt.

2. Jede Verwaltung kann bei der Verwaltung eines anderen Landes ein Guthaben unterhalten, von dem die geschuldeten Beträge abgebucht werden.

3. Jede Verwaltung, der eine andere Verwaltung einen Betrag schuldet, der die von der Vollzugsordnung festgesetzten Grenzen überschreitet, kann die Zahlung eines Abschlags verlangen.

4. Bei unterbliebener Zahlung innerhalb der in der Vollzugsordnung festgesetzten Fristen sind die geschuldeten Beträge vom Tag des Ablaufs dieser Fristen an bis zum Tag der Zahlung mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen.

5. Die Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung über die Ausstellung und Begleichung der Rechnungen dürfen durch keinerlei einseitige Maßnahmen wie Moratorien, Transferverbote usw. verletzt werden.

Kapitel VIII

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 31

Am Anweisungsdienst teilnehmende Postämter

Die Postverwaltungen treffen alle Vorkehrungen, um die Auszahlung der Anweisungen möglichst in allen Orten des Bestimmungslandes sicherzustellen.

Artikel 32

Beteiligung postfremder Stellen

1. Länder, in denen der Anweisungsdienst von postfremden Stellen wahrgenommen wird, können am Austausch, wie er durch die Bestimmungen dieses Abkommens geregelt ist, teilnehmen.

2. Es obliegt diesen postfremden Stellen, sich mit der Postverwaltung ihres Landes zu verständigen, um die vollständige Durchführung aller Bestimmungen dieses Abkommens zu gewährleisten; die Postverwaltung dient ihnen als Vermittlerin im Verkehr mit den Postverwaltungen der anderen vertragsschließenden Länder und mit dem Internationalen Büro.

Artikel 33

Verbot der Erhebung von Gebühren und Abgaben

Die Anweisungen sowie die auf Anweisungen geleisteten Empfangsbescheinigungen unterliegen keinen anderen als den in diesem Abkommen vorgesehenen Gebühren.

Titre III

Mandats de versement

Article 34

Nature des mandats de versement

L'expéditeur d'un mandat peut demander, en lieu et place du paiement en numéraire, l'inscription du montant au crédit du compte courant postal du bénéficiaire si la réglementation du pays de destination le permet.

Article 35

Dispositions générales

1. Sous réserve des articles 36 à 39, les mandats de versement sont soumis aux dispositions fixées pour les mandats de poste dans le présent Arrangement.

2. Une Administration qui n'a pas encore créé de service des chèques postaux peut participer à l'émission des mandats de versement.

Article 36

Montant maximal à l'émission

Le montant des mandats de versement est illimité. Toutefois, chaque Administration a la faculté de limiter le montant des mandats de versement que tout déposant peut ordonner soit dans une journée, soit au cours d'une période déterminée.

Article 37

Taxes

1. L'Administration d'émission détermine librement la taxe à percevoir au moment de l'émission. Cette taxe, qu'elle garde en entier, doit être inférieure à la taxe d'un mandat de même montant.

2. A cette taxe principale, elle ajoute, éventuellement, les taxes afférentes aux services spéciaux (demande d'avis d'inscription au crédit du compte courant postal du bénéficiaire, etc.).

Article 38

Avis d'inscription

Dans les relations entre pays dont les Administrations se sont mises d'accord, le déposant peut demander à recevoir avis de l'inscription au crédit du compte du bénéficiaire. L'article 48 de la Convention est applicable aux avis d'inscription.

Article 39

Interdictions

1. La réexpédition d'un mandat de versement sur un autre pays de destination n'est pas admise.

2. Par dérogation à l'article 12, l'endossement n'est pas admis pour les mandats de versement.

Titre IV

Bons postaux de voyage

Chapitre I

Généralités et émission

Article 40

Définition. Carnets

1. Les bons postaux de voyage sont des titres qui peuvent être émis et payés, par les Administrations postales des pays

Titel III

Zahlkarten

Artikel 34

Art der Zahlkarten

Der Absender einer Anweisung kann an Stelle der Barauszahlung die Gutschrift des Betrages auf dem Postgirokonto des Empfängers verlangen, wenn die Vorschriften des Bestimmungslandes dies zulassen.

Artikel 35

Allgemeine Bestimmungen

1. Vorbehaltlich der Artikel 36 bis 39 gelten für die Zahlkarten die Bestimmungen dieses Abkommens für die Postanweisungen.

2. Eine Verwaltung, die den Postgirodienst noch nicht eingeführt hat, kann sich am Annahmedienst für Zahlkarten beteiligen.

Artikel 36

Höchstbetrag der Einzahlung

Der Betrag der Zahlkarten ist nicht begrenzt. Jede Verwaltung kann jedoch den Betrag der Zahlkarten begrenzen, den jeder Einzahler entweder an einem Tag oder in einem bestimmten Zeitraum einzahlen kann.

Artikel 37

Gebühren

1. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt frei die bei der Einzahlung zu erhebende Gebühr. Diese Gebühr verbleibt ihr in voller Höhe; sie muß niedriger sein als die Gebühr für eine Anweisung mit dem gleichen Betrag.

2. Zusätzlich zu dieser Grundgebühr erhebt sie gegebenenfalls Gebühren für besondere Dienstleistungen (Verlangen der Anzeige der Gutschrift auf dem Postgirokonto des Empfängers usw.).

Artikel 38

Gutschriftanzeige

Im Verkehr zwischen den Ländern, deren Verwaltungen entsprechende Vereinbarungen getroffen haben, kann der Einzahler die Anzeige der Gutschrift auf dem Konto des Empfängers verlangen. Artikel 48 des Weltpostvertrags ist auf Gutschriftanzeigen anwendbar.

Artikel 39

Verbote

1. Die Nachsendung einer Zahlkarte in ein anderes Bestimmungsland ist nicht zugelassen.

2. In Abweichung von Artikel 12 ist das Indossament für Zahlkarten nicht zugelassen.

Titel IV

Postreiseschecks

Kapitel I

Allgemeines; Ausgabe und Ausstellung der Schecks

Artikel 40

Begriffsbestimmung. Scheckhefte

1. Postreiseschecks sind Wertpapiere, die von den Postverwaltungen der vertragschließenden Länder nach den Grund-

contractants, sur la base des principes du présent Arrangement.

2. Ils sont réunis en carnets.

Article 41

Monnaie. Montant maximal. Conversion

1. Chaque bon est libellé, en monnaie du pays de paiement, pour une somme fixe équivalant à environ 50, 100, 200 ou 500 francs (respectivement 16,33, 32,67, 65,34 ou 163,35 DTS) et déterminée par accord entre les Administrations postales intéressées.

2. Dans des cas spéciaux, les bons peuvent être libellés en une autre monnaie que celle du pays de paiement, ou établis pour une somme s'écartant sensiblement de l'une ou l'autre des équivalences indiquées au paragraphe 1.

3. L'Administration d'émission fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de paiement.

4. Le nombre de bons constituant un carnet est au maximum de 10; chaque carnet peut contenir des bons de différents montants.

Article 42

Taxe

L'Administration d'émission détermine librement la taxe à percevoir au moment de l'émission.

Article 43

Prix de vente

L'Administration d'émission a la faculté de percevoir, en sus de la valeur des bons et en sus des taxes, une somme correspondant au coût des bons, de leurs couvertures et des travaux divers nécessités par la confection des carnets.

Chapitre II

Paiement des bons

Article 44

Validité des titres. Remise des fonds

1. Les bons sont valables pendant douze mois à partir du jour de leur émission; les mois se comptent de quantième à quantième, sans égard au nombre de jours dont ils se composent.

2. Lorsque le service payeur ne dispose pas de fonds suffisants, il peut suspendre le paiement des bons jusqu'au moment où il aura pu se procurer les moyens de paiement.

3. La propriété des carnets et des bons n'est transmissible ni par voie d'endossement, ni par voie de cession; ces carnets et ces bons ne peuvent être mis en gage.

Article 45

Opposition au paiement

Sous réserve de l'application de la législation de leur pays, les Administrations ne peuvent donner suite aux demandes d'opposition au paiement de bons régulièrement émis.

sätzen dieses Abkommens ausgegeben und ausgezahlt werden können.

2. Sie sind in Heften zusammengefaßt.

Artikel 41

Währung. Höchstbetrag. Umrechnung

1. Jeder Scheck wird in der Währung des Auszahlungslands über einen festen, durch Vereinbarung zwischen den beteiligten Postverwaltungen festgesetzten Betrag im Gegenwert von rund 50, 100, 200 oder 500 Franken (d. h. 16,33, 32,67, 65,34 oder 163,35 SZR) ausgegeben.

2. In besonderen Fällen können die Schecks in einer anderen Währung als der des Auszahlungslands ausgestellt werden oder über Beträge, die von dem einen oder dem anderen der in § 1 angegebenen Gegenwerte erheblich abweichen.

3. Die Verwaltung, die die Schecks ausgibt, bestimmt, nach welchem Kurs die Beträge aus der Währung ihres Landes in die des Bestimmungslands umgerechnet werden.

4. Die Zahl der Schecks, aus denen ein Heft besteht, beträgt höchstens 10; jedes Heft kann Schecks über verschieden hohe Beträge enthalten.

Artikel 42

Gebühr

Die Verwaltung, die die Schecks ausgibt, bestimmt frei die bei der Ausstellung zu erhebende Gebühr.

Artikel 43

Verkaufspreis

Die Verwaltung, die die Schecks ausgibt, kann neben dem einzuzahlenden Betrag und der Gebühr einen Betrag erheben, der den Kosten für die Herstellung der Schecks, ihrer Umschläge und den Kosten für verschiedene zur Herstellung der Hefte erforderliche Arbeiten entspricht.

Kapitel II

Auszahlung der Schecks

Artikel 44

Gültigkeit der Schecks. Auszahlung der Beträge

1. Die Schecks sind, vom Tag der Ausgabe an gerechnet, zwölf Monate gültig; die Monate zählen von Monatstag zu Monatstag ohne Rücksicht auf die Zahl der auf den Einzelmonat entfallenden Kalendertage.

2. Wenn die auszahlende Dienststelle nicht über genügend Zahlungsmittel verfügt, kann sie die Einlösung der Schecks aufschieben, bis sie die Mittel zur Auszahlung beschafft hat.

3. Das Eigentum an den Heften und Schecks ist weder durch Indossament noch durch Zession übertragbar; die Hefte und Schecks können auch nicht verpfändet werden.

Artikel 45

Einspruch gegen die Auszahlung

Vorbehaltlich der Rechtsvorschriften ihrer Länder dürfen die Verwaltungen keinen Einspruch gegen die Auszahlung ordnungsgemäß ausgegebener Schecks berücksichtigen.

Chapitre III

Réclamations. Responsabilité. Comptabilité

Article 46

Réclamations et responsabilité

1. Aucune réclamation ne peut être introduite contre l'Administration d'émission si le carnet n'est pas produit.

2. En cas de perte d'un carnet ou de bons, le réclamant, pour obtenir le remboursement des sommes correspondantes, doit faire la preuve auprès de l'Administration d'émission qu'il a demandé la délivrance d'un carnet de bons et versé la somme totale y afférente.

3. Cette Administration peut procéder au remboursement dans un délai qui ne peut excéder de six mois le délai de validité et après s'être assurée que les titres déclarés perdus n'ont pas été payés.

4. Les Administrations ne sont pas responsables des conséquences que peuvent entraîner la perte, la soustraction ou l'emploi frauduleux de carnets ou de bons.

Article 47

Rémunération de l'Administration de paiement.
Etablissement des comptes

1. L'Administration d'émission attribuée à l'Administration de paiement une rémunération uniforme de 1 franc (0,33 DTS) par bon payé.

2. Le compte des sommes payées au titre des bons est établi mensuellement en même temps que celui des sommes payées au titre des mandats.

Titre V

Dispositions finales

Article 48

Application du présent Arrangement
aux bons postaux de voyage

Le titre II du présent Arrangement est applicable aux bons postaux de voyage en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le titre IV.

Article 49

Application de la Convention

La Convention est applicable, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

Article 50

Exception à l'application de la Constitution

L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

Article 51

Conditions d'approbation des propositions concernant
le présent Arrangement et son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

Kapitel III

Ersatzansprüche. Haftung. Abrechnung

Artikel 46

Ersatzansprüche und Haftung

1. Ersatzansprüche können bei der ausgebenden Verwaltung nur unter Vorlage des Scheckhefts vorgebracht werden.

2. Im Falle des Verlusts eines Scheckhefts oder von Schecks muß der Inhaber, um die betreffenden Beträge erstattet zu bekommen, gegenüber der ausgebenden Verwaltung nachweisen, daß er die Ausgabe eines Scheckhefts verlangt und den in Betracht kommenden Gesamtbetrag eingezahlt hat.

3. Diese Verwaltung kann innerhalb einer Frist, die die Gültigkeitsfrist um nicht mehr als sechs Monate überschreiten darf, erstatten, nachdem sie sich überzeugt hat, daß die als in Verlust geraten erklärten Schecks nicht ausgezahlt worden sind.

4. Die Verwaltungen haften nicht für die Folgen, die der Verlust, die Unterschlagung oder die betrügerische Verwendung von Scheckheften oder Schecks nach sich ziehen können.

Artikel 47

Vergütung an die auszahlende Verwaltung.
Ausstellung der Rechnungen

1. Die ausgebende Verwaltung zahlt der auszahlenden Verwaltung eine einheitliche Vergütung von 1 Franken (0,33 SZR) für jeden ausgezahlten Scheck.

2. Die Rechnung über die auf Schecks ausgezahlten Beträge wird monatlich gleichzeitig mit der Rechnung über die auf Anweisungen ausgezahlten Beträge ausgestellt.

Titel V

Schlußbestimmungen

Artikel 48

Anwendung des vorliegenden Abkommens
auf Postreiseschecks

Titel II dieses Abkommens gilt auch für Postreiseschecks, sofern nicht in Titel IV ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 49

Anwendung des Weltpostvertrags

Der Weltpostvertrag ist gegebenenfalls entsprechend in allen Fällen anwendbar, die nicht ausdrücklich in diesem Abkommen geregelt sind.

Artikel 50

Ausnahme von der Anwendung der Satzung

Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Abkommen.

Artikel 51

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen
zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung

1. Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Billigung durch die Mehrheit der vertretenen und abstimmenden Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen. Mindestens die Hälfte dieser auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent réunir:

- a) l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de modifications aux dispositions des articles 1 à 10, 11, paragraphe 4, 12 à 14, 15, paragraphes 1, 2 et 4, 16 à 18, 19, paragraphe 4, 20, paragraphe 5, 22 à 30, 33 et 48 à 52 du présent Arrangement et 102 à 106, 110, 117, 120, 122, 125, 130 à 136, 140, paragraphe 1, et 161 de son Règlement;
- b) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de modifications aux dispositions du présent Arrangement autres que celles qui sont mentionnées sous lettres a) et c), des articles 107 à 109, 111, 113, 116, 118, 119, 123, 124, 126, 128, 137, 141 et 142 à 148 de son Règlement;
- c) la majorité des suffrages, s'il s'agit de la modification de l'article 20, paragraphe 3, de l'Arrangement et des autres articles du Règlement ou de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement et de son Règlement, hors le cas de différend à soumettre à l'arbitrage prévu à l'article 32 de la Constitution.

Article 52

Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

2. Die in der Zeit zwischen den Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden,

- a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um die Annahme neuer Bestimmungen oder um Änderungen der Bestimmungen der Artikel 1 bis 10, 11, § 4, 12 bis 14, 15 §§ 1, 2 und 4, 16 bis 18, 19 § 4, 20 § 5, 22 bis 30, 33 und 48 bis 52 dieses Abkommens und 102 bis 106, 110, 117, 120, 122, 125, 130 bis 136, 140 § 1 und 161 seiner Vollzugsordnung handelt;
- b) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um Änderungen anderer als der in den Buchstaben a und c erwähnten Bestimmungen dieses Abkommens sowie um Änderungen der Artikel 107 bis 109, 111, 113, 116, 118, 119, 123, 124, 126, 128, 137, 141 und 142 bis 148 seiner Vollzugsordnung handelt;
- c) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um Änderungen des Artikels 20 § 3 dieses Abkommens und der übrigen Artikel der Vollzugsordnung oder um die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung handelt; das gilt nicht bei Meinungsverschiedenheiten, die vor dem Schiedsgericht nach Artikel 32 der Satzung ausgetragen werden sollen, erhalten.

Artikel 52

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder dieses Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft niedergelegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984.

Postgiroabkommen

Arrangement concernant le service des chèques postaux

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Titre I Dispositions préliminaires	Titel Einleitende Bestimmungen
Art. 1. Objet de l'Arrangement 2. Relations financières entre les Administrations participantes 3. Alimentation des comptes courants postaux de liaison. Intérêts moratoires 4. Bureaux d'échange 5. Application de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage et de son Règlement d'exécution	Artikel 1 Gegenstand des Abkommens 2 Finanzieller Ausgleich zwischen den am Postgirodienst teilnehmenden Verwaltungen 3 Unterhaltung von Guthaben auf den Verbindungskonten. Verzugszinsen 4 Vermittlungsgiroämter 5 Anwendung des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens und seiner Vollzugsordnung
Titre II Virements postaux Chapitre I Conditions d'admission et d'exécution des ordres de virement 6. Modes d'échange 7. Monnaie. Conversion 8. Montant maximal 9. Taxes 10. Franchise de taxe 11. Avis de virement 12. Dispositions particulières aux virements télégraphiques 13. Inscription au compte du bénéficiaire. Avis d'inscription 14. Notification des virements Chapitre II Annulation. Réclamations 15. Annulation des virements 16. Réclamations 17. Virements non portés au crédit du compte du bénéficiaire Chapitre III Responsabilité 18. Principe et étendue de la responsabilité 19. Exceptions au principe de la responsabilité 20. Détermination de la responsabilité	Titel II Postüberweisungen Kapitel I Zulassungs- und Durchführungsbedingungen für Überweisungsaufträge 6 Arten des Austauschs 7 Währung. Umrechnung 8 Höchstbetrag 9 Gebühren 10 Gebührenfreiheit 11 Gutschriftzettel 12 Besondere Bestimmungen für telegrafische Überweisungen 13 Gutschrift. Gutschriftanzeige 14 Übermittlung der Überweisungen Kapitel II Zurückziehung. Nachforschungsanträge 15 Zurückziehung von Überweisungsaufträgen 16 Nachforschungsanträge 17 Überweisungen, die dem Konto des Empfängers nicht gutgeschrieben worden sind Kapitel III Haftung 18 Grundsatz und Umfang der Haftung 19 Ausnahmen von der Haftung 20 Feststellung der Haftung

Art.	Artikel
21. Paiement des sommes dues. Recours	21 Zahlung der geschöldeten Beträge. Rückgriff
22. Délai de paiement	22 Zahlungsfrist
23. Remboursement à l'Administration intervenante	23 Erstattung an die Verwaltung, die vorläufig Ersatz geleistet hat

Titre III

Versements aux comptes courants postaux

24. Dispositions générales
25. Modes d'échange des versements

Titre IV

Paiements effectués par chèques d'assignation ou mandats de poste

Chapitre I

Dispositions générales

26. Modalités d'exécution des paiements

Chapitre II

Emission des chèques d'assignation

27. Monnaie. Conversion
28. Montant maximal à l'émission
29. Taxe à percevoir sur le tireur
30. Utilisation de la voie des télécommunications pour la transmission des chèques d'assignation

Chapitre III

Particularités relatives à certaines facultés accordées au public

31. Avis de paiement. Remise par exprès. Paiement en main propre. Communication destinée au bénéficiaire. Retrait. Modification d'adresse. Endossement
32. Réexpédition

Chapitre IV

Paiement des chèques d'assignation

33. Dispositions diverses

Chapitre V

Chèques d'assignation impayés. Autorisation de paiement

34. Chèques d'assignation impayés
35. Autorisation de paiement
36. Chèques d'assignation prescrits

Chapitre VI

Responsabilité

37. Principe et étendue de la responsabilité

Chapitre VII

Rémunération de l'Administration de paiement

38. Rémunération de l'Administration de paiement

Titel III

Einzahlungen auf Postgirokonten

- 24 Allgemeine Bestimmungen
25 Arten des Austauschs der Zahlkarten

Titel IV

Auszahlungen durch Zahlungsanweisungen oder Postanweisungen

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

- 26 Zahlungsarten

Kapitel II

Ausstellung der Zahlungsanweisungen

- 27 Währung. Umrechnung
28 Höchstbetrag der Ausstellung
29 Vom Aussteller zu erhebende Gebühr
30 Benutzung der Fernmeldeeinrichtungen für die Übermittlung der Zahlungsanweisungen

Kapitel III

Einzelheiten über bestimmte, den Postbenutzern eingeräumte Befugnisse

- 31 Auszahlungsschein. Eilzustellung. Eigenhändige Auszahlung. Mitteilungen an den Empfänger. Zurückziehung. Änderung der Aufschrift. Indossament
32 Nachsendung

Kapitel IV

Auszahlung der Zahlungsanweisungen

- 33 Verschiedene Bestimmungen

Kapitel V

Nichtausgezahlte Zahlungsanweisungen. Zahlungsermächtigung

- 34 Nichtausgezahlte Zahlungsanweisungen
35 Zahlungsermächtigung
36 Verjährte Zahlungsanweisungen

Kapitel VI

Haftung

- 37 Grundsatz und Umfang der Haftung

Kapitel VII

Vergütung für die Bestimmungsverwaltung

- 38 Vergütung für die Bestimmungsverwaltung

Titre V Autres paiements effectués par débit des comptes courants postaux Art. 39. Dispositions générales	Titel V Andere Zahlungen aus Lastbuchungen von Postgirokonten Artikel 39 Allgemeine Bestimmungen
Titre VI Délivrance de devises aux voyageurs Chapitre I Postchèques 40. Délivrance des postchèques 41. Monnaie. Taux de conversion 42. Montant maximal 43. Taxes 44. Durée de validité 45. Règles générales de paiement 46. Rémunération de l'Administration de paiement 47. Responsabilité Chapitre II Chèques postaux de voyage 48. Chèques postaux de voyage	Titel VI Aushändigung von Devisen an Reisende Kapitel I Postcheques 40 Ausgabe von postcheques 41 Währung. Umrechnungskurs 42 Höchstbetrag 43 Gebühren 44 Gültigkeitsdauer 45 Allgemeine Zahlungsbestimmungen 46 Vergütung für die auszahlende Verwaltung 47 Haftung Kapitel II Postreiseschecks 48 Postreiseschecks
Titre VII Règlement par virement des valeurs domiciliées dans les bureaux de chèques postaux 49. Valeurs domiciliées dans les bureaux de chèques postaux 50. Taxe 51. Responsabilité	Titel VII Erledigung der bei den Postgiroämtern zahlbar gestellten Papiere durch Postüberweisung 49 Bei den Postgiroämtern zahlbar gestellte Papiere 50 Gebühr 51 Haftung
Titre VIII Dispositions diverses 52. Demande d'ouverture d'un compte courant postal à l'étranger 53. Franchise postale 54. Liste des titulaires de comptes	Titel VIII Verschiedene Bestimmungen 52 Antrag auf Eröffnung eines Postgirokontos im Ausland 53 Gebührenfreiheit 54 Verzeichnis der Postgiroteilnehmer
Titre IX Dispositions finales 55. Application de la Convention 56. Exception à l'application de la Constitution 57. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution 58. Mise à exécution et durée de l'Arrangement	Titel IX Schlußbestimmungen 55 Anwendung des Weltpostvertrags 56 Ausnahme bei der Anwendung der Satzung 57 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung 58 Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Arrangement concernant le service des chèques postaux

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Titre I

Dispositions préliminaires

Article premier

Objet de l'Arrangement

Le présent Arrangement régit l'ensemble des prestations que le service des chèques postaux est en mesure d'offrir aux usagers des comptes courants postaux et que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

Article 2

Relations financières entre les Administrations participantes

1. Lorsque les Administrations disposent d'une institution de chèques postaux, chacune d'elles se fait ouvrir, à son nom auprès de l'Administration correspondante, un compte courant postal de liaison au moyen duquel sont liquidées les dettes et les créances réciproques résultant des échanges effectués au titre du service des chèques postaux et, éventuellement, toutes les autres opérations que les Administrations conviendraient de régler par ce moyen.

2. Lorsque l'Administration de paiement ne dispose pas d'une institution de chèques postaux, l'Administration d'émission des chèques d'assignation correspond avec celle-ci conformément aux articles 29 et 30 de l'Arrangement concernant les mandats de poste.

Article 3

Alimentation des comptes courants postaux de liaison. Intérêts moratoires

1. Chaque Administration entretient auprès de l'Administration du pays correspondant un avoir en monnaie de ce pays sur lequel sont prélevées les sommes dues. Le cas échéant, les sommes transférées pour constituer ou alimenter cet avoir sont inscrites au crédit du compte courant postal de liaison ouvert par l'Administration de destination au nom de l'Administration d'origine.

2. Cet avoir ne peut, en aucun cas, recevoir une affectation autre sans le consentement de l'Administration qui l'a constitué.

3. Si cet avoir est insuffisant pour couvrir les ordres donnés, les virements, les versements et les paiements sont néanmoins exécutés, sous réserve des paragraphes 5 et 6 suivants.

4. L'Administration créancière a le droit d'exiger en tout temps le paiement des sommes dues; éventuellement, elle fixe la date à laquelle le paiement devra être effectué, en tenant compte des délais de transfert.

Postgiroabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien geschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 § 3 dieser Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Titel I

Einleitende Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt alle Leistungen, die der Postgirodienst den Benutzern von Postgirokonto anbieten kann und deren Durchführung die vertragschließenden Länder in ihren gegenseitigen Beziehungen vereinbaren.

Artikel 2

Finanzieller Ausgleich zwischen den am Postgirodienst teilnehmenden Verwaltungen

1. Wenn die Verwaltungen über einen Postgirodienst verfügen, läßt jede dieser Verwaltungen bei der in Betracht kommenden anderen Verwaltung ein Verbindungskonto auf ihren Namen eröffnen, über das die gegenseitigen Schulden und Forderungen abgewickelt werden, die sich aus dem Zahlungsaustausch des Postgirodienstes ergeben; gegebenenfalls können auch alle anderen Zahlungen nach Vereinbarung zwischen den Verwaltungen auf diesem Wege abgewickelt werden.

2. Wenn die auszahlende Verwaltung über keinen Postgirodienst verfügt, rechnet die Verwaltung, die Zahlungsanweisungen ausstellt, mit ihr nach den Artikeln 29 und 30 des Postanweisungsabkommens ab.

Artikel 3

Unterhaltung von Guthaben auf Verbindungskonten. Verzugszinsen

1. Jede Verwaltung unterhält bei der in Betracht kommenden anderen Verwaltung ein Guthaben in deren Landeswährung, aus dem die geschuldeten Beträge beglichen werden. Gegebenenfalls werden die zur Bildung oder Auffüllung dieses Guthabens überwiesenen Beträge dem Verbindungskonto gutgeschrieben, das die Bestimmungsverwaltung im Namen der Einlieferungsverwaltung eröffnet hat.

2. In keinem Fall darf dieses Guthaben ohne Zustimmung der Verwaltung, die es errichtet hat, zu einem anderen Zweck verwendet werden.

3. Wenn dieses Guthaben zur Deckung der erteilten Aufträge nicht ausreicht, werden Überweisungen, Ein- und Auszahlungen vorbehaltlich der Bestimmungen in den folgenden §§ 5 und 6 dennoch ausgeführt.

4. Die Gläubigerverwaltung kann jederzeit die Begleichung der geschuldeten Beträge verlangen; gegebenenfalls setzt sie unter Berücksichtigung der Überweisungsdauer den Tag fest, an dem die Zahlung zu leisten ist.

5. Lorsque le découvert est supérieur à 100 000 francs (32 669,06 DTS), les sommes à régler deviennent productives d'intérêt à l'expiration d'un délai de quinze jours à compter de la notification par voie télégraphique de l'absence de couverture. Le taux de cet intérêt ne peut excéder 6 pour cent par an.

6. Si, après application du paragraphe 5, l'Administration débitrice ne procède pas au paiement dans les quinze jours qui suivent, l'Administration créancière peut suspendre le service huit jours après l'envoi d'un préavis télégraphique.

7. Il ne peut être porté atteinte au présent article par aucune mesure unilatérale telle que moratoire, interdiction de transfert, etc.

Article 4

Bureaux d'échange

L'échange des listes de virements, de versements ou de chèques d'assignation, les régularisations éventuelles de toutes natures ont lieu exclusivement par l'intermédiaire des bureaux de chèques dits «bureaux d'échange» désignés par l'Administration de chacun des pays contractants.

Article 5

Application de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage et de son Règlement d'exécution

Sous réserve des dispositions énoncées dans le présent Arrangement, les échanges de versements et de paiements sont soumis aux dispositions de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage et de son Règlement d'exécution.

Titre II

Virements postaux

Chapitre I

Conditions d'admission et d'exécution des ordres de virement

Article 6

Modes d'échange

Les virements postaux peuvent être échangés soit par voie postale, soit, si les virements télégraphiques sont admis dans les relations entre pays intéressés, par tous moyens de télécommunications.

Article 7

Monnaie. Conversion

1. Sauf entente spéciale, le montant des virements est exprimé en monnaie du pays de destination.

2. Toutefois, chaque Administration peut admettre que ledit montant soit indiqué en monnaie du pays d'origine par le titulaire du compte à débiter.

3. L'Administration d'origine fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de destination.

5. Wenn der ungedeckte Betrag höher ist als 100 000 Franken (32 669,06 SZR), sind nach Ablauf einer Frist von 15 Tagen, gerechnet von der telegrafischen Benachrichtigung über die fehlende Deckung an, Verzugszinsen für die geschuldeten Beträge zu zahlen. Der Zinssatz hierfür darf 6 v. H. jährlich nicht übersteigen.

6. Wenn nach Anwendung des § 5 die Schuldnerverwaltung innerhalb der folgenden 15 Tage nicht zahlt, kann die Gläubigerverwaltung den Dienst 8 Tage nach der Absendung einer telegrafischen Ankündigung einstellen.

7. Dieser Artikel darf durch keine einseitige Maßnahme wie Moratorien, Transferverbot usw. verletzt werden.

Artikel 4

Vermittlungsgiroämter

Der Austausch der Überweisungs-, Zahlkarten- und Zahlungsanweisungslisten sowie gegebenenfalls aller anderen Zahlungen erfolgt ausschließlich durch „Vermittlungsgiroämter“ genannte Giroämter, die von der Verwaltung jedes der vertragschließenden Länder bestimmt werden.

Artikel 5

Anwendung des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens und seiner Vollzugsordnung

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Abkommens unterliegt der Austausch der Zahlkarten und Zahlungsanweisungen den Bestimmungen des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens und seiner Vollzugsordnung.

Titel II

Postüberweisungen

Kapitel I

Zulassungs- und Durchführungsbedingungen für Überweisungsaufträge

Artikel 6

Arten des Austauschs

Postüberweisungen können entweder auf dem Postwege oder, wenn telegrafische Postüberweisungen im Verkehr zwischen den beteiligten Ländern zugelassen sind, über alle Fernmeldeeinrichtungen ausgetauscht werden.

Artikel 7

Währung. Umrechnung

1. Sofern nichts anderes vereinbart ist, wird der Betrag der Überweisungen in der Währung des Bestimmungslandes angegeben.

2. Jede Verwaltung kann jedoch zulassen, daß dieser Betrag vom Inhaber des Lastschriftkontos in der Währung des Einlieferungslandes angegeben wird.

3. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt, nach welchem Kurs die Beträge aus ihrer Währung in die des Bestimmungslandes umgerechnet werden.

Article 8**Montant maximal**

Chaque Administration a la faculté de limiter le montant des virements que tout titulaire de compte peut ordonner soit dans une journée, soit au cours d'une période déterminée.

Article 9**Taxes**

1. L'Administration d'émission détermine la taxe qu'elle exige du tireur d'un virement postal et qu'elle garde en entier.

2. L'inscription d'un virement au crédit d'un compte courant postal ne peut être soumise à une taxe supérieure à celle qui est éventuellement perçue pour une même opération dans le service intérieur.

Article 10**Franchise de taxe**

Sont exonérés de toutes taxes les virements relatifs au service postal échangés dans les conditions prévues à l'article 15 de la Convention.

Article 11**Avis de virement**

1. Tout virement transmis par la voie postale fait l'objet d'un avis de virement établi soit par le tireur, soit par le bureau de chèques postaux détenteur de son compte.

2. Le verso de cet avis ou une partie déterminée du recto peuvent être utilisés pour une brève communication particulière destinée au bénéficiaire.

3. Les avis de virement sont envoyés sans frais aux bénéficiaires après inscription des sommes virées au crédit de leurs comptes.

Article 12**Dispositions particulières
aux virements télégraphiques**

1. Les virements télégraphiques sont soumis aux dispositions du Règlement télégraphique annexé à la Convention internationale des télécommunications.

2. En sus de la taxe prévue à l'article 9, le tireur d'un virement télégraphique paie la taxe prévue pour la transmission par la voie des télécommunications, y compris éventuellement celle d'une communication particulière destinée au bénéficiaire.

3. Pour chaque virement télégraphique, le bureau de chèques postaux destinataire établit un avis d'arrivée ou un avis de virement du service interne ou international et l'adresse sans frais au bénéficiaire.

Article 13**Inscription au compte du bénéficiaire. Avis d'inscription**

1. Après en avoir avisé les Administrations intéressées, l'Administration de destination a la faculté, lors de l'inscription au crédit du compte du bénéficiaire et si sa législation l'exige, soit de négliger les fractions d'unité monétaire, soit d'arrondir la somme à l'unité monétaire la plus voisine ou au dixième d'unité le plus voisin.

2. Dans les relations entre pays dont les Administrations se sont mises d'accord, le tireur peut demander à recevoir avis de

Artikel 8**Höchstbetrag**

Jede Verwaltung kann einen Überweisungsbetrag bestimmen, über den hinaus ein Kontoinhaber im Laufe eines Tages oder eines bestimmten Zeitraums keine Überweisungsaufträge erteilen darf.

Artikel 9**Gebühren**

1. Die Einlieferungsverwaltung setzt die Gebühren fest, die sie vom Aussteller einer Postüberweisung erhebt; diese Gebühr verbleibt ihr ganz.

2. Für die Gutschrift eines Überweisungsbetrags auf einem Postgirokonto darf keine höhere Gebühr erhoben werden als gegebenenfalls für die gleiche Dienstleistung im Inlandsdienst.

Artikel 10**Gebührenfreiheit**

Postdienstliche Überweisungen, die unter den in Artikel 15 des Weltpostvertrags vorgesehenen Bedingungen ausgetauscht werden, sind von allen Gebühren befreit.

Artikel 11**Gutschriftzettel**

1. Für jede auf dem Postweg übersandte Überweisung ist entweder vom Aussteller oder von dem Postgiroamt, bei dem sein Konto geführt wird, ein Gutschriftzettel auszustellen.

2. Die Rückseite dieses Gutschriftzettels oder ein bestimmter Teil der Rückseite des Gutschriftzettels können für eine kurze persönliche Mitteilung an den Empfänger benutzt werden.

3. Die Gutschriftzettel werden den Empfängern nach Gutschrift der Überweisungsbeträge auf ihren Konten gebührenfrei übersandt.

Artikel 12**Besondere Bestimmungen
für telegrafische Überweisungen**

1. Telegrafische Überweisungen unterliegen den Bestimmungen der den internationalen Fernmeldevertrag ergänzenden Vollzugsordnung für den Telegrafendienst.

2. Zusätzlich zu der in Artikel 9 vorgesehenen Gebühr zahlt der Aussteller einer telegrafischen Überweisung die für die Übermittlung auf dem Fernmeldeweg vorgesehene Gebühr, gegebenenfalls einschließlich der Gebühr für eine persönliche Mitteilung an den Gutschriftsempfänger.

3. Für jede telegrafische Überweisung fertigt das Postgiroamt des Bestimmungslandes einen Eingangs- oder Gutschriftzettel des Inlands- oder Auslandsdienstes aus und sendet ihn gebührenfrei an den Empfänger.

Artikel 13**Gutschrift. Gutschriftenanzeige**

1. Nach vorheriger Verständigung der beteiligten Verwaltungen kann die Bestimmungsverwaltung, sofern sie dazu gesetzlich verpflichtet ist, bei Gutschrift der Überweisungsbeträge Bruchteile einer Währungseinheit entweder unberücksichtigt lassen oder sie auf die nächste volle Währungseinheit oder auf das nächste volle Zehntel einer Währungseinheit auf- oder abrunden.

2. Im Verkehr zwischen Ländern, deren Verwaltungen Entsprechendes vereinbart haben, kann der Aussteller einer

l'inscription au crédit du compte du bénéficiaire. L'article 48 de la Convention est applicable aux avis d'inscription.

3. La taxe à percevoir conformément au paragraphe 2 est prélevée sur le compte du tireur.

Article 14

Notification des virements

1. Les virements sont notifiés par l'Administration d'origine à l'Administration de destination au moyen de listes.

2. Sauf entente spéciale, les sommes à virer sont exprimées, sur la liste, en monnaie du pays de destination.

Chapitre II

Annulation. Réclamations

Article 15

Annulation des virements

Le tireur d'un virement peut, aux conditions fixées à l'article 33 de la Convention, faire annuler ce virement aussi longtemps que l'inscription au crédit du compte du bénéficiaire n'a pas été effectuée. Toute demande d'annulation doit être formulée par écrit et adressée à l'Administration à laquelle le tireur a donné l'ordre de virement.

Article 16

Réclamations

1. Toute réclamation concernant l'exécution d'un virement est adressée par le tireur à l'Administration à laquelle il a donné l'ordre de virement, sauf s'il a autorisé le bénéficiaire à s'entendre avec l'Administration qui tient le compte de celui-ci.

2. L'article 42 de la Convention est applicable aux réclamations.

Article 17

Virements non portés au crédit du compte du bénéficiaire

Le montant de tout virement qui, pour une cause quelconque, n'a pas pu être porté au crédit du compte du bénéficiaire est reporté au crédit du compte du tireur.

Chapitre III

Responsabilité

Article 18

Principe et étendue de la responsabilité

1. Les Administrations sont responsables des sommes portées au débit du compte du tireur jusqu'au moment où le virement a été régulièrement exécuté.

2. Les Administrations sont responsables des indications erronées fournies par leur service sur les listes de virements ou sur les virements télégraphiques. La responsabilité s'étend aux erreurs de conversion et aux erreurs de transmission.

Überweisung eine Anzeige über die Gutschrift des Überweisungsbetrags auf dem Konto des Empfängers verlangen. Artikel 48 des Weltpostvertrags ist auch auf Gutschriftanzeigen anzuwenden.

3. Die nach § 2 zu erhebende Gebühr wird vom Konto des Ausstellers der Überweisung abgebucht.

Artikel 14

Übermittlung der Überweisungen

1. Überweisungen werden zwischen der Einlieferungsverwaltung und der Bestimmungsverwaltung mittels Listen ausgetauscht.

2. Wenn nichts anderes vereinbart ist, werden die Überweisungsbeträge in der Liste in der Währung des Bestimmungslands angegeben.

Kapitel II

Zurückziehung. Nachforschungsanträge

Artikel 15

Zurückziehung von Überweisungsaufträgen

Der Aussteller einer Überweisung kann diese unter den in Artikel 33 des Weltpostvertrags festgelegten Bedingungen zurückziehen, solange der Überweisungsbetrag noch nicht dem Konto des Empfängers gutgeschrieben ist. Jeder Zurückziehungsantrag muß schriftlich gestellt und an die Verwaltung gerichtet werden, der der Aussteller den Überweisungsauftrag erteilt hat.

Artikel 16

Nachforschungsanträge

1. Jeder Nachforschungsantrag, der die Erledigung einer Überweisung betrifft, ist vom Aussteller der Überweisung an die Verwaltung zu richten, der er den Überweisungsauftrag erteilt hat, es sei denn, er hat den Empfänger ermächtigt, sich mit der Verwaltung ins Benehmen zu setzen, die dessen Konto führt.

2. Auf Nachforschungsanträge ist Artikel 42 des Weltpostvertrags anzuwenden.

Artikel 17

Überweisungen, die dem Konto des Empfängers nicht gutgeschrieben worden sind

Jeder Überweisungsbetrag, der aus irgendeinem Grund dem Konto des Empfängers nicht gutgeschrieben werden konnte, wird wieder dem Konto des Ausstellers der Überweisung gutgebracht.

Kapitel III

Haftung

Artikel 18

Grundsatz und Umfang der Haftung

1. Die Verwaltungen haften solange für die Beträge, mit denen das Konto des Ausstellers einer Überweisung belastet wurde, bis der Überweisungsauftrag ordnungsgemäß ausgeführt worden ist.

2. Die Verwaltungen haften für unrichtige Eintragungen ihrer Dienststellen in den Überweisungslisten oder in telegrafischen Überweisungen. Die Haftung erstreckt sich auf Umrechnungsfehler und auf Fehler bei der Übermittlung.

3. Les Administrations n'assument aucune responsabilité pour les retards qui peuvent se produire dans la transmission et l'exécution des virements.

4. Les Administrations peuvent également convenir entre elles d'appliquer des conditions plus étendues de responsabilité adaptées aux besoins de leurs services intérieurs.

Article 19

Exceptions au principe de la responsabilité

Les Administrations sont dégagées de toute responsabilité:

- a) lorsque, par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure, elles ne peuvent rendre compte de l'exécution d'un virement, à moins que la preuve de leur responsabilité n'ait été autrement administrée;
- b) lorsque le tireur n'a formulé aucune réclamation dans le délai prévu à l'article 42, paragraphe 1, de la Convention.

Article 20

Détermination de la responsabilité

Sous réserve de l'article 24, paragraphes 2 à 5, de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage, la responsabilité incombe à l'Administration du pays dans lequel l'erreur s'est produite.

Article 21

Paiement des sommes dues. Recours

1. L'obligation de désintéresser le réclamant incombe à l'Administration saisie de la réclamation.
2. Quelle que soit la cause du remboursement, la somme à rembourser au tireur d'un virement ne peut dépasser celle qui a été portée au débit de son compte.
3. L'Administration qui a désintéressé le réclamant a le droit d'exercer le recours contre l'Administration responsable.
4. L'Administration qui a supporté en dernier lieu le dommage a un droit de recours, jusqu'à concurrence de la somme payée, contre la personne bénéficiaire de cette erreur.

Article 22

Délai de paiement

1. Le versement des sommes dues au réclamant doit avoir lieu dès que la responsabilité du service a été établie, dans un délai limite de six mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.
2. Si l'Administration présumée responsable, régulièrement saisie, a laissé s'écouler cinq mois sans donner de solution définitive à une réclamation, l'Administration auprès de laquelle la réclamation a été introduite est autorisée à désintéresser le réclamant pour le compte de l'autre Administration.

Article 23

Remboursement à l'Administration intervenante

1. L'Administration responsable est tenue de désintéresser l'Administration qui a remboursé le réclamant, dans un délai de quatre mois à compter du jour de l'envoi de la notification du remboursement.

3. Die Verwaltungen übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, die bei der Übermittlung oder der Erledigung der Überweisung entstehen können.

4. Die Verwaltungen können auch weitergefaßte Haftungsbedingungen, die den Erfordernissen ihrer Inlandsdienste angeglichen sind, vereinbaren.

Artikel 19

Ausnahmen von der Haftung

Die Verwaltungen sind von jeder Haftung frei:

- a) wenn sie über die Erledigung eines Überweisungsauftrags deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere infolge höherer Gewalt vernichtet worden sind, sofern der Beweis ihrer Haftpflicht nicht anderweitig erbracht worden ist;
- b) wenn der Aussteller einer Überweisung innerhalb der in Artikel 42 § 1 des Weitpostvertrags vorgesehenen Frist keinen Nachforschungsantrag gestellt hat.

Artikel 20

Feststellung der Haftung

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 24 §§ 2 bis 5 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens haftet die Verwaltung des Landes, in dem der Fehler entstanden ist.

Artikel 21

Zahlung der geschuldeten Beträge. Rückgriff

1. Zur Entschädigung des Ersatzberechtigten ist die Verwaltung verpflichtet, gegenüber der der Ersatzanspruch geltend gemacht worden ist.
2. Der dem Aussteller einer Überweisung zu erstattende Betrag darf, unabhängig vom Grund der Erstattung, den Betrag, mit dem sein Konto belastet wurde, nicht überschreiten.
3. Die Verwaltung, die den Ersatzberechtigten entschädigt hat, ist berechtigt, bei der für den Schaden verantwortlichen Verwaltung Rückgriff zu nehmen.
4. Die Verwaltung, die letztlich den Schaden getragen hat, hat bis zur Höhe des erstatteten Betrags ein Rückgriffsrecht gegenüber dem durch den Fehler Begünstigten.

Artikel 22

Zahlungsfrist

1. Die dem Ersatzberechtigten geschuldeten Beträge müssen gezahlt werden, sobald die Haftpflicht der Verwaltungen festgestellt worden ist, spätestens jedoch innerhalb einer Frist von sechs Monaten, von dem auf den Nachforschungsantrag folgenden Tag an gerechnet.
2. Wenn die als für den Schaden verantwortlich anzusehende Verwaltung fünf Monate hat verstreichen lassen, ohne einen ordnungsgemäß bei ihr anhängig gemachten Nachforschungsantrag endgültig zu erledigen, ist die Verwaltung, bei der der Nachforschungsantrag eingegangen ist, ermächtigt, den Ersatzberechtigten auf Rechnung der anderen Verwaltung zu entschädigen.

Artikel 23

Erstattung an die Verwaltung, die vorläufig Ersatz geleistet hat

1. Die für den Schaden verantwortliche Verwaltung hat die Verwaltung, die den Antragsteller entschädigt hat, binnen vier Monaten, vom Tag der Absendung der Mitteilung über die erfolgte Erstattung an gerechnet, zu entschädigen.

2. A l'expiration de ce délai, la somme due à l'Administration qui a remboursé le réclamant devient productive d'intérêts moratoires à raison de 6 pour cent par an.

2. Nach Ablauf dieser Frist ist der Verwaltung, die den Antragsteller entschädigt hat, der geschuldete Betrag mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen.

Titre III

Versements aux comptes courants postaux

Article 24

Dispositions générales

1. Toute personne résidant dans l'un des pays qui assurent le service des versements postaux peut ordonner des versements au profit d'un compte courant postal tenu dans un autre de ces pays.

2. Sous réserve des dispositions particulières ci-après, tout ce qui est expressément prévu pour les virements postaux s'applique également aux versements.

3. L'Administration d'émission détermine la taxe qu'elle exige de l'expéditeur d'un versement postal et qu'elle garde en entier. Cette taxe ne peut pas être supérieure à celle qui est perçue pour l'émission d'un mandat de poste.

4. Un récépissé est délivré gratuitement au déposant au moment du versement des fonds.

5. Sauf entente spéciale, les versements sont notifiés par l'Administration d'origine à l'Administration de destination au moyen de listes.

Article 25

Modes d'échange des versements

1. Les échanges de versements aux comptes courants postaux peuvent être opérés dans les conditions prévues à l'article 6. Ils sont effectués au moyen d'avis de versement ou de mandats de versement.

2. Les Administrations conviennent d'adopter pour l'échange des versements par voie postale le type de formule et la réglementation qui s'adaptent le mieux à l'organisation de leur service. Elles peuvent notamment convenir d'utiliser dans leurs relations réciproques l'avis de versement de leur service intérieur.

3. L'échange par la voie des télécommunications s'opère d'après les dispositions éventuellement prévues pour les mandats télégraphiques.

Titre IV

Paiements effectués par chèques d'assignation ou mandats de poste

Chapitre I

Dispositions générales

Article 26

Modalités d'exécution des paiements

1. Les paiements internationaux effectués par débit des comptes courants postaux peuvent être effectués au moyen de chèques d'assignation, de mandats-cartes ou de mandats-listes.

2. Les Administrations conviennent d'adopter pour le service des paiements la réglementation qui s'adapte le mieux à l'organisation de leur service. Elles peuvent utiliser des formules de leur régime intérieur en représentation de chèques d'assignation qui leur sont adressés.

Titel III

Einzahlungen auf Postgirokonten

Artikel 24

Allgemeine Bestimmungen

1. Jede Person, die ihren Wohnsitz in einem der Länder hat, die den Zahlkartendienst wahrnehmen, kann Zahlkarten einliefern, die einem Postgirokonto in irgendeinem dieser Länder gutgeschrieben werden sollen.

2. Vorbehaltlich der nachstehenden besonderen Bestimmungen gilt alles, was im einzelnen für Überweisungen vorgesehen ist, in gleicher Weise für Zahlkarten.

3. Die Einlieferungsverwaltung setzt die Gebühr fest, die sie vom Einzahler einer Zahlkarte erhebt; diese Gebühr verbleibt ihr ganz. Sie darf nicht höher sein als die Gebühr für die Einlieferung einer Postanweisung.

4. Dem Einlieferer wird bei der Einzahlung von Beträgen unentgeltlich ein Einlieferungsschein ausgehändigt.

5. Sofern nichts anderes vereinbart ist, werden die Zahlkarten zwischen der Bestimmungsverwaltung und der Einlieferungsverwaltung mittels Listen ausgetauscht.

Artikel 25

Arten des Austauschs der Zahlkarten

1. Einzahlungen auf Postgirokonten werden unter den in Artikel 6 vorgesehenen Bedingungen durchgeführt. Sie erfolgen mit Gutschriftzetteln oder Zahlkarten.

2. Die Verwaltungen vereinbaren für die Abwicklung von Einzahlungen auf dem Postweg die Formblätter und die Regelung, die der Organisation ihres Dienstes am besten entsprechen. Sie können insbesondere vereinbaren, in ihren gegenseitigen Beziehungen den Gutschriftzettel ihres Inlandsdienstes zu verwenden.

3. Der Austausch über Fernmeldeeinrichtungen vollzieht sich gegebenenfalls nach den für telegrafische Postanweisungen vorgesehenen Bestimmungen.

Titel IV

Auszahlungen durch Zahlungsanweisungen oder Postanweisungen

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 26

Zahlungsarten

1. Zu Lasten von Postgirokonten erteilte Auslands-Auszahlungsaufträge werden mit Zahlungsanweisungen, Karten- oder Listen-Anweisungen abgewickelt.

2. Die Verwaltungen vereinbaren für die Auszahlung die Regelung, die der Organisation ihres Dienstes am besten entspricht. Sie können anstelle der ihnen übersandten Zahlungsanweisungen Formblätter des Inlandsdienstes verwenden.

3. Les mandats-cartes et les mandats-listes émis en représentation des sommes débitées des comptes courants postaux sont soumis aux dispositions de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage et de son Règlement d'exécution.

Chapitre II

Emission des chèques d'assignation

Article 27

Monnaie. Conversion

L'article 7 s'applique aux chèques d'assignation.

Article 28

Montant maximal à l'émission

L'Administration d'origine a la faculté de limiter le montant des paiements que tout tireur peut ordonner soit dans une journée, soit au cours d'une période déterminée.

Article 29

Taxe à percevoir sur le tireur

L'Administration d'origine détermine la taxe qu'elle exige du tireur d'un chèque d'assignation.

Article 30

Utilisation de la voie des télécommunications pour la transmission des chèques d'assignation

1. Les chèques d'assignation peuvent être transmis par la voie des télécommunications, soit entre le bureau d'échange de l'Administration d'origine et le bureau d'échange de l'Administration de paiement, soit entre le bureau d'échange de l'Administration d'origine et le bureau de poste chargé du paiement, lorsque les Administrations conviennent d'utiliser ce mode de transmission.

2. Les articles 4 et 8 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage s'appliquent aux chèques d'assignation télégraphiques.

Chapitre III

Particularités relatives à certaines facultés accordées au public

Article 31

Avis de paiement. Remise par exprès.

Paiement en main propre.

Communication destinée au bénéficiaire.

Retrait. Modification d'adresse. Endossement.

Les articles 9, 10 et 12 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage sont applicables aux chèques d'assignation.

Article 32

Réexpédition

1. Le chèque d'assignation ne peut être réexpédié en dehors des limites du pays de destination.

2. Lorsque le bénéficiaire a fixé sa résidence hors du pays de première destination, le chèque d'assignation est traité comme chèque impayé. Si la réglementation intérieure du pays d'origine le permet, le tireur est avisé de la nouvelle adresse du bénéficiaire.

3. Die Karten- und Listen-Anweisungen, die auf Grund der Beträge ausgestellt werden, mit denen Postgirokonto belastet wurden, unterliegen den Bestimmungen des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens und seiner Vollzugsordnung.

Kapitel II

Ausstellung der Zahlungsanweisungen

Artikel 27

Währung. Umrechnung

Artikel 7 gilt auch für Zahlungsanweisungen.

Artikel 28

Höchstbetrag der Ausstellung

Die Einlieferungsverwaltung kann einen Höchstbetrag festsetzen, den der Aussteller einer Zahlungsanweisung im Laufe eines Tages oder eines bestimmten Zeitraums nicht überschreiten darf.

Artikel 29

Vom Aussteller zu erhebende Gebühr

Die Einlieferungsverwaltung setzt die Gebühr fest, die sie vom Aussteller einer Zahlungsanweisung erhebt.

Artikel 30

Benutzung der Fernmeldeeinrichtungen für die Übermittlung der Zahlungsanweisungen

1. Wenn die Verwaltungen mit dieser Art der Übermittlung einverstanden sind, können Zahlungsanweisungen über Fernmeldeeinrichtungen entweder zwischen dem Vermittlungsgiroamt der Einlieferungsverwaltung und dem Vermittlungsgiroamt der Bestimmungsverwaltung oder zwischen dem Vermittlungsgiroamt der Einlieferungsverwaltung und dem mit der Auszahlung betrauten Postamt übermittelt werden.

2. Die Artikel 4 und 8 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens gelten auch für telegrafische Zahlungsanweisungen.

Kapitel III

Einzelheiten über bestimmte, den Postbenutzern eingeräumte Befugnisse

Artikel 31

Auszahlungsschein. Eilzustellung.

Eigenhändige Auszahlung. Mitteilung an den Empfänger.

Zurückziehung. Änderung der Aufschrift.

Indossament

Die Artikel 9, 10 und 12 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens gelten auch für Zahlungsanweisungen.

Artikel 32

Nachsendung

1. Zahlungsanweisungen können nicht über die Grenzen des Bestimmungslandes hinaus nachgesandt werden.

2. Hat der Empfänger seinen Wohnsitz außerhalb des ersten Bestimmungslandes, wird die Zahlungsanweisung als nicht ausgezahlte Anweisung behandelt. Wenn es die inneren Vorschriften des Einlieferungslandes gestatten, wird der Aussteller von der neuen Anschrift des Empfängers unterrichtet.

Chapitre IV

Paiement des chèques d'assignation

Article 33

Dispositions diverses

1. L'Administration de paiement n'est pas tenue d'assurer le paiement à domicile des chèques d'assignation dont le montant excède celui des mandats de poste habituellement payés à domicile.

2. En ce qui concerne la durée de validité, le visa pour date, les règles générales de paiement, la remise par exprès, les taxes éventuellement perçues sur le bénéficiaire, les dispositions particulières au paiement télégraphique, les articles 13 à 18 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage sont applicables aux chèques d'assignation pour autant que les règles du service intérieur ne s'y opposent pas.

Chapitre V

Chèques d'assignation impayés.
Autorisation de paiement

Article 34

Chèques d'assignation impayés

Le montant de tout chèque d'assignation qui n'a pu être payé pour l'un des motifs indiqués à l'article 19 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage est remis à la disposition du service des chèques postaux de l'Administration d'origine par l'intermédiaire du bureau d'échange des chèques postaux de l'Administration de paiement pour être réinscrit au crédit du compte du tireur.

Article 35

Autorisation de paiement

1. Tout chèque d'assignation égaré, perdu ou détruit avant paiement peut à la demande du tireur ou du bénéficiaire être remplacé par une autorisation de paiement délivrée par l'Administration de paiement.

2. A l'exception du paragraphe 1, l'article 20 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage s'applique aux autorisations de paiement établies en remplacement d'un chèque d'assignation.

Article 36

Chèques d'assignation prescrits

L'article 21 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage est applicable aux chèques d'assignation prescrits.

Chapitre VI

Responsabilité

Article 37

Principe et étendue de la responsabilité

1. Les Administrations sont responsables des sommes portées au débit du compte du tireur jusqu'au moment où le chèque d'assignation a été régulièrement payé.

Kapitel IV

Auszahlung der Zahlungsanweisungen

Artikel 33

Verschiedene Bestimmungen

1. Die auszahlende Verwaltung ist nicht verpflichtet, Zahlungsanweisungen in der Wohnung des Empfängers auszu zahlen, wenn deren Betrag höher ist als der Betrag von Postanweisungen, die gewöhnlich in der Wohnung ausgezahlt werden.

2. Hinsichtlich der Gültigkeitsdauer, des Gültigkeitsvermerks, der allgemeinen Bestimmungen für die Auszahlung, der Eilzustellung, der gegebenenfalls vom Empfänger zu erhebenden Gebühren, der Sonderbestimmungen für die Auszahlung telegrafischer Anweisungen gelten die Artikel 13 bis 18 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens für Zahlungsanweisungen insoweit, als die Bestimmungen des Inlandsdienstes dem nicht entgegenstehen.

Kapitel V

Nichtausgezahlte Zahlungsanweisungen.
Zahlungsermächtigung

Artikel 34

Nichtausgezahlte Zahlungsanweisungen

Der Betrag jeder Zahlungsanweisung, der aus einem der in Artikel 19 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens aufgeführten Gründe nicht ausgezahlt werden konnte, wird über das Vermittlungsgiroamt der Bestimmungsverwaltung wieder dem Postgirodienst der Einlieferungsverwaltung zur Verfügung gestellt, damit er dem Konto des Ausstellers wieder gutgeschrieben werden kann.

Artikel 35

Zahlungsermächtigung

1. Jede vor der Auszahlung abhanden gekommene, in Verlust geratene oder vernichtete Zahlungsanweisung kann auf Antrag des Ausstellers oder des Empfängers durch eine von der auszahlenden Verwaltung ausgestellte Zahlungsermächtigung ersetzt werden.

2. Für die zum Ersatz einer Zahlungsanweisung ausgestellte Zahlungsermächtigung gilt mit Ausnahme des § 1 Artikel 20 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens.

Artikel 36

Verjährte Zahlungsanweisungen

Für verjährte Zahlungsanweisungen gilt Artikel 21 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens.

Kapitel VI

Haftung

Artikel 37

Grundsatz und Umfang der Haftung

1. Die Postverwaltungen haften solange für die Beträge, mit denen das Konto des Ausstellers einer Zahlungsanweisung belastet wurde, bis die Zahlungsanweisung ordnungsgemäß ausgezahlt worden ist.

2. Les Administrations sont responsables des indications erronées fournies par leur service sur les listes de chèques d'assignation ou sur les documents remis au service télégraphique pour la transmission des chèques d'assignation télégraphique. La responsabilité s'étend aux erreurs de conversion et aux erreurs de transmission.

3. Les Administrations n'assument aucune responsabilité pour les retards qui peuvent se produire dans la transmission ou le paiement des chèques d'assignation.

4. Les Administrations peuvent également convenir entre elles d'appliquer des conditions plus étendues de responsabilité adaptées aux besoins de leurs services intérieurs.

5. Les articles 23, 24, 25, 26 et 27 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage s'appliquent aux chèques d'assignation.

2. Die Verwaltungen haften für unrichtige Eintragungen ihrer Dienststellen in den Zahlungsanweisungslisten oder in den Papieren, die dem Telegrafendienst zur Übermittlung der telegrafischen Zahlungsanweisungen übergeben wurden. Die Haftung erstreckt sich auch auf Umrechnungsfehler und auf Fehler bei der Übermittlung.

3. Die Verwaltungen übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, die bei der Übersendung oder der Auszahlung der Zahlungsanweisungen vorkommen können.

4. Die Verwaltungen können auch weitergefaßte Haftungsbedingungen, die den Erfordernissen ihrer Inlandsdienste angeglichen sind, vereinbaren.

5. Die Artikel 23, 24, 25, 26 und 27 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens gelten auch für Zahlungsanweisungen.

Chapitre VII

Rémunération de l'Administration de paiement

Article 38

Rémunération de l'Administration de paiement

1. L'Administration d'émission attribue à l'Administration de paiement pour chaque chèque d'assignation une rémunération dont le taux est fixé, en fonction du montant moyen des chèques d'assignation compris dans les lettres d'envoi adressées au cours de chaque mois à:

- 1,80 franc (0,59 DTS) jusqu'à 200 francs (65,34 DTS);
- 2,20 francs (0,72 DTS) au-delà de 200 francs (65,34 DTS) et jusqu'à 400 francs (130,68 DTS);
- 2,70 francs (0,88 DTS) au-delà de 400 francs (130,68 DTS) et jusqu'à 600 francs (196,01 DTS);
- 3,30 francs (1,08 DTS) au-delà de 600 francs (196,01 DTS) et jusqu'à 800 francs (261,35 DTS);
- 4,00 francs (1,31 DTS) au-delà de 800 francs (261,35 DTS) et jusqu'à 1000 francs (326,69 DTS);
- 4,80 francs (1,57 DTS) au-delà des 1000 francs (326,69 DTS).

2. Au lieu des taux prévus au paragraphe 1, les Administrations peuvent toutefois convenir d'attribuer une rémunération uniforme en DTS ou en monnaie du pays de paiement indépendante du montant des chèques d'assignation.

3. La rémunération due à l'Administration de paiement est établie chaque mois de la façon suivante:

- a) le taux de rémunération en DTS à appliquer pour chaque chèque d'assignation est déterminé après conversion en DTS du montant moyen des chèques d'assignation, sur la base de la valeur moyenne du DTS dans la monnaie du pays de paiement telle qu'elle est définie à l'article 104 du Règlement de la Convention;
- b) le montant total en DTS, obtenu pour la rémunération relative à chaque compte, est converti dans la monnaie du pays de paiement sur la base de la valeur réelle du DTS en vigueur le dernier jour du mois auquel le compte se rapporte;
- c) lorsque la rémunération uniforme prévue au paragraphe 2 est fixée en DTS, sa conversion en monnaie du pays de paiement est effectuée comme il est dit à l'alinéa b).

Kapitel VII

Vergütung für die Bestimmungsverwaltung

Artikel 38

Vergütung für die Bestimmungsverwaltung

1. Die ausstellende Verwaltung zahlt der Bestimmungsverwaltung für jede Zahlungsanweisung eine Vergütung, deren Höhe nach dem Durchschnittsbetrag der Zahlungsanweisungen in den Begleitbriefen, die im Laufe eines Monats versandt werden, festgesetzt wird auf:

- 1,80 Franken (0,59 SZR) bis 200 Franken (65,34 SZR)
- 2,20 Franken (0,72 SZR) über 200 Franken (65,34 SZR) bis 400 Franken (130,68 SZR)
- 2,70 Franken (0,88 SZR) über 400 Franken (130,68 SZR) bis 600 Franken (196,01 SZR)
- 3,30 Franken (1,08 SZR) über 600 Franken (196,01 SZR) bis 800 Franken (261,35 SZR)
- 4,00 Franken (1,31 SZR) über 800 Franken (261,35 SZR) bis 1 000 Franken (326,69 SZR)
- 4,80 Franken (1,57 SZR) über 1 000 Franken (326,69 SZR).

2. An Stelle der in § 1 vorgesehenen Sätze können die Verwaltungen jedoch eine einheitliche Vergütung in Sonderziehungsrechten oder in der Währung des Bestimmungslandes vereinbaren, die vom Betrag der Zahlungsanweisung unabhängig ist.

3. Die Vergütung für die Bestimmungsverwaltung wird monatlich wie folgt ermittelt:

- a) der auf jede Zahlungsanweisung anzuwendende Vergütungssatz in Sonderziehungsrechten wird nach Umrechnung des Durchschnittsbetrags der Zahlungsanweisungen in Sonderziehungsrechte auf der Grundlage des Durchschnittswerts des Sonderziehungsrechts in der Währung des Bestimmungslandes nach Artikel 104 der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag festgesetzt;
- b) der als Vergütung für jede Rechnung festgestellte Gesamtbetrag in Sonderziehungsrechten wird auf der Grundlage des tatsächlichen Wertes des Sonderziehungsrechts, der am letzten Tag des Monats gilt, auf den sich die Rechnung bezieht, in die Währung des Bestimmungslandes umgerechnet;
- c) wird die einheitliche Vergütung nach § 2 in Sonderziehungsrechten festgelegt, so erfolgt die Umrechnung in die Währung des Bestimmungslandes nach Buchstabe b).

Titre V**Autres paiements effectués par débit
des comptes courants postaux****Article 39****Dispositions générales**

1. Les paiements internationaux à assurer par débit des comptes courants postaux peuvent également être effectués au moyen de bandes magnétiques ou de tout autre support convenu entre les Administrations.

2. Les Administrations de destination peuvent utiliser des formules de leur régime intérieur en représentation des ordres de paiement qui leur sont ainsi adressés. Les conditions d'échange sont alors fixées dans des conventions particulières adoptées par les Administrations concernées.

Titre VI**Délivrance de devises aux voyageurs****Chapitre I****Postchèques****Article 40****Délivrance des postchèques**

1. Chaque Administration peut délivrer aux titulaires de comptes postaux des postchèques payables à vue aux guichets des bureaux de poste des pays contractants qui conviennent d'instituer ce service dans leurs relations réciproques. Les postchèques peuvent également être remis en paiement à des tiers après entente entre les Administrations contractantes.

2. Il est remis également aux titulaires de comptes postaux auxquels des postchèques ont été délivrés une carte de garantie postchèque qui doit être présentée au moment du paiement.

Article 41**Monnaie. Taux de conversion**

1. Le montant maximal garanti est imprimé au verso de chaque postchèque, ou sur une annexe, en monnaie des divers pays contractants.

2. Sauf accord particulier avec l'Administration de paiement, l'Administration d'émission fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de paiement.

Article 42**Montant maximal**

Le montant maximal qui peut être payé au moyen d'un postchèque est fixé d'un commun accord par les pays contractants.

Article 43**Taxes**

L'Administration d'émission peut percevoir une taxe sur le tireur d'un postchèque.

Article 44**Durée de validité**

1. La durée de validité des postchèques est fixée éventuellement par l'Administration d'émission.

Titel V**Andere Zahlungen
aus Lastbuchungen von Postgirokonten****Artikel 39****Allgemeine Bestimmungen**

1. Auslandszahlungen aus Lastbuchungen von Postgirokonten können auch mit Magnetbändern oder jedem anderen Datenträger, der zwischen den Verwaltungen vereinbart wurde, durchgeführt werden.

2. Die Bestimmungsverwaltungen können an Stelle der an sie gerichteten Zahlungsaufträge Formblätter ihres Inlandsdienstes verwenden. Die Austauschbedingungen werden dann in besonderen Übereinkommen zwischen den Verwaltungen festgelegt.

Titel VI**Aushändigung von Devisen an Reisende****Kapitel I****Postcheques****Artikel 40****Ausgabe von postcheques**

1. Jede Verwaltung kann an Inhaber von Postkonten postcheques ausgeben, die an den Postschaltern der vertragschließenden Länder, die die Einrichtung dieses Dienstes in ihren gegenseitigen Beziehungen vereinbart haben, gegen Vorlage eingelöst werden. Die postcheques können auch, sofern die vertragschließenden Verwaltungen dies vereinbart haben, Dritten an Zahlungs Statt ausgehändigt werden.

2. Den Inhabern von Postkonten, denen postcheques ausgehändigt wurden, wird ebenfalls eine Garantiekarte postcheque ausgeliefert, die bei der Auszahlung vorzulegen ist.

Artikel 41**Währung. Umrechnungskurs**

1. Der garantierte Höchstbetrag ist auf der Rückseite eines jeden postcheques oder auf einem Anhang in der Währung der verschiedenen vertragschließenden Länder aufgedruckt.

2. Falls kein besonderes Übereinkommen mit der auszahlenden Verwaltung besteht, setzt die ausstellende Verwaltung den Kurs für die Umrechnung ihrer Währung in die Währung des auszahlenden Landes fest.

Artikel 42**Höchstbetrag**

Der Höchstbetrag, der mittels eines postcheques gezahlt werden kann, wird von den vertragschließenden Ländern im gegenseitigen Einvernehmen festgesetzt.

Artikel 43**Gebühren**

Die ausstellende Verwaltung kann vom Aussteller eines postcheques eine Gebühr erheben.

Artikel 44**Gültigkeitsdauer**

1. Die Gültigkeitsdauer der postcheques wird gegebenenfalls von der ausstellenden Verwaltung festgelegt.

2. Elle est indiquée sur le postchèque par l'impression de la date ultime de validité.

3. En l'absence d'une telle indication, la validité des postchèques est illimitée.

Article 45

Règles générales de paiement

Le montant des postchèques est versé au bénéficiaire en monnaie légale du pays de paiement aux guichets des bureaux de poste.

Article 46

Rémunération de l'Administration de paiement

Les Administrations qui conviennent de participer au service des postchèques fixent d'un commun accord le montant de la rémunération qui est attribuée à l'Administration de paiement.

Article 47

Responsabilité

L'Administration de paiement est déchargée de toute responsabilité lorsqu'elle peut établir que le paiement a été effectué dans les conditions réglementaires.

Chapitre II

Chèques postaux de voyage

Article 48

Chèques postaux de voyage

1. A tout titulaire d'un compte courant postal tenu dans l'un des pays qui conviennent d'échanger des chèques postaux de voyage, il peut être délivré, sur sa demande, des chèques postaux de voyage payables dans un autre de ces pays.

2. Les conditions d'admission et l'exécution des paiements au moyen de chèques postaux de voyage sont réglées par les pays qui conviennent de les échanger.

Titre VII

Règlement par virement des valeurs domiciliées dans les bureaux de chèques postaux

Article 49

Valeurs domiciliées dans les bureaux de chèques postaux

1. Sous réserve d'accord avec l'Administration du pays domiciliataire, les bureaux de chèques postaux qui reçoivent à l'encaissement des chèques bancaires ou effets de commerce domiciliés dans un bureau de chèques postaux étranger les transmettent au bureau domiciliataire qui procède au règlement par virement postal.

2. Les valeurs doivent satisfaire aux conditions de forme prévues pour les valeurs à recouvrer.

3. Les Administrations arrêtent d'un commun accord les dispositions nécessaires à l'exécution des formalités de protêt ainsi que les conditions dans lesquelles peuvent être acceptés les paiements partiels.

2. Sie wird auf dem postcheque durch Aufdruck des letzten Gültigkeitstags angegeben.

3. Fehlt eine solche Angabe, sind die postcheques unbegrenzt gültig.

Artikel 45

Allgemeine Zahlungsbestimmungen

Der Betrag der postcheques wird dem Berechtigten in der gesetzlichen Währung des Auszahlungslandes an den Postschaltern ausgezahlt.

Artikel 46

Vergütung für die auszahlende Verwaltung

Die Verwaltungen, die die Teilnahme an dem Dienst mit postcheques vereinbaren, setzen die der auszahlenden Verwaltung zu zahlende Vergütung im gegenseitigen Einvernehmen fest.

Artikel 47

Haftung

Die auszahlende Verwaltung ist von jeder Haftung frei, wenn sie nachweisen kann, daß die Auszahlung unter den vorgeschriebenen Bedingungen erfolgt ist.

Kapitel II

Postreiseschecks

Artikel 48

Postreiseschecks

1. Jedem Inhaber eines Postgirokontos, das in einem der Länder geführt wird, die den Austausch von Postreiseschecks vereinbart haben, können auf seinen Antrag Postreiseschecks ausgestellt werden, die in einem anderen dieser Länder ausbezahlt werden sollen.

2. Die Zulassungsbedingungen und die Ausführung der Zahlungen mittels Postreiseschecks werden von den Ländern, die den Austausch vereinbaren, festgelegt.

Titel VII

Erledigung der bei den Postgiroämtern zahlbar gestellten Papiere durch Postüberweisung

Artikel 49

Bei den Postgiroämtern zahlbar gestellte Papiere

1. Vorbehaltlich einer Vereinbarung mit der Verwaltung des Landes, in dem die Papiere zahlbar gestellt sind, senden die Postgiroämter, die die bei einem ausländischen Postgiroamt zahlbar gestellten Bankschecks oder Handelspapiere zur Einziehung empfangen, diese dem als Zahlstelle bezeichneten Amt zu, das sie durch Postüberweisung erledigt.

2. Die Papiere müssen den Formvorschriften für Postauftragspapiere entsprechen.

3. Die Verwaltungen vereinbaren die erforderlichen Bestimmungen über die Erfüllung der Protestförmlichkeiten sowie die Bedingungen, unter denen Teilzahlungen angenommen werden können.

Article 50**Taxe**

Toute valeur prise à l'encaissement par un bureau de chèques postaux peut donner lieu, au profit de l'Administration qui la reçoit, à la perception d'une taxe de 20 centimes (0,07 DTS) au maximum.

Article 51**Responsabilité**

1. Les Administrations sont responsables du montant des valeurs porté au débit des comptes.

2. Les Administrations ne sont tenues à aucune responsabilité du chef des retards:

- a) dans la transmission ou dans la présentation des valeurs;
- b) dans l'établissement des protêts ou dans l'exercice des poursuites judiciaires dont elles se seraient chargées par application de l'article 49, paragraphe 3.

Titre VIII**Dispositions diverses****Article 52****Demande d'ouverture d'un compte courant postal à l'étranger**

1. En cas de demande d'ouverture d'un compte courant postal dans un pays avec lequel le pays de résidence du requérant échange des virements postaux, l'Administration de ce pays est tenue, pour la vérification de la demande, de prêter son concours à l'Administration chargée de tenir le compte.

2. Les Administrations s'engagent à effectuer cette vérification avec tout le soin et toute la diligence désirables, sans toutefois qu'elles aient à assumer de responsabilité de ce chef.

3. Sur demande de l'Administration qui tient le compte, l'Administration du pays de résidence intervient aussi, autant que possible, pour la vérification des renseignements concernant toute modification de la capacité juridique de l'affilié.

Article 53**Franchise postale**

1. Les plis contenant des extraits de comptes adressés par les bureaux de chèques postaux aux titulaires de comptes sont envoyés par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface) et remis en franchise dans tout pays de l'Union.

2. La réexpédition de ces plis dans tout pays de l'Union ne leur enlève, en aucun cas, le bénéfice de la franchise.

Article 54**Liste des titulaires de comptes**

1. Les titulaires de comptes peuvent obtenir, par l'intermédiaire de l'Administration qui tient leurs comptes, les listes de titulaires publiées par les autres Administrations, aux prix déterminés par celles-ci dans leur service intérieur.

2. Chaque Administration fournit aux Administrations des autres pays contractants, à titre gratuit, les listes nécessaires à l'exécution du service.

3. La responsabilité des Administrations ne peut pas être engagée du fait d'erreurs figurant dans la liste des titulaires de comptes.

Artikel 50**Gebühr**

Für jedes zur Einziehung übernommene Papier kann das Postgiroamt zugunsten seiner Verwaltung eine Gebühr von höchstens 20 Centimen (0,07 SZR) erheben.

Artikel 51**Haftung**

1. Die Verwaltungen haften für die Beträge, mit denen die Konten belastet wurden.

2. Die Verwaltungen übernehmen keine Haftung für Verzögerungen bei:

- a) der Übersendung oder Vorzeigung der Papiere;
- b) der Protesterhebung oder der gerichtlichen Beitreibung von Forderungen, die in die Wege zu leiten sie sich gegebenenfalls nach Artikel 49 § 3 verpflichtet haben.

Titel VIII**Verschiedene Bestimmungen****Artikel 52****Antrag auf Eröffnung eines Postgirokontos im Ausland**

1. Wird beantragt, ein Postgirokonto in einem Land zu eröffnen, dessen Verwaltung mit der Verwaltung des Landes, in dem der Antragsteller wohnt, Postüberweisungen austauscht, so ist die Verwaltung dieses Landes verpflichtet, der Verwaltung, die das Konto führen soll, bei der Prüfung des Antrags behilflich zu sein.

2. Die Verwaltungen verpflichten sich, diese Prüfungen sorgfältig und beschleunigt durchzuführen, ohne jedoch hierfür zu haften.

3. Auf Verlangen der kontoführenden Verwaltung vermittelt die Verwaltung des Landes, in dem der Kontoinhaber wohnt, nach Möglichkeit auch Auskünfte über alle Änderungen in den Rechtsverhältnissen des Inhabers.

Artikel 53**Gebührenfreiheit**

1. Sendungen mit Kontoauszügen, die von den Postgiroämtern an die Kontoinhaber gerichtet sind, werden auf dem schnellsten Weg (Luft- oder Land- und Seeweg) übersandt und in allen Vereinsländern gebührenfrei ausgehändigt.

2. Bei Nachsendung dieser Sendungen innerhalb jedes Vereinslandes bleibt die Gebührenfreiheit auf jeden Fall bestehen.

Artikel 54**Verzeichnis der Postgiroteilnehmer**

1. Die Kontoinhaber können durch Vermittlung der kontoführenden Verwaltung die von den anderen Verwaltungen herausgegebenen Verzeichnisse der Kontoinhaber zu den von diesen Verwaltungen in ihrem Inlandsdienst festgesetzten Preisen erhalten.

2. Jede Verwaltung liefert den Verwaltungen der anderen beteiligten Länder unentgeltlich die für die Durchführung des Dienstes erforderlichen Verzeichnisse.

3. Die Verwaltungen haften nicht für Fehler in den Verzeichnissen der Postgiroteilnehmer.

4. Dans le cas où les listes de titulaires ne sont pas publiées ou que de telles informations figurent dans une banque de données, les Administrations conviennent de la manière d'échanger ces informations lorsque les besoins du service l'exigent.

4. Werden die Verzeichnisse der Postgiroteilnehmer nicht veröffentlicht oder sind diese Informationen in einer Datenbank gespeichert, vereinbaren die Verwaltungen, wie diese Informationen auszutauschen sind, wenn dies aus dienstlichen Gründen erforderlich ist.

Titre IX

Dispositions finales

Articles 55

Application de la Convention

La Convention est applicable, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

Article 56

Exception à l'application de la Constitution

L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

Article 57

Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent réunir:

- a) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de la modification des dispositions du présent Arrangement et de son Règlement;
- b) la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation du présent Arrangement et de son Règlement, hors le cas de différend à soumettre à l'arbitrage prévu à l'article 32 de la Constitution.

Article 58

Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Titel IX

Schlußbestimmungen

Artikel 55

Anwendung des Weltpostvertrags

Der Weltpostvertrag ist gegebenenfalls in all den Fällen entsprechend anzuwenden, die nicht ausdrücklich durch dieses Abkommen geregelt sind.

Artikel 56

Ausnahme bei der Anwendung der Satzung

Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Abkommen.

Artikel 57

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung

1. Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Genehmigung durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen. Mindestens die Hälfte dieser auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden, erhalten:

- a) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um die Annahme neuer Bestimmungen oder um Änderungen zu Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung handelt;
- b) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung handelt, es sei denn, es bestehen Meinungsverschiedenheiten, die vor dem Schiedsgericht nach Artikel 32 der Satzung ausgetragen werden sollen.

Artikel 58

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder dieses Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984.

Postnachnahmeabkommen

Arrangement concernant les envois contre remboursement

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Chapitre I

Dispositions préliminaires

- Art.
1. Objet de l'Arrangement

Chapitre II

Conditions générales. Taxes. Transfert des fonds

2. Envois admis
3. Montant maximal
4. Monnaie
5. Modes de règlement avec l'expéditeur
6. Modes d'échange des mandats de remboursement
7. Taxes
8. Annulation ou modification du montant du remboursement
9. Mandats de remboursement et mandats de versement-remboursement
10. Paiement des mandats de remboursement afférents à des colis
11. Non-paiement au bénéficiaire

Chapitre III

Responsabilité

12. Principe et étendue de la responsabilité
13. Exceptions
14. Paiement de l'indemnité. Recours. Délais
15. Détermination de la responsabilité en matière d'encaissement
16. Restitution à l'expéditeur d'un envoi livré au destinataire sans perception du montant du remboursement

Chapitre IV

Dispositions diverses et finales

17. Rémunération de l'Administration d'encaissement
18. Application de la Convention et de certains Arrangements
19. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution
20. Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Kapitel I

Einleitende Bestimmungen

- Artikel
1 Gegenstand des Abkommens

Kapitel II

Allgemeine Bedingungen. Gebühren. Übermittlung der Beträge

- 2 Zugelassene Sendungen
3 Höchstbetrag
4 Währung
5 Abwicklungsverfahren mit dem Absender
6 Arten des Austausches der Nachnahmepostanweisungen
7 Gebühren
8 Streichung oder Änderung des Nachnahmebetrags
9 Nachnahmepostanweisungen und Nachnahmezahlkarten
10 Auszahlung der Nachnahmepostanweisungen zu Postpaketen
11 Nichtzahlung an den Empfänger

Kapitel III

Haftung

- 12 Grundsatz und Umfang der Haftung
13 Ausnahmen
14 Zahlung des Ersatzbetrages. Rückgriff. Fristen
15 Feststellung der Haftung für die richtige Einziehung der Nachnahmebeträge
16 Rückgabe einer dem Empfänger ohne Einziehung des Nachnahmebetrags ausgelieferten Sendung an den Absender

Kapitel IV

Verschiedenes und Schlußbestimmungen

- 17 Vergütung an die Verwaltung des Bestimmungslandes
18 Anwendung des Weltpostvertrags und bestimmter Abkommen des Weltpostvereins
18 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung
20 Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Arrangement concernant les envois contre remboursement

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Chapitre I

Dispositions préliminaires

Article premier

Objet de l'Arrangement

Le présent régit l'échange des envois contre remboursement que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

Chapitre II

Conditions générales. Taxes. Transfert des fonds

Article 2

Envois admis

1. Peuvent être expédiés contre remboursement les envois de la poste aux lettres non recommandés dont le montant du remboursement ne dépasse pas 100 francs (32,67 DTS), les envois recommandés, les lettres avec valeur déclarée ainsi que les colis postaux qui satisfont respectivement aux conditions prévues par la Convention ou l'Arrangement concernant les colis postaux.

2. Les Administrations ont la faculté de n'admettre au service des envois contre remboursement que certaines des catégories d'envois mentionnées ci-dessus.

Article 3

Montant maximal

Lorsque la liquidation du remboursement est effectuée par un mandat de remboursement, le montant de celui-ci ne peut excéder le maximum adopté dans le pays d'encaissement pour l'émission des mandats à destination du pays d'origine de l'envoi. Par contre, lorsque le règlement à expéditeur est effectué par un mandat de versement-remboursement ou par virement, le montant maximal peut s'adapter à celui qui est fixé pour les mandats de versement ou les virements. Dans les deux cas, un maximum plus élevé peut être convenu d'un commun accord.

Article 4

Monnaie

Sauf entente spéciale, le montant du remboursement est exprimé dans la monnaie du pays d'origine de l'envoi; toutefois, en cas de versement ou de virement du remboursement

Postnachnahmeabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter Vorbehalt des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Kapitel I

Einleitende Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt den Austausch von Postnachnahmesendungen, den die vertragschließenden Länder in ihren wechselseitigen Beziehungen einzuführen vereinbaren.

Kapitel II

Allgemeine Bedingungen. Gebühren. Übermittlung der Beträge

Artikel 2

Zugelassene Sendungen

1. Unter Nachnahme können nichteingeschriebene Briefsendungen, deren Nachnahmebetrag 100 Franken (32,67 SZR) nicht übersteigt, Einschreibsendungen, Wertbriefe sowie Postpakete versandt werden, die den im Weltpostvertrag oder im Postpaketabkommen festgesetzten Bedingungen entsprechen.

2. Die Verwaltungen können auch nur einzelne der vorstehend erwähnten Arten von Sendungen zum Nachnahmedienst zulassen.

Artikel 3

Höchstbetrag

Wird der Nachnahmebetrag mit Nachnahmepostanweisung überwiesen, darf diese den im Bestimmungsland für Postanweisungen nach dem Einlieferungsland der Sendung festgesetzten Höchstbetrag nicht überschreiten. Erfolgt dagegen die Zahlung an den Absender mit Nachnahmezahlkarte oder Überweisung, darf der Höchstbetrag dem für Zahlkarten oder Überweisungen festgesetzten Höchstbetrag entsprechen. In beiden Fällen kann ein höherer Höchstbetrag im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden.

Artikel 4

Währung

Wenn nichts anderes vereinbart ist, muß der Nachnahmebetrag in der Währung des Einlieferungslandes der Sendung angegeben werden; im Fall der Einzahlung oder Überweisung

à un compte courant postal tenu dans le pays d'encaissement, ce montant est exprimé dans la monnaie de ce pays.

des Nachnahmebetrags auf ein Postgirokonto im Bestimmungsland der Sendung ist jedoch der Betrag in der Währung dieses Landes anzugeben.

Article 5

Modes de règlement avec l'expéditeur

Les fonds destinés à l'expéditeur des envois peuvent lui être envoyés:

- a) par mandat de remboursement dont le montant est payé en espèces dans le pays d'origine de l'envoi; ce montant peut, toutefois, lorsque la réglementation de l'Administration de paiement le permet, être versé à un compte courant postal tenu dans ce pays;
- b) par mandat de versement-remboursement dont le montant doit être porté au crédit d'un compte courant postal tenu dans le pays d'origine de l'envoi, lorsque la réglementation de l'Administration de ce pays le permet;
- c) par virement ou versement à un compte courant postal tenu soit dans le pays d'encaissement, soit dans le pays d'origine de l'envoi, dans les cas où les Administrations intéressées admettent ces procédés.

Article 6

Modes d'échange des mandats de remboursement

L'échange des mandats de remboursement peut, au choix des Administrations, s'opérer au moyen de cartes ou de listes. Dans le premier cas, les titres sont dénommés «mandats-cartes de remboursement» et dans le second cas «mandats-listes de remboursement».

Article 7

Taxes

1. L'Administration d'origine de l'envoi détermine librement la taxe à verser par l'expéditeur, en sus des taxes postales applicables à la catégorie à laquelle appartient l'envoi, lorsque le règlement est exécuté au moyen d'un mandat de remboursement ou d'un mandat de versement-remboursement.

2. La taxe appliquée à un envoi contre remboursement liquidé au moyen d'un mandat de versement-remboursement doit être inférieure à celle qui serait appliquée à un envoi de même montant liquidé au moyen d'un mandat de remboursement.

3. Les mandats de remboursement et les mandats de versement-remboursement sont envoyés d'office par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface) au bureau payeur ou au bureau des chèques postaux chargé de la mise en compte.

4. Si le montant du remboursement doit être réglé au moyen d'un bulletin de versement ou d'un avis de versement ou de virement destiné à être porté au crédit d'un compte courant postal soit dans le pays d'encaissement, soit dans le pays d'origine de l'envoi, il est perçu sur l'expéditeur une taxe fixe de 50 centimes (0,16 DTS) au maximum.

5. En outre, pour les virements ou versements visés sous paragraphe 4, l'Administration du pays d'encaissement prélève sur le montant du remboursement les taxes ci-après:

- a) une taxe fixe de 2 francs (0,65 DTS) au maximum;
- b) s'il y a lieu, la taxe intérieure applicable aux virements ou aux versements lorsque ceux-ci sont effectués au profit d'un compte courant postal tenu dans le pays d'encaissement;
- c) la taxe applicable aux virements ou aux versements internationaux lorsque ceux-ci sont effectués au profit d'un compte courant postal tenu dans le pays d'origine de l'envoi.

Artikel 5

Abwicklungsverfahren mit dem Absender

Die für den Absender der Sendungen bestimmten Beträge können ihm folgendermaßen übersandt werden:

- a) durch Nachnahmepostanweisung, deren Betrag im Einlieferungsland der Sendung bar ausgezahlt wird; der Betrag kann aber auch auf ein Postgirokonto im Einlieferungsland der Sendung eingezahlt werden, wenn es die Bestimmungen der Verwaltung dieses Landes zulassen;
- b) durch Nachnahmezahlkarte, deren Betrag einem Postgirokonto im Einlieferungsland der Sendung gutzuschreiben ist, wenn es die Bestimmungen der Verwaltung dieses Landes zulassen;
- c) durch Überweisung oder Einzahlung auf ein Postgirokonto im Bestimmungs- oder Einlieferungsland der Sendung, wenn die beteiligten Verwaltungen diese Verfahren zulassen.

Artikel 6

Arten des Austauschs der Nachnahmepostanweisungen

Der Austausch der Nachnahmepostanweisungen kann je nach Wahl der Verwaltungen im Karten- oder im Listenverfahren vorgenommen werden. Im ersten Fall werden die Anweisungen „Nachnahme-Kartenpostanweisungen“ und im zweiten Fall „Nachnahme-Listenpostanweisungen“ genannt.

Artikel 7

Gebühren

1. Die Einlieferungsverwaltung der Sendung setzt nach freiem Ermessen die vom Absender zusätzlich zu den Postgebühren für die betreffende Sendungsart zu entrichtende Gebühr fest, wenn die Abwicklung mit Nachnahmepostanweisung oder Nachnahmezahlkarte erfolgt.

2. Die Gebühr für eine mit Nachnahmezahlkarte abgewickelte Nachnahmesendung muß niedriger sein als die für eine mit Nachnahmepostanweisung abgewickelte Sendung gleichen Betrags.

3. Nachnahmepostanweisungen und Nachnahmezahlkarten werden von Amts wegen auf dem schnellsten Wege (Luft- bzw. Land- und Seeweg) an das Auszahlungspostamt oder Gutschriftspostgiroamt abgesandt.

4. Wird der Nachnahmebetrag mit Zahlkarten oder Gutschriftzetteln oder durch Überweisung auf ein Postgirokonto im Bestimmungs- oder Einlieferungsland der Sendung abgewickelt, wird vom Absender eine feste Gebühr von höchstens 50 Centimen (0,16 SZR) erhoben.

5. Darüber hinaus werden bei Überweisungen oder Einzahlungen nach § 4 von der Verwaltung des Bestimmungslandes folgende Gebühren vom Nachnahmebetrag einbehalten:

- a) eine feste Gebühr von höchstens 2 Franken (0,65 SZR);
- b) gegebenenfalls die für Überweisungen oder Einzahlungen zu entrichtende Inlandsgebühr, wenn die Überweisungen oder Einzahlungen auf ein im Bestimmungsland geführtes Postgirokonto erfolgen;
- c) die für Überweisungen oder Einzahlungen nach dem Ausland zu entrichtende Gebühr, wenn die Überweisungen oder Einzahlungen auf ein im Einlieferungsland der Sendung geführtes Postgirokonto erfolgen.

Article 8**Annulation ou modification
du montant du remboursement**

1. L'expéditeur d'un envoi contre remboursement peut, aux conditions fixées à l'article 33 de la Convention, demander soit le dégrèvement total ou partiel, soit l'augmentation du montant du remboursement.

2. En cas d'augmentation du montant du remboursement, l'expéditeur doit payer, pour la majoration, la taxe visée à l'article 7, paragraphe 1; cette taxe n'est pas perçue lorsque le montant est à porter au crédit d'un compte courant postal au moyen d'un bulletin de versement ou d'un avis de versement ou de virement.

Article 9**Mandats de remboursement
et mandats de versement-remboursement**

1. Les mandats de remboursement et les mandats de versement-remboursement sont admis jusqu'aux montants maximaux adoptés en vertu de l'article 3.

2. Sous les réserves prévues au Règlement, les mandats de remboursement et les mandats de versement-remboursement sont soumis aux dispositions fixées par l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage.

Article 10**Paiement des mandats de remboursement
afférents à des colis**

Les mandats de remboursement afférents à des colis contre remboursement sont payés aux expéditeurs dans les conditions déterminées par l'Administration d'origine de l'envoi.

Article 11**Non-paiement au bénéficiaire**

1. Le montant d'un mandat de remboursement qui, pour un motif quelconque, n'a pas été payé au bénéficiaire est tenu à la disposition de celui-ci par l'Administration du pays d'origine de l'envoi; il est définitivement acquis à cette Administration à l'expiration du délai légal de prescription en vigueur dans ledit pays.

2. Lorsque, pour une cause quelconque, le versement ou le virement à un compte courant postal demandé en conformité de l'article 5, lettre b), ne peut être effectué, l'Administration qui a encaissé les fonds les convertit en un mandat de remboursement au bénéfice de l'expéditeur de l'envoi.

Chapitre III**Responsabilité****Article 12****Principe et étendue de la responsabilité**

1. Les Administrations sont responsables des fonds encaissés jusqu'à ce que le mandat de remboursement soit régulièrement payé ou jusqu'à inscription régulière au crédit d'un compte courant postal.

2. En outre, les Administrations sont responsables, jusqu'à concurrence du montant du remboursement, de la livraison des envois sans encaissement des fonds ou contre perception d'une somme inférieure au montant du remboursement.

3. Les Administrations n'assument aucune responsabilité du chef des retards qui peuvent se produire dans l'encaissement et l'envoi des fonds.

Artikel 8**Streichung oder Änderung
des Nachnahmebetrags**

1. Der Absender einer Nachnahmesendung kann unter den in Artikel 33 des Weltpostvertrags festgesetzten Bedingungen verlangen, daß der Nachnahmebetrag gestrichen, herab- oder heraufgesetzt wird.

2. Wird der Nachnahmebetrag heraufgesetzt, so hat der Absender dafür die Gebühr nach Artikel 7 § 1 zu entrichten, diese Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Betrag einem Postgirokonto mit Zahlkarte oder Gutschriftzettel oder durch Überweisung gutzuschreiben ist.

Artikel 9**Nachnahmepostanweisungen
und Nachnahmezahlkarten**

1. Nachnahmepostanweisungen und Nachnahmezahlkarten sind bis zu den Höchstbeträgen nach Artikel 3 zugelassen.

2. Mit den in der Vollzugsordnung enthaltenen Vorbehalten unterliegen Nachnahmepostanweisungen und Nachnahmezahlkarten den Bestimmungen des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens.

Artikel 10**Auszahlung der Nachnahmepostanweisungen
zu Postpaketen**

Nachnahmepostanweisungen zu Nachnahmepaketen werden den Absendern unter den von der Einlieferungsverwaltung der Pakete festgesetzten Bedingungen ausgezahlt.

Artikel 11**Nichtzahlung an den Empfänger**

1. Der Betrag einer Nachnahmepostanweisung, die aus irgendeinem Grund dem Empfänger nicht ausgezahlt worden ist, wird bei der Verwaltung des Einlieferungslandes der Sendung zu seiner Verfügung bereitgehalten; der Betrag wird nach Ablauf der in dem betreffenden Land geltenden gesetzlichen Verjährungsfrist von dieser Verwaltung endgültig vereinnahmt.

2. Wenn die nach Artikel 5 Buchstabe b verlangte Einzahlung oder Überweisung auf ein Postgirokonto aus irgendeinem Grund nicht durchgeführt werden kann, stellt die Verwaltung, die den Betrag eingezogen hat, über den Betrag eine für den Absender der Sendung bestimmte Nachnahmepostanweisung aus.

Kapitel III**Haftung****Artikel 12****Grundsatz und Umfang der Haftung**

1. Die Verwaltungen haften für die eingezogenen Nachnahmebeträge bis zur ordnungsmäßigen Auszahlung oder Gutschrift auf ein Postgirokonto.

2. Ferner haften die Verwaltungen bis zur Höhe des einzuziehenden Nachnahmebetrags dafür, daß die Sendungen nicht ohne Einziehung des Nachnahmebetrags oder nicht unter Einziehung eines geringeren Betrags als des Nachnahmebetrags ausgeliefert werden.

3. Die Verwaltungen haften nicht für Verzögerungen, die bei Einziehung und Übersendung der Nachnahmebeträge auftreten können.

Article 13**Exceptions**

Aucune indemnité n'est due au titre du montant du remboursement:

- a) si le défaut d'encaissement résulte d'une faute ou d'une négligence de l'expéditeur;
- b) si l'envoi n'a pas été livré parce qu'il tombe sous le coup des interdictions visées soit par la Convention – article 36, paragraphes 1, 2 et 3, lettre b) – , soit par l'Arrangement concernant les colis postaux – article 19, lettres a), chiffres 2°, 4°, 5°, 6°, 7°, 8°, et b), et article 23;
- c) si aucune réclamation n'a été déposée dans le délai défini à l'article 42, paragraphe 1, de la Convention.

Article 14**Paiement de l'indemnité. Recours. Délais**

1. L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration d'origine de l'envoi; celle-ci peut exercer son droit de recours contre l'Administration responsable qui est tenue de lui rembourser, dans les conditions fixées par l'article 59 de la Convention, les sommes qui ont été avancées pour son compte.

2. L'Administration qui a supporté en dernier lieu le paiement de l'indemnité a un droit de recours, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, contre le destinataire, contre l'expéditeur ou contre des tiers.

3. L'article 58 de la Convention relatif aux délais de paiement de l'indemnité pour la perte d'un envoi recommandé s'applique, pour toutes les catégories d'envois contre remboursement, au paiement des sommes encaissées ou de l'indemnité.

Article 15**Détermination de la responsabilité en matière d'encaissement**

1. L'Administration d'encaissement n'est pas responsable des irrégularités commises lorsqu'elle peut:

- a) prouver que la faute est due à la non-observation d'une disposition réglementaire par l'Administration du pays d'origine;
- b) établir que, lors de la transmission à son service, l'envoi et, s'il s'agit d'un colis postal, le bulletin d'expédition y afférent ne portaient pas les désignations réglementaires.

2. Lorsque la responsabilité ne peut être nettement imputée à l'une des deux Administrations, celles-ci supportent le dommage par parts égales.

Article 16**Restitution à l'expéditeur d'un envoi livré au destinataire sans perception du montant du remboursement**

1. Lorsque le destinataire a restitué un envoi qui lui a été livré sans perception du montant du remboursement, l'expéditeur est avisé qu'il peut en prendre possession dans un délai de trois mois, à condition de renoncer au paiement du montant du remboursement ou de restituer le montant reçu en vertu de l'article 12, paragraphe 2.

2. Si l'expéditeur prend livraison de l'envoi, le montant remboursé est restitué à l'Administration ou aux Administrations qui ont supporté le dommage.

3. Si l'expéditeur renonce à prendre livraison de l'envoi, celui-ci devient la propriété de l'Administration ou des Administrations qui ont supporté le dommage.

Artikel 13**Ausnahmen**

Für die richtige Einziehung des Nachnahmebetrags wird nicht gehaftet, wenn

- a) die fehlerhafte Einziehung auf ein Verschulden des Absenders zurückzuführen ist;
- b) die Sendung nicht ausgeliefert worden ist, weil sie unter die Verbote nach Artikel 36 §§ 1, 2 und 3 Buchstabe b des Weltpostvertrags oder nach Artikel 19 Buchstabe a Ziffern 2, 4, 5, 6, 7, 8 und Buchstabe b sowie Artikel 23 des Postpaketabkommens fällt;
- c) innerhalb der Frist nach Artikel 42 § 1 des Weltpostvertrags kein Nachforschungsantrag gestellt worden ist.

Artikel 14**Zahlung des Ersatzbetrags. Rückgriff. Fristen**

1. Zur Zahlung des Ersatzbetrags ist die Einlieferungsverwaltung der Sendung verpflichtet; diese Verwaltung kann Rückgriff gegen die verantwortliche Verwaltung nehmen, die unter den in Artikel 59 des Weltpostvertrags festgesetzten Bedingungen verpflichtet ist, die für ihre Rechnung ausgelegten Beträge der Einlieferungsverwaltung zu erstatten.

2. Die Verwaltung, die den Schaden getragen hat, kann bis zur Höhe des gezahlten Betrags Rückgriff gegen den Empfänger oder den Absender der Sendung oder den Dritten nehmen.

3. Artikel 58 des Weltpostvertrags über die Zahlungsfrist für Ersatzbeträge bei Verlust einer Einschreibsendung gilt auch für alle Arten von Nachnahmesendungen hinsichtlich der Auszahlung der eingezogenen Beträge oder der Zahlung des Ersatzbetrags.

Artikel 15**Feststellung der Haftung für die richtige Einziehung der Nachnahmebeträge**

1. Die Verwaltung des Bestimmungslandes der Sendung haftet nicht für Unregelmäßigkeiten, wenn sie

- a) beweisen kann, daß der Fehler auf die Nichtbeachtung einer Bestimmung durch die Verwaltung des Einlieferungslandes zurückzuführen ist;
- b) nachweisen kann, daß bei Übergabe an ihren Dienst die Sendung und, wenn es sich um ein Postpaket handelt, die zugehörige Paketkarte nicht die ordnungsmäßigen Bezeichnungen getragen haben.

2. Haftet eine der beiden Verwaltungen nicht eindeutig, so tragen beide Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen.

Artikel 16**Rückgabe einer dem Empfänger ohne Einziehung des Nachnahmebetrags ausgelieferten Sendung an den Absender**

1. Wenn der Empfänger eine Sendung, die ihm ohne Einziehung des Nachnahmebetrags ausgeliefert worden ist, wieder zurückgibt, wird der Absender verständigt, daß er die Sendung binnen dreier Monate unter Verzicht auf Auszahlung des Nachnahmebetrags oder gegen Rückzahlung des ihm nach Artikel 12 § 2 gezahlten Betrags wieder übernehmen kann.

2. Übernimmt der Absender die Sendung, so wird der zurückgezahlte Betrag der Verwaltung oder den Verwaltungen erstattet, die den Schaden getragen haben.

3. Verzichtet der Absender auf Rücknahme der Sendung, so wird sie Eigentum der Verwaltung oder der Verwaltungen, die den Schaden getragen haben.

Chapitre IV

Dispositions diverses et finales

Article 17

Rémunération de l'Administration d'encaissement

1. L'Administration d'origine de l'envoi attribue à l'Administration d'encaissement, sur le montant des taxes qu'elle a perçues en application de l'article 7, une rémunération dont le montant est fixé à 3 francs (0,98 DTS).

2. Les envois contre remboursement liquidés au moyen du mandat de versement-remboursement donnent lieu à l'attribution de la même rémunération que celle qui est attribuée lorsque la liquidation est effectuée au moyen du mandat de remboursement.

Article 18

Application de la Convention
et de certains Arrangements

La Convention, l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage et l'Arrangement concernant le service des chèques postaux ainsi que l'Arrangement concernant les colis postaux sont applicables, le cas échéant, en tout ce qui n'est pas contraire au présent Arrangement.

Article 19

Conditions d'approbation des propositions concernant
le présent Arrangement et son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent réunir:

- a) l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de modifications aux dispositions des articles 1 à 9, 11 à 17, 19 et 20 du présent Arrangement et de l'article 123 de son Règlement;
- b) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de modifications aux dispositions autres que celles qui sont mentionnées à la lettre a);
- c) la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement et de son Règlement, hors le cas de différent à soumettre à l'arbitrage prévu à l'article 32 de la Constitution.

Article 20

Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement

Kapitel IV

Verschiedenes und Schlußbestimmungen

Artikel 17

Vergütung an die Verwaltung des Bestimmungslandes

1. Die Einlieferungsverwaltung der Sendung zahlt der Verwaltung des Bestimmungslandes auf den Gebührenbetrag, den sie in Anwendung des Artikels 7 erhoben hat, eine Vergütung, deren Betrag auf 3 Franken (0,98 SZR) festgesetzt ist.

2. Für Nachnahmesendungen, deren Beträge mit Nachnahmezahlkarte abgewickelt werden, wird die gleiche Vergütung gezahlt wie für solche, deren Beträge mit Nachnahmepostanweisung abgewickelt werden.

Artikel 18

Anwendung des Weltpostvertrags
und bestimmter Abkommen des Weltpostvereins

Sofern Bestimmungen dieses Abkommens nicht entgegenstehen, gelten für Postnachnahmesendungen gegebenenfalls der Weltpostvertrag, das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen und das Postgiroabkommen sowie das Postpaketabkommen.

Artikel 19

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen
zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung

1. Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Billigung durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen. Mindestens die Hälfte dieser beim Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden,

- a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um die Annahme neuer Bestimmungen oder um Änderungen der Artikel 1 bis 9, 11 bis 17, 19 und 20 dieses Abkommens und des Artikels 123 seiner Vollzugsordnung handelt;
- b) zwei Drittel der Stimmen, sofern es sich um Änderungen anderer als der unter Buchstabe a erwähnten Bestimmungen handelt;
- c) die Mehrheit der Stimmen, sofern es sich um die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung handelt, ausgenommen bei Meinungsverschiedenheiten, die der Schiedsgerichtsbarkeit nach Artikel 32 der Satzung zu unterwerfen sind,

erhalten.

Artikel 20

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder dieses Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die in dem Archiv der Regierung

de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

der Schweizerischen Eidgenossenschaft niedergelegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984.

Postauftragsabkommen

Arrangement concernant les recouvrements

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Chapitre I

Dispositions préliminaires

Art.

1. Objet de l'Arrangement
2. Valeurs admises à l'encaissement
3. Protêts. Poursuites
4. Monnaie

Chapitre II

Dépôt des envois de valeurs à recouvrer

5. Forme et taxe de l'envoi
6. Nombre de valeurs par envoi
7. Montant maximal
8. Interdictions

Chapitre III

Particularités relatives à certaines facultés accordées au public

9. Retrait des valeurs. Rectification du bordereau
10. Réexpédition

Chapitre IV

Encaissement des valeurs. Envoi des fonds encaissés à l'expéditeur. Renvoi

11. Interdiction des paiements partiels
12. Modes de règlement avec l'expéditeur
13. Mandats de recouvrement
14. Modes d'échange des mandats de recouvrement
15. Non-paiement au bénéficiaire
16. Taxes et droits
17. Calcul de certaines taxes et détermination des sommes à envoyer
18. Renvoi des valeurs impayées, irrécouvrables ou mal dirigées

Chapitre V

Responsabilité

19. Principe et étendue de la responsabilité

Kapitel I

Einleitende Bestimmungen

Artikel

1. Gegenstand des Abkommens
2. Zur Einlösung zugelassene Postauftragspapiere
3. Proteste. Beitreibungen
4. Währung

Kapitel II

Einlieferung der Sendungen mit Postauftragspapieren

5. Art und Gebühr der Sendung
6. Stückzahl der Postauftragspapiere je Sendung
7. Höchstbetrag
8. Verbote

Kapitel III

Einzelheiten über bestimmte, den Postbenutzern zugestandene Befugnisse

9. Zurückziehung der Postauftragspapiere. Berichtigung des Verzeichnisses der Postauftragspapiere
10. Nachsendung

Kapitel IV

Einlösung der Postauftragspapiere Übersendung der eingezogenen Beträge an den Auftraggeber. Rücksendung

11. Unzulässigkeit von Teilzahlungen
12. Art der Abrechnung mit dem Auftraggeber
13. Auftragspostanweisungen
14. Arten des Austauschs der Auftragspostanweisungen
15. Nichtzahlung an den Empfänger
16. Gebühren und Abgaben
17. Berechnung bestimmter Gebühren und Festsetzung der zu übersendenden Beträge
18. Rücksendung der nichteingelösten, nichteinziehbaren oder fehlgeleiteten Postauftragspapiere

Kapitel V

Haftung

19. Grundsatz und Umfang der Haftung

Chapitre VI		Kapitel VI	
Dispositions diverses et finales		Verschiedene Bestimmungen und Schlußbestimmungen	
Art.		Artikel	
20.	Rémunération de l'Administration de paiement	20	Vergütung für die auszahlende Verwaltung
21.	Bureaux participant au service	21	Am Postauftragsdienst teilnehmende Ämter
22.	Application de la Convention et de certains Arrangements	22	Anwendung des Weltpostvertrags und bestimmter Abkommen des Weltpostvereins
23.	Exception à l'application de la Constitution	23	Ausnahme von der Anwendung der Satzung
24.	Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution	24	Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und zu seiner Vollzugsordnung
25.	Mise à exécution et durée de l'Arrangement	25	Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Arrangement concernant les recouvrements

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Chapitre I Dispositions préliminaires

Article premier Objet de l'Arrangement

Le présent Arrangement régit l'échange des valeurs à recouvrer que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

Article 2 Valeurs admises à l'encaissement

1. Sont admis à l'encaissement les quittances, factures, billets à ordre, traites, coupons d'intérêt et de dividende, titres amortis et, généralement, toutes valeurs commerciales ou autres, payables sans frais.

2. Les Administrations ont la faculté de n'admettre à l'encaissement que certaines des catégories de valeurs mentionnées au paragraphe 1.

Article 3 Protêts. Poursuites

Les Administrations peuvent se charger de faire protester les effets de commerce et de faire exercer des poursuites judiciaires au sujet de créances. Elles arrêtent, d'un commun accord, les dispositions nécessaires à cet effet.

Article 4 Monnaie

Sauf entente spéciale, le montant des valeurs à recouvrer est exprimé dans la monnaie du pays de recouvrement.

Chapitre II Dépôt des envois de valeurs à recouvrer

Article 5 Forme et taxe de l'envoi

Le dépôt des valeurs à recouvrer est fait sous forme d'une lettre recommandée dûment affranchie, adressée directement par l'expéditeur au bureau de poste chargé d'encaisser les fonds.

Postauftragsabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Kapitel I Einleitende Bestimmungen

Artikel 1 Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt den Austausch von Postaufträgen, den die vertragschließenden Länder in ihren wechselseitigen Beziehungen einzuführen vereinbaren.

Artikel 2 Zur Einlösung zugelassene Postauftragspapiere

1. Zur Einlösung sind zugelassen Empfangsbescheinigungen, Rechnungen, eigene und gezogene Wechsel, Zins-, Dividenden- und Tilgungsscheine sowie überhaupt alle Handelspapiere und sonstigen, ohne Kosten zahlbaren Urkunden über Geldforderungen.

2. Es steht den Verwaltungen frei, nur bestimmte Arten der in § 1 erwähnten Papiere zur Einlösung zuzulassen.

Artikel 3 Proteste, Beitreibungen

Die Verwaltungen können Wechsel protestieren und die gerichtliche Beitreibung von Forderungen in die Wege leiten lassen. Sie setzen die hierfür erforderlichen Bestimmungen im gegenseitigen Einvernehmen fest.

Artikel 4 Währung

Sofern nichts anderes vereinbart ist, wird der Betrag des Postauftrags in der Währung des Landes angegeben, in dem die Postauftragspapiere einzulösen sind.

Kapitel II Einlieferung der Sendungen mit Postauftragspapieren

Artikel 5 Art und Gebühr der Sendung

Die Postauftragspapiere sind in einem ordnungsmäßig freigemachten Einschreibbrief einzuliefern, der vom Auftraggeber unmittelbar an das mit der Einlösung der Papiere beauftragte Postamt zu richten ist.

Article 6**Nombre de valeurs par envoi**

Le nombre des valeurs susceptibles d'être insérées dans un même envoi n'est pas limité. Les valeurs peuvent être recouvrables sur des débiteurs différents, sous réserve qu'ils soient desservis par un même bureau de poste et que les recouvrements soient effectués au profit ou pour le compte d'une même personne. En outre, les valeurs insérées dans le même envoi doivent être encaissables à vue ou à la même échéance.

Article 7**Montant maximal**

Le montant total à encaisser ne doit pas excéder par envoi le maximum admis par l'Administration de recouvrement pour l'émission des mandats de poste destinés au pays d'origine de l'envoi, à moins que, d'un commun accord, un maximum plus élevé n'ait été convenu.

Article 8**Interdictions**

Il est interdit:

- a) de porter, sur les valeurs, des notes ne concernant pas l'objet du recouvrement;
- b) de joindre aux valeurs des lettres ou des notes pouvant tenir lieu de correspondance entre le créancier et le débiteur;
- c) de contresigner, sur le bordereau d'expédition, des annotations autres que celles que comporte sa contexture.

Chapitre III

**Particularités relatives
à certaines facultés accordées au public**

Article 9

**Retrait des valeurs.
Rectification du bordereau**

L'expéditeur peut, aux conditions fixées à l'article 33 de la Convention, soit retirer l'envoi, soit retirer les valeurs en totalité ou en partie, soit, en cas d'erreur, faire rectifier le bordereau d'expédition.

Article 10**Réexpédition**

1. La réexpédition des valeurs n'a lieu qu'à l'intérieur du pays d'encaissement et dans les cas suivants:

- a) le débiteur a changé de résidence;
- b) les valeurs sont adressées à des personnes habitant un point de la résidence desservi par un autre bureau;
- c) tous les débiteurs sont desservis par un autre bureau.

2. Elle est faite sans perception de taxe.

Artikel 6**Stückzahl der Postauftragspapiere je Sendung**

Die Stückzahl der einer Sendung beizufügenden Postauftragspapiere ist unbegrenzt. Die einzulösenden Postauftragspapiere können auf verschiedene Schuldner lauten, sofern diese im Bereich desselben Postamts wohnen und die Postaufträge zugunsten oder für Rechnung desselben Auftraggebers zu erledigen sind. Ferner müssen die zur selben Sendung gehörenden Postauftragspapiere bei Sicht oder am selben Fälligkeitstag einlösbar sein.

Artikel 7**Höchstbetrag**

Der einzuziehende Gesamtbetrag der zu einer Sendung vereinigten Postauftragspapiere darf den Höchstbetrag, den die mit der Einlösung der Papiere beauftragte Verwaltung für Postanweisungen nach dem Einlieferungsland der Sendung festgesetzt hat, nicht überschreiten, wenn nicht zwischen den beteiligten Verwaltungen ein höherer Höchstbetrag vereinbart worden ist.

Artikel 8**Verbote**

Es ist verboten,

- a) auf den Postauftragspapieren Angaben zu machen, die nicht den Postauftrag betreffen,
- b) den Postauftragspapieren Briefe oder Notizen beizufügen, die als Schriftwechsel zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner angesehen werden können,
- c) auf dem Verzeichnis der Postauftragspapiere andere als dem Vordruck entsprechende Angaben zu machen.

Kapitel III

**Einzelheiten über bestimmte,
den Postbenutzern zugestandene Befugnisse**

Artikel 9

**Zurückziehung der Postauftragspapiere.
Berichtigung des Verzeichnisses der Postauftragspapiere**

Der Auftraggeber kann unter den in Artikel 33 des Weltpostvertrags festgesetzten Bedingungen entweder die Sendung oder alle beziehungsweise einen Teil der Papiere zurückziehen oder Fehler in dem Verzeichnis der Postauftragspapiere berichtigen lassen.

Artikel 10**Nachsendung**

1. Postauftragspapiere werden nur innerhalb des Landes, in dem die Papiere einzulösen sind, nachgesandt, und zwar wenn

- a) der Schuldner seine Wohnung gewechselt hat;
- b) die Postauftragspapiere für Personen bestimmt sind, die in einem Ortsteil wohnen, der zum Zustellbereich eines anderen Postamts gehört;
- c) alle Schuldner im Zustellbereich eines anderen Postamts wohnen.

2. Die Nachsendung ist gebührenfrei.

Chapitre IV

Encaissement des valeurs.
Envoi des fonds encaissés à l'expéditeur.
Renvoi

Article 11

Interdiction des paiements partiels

Chaque valeur doit être payée intégralement et en une seule fois, sinon elle est considérée comme refusée.

Article 12

Modes de règlement avec l'expéditeur

Les fonds se rapportant à un même envoi et destinés à l'expéditeur des valeurs lui sont envoyés:

- a) soit par mandat de recouvrement;
- b) soit, dans le cas où les Administrations intéressées admettent ces procédés, par versement ou virement à un compte courant postal tenu soit dans le pays de recouvrement, soit dans le pays d'origine des valeurs.

Article 13

Mandats de recouvrement

1. Les mandats de recouvrement sont admis jusqu'au montant maximal adopté en vertu de l'article 7.

2. Sous les réserves prévues au Règlement, les mandats de recouvrement sont soumis à l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage.

Article 14

Modes d'échange des mandats de recouvrement

L'échange des mandats de recouvrement peut, au choix des Administrations, s'opérer au moyen de cartes ou de listes. Dans le premier cas, les titres sont dénommés «mandats-cartes de recouvrement» et dans le second cas «mandats-listes de recouvrement».

Article 15

Non-paiement au bénéficiaire

L'article 11, paragraphe 2, de l'Arrangement concernant les envois contre remboursement est applicable aux mandats de recouvrement et aux versements ou virements à des comptes courants postaux du montant des valeurs recouvrées.

Article 16

Taxes et droits

1. Sauf application du paragraphe 3, les taxes ci-après sont prélevées sur le montant des valeurs encaissées:

- a) taxe fixe de 60 centimes (0,20 DTS) par valeur recouvrée, dite «taxe d'encaissement»;
- b) taxe fixe de 60 centimes (0,20 DTS) par valeur non recouvrée, dite «taxe de présentation»;
- c) taxes afférentes à l'envoi des fonds, à savoir:
 - 1° taxe afférente aux mandats, si l'envoi a lieu par mandat de recouvrement;

Kapitel IV

Einlösung der Postauftragspapiere.
Übersendung der eingezogenen Beträge
an den Auftraggeber. Rücksendung

Artikel 11

Unzulässigkeit von Teilzahlungen

Jedes Postauftragspapier muß vollständig und auf einmal bezahlt werden, wenn seine Einlösung nicht als verweigert angesehen werden soll.

Artikel 12

Art der Abrechnung mit dem Auftraggeber

Beträge, die dieselbe Postauftragssendung betreffen, werden dem Auftraggeber wie folgt übersandt:

- a) durch „Auftragspostanweisung“ oder,
- b) wenn die beteiligten Verwaltungen diese Verfahren zulassen, durch Einzahlung oder Überweisung auf ein Postgirokonto in dem Land, in dem die Postauftragspapiere eingelöst worden sind, oder in dem Einlieferungsland der Postauftragspapiere.

Artikel 13

Auftragspostanweisungen

1. Auftragspostanweisungen sind bis zu dem Höchstbetrag nach Artikel 7 zugelassen.

2. Mit den in der Vollzugsordnung enthaltenen Vorbehalten unterliegen die Auftragspostanweisungen den im Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen festgesetzten Bestimmungen.

Artikel 14

Arten des Austauschs der Auftragspostanweisungen

Die Auftragspostanweisungen können nach Wahl der Verwaltungen im Karten- oder Listenverfahren ausgetauscht werden. Im ersten Fall werden die Anweisungen „Auftrags-Kartenpostanweisungen“, im zweiten Fall „Auftrags-Listenpostanweisungen“ genannt.

Artikel 15

Nichtzahlung an den Empfänger

Artikel 11 § 2 des Postnachnahmeabkommens gilt auch für Auftragspostanweisungen und für die Einzahlung oder Überweisung der Beträge eingelöster Postauftragspapiere auf Postgirokonten.

Artikel 16

Gebühren und Abgaben

1. Vorbehaltlich der Anwendung des § 3 werden nachstehend aufgeführte Gebühren vom Betrag der eingelösten Postauftragspapiere einbehalten:

- a) eine feste Gebühr von 60 Centimen (0,20 SZR), die sogenannte „Einziehungsgebühr“, für jedes eingelöste Postauftragspapier;
- b) eine feste Gebühr von 60 Centimen (0,20 SZR), die sogenannte „Vorzeigegebühr“, für jedes nichteingelöste Postauftragspapier;
- c) die Gebühren für die Übersendung der Beträge, und zwar
 - 1) die Postanweisungsgebühr, wenn die Beträge durch Auftragspostanweisung übersandt werden;

- 2° taxe interne applicable, le cas échéant, aux virements et aux versements lorsque ceux-ci sont effectués au profit d'un compte courant postal tenu dans le pays de recouvrement;
- 3° taxe applicable aux virements ou aux versements internationaux lorsque ceux-ci sont effectués au profit d'un compte courant postal tenu dans le pays d'origine des valeurs;
- d) sauf entente spéciale et si l'expéditeur demande le renvoi par avion des documents de liquidation du recouvrement: surtaxe aérienne calculée en fonction du poids;
- e) s'il y a lieu, droits fiscaux applicables aux valeurs.
- 2) die Inlandsgebühr, die gegebenenfalls für Überweisungen und Einzahlungen auf ein Postgirokonto in dem Land, in dem das Postauftragspapier eingelöst werden soll, erhoben wird;
- 3) die Gebühr für Überweisungen oder Zahlkarten nach dem Ausland, wenn sie einem Postgirokonto im Einfieferungsland der Postauftragspapiere gutgeschrieben werden;
- d) sofern nichts anderes vereinbart ist und wenn der Auftraggeber die Rücksendung des Nachweises über die Erledigung des Postauftrags auf dem Luftweg verlangt: der nach dem Gewicht berechnete Luftpostzuschlag;
- e) erforderlichenfalls nichtpostalische Gebühren für die Postauftragspapiere.

2. Les valeurs qui n'ont pu être mises en recouvrement par suite d'une irrégularité quelconque ou d'un vice d'adresse ne sont soumises ni à la taxe d'encaissement, ni à la taxe de présentation.

3. Si aucune des valeurs d'un envoi n'a pu être recouvrée ou si les sommes encaissées sont insuffisantes pour permettre le prélèvement intégral des taxes de présentation, celles-ci sont réclamées à l'expéditeur de l'envoi.

Article 17

Calcul de certaines taxes et détermination des sommes à envoyer

1. Les taxes visées à l'article 16, paragraphe 1, lettre c), sont calculées sur la base des sommes restant après déduction des taxes d'encaissement et de présentation, de la surtaxe aérienne visée à l'article 16, paragraphe 1, lettre d), et des droits fiscaux.

2. Le montant des fonds à envoyer à l'expéditeur des valeurs résulte de la différence entre les sommes encaissées et les taxes et droits prélevés.

Article 18

Renvoi des valeurs impayées, irrécouvrables ou mal dirigées

1. A moins qu'elles ne puissent être réexpédiées en vertu de l'article 10 et qu'elles ne doivent être remises à un tiers désigné, les valeurs non recouvrées pour un motif quelconque sont renvoyées à l'expéditeur par l'intermédiaire du bureau d'origine.

2. Le renvoi a lieu en franchise de port, dans la forme et les délais prescrits par le Règlement.

3. L'Administration de recouvrement n'est tenue à aucune mesure conservatoire ni à aucun acte établissant le non-paiement des valeurs.

Chapitre V

Responsabilité

Article 19

Principe et étendue de la responsabilité

1. Les Administrations postales sont responsables de la perte des valeurs, après l'ouverture des plis qui les contiennent soit dans le pays d'encaissement, soit, lors de la restitution à l'expéditeur des valeurs non recouvrées, dans le pays d'origine des valeurs.

Artikel 17

Berechnung bestimmter Gebühren und Festsetzung der zu übersendenden Beträge

1. Die Gebühren nach Artikel 16 § 1 Buchstabe c werden nach den Beträgen berechnet, die nach Abzug der Einziehungs- und Vorzeigegebühren, des Luftpostzuschlags nach Artikel 16 § 1 Buchstabe d und der nichtpostalischen Gebühren verbleiben.

2. Die Höhe der dem Auftraggeber zu übersendenden Beträge ergibt sich aus dem Unterschied zwischen den eingezogenen Beträgen und den einbehaltenen Gebühren und Abgaben.

Artikel 18

Rücksendung der nichteingelösten, nichteinziehbaren oder fehlgeleiteten Postauftragspapiere

1. Sofern aus irgendeinem Grund nichteingelöste Postauftragspapiere weder nach Artikel 10 nachgesandt werden können noch einem näher bezeichneten Dritten ausgeliefert werden dürfen, sind sie über das Einlieferungsamt an den Auftraggeber zurückzusenden.

2. Die Papiere werden gebührenfrei und in der in der Vollzugsordnung vorgesehenen Weise und Frist zurückgesandt.

3. Die mit der Einlösung der Postauftragspapiere beauftragte Verwaltung ist zur Rechtswahrung oder Feststellung der Nichtzahlung nicht verpflichtet.

Kapitel V

Haftung

Artikel 19

Grundsatz und Umfang der Haftung

1. Nach Öffnung der Umschläge, in denen die Postauftragspapiere enthalten sind, haften die Postverwaltungen für den Verlust der Papiere, gleichgültig ob der Verlust im Einlieferungsland oder, wenn die Papiere bei Nichteinlösung an den Auftraggeber zurückzugeben sind, im Einlieferungsland der Postauftragssendung eingetreten ist.

2. L'Administration du pays où la perte a eu lieu est tenue de rembourser à l'expéditeur le montant effectif du dommage causé, sans que ce montant puisse excéder celui de l'indemnité prévue à l'article 50 de la Convention.

3. Les Administrations ne sont tenues à aucune responsabilité du chef des retards:

- a) dans la transmission ou la présentation des valeurs à recouvrer;
- b) dans l'établissement des protêts ou dans l'exercice des poursuites judiciaires dont elles se seraient chargées par application de l'article 3.

4. Sous réserve des dispositions qui précèdent, les articles 12 à 16 de l'Arrangement concernant les envois contre remboursement relatifs à la responsabilité des Administrations sont applicables au service des recouvrements, la notion de recouvrement étant substituée à celle de remboursement.

Chapitre VI

Dispositions diverses et finales

Article 20

Rémunération de l'Administration de paiement

L'article 28 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage est applicable dans le cas des rémunérations à attribuer à certaines Administrations lors de l'émission des mandats de recouvrement.

Article 21

Bureaux participant au service

Le service des valeurs à recouvrer doit être assuré par tous les bureaux de poste participant au service des mandats internationaux.

Article 22

Application de la Convention et de certains Arrangements

La Convention ainsi que l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage et l'Arrangement concernant le service des chèques postaux sont applicables, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

Article 23

Exception à l'application de la Constitution

L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

Article 24

Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent réunir:

- a) l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de modifications aux dispositions des

2. Die Verwaltung des Landes, in dem der Verlust eingetreten ist, hat dem Auftraggeber den wirklich entstandenen Schaden zu ersetzen, wobei der Ersatzbetrag den Ersatzbetrag nach Artikel 50 des Weltpostvertrags nicht überschreiten darf.

3. Die Verwaltungen haften nicht für Verzögerungen bei

- a) Übersendung oder Vorzeigung der Postauftragspapiere;
- b) Erhebung von Protesten oder gerichtlichen Beitreibungen, wenn sie sich zur Ergreifung solcher Maßnahmen nach Artikel 3 verpflichtet haben.

4. Vorbehaltlich der vorerwähnten Bestimmungen sind die die Haftung der Verwaltungen betreffenden Artikel 12 bis 16 des Postnachnahmeabkommens auch auf den Postauftragsdienst anzuwenden, wobei an die Stelle des Begriffs Nachnahme der Begriff Auftrag tritt.

Kapitel VI

Verschiedene Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 20

Vergütung für die auszahlende Verwaltung

Artikel 28 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens ist anzuwenden, wenn bei Einlieferung der Auftragspostanweisungen Vergütungsanteile an bestimmte Verwaltungen zu zahlen sind.

Artikel 21

Am Postauftragsdienst teilnehmende Ämter

Am Austausch von Postaufträgen müssen alle Postämter teilnehmen, die auch am Austausch von Postanweisungen beteiligt sind.

Artikel 22

Anwendung des Weltpostvertrags und bestimmter Abkommen des Weltpostvereins

Der Weltpostvertrag sowie das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen und das Postgiroabkommen werden gegebenenfalls in all den Fällen entsprechend angewandt, die nicht ausdrücklich durch dieses Abkommen geregelt sind.

Artikel 23

Ausnahme von der Anwendung der Satzung

Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Abkommen.

Artikel 24

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung

1. Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Genehmigung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen. Mindestens die Hälfte dieser auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden, erhalten:

- a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um die Annahme neuer Bestimmungen oder um Änderungen der

articles 1 à 20 et 22 à 25 du présent Arrangement et 103 à 107, 110, 111, 113, paragraphes 1 à 6, 114, 115, paragraphes 1, 2 et 4, et 123 de son Règlement;

- b) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de modifications aux dispositions du présent Arrangement autres que celles qui sont mentionnées à l'alinéa précédent et des articles 108, 112, 113, paragraphe 7, et 115, paragraphe 3, de son Règlement;
- c) la majorité des suffrages, s'il s'agit de modifications aux autres articles du Règlement ou de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement et de son Règlement, hors le cas de différend à soumettre à l'arbitrage prévu à l'article 32 de la Constitution.

Article 25

Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Artikel 1 bis 20 und 22 bis 25 dieses Abkommens und der Artikel 103 bis 107, 110, 111, 113 §§ 1 bis 6, 114, 115 §§ 1, 2 und 4 sowie 123 seiner Vollzugsordnung handelt;

- b) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um Änderungen anderer als der im vorhergehenden Absatz erwähnten Bestimmungen dieses Abkommens und der Artikel 108, 112, 113 § 7 und 115 § 3 seiner Vollzugsordnung handelt;
- c) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um Änderungen der übrigen Artikel der Vollzugsordnung oder um die Auslegung der Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung handelt. Das gilt nicht bei Meinungsverschiedenheiten, die dem nach Artikel 32 der Satzung vorgesehenen Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen sind.

Artikel 25

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder dieses Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die in dem Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984.

Postsparkassenabkommen

Arrangement concernant le service international de l'épargne

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Chapitre I

Dispositions préliminaires

Art.

1. Objet de l'Arrangement
2. Fonctionnement du service et participation
3. Etendue du service

Chapitre II

Dispositions générales

4. Transmission des fonds
5. Intérêts
6. Transmission des livrets et documents divers
7. Dispositions communes aux versements et aux transferts

Chapitre III

Versements

8. Dépôt des versements
9. Montant maximal
10. Arrondissement à l'unité monétaire
11. Renvoi du livret

Chapitre IV

Remboursements

12. Demandes de remboursement
13. Autorisations de remboursement
14. Remboursements
15. Remboursements télégraphiques
16. Autres procédés de remboursement

Chapitre V

Transferts

17. Principes généraux applicables aux transferts

Chapitre VI

Responsabilité

18. Etendue de la responsabilité
19. Détermination de la responsabilité
20. Reconstitution du compte d'épargne
21. Remboursement à la caisse d'épargne créancière

Kapitel I

Einleitende Bestimmungen

Artikel

1. Gegenstand des Abkommens
2. Ausführung des Dienstes und Teilnahme
3. Umfang des Dienstes

Kapitel II

Allgemeine Bestimmungen

4. Übersendung der Beträge
5. Zinsen
6. Übersendung der Sparbücher und der verschiedenen Belege
7. Gemeinsame Bestimmungen für Einzahlungen und Guthabenübertragungen

Kapitel III

Einlagen

8. Einzahlung der Einlagen
9. Höchstbetrag
10. Aufrundung auf volle Währungseinheiten
11. Rücksendung des Sparbuches

Kapitel IV

Rückzahlungen

12. Rückzahlungsanträge
13. Rückzahlungsermächtigungen
14. Rückzahlungen
15. Telegrafische Rückzahlungen
16. Weitere Rückzahlungsmöglichkeiten

Kapitel V

Guthabenübertragungen

17. Allgemeine Grundsätze für Guthabenübertragungen

Artikel VI

Haftung

18. Umfang der Haftung
19. Feststellung der Haftung
20. Berichtigung des Sparkontos
21. Erstattung der Beträge an die Gläubigersparkasse

Chapitre VII		Kapitel VII	
Dispositions diverses et finales		Verschiedene Bestimmungen und Schlußbestimmungen	
Art.		Artikel	
22.	Application de la Convention et de certains Arrangements	22	Anwendung des Weltpostvertrags und einzelner Abkommen
23.	Exception à l'application de la Constitution	23	Ausnahme von der Anwendung der Satzung
24.	Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution	24	Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung
25.	Mise à exécution et durée de l'Arrangement	25	Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Arrangement concernant le service international de l'épargne

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Chapitre I Dispositions préliminaires

Article premier Objet de l'Arrangement

Le présent Arrangement régit le service de l'épargne que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

Article 2 Fonctionnement du service et participation

1. Les pays contractants ont la faculté de n'exécuter le service que pour l'une ou plusieurs des catégories d'opérations régies par le présent Arrangement, à savoir les versements, les remboursements et les transferts.

2. Peut participer au service de l'épargne toute caisse d'épargne nationale relevant de l'Administration postale ou dont l'activité s'étend sur l'ensemble du territoire national par l'intermédiaire des bureaux de poste.

3. L'Administration postale des pays où la caisse d'épargne nationale participant au service international relève d'une administration autre que celle des postes est tenue de s'entendre avec cette dernière, pour assurer la complète exécution de toutes les clauses de l'Arrangement. La première de ces administrations sert d'intermédiaire pour les relations de la caisse avec les Administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 3 Etendue du service

Les caisses d'épargne acceptent de servir d'intermédiaire pour l'ouverture des livrets d'épargne, le remplacement ou le renouvellement des livrets, l'inscription des intérêts sur les livrets et la transmission de tous les documents généralement nécessaires à la bonne marche du service international de l'épargne.

Chapitre II Dispositions générales

Article 4 Transmission des fonds

1. La transmission des fonds en exécution d'une opération d'épargne s'effectue par mandat de poste du service international ou par virement postal. Elle est soumise aux conditions qui régissent le mode choisi.

2. Les frais d'envoi des fonds sont à la charge de l'épargnant.

Postsparkassenabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien geschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Kapitel I Einleitende Bestimmungen

Artikel 1 Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt den Postsparkassendienst, den die vertragschließenden Länder in ihren wechselseitigen Beziehungen einzuführen vereinbaren.

Artikel 2 Ausführung des Dienstes und Teilnahme

1. Den vertragschließenden Ländern steht es frei, den Dienst nur für eine oder einzelne der durch dieses Abkommen geregelten Geschäftsarten, nämlich Einzahlungen, Rückzahlungen und Guthabenübertragungen auszuführen.

2. Am Sparkassendienst kann jede inländische Sparkasse teilnehmen, die der Postverwaltung untersteht oder deren Tätigkeit sich durch Vermittlung der Postämter über das gesamte Staatsgebiet erstreckt.

3. Die Postverwaltungen der Länder, in denen die inländische am internationalen Dienst teilnehmende Sparkasse einer anderen als der Postverwaltung untersteht, sind verpflichtet, sich für die volle Durchführung aller Bestimmungen des Abkommens mit der anderen Verwaltung zu verständigen. Die Postverwaltung vermittelt auch den Geschäftsverkehr der Sparkasse mit den Postverwaltungen der anderen vertragschließenden Länder und dem Internationalen Büro.

Artikel 3 Umfang des Dienstes

Die Sparkassen übernehmen mittelnd Ausgabe, Ersatz oder Erneuerung von Sparbüchern, Zinsengutschrift in den Büchern und Übersendung aller für die reibungslose Abwicklung des internationalen Postsparkassendienstes erforderlichen Unterlagen und Belege.

Kapitel II Allgemeine Bestimmungen

Artikel 4 Übersendung der Beträge

1. Im Postsparkassendienst werden Beträge durch Auslandspostanweisung oder -überweisung übersandt. Hierfür gelten die für die gewählte Verfahrensart bestehenden Bedingungen.

2. Die Kosten und Gebühren für die Übersendung trägt der Sparer.

Article 5**Intérêts**

Sous réserve de l'article 17 relatif aux transferts, la date de calcul des intérêts est établie en fonction de la réception ou de l'envoi des fonds par la caisse d'épargne qui tient le compte crédité ou débité.

Article 6**Transmission des livrets
et documents divers**

1. Les bureaux de poste des pays contractants se prêtent réciproquement concours pour le retrait des livrets à régler ou à vérifier.

2. Sont admis en franchise de port, lorsqu'ils sont expédiés par l'Administration ou la caisse d'un pays contractant à destination de l'Administration ou de la caisse d'un autre pays contractant, les livrets de même que les correspondances et les documents généralement nécessaires à la bonne marche du service international de l'épargne. Sont en outre admis en franchise de port les plis contenant des livrets lorsqu'ils sont expédiés par l'Administration ou la caisse d'un pays contractant aux titulaires des livrets.

3. Les transmissions se font par les moyens les plus favorables.

4. Les frais inhérents à toute transmission accélérée (voie aérienne notamment) à la demande de l'épargnant peuvent être mis à la charge de celui-ci.

Article 7**Dispositions communes
aux versements et aux transferts**

Les fonds versés ou transférés sont, notamment en ce qui concerne le taux et le calcul des intérêts ainsi que les conditions de remboursement, soumis aux lois, décrets, arrêtés et règlements régissant le service de la caisse à laquelle les fonds sont destinés.

Chapitre III**Versements****Article 8****Dépôt des versements**

1. Tout titulaire d'un compte courant d'épargne peut effectuer des versements sur son compte en déposant les fonds à la caisse d'épargne ou au bureau de poste du lieu où il se trouve.

2. Sauf entente spéciale, le livret doit être produit.

3. Toute personne résidant dans un pays contractant peut effectuer un versement à la caisse d'épargne de ce pays ou dans un bureau de poste en vue de l'ouverture d'un livret à la caisse d'épargne d'un autre pays contractant.

Article 9**Montant maximal**

1. Chaque Administration a la faculté de fixer un minimum et un maximum pour les versements pouvant être constatés au livret.

Artikel 5**Zinsen**

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 17, der die Guthabenübertragungen betrifft, wird der Tag, von dem an Zinsen berechnet werden, nach dem Zeitpunkt des Empfangs oder der Übersendung der Beträge von der Sparkasse bestimmt, die das Konto führt, von dem die Beträge abgebucht oder dem sie gutgeschrieben worden sind.

Artikel 6**Übersendung der Sparbücher
und der verschiedenen Belege**

1. Die Postämter der vertragschließenden Länder unterstützen sich gegenseitig bei der Einziehung der zu berichtenden oder zu prüfenden Sparbücher.

2. Die Übersendung der Sparbücher von der Verwaltung oder der Sparkasse eines vertragschließenden Landes an die Verwaltung oder die Sparkasse eines anderen vertragschließenden Landes ist gebührenfrei; das gilt auch für den Schriftwechsel und für Belege, die zur reibungslosen Abwicklung des internationalen Postsparkassendienstes allgemein erforderlich sind. Außerdem sind Sendungen mit Sparkassenbüchern, die von der Verwaltung oder der Sparkasse eines vertragschließenden Landes den Inhabern der Sparbücher übersandt werden, gebührenfrei.

3. Für die Übersendung ist der günstigste Weg zu benutzen.

4. Die Kosten für eine vom Sparer verlangte beschleunigte Beförderung (insbesondere die Beförderung auf dem Luftweg) können zu seinen Lasten gehen.

Artikel 7**Gemeinsame Bestimmungen für Einzahlungen
und Guthabenübertragungen**

Eingezahlte oder übertragene Guthaben werden, insbesondere hinsichtlich des Zinssatzes, der Zinsberechnung und der Rückzahlungsbedingungen nach den Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Vorschriften behandelt, die für den Dienst der Sparkasse gelten, für die die Beträge bestimmt sind.

Kapitel III**Einlagen****Artikel 8****Einzahlung der Einlagen**

1. Jeder Inhaber eines Sparkontos kann bei der Sparkasse oder dem Postamt seines Aufenthaltsortes Bareinzahlungen auf sein Konto leisten.

2. Wenn nichts anderes vereinbart ist, muß das Sparbuch vorgelegt werden.

3. Jede Person mit Wohnsitz in einem vertragschließenden Land kann bei der Sparkasse oder bei einem Postamt dieses Landes zur Ausstellung eines Sparbuches durch die Sparkasse eines anderen vertragschließenden Landes Einlagen einzahlen.

Artikel 9**Höchstbetrag**

1. Jede Verwaltung kann einen Mindest- und einen Höchstbetrag für Einlagen festsetzen, die in einem Sparbuch gebucht werden können.

2. La caisse d'épargne qui tient le compte se réserve le droit de rejeter tout ou partie du versement qui aurait pour effet de porter l'avoir du compte au-delà de la limite maximale fixée par sa réglementation.

3. Dans le pays qui enregistre le versement, le montant du dépôt peut être limité à la partie exportable des capitaux.

Article 10

Arrondissement à l'unité monétaire

Les versements, exprimés dans la monnaie du pays qui tient le compte, ne doivent pas comporter de fraction d'unité monétaire.

Article 11

Renvoi du livret

1. Après inscription du versement, le livret, s'il a été produit, est renvoyé directement à l'épargnant par lettre, sous recommandation d'office.

2. S'il s'agit d'un livret créé à la suite d'un premier versement, il sera transmis au titulaire par la même voie.

Chapitre IV Remboursements

Article 12

Demandes de remboursement

1. Tout titulaire de livret d'épargne peut obtenir le remboursement partiel ou intégral de son avoir en adressant, par l'intermédiaire de la caisse d'épargne du pays contractant où il se trouve, une demande à la caisse qui tient son compte.

2. La somme dont le remboursement est demandé est exprimée dans la monnaie du pays qui tient le compte; en cas de remboursement partiel, elle ne doit pas comporter de fraction d'unité monétaire.

3. Dans les relations entre les pays dont les Administrations postales se sont mises d'accord à ce sujet, les épargnants peuvent adresser directement et à leurs frais, à la caisse qui tient leur compte, leurs demandes de remboursement.

Article 13

Autorisations de remboursement

1. Les autorisations de remboursement sont établies par la caisse qui tient le compte, en monnaie du pays où réside l'épargnant et pour la somme nette à payer. Elles sont adressées, avec les fonds correspondants, à la caisse chargée d'effectuer les remboursements.

2. Le caisse qui établit une autorisation de remboursement détermine elle-même le taux de conversion de la monnaie de son pays en monnaie du pays où réside l'épargnant.

Article 14

Remboursements

1. Les remboursements ne sont soumis à d'autres limites de somme que celles qui résultent de la législation des pays contractants.

2. Ils sont effectués entre les mains de la ou des personnes habilitées aux termes du contrat d'épargne à donner quittance et désignées sur l'autorisation.

2. Die kontoführende Sparkasse kann die Annahme von Einlagen, durch die ein Kontoguthaben den bestimmungsmäßig zugelassenen Höchstbetrag überschreiten würde, ganz oder teilweise ablehnen.

3. In dem die Einzahlung entgegennehmenden Land kann der Betrag der Einlage auf die Kapitalausfuhrquote beschränkt werden.

Artikel 10

Aufrundung auf volle Währungseinheiten

Die in der Währung des kontoführenden Landes angegebenen Einlagen müssen auf volle Währungseinheiten lauten.

Artikel 11

Rücksendung des Sparbuchs

1. Nach Buchung der Einlage wird das gegebenenfalls vorgelegte Sparbuch in einem von Amts wegen eingeschriebenen Brief unmittelbar an den Sparer zurückgesandt.

2. Ein nach Einzahlung einer Ersteinlage ausgestelltes Sparbuch wird dem Inhaber auf dem gleichen Wege übersandt.

Kapitel IV Rückzahlungen

Artikel 12

Rückzahlungsanträge

1. Jeder Sparbuchinhaber erhält einen Teilbetrag oder das Gesamtguthaben auf entsprechenden, durch die Vermittlung der Sparkasse des vertragschließenden Aufenthaltslandes an die kontoführende Sparkasse zu richtenden Antrag.

2. Der Betrag, dessen Rückzahlung beantragt wird, ist in der Währung des kontoführenden Landes auszudrücken; soll nur ein Teil des Guthabens zurückgezahlt werden, so muß der Betrag auf volle Währungseinheiten lauten.

3. Im Verkehr zwischen Ländern, deren Postverwaltungen eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben, können die Sparer Rückzahlungsanträge auf ihre Kosten unmittelbar an die kontoführende Sparkasse richten.

Artikel 13

Rückzahlungsermächtigungen

1. Rückzahlungsermächtigungen über den auszahlenden Nettobetrag werden von der kontoführenden Sparkasse in der Währung des Landes ausgestellt, in dem der Sparer sich aufhält. Sie werden zusammen mit den entsprechenden Beträgen der mit den Rückzahlungen beauftragten Sparkasse übersandt.

2. Die Sparkasse, die eine Rückzahlungsermächtigung ausfertigt, bestimmt, nach welchem Kurs die Beträge aus der Währung ihres Landes in die des Landes umgerechnet werden, in dem der Sparer sich aufhält.

Artikel 14

Rückzahlungen

1. Die Höhe der Rückzahlungsbeträge unterliegt nur den Beschränkungen, die in den vertragschließenden Ländern gesetzlich festgelegt sind.

2. Die Beträge werden der oder den Personen ausgezahlt, die nach dem Wortlaut des Sparvertrags zur Empfangsberechtigung berechtigt sind und die auf der Zahlungsermächtigung genannt sind.

3. La somme à payer est celle qui est indiquée sur l'autorisation en monnaie du pays de paiement, sans aucun prélèvement au profit de la caisse payeuse. Toutefois, lorsque la législation du pays auquel appartient le service payeur l'exige, ce service a la faculté de négliger les fractions d'unité monétaire ou d'arrondir la somme à l'unité monétaire.

Article 15

Remboursements télégraphiques

Dans les relations entre les pays dont les Administrations postales se sont mises d'accord à ce sujet, les épargnants peuvent, à leurs frais, demander et obtenir des remboursements par la voie télégraphique. Les Administrations fixent elles-mêmes les règles d'exécution du service.

Article 16

Autres procédés de remboursement

Dans les relations entre les pays dont les Administrations postales se sont mises d'accord à ce sujet, les remboursements peuvent être effectués sans accomplissement des formalités relatives aux demandes de remboursement et aux autorisations de remboursement.

Chapitre V

Transferts

Article 17

Principes généraux applicables aux transferts

1. Tout titulaire d'un compte d'épargne peut faire transférer tout ou partie de son avoir à une autre caisse d'épargne de son choix. La demande de transfert peut être déposée dans n'importe quelle caisse ou bureau de poste des pays contractants.

2. Sauf entente spéciale, l'épargnant doit déposer son livret à l'appui de sa demande.

3. Dans les relations entre les pays dont les Administrations postales se sont mises d'accord à ce sujet, les épargnants peuvent adresser directement et à leurs frais, à la caisse qui tient leur compte, leurs demandes de transfert établies d'après la réglementation intérieure et accompagnées éventuellement du livret.

4. Les sommes transférées portent intérêt à charge de la caisse primitivement détentrice des fonds (dénommée «caisse d'origine»), jusqu'à la fin du mois pendant lequel le compte est débité et à charge de la caisse qui reçoit le transfert (dénommée «caisse bénéficiaire»), à partir du premier jour du mois suivant.

Chapitre VI

Responsabilité

Article 18

Etendue de la responsabilité

1. Les sommes converties en un mandat de poste international ou un virement postal pour l'exécution d'une opération d'épargne sont soumises aux garanties prévues pour le mode de transmission des fonds choisi.

2. Les caisses d'épargne sont responsables des erreurs de conversion, des erreurs d'inscription des opérations sur les

3. Auszuzahlen ist der auf der Zahlungsermächtigung angegebene Betrag in der Währung des Landes, in dem die Zahlung zu leisten ist, ohne jeden Abzug zugunsten der auszahlenden Sparkasse. Ist es jedoch in dem Land, zu dem die auszahlende Sparkasse gehört, gesetzlich vorgeschrieben, so kann diese Bruchteile einer Währungseinheit entweder unberücksichtigt lassen oder sie auf die nächste volle Währungseinheit aufrunden.

Artikel 15

Telegrafische Rückzahlungen

Im Verkehr zwischen Ländern, deren Postverwaltungen eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben, können Sparer auf ihre Konten telegrafisch Rückzahlungen beantragen und erhalten. Die Ausführungsbestimmungen für diesen Dienst werden von den Verwaltungen selbst erlassen.

Artikel 16

Weitere Rückzahlungsmöglichkeiten

Im Verkehr zwischen Ländern, deren Postverwaltungen eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben, können Rückzahlungen ohne Formalitäten wie Rückzahlungsanträge und Rückzahlungsermächtigungen geleistet werden.

Kapitel V

Guthabenübertragungen

Artikel 17

Allgemeine Grundsätze für Guthabenübertragungen

1. Jeder Inhaber eines Sparkontos kann sein Guthaben ganz oder teilweise auf eine andere Sparkasse seiner Wahl übertragen lassen. Ein entsprechender Antrag kann bei jeder beliebigen Sparkasse oder jedem beliebigen Postamt der vertragsschließenden Länder gestellt werden.

2. Wenn nichts anderes vereinbart ist, muß der Sparer mit seinem Antrag sein Sparbuch als Beleg vorlegen.

3. Im Verkehr zwischen Ländern, deren Postverwaltungen eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben, können Sparer auf eigene Kosten ihren nach den Inlandsbestimmungen ausgefertigten Antrag auf Guthabenübertragung, gegebenenfalls zusammen mit dem Sparbuch, unmittelbar an die Sparkasse richten, die ihr Konto führt.

4. Die übertragenen Guthaben sind von der Sparkasse zu verzinsen, die sie ursprünglich auf ihren Konten geführt hat (Ursprungskasse genannt), und zwar bis zum Ende des Monats, in dem die Beträge noch Guthaben dieser Konten bildeten; vom ersten Tag des folgenden Monats an sind die Guthaben von der Sparkasse zu verzinsen, die die übertragenen Guthaben erhalten hat (Empfangskasse genannt).

Kapitel VI

Haftung

Artikel 18

Umfang der Haftung

1. Für Beträge, die zur Ausführung eines Sparvorganges mit Auslandspostanweisung oder -überweisung übersandt worden sind, wird in der gleichen Weise gehaftet wie für alle übrigen Beträge, die auf diesem Wege übersandt werden.

2. Die Sparkassen haften für Umrechnungsfehler, fehlerhafte Buchungen auf Sparkonten und allgemein für alle Fehler,

comptes courants et, d'une façon générale, de toutes les erreurs qu'elles pourraient commettre dans l'établissement des pièces relatives au service international de l'épargne.

3. Les caisses d'épargne par l'entremise desquelles les remboursements sont effectués sont responsables des fonds qu'elles ont reçus et de la régularité des opérations de paiement.

4. Les caisses d'épargne ne sont tenues à aucune responsabilité du chef des retards qui peuvent se produire dans la transmission des fonds.

5. Les caisses d'épargne ne sont tenues à aucune responsabilité du chef des inexactitudes qui pourraient être relevées dans les renseignements fournis par les usagers pour l'exécution des opérations prévues à l'article 3.

Article 19

Détermination de la responsabilité

1. La responsabilité incombe à la caisse d'épargne dans le service de laquelle l'erreur a été commise.

2. Si l'erreur est imputable aux deux caisses ou si la responsabilité ne peut être établie, les caisses interviennent dans la régularisation par parts égales.

Article 20

Reconstitution du compte d'épargne

La reconstitution du compte d'épargne est à la charge de la caisse d'épargne qui le tient, sous réserve de son droit de recours contre l'Administration responsable.

Article 21

Remboursement à la caisse d'épargne créancière

1. La caisse d'épargne responsable est tenue de désintéresser la caisse qui a procédé à la régularisation du compte dans le délai de quatre mois qui suit la notification de la reconstitution du compte.

2. Le remboursement à la caisse d'épargne créancière s'effectue sans frais pour cette caisse. Passé le délai de quatre mois, la somme due à la caisse créancière est productive d'intérêt, à raison de 6 pour cent par an, à compter du jour de l'expiration dudit délai.

Chapitre VII

Dispositions diverses et finales

Article 22

Application de la Convention et de certains Arrangements

La Convention ainsi que l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage et l'Arrangement concernant le service des chèques postaux sont applicables, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

Article 23

Exception à l'application de la Constitution

L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

die bei der Ausstellung der Belege des internationalen Postsparkassendienstes unterlaufen können.

3. Die Sparkassen, durch deren Vermittlung Rückzahlungen geleistet werden, haften für die empfangenen Beträge und für die ordnungsgemäße Auszahlung.

4. Die Sparkassen haften nicht für Verzögerungen, die bei der Übersendung der Beträge entstehen können.

5. Die Sparkassen haften nicht, wenn ihre Tätigkeiten nach Artikel 3 durch ungenaue Angaben der Sparer beeinträchtigt werden.

Artikel 19

Feststellung der Haftung

1. Haftpflichtig ist die Sparkasse, in deren Dienstbereich der Fehler unterlaufen ist.

2. Sind zwei Sparkassen für einen Fehler verantwortlich oder kann die Haftpflicht nicht festgestellt werden, so haften die Sparkassen zu gleichen Teilen.

Artikel 20

Berichtigung des Sparkontos

Die Berichtigung des Sparkontos geht zu Lasten der Sparkasse, die das betreffende Konto führt, vorbehaltlich des Rückgriffs, den sie bei der haftpflichtigen Verwaltung nehmen kann.

Artikel 21

Erstattung der Beträge an die Gläubigersparkasse

1. Die haftpflichtige Sparkasse hat die Sparkasse zu entschädigen, die die Berichtigung des Kontos vorgenommen hat, und zwar binnen vier Monaten, vom Tag der Mitteilung über die Berichtigung des Sparkontos an gerechnet.

2. Die Beträge werden der Gläubigersparkasse erstattet, ohne daß dieser dadurch Kosten entstehen. Nach Ablauf der Frist von vier Monaten ist der der Gläubigersparkasse geschuldete Betrag, vom Tag des Ablaufs der genannten Frist an gerechnet, mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen.

Kapitel VII

Verschiedene Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 22

Anwendung des Weltpostvertrags und einzelner Abkommen

Der Weltpostvertrag sowie das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen und das Postgiroabkommen sind gegebenenfalls in all den Fällen entsprechend anzuwenden, die durch dieses Abkommen nicht ausdrücklich geregelt sind.

Artikel 23

Ausnahme von der Anwendung der Satzung

Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Abkommen.

Article 24**Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution**

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent réunir:

- a) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de la modification des dispositions du présent Arrangement et de son Règlement;
- b) la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement et de son Règlement, hors le cas de différend à soumettre à l'arbitrage prévu à l'article 32 de la Constitution.

Article 25**Mise à exécution et durée de l'Arrangement**

Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par la Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Artikel 24**Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung**

1. Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Genehmigung durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen. Mindestens die Hälfte dieser auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden, erhalten:

- a) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um die Annahme neuer Bestimmungen oder um die Änderung der Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung handelt;
- b) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung der Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung handelt, es sei denn, daß es sich um Meinungsverschiedenheiten handelt, die vor dem Schiedsgericht nach Artikel 32 der Satzung ausgetragen werden sollen.

Artikel 25**Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens**

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder das vorliegende Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984.

Postzeitungsabkommen

Arrangement concernant les abonnements aux journaux et écrits périodiques

(Übersetzung)

Table des matières	Inhaltsverzeichnis
Chapitre I Dispositions préliminaires	Kapitel I Einleitende Bestimmungen
Art.	Artikel
1. Objet de l'Arrangement	1 Gegenstand des Abkommens
Chapitre II Abonnements	Kapitel II Zeitungsbezug
2. Souscriptions	2 Bestellungen
3. Périodes d'abonnement. Abonnements demandés tardivement	3 Bezugszeiten. Verspätete Bestellungen
4. Continuation des abonnements en cas de cessation du service	4 Abwicklung laufender Bestellungen bei Einstellung des Dienstes
Chapitre III Taxes et prix. Versement et transmission des fonds	Kapitel III Gebühren und Preise. Einzahlung und Überweisung der Beträge
5. Taxes	5 Gebühren
6. Prix de livraison	6 Lieferpreis
7. Taux de conversion	7 Umrechnungskurs
8. Prix d'abonnement	8 Zeitungsbezugsgeld
9. Changements des prix de livraison	9 Änderungen der Lieferpreise
10. Imprimés encartés	10 Zeitungsbeilagen
11. Modes de transmission des fonds à l'éditeur	11 Überweisung der Beträge an den Verleger
12. Mandats-abonnement	12 Zeitungsanweisungen
Chapitre IV Dispositions diverses	Kapitel IV Verschiedene Bestimmungen
13. Changements d'adresse	13 Anschriftenänderung
14. Réclamations	14 Beschwerden
15. Responsabilité	15 Haftung
16. Attribution des taxes et des droits	16 Gebührenanrechte
Chapitre V Dispositions finales	Kapitel V Schlußbestimmungen
17. Application de la Convention et de certains Arrangements	17 Anwendung des Weltpostvertrags und bestimmter Abkommen
18. Exception à l'application de la Constitution	18 Ausnahme von der Anwendung der Satzung
19. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution	19 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung
20. Mise à exécution et durée de l'Arrangement	20 Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Arrangement concernant les abonnements aux journaux et écrits périodiques

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Chapitre I Dispositions préliminaires

Article premier Objet de l'Arrangement

Le présent Arrangement régit le service des abonnements aux journaux et aux écrits périodiques que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

Chapitre II Abonnements

Article 2 Souscriptions

1. Les bureaux de poste de chaque pays reçoivent les souscriptions du public aux journaux publiés dans les divers pays contractants et dont les éditeurs ont accepté l'intervention de la poste dans le service international des abonnements.

2. Ils peuvent accepter également les souscriptions à des journaux de tous autres pays que les Administrations postales seraient en mesure de fournir.

3. Par application de l'article 36 de la Convention, chaque pays a le droit de ne pas admettre les abonnements aux journaux qui seraient exclus, sur son territoire, du transport ou de la distribution.

Article 3 Périodes d'abonnement. Abonnements demandés tardivement

1. Les abonnements peuvent être demandés pour les périodes de trois, six ou douze mois. Ils prennent effet le premier jour du mois demandé par l'abonné et peuvent, avec l'accord des éditeurs, dépasser la fin de l'année en cours.

2. Les Administrations peuvent convenir d'admettre aussi des abonnements pour un ou deux mois à condition que le journal soit publié au moins quatre fois par mois.

3. Les abonnés qui n'ont pas fait leur souscription en temps utile n'ont aucun droit aux numéros parus depuis le commencement de la période d'abonnement. Cependant, les Administrations peuvent prêter leur concours aux abonnés pour obtenir si possible ces numéros.

Postzeitungsabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter Vorbehalt des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Kapitel I Einleitende Bestimmungen

Artikel 1 Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt den Dienst, den die vertragschließenden Länder wechselseitig für den Bezug von Zeitungen und Zeitschriften einzuführen vereinbaren.

Kapitel II Zeitungsbezug

Artikel 2 Bestellungen

1. Die Postämter jedes Landes nehmen von jedermann Bestellungen von Zeitungen an, die in den vertragschließenden Ländern erscheinen und deren Verleger sich mit dem internationalen Zeitungsbezugsdienst durch Vermittlung der Post einverstanden erklärt haben.

2. Sie können auch Bestellungen von Zeitungen aller anderen Länder annehmen, die die Postverwaltungen liefern können.

3. Gemäß Artikel 36 des Weltpostvertrags braucht kein Land Bestellungen von Zeitungen zuzulassen, die in seinem Gebiet von der Beförderung oder Zustellung ausgeschlossen wären.

Artikel 3 Bezugszeiten. Verspätete Bestellungen

1. Der Bezug kann für die Zeitabschnitte von drei, sechs oder zwölf Monaten beantragt werden. Er beginnt am Ersten des vom Bezieher gewünschten Monats und kann sich im Einverständnis mit den Verlegern über das Ende des laufenden Jahres hinaus erstrecken.

2. Die Verwaltungen können vereinbaren, den Bezug auch für einen oder zwei Monate zuzulassen, sofern die Zeitung mindestens viermal monatlich erscheint.

3. Bezieher, die ihre Bestellung nicht rechtzeitig aufgegeben haben, haben keinen Anspruch auf die seit Beginn der Bezugszeit erschienenen Zeitungsnummernstücke. Die Verwaltungen können jedoch den Beziehern behilflich sein, diese Zeitungsnummernstücke möglichst nachgeliefert zu bekommen.

Article 4**Continuation des abonnements
en cas de cessation du service**

Lorsqu'un pays cesse sa participation à l'Arrangement, les abonnements courants doivent être servis, dans les conditions prévues, jusqu'à l'expiration de la période pour laquelle ils ont été demandés.

Chapitre III**Taxes et prix.
Versement et transmission des fonds****Article 5****Taxes**

1. Les Administrations fixent pour les journaux à destination des pays contractants et dont l'abonnement est souscrit conformément aux dispositions du présent Arrangement ou recueilli par les éditeurs d'une autre façon une taxe spéciale comprise dans les limites de 40 pour cent à 100 pour cent de la taxe ordinaire des imprimés.

2. Dans les cas de souscription tardive visée à l'article 3, paragraphe 3, la taxe spéciale indiquée au paragraphe 1 est applicable à l'envoi des numéros parus depuis le commencement de la période d'abonnement.

3. Chaque Administration a la faculté de fixer, en respectant les limites de la taxe prévue au paragraphe 1, des échelons de poids spéciaux et d'effectuer des modifications du système de tarification qui lui permettent d'adapter la taxe internationale à son système intérieur de calcul de la taxe des journaux.

Article 6**Prix de livraison**

1. Se basant sur les prix de livraison qui sont indiqués par les éditeurs et qui comprennent la taxe prévue à l'article 5, paragraphe 1, chaque Administration publie les prix auxquels elle fournit les journaux aux autres Administrations.

2. Les prix de livraison pour les abonnements-avion peuvent être publiés de la même manière.

3. Les prix de livraison doivent être indiqués dans la monnaie employée pour les mandats de poste à destination du pays de publication.

Article 7**Taux de conversion**

L'Administration de destination convertit le prix de livraison en monnaie de son pays d'après le taux applicable aux mandats de poste.

Article 8**Prix d'abonnement**

1. L'Administration de destination fixe le prix à payer par l'abonné, en ajoutant au prix de livraison:

- a) la taxe des mandats-abonnement qui est fixée, suivant le mode de liquidation, d'après les articles 6 ou 37 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage;
- b) la taxe de commission qu'elle juge utile, mais qui ne doit toutefois pas dépasser celle qui est éventuellement perçue pour les abonnements du service intérieur;
- c) le droit de timbre qui est éventuellement exigible en vertu de la législation de son pays.

Artikel 4**Abwicklung laufender Bestellungen
bei Einstellung des Dienstes**

Tritt ein Land von diesem Abkommen zurück, so müssen die laufenden Bestellungen unter den vorgesehenen Bedingungen bis zum Ablauf der Bezugszeit ausgeführt werden.

Kapitel III**Gebühren und Preise.
Einzahlung und Überweisung der Beträge****Artikel 5****Gebühren**

1. Die Verwaltungen setzen für Zeitungen nach den vertragschließenden Ländern, deren Bestellung nach den Bestimmungen dieses Abkommens erfolgt oder den Verlegern auf andere Weise zugegangen ist, eine besondere Gebühr fest, die sich innerhalb der Grenzen von 40 bis 100 v. H. der üblichen Gebühr für Drucksachen bewegt.

2. Bei verspäteter Bestellung nach Artikel 3 § 3 wird die in § 1 genannte besondere Gebühr auf die Versendung aller seit Beginn der Bezugszeit erschienenen Zeitungsnummernstücke angewandt.

3. Jede Verwaltung kann unter Einhaltung der Grenzen der in § 1 vorgesehenen Gebühr besondere Gewichtsstufen festsetzen und Änderungen am Gebührenberechnungssystem vornehmen, die ihr eine Angleichung der Auslandsgebühren an die Berechnungsweise der Zeitungsgebühren im Inlandsdienst gestatten.

Artikel 6**Lieferpreis**

1. Jede Verwaltung veröffentlicht die Preise, zu denen sie Zeitungen an die anderen Verwaltungen liefert, wobei sie die von den Verlegern genannten Lieferpreise zugrunde legt, welche die in Artikel 5 § 1 vorgesehene Gebühr enthalten.

2. Die Lieferpreise für auf dem Luftweg zu befördernde Zeitungen können in gleicher Weise veröffentlicht werden.

3. Die Lieferpreise sind in der Währung anzugeben, in der die Postanweisungen nach dem Verlagsland ausgestellt werden.

Artikel 7**Umrechnungskurs**

Die Verwaltung des Absatzlandes rechnet den Lieferpreis nach dem für Postanweisungen gültigen Umrechnungskurs in die Währung ihres Landes um.

Artikel 8**Zeitungsbezugsgeld**

1. Die Verwaltung des Absatzlandes setzt das vom Bezieher zu zahlende Zeitungsbezugsgeld fest, indem sie dem Lieferpreis

- a) die Gebühr für Zeitungsanweisungen, die je nach der Art der Überweisung nach Artikel 6 oder 37 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens festgesetzt wird,
 - b) die ihr angemessen erscheinende Vermittlungsgebühr, die jedoch die im Postzeitungsdienst des Inlands gegebenenfalls erhobene Gebühr nicht überschreiten darf,
 - c) die gegebenenfalls nach den Rechtsvorschriften ihres Landes fällige Stempelgebühr
- hinzurechnet.

2. Le prix d'abonnement est exigible au moment de la souscription et pour toute la période d'abonnement.

Article 9

Changements des prix de livraison

1. Les changements des prix de livraison ne peuvent prendre effet qu'à partir du 1^{er} janvier, du 1^{er} avril, du 1^{er} juillet ou du 1^{er} octobre.

2. Pour pouvoir être prises en considération, les notifications de changement des prix de livraison doivent parvenir à l'Administration centrale du pays de destination ou à un bureau spécialement désigné, au plus tard le 20 novembre, le 20 février, le 20 mai ou le 20 août.

Article 10

Imprimés encartés

1. Les prix courants, prospectus, réclames, etc., encartés dans un journal, mais qui ne font pas partie intégrante de celui-ci, sont soumis, en principe, à la taxe des imprimés du service international. Si les conditions d'admission de ces encartages ne sont pas en contradiction avec la réglementation correspondante du service intérieur, ils peuvent être soumis à une taxe plus basse qui ne doit pas être inférieure à la taxe des imprimés encartés du service intérieur; cette taxe peut, au gré de l'Administration d'origine, être comptabilisée ou représentée soit sur la bande ou l'enveloppe, soit sur l'imprimé lui-même, au moyen de l'un des procédés d'affranchissement prévus par la Convention.

2. Les formules, remplies ou non, de mandats-abonnement insérées dans les journaux sont considérées comme en faisant partie intégrante.

Article 11

Modes de transmission des fonds à l'éditeur

Les fonds destinés à l'éditeur lui sont envoyés par mandat de poste-abonnement ou par mandat de versement-abonnement, les deux catégories étant dénommées «mandats-abonnement».

Article 12

Mandats-abonnement

Sous les réserves prévues au Règlement, les mandats-abonnement sont soumis aux dispositions fixées par l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage.

Chapitre IV

Dispositions diverses

Article 13

Changements d'adresse

1. Les abonnés peuvent, en cas de changement de résidence et pour une durée ne dépassant pas le terme de l'abonnement, obtenir que le journal soit expédié directement à leur nouvelle adresse, soit à l'intérieur du pays de la destination primitive, soit dans un autre pays contractant, y compris celui de publication, soit dans un pays non contractant.

2. La demande de changement d'adresse établie sur la formule prévue à cette fin est soumise à la taxe des cartes postales. Cette taxe est à acquitter par l'expéditeur. Si l'abonné

2. Das Zeitungsbezugsgeld ist bei der Bestellung und für die ganze Bezugszeit zu zahlen.

Artikel 9

Änderungen der Lieferpreise

1. Änderungen der Lieferpreise können nur zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli oder 1. Oktober wirksam werden.

2. Preisänderungen können nur berücksichtigt werden, wenn die Änderungsmitteilungen der Zentralverwaltung des Absatzlandes oder einem besonders bezeichneten Amt bis spätestens 20. November, 20. Februar, 20. Mai oder 20. August zugehen.

Artikel 10

Zeitungsbeilagen

1. Preislisten, Prospekte, Reklamesendungen usw., die einer Zeitung beigelegt, aber kein eigentlicher Bestandteil dieser Zeitung sind, unterliegen grundsätzlich der Drucksachengebühr des Auslandsdienstes. Wenn die Zulassungsbestimmungen für diese Beilagen nicht im Widerspruch zu den entsprechenden Vorschriften des Inlandsdienstes stehen, können sie mit einer niedrigeren Gebühr belegt werden, die jedoch die Gebühr für Zeitungsbeilagen des Inlandsdienstes nicht unterschreiten darf; diese Gebühr kann nach Ermessen der Verwaltung des Verlagslandes im Abrechnungsweg, auf dem Streifband bzw. Umschlag oder auf der Drucksache selbst nach einem der im Weltpostvertrag vorgesehenen Freimachungsverfahren verrechnet werden.

2. Den Zeitungen beigelegte Formblätter zu Zeitungsanweisungen werden als eigentlicher Bestandteil der Zeitung angesehen, gleichgültig, ob sie ausgefüllt sind oder nicht.

Artikel 11

Überweisung der Beträge an den Verleger

Die für den Verleger bestimmten Beträge werden ihm mit Zeitungspostanweisung oder -zahlkarte übersandt, die beide als „Zeitungsanweisungen“ bezeichnet werden.

Artikel 12

Zeitungsanweisungen

Vorbehaltlich der Bestimmungen der Vollzugsordnung unterliegen die Zeitungsanweisungen den im Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen festgelegten Vorschriften.

Kapitel IV

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 13

Anschriftenänderung

1. Die Bezieher können bei Wohnungswechsel für einen die Bezugszeit nicht überschreitenden Zeitabschnitt verlangen, daß die Zeitung unmittelbar an ihre neue Anschrift gesandt wird, gleichgültig, ob diese innerhalb des ursprünglichen Absatzlandes, in einem anderen vertragschließenden Land einschließlich des Verlagslandes oder in einem dem Abkommen nicht beigetretenen Land liegt.

2. Der auf einem hierzu vorgesehenen Formblatt gestellte Antrag auf Anschriftenänderung unterliegt der Postkartengebühr. Diese Gebühr ist vom Absender zu entrichten. Wünscht

désire que la demande de changement d'adresse soit envoyée par avion, il doit acquitter, en outre, la surtaxe aérienne afférente.

3. Le changement d'adresse dans les conditions prévues au paragraphe 1 peut être effectué également pour les journaux dont l'abonnement est souscrit dans le pays de publication et qui doivent être expédiés à une nouvelle adresse dans un autre pays. La taxe à percevoir est fixée au gré de l'Administration du pays de publication.

Article 14

Réclamations

Les Administrations sont tenues de donner suite, sans frais pour les abonnés, à toute réclamation fondée concernant des retards ou des irrégularités quelconques survenant dans le service des abonnements.

Article 15

Responsabilité

Les Administrations n'assument aucune responsabilité quant aux charges et obligations qui incombent aux éditeurs. Elles ne sont tenues à aucun remboursement en cas de cessation ou d'interruption de la publication d'un journal en cours d'abonnement.

Article 16

Attribution des taxes et des droits

A l'Administration qui les a perçus demeurent acquis les taxes et droits, à l'exception de la taxe pour les mandats de poste-abonnement perçue selon l'article 8, paragraphe 1, lettre a), et qui est répartie conformément à l'article 28 de l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage.

Chapitre V

Dispositions finales

Article 17

Application de la Convention et de certains Arrangements

La Convention et l'Arrangement concernant les mandats de poste et les bons postaux de voyage sont applicables, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

Article 18

Exception à l'application de la Constitution

L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

Article 19

Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement de son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

der Bezieher, daß der Antrag auf Anschriftenänderung mit Luftpost versandt wird, hat er außerdem den entsprechenden Luftpostzuschlag zu zahlen.

3. Die nach § 1 vorgesehene Anschriftenänderung ist auch für Zeitungen möglich, deren Bezug im Verlagsland beantragt wurde und die an eine neue Anschrift in einem anderen Land gesandt werden sollen. Die Verwaltung des Verlagslandes setzt die zu erhebende Gebühr nach eigenem Ermessen fest.

Artikel 14

Beschwerden

Die Verwaltungen sind gehalten, jeder begründeten, im Zeitungsbezug aufkommenden Beschwerde über Verzögerungen oder Unregelmäßigkeiten ohne Kosten für die Bezieher nachzugehen.

Artikel 15

Haftung

Die Verwaltungen haften nicht für die den Verlegern zufallenden Aufgaben und Verpflichtungen. Sie sind zu keiner Erstattung verpflichtet, wenn eine Zeitung im Laufe der Bezugszeit ihr Erscheinen einstellt oder unterbricht.

Artikel 16

Gebührenanrechte

Die Gebühren verbleiben der Verwaltung, die sie erhoben hat; ausgenommen hiervon ist nur die gemäß Artikel 8 § 1 Buchstabe a für Zeitungsanweisungen erhobene Gebühr, die nach Artikel 28 des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens aufgeteilt wird.

Kapitel V

Schlußbestimmungen

Artikel 17

Anwendung des Weltpostvertrags und bestimmter Abkommen

Bei Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich in diesem Abkommen geregelt sind, werden die Bestimmungen des Weltpostvertrags und des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens gegebenenfalls entsprechend angewandt.

Artikel 18

Ausnahme von der Anwendung der Satzung

Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Abkommen.

Artikel 19

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung

1. Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Billigung durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die Vertragsparteien sind. Mindestens die Hälfte dieser beim Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent réunir:

- a) l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions ou de modifications de fond aux articles 1 à 10 et 14 à 20 du présent Arrangement, 101 à 105 et 112 de son Règlement;
- b) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de modifications de fond aux articles 106, 108, 109 et 111 du Règlement;
- c) la majorité des suffrages, s'il s'agit:
 - 1° de modifications de fond aux autres articles du présent Arrangement et de son Règlement ainsi que de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement et de son Règlement, hors le cas de différend à soumettre à l'arbitrage prévu à l'article 32 de la Constitution;
 - 2° de modifications d'ordre rédactionnel à apporter à toutes les dispositions du présent Arrangement et de son Règlement.

Article 20

Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 1986 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement de la Confédération suisse. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Hamburg, le 27 juillet 1984.

Voir les signatures ci-après.

2. Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden, folgende Stimmenanteile erhalten:

- a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um die Annahme neuer Bestimmungen oder um grundlegende Änderungen der Artikel 1 bis 10, 14 bis 20 dieses Abkommens sowie der Artikel 101 bis 105 und 112 seiner Vollzugsordnung handelt;
- b) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um grundlegende Änderungen der Artikel 106, 108, 109 und 111 der Vollzugsordnung handelt;
- c) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um
 - 1) grundlegende Änderungen der übrigen Artikel dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung sowie um die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung handelt; dies gilt nicht bei Meinungsverschiedenheiten, die dem in Artikel 32 der Satzung vorgesehenen Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen sind;
 - 2) redaktionelle Änderungen aller Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung handelt.

Artikel 20

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1986 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder das vorliegende Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft niedergelegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Hamburg am 27. Juli 1984.

Denkschrift zu den Verträgen des Weltpostvereins vom 27. Juli 1984**I. Allgemeines**

Der Weltpostverein wurde am 9. Oktober 1874 in Bern durch Unterzeichnung des Allgemeinen Postvereinsvertrags gegründet.

Deutschland gehörte zu den 22 Gründungsmitgliedern und hatte durch den Generalpostmeister Heinrich von Stephan maßgeblichen Anteil an der Schaffung des Vereins. Im Jahre 1948 wurde der Weltpostverein Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Die Verträge des Weltpostvereins regeln die Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern, ihre Zusammenarbeit und die Ausführung der internationalen Postdienste.

Rechtliche Basis des Weltpostvereins ist die Satzung des Weltpostvereins, die am 10. Juli 1964 auf dem XV. Weltpostkongreß in Wien von den Mitgliedsländern unterzeichnet wurde. Der Satzung, die Dauercharakter hat, wurde für die Bundesrepublik Deutschland mit Vertragsgesetz vom 20. Dezember 1965 (BGBl. II S. 1633) zugestimmt.

Nach der Satzung treten Vertreter der Mitgliedsländer des Weltpostvereins regelmäßig alle fünf Jahre zu einem Weltkongreß zusammen, um die Satzung und die übrigen Verträge des Weltpostvereins zu revidieren und gegebenenfalls zu ergänzen. Änderungen der Satzung erfolgen ggf. durch ein Zusatzprotokoll; die übrigen Verträge werden in der revidierten Fassung neu beschlossen.

Die zur Zeit geltenden Verträge des Weltpostvereins beruhen auf Beschlüssen des XVIII. Weltpostkongresses von Rio de Janeiro 1979; mit Vertragsgesetz vom 10. September 1981 (BGBl. II S. 674) wurde ihnen zugestimmt.

Auf dem XIX. Weltpostkongreß in Hamburg vom 18. Juni bis 27. Juli wurde die Satzung durch das Dritte Zusatzprotokoll geändert; außerdem wurden die Verträge revidiert und satzungsgemäß neu beschlossen.

Die Bundesrepublik Deutschland war auf dem Kongreß durch eine Regierungsdelegation vertreten. Am 27. Juli 1984 wurden für die Bundesrepublik Deutschland folgende Verträge unterzeichnet:

1. Drittes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins,
2. Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nebst Anhang,
3. Weltpostvertrag,
4. Postpaketabkommen,
5. Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen,
6. Postgiroabkommen,
7. Postnachnahmeabkommen,
8. Postauftragsabkommen,
9. Postsparkassenabkommen,
10. Postzeitungsabkommen.

Mit diesen Verträgen hat die Bundesrepublik Deutschland – wie schon auf den vorhergehenden Kongressen – alle Verträge des Weltpostvereins unterzeichnet.

II. Besonderes

Mit dem **Dritten Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvertrags** wurden die bisherigen Artikel 16 (Verwaltungskonferenzen) und 19 (Sonderkommissionen) der Satzung gestrichen. Für diese beiden Organe besteht keine Notwendigkeit. Sie sind auch nie zusammengetreten. Ihr Wegfall war daher geboten.

Die wesentlichste Änderung der **Allgemeinen Verfahrensordnung des Weltpostvereins** betrifft die Schaffung neuer Beitragsklassen. Bisher gab es 8 Beitragsklassen. Dies waren die

- Klasse mit 50 Beitragseinheiten
- Klasse mit 25 Beitragseinheiten
- Klasse mit 20 Beitragseinheiten
- Klasse mit 15 Beitragseinheiten
- Klasse mit 10 Beitragseinheiten
- Klasse mit 5 Beitragseinheiten
- Klasse mit 3 Beitragseinheiten
- Klasse mit 1 Beitragseinheit

Der Weltpostkongreß von Hamburg hat nun drei weitere Beitragsklassen hinzugefügt, und zwar die

- Klasse mit 40 Beitragseinheiten
- Klasse mit 35 Beitragseinheiten sowie die
- Klasse mit 0,5 Beitragseinheiten

für wirtschaftlich schwache Länder.

Während bisher ein Wechsel der Beitragsklasse nur durch Notifizierung an das Internationale Büro vor Beginn eines Kongresses, d. h. nur alle fünf Jahre möglich war, kann nunmehr der Vollzugsrat des Weltpostvereins bei Vorliegen besonderer Umstände wie Naturkatastrophen, die internationale Hilfsprogramme notwendig machen, auf Antrag eines Mitgliedlandes die Herabstufung um eine Beitragsklasse genehmigen, wenn dieses den Beweis erbringt, daß es seinen Beitrag gemäß der ursprünglich gewählten Klasse nicht beibehalten kann.

Geändert wurden auch die Bestimmungen über die Einreichung und Prüfung von Vorschlägen für den Kongreß. Künftig sind Vorschläge materieller Art, die dem Internationalen Büro später als zwei Monate vor Beginn eines Kongresses zugehen, nicht mehr zulässig. Bisher konnten solche Vorschläge bis einen Tag vor Kongreßbeginn eingereicht werden, wenn sie von mindestens acht Verwaltungen unterstützt wurden.

Vorschläge, die die Satzung oder die Allgemeine Verfahrensordnung betreffen, müssen künftig dem Internationalen Büro mindestens sechs Monate vor Eröffnung des Kongresses zugehen. Vorschläge, die später eingehen, können nur dann berücksichtigt werden, wenn der

Kongreß mit der Mehrheit von zwei Dritteln so beschließt.

Im übrigen wurden die Haushaltsobergrenzen für die Jahre 1986–1990 festgelegt.

Im **Weltpostvertrag**, der den internationalen Briefdienst regelt, wurde der Gebührenrahmen für die Auslandsbriefgebühren neu festgelegt. Für Drucksachen im besonderen Beutel an denselben Empfänger im selben Bestimmungsort können die Verwaltungen die Gebühren in Zukunft um bis zu 20% (bisher 10%) ermäßigen. Auf der Grundlage ihrer Inlandsvorschriften können die Verwaltungen Gebührenermäßigungen auch für Auslandsbriefsendungen einräumen, sofern diese nach den Inlandsvorschriften eingeliefert werden.

Was die Vergütungen anbelangt, die sich die Verwaltungen für gegenseitig erbrachte Leistungen im Briefdienst bezahlen, so gab es Erhöhungen bei den Landdurchgangsvergütungen und bei den Endvergütungen sowie entsprechend der Entwicklung bei den Seefrachtraten, Ermäßigungen bei den Seedurchgangsvergütungen. Der Satz für die Endvergütungen, mit welchen die Einlieferungsverwaltung der Bestimmungsverwaltung jedes Kilogramm per Saldo mehr übersandter Briefpost auszugleichen hat, wurde von 5,50 auf jetzt 8 Goldfranken (etwa 8 DM) heraufgesetzt.

Was die Einlieferungsbedingungen angeht, so sind Päckchen in Zukunft bis zu einem Höchstgewicht von 2 kg (bisher 1 kg) zugelassen, allerdings beschränkt auf diejenigen Bestimmungsländer, die sich damit einverstanden erklären. Postwertzeichen müssen in Zukunft dem Geist der Satzung des Weltpostvereins und den von dessen Organen getroffenen Entscheidungen entsprechen; in der Präambel sind die „hohen Ziele der internationalen Zusammenarbeit auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet“ für den Weltpostverein als maßgebend bezeichnet. Zur Freimachung der Sendungen sind nunmehr ausdrücklich auch Automaten-Postwertzeichen erlaubt.

Im Bestimmungsbereich gab es Änderungen u. a. bei den Haftungsbestimmungen. Geht bei Einschreiben der Sendungsinhalt vollständig verloren oder wird er vollständig beschädigt, so haften die Postverwaltungen in Zukunft auch dann, wenn der Kunde die Sendung zunächst zwar unbeanstandet annimmt, der ausliefernden Verwaltung dann aber unverzüglich erklärt, daß er einen Schaden festgestellt habe, und beweist, daß die Sendung nicht nach der Auslieferung ihres Inhalts beraubt oder beschädigt worden ist. Bei Beschlagnahme einer Sendung muß die beschlagnahmende Verwaltung in Zukunft die Gegenstände, deretwegen beschlagnahmt wird, sowie das zugrundeliegende Verbot

genau bezeichnen; für einige wenige Länder gilt dies laut Schlußprotokoll zum Weltpostvertrag nicht.

Im Luftpostdienst wurden die Bestimmungen über die Beförderung von zuschlagpflichtigen Briefsendungen neu gefaßt. Die Nach- und Rücksendung von Luftpostbriefen und -postkarten hat in Zukunft immer auf dem schnellsten Wege, also regelmäßig auf dem Luftwege, zu geschehen.

Der Beförderung von SAL-Post (SAL = Surface Airlifted – „schneller auf dem kombinierten Land-/Luftweg“) muß in Zukunft sowohl die Bestimmungsverwaltung als auch eine eventuelle Transitverwaltung zustimmen. SAL-Versande können auch im Direkttransfer zwischen zwei Luftverkehrsgesellschaften ausgetauscht werden.

Im **Postpaketabkommen** wurden die Anfangs-, Durchgangs-, End- und Seevergütungsanteile, die den an der Beförderung eines Pakets beteiligten Postverwaltungen bzw. Reedereien zustehen, sowie die Nebengebühren wiederum den veränderten Kostensituationen angepaßt. Die Ersatzbeträge bei Verlust, Beschädigung oder Beraubung von Postpaketen ohne Wertangabe wurden um 50% erhöht.

Das **Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen** wurde dahingehend geändert, daß der Höchstbetrag, der mit einer Postanweisung übermittelt werden kann, auf 7 000 Goldfranken (etwa 7 000 DM) erhöht wurde. Die Höchstgebühr für eine Postanweisung wurde von 30 auf 45 Goldfranken (etwa 45 DM) angehoben. Die Vergütungen, die die Einlieferungsverwaltung an die Bestimmungsverwaltung zu zahlen hat, wurden um durchschnittlich 10 v. H. erhöht. Der niedrigste Vergütungssatz liegt nunmehr bei 2 Goldfranken (etwa 2 DM), der höchste bei 5,30 Goldfranken (etwa 5,30 DM).

Das **Postgiroabkommen** (früher Postscheckabkommen) erfuhr nur geringfügige, auf die Abwicklung des Dienstes bezogene Änderungen.

Die im **Postnachnahmeabkommen** vorgesehene Vergütung für die Verwaltung, die den Nachnahmebetrag einzieht, wurde von 2 auf 3 Goldfranken (etwa 3 DM) angehoben.

Das **Postauftragsabkommen**, das **Postsparkassenabkommen** und das **Postzeitungsabkommen** weisen ebenfalls nur geringfügige Änderungen auf. Die Deutsche Bundespost führt z. Z. das Postauftragsabkommen und das Postsparkassenabkommen des Weltpostvereins nicht aus, jedoch wird diesen fakultativen Verträgen vorsorglich beigetreten.

(Der Postsparkassendienst mit z. Z. 18 europäischen Ländern wird aufgrund besonderer zweiseitiger Vereinbarungen ausgeführt).

27.09.85

3

- 1 -

Stellungnahme
des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 27. Juli 1984
des Weltpostvereins

Der Bundesrat hat in seiner 554. Sitzung am 27. September 1985 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.